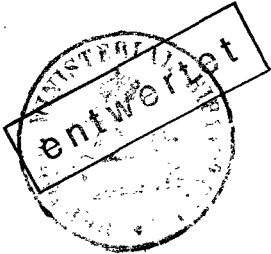
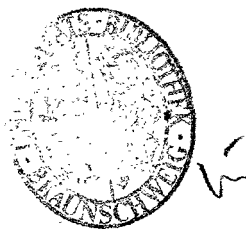


~~entwertet~~





4725-9814

Verzeichnis

der

Verhandlungs - Gegenstände

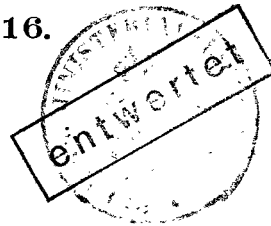
der

Stadtverordneten - Versammlung

zu

Braunschweig

im Jahre 1915/16.



Druck der Waisenhaus - Buchdruckerei in Braunschweig.

A. Nach der Zeitfolge.

1. Am 8. April 1915.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	4
2. Wahl der Kommissionen und Ausschüsse	6
3. Anfrage Voeshigt über die Knappheit der Koks-vorräte auf den städtischen Gaswerken	15
4. Festsetzung der Gebühr für längere Aufbewahrung von Aschenurnen in der Feuerbestattungshalle	18

2. Am 12. Mai 1915.

1. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzucht-farm und Kaninchen-mastanstalt	23
2. Antrag Diedmann auf Aufhebung des Verbots des Kuchenbackens an bestimmten Tagen	27
3. Antrag Jasper, betreffend Ausdehnung der „Wochenhilfe“ während des Krieges	34
4. Rassenabschluß des Verkehrsvereins für 1914	40
5. Erwerb einer Grundfläche an der Comeniusstraße zwischen Wendome- und Herzogin-Elisabeth-Straße	41
6. Änderung des Statuts über die Unterhaltung der Mädchenmittelschule	42
7. Abrechnung über den Ausbau bzw. über die Zustandsetzung verschiedener Straßen	43
8. Ankauf von Grundstücken zur Herstellung eines Sammelkanals im Zuge der projektierten Straßen 327 und 328	44
9. Übernahme einer Verpflichtung bezüglich Anbringung eines Gestänges für Feuertelegraphen	45
10. Verwilligung von Mitteln für die Beschaffung von Denksteinen für die auf dem Ehrenfriedhofe beigesetzten Krieger	47
11. Erlaß eines Statuts über das Einsperren von Tauben	55
12. Festlegung einer Fluchtlinie für das Grundstück Kastanienallee 32 und Abtretung einer Fläche daselbst	58
13. Übernahme der vierten Schutzbrücke am Eisenbütteler Wege	58
14. Verpachtung der städtischen Frauenbadeanstalt im Bürgerparke	60
15. Erweiterung des hauswirtschaftlichen Unterrichts an der Mädchen-Fort-bildungsschule	60

	Seite
16. Verwilligung einer besonderen Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund .	61
17. Änderung des Bauprogramms für das früher Bornemannsche Grundstück an der Maschstraße	62
18. Verwilligung von Mitteln für die Herrichtung von Rettungsinselfn auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz	62
19. Kanalisierung der Pflingststraße	64
20. Wahl der Deputation zur Prüfung der Frage über die Einführung der Sonntagsruhe	65
21. Antrag Frede auf Verwilligung von Mitteln zur Speisung bedürftiger Schulkinder	67
22. Anfrage Loeßigk über die Ausarbeitung des Stadtbebauungsplans . .	68

3. Am 24. Juni 1915.

1. Antrag Frede auf Verwilligung von Mitteln zur Speisung bedürftiger Schulkinder	74
2. Instandsetzung der Schöppenstedterstraße und der Gildenklinge	80
3. Anschluß des Grundstücks der Braunschweiger Roggenmühle an das städtische Wasserrohr in der Hildeheimerstraße	81
4. Einsprache einer Grundstückseigentümerin am Bohlwege gegen den geplanten Rathausanbau	82
5. Änderungen und Erweiterungen an den Gleisanlagen der Straßeneisenbahn	83
6. Ausbau der Freytagstraße	89
7. Zuschuß an die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung aus Mitteln der Füdelstiftung	99
8. Ankauf einer Sammlung ausgestopfter Vögel	100
9. Vermietung der Wohnungen im Hause Hinter der Magnikirche 1 . . .	102
10. Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke	103
11. Anfrage Lauer wegen Aufstellung von eroberten feindlichen Geschützen in der Stadt	104
12. Anfrage Steinecke über event. Ankauf des literarischen Nachlasses des Rechtsanwalts Dr. Topp	106

4. Am 22. Juli 1915.

1. Eingabe des Verkehrsvereins, betreffend die Verkehrszeit der Straßenbahn	108
2. Beihilfe an den Verein Volkslesehalle aus der Füdelstiftung	130
3. Richtlinien für die Verfassung des Kommunalverbandes Braunschweig . .	130
4. Änderung des Projekts über den geplanten Rathausanbau	131
5. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im städtischen Hause Hinter der Magnikirche 1	133
6. Ankauf zweier Grundstücke am Nickelnfuff	133
7. Aufhebung von projektierten Straßenzügen	158

	Seite
8. Eingabe, betreffend Milderungen der Bestimmungen über den Kleinverkauf alkoholhaltiger Getränke	159
9. Dringlichkeitsantrag Steinbrecher, betreffend die neue Festsetzung der Höchstpreise für Getreide	161
10. Dringlichkeitsantrag Wesemeier auf Aufbarmachung des Abschlages aus den hiesigen Schlachtungen für den Armeeverbrauch für die Braunschweiger Bevölkerung	163

5. Am 14. August 1915.

1. Regelung des Verkehrs mit Futtermitteln betreffend	170
2. Anfrage Tebbenjohanns, betreffend Maßnahmen gegen die übermäßige Verteuerung der Lebensmittel	175
3. Anfrage Rieke, betreffend die Überlassung der Ländereien des Flugfeldes usw. an die hiesigen Pächter auch im nächsten Jahre	183

6. Am 9. September 1915.

1. Antrag des Reichsverbandes deutscher Stadtverordneter in Berlin-Friedenau auf Beitritt in den Verband	190
2. Antrag der Gemeinde Gliesmarode und des Vereins der Haus- und Grundbesitzer daselbst, betreffend die Umgestaltung des Bahnhofes Gliesmarode	191
3. Aufnahme eines Straßenzuges in den Ortsbauplan (Nr. 651, Verbindungsstraße zwischen Lange- und Weberstraße)	196
4. Aufhebung des südlichen Teiles des Weges Nr. 54 (im Heidbleefanger an der Mascheröder Grenze)	196
5. Auslegung des Statutes, die Straßenpflasterung in der Stadt Braunschweig betreffend, vom 25. Juni 1860	197
6. Ankauf eines Grundstücks an der Gliesmaroderstraße	198
7. Statut über die Unterhaltung einer Studienanstalt	199
8. Anderweite Festsetzung eines Mietpreises	201
9. Festsetzung der Mieten für die Wohnungen in den stadtsseitig errichteten Häusern in der Honrothstraße	201
10. Änderung der Fluchtlinie auf der Höhe	203
11. Aufstellung eines Tränkebrunnens auf der Helmstedterstraße	203
12. Ankauf einer Fläche an der Ecke der Okerstraße und Am neuen Petritor	206
13. Erhöhung der Fahrpreise für Kraftdroschken	206
14. Erstattung von Kanalbaukosten	207
15. Änderung des Statuts Nr. 14, betreffend die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier	208
16. Zeichnung der Kriegaanleihe durch die städtischen Lehrer und Beamten betr.	212

	Seite
17. Dringlichkeitsantrag Stegmann, betreffend Änderungen im städtischen Fleischwarenverkauf	213
18. Dringlichkeitsantrag Lauer, betreffend Zuschuß zur Bestreitung der Kosten gelegentlich des Besuchs Braunschweigs durch ausländische Journalisten	227
19. Antrag Diekmann auf sofortige Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde	229
20. Antrag Wesemeier auf Erhöhung der Unterstützung an die Kriegerfamilien und Arbeitslosen aus Gemeindemitteln	230
21. Anfrage Kruse, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Nahrungsmittel durch die Kommissionen der Handelskammer	235

In Verbindung damit:

Anfrage Ohlendorf über die Versorgung der Einwohner Braunschweigs mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen
sowie Antrag Meyerhoff auf eventuellen direkten oder indirekten Verkauf von Nahrungsmitteln durch die Stadt.

7. Am 21. Oktober 1915.

1. Aufnahme eines Prozesses, betreffend die städtische Feuerhilfe beim Brande der Roggenmühle in Lehndorf	257
2. Antrag Wesemeier auf Erhöhung der Unterstützung an die Kriegerfamilien und Arbeitslosen aus Gemeindemitteln	259
3. Antrag Diekmann auf sofortige Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde	282
4. Beschaffung von Rettungshaken an den Okerufern und -brücken	284
5. Übersicht über die stadtsseitig gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder im Rechnungsjahr 1914/15	285
6. Anschaffungen für das Schulmuseum	285
7. Wiederverpachtung des Kerkeröder Feldes	286
8. Abänderung der Bestimmungen über Abgabe von elektrischem Strom durch Münzzähler	291
9. Erhebung eines Tilgungsbetrages von der Gemeinde Glesmarode wegen der Gasversorgung	293
10. Stadtsseitiger Ausbau von Straßenzügen südöstlich der Ackerstraße	294
11. Rentabilitätsberechnungen für die Wirtschaften im Stadt- und im Bürgerparke	298
12. Legung eines Wasserrohrs in der Pfingststraße	299
13. Beitritt der Stadt zum Kriegshilfsverein des Herzogtums Braunschweig für den Kreis Goldap	299
14. Rechnungsübersichten für das Rechnungsjahr 1914/15	300
15. Gewährung eines Zuschusses an die kaufmännische Fortbildungsschule	300
16. Zwangsenteignung einer Fläche an der projektierten Straße 328 (Altstadttring)	301

	Seite
17. Antrag des Elektrizitätswerks auf Ermäßigung bzw. Erlaß von vertragsmäßig zu zahlenden Abgaben	302
18. Herstellung eines Asphaltbelags auf der Friedrich-Wilhelmstraße	305
19. Beurlaubung eines städtischen Arbeiters	307
20. Anfrage Bues über Stellungnahme des Magistrats, betreffend die Unterstützung der Fachschule des Vereins Braunschweiger Gastwirte	307
21. Dringlichkeitsantrag Wesemeier auf stadtseitige Unterstützung bedürftiger auf Urlaub in Braunschweig befindlicher Soldaten während der Kriegszeit	309
22. Antrag Bunge auf Belegung der Fußsteige der Kramer- und der Weststraße mit Platten	310
23. Antrag Rieke, betreffend Hintwirkung auf Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Lebensmittel durch die Landes- und Reichsbehörden	311
24. Antrag Diekmann auf Milderung oder Aufhebung der §§ 11, 71 und 76 der Straßenpolizeiordnung während des Krieges	314

8. Am 25. November 1915.

1. Antrag Rieke, betreffend Hintwirkung auf Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Lebensmittel durch die Landes- und Reichsbehörden	319
2. Antrag Diekmann auf Milderung oder Aufhebung der §§ 11, 71 und 76 der Straßenpolizeiordnung	343
3. Antrag Bunge auf Belegung der Fußsteige der Kramer- und der Weststraße mit Platten	344
4. Verkauf einer Fläche an der Hilbesheimerstraße	344
5. Beihilfe für das Rote Kreuz in Bulgarien	345
6. Herrichtung eines Kinderspielflazes an der Kaiserstraße	345
7. Abänderung eines mit der Junkerischen Schulhausgesellschaft getroffenen Abkommens	346
8. Erlaß eines Mietzinses für den Braunschweiger Männerturnverein	347
9. Annahme eines Vergleichs in einer Prozeßsache (Süchtling)	348
10. Erneuerung der Parfdeputation durch Zuwahl eines Mitgliedes	349
11. Antrag Bues auf Bewilligung eines Zuschusses für die Fachschule des Vereins Braunschweiger Gastwirte	349
12. Anfrage Lauer über eine Ausstellung von eroberten Geschützen usw. aus dem gegenwärtigen Kriege	350
13. Dringlichkeitsantrag Voelshigt, betreffend die Freigabe von Zucker als Pferdefutter	352
14. Antrag Frede auf Belegung der Fußwege der Luisenstraße mit Platten	355
15. Antrag Steinecke auf Einrichtung einer Schweinemästerei	356
16. Antrag Steinecke auf Benennung des Scherbelberges im Bürgerparke nach dem verstorbenen Promenadeninspektor Kreiß	356
17. Anfrage Wesemeier über die Gewährung der Unterstützung an in Braunschweig weilende Kriegsurmlauber	357

9. Am 6. Januar 1916.

1. Antrag Steinede auf Einrichtung einer städtischen Schweinemästerei	362
2. Antrag Frede auf Belegung der Fußwege der Luifenstraße mit Platten	382
3. Antrag Steinede auf Benennung des Scherbelberges nach dem verstorbenen Promenadeninspektor Kreiß	383
4. Antrag Bues auf Bewilligung eines Zuschusses für die Fachschule des Bereins Braunschweiger Gastwirte	384
5. Anschaffung eines Schranke für das Schulmuseum	386
6. Bericht über die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke usw. für 1914/15	386
7. Aufnahme eines Prozesses, betreffend die vertragsmäßig zu zahlenden Ab- gaben des Lichtwerks	388
8. Beschaffung von Mobiliargegenständen für eine Klasse der Studienanstalt	390
9. Erhöhung des Fahrttarifs für Pferdewagen	390
10. Instandsetzung von Unterrichtsräumen für die kaufmännische Fortbildungsschule	391
11. Gewährung einer Entschädigung an die Gesellschaft Lufthafen Braunschweig	392
12. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitor	393
13. Gewährung einer Beihilfe an die Stiftung Mägdeheim	394
14. Dringlichkeitsantrag Stegmann auf Ergreifung von Maßnahmen zur Milchversorgung der Einwohner, zur Beschaffung und gerechten Verteilung von Butter, Schmalz und sonstigen Fetten, und Festsetzung eines Höchst- preises für Quarz	395
15. Ergänzungswahl für die Lohndeputation	410
16. Anträge Dieckmann über die Instandsetzung der Fußwege des Gieselerwalles	411

10. Am 2. März 1916.

1. Änderung des Statuts über die Unterhaltung einer Studienanstalt	417
2. Dringlichkeitsantrag Kieke über die Organisation bei Beschaffung und Ver- teilung von Lebensmitteln durch die Stadt	418
3. Entfernung von Bäumen auf dem Altwiekringe	451
4. Erteilung einer Ermächtigung an die Schulkommission, betr. Anrechnung von Dienstzeit bei Anstellungen	453
5. Einsetzung einer Deputation zur Prüfung der Anträge des Haus- und Grundbesitzervereins	454
6. Erhöhung des Jahresbeitrages an den Verein für soziale Kolonisation Deutschlands	457
7. Eingemeindung einer zum Gemeindebezirk Niddagshausen gehörigen Fläche zum Stadtbezirk	458
8. Gewährung eines Zuschusses an den Ausschuss für fahrbare Kriegsbüchereien an der Front.	458

	Seite
9. Antrag Steinbrecher, betreffend die Beaufichtigung des Religionsunter- richtes in den Schulen durch die Geistlichen (Begründung)	460
10. Anfrage Benzen wegen Ausschließung einer Mitarbeiterin am Nationalen Frauendienst	461
11. Antrag Busch wegen Beteiligung der Stadt bei der vierten Kriegsanleihe	464

11. Am 16. März 1916.

1. Anschaffung von Kontrollkassen für die Stadtkasse	468
2. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1916/17	472
3. Abänderung des Hundesteuerstatuts	515
4. Übersicht über die im Rechnungsjahre 1916/17 zu zahlenden Löhne . .	518
5. Verwilligung eines besonderen Zuschusses an die katholische Schule . .	522
6. Erhöhung des der Stadt eröffneten Kredits beim Leihhause	523
7. Verwilligung einer Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund	524
8. Beteiligung der städtischen Beamten an der vierten Kriegsanleihe . . .	524
9. Anfrage Stegmann über Anzutraglichkeiten bei den städtischen Lebens= mittelverkäufen	525

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abgaben des Elektrizitätswerks 302, 388.
 Abrechnung über Straßenbauten 43.
 Abschlagfleisch aus Massenschlachtungen 128, 163, 251.
 Abtragung eines Hypothekenskapitals, Aussetzung derselben 347.
 Abwäsepumpstation 386.
 Abweichungen und Überschreitungen vom Etat 14/15 300.
 Alkoholhaltige Getränke, Kleinverkauf betr. 159.
 Anbau an das Rathaus 372.
 Andrang bei Auszahlung der Unterstützungen 280, 282.
 Anfragen der Stadtverordneten:
 Bues, betreffend Unterstützung der Fachschule des Gastwirtsvereins 258, 307;
 Dieckmann, stadtseitige Übernahme des Gieselerwalles betreffend 383, 411;
 Genzen wegen Ausschluß einer Mitarbeiterin am Nationalen Frauendienst 416, 461;
 Kruze, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für Nahrungsmittel 189, 235;
 Lauer wegen Aufstellung erobelter Geschütze 73, 104,
 betreffend die Aufstellung von modernen Geschützen usw. 318, 350;
 Loesigk über Kostknappheit 15,
 über Stadtbebauungsplan 68;
 Ohlendorf, betreffend Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln 189, 235, 246;

Riefe, Verpachtung von Ländereien während der Kriegszeit 174, 183;
 Steincke über Ankauf eines literarischen Nachlasses 106,
 städtische Dauerwaren betr. 188, 217, 235;
 Tebbenjohanns, betreffend übermäßige Verteuerung der Lebensmittel 174, 175;
 Wesemeier, betreffend die Unterstützung der Kriegsurlaubter 357.
 Ankauf von Grundstücken siehe Erwerb.
 Anleihen der Stadt wegen des Krieges 475, 523.
 Anleihen, kommunale 503.
 Anrechnung des Arbeitsverdienstes bei unterstützten Familien 260, 266, 271, 275.
 Anrechnung von Dienstjahren 453.
 Anträge der Stadtverordneten:
 Bues, betreffend Unterstützung der Fachschule des Gastwirtsvereins 318, 349, 384;
 Bunge, Kaninchenzuchtfarm betr. 23,
 Plattenlegung auf der Kramer- und Weststraße betr. 259, 310, 344;
 Dieckmann, Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde 229, 282,
 Ruchenbaden betr. 27,
 Milderung einiger Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung 314, 343;
 Frede, auf Speisung bedürftiger Kinder 22, 67, 74,
 betr. die Fußwege der Luiseustraße 355, 382,

auf Absehung eines Gegenstandes von der Tagesordnung 133;
 Jasper, betreffend Wochenhilfe 34;
 Lauer, betreffend den Besuch durch ausländische Journalisten 188, 227;
 Loeschigk, Freigabe von Zucker als Pferdefutter 349, 352;
 Meyerhoff, betreffend direkten oder indirekten Verkauf von Nahrungsmitteln durch die Stadt 235, 245, 249;
 Pusch, betreffend die Beteiligung der Stadt bei der 4. Kriegsanleihe 464;
 Riefe, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen durch Reichs- und Landesbehörden 311, 319,
 betreffend Organisation bei städtischer Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln 415, 418;
 Stegmann, betreffend den städtischen Fleischwarenverkauf 189, 213,
 betreffend Herabsetzung der Höchstpreise für Schweinefleisch usw. 318, 322,
 betreffend Milch, Butter, Fette, Quark, 382, 395;
 Steinbrecher, Höchstpreise für Getreide betr. 128, 161;
 betr. Beaufsichtigung des Religionsunterrichts 416, 460.
 Steinecke, betreffend Berichterstattung der Kommission zur Unterstützung der Polizeidirektion 189, 237, 243;
 betreffend die Benennung des Scherbelberges 356, 383, 415;
 auf Einrichtung einer Schweinemästerei 356, 362;
 Tebbenjohanns (vertraulich behandelt) 190;
 Wesemeier, Abschlag aus den Armeeschlachtungen betr. 128, 163,
 auf Erhöhung der Kriegsunterstützungen 189, 230, 259,

auf Unterstützung von Urlaubern 258, 309, 357,
 betr. die Gemeindeeinkommensteuer=Erhöhung 500, 512.
 Anstellung von Lehrern betr. 453.
 Arbeiterkameraterbund 61, 129, 524.
 Arbeitsgelegenheit während des Krieges 264, 274, 276, 277, 279.
 Arbeitsverdienst, Anrechnung desselben bei Unterstützungen 260, 266, 271, 275.
 Arbeitslosenunterstützung siehe Krieger=familienunterstützung.
 Arzt- und Apothekenkosten für Krieger=familien 409, 479, 481.
 Aschenurnen, Gebühr für Aufbewahrung 18.
 Asphaltierung von Straßen 197, 305.
 Aufhebung von Wegen 196, 345.
 Aufhebung von projektierten Straßenzügen 159.
 Aufnahme eines Prozesses (Brand der Roggenmühle betreffend) 257.
 Aufnahme eines Prozesses (Elektrizitätswerk) 388.
 Ausbau von Straßen 43, 89, 295.
 Ausgabe, durchschnittliche, für je einen Schüler 483 ff.
 Ausgleichsfonds 387, 492.
 Auslandsfleisch für Braunschweig 408, 436, 444.
 Ausschuß einer Mitarbeiterin am Nationalen Frauendienst 416, 461, 477, 479, 481.
 Ausstellung von eroberten Geschützen usw. 73, 105, 318, 350.
 Arteröder Feld 24, 174, 183, 286, 392.
 Ärztliches Attest für Milchkarten 409.
Badeanstalten 60, 129.
Bahnhof in Gliesmarode 191.
Bahnhof bei Rühme 192.
Banküberweisungen 468.
Bargeldloser Verkehr 468.
Bau- und Unterhaltungskosten der Schulen 486, 488.
Bauverwaltung, städtische 102.
Bäume auf dem Alterwiefringe 451.

Bäume in der Stadt, Pflege derselben 204.
 Beaufsichtigung des Religionsunterrichts 416, 460.
 Bedürfnisanstalten 103, 206, 346, 393.
 Bedürfnisanstalt am Magnitore 393.
 Bedürfnisanstalt am Steintore 103.
 Behandlung von Eingaben betr. 73.
 Beleuchtung, elektrische, neue Preise dafür 291.
 Beleuchtung von Fuhrwerken und Gerüsten 314, 343.
 Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln durch die Stadt 415, 418 (s. auch Fleischverkauf, Kartoffelverkauf, Schlachtungen, Teuerung).
 Beurlaubung eines städtischen Arbeiters 307.
 Biersteuer 208.
 Bilderschmuck für Bürger Schulen 486.
 Bornemannsches Grundstück (Maschstr.) 62.
 Braunschweiger Augenoffenschaft (Geschäftsbericht) 129.
 Brenneßeln als Nahrungsmittel 438, 444, 451.
 Brotgetreide, Bewirtschaftung desselben 131, 168.
 Brotkartenumschlag 217.
 Brotmarken 27 ff.
 Brotzuschlagskarten 217, 428 ff.
 Brotpreise 324.
 Brücke am Petritore 86.
 Brücke am Eisenbüttelerwege 59.
 Bundesratsbestimmungen, Rechte der Städte zur Selbstversorgung daraus 422.
 Bulgarien 345.
 Butterfrauen 432.
 Butterkarten 405, 426.
 Butter, Landesverteilungsstelle für solche 404.
 Buttermenge, verfügbare, für jede Karte 427, 428.
 Butter, nach auswärts verkauft 440.
 Butterpreis 175, 177, 321, 324.
 Butter, Schmalz und sonstige Fette, Beschaffung und Verteilung derselben durch die Stadt 175, 395 ff., 426.

Butterverkauf in der Stadt 419 ff.
 Bürgerpark 298, 357.
 Bürgerschule an der Maschstraße 62.
 Bürgerverein 22, 128, 133.
 Dauerwaren, städtische 176, 178, 189, 213, 217.
 Denkmal für den Promenadeninspektor Kreiß 357, 383.
 Denkmal, größeres, auf dem Ehrenfriedhof 48.
 Denkschrift des Haus- und Grundbesitzervereins 454.
 Denkstein auf dem Ehrenfriedhofe 47.
 Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindespflicht 415.
 Deutscher Privatbeamtenverein 22.
 Deutscher Städtetag 345.
 Droschken am Hauptbahnhofe 207, 257.
 Droschkentaxe 206, 390.
 Durchschnittsausgabe für einen Schüler 483 ff.
 Ehrenfriedhof 47, 48.
 Eingemeindung zum Stadtbezirke 458.
 Einkauf von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln durch den Magistrat 319 ff.
 Einschätzung zur Steuerleistung 503, 507, 509.
 Einsprache gegen Rathausanbau 82.
 Eisenbahnverwaltung 46, 294.
 Eisenbüttelerweg 59.
 Elektrizitätswerk, Erlaß von Abgaben betr. 302, 388.
 Elektrizitätswerk, Erwerbung desselben 498, 502.
 Elektrisches Licht, neue Preise dafür 291.
 Erhöhung des Fahrtarifs für Droschken 206, 390.
 Erhöhung des städt. Kredits beim Leihhause 523.
 Erhöhung der Unterstützungen für Kriegerfamilien 259.
 Erhöhung der Einkommensteuer 472, 494 ff.
 Erlaß eines Mietzinses 347.

Erlaß bzw. Ermäßigung von Abgaben 302.
 Erntefutter für Pferde 354.
 Erweiterung der Parfdeputation 349.
 Erwerb von Grundstücken 44, 133, 198.
 Erwerb von Flächen 41, 206, 301.

Fahrgelegenheit am Hauptbahnhofe 207, 257.

Fahrpreise der Droschken 206, 390.
 Fahrzeiten der Strassenbahn 22, 23.
 Faßhauer, Frau 416, 461, 477, 479, 481.
 Fehlbetrag 1914/15 300.
 Feld am Eisenbüttelerwege 184, 286.
 Feldflächen, Verpachtung solcher 286.
 Festsetzung von Höchstpreisen 235, 237, 318, 322.

Fettbeschaffung und Verteilung durch die Stadt 395 ff.

Fette, Preise dafür (s. auch Butter) 325.
 Fettscheider im Schlachthause 409.
 Feuerbestattungshalle 18.
 Feuerhilfe bei der Roggenmühle 81, 257.
 Ferntelegraphen 45.
 Fische, Höchstpreise dafür 325.
 Fleischpreise betr. 319, 320 ff.

Fleischwarenverkauf, städtischer (s. auch Dauertwaren) 176, 189, 213, 217, 319, 322, 525, 530.

Fleisch- und Wurstpreise in anderen Städten 323, 334, 338, 406 ff.

Fluchtlinien betr. 58, 203.

Flugfeld 24, 174, 183, 286, 392.

Fortbildungsschule 72, 318, 349, 384.

Fortbildungsschule, obligatorische 308, 385.

Fortbildungsschule, kaufmännische 300, 391.

Fortbildungsschule des Gastwirtsvereins 258, 307, 318, 349, 384, 489.

Französisches Feld 194, 347.

Frauenbadeanstalt 60.

Freibank, städtische 446.

Fricke, Stadtv. † 3.

Fußwege 306, 344, 355, 382, 383, 411.

Futterkartoffeln 354.

Futtermittel, 170 ff., 186, 352, 414.

Gasabgabe an Gießmarode 293.

Gaspreiserhöhung 492, 498 ff., 514, 515.

Gasrohre 293, 296.

Gaswerke 15, 386.

Gastwirtsverein, Fachschule desselben 258, 307, 318, 349, 384, 489.

Gastwirtschaften, Milchverbrauch dort 450.

Gebrauchs- und Einrichtungs- Gegenstände der Schulen 487, 488.

Geistliche, Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch dieselben 416, 460.

Gemeinde-Einkommensteuer 472, 491, 494 ff., 515.

Gemeinde-Grundsteuer 472, 504, 505, 515.

Genzen, Stadtverordneter 414.

Geschäftsordnung betr. 73, 126, 127.

Gewerbesteuer 472, 515.

Gewerbetreibende, Mitarbeit dieser bei der städtischen Nahrungsmittelverteilung 235, 238, 405, 425.

Glisanlagen der Straßenbahn 83, 305.

Gießmarode, Gasversorgung betr. 293.

Gießmaroder Bahnhof 129, 191.

Goldap, Kriegshilfsverein für diesen Kreis 299.

Großer Exerzierplatz 287, 289.

Grundbesitzerverein 410, 454.

Güterbahnhof Gießmarode 129, 191.

Güterbahnhof Hamburgerstraße 192.

Gäferscheine 354.

Hammer Schmidt, Stadtverordneter (siehe auch Berichtigung) 414.

Handelskammer 299, 300, 320, 392.

Handelskammer, Kommissionen derselben für Höchstpreise 189, 235, 236, 238.

Handwerkskammer, Abgabe von Abschlagfleisch durch dieselbe 251.

Handfertigkeitsunterricht 285.

Hypothekendarlehen, Aussetzung der Abtragung eines solchen 347.

Haus Hinter der Magnifikirche 1 102, 133, 201.

Haus- und Grundbesitzerverein 410, 454.

Hauswirtschaftlicher Unterricht 60.
 Heidleekanger betr. 196.
 Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung 99.
 Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule 22.
 Hinter der Magnifikirche 1 102, 133, 201.
 Honrothstraße, Häuser daselbst 201.
 Höchstpreise für Nahrungsmittel 128, 161,
 176, 179, 181, 183, 235, 311, 318,
 319, 322, 325, 405, 436, 475.
 Höchstpreise für Getreide, Neufestsetzung der
 128, 161.
 Höchstpreise für Schweinefleisch usw. 318,
 322, 405, 436.
 Hundesteuer 495, 515.
 Hypothekenbeschaffung 410, 454.

Installationsgewerbe 293.
 Instandsetzung von Straßen 43, 80.
 Interessentenweg-Aufhebung 41, 196.

Jahn'sche Realschule 18, 346.
 Dr. Jasper einberufen 129.
 Journalistenbesuch in Braunschweig 188,
 227, 257, 321.
 Junker'sche Realschule 18, 346.
 Jüdelstiftung 78, 99, 130, 346, 395.

Kaffeehäuser, Milchverbrauch in diesen 450.
 Dr. Kahlert, Stadtverordneter 127.
 Kalms, Beschwerde desselben 23, 72.
 Kanalabgabe 515.
 Kanalbau 44, 64, 296.
 Kanalbaukasse 300.
 Kanalbaukosten, Rückerstattung derselben 207.
 Kanalreiniger, Arbeitszeit derselben 519.
 Kaninchen, wilde 25, 26.
 Kaninchenzucht 23.
 Kartoffelpreise 178, 236, 237, 325.
 Kartoffelverkauf, städtischer 320, 418, 425,
 525.
 Katholische Schule 522,
 Kaufmännische Fortbildungsschule 300, 391.
 Kammerei-Vermögen 473.

Kinderspeisung 22, 67, 74, 129.
 Kinderspielfeld an der Kaiserstraße 345.
 Kinder, uneheliche 479, 481.
 Kinossteuer 495.
 Kirchensteuer 505.
 Klageaufnahme (Wichtwert) 388.
 Klagen, übertriebene, an Nahrungsmangel
 438, 444, 445, 446, 449.
 Kleinwohnungen 201, 294.
 Koksverkauf 15, 512.
 Kommissions- und Deputationswahl 65,
 128, 181, 183, 349, 410, 454.
 Kommission zur Unterstützung der Polizei-
 direktion 181, 183, 189, 235, 236,
 237, 239.
 Kommunalverband Braunschweig siehe Ver-
 bandsausschuß.
 Konsumverein, Allgem. 420, 426, 434, 441.
 Kontrollkassen für die Stadtkasse 468.
 Kornpreise in der Mitte des vorigen Jahr-
 hunderts 451.
 Koffst, Arbeiter 307.
 Kreißberg 356, 383, 415.
 Kriegerfamilienunterstützung 189, 230, 258,
 259, 359, 475.
 Kriegerfamilienunterstützung in anderen
 Städten 262, 266, 275, 477.
 Kriegerfrauen, Wochenausgabe solcher 230,
 279.
 Kriegshilfsverein des Herzogtums für den
 Kreis Goltap 299.
 Kriegsanleihe, vierte, Beteiligung der Stadt
 bei derselben 464.
 Kriegsanleihe, Zeichnung durch Beamte und
 Lehrer 212, 524.
 Kriegsbeschädigte, Unterricht für solche 391.
 Kriegsbüchereien, fahrbare 458.
 Kriegseinigungsamt (siehe Mietbeihilfe).
 Kriegsfürsorge siehe Kriegerfamilienunter-
 stützung.
 Kriegsgefangene als Arbeiter 368, 373.
 Kriegsnotpende 360.
 Kriegsurlaubter in Braunschweig 258, 309,
 357.

XVI

Kundschaft der Schlachtermeister 435.¹
 Küchenabfälle, Verwertung derselben 367 ff.
 Landesbehörden, Festsetzung von Höchstpreisen durch dieselben 311, 319.
 Landesbahnen 46.
 Landesfüttermittelfstelle 171, 172.
 Landleute bei der Fleischnot 446.
 Landwirte bei dem Kartoffelmangel 425, 431.
 Ländereierwerb 371, 374, 379.
 Lebensmittel (siehe auch Höchstpreise, Handelskammer, Kartoffeln, Butter, Fleischwaren usw.).
 Lebensmittelbeschaffung und Verteilung durch die Stadt 128, 163, 188, 189, 213, 217, 235, 245, 246, 249, 356, 362, 383, 395, 415, 418, 525.
 Lehrergehälter für die katholische Schule 522.
 Leihbücherei für Truppen 459.
 Leihhaus, städtischer Kredit dafelbst 523.
 Lichtwerk, elektrisches, siehe Elektrizitätswerk.
 Licht- und Wasserwerke, Verwaltungsbe-
 richt 14/15 386.
 Lohnaufbesserungen 314, 315, 518.
 Lohndeputation 410.
 Lohnübersicht 1916/17 518.
 Löhnung der Fuhrleute 391.
 Lord, Stadtrat † 414.
 Lufthafengesellschaft (siehe auch Flugfeld)
 286, 392.
 Luise-Ottmer-Stiftung 395.
 Luftfahrtssteuer 495.
 Magistratsmitglieder, Belastung derselben
 328, 433, 442.
 Mais, 354, 355.
 Maringsches Terrain 194.
 Massenschlachtungen 128, 163, 251.
 Maulkorbzwang für Hunde 229, 282.
 Mädchenfortbildungsschule 60.
 Mädchenmittelschule 42.
 Mägdeheim 394.
 Männer-Turn-Verein, Erlaß eines Miet-
 zinses für denselben 347.
 Mehlpreis 163, 324.

Mehlverteilung 131.
 Melasse als Futter 353.
 Melfogenwerke 415.
 Mietbeihilfe, städtische 260, 270, 278, 281.
 Mietpreisfestsetzung 102, 201.
 Mietzins, Erlaß eines solchen 347.
 Milcharten 396, 409.
 Milchverbrauch, Einschränkung desselben in
 Wirtschaften 450.
 Milchversorgung Braunschweigs 395 ff.
 Milchverteilungsausschuß 403.
 Mittelstand bei der Teuerung 438, 439.
 Mitteilungen des Vorstehenden 3, 18, 22,
 64, 72, 127, 174, 188, 257, 258, 410,
 414, 468.
 Münzzähler für elektrischen Strom 291.
 Nachtdrohschen am Hauptbahnhofe 257.
 Nahrungsmittel (s. Lebensmittel) 235.
 Nationaler Frauendienst 234, 259, 268,
 270, 273, 416, 461, 476, 478, 480.
 Neustadtmühle 332, 386.
 Obstverkauf von den Staatsstraßen 176.
 Okerbrücken 86 ff., 284.
 Ortsbauplan f. d. Ostbahnhofsgelände 159,
 294.
 Ortsbauplan, Aufnahme in denselben 196,
 297.
 Organisation beim städtischen Lebensmittel-
 verkauf 213, 415, 418.
 Ortsstraßenerklärung 90, 297.
 Ostpreußen 299.
 Pachtgeld für Feldabgabe 287.
 Parkdeputation 349.
 Parkstillstuben 415.
 Pferdefutter, Freigabe von Rohzucker dafür
 349, 352, 414.
 Pflanzkartoffeln 421, 433.
 Pflaster, geräuschloses 198.
 Plattenbelag auf Fußwegen 310, 344,
 355, 382.
 Platz vor dem Hauptpostgebäude 305.

Preisprüfungsstellen 189, 235, 236, 238, 320, 327, 330, 331, 425.
 Privatstunden der Lehrkräfte der höheren Lehranstalten 417.
 Probeeschlachtungen 322, 325, 326, 329, 330, 333, 335, 421, 437, 443, 447, 448, 451, 530 ff.
 Prozeßaufnahmen (Roggenmühle, Elektrizitätswerk) 257, 388.
 Preistreibereien auf den Wochenmärkten 253.
 Quart, Höchstpreise dafür 395, 402.
 Rathausanbau 82, 131, 372.
 Ratsdienervohnung im Rathaus 132.
 Rechnungsbücher für Jahr das 1914/15 300.
 Registrierkassen 468.
 Rehfah, Stadtschulrat Prof. Dr. † 414.
 Reichsbehörden, Festsetzung von Höchstpreisen durch dieselben 311, 319.
 Reichsbeitrag zur Unterstützung der Kriegersfamilien 259.
 Reichshuttermittelsstelle in Berlin 353.
 Reichsverband deutscher Stadtverordneter 129, 190.
 Reingewinn der Licht- und Wasserwerke 387.
 Reinemachefrauen für das Rathaus 315.
 Reis, Preise dafür 325.
 Religionsunterricht, Beaufsichtigung desselben 416, 460.
 Rentabilitätsberechnung der Wirtschaften im Stadt- und Bürgerparke 298.
 Rettungsinselfn am Friedrich-Wilhelmsplaze 62.
 Rettungshafen an den Okerufem 284.
 Riddagshausen, Eingemeindung einer dahin gehörenden Fläche 458.
 Rieselgut Steinhof 356, 362, 371, 373, 379, 473, 492.
 Roggenmühle, Braunschweiger 81, 257.
 Rohzucker als Pferdefutter 349, 352, 414.
 Rotes Kreuz in Bulgarien 345.
 Roeder, Berlin, Stahlfedernfabrik 129.
 Röber (Firma) 432, 434, 441.

Ruhegehaltsauszahlung 485.
 Ruhelohn 285, 307.
 Rückerstattung von Kanalbaukosten 207.
 Rückgratverkrümmungen bei Kindern 486.
 Rückzahlung von Abgaben des Lichtwerks 302, 388.
 Sachverständige über Schweinemästung 369, 374, 379.
 Säuglingsfürsorge 36.
 Schlachthausarbeiter 314.
 Schlachtungen für den Armeeverbrauch 128, 163.
 Schlachtungen, städtische s. Probeeschlachtungen.
 Schmalz, städtisches 213, 395, 432, 434, 441.
 Schrebergärten an der verlängerten Heinrichstraße 194.
 Schuld an der Fleisch- und Fettnot 436, 445.
 Schulgarten an der Okerstraße 206.
 Schulgarten auf dem Rieselgute 486.
 Schulkommission, Erteilung einer Ermächtigung an diese 453.
 Schulmuseum 100, 285, 386.
 Schulzeit für die Fortbildungsschüler 489.
 Schunterbrücke am Bienröder Wege 491.
 Schweine aus Serbien und Bulgarien 437, 444.
 Schweinefleisch und Wurst, Preise dafür (s. auch Höchstpreise) 318, 322, 325.
 Schweinelieferungen gegen Schrottlieferung 381, 435, 530.
 Schweinemästerei, städtische 356, 362.
 Schwerarbeiter, Zuschlagsarten für diese 431, 433 ff.
 Schwimmbad, städtisches 129, 133, 257.
 Schwimmunterricht 486.
 Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 66.
 Stadtbebauungsplan, neuer 68.
 Stadthaushaltsplan 1916/17 472.
 Stadtkasse 468.

XVIII

Stadtmagistrat, Überbürdung desselben 328, 433, 442.
 Stadtpark 298.
 Stadtverteilungsausschuß 169.
 Statut, die Straßenpflasterungen in der Stadt betr. 197.
 Statut, Erhebung einer Gemeindesteuer vom Vier 208.
 Statut über das Einsperren von Tauben 55.
 Statut über die Hundesteuer 495, 515.
 Statut über die Mädchenmittelschule 42.
 Statut über Unterhaltung einer Studienanstalt 199, 417.
 Stellennachweis, öffentlicher 22.
 Steuererhöhung 472, 494 ff.
 Steuerkraft der Einwohner 495, 498.
 Steuerzahlung durch Banküberweisungen 468

Straßen, die behandelt sind:

Altewiekring 451.
 Altstadtring 301.
 Amalienstraße 43.
 Bienröder Weg 491.
 Cellerstraße 43.
 Charlottenstraße 306.
 Comeniusstraße 41.
 Freytagstraße 89.
 Friedrich-Wilhelmsplatz 62, 306.
 Friedrich-Wilhelmstraße 305.
 Gertrudenstraße 306.
 Gieserwall 383, 411.
 Gülbenklnke 80.
 Hagenring, verlängerter 198.
 Heinrichstraße 194.
 Heitbergstraße 306.
 Herzogin-Elisabethstraße 194.
 Hildesheimerstraße 344.
 Höhe 203.
 Infanteriestraße 43.
 Interessentenweg 54, 196.
 Juliusstraße 382.
 Kaiserstraße 345.
 Kammannstraße 382.
 Kastanienallee 58.

Klausenstraße 306.
 Kramerstraße 310, 344.
 Langestraße zur Weberstraße, Verbindung 196.
 Luisestraße 355, 382.
 Mischlagern 43.
 Pfingststraße 64, 299.
 Schöppenstedterstraße 80.
 Wiewegstraße 306.
 Weststraße 310, 344.
 Wüsteworth 43.
 Straße 327 44.
 „ 328 44, 301.
 „ 651 196.
 „ 646 }
 „ 647 } 297.
 „ 648 }

Straßenbahn, zweigleisiger Verkehr 85 ff.
 Straßenbahnlinien, Änderung derselben 84.
 Straßeneisenbahn 22, 23, 72, 83, 305, 388.
 Straßeneisenbahn, Verkehrszeiten derselben 108.
 Straßenlehrer (Löhne betr.) 519.
 Straßenpflasterung betr. 197.
 Straßenpolizeiordnung 282, 314, 343.
 Studienanstalt 199, 390, 417.
 Süchting, Prof., (Vergleich) 348.

Tauben, Einsperren derselben 55.
 Teerung von Fußwegen 344.
 Teuerung in den Lebensmittelpreisen 174, 175, 188 ff., 213, 230, 235, 260.
 Teuerungszulagen bei den städtischen Löhnen 519, 522.
 Tierchutzverein 203.
 Dr. Topp, literarischer Nachlaß desselben 106.
 Tränkebrunnen 203.

Ulm, Schweinemästerei dort 368, 373.
 Umsatzsteuer 301, 308.
 Unterstützung der Kriegerfamilien und Arbeitslosen, siehe Kriegerfamilien.

Unterstützung der Urlauber 309.
 Unterstützung von Vereinen 299, 318, 349, 384.
 Urlauberunterstützung 258, 309, 357.
 Übernahme des Gieselerwalles 383, 411.
 Überschreitung und Abweichungen vom Etat 14/15 300.
 Verbandsausschuß für Brotgetreide und Mehl 130, 168.
 Verbandsausschuß für Futtermittel 186.
 Verbindungsstraße zwischen Lange- und Weberstraße 196.
 Verbrauchsregelung für Butter und Fette 426.
 Verein Braunschweiger Gastwirte 72.
 Verein der Brennereien und Lixörfabriken 128, 159.
 Verein für soziale Kolonisation Deutschlands 457.
 Vergleich in einer Prozeßsache (Süchting) 348.
 Verkauf von Grundflächen 41, 344.
 Verkaufsstellen für städtische Fleischwaren 216, 222, 224.
 Verkaufsstellen für Kartoffeln 426.
 Verkehr mit Futtermitteln 170.
 Verkehrsverein Braunschweig 23, 40, 72, 108, 128, 257, 468.
 Verkehrszeiten der Straßenbahn 108.
 Vermietung von städtischen Wohnungen 102, 201.
 Verpachtung von Feldküchen 174, 183, 286.
 Verteilungsausschuß des Kommunalverbandes Braunschweig 131.
 Verteilungsstelle für das ganze Herzogtum (oder einen Teil desselben) 171.
 Verteilung, gerechte, von stadtfestig beschafften Waren 401.
 Vertrauensmänner (bei der Polizeidirektion) 181, 183, 189, 235, 236, 237, 239.
 Verwaltungsbericht der Licht- und Wasserwerke 386.

Viehhoß 334, 339, 341.
 Vögel, Sammlung ausgestopfter 100, 386.
 Volkslesehalle 130.
 Vorausbestellung bei Butterverkauf 422.
 Wahldeputation, Bericht derselben 3, 6.
 Wahl der Vorstehenden 4.
 Wahl der Kommissionen und Deputationen 4, 6, 168, 183, 349, 410.
 Wall, Übernahme desselben seitens der Stadt 412.
 Wasserrohr 81, 296, 299.
 Wasserwerke 386.
 Weißbrot betreffend 31.
 Wernicke, Oberchnrat † 3.
 Wild, Höchstpreise dafür 325.
 Wildschädigungen betreffend 57.
 Wilhelm-Gymnasium, öffentliche Bedürfnisanstalt daselbst 393.
 Witwen- und Waisengelder (Übersicht) 285.
 Wochenausgabe von Kriegerfrauen 230, 279.
 Wochenhilfe 34.
 Wohlfahrtskasse 62, 515.
 Wohnungen für städtische Beamte und Arbeiter 202.
 Wohnungssteuer 496.
 Wurstindustrie, Braunschweig 336.
 Wurstlieferungen nach auswärts 421, 439.
 Zentraleinkaufsgesellschaft 437.
 Zucker als Pferdefutter 349, 352, 414.
 Zuschuß an die kaufmännische Fortbildungsschule 300.
 Zuschuß, besonderer, an die kathol. Schule 522.
 Zuschuß, durchschnittlich städt. für je einen Schüler 483 ff.
 Zuschuß zur Instandsetzung von Unterrichtsräumen 392.
 Zuschüsse an Vereine und Verbände, Ausschüsse, Stiftungen 23, 61, 99, 130, 394, 457, 458, 524.
 Zwangsenteignung 301.
 Zwiebeln, Preis dafür 428.

Berichtigungen:

- §. 89. Zeile 13 von unten statt 5 und 7 zu lesen **4** und **7**.
- §. 107. Die Sitzung fand nicht am 2., sondern **am 22. Juli** statt.
- §. 188 und 256. Unter den Magistratsmitgliedern ist noch Herr **Stadtrat Wagner** aufzuführen.
- §. 256 und 318. Herr Stadtv. Hammerschmidt fehlte **wegen Krankheit**.
- §. 382. Als Redner ist zu lesen statt Stadtv. Wesemeier **Stadtv. Bunge**.
- §. 395. Zeile 18 von unten statt 378 zu lesen **382** und **403**.
- §. 411. Zeile 17 von unten statt 379 zu lesen **383**.



1915/1916.

Nr. 1.

102

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. April 1915.

Tagesordnung:

- | | |
|---|---------|
| 1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters | Seite 4 |
| 2. Wahl der Kommissionen und Ausschüsse | " 6 |
| 3. Anfrage Loeschigt über die Knappheit der Kof:vorräte auf den städtischen Gaswerken | " 15 |
| 4. Festsetzung der Gebühr für längere Aufbewahrung von Aschenurnen in der Feuerbestattungshalle | " 18 |
-

Verzeichnis

der am 1. April 1915 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	i. d. Klasse	im Bezirk		Name	Stand	i. d. Klasse	im Bezirk
1	Bartels, Wilh.	Architekt	1	2	20	Rasche, Otto	Architekt	2	2
2	Bues, Heino	Gastwirt	2	4	21	Rector, August	Schneider	3	2
3	Bunge, Friedr.	Kassierer	3	4	22	Ribbentrop, Kennig	Major a D.	1	4
4	Diedmann, Fritz	Wurstfabrikant	2	4	23	Riefe, Heinrich	Maurer	3	3
5	Frede, Gustav	Lehrer	2	4	24	Sander, Karl	Malermeister	2	3
6	Göcke, Theodor	Kreis-Zimmermeister	2	2	25	Schön, Adolf	Geh. Bauvat	1	1
7	Gundermann, W.	Fabrikdirektor	1	4	26	Schmidt, Karl	Geschäftsführer	3	3
8	Hammerschmidt, Otto	Geschäftsführer	3	4	27	Schulze, Karl	Geschäftsführer	3	1
9	Hartung, Ernst	Justizrat	1	2	28	Stegmann, Karl	Geschäftsführer	3	1
10	Helle, Karl	Kaufmann	1	3	29	Steinbrecher, Gustav	Arbeitersekretär	3	2
11	Jasper, Dr. jur.	Rechtsanwalt	3	2	30	Steinecke, Louis	Kaufmann	2	2
12	Kruse, Wilhelm	Direktor	3	1	31	Tebbenjohanns, August	Direktor	1	4
13	Landauer, Dr. jur.	Großkaufmann	1	3	32	Trinks, Franz	Maschinenfabrikant	1	1
14	Lauer, Hermann	Zeitungsverlgr.	1	2	33	Voge, Dr. jur.	Rechtsanwalt	2	3
15	Loeschigk, Robert	Brennereibes.	2	3	34	Weichsel, Erich	Rechtsanwalt	1	3
16	Meyerhoff, Joh.	Schlossermstr.	2	1	35	Wesemeier, Aug.	Redakteur	3	3
17	Munte, Hans	Konservenfabr.	2	1	36	Wolters, Dr. jur.	Hofbrauhausbesitzer	1	1
18	Ohlendorf, Friedr.	Lagerhalter	3	4					
19	Pusch, Ernst	Bankier	2	1					

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtvv. **Schulze**, **Weichsel**, Dr. **Wolters** und Dr. **Voge**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Lauer**, **Ribbentrop** und **Lebbenjohanns**.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Meine Herren! Als Alterspräsident habe ich heute die Versammlung zu eröffnen und bin auch ersucht worden, die Leitung der Wahlen zu übernehmen. Falls kein anderer Vorschlag gemacht wird, werde ich die Aufgabe, soweit es möglich ist, erledigen.

Ausgeschieden aus unserer Versammlung sind die Herren **Edhardt**, **Fricks**, **Frühling**, **Henking**, **Leinfnecht** und **Danne** — Herr Danne war ja nur als Ersatzmann für einen oder anderthalb Monate hier tätig. Ich glaube, Sie alle, die Sie die Tätigkeit der ausgeschiedenen Herren gekannt haben, werden mit mir eines Sinnes sein, wenn ich der Anerkennung des Wirkens der Ausgeschiedenen Ausdruck gebe. Jeder einzelne hat sich bestrebt, das Wohl der Stadt im Auge zu haben und darnach zu handeln.

Leider ist Herr **Fricks** vor dem 1. April verstorben, und noch eine zweite Trauernachricht ist an den Vorsitzenden der Stadtverordneten gerichtet worden von den Hinterbliebenen des Herrn Oberschulrat Professor **Wernicke**, des Direktors unserer Oberrealschule. Wenn ich Sie, meine Herren, bitte, sich zu Ehren der beiden Verstorbenen von Ihren Sätzen zu erheben, so glaube ich keine Fehlbitte zu tun. (Die Versammlung entspricht der Aufforderung.) Ich danke Ihnen.

Neu eingetreten in das Stadtverordnetenkollegium sind die Herren **Bartels**, **Bues**, **Kruse**, **Landauer**, **Steincke**, **Trinks** und **Lebbenjohanns**. Der zuletzt genannte Herr ist behindert, unserer heutigen Sitzung beizuwohnen, und hat um Urlaub gebeten. Außerdem hat sich Herr Stadtv. **Lauer** bei mir entschuldigt.

Wir würden zunächst zur Wahl des ersten Vorsitzenden zu schreiten haben. Die bisherige und die künftige Besetzung ist in den Ihnen zugegangenen Wahlvorschlägen durch die Vorschlagskommission vorbereitet.

Stadtv. **Schön** (namens der Deputation zur Vorberatung der Wahlen): Das Ergebnis der Vorberatung durch die in der vorigen Versammlung eingesetzte Wahldeputation liegt Ihnen vor. Die Mitglieder der Deputation waren einmütig der Ansicht, daß es der ersten Zeit entsprechen würde, die heutige Wahlhandlung so einfach wie möglich zu gestalten, und zwar in der Weise, daß die im

Stadtverordnetenkollegium verbleibenden Herren in ihren Ämtern bestätigt werden und Neuwahlen nur für die ausscheidenden Herren eintreten sollen. Es würde doch unseren Gefühlen widerstreben, wenn wir z. B. die durch den Krieg behinderten Kollegen nicht einfach wiedewählen wollten, ebenso werden sich die geehrten Herren wohl dem Standpunkte der Deputation anschließen, daß der Begriff des Burgfriedens auch auf die heutige Wahlhandlung angewandt werden soll. Freilich bedingt das, daß manche Wünsche, die da und dort auf den verschiedenen Seiten des Hauses heute vielleicht zum Ausdruck gekommen wären, zurückgestellt werden müssen. Die Deputation will aber diesem Umstande dadurch Rechnung tragen, daß sie Ihnen vorschlägt, den heutigen Wahlen nur einen provisorischen Charakter zu geben, das heißt, sie nur für die Dauer der Kriegszeit gelten zu lassen und die statutenmäßigen Neuwahlen bis nach Beendigung des Krieges zu verschieben. Aus diesem Anlaß stellt die Deputation vorweg folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß die heutigen Wahlen der Vor-
sitzenden der Stadtverordneten und der Mitglieder der verschiedenen Kom-
missionen und Ausschüsse nur für die Dauer des Krieges bestimmt sind, während
die statutenmäßigen Neuwahlen erst nach Beendigung des Krieges vorgenommen
werden sollen.“

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, zunächst diesen Antrag der Deputation zur
Beschlufsfassung zu stellen und nachher mir Gelegenheit zu geben, zu den einzelnen
Punkten der Wahlvorschläge die erforderlichen Bemerkungen zu machen.

Alttersvorsitzender: Die Herren haben den Antrag gehört. Wünscht jemand
das Wort dazu? — Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich nehme also das Ein-
verständnis der Versammlung mit dem Antrage an und ersuche den Herrn Bericht-
erstatter, weiter das Wort zu nehmen.

Stadtv. Schön: Ich bitte, die verschiedenen Wahlen an Hand des den ge-
ehrten Herren zugegangenen Verzeichnisses vorzunehmen. Bei der Aufführung
der bisherigen Besetzung sind die Namen der ausscheidenden Herren unterstrichen,
für die vorgeschlagene künftige Besetzung sind die Namen der neu zu wählenden
Herren ebenfalls unterstrichen, und falls sich kein Widerspruch erhebt, wird der
Herr Vorsitzende wohl in der Lage sein, die Wahl durch Zuruf vornehmen zu
lassen.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Stadtv. Schön: Der wegen Behinderung des ersten Vorsitzenden gewählte
Vorsitzende Frühling ist aus der Versammlung ausgeschieden; es wird an dessen
Stelle Herr Hartung vorgeschlagen.

Altersvorsitzender: Der erste Vorsitzende würde darnach Herr Wolters bleiben. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Als Stellvertreter ist Herr Hartung vorgesehen. — Es erhebt sich auch hier kein Widerspruch.

Stadtv. Steinede: Als Neuling in dieser Versammlung möchte ich mir die Anfrage erlauben, nach welchen Grundsätzen die Wahlvorschläge gemacht sind. Ich habe die Vorschlagsliste mit Sorgfalt durchgesehen und mit Interesse daraus entnommen, daß fast sämtliche neugewählten Stadtverordneten in den einzelnen Kommissionen Berücksichtigung gefunden haben. Fassen Sie es nicht als unbescheiden auf, wenn ich hier ausspreche, daß es mir aufgefallen ist, daß meine Wenigkeit gar keine Berücksichtigung für irgend eine Kommission gefunden hat, obgleich auch ich mich auf diesem Gebiete praktisch betätigen möchte. Ich darf wohl den verehrten Herrn Vorsitzenden um Aufklärung hierüber bitten.

Stadtv. Schön: Man hat die Herren genommen, wie sie in der Deputation vorgeschlagen wurden, selbstverständlich, ohne darin eine Spitze gegen irgend einen der Herren zu suchen. Wie ich schon in der Einleitung gesagt habe, sind Neuborschläge nur für die ausgeschiedenen Herren gemacht, und es ist bei Durchsicht der Liste nicht aufgefallen, daß einer der Herren bei der Verteilung in den Kommissionen nicht berücksichtigt worden ist. Ich muß nochmals hervorheben, daß, wenn der eine oder andere Herr nicht vorgeschlagen ist, irgend eine Absicht gegen ihn nicht vorlag.

Altersvorsitzender: Ich glaube, Herr Steinede, das wird Ihnen genügen. Auch ich habe der Sitzung beigewohnt und muß gestehen, daß wir manchmal aus der Not eine Tugend gemacht haben, und wenn ich die Namen der in die Kommissionen neu Eingetretenen lese, so sage ich mir, daß auch Ihnen im Laufe der heutigen Wahl genug Gelegenheit gegeben sein wird, in die Kommissionen hineinzukommen. Wenn Sie für irgend eine Kommission vorgeschlagen werden, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß Sie auch gewählt werden.

Stadtv. Schön: Für den zweiten Vorsitzenden der Stadtverordneten sind keine Wahlvorschläge gemacht, sondern es wird einfach der Zustand im alten Sinne belassen: Herr Dr. Voge als zweiter Vorsitzender und der jeweilige Altersvorsitzende als Stellvertreter.

Altersvorsitzender: Es meldet sich niemand zum Wort. Ich erkläre auch diesen Punkt für angenommen.

2. Wahl der Kommissionen und Ausschüsse.

Statutenkommission.

Stadtv. **Schön**: Aus dieser Kommission scheidet Herr Henking aus, dafür ist Herr Landauer zur Neuwahl empfohlen. Eine zweite Neuwahl ist für den zum Kriege eingezogenen Herrn Dr. Wolters vorgesehen, hier wird Herr Wesemeier vorgeschlagen, während für Herrn Weichsel schon früher Herr Sander als Vertreter eingetreten ist.

Altorsvorsitzender: Es wären also zu bestätigen die Herren G u n d e r m a n n, Hartung, Meyerhoff, Steinbrecher, R o g e (L a n d a u e r), Weichsel (S a n d e r), Wolters (W e s e m e i e r).

Meine Herren. Es taucht die Frage auf, ob ich hier noch mit Berechtigung sitze. Gestern abend war die Meinung des neuen Herrn Vorsitzenden, daß ich die Wahl bis zu Ende leiten sollte. Ich höre eben, daß das nach der Städteordnung nicht zulässig ist. — Ich frage Herrn Hartung, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen. (Stadtv. Hartung bejaht.) Dann räume ich meinen Platz und bitte Herrn Hartung, den Vorsitz zu übernehmen.

Stadtv. **Hartung** übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender Hartung: Werden zur Wahl der Statutenkommission andere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Ich nehme an, daß damit die vorgeschlagenen Herren gewählt sind.

Auch für die folgenden Wahlen gibt Herr Stadtv. **Schön** die Vorschläge der Vorschlagsdeputation bekannt, die darauf (wenn in diesem Bericht nicht anders bemerkt ist) ohne weitere Debatte von der Versammlung gutgeheißen werden. Die in Klammern aufgeführten Namen bezeichnen die Stellvertreter für die durch den Kriegsdienst behinderten Herren. Es werden in dieser Weise gewählt:

Finanzkommission.

Die Herren Tebbenjohanns (Neuwahl für Herrn Eckhardt), Jasper, Frede, Voeshigk, Munte, Schön, Wolters (Schmidt).

Baukommission.

Die Herren **S t e g m a n n** (Neuwahl für Herrn Fricke), **T r i n k s** (Neuwahl für Herrn Frühling), **M e y e r h o f f**, **B u s c h**, **K a s c h e**, **K i e f e**, **S a n d e r**.

Schulkommission.

Die Herren **G ö d e** (Neuwahl für Herrn Eckhardt), **F r e d e**, **L a u e r** (Neuwahl für Herrn Fricke), **H e l l e**, **S t e i n b r e c h e r** (Neuwahl für Herrn Kleinfnecht).

Deputation für die Verwaltung des Museums.

Die Herren **B u s c h**, **S a n d e r**, Eisenbahnverkehrscontroller **L e u e**, Bankier **L ö b b e c k e**, Geheimer Hofrat **L ü b k e**, Fabrikbesitzer **L a n g e**.

Deputation für die Verwaltung des Archivs und der Bibliothek.

Die Herren Justizrat **E n g e l b r e c h t** und Professor Dr. **B i e r e c k**.

Deputation zur Vorberatung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Die Mitglieder der **S t a t u t e n k o m m i s s i o n**.

Gehaltsdeputation.

Die Mitglieder der **F i n a n z k o m m i s s i o n**, sowie die **V o r s i t z e n d e n** der drei übrigen Kommissionen.

Deputation zur Leitung des Feuerlöschwesens.

Die Herren **L o e s c h i g k** und **S a n d e r**.

Schulvorstand für die Bürgerschulen.

Die Herren **H e l l e** (Neuwahl für Herrn Fricke), **L a u e r** (Neuwahl für Herrn Kleinfnecht), Schulinspektor **M. O p p e r m a n n**, Lehrer **S a l o m o n**, Frau Professor **G ö k e**. Als Stellvertreter die Herren **G ö d e**, (Neuwahl für Herrn Helle), **H a m m e r s c h m i d t** (Neuwahl für Herrn Henking), Schulinspektor **F o r m e r**, Lehrer **B e h m e II**, Fräulein **L e r c h e**.

Schulvorstand für die Knabenmittelschule.

Die Herren **F r e d e** (Neuwahl für Herrn Eckhardt), **H e l l e** (Neuwahl für Herrn Fricke), **M u n t e**.

Schulvorstand für die beiden Mädchenſchulen.

Die Herren **Lauer** (Neuwahl für Herrn Fricke), **Recter** (Neuwahl für Herrn Kleinfnecht), **Munte**, **Ribbentrop**.

Vorſtand der katholiſchen Schule.

Herr **Helle** (Neuwahl für Herrn Henking).

Schulkommiſſion für die ſtädtiſchen Oberrealschulen.

Die Herren **Helle** (Neuwahl für Herrn Fricke), **Lauer** (Neuwahl für Herrn Kleinfnecht), **Munte**, **Ribbentrop**.

Schulvorſtand für die ſtädtiſche Gewerbeſchule.

Die Herren **Bunge** und **Göcke**.

Deputation für die Licht- und Waſſerwerke und die Pumpſtation.

Die Herren **Göcke**, **Gundermann**, **Meyerhoff**, **Dhlendorf**.

Auſſchuß für das Schlachthauſ.

Die Herren **Dieckmann**, **Loeſchigk** (Neuwahl für Herrn Eckhardt), **Bunge** (Neuwahl für Herrn Henking), **Schlachtermeiſter Froböſe** und **Schlachtermeiſter Schliebiß**.

Straßenreinigungſdeputation.

Stadtv. **Schön**: Es ſcheidet aus Herr Henking, dafür wird empfohlen Herr **Göcke**. Herr **Sander** bleibt in der Kommiſſion. Außerdem hat die Wahldeputation den Antrag zu ſtellen, in dieſe Deputation ein drittes Mitglied zu wählen. Für die jezt in Frage kommende Zeit wird Herr **Stegmann** vorgeschlagen.

Vorſitzender: Ich nehme das Einverſtändniß der Verſammlung an, daß drei Herren in dieſe Deputation eintreten, und zwar, wie vorgeschlagen, die Herren **Göcke**, **Sander**, **Stegmann**.

Die Verſammlung ſtimmt ſtilſchweigend zu.

Marktdeputation.

Die Herren **Bunge** (Neuwahl für Herrn Brenner), **Dieckmann**, **Kruſe** (Neuwahl für Herrn Kleinfnecht), **Lauer**.

Deputation für das Kieselgut.

Die Herren Böcke, Loeschigk, Kieke, Kentner Halbe, Kentner
Dhlmer.

Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Begegeld- und Kanalfsteuerbeiträgen.

Die Herren Schmidt (Neuwahl für Herrn Kymann), Bartels (Neu-
wahl für Herrn Eckhardt), Böcke, Helle, Loeschigk.

Deputation für den Bürgerpark und Stadtpark.

Die Herren Lauer, Frede (Neuwahl für Herrn Mohr), Dhlendorf,
Baurat Frühling.

Stadtbauamt.

Die Herren Munte, Wesemeier, Maurermeister Eide (Neuwahl
für Herrn Eckhardt). Als Stellvertreter die Herren Ribbentrop und Steg-
mann. (Nachwahl s. S. 15.)

Quartierbehörde.

Die Herren Ribbentrop und Wesemeier. Als Stellvertreter die
Herren Kruse (Neuwahl für Herrn Fricke) und Sander.

Gesundheitsausschuß.

Die Herren Hammerschmidt, (Neuwahl für Herrn Günther),
Meyerhoff, Sanitätsrat Dr. Henking, Sanitätsrat Dr. Klein-
necht, Geh. Medizinalrat Bedurts, Direktor von Feilich,
Apotheker Dr. Mehning.

Kommission zur Einschätzung der Gewerbesteuern.

Die Herren Bunge, Helle, Dhlendorf, Sander.

Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreklamationen.

Die Herren Frede, Bues (Neuwahl für Herrn Mohr), Sander,
Schulze.

Stiftungskassenkollegium.

Stadt v. **Schön:** Herr Eckhardt scheidet als Stadtverordneter aus und ist infolge eines Irrtums der Kommission wieder zur Wahl vorgeschlagen. Wir hatten angenommen, daß es keinem Anstande begegnen würde, wenn Herr Eckhardt in dem Stiftungskassenkollegium belassen würde. Nachträglich haben wir uns aber überzeugt, daß dies dem Gesetze widersprechen würde, da das von uns zu wählende Mitglied dieses Kollegiums ein Stadtverordneter sein muß. Es ist also für Herrn Eckhardt hier eine Neuwahl vorzunehmen.

Vorsitzender: Ich bitte um Vorschläge. (Zuruf: Herr Steinede.) Werden sonst Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Ich nehme an, daß Herr **Steinede** damit gewählt ist.

Deputation zur Verwaltung der Volksbäder.

Die Herren **Landauer** (Neuwahl für Herrn Lange), **Dhlendorf**, Maurermeister **Bedmann**, Sanitätsrat Dr. **Henking**.

Kassenrevisor.

Herr **Busch**.

Ausschuß zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke und der gewerblichen Etablissements (bis 31. März 1919).

Vorsitzender: In diesem Falle würde eine Ausnahme von dem vorhin beschlossenen Grundsatz, daß die Wahlen nur für die Kriegsdauer gelten sollen, eintreten, indem die Herren bis zum 31. März 1919 ihr Amt behalten. Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß das Prinzip, das wir vorhin ausgesprochen haben, für diesen Ausschuß nicht gilt.

Die Versammlung ist stillschweigend mit dem Vorschlage der Vorschlagsdeputation einverstanden. Es gelten als gewählt: Die Herren **Bunge** (Neuwahl für Herrn Ahmann), **Göcke**, **Munte**, **Dhlendorf**, **Schmidt**, Ökonom **Dreweß**, Rentner **Halbe**, Landwirt **Portegast**, Rentner **Dhlmer** und Fabrikbesitzer **Lange**.

Deputation zur Errichtung eines Schwimmbades.

Die Herren **Rasche**, **Wolters**, Baurat **Frühling**, Sanitätsrat Dr. **Henking**.

Verkehrsdeputation.

Die Herren Meyerhoff, Rasche, Kieke, Professor Helm, Geh. Hofrat Lübke, Baurat Frühling.

Deputation zur Revision des Ortsbauplans.

Die Herren Göde, Meyerhoff, Rasche, Kieke, Baurat Frühling, Sanitätsrat Dr. Henking.

Deputation zur Vergebung städtischer Bauarbeiten.

Stadtv. **Schön:** Der hier in der Vorschlagsliste aufgeführte Herr Fricke ist verstorben, dafür würde eine Ersatzwahl vorzunehmen sein. Es wurde in der Wahldeputation angenommen, daß man Herrn Baurat Frühling, obgleich er nicht mehr Stadtverordneter ist, als Mitglied dieser Deputation wiedewählen könnte. Ich habe mich aber überzeugt, daß nach dem Anhang zur Sammlung der Statuten nur Stadtverordnete dieser Deputation angehören sollen. Es würde also zu empfehlen sein, statutenmäßig vorzugehen und eine Neuwahl auch für Herrn Frühling vorzunehmen.

Stadtv. **Munte** schlägt die Herren Trinks und Sander vor.

Vorsigender: Ich bitte zunächst um Vorschläge für einen Ersatzmann für Herrn Frühling.

Stadtv. **Bunge:** Ich möchte Herrn Kieke vorschlagen. Herr Kieke ist bisher Stellvertreter gewesen; ich bitte, ihn heute als Mitglied dieser Deputation zu wählen.

Stadtv. **Sander:** Ich möchte die Frage anregen, ob es nicht möglich ist, daß wir Herrn Baurat Frühling in dieser Deputation belassen. Ich bin überzeugt, wenn wir den Beschluß fassen, so wird sich sein Verbleiben ermöglichen lassen. Wir haben uns schon mehrfach über die Bestimmungen der Statuten hinweggesetzt und können das auch hier tun. Sie wissen, welche geschätzte Kraft im ganzen und besonders in dieser Deputation Herr Baurat Frühling gewesen ist. Ich bitte die geehrten Herren, dem zuzustimmen, daß Herr Baurat Frühling in dieser Deputation bleibt.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Ich habe aus Anlaß einer Anfrage des Herrn Geh. Baurat Schön diese Frage, die eben Herr Sander aufgeworfen hat,

auch dem Magistrat vorgelegt. Wir waren der Ansicht, daß wir, soweit gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, wie z. B. bei der Wahl des Stiftungskassenkollegiums, Bedenken tragen müssen, von den bestehenden Vorschriften abzuweichen, weil daraus die Nichtigkeit der Wahl abgeleitet werden könnte, daß aber, soweit es sich um Festsetzungen handelt, die die städtischen Behörden allein vorgenommen haben, Abweichungen unbedenklich zugelassen werden können, wenn beide städtische Körperschaften damit einverstanden sind, und dazu würde nach Ansicht des Magistrats dieser Fall unzweifelhaft gehören. Nur die städtischen Behörden haben diese Vorschrift aufgestellt; es handelt sich nicht um ein Statut, sondern um einen Anhang zu einem Statut. Sollte also die Stadtverordnetenversammlung es für wünschenswert halten, hier von den Vorschriften des Anhangs abzuweichen, so würde der Magistrat keine Bedenken dagegen erheben.

Zweifelhaft kann man über die Behandlung sein, wenn es sich um eine Abweichung von statutarischen Vorschriften handelt, denn diese erlassen wir nicht allein, sondern mit Genehmigung des Staatsministeriums. Ich mache dabei auf folgendes aufmerksam: Die geehrten Herren haben bei den Wahlen schon verschiedene Abweichungen von Statuten vorgenommen, z. B. die Zahl der Mitglieder der Straßenreinigungsdeputation erhöht. Auch da hat der Magistrat gemeint, man könnte schwerlich zu besorgen haben, daß die Aufsichtsbehörde deswegen eingreifen werde. In dieser außerordentlichen Zeit, die außerordentliche Maßnahmen wenigstens entschuldigen dürfte, wird sie wohl über solche Sachen hinweggehen.

Stadtv. Schön: Ich möchte die vom Herrn Oberbürgermeister abgegebene Erklärung bestätigen und glaube, daß es im Sinne der Versammlung liegen wird, und daß ich auch die Zustimmung der Wahldeputation voraussetzen darf, wenn ich vorschlage, daß wir unter diesen Umständen Herrn Fröhling in dieser Deputation belassen, so daß nur für Herrn Fricke eine Neuwahl stattzufinden haben würde.

Vorsigender: Ich frage, ob die gestellten Abänderungsvorschläge zurückgezogen werden?

(Die abweichenden Wahlvorschläge werden zurückgezogen).

Vorsigender: Ich nehme an, daß in Abweichung von unseren früher befolgten Grundsätzen Herr Fröhling als Mitglied dieser Deputation wiedergewählt ist. — Als Stellvertreter ist für Herrn Fricke Herr Trinks vorgeschlagen, während Herr Rieke schon früher als Stellvertreter der Deputation angehört hat.

Werden sonst Vorschläge gemacht? — Das geschieht nicht, dann ist Herr Trinks als Stellvertreter gewählt.

Zu der genannten Deputation gehören demnach: Die Herren R a s c h e und Baurat F r ü h l i n g, als Stellvertreter die Herren K i e k e und Trinks (Neuwahl für Herrn Fricke.)

Lohndeputation.

Stadtv. **Schön:** Es scheidet aus Herr Lange, und dafür wird Herr Bartels neu vorgeschlagen. Außerdem hat die Wahldeputation mich beauftragt, den Antrag zu stellen, ein sechstes Mitglied in diese wichtige Deputation zu wählen. Es wird dafür Herr Jasper vorgeschlagen.

Die Versammlung ist mit den Vorschlägen einverstanden. Es gehören der Deputation darnach an: die Herren Meyerhoff, Munte, Kieck, Sander, Bartels (Neuwahl für Herrn Lange) und Jasper (Neuwahl).

Spielflagdeputation.

Die Herren R a s c h e, R e c t e r (Neuwahl für Herrn Frühling), Sander (Neuwahl für Herrn Munte, der eine Wiederwahl wegen Beschäftigung in anderen Deputationen abgelehnt hat).

Deputation zur Prüfung der Frage über die Einführung der Sonntagsruhe.

Stadtv. **Schön:** Nach dem Vorschlage der Wahldeputation sollen die Herren Frede, Munte, Ohlendorf und Voge in der Kommission verbleiben. Ein Ersatz für Herrn Voge, der wegen des Krieges behindert ist, findet darnach nicht statt.

Stadtv. **Helle:** Für diese Deputation bin ich seinerzeit nachgewählt und außer mir noch einer der Herren, ich glaube, Herr Frede. (Zuruf: Für Herrn Kleinfnecht.)

Stadtv. **Schön:** Demnach würde hier vergessen sein, Herrn Helle als bisheriges Mitglied wieder mit vorzuschlagen. Es würde dann der Antrag der Kommission lauten, daß auch Herr Helle weiter als Mitglied in der Kommission verbleibt.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich habe nicht genau verstanden, was vorgeschlagen ist.

Vorsigender: Es ist von Herrn Helle vorgetragen, daß das Referat insofern unrichtig ist, als in die Deputation nicht nur die in der Liste aufgeführten Herren, sondern auch Herr Helle als Mitglied gewählt ist. Herr Helle sei gewählt für den früher ausgeschiedenen Herrn Kleinfnecht.

Stadt. Dr. **Jasper:** Wenn vom Vorsigenden festgestellt ist, daß die Wahl so vorgenommen ist, habe ich selbstverständlich, den vereinbarten Grundätzen entsprechend, nichts dagegen einzuwenden, daß Herr Helle wieder mit vorgeschlagen wird. Ich möchte nur bitten, daß dieser Punkt zurückgestellt wird, bis zur endgültigen Feststellung, wer zu der Kommission gehört hat.

Vorsigender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß dieser Punkt zurückgestellt wird.

Städtisches Bestattungsamt.

Die Herren **Hartung** und **Dhlendorf**.

Jüdelstiftung.

Die Herren **Munte**, **Wolters** (**Rasche**).

Stadtverteilungsstelle.

Die Herren **Dieckmann**, **Lauer**, **Dhlendorf**, **Schmidt**, **Kaufmann Eckhardt**, Sanitätsrat Dr. **Kleinfnecht**, Geschäftsführer **Blummeier**, Direktor von **Feilich**, Hofkonditor **Kohlmann**, Kaufmann **Moser**, Rentner **Nürnbergger**, Kaufmann **Börner**.

Deputation zur Vorbereitung der Wahlen.

Die jeweiligen **Vorsigenden** der vier Kommissionen sowie die Herren **Frede**, **Hartung**, **Jasper**, **Munte**, **Kiefe**, **Sander**, **Steinbrecher**.

Vorsigender: Damit wären die Wahlen erledigt bis auf die Deputation für die Sonntagruhe, auf die wir noch zurückkommen müßten.

Bürgermeister **Meyer:** Für das Stadtbauamt hat die geehrte Versammlung drei Herren als Mitglieder und zwei Herren als Stellvertreter gewählt, während

nach dem Baustatut für jedes ordentliche Mitglied je ein Stellvertreter gewählt werden soll. Ich möchte bitten, daß noch ein dritter Stellvertreter gewählt wird.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß keine Bedenken gegen diese Anregung vorliegen und bitte, Vorschläge zu machen. (Zuruf: Herr Steinede.) Herr Steinede ist als Stellvertreter für Herrn Eide vorgeschlagen. Wenn keine anderen Vorschläge gemacht werden, nehme ich an, daß Herr Steinede gewählt ist.

3. Anfrage Loeschigt über die Knappheit der Koks-vorräte auf den städtischen Gaswerken.

Vorsitzender: Es ist von Herrn Loeschigt eine Anfrage an den Magistrat eingegangen, die folgendermaßen lautet:

„Wie kommt es, daß seit vier bis sechs Wochen der Koks auf unseren Gaswerken so knapp ist, daß ein großer Teil der Einwohner seinen Bedarf nicht decken konnte?“

Stadtv. Loeschigt (zur Begründung): Durch die Kriegsverhältnisse ist der Bezug von Kohlen erheblich erschwert, auch für die städtischen Werke, das wissen wir alle. Der Grund meiner Anfrage aber ist, daß mir Klagen zu Ohren gekommen sind, daß auf den Gaswerken der Koks, den man bestellt hatte, nicht angeschrieben gewesen ist, so daß die Leute, ohne Koks zu bekommen, wieder fortgehen mußten. Ich selbst bin in den letzten 4—6 Wochen dreimal dort gewesen, und es ist mir nur die Antwort geworden: Es ist kein Koks da. Ich kann es mir aber nicht anders denken, als daß der Koks nach anderwärts hin verkauft sein muß. Ich sage mir aber: In erster Linie ist der Koks für die Bewohner der Stadt da, und besonders in Kriegszeiten. Ich weiß, daß auch andere Betriebe in Braunschweig keine Kohlen und die Leute für den Haushalt keine Briketts haben bekommen können. Da schadet es doch nichts, wenn die Gaswerke 10 000 Zentner Koks liegen haben, damit sie die Ansprüche der hiesigen Einwohner befriedigen können. Es ist mir gesagt, in drei bis vier Wochen sei wieder eine Menge Koks vorrätig. Darauf habe ich zu antworten: „In 3—4 Wochen gebrauche ich keinen Koks mehr, dann wird der Sommer da sein.“ Für jetzt habe ich mich mit 6 Zentnern zufriedengeben müssen, und andere Leute haben gar nichts bekommen. Das sind nicht befriedigende Zustände im Kriege; daß die Leute 4—6 Wochen nach Koks laufen mußten, das dürfte nicht vorkommen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Herr Loeschigt hat mir vorher mitgeteilt, daß er diese Anfrage stellen würde, ich habe deshalb Veranlassung genommen, mit Herrn Direktor von Feilich darüber Rücksprache zu nehmen.

Es ist richtig, daß der Koks auf den Gaswerken in diesem Jahre knapp geworden ist. Die Gründe dafür sind folgende: Zunächst die lange Heizungsperiode, die wir in diesem Winter gehabt haben — es ist wohl nicht übermäßig kalt gewesen, aber lange Zeit hindurch fortwährend kalt —, ferner der Umstand, daß infolge Rückganges des Gaskonsums auch die Koksproduktion um etwa 10 Prozent zurückgegangen ist. Als weiterer Grund kommt hinzu: die zeitweilig geringe Zufuhr von Zechenkoks, insbesondere aus Westfalen, was naturgemäß die Folge gehabt hat, daß unser Koks mehr gesucht gewesen ist als in früheren Jahren. Es ist den Herren bekannt, daß die Zufuhr von Zechenkoks behindert worden ist einmal durch den Mangel an Arbeitern bei den Zechen, dann aber auch dadurch, daß mehrmals ein Mangel an Eisenbahnwagen für den Transport bestanden hat, so daß der Koks nicht rechtzeitig hierher gebracht werden können. Die leidige Folge davon ist auch gewesen, daß in zahlreichen und umfangreichen städtischen Gebäuden, besonders im Rathause und in verschiedenen Schulen, der Verbrauch an Gaskoks erheblich größer gewesen ist als in früheren Jahren.

Der Hauptgrund des Koksmanuels — und den hat Herr Loeschigt schon angedeutet — liegt darin, daß wir genötigt gewesen sind, Koks nach außen zu verkaufen, und zwar auf Grund eines Vertrages, der auf Beschluß der Verwaltungsdeputation der Gaswerke zu Beginn des vorigen Rechnungsjahres mit der Wirtschaftlichen Vereinigung abgeschlossen ist. Der Vertrag ging dahin, daß wir verpflichtet sein sollten, im Laufe des Rechnungsjahres, das am 31. vorigen Monats zu Ende gegangen ist, an die Wirtschaftliche Vereinigung 300 Wagen Gaskoks zu liefern. Es ist selbstverständlich sehr unangenehm, wenn in einer Zeit, wo die Einwohner unserer Stadt den Koks gern behalten möchten, der Gaskoks nach auswärts geht, und wir haben uns im Magistrat mit der Frage befaßt, ob es überhaupt richtig ist, diesen Vertrag, den die Verwaltungsdeputation mit der Wirtschaftlichen Vereinigung abzuschließen für angemessen erachtet hat, weiter aufrechtzuerhalten. Wir sind aber doch zu der Ansicht gekommen, daß es bedenklich sein würde, die Deputation anzuweisen, diesen Vertrag aufzuheben, und zwar aus folgenden Gründen.

Wir haben Jahre gehabt, wo es, besonders in den Sommermonaten, nicht möglich gewesen ist, den Koks loszuwerden. Es handelte sich nicht bloß darum, daß 10 000 Zentner auf dem Hofe lagerten, sondern daß wir tatsächlich nicht wußten, wohin mit dem Koks, und was noch unangenehmer ist, daß bei dem langen Liegen der Koks zu Grus zerfiel. Das sind keine angenehmen Zustände

bei einem großen Betriebe, der angewiesen ist, Geld für die Ausgaben der Stadt zu schaffen. Nun liegt die Sache so, daß die Wirtschaftliche Vereinigung sich bereit erklärt hat, uns tunlichst den Koks, den wir los sein wollen, abzunehmen, aber daneben besteht für uns die Verpflichtung, ein bestimmtes Quantum zu liefern. Das ist so verteilt, daß auf den einzelnen Monat ungefähr 20, 25 und im Maximum 30 Wagen entfallen. Es ist ferner noch zu berücksichtigen, daß wir durch den Vertrag nicht nur den Vorteil haben, in Zeiten, wo von den Einwohnern wenig Koks angefordert wird, den Koks loszuwerden, sondern auch eine Sicherung dagegen, daß die Wirtschaftliche Vereinigung — die in gewisser Weise auch eine Kampforganisation ist — uns das Leben auf dem Gebiete des Koksvertriebes schwer macht. Alle diese Gründe haben dazu geführt, dem Antrage auf Abschluß des Vertrages zuzustimmen.

Nun hat der Leiter der Gasfabriken gleichwohl in den beiden letzten Monaten des vergangenen Rechnungsjahres, im Februar und März, als von den Einwohnern so viel Gaskoks angefordert wurde, von der Lieferung an die Wirtschaftliche Vereinigung 10 Wagen zurückbehalten, und diese hat es sich bisher gefallen lassen. Ich habe Herrn Direktor von Feilitzsch jetzt auch veranlaßt, zu versuchen, ob er bei dieser starken Nachfrage nach Gaskoks die Wirtschaftliche Vereinigung nicht wenigstens dahin bringen könnte, daß die nach dem jetzigen Vertrage im April und Mai zu machenden Lieferungen auf spätere Monate verschoben werden. Er hat sofort das Nötige zu tun sich bereit erklärt, und wir hoffen, daß dadurch dem Mangel an Koks etwas abgeholfen wird.

Im übrigen hat mir Herr Direktor von Feilitzsch gesagt, daß für kleinere Abnehmer regelmäßig der nötige Koks vorhanden gewesen wäre. Es wären durchschnittlich von jedem Werke 200 Zentner täglich abgegeben, und dadurch hätte eine große Zahl kleinerer Abnehmer regelmäßig berücksichtigt werden können.

Das sind die Gründe, die die Schwierigkeit in der Koksversorgung hervorgerufen haben. Wenn wir nicht die Werke der Gefahr aussetzen wollen, später in unangenehmer Weise mit gewaltigen Vorräten belastet zu sein, so bleibt nichts übrig, als der Deputation in dieser Beziehung freie Hand zu lassen.

Stadtv. **Bunge** beantragt Besprechung der Anfrage. Es melden sich neun Stadtverordnete dafür. (Zuruf des Stadtv. Dr. J a s p e r: Herr Loeschigt meldet sich nicht?) Der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Wesemeier**: Auch mir sind Klagen von kleinen Abnehmern zu Ohren gekommen. Ich habe deshalb Veranlassung genommen, ehe ich eine Anfrage an den Magistrat richtete, mich mit dem Gaswerke selbst in Verbindung zu setzen und zu bitten, mir Auskunft zu geben, ob es richtig sei, daß die kleinen Leute Koks in einzelnen Zentnern bekommen könnten. Es wurde mir die gleiche

Antwort erteilt, die der Herr Oberbürgermeister gegeben hat, daß täglich 200 Zentner auf der Taubenstraße für den Kleinverkauf zur Verfügung ständen. Es sind mir nachdem wieder Beschwerden gekommen, daß das Quantum bei weitem nicht für die kleinen Leute ausreiche, daß täglich eine große Anzahl von solchen, die einen Zentner in Hand- oder Kinderwagen holen wollten, wieder abziehen mußten und keinen Kots bekommen konnten, obgleich Kots nach Meinung dieser Leute genügend vorhanden gewesen sei. Das ist nun durch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters etwas in Frage gestellt.

Auf etwas anderes könnte bei dieser Gelegenheit vielleicht noch hingewiesen werden. Es ist mir persönlich noch mitgeteilt, daß die Behandlung der kleinen Käufer nicht so sein solle, wie sie entsprechend sein würde. Die kleinen Leute sollen von dem Portier in einer Weise behandelt werden, die abstoßend wirkt. Da Remedur zu schaffen, wird mit leichter Mühe möglich sein.

Stadtv. Voetschigt: Nach dem Zurufe des Herrn Dr. Jasper hätte ich die Besprechung der Anfrage unterstützen sollen. Die Anfrage habe ich nur deshalb an den Magistrat gerichtet, damit vom Magistratsstische her die Gründe in der Öffentlichkeit mitgeteilt würden. Weiter hatte meine Anfrage keinen Zweck. Ich für meine Person wußte schon, warum kein Kots in größeren Mengen abgegeben werden konnte, und ich achte die Gründe dafür. Wir müssen uns mit dem zufriedengeben, was der Herr Oberbürgermeister ausgeführt hat, aber die große Öffentlichkeit wußte bisher die Gründe nicht, und darum hatte ich meine Anfrage gestellt.

Vorsitzender: Es meldet sich niemand mehr zum Wort. Die Sache ist damit erledigt.

Vorsitzender: Ich mache der Versammlung noch bekannt, daß Herr Direktor Dr. Junfer die Herren eingeladen hat, der Eröffnungsfeier der neuen Jahnschen Oberrealschule, Kasernenstraße 41—42, beizuwohnen, die am Mittwoch, dem 14. April, morgens 10 Uhr, stattfindet.

4. Festsetzung der Gebühr für längere Aufbewahrung von Aschennruen in der Feuerbestattungshalle.

Vorsitzender: Es ist ein Schreiben des Magistrats eingegangen, das folgenden Wortlaut hat:

„Nach § 13 des Statuts über die Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle soll für die Aufbewahrung von Aschenurnen, die nicht spätestens eine Woche nach der Einäscherung der Leiche aus der Feuerbestattungshalle abgeholt werden, eine Gebühr erhoben werden. In unserer Vorlage vom 7. Mai 1914 ist auf die Festsetzung dieser Gebühr versehentlich nicht Bedacht genommen, bislang aber auch die Bekanntmachung der zur Hebung gelangenden Gebühren nicht erfolgt.“

Im Einvernehmen mit dem Feuerbestattungsamt halten wir eine Gebühr von 1,50 *M* für jede angefangene Woche, während deren — nach Ablauf der ersten Woche — eine Aschenurne in der Feuerbestattungshalle bis zu deren Beisetzung aufbewahrt werden muß, für angemessen und geben anheim, dieser Festsetzung gefälligst zustimmen zu wollen.“

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß diese Sache außer der Tagesordnung noch mit erledigt wird.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich vermiße in den Ausführungen eine Begründung, warum die Sache besonders dringlich ist. Im allgemeinen pflegen derartige Vorlagen vorberaten zu werden. Wenn Gründe für die Dringlichkeit nicht beigebracht werden, möchte ich bitten, den bisherigen Brauch fortzusetzen, die Sachen durch unsere Ausschüsse vorberaten zu lassen. Der Gepflogenheit gemäß möchte es angebracht sein — ohne dem Herrn Vorsitzenden vorzugreifen —, die Vorlage einem Ausschusse zu überweisen.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** So sehr dringlich ist die Sache nun wohl nicht, aber ich habe geglaubt, Ihnen empfehlen zu sollen, sie heute zu erledigen, und zwar aus dem Grunde, der in der Vorlage angegeben ist. Da für die Gebühren erst die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen ist, wollte ich die Sache nicht weiter verzögern und die Bekanntmachung über die Gebühren möglichst bald erlassen. Erkennen Sie den Grund nicht an, dann mögen Sie auch eine Vorberatung eintreten lassen. Die Sache ist von dem zuständigen Feuerbestattungsamt geprüft, deren Vorschlag sich der Magistrat angeschlossen hat. Sie ist sehr einfach, da es sich nur um die Frage handelt: „Ist es eine zu hohe Gebühr, wenn wir für jede Woche, während der die Aschenurnen in der Feuerbestattungshalle länger aufbewahrt werden, 1,50 *M* festsetzen?“ Ich meine, die Herren wären wohl in der Lage, das heute zu erledigen.

Vorsitzender: Halten Sie Ihren Widerspruch aufrecht?

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ja, ich möchte empfehlen, die Sache nicht dringlich zu behandeln.

Vorsitzender: Dann setzen wir die Sache heute ab. (Widerspruch aus der Versammlung.)

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Der Magistrat hat gebeten, die Sache heute zu erledigen, um in der Behandlung vorwärtszukommen.

Stadtv. **Frede:** Ich beantrage Herrn Dr. Jasper gegenüber, daß die Versammlung über die Vorlage des Magistrats jetzt Beschluß faßt.

Für sofortige Behandlung meldet sich auf Anfrage des Vorsitzenden die Mehrheit.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich bitte um Aufklärung über die Höhe der sonstigen Gebühren — vielleicht ist der Herr Vorsitzende dazu imstande —, damit das Verhältnis dieser heute zu beschließenden Gebühr zu den anderen Gebühren festgestellt werden kann. Sie muß doch im Verhältnis zu den anderen stehen.

Vorsitzender: Ich glaube nicht, daß hier von einem passenden oder unpassenden Verhältnis gesprochen werden kann, denn die Aufbewahrung der Aschenurnen ist eine Angelegenheit für sich. Die Gebühren sind die folgenden: Es werden für die Einäscherung 25 *M* für Einheimische, 35 *M* für Einwohner des Landes Braunschweig, 50 *M* für Auswärtige berechnet, 5 *M* für Herleitung des Überfarges, 5 *M* für Anstecken der Lichter. Dazu kommt noch eine Gebühr von 3 *M* für die event. eintretende Überführung des Sarges aus der Leichenhalle nach der Feuerbestattungshalle. Weitere Gebühren sind nicht festgesetzt.

Wünscht noch jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Der Antrag geht dahin, daß die Versammlung der Festsetzung einer Gebühr von 1,50 *M* zustimmt für Aufbewahrung der Aschenurne für jede angefangene Woche, nach Ablauf der ersten Woche. Ich bitte die Herren, die dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Mehrheit.

Vorsitzender: Wir haben noch auf den rückständigen Punkt, betreffend die Deputation für die Sonntagsruhe, zurückzugreifen. Im Augenblick ist es nicht möglich, den Punkt voll aufzuklären. Die Wahl wird also bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen sein.

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 5¼ bis 6¼ Uhr.

1915/1916.

Mr. 2.

12

Be richt

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. Mai 1915.

Tagesordnung:

1. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm und Kaninchen- mastanstalt	Seite " 23
2. Antrag Diekmann auf Aufhebung des Verbots des Kuchenbackens an be- stimmten Tagen	" 27
3. Antrag Jasper, betreffend Ausdehnung der „Wochenhilfe“ während des Krieges	" 34
4. Kassenabschluß des Verkehrsvereins für 1914	" 40
5. Erwerb einer Grundfläche an der Comeniusstraße zwischen Wendome- und Herzogin-Elisabeth-Straße	" 41
6. Änderung des Statuts über die Unterhaltung der Mädchenmittelschule	" 42
7. Abrechnung über den Ausbau bzw. über die Instandsetzung verschiedener Straßen	" 43
8. Ankauf von Grundstücken zur Herstellung eines Sammelkanals im Zuge der projektierten Straßen 327 und 328	" 44
9. Übernahme einer Verpflichtung bezüglich Anbringung eines Gefäßes für Feuer-telegraphen	" 45
10. Bewilligung von Mitteln für die Beschaffung von Denksteinen für die auf dem Ehrenfriedhöfe beigesezten Krieger	" 47
11. Erlaß eines Statuts über das Einsperren von Tauben	" 55
12. Festlegung einer Fluchtlinie für das Grundstück Kastanienallee 32 und Abtretung einer Fläche daselbst	" 58
13. Übernahme der vierten Schützbrücke am Eisenbütteler Wege	" 58
14. Verpachtung der städtischen Frauenbadeanstalt im Bürgerparke	" 60

15. Erweiterung des hauswirtschaftlichen Unterrichts an der Mädchen-Fortbildungsschule	Seite 60
16. Verwilligung einer besonderen Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund	" 61
17. Änderung des Bauprogramms für das früher Bornemannsche Grundstück an der Maschstraße	" 62
18. Verwilligung von Mitteln für die Herrichtung von Rettungsinselfn auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz	" 62
19. Kanalisierung der Pfingststraße	" 64
20. Wahl der Deputation zur Prüfung der Frage über die Einführung der Sonntagsruhe	" 65
21. Antrag Frede auf Bewilligung von Mitteln zur Speisung bedürftiger Schulkinder	" 67
22. Anfrage Boeschigt über die Ausarbeitung des Stadtbebauungsplans	" 68

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **v. Franken-berg**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtv. **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Dr. Landauer**, **Lauer**, **Ohlendorf**. Außer-
dem fehlt Herr Stadtv. **Diedmann**.

Vorsitzender **Hartung**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Antrag des Herrn **F r e d e**:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die Kriegszeit Mittel zur Speisung derjenigen armen Schulkinder zur Verfügung zu stellen, die tagsüber kein warmes Essen bekommen.“

Herr **Frede** wird am Schlusse der Tagesordnung Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

Ferner ist eingegangen der Jahresbericht der Herzog-Johann-Albrecht-Ober-realschule.

Sodann ein Schreiben des Bürgervereins mit Anlage, die Fahrzeiten der elektrischen Straßenbahn betreffend. Da eine gleiche Eingabe an den Magistrat gegangen ist und dieser sich zunächst über die Sache zu äußern hat, werden wir die Eingabe zurücklegen.

Desgleichen ein Schreiben des Deutschen Privatbeamtenvereins, Zweigverein Braunschweig. Es betrifft einen Antrag auf Errichtung eines öffentlichen Stellen-nachweises, der gleichfalls an den Magistrat gegangen ist. Wir warten auch in dieser Sache zunächst die Stellungnahme des Magistrats ab.

Ebenso zu behandeln ist eine Eingabe des Verkehrsvereins Braunschweig, betreffend die Verkehrszeiten der Straßenbahn. Auch hier liegt die Sache so wie bei den eben erwähnten Eingaben.

Endlich ist noch eingegangen ein Schreiben von Herrn Karl Ralms, das Beswerden über ein Magistratsmitglied enthält. Ich werde diese Sache kurzer Hand dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats als der zuständigen Stelle zur Rückgabe und Rückäußerung überweisen.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm und Kaninchenmastanstalt.

Stadt v. **Meyerhoff**: Der Antrag des Herrn Bunge lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf einem geeigneten Grundstücke eine Kaninchenzuchtfarm und eine Kaninchenmastanstalt zu errichten.“ Ein ähnlicher Antrag ist schon früher von Herrn Bunge gestellt, und auf Grund dieses ersten Antrages ist dem Kaninchenzüchterverein eine Beihilfe gewährt, weil angenommen wurde, daß dies die geeignete Stelle sei, um das Interesse für Kaninchenzucht zu verbreiten. Diesmal hat sich die Baukommission mit dem Antrage zu beschäftigen gehabt und sich eine ganze Zeit mit der Beratung desselben befaßt. Ich will mich darüber nicht in Weitläufigkeiten ergehen, sondern nur kurz darauf hinweisen, daß von 11 wegen der städtischen Unterstützung der Kaninchenzucht befragten Städten nur Schöneberg einen größeren Anlauf dazu genommen hat. Breslau hat freies Land hergegeben, um Kaninchen züchten zu lassen, Magdeburg hat nichts getan, Leipzig hat einen Beamten und eine Privatperson mit der Sache betraut; Stettin, Halle und Hannover haben nichts dafür getan und Kassel wartet ab, was in anderen Städten dafür geschieht. Aus der Besprechung in der Baukommission resultiert nun ein Antrag, den ich Ihnen zur Annahme empfehle, und mit dem der Antragsteller, Herr Bunge, sich einverstanden erklärt hat. Er lautet:

„Die Baukommission empfiehlt, den Magistrat zu ersuchen,

1. dem Kaninchenzüchterverein aus der Wohlfahrtskasse für das laufende Jahr einen besonderen Zuschuß bis zu 500 *M* zur Verfügung zu stellen, damit er unter Wegfall eines Eintrittsgeldes den Jahresbeitrag für neu eintretende Mitglieder auf 1,50 *M* ermäßigt.“

Zu diesem ersten Teile der Resolution möchte ich noch mitteilen, daß der Kaninchenzüchterverein einen Jahresbeitrag von 3 *M* und ein Eintrittsgeld von 1 *M* erhebt, und daß von seiten der Kommission gefunden ist, daß diese Beträge zu hoch sind, um es mittellosen Leuten zu ermöglichen, in den Verein einzutreten.

Um solches nun zu erleichtern, soll also der besondere Zuschuß gewährt werden. Ohne Beitrag kann der Verein natürlich nicht existieren, denn er sorgt für Zeitschriften, Zuchtmaterial usw.

Sodann empfiehlt die Baukommission:

„2. Auf dem Pflegehausgrundstücke einen Versuch mit der Einrichtung einer Kaninchenzuchtanstalt zu machen.“

Der Magistrat ist uns in diesem Punkte entgegengekommen, indem er das zugesagt hat. Es wurde schon von dem Kaninchenzüchterverein auf ein bestimmtes Grundstück hingewiesen, ob es nicht möglich wäre, dort eine Probe mit der Aufzucht zu machen, aber dort sollte die Schweinemästerei wieder betrieben werden, und die Schweinebuchten eignen sich sowieso nicht zur Kaninchenzucht. Es soll aber auf andere Weise den geäußerten Wünschen doch noch Rechnung getragen werden.

Ich empfehle Ihnen namens der Baukommission die beiden Resolutionen zur Annahme.

Stadtv. **Bunge:** Es ist mir sehr leicht geworden, für den Antrag, wie ihn die Kommission formuliert hat, zu stimmen und meinen Antrag hintanzusetzen, weil dieser erstere noch weiter geht als mein ursprünglicher Antrag. Durch den ersten Punkt, wonach dem Kaninchenzüchterverein eine weitere Beihilfe gewährt wird, soll es den Leuten erleichtert werden, die Vorteile des Vereins für sich in Anspruch zu nehmen, indem der Jahresbeitrag von 4 M auf 1,50 M ermäßigt wird. Das ist unbedingt ein Fortschritt. — Aber eins hat Herr Meyerhoff zu erwähnen vergessen, wodurch dem Kaninchenzüchterverein noch entgegengekommen werden soll: das ist, daß man ihm 5 Morgen Land auf dem Merkeröder Felde zur Verfügung gestellt hat, damit er in der Lage ist, Futteranlagen zu machen.

Was nun den zweiten Teil des Beschlusses angeht, der den Kernpunkt meines Antrages betrifft, so hätte ich gern gesehen, daß die Stadtverwaltung schon etwas weiter vorgegangen wäre. Aber es muß zu jeder Sache ja erst einmal der Grundstein gelegt, eine Grundform geschaffen werden, ehe sie sich weiter entwickeln kann.

Herr Meyerhoff hat schon gesagt, daß die Verhandlungen sich etwas länger hinziehen mußten, weil erst in anderen Städten Erkundigungen eingezogen werden sollten, und Herr Meyerhoff hat sich auch die redlichste Mühe gegeben, alles mögliche Material zusammenzutragen. Man ist im großen und ganzen in anderen Städten in dieser Sache mit kleinen Ausnahmen auch nicht weiter als wir hier. Aber ich stehe auf dem Standpunkte, daß man in Braunschweig nicht warten soll, bis in anderen Städten Erfahrungen gesammelt sind, sondern wir können in dieser Beziehung auch einmal bahnbrechend vorgehen. Es hat im Laufe dieses Frühjahrs eine ganze Reihe von Leuten aus allen Bevölkerungsschichten sich mit der

Frage der Kaninchenzucht befaßt, es hat sich bedeutend mehr Interesse dafür gezeigt, und das ist wohl nicht zum mindesten dem zuzuschreiben, daß das große Verferöder Feld an hiesige Einwohner zur Bewirtschaftung übergeben ist, so daß die kleinen Züchter einen Platz haben, wo sie das nötige Futter gewinnen können und sich so Tiere zulegen können. Es sind aber auch andere Kräfte, die hierfür mitwirken; ich will dabei z. B. nur die Abfallverwertungsstelle in Betracht ziehen. Es kann nicht verkannt werden, daß auch das mit dazu beiträgt, die Sache zu fördern. Es ist überhaupt die Antipathie gegen das Kaninchenfleisch unter der Bevölkerung nicht mehr vorherrschend, wie das im vorigen Jahre dargestellt ist und wohl auch der Fall gewesen ist. Durch eigene Überzeugung haben die Leute gefunden, daß es ein sehr schmackhaftes Fleisch ist, das die Kaninchen abgeben. Ich will hoffen, daß der Magistrat bald mit guten Erfolgen den neuen städtischen Betrieb Braunschweigs vorführen kann. Hoffentlich dauert es nicht lange, daß in dieser Weise vorgegangen wird. Ich möchte Sie bitten, dem Antrage heute Ihre Zustimmung zu geben.

Da wir augenblicklich nun einmal bei der Kaninchenfrage sind, so möchte ich nebenbei noch eine Anfrage an den Magistrat richten: Wie steht es mit den wilden Kaninchen auf den städtischen Gebietsteilen? Es ist mir gestern — ich bedaure, daß ich in der Kommission noch nichts davon wußte — gerüchtweise zu Ohren gekommen, daß z. B. im Bürgerparke die wilden Kaninchen alljährlich vergiftet würden, damit sie dort nicht so vielen Schaden anrichten. Wenn das der Fall wäre, so möchte ich dringend davon abraten, weiter in dieser Weise zu verfahren, denn wo augenblicklich eine solch große Fleischteuerung herrscht — man kann wohl geradezu sagen Fleischnot —, da wäre es am Plage, das, was in irgendeiner Weise der Bevölkerung als gutes Nahrungsmittel dienstbar gemacht werden kann, zu erhalten. Ich war nicht in der Lage, dem Gerüchte entgegenzutreten. Wenn uns aber eine entsprechende Erklärung vom Magistratsstische gegeben wird, müssen solche Gerüchte doch verstummen.

Ich bitte Sie nochmals, nehmen Sie meinen Antrag in der Form des Kommissionsantrages an.

Stadtrat von Franckenberg: Es freut mich sehr, daß zwischen der Kommission und dem Antragsteller, der es zweifellos mit seinem Antrage gut meint, eine Vereinbarung erzielt ist. Ich glaube in Aussicht stellen zu dürfen, daß der Magistrat bereit sein wird, auf dem vorgeschlagenen Wege vorzugehen. Der Vorsitzende des Kaninchenzüchtervereins, Herr Ottemann, hat uns in diesen Monaten in dankenswerter Weise wegen der Vorbereitungen dafür mit Rat und Tat zur Seite gestanden, damit wir auf dem Pflegehausgrundstücke an der Goslarschen Straße eine kleine Kaninchenzuchtanstalt einrichten können. Ich werde mich weiter mit

dem Herrn in Verbindung halten, weil mir sein Sachverständniß für die Verwirklichung des Gedankens außerordentlich wertvoll erscheint. Wir geben, wie die Herren wissen, dem Verein eine widerrufliche Beihilfe von jährlich 300 *M.* Wenn diesmal 500 *M.* als außerordentliche Kriegshilfe gewährt werden, so wird das zweifellos sehr zweckmäßig sein.

Auf die Frage wegen der wilden Kaninchen wird jedenfalls der Herr Bürgermeister einzugehen in der Lage sein.

Bürgermeister **Meyer**: Ich möchte ein paar Worte auf die Ausführungen des Herrn Bunge erwidern. Es ist bisher das Vorhandensein von wilden Kaninchen als Plage angesehen, denn diese Kaninchen gelten in Parkanlagen als Ungeziefer. Deshalb hat auch die Parkdeputation Bedacht darauf genommen, die Tiere zu vertilgen. Es mag sein, daß gelegentlich auch Gift dabei gebraucht ist. Ich weiß aber, daß auch Frettchen verwandt sind, und daß auch wohl eine Abschießung vorgenommen ist. Ich erkenne aber die Gründe, die Herr Bunge vorgetragen hat, als richtig in der Richtung an, daß es in dieser schweren Zeit notwendig ist, den Nutzwert der Tiere zu erhalten, und werde, soweit in diesem Jahre gegen die Kaninchen vorgegangen werden soll, veranlassen, daß dahin getrachtet wird, die wilden Kaninchen in einer Weise zu vertilgen, die eine Verwertung ihres Fleisches zuläßt.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Wenn der Herr Bürgermeister in dankenswerter Weise in Aussicht nimmt, den Nutzwert der Kaninchen, die für den Park schädlich sind, mit verwertbar zu machen, so taucht ohne weiteres die Frage auf: Wie sieht es damit in den Feldmarken aus, wo auch die Kaninchenplage nicht unerheblich ist. Da sind hinderlich für die Verwertung der getöteten Tiere die Vorschriften, die durch die Jagdordnung erlassen sind. Es werden die wilden Kaninchen zum Teil unter den Schutz des Jagdgesetzes gestellt, und insofern ist das Töten der Tiere nicht in dem Umfange statthaft, wie es wünschenswert wäre, wenn man die Kulturen vor dem Kaninchenfraß schützen will. Es ist deshalb vielleicht beachtenswert, daß in unseren Nachbarbezirken Magdeburg und Halberstadt mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Kriegsverhältnisse und auf das besondere Bedürfnis, die Kulturen mehr als es sonst nötig wäre, vor den Kaninchen zu schützen, und da auch die Jagdberechtigten fehlen, ausdrücklich der Fang der wilden Kaninchen frei gelassen ist. Ich möchte anregen, ob der Magistrat nicht wenigstens erwägen will, ob für die Braunschweiger Feldmarken und darüber hinaus in den Nachbarbezirken, von wo die Kaninchen herüberwechseln und unseren Kulturen Schaden bringen können, zum Fang der wilden Kaninchen mehr Gelegenheit gegeben werden könnte, ohne daß die Betreffenden sich strafbar machen.

Die beiden Anträge der Baukommission werden angenommen.

2. Antrag Dieckmann auf Aufhebung des Verbots des Kuchenbackens an bestimmten Tagen.

Stadtb. Schmidt: Der Antrag ging ursprünglich von dem Bezirksverein der Braunschweiger Bäckerinnungen aus und besagt in erster Linie, daß das Verbot, das vom Stadtmagistrat unter dem 8. Februar erlassen war, wonach in gemischten Gewerbebetrieben nur am Freitag und Sonnabend Kuchen gebacken werden darf, aufgehoben werden möchte. Im zweiten Punkte wird gefordert, daß dieser Kuchen ohne Brotmarken in den freien Verkehr gebracht werden dürfe. Zur Begründung dieses Antrages wird seitens der Antragsteller gesagt, in den Städten Hannover, Hildesheim, Göttingen und sogar in Helmstedt dürften die gemischten Betriebe täglich Kuchen und Konditoreiwaren herstellen und täglich verkaufen. Diese Städte lägen ebenso wie Braunschweig im Bereiche des 10. Armee Korps, und schon aus dem Grunde dürfte der Antrag verständlich sein. Es wird weiter in der Begründung gesagt, daß die Zusatzstoffe zu dem Kuchen wesentlich mit dazu beitragen, das Kuchengewicht zu ermöglichen. Es wird auf Zucker, Korinthen, Sultainen, Eier, Mandeln und Gewürze hingewiesen, um den Nachweis zu bringen, daß der Mehlsatz in dem Kuchen verhältnismäßig gering sei. Das mag Tatsache sein, denn auch in der Bekanntgabe des Magistrats heißt es, daß Kuchen nicht mehr als 10 Prozent Mehlsatz oder mehllartige Stoffe enthalten soll.

Die Vorschrift des Stadtmagistrats, wie sie erlassen wurde, ging von dem Grundsatz aus, daß wir auf Grund der Regelung der Brot- und Mehlerverteilung, die den kommunalen Verwaltungen zusteht, die Höhe des Mehlsquantums, das uns zur Verfügung gestellt ist, nicht überschreiten durften, und daß voraussichtlich, wie seitens des Bundesrats nachgewiesen wurde, das Weizenmehl gestreckt und deswegen das Verbacken von Weizenmehl eingeschränkt werden mußte. Aus diesen Gründen mußte das Kuchenbacken vermindert werden. Wir haben im Verteilungsausschuß, als wir über die Ausgabe des Mehls beraten haben, uns von dem Gedanken leiten lassen, in erster Linie auf die Verteilung von Schwarzbrot Gewicht zu legen, und nahmen Anlaß, das Vierpfundbrot als durchaus notwendig zu bezeichnen. Wir haben daran festgehalten, als wir seitens des Ministeriums und der Kreisdirektion ersucht wurden, von dem Vierpfundbrot herunterzugehen und auch für Braunschweig die Vorschrift gelten zu lassen, daß das 3,6-Pfundbrot pro Kopf als Einheit gerechnet werden sollte. Wir haben den Gedanken verfolgt, möglichst anderwärts das Mehl für die Vierpfundbrote zu nehmen.

Wenn nun von der Bäckerinnung von dem Gedanken ausgegangen war, daß eine ganze Reihe Zusatzstoffe, wie Bananenmehl, Maispudermehl usw. vorhanden sei, die beim Kuchenbacken einen Ausgleich geben würden, so haben wir doch auch die Erfahrung machen müssen, daß diese Ersatzstoffe, die mit verwandt werden

sollen, um die 90 Prozent des Kuchengewichts zu erreichen, eine derartige Steigerung im Preise erfahren haben, daß es zum Teil nicht möglich sein würde, diese 90 Prozent aus diesen Ersatzstoffen zu schaffen.

Nun ist zuzugeben, daß eine derartige Verfügung, wie sie vom Magistrat erlassen ist, im Kreise der Gewerbetreibenden und der Bevölkerung lebhaften Unwillen erregt hat, indem man an der hergebrachten Weise, Kuchen zu genießen, festhalten wollte. Aber in Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse und weil wir die weitere Verteilung des Vierpfundbrots nicht gefährden wollten, glaubten wir doch daran festhalten zu sollen, daß das Kuchenbacken nur an Freitagen und Sonnabenden gestattet sein sollte.

Im zweiten Teile der Eingabe wird gefordert, den Kuchen ohne Brotmarke ausgeben zu dürfen. Bekanntlich kann die Lieferung von Mehl an die Gewerbetreibenden nur nach der Grundlage der zurückgelieferten Brotkarten geschehen, und diese bilden die Grundlage dessen, was wir seitens der Stadt zu beanspruchen haben. Wenn nun die Kuchen ohne Brotmarken ausgegeben würden, so würde kein Nachweis vorhanden sein, wieviel Kuchen in Wirklichkeit ausgegeben ist, und das würde eine Gefahr für die Mehluweisung sein, und weiter eine Beeinträchtigung des Mehliquantums, das der Stadt Braunschweig zur Verfügung steht.

Der Verteilungsausschuß hatte sich schon in zwei Sitzungen mit genau demselben Material beschäftigt, und auch Herr Bäckermeister Nürnberger in dem Ausschuß hat nicht die nötige Würdigung für den Antrag der Innung finden können. Mit Rücksicht darauf, daß, wenn das Kuchenbacken für die ganze Woche zugelassen würde, wir Gefahr laufen, auf jede Quote nur 3,6 Pfund Brot geben zu können, also um das Vierpfundbrot zu erhalten, hatte sich der Verteilungsausschuß schon damals auf den Standpunkt gestellt, das Kuchenbacken nicht an allen Tagen zu erlauben, sondern zu befürworten, daß es nur an zwei Tagen in der Woche gestattet sein sollte. Bei der Beratung in der Finanzkommission waren diese Gründe gleichfalls Gegenstand der Erörterung, und auch da sind wir, ebenso wie im Verteilungsausschuß, zu dem Ergebnis gekommen, daß diesem Antrage der Bäckerinnung nicht stattgegeben werden könne. Ich habe deshalb namens der Finanzkommission zu ersuchen, den gestellten Antrag abzulehnen.

Stadtv. Roejchigt: Herr Kollege Dieckmann, der den Antrag gestellt hat, hat verreisen müssen, und ich habe übernommen, seinen Antrag zu verteidigen; ich habe es gestern in der Kommissionsitzung auch schon versucht. Meine Herren. Wenn wir die Sache jetzt näher betrachten, so müssen wir sagen: Zwischen dem 8. Februar, wo die Verordnung des Magistrats ergangen ist, und heute liegt eine lange Spanne Zeit, und es sind inzwischen verschiedene andere Verordnungen er-

lassen, unter anderem, daß wir mehr Brot bekommen haben gegenüber der Landbevölkerung. Es mag richtig sein: Die Befürchtung der Gefahr, daß wir auf 3,6 Pfund Roggenbrot gesetzt würden, mag richtig sein, da auch das Ministerium, wenn wir an der Sache jetzt rütteln würden, nicht beim Vierpfundbrot bleiben würde. Nun ist das ein Rechenegempel. Es wird jetzt zweimal in der Woche Kuchen gebacken, und so ist der Kuchen, der konsumiert werden könnte, erspart. Wenn Sie aber den Kuchen ohne Brotmarken freigeben, dann würden vielleicht in der Woche tausend Schwarzbrote gespart, die denen gegeben werden könnten, die mehr Brot gebrauchen. Ich stehe auf dem Standpunkte: Was anderwärts möglich ist, müßte auch in Braunschweig möglich sein, auch auf die Gefahr hin, daß wir gleichgestellt würden den anderen, die das 3,6-Pfundbrot bekommen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein großer Teil der Haushaltungen die Brotarten nicht voll gebrauchen, und die Rückgabe der Brotarten hat das auch gezeigt. Ich bin der festen Überzeugung, wenn der Kuchen wie in Hannover und anderen Städten freigegeben wird, dann wird auch eine größere Zahl von Brotarten zurückgegeben werden.

Wie es einzurichten ist, daß den Bäckereien das Mehl gegeben wird, dazu wird sich ein Weg finden, wie er sich auch bisher gefunden hat. Wo ein Wille ist, wird sich auch ein Weg finden lassen. Auch bei Ausgabe der Brotmarken hat man geglaubt, es gebe zu viel Schwierigkeiten. Sie haben gesehen, die Frage ist leicht gelöst. Ich stehe auf dem Standpunkte des Konsums des Feingebäcks nicht um meiner Person willen, sondern vom geschäftlichen Standpunkte aus. Jetzt dürfen die Bäcker erst nach 24 Stunden das Weißbrot herausgeben. Frisches Weißbrot, wie in Hannover und Berlin, gibt es bei uns nicht. Das bleibt sich doch gleich: Jeder bekommt auf seine Brotmarken nicht mehr Weißbrot, ob es nun frisch oder alt ist. Mit dem Kuchen ist es anders, weil in Hannover und Berlin für dieses Gebäck keine Brotmarken abzugeben sind.

Nun hat sich neuerdings herausgestellt — es liegt mir ein Schreiben von dem Obermeister Nürnberger vor, das mir zugesandt ist, um zu begründen, daß die Bitte um Aufhebung des Backverbots begründet ist —, daß jetzt viel mehr Weizenmehl als Roggenmehl vorhanden ist, daß die Bäcker auf 6 Sack Roggenmehl 4 Sack Weizenmehl nehmen müssen und von diesen mindestens 3 Sack zum Roggenmehl nehmen, um Schwarzbrot zu backen. Das ist ein Beweis dafür, daß nicht der Weizen gestreckt wird, sondern der Roggen. Für das Kuchenbacken ist meines Erachtens wohl genügend Weizenmehl, das nur zu 10 Prozent im Kuchen ist, vorhanden. Jene Maßnahmen, die seinerzeit wegen des Kuchenbackens getroffen sind, waren für die damalige Zeit vielleicht berechtigt, heute sind sie nicht mehr so notwendig, wie damals angenommen wurde, da wir heute die Verhältnisse besser übersehen können.

Doch das müssen die Herren im Verteilungsausschuß besser wissen; ich stelle mich nur auf den gewerblichen Standpunkt, wenn ich sage, daß die gewerblichen Bäckereien, die mit Weißbrot ihr Hauptgeschäft gemacht haben, heute so gut wie nichts verkaufen. Auch der Zwieback ist unter den Brotmarkenzwang gestellt, in Hildesheim und Hannover aber nicht. Warum sollte das bei uns nicht auch gehen? Deshalb bitte ich Sie, sich die Sache noch einmal zu überlegen, ob es nicht im Interesse der Allgemeinheit angängig wäre, die heute bestehende Bestimmung zu ändern.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann es verstehen, wenn Herr Stadtv. Loeschigk versucht, in diesem Falle den Wünschen, die aus dem Kreise der Bäckermeister geäußert sind, hier als Fürsprecher aufzutreten. Ich muß aber meinerseits den außerordentlich sachkundigen Ausführungen des Herrn Stadtv. Schmidt, der als Mitglied des Verteilungsausschusses schon ein Vierteljahr lang uns dankenswerte Dienste geleistet hat, vollkommen beipflichten. In dieser Kriegszeit muß man dem Gebote der Pflicht mehr folgen als dem Gebote des angenehmen Zugeständnisses. Die bittere Notwendigkeit ist mir auch hier, wo es das Kuchenbäckerei betrifft, mehr Richtschnur meines Handelns als das süße Entgegenkommen. Die verehrten Herren werden alle mit mir sagen: Die Ernährung, das Sattwerden der Bevölkerung ist die Hauptsache, und insofern ist das Brot das wichtigste und der Kuchen ist die angenehme Beigabe, die unter gewissen Voraussetzungen auch weiterhin gewährt werden mag, für die aber ein dringendes Erfordernis und eine Erweiterung der jetzt bestehenden Bestimmungen nicht als richtig anerkannt wird.

Es kann mich auch nicht beeinflussen, daß der Grundsatz des sanften Entgegenkommens auf diesem Gebiete in anderen Orten des deutschen Reiches, größeren und kleineren, mehr beachtet ist. In der Beziehung brauchen wir uns nicht zu schämen, wenn wir dem Ernste der Zeit voll und ganz Rechnung getragen haben und nicht genötigt sind, später nachzulassen.

Selbst die Hoffnung, die Herr Loeschigk in seinen beredten Worten in Aussicht stellt, daß uns vielleicht tausend Brotkarten mehr zurückgeschickt werden könnten, kann mich nicht umstimmen, weil ich gegen diese Hoffnung die sehr große Gefahr, ja nach meinen Erkundigungen die sichere Befürchtung eintauschen muß, daß es mit unserem Vierpfundbrot für das Brot der Erwachsenen dann vorbei wäre und wir auf 3,6 Pfund zurückgeschraubt würden. Wenn wir 1000 Brotkarten zurückbekämen und dann dem Gewerkschaftskartell und dem Nationalen Arbeitsausschuß diese 1000 Brotkarten über je 4 Pfund zur Verfügung stellen könnten, dann hätten wir im ganzen 4000 Pfund Brot erspart. Wenn wir dann aber, wie ich allen Ernstes befürchten muß, von dem Herzoglichen Ministerium

genötigt würden, statt 4 Pfund an die 120 000 brotfartenberechtigten Einwohner Braunschweigs nur 3,6 Pfund zu geben, dann hätten wir bei einem Ausfall von $\frac{1}{10}$ Pfund bei einer Karte im ganzen einen solchen von 48 000 Pfund. Wer das gegeneinander hält, der muß sagen: Dann wollen wir uns lieber mit dem anderen begnügen und nicht auf den Kuchen ein so großes Gewicht legen. Ich möchte doch bitten, dem Vorschlage der Kommission stattzugeben.

Stadtv. Meyerhoff: Ich möchte mir eine Anfrage erlauben. Es geht durch alle Blätter die Mitteilung, und es ist auch vom Kornverteilungsausschuß darauf hingewiesen, daß mehr Weizenmehl verbacken werden soll. Da möchte ich fragen, ob denn nun das Verbot noch bestehen bleiben soll, auch zu Kuchen, Torten usw. kein reines Weizenmehl zu verwenden, oder ob das wenigstens nicht aufgehoben werden könnte. Wie Sie sich erinnern werden, war das Verbacken des Weizenmehls fast ganz verboten. Wäre es da nicht möglich, dem wieder Eingang zu verschaffen, oder mit anderen Worten, das jetzige Weißbrot von Weizenmehl herzustellen, da ja Weizenmehl überwiegend vorhanden ist? Das ist auch ein Punkt, der zu erwägen wäre. Es gibt eine ganze Menge Leute, die das Roggenbrot nicht vertragen können, und nun muß das Weizenmehl durch Zusatz von Roggenmehl gestreckt werden. Warum streckt man durch Roggenmehl noch das Weizenmehl, das wir im Überschuß gegenüber dem Roggenmehl haben? Ist dieser Übelstand nicht zu beseitigen?

Stadtrat von Franckenberg: Ich glaube, es wird vielen der geehrten Herren nicht entgangen sein, daß bereits vor vierzehn Tagen der Stadtmagistrat eine Bekanntmachung erlassen hat, die sich in der Richtung der Anfrage des Herrn Stadtv. Meyerhoff bewegte. Wir haben, weil uns von der Reichsverteilungsstelle in Berlin mitgeteilt war, daß an Weizenmehl recht ausgiebige Mengen vorhanden seien und es deshalb nicht nötig wäre, damit im Vergleich zum Roggenmehl so furchtbar zu sparen, uns genötigt gesehen, die Bestimmungen über das Beimischen des Weizenmehls zum Roggenmehl zu erweitern. Wir haben gestattet, daß in Zukunft bis zu 30 Prozent Weizenmehl dem Roggenmehl und umgekehrt dem Weizenmehl an Roggenmehl nur bis zu 10 Prozent beigemischt werden. Wir sind nach Anhörung des Verteilungsausschusses noch weiter gegangen und haben auf sein einstimmiges Gutachten dem Herzoglichen Ministerium vor ungefähr vierzehn Tagen vorgeschlagen, man möge getrost die strenge Vorschrift mildern, durch die bestimmt wird, daß das Weißbrot nach dem Ausbacken noch eine 24stündige Sperrzeit durchzumachen hat. Ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß unser Ministerium sich im Laufe der nächsten Zeit entschließen wird, in der strengen

Vorschrift, die anderwärts nicht besteht, eine Milderung eintreten zu lassen. Wenn das geschieht, so ist das hundertmal mehr wert als aller Kuchen, der in Braunschweig gebacken wird, einschließlich des Honigkuchens, dem ich gern einen weiteren Fortbestand wünschen will.

Stadtv. Frede: Der Antrag Dieckmann war mir bei seiner Einreichung nicht besonders sympathisch, und zwar besonders deshalb, weil ich mir sagte: In einer Zeit, wie der gegenwärtigen, darf es nicht gestattet sein, daß gewissen Bevölkerungsschichten das Kuchenessen erleichtert wird und die anderen auf Brot angewiesen werden. Ich habe mich aber erkundigt, und zwar nicht bei Bäckern, sondern bei Hausfrauen, und habe ihnen den Gedankengang, der in der Eingabe der Bäckermeister dargelegt war, zur Beurteilung vorgelegt. Ich bin erstaunt gewesen, das bestätigt gefunden zu sehen, was in der Eingabe ausgeführt ist. Es wurde mir gesagt: Zweifellos wird damit Mehl erspart. Es werden viele andere Bestandteile außer Mehl zum Kuchen genommen, die eine Sättigung erzeugen.

Wenn nun Mehl durch den Kuchen erspart wird, so ist mir nicht erfindlich, daß die Folge sein soll, daß wir Brot von geringerem Gewicht bekommen werden. Man soll doch eine solche Maßnahme, wodurch Mehl erspart wird, in einer Zeit, wie der jetzigen, nicht kurz von der Hand weisen. Nun sagt Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Hauptsache ist die Sättigung, und Brot sättigt. Ich glaube nicht, daß alle Herren dem zustimmen werden. Es gibt viele Leute, die sagen: Das gegenwärtige Brot sättigt nicht, und Kuchen sättigt sehr. Ich glaube, daß die Sache einer ernsten Stellungnahme bedarf, und daß man sehr wohl anderer Meinung, als hier vorgetragen, sein kann.

Der Herr Referent sagt: Es ist das und das, was zum Kuchenbacken genommen wird, teurer geworden. Das ist Sache der wohlhabenden Kreise, die für das Kuchenbacken besonders in Frage kommen. Wenn durch den Mehraufwand dieser Kreise Mehl erspart wird, dann können wir das, wie ich glaube, nur begrüßen. Ich habe mich durch die gegnerischen Gründe nicht überzeugen lassen können und werde für Annahme des Antrages Dieckmann stimmen.

Stadtv. Voeshigt: Herr Stadtrat von Frankenberg ist ein guter Rechner, doch wird er mir gestatten, zu sagen, daß das Exempel, welches er vorgeführt hat, denn doch etwas anders wird. Herr Stadtrat von Frankenberg sagt: 4000 Pfund Brot bekommen wir vergütet und 48 000 Pfund nimmt uns der Staat. Da setze ich doch voraus, daß die Bäcker das nötige Quantum Mehl bekommen, wie auch in anderen Städten, damit sie Kuchen backen können. Der Herr Stadtrat schüttelt

mit dem Kopf. Wenn das das Ministerium nicht tut, dann können wir nicht dafür. Dennoch halte ich es für meine Pflicht, meine Ansicht, wie auch Herr Frede die seine geäußert hat, voll und ganz zum Ausdruck zu bringen.

Wenn die Brotsperre auf das Weißbrot von 24 Stunden aufgehoben wird, sagt Herr Stadtrat von Frankenberg, so wäre das schon ein großes Entgegenkommen. Ich meine, es würde auch dann nicht mehr Weißbrot verzehrt werden, als Brotarten da sind. Aber es wird den Leuten entgegengekommen, die das alte Brot nicht vertragen können. Für mich braucht es keinen Kuchen zu geben, und es mag damit in der Kriegszeit bleiben, wie es will. Mein patriotisches Gefühl hat dadurch nicht gelitten, und nicht deswegen lege ich mich für diesen Antrag ins Zeug. Ich habe auch gestern in der Kommission gesagt: Immer vorausgesetzt, daß durch Annahme des Antrages die Versorgung der Stadt und seiner Bürger mit Brot nicht leidet. Und dieser Gegenbeweis ist gestern nicht gebracht und nur gesagt, daß die Regierung nicht zustimmen würde. Es kann sich also nur darum handeln: Ist der Antrag an sich berechtigt oder nicht? Muß er abgelehnt werden, weil wir nicht genug Brot haben?

In der Kommission wurde anerkannt: Wenn wir den Kuchen freigeben, dann werden entschieden eine Menge Brotmarken gespart. Wenn uns aber die Pistole auf die Brust gesetzt und gesagt wird: Wenn Sie daran rütteln, dann entziehen wir Ihnen das Brot, dann ist das eine andere Sache. Doch da es in anderen Städten auch so ist, daß Kuchen gebacken wird, so kann ich mich nicht auf den Standpunkt stellen, daß wir hier aus patriotischen Gründen sagen: Wir wollen lieber Brot essen und der Bevölkerung der anderen Städte das feine Gebäck lassen. Ich gehe immer davon aus: Haben wir Mehl genug, wie andere Städte, so daß wir diese Verfügung aufheben können, dann bitte ich, es zu tun.

Stadtrat von Frankenberg: Ich muß Herrn Loeßhigt doch erwidern: Es würde außerordentlich wesentlich sein, wenn die 24-Stunden-Sperre für Weißbrot aufgehoben würde, und zwar nicht deshalb, weil mehr Brot gegessen würde — dafür sorgen schon unsere Brotmarken, daß das streng eingeschränkt wird —, sondern es würde mehr Weißbrot gegessen werden, und da man Weizenmehl hat und nicht so hausälterisch damit umzugehen braucht, aber mit dem Roggenmehl rechnen muß, so ist es wünschenswert, daß diese Verlegung des Verbrauchs begünstigt wird. Das ist der Beweggrund für den Magistrat gewesen, daß wir für diese Maßregel eingetreten sind, und ich hoffe, daß sie beim Ministerium Anklang findet. Man soll nicht zwei Hasen auf einmal jagen, sondern das eine Ziel klar im Auge haben. Streben wir erst einmal darnach, daß man uns bei der 24stündigen Sperre für das Weißbrot entgegenkommt, und lassen Sie es damit genug sein.

Stadtv. **Ribbentrop**: Ich möchte nur einer Sache kurz Erwähnung tun. Ich bin auch in Berlin gewesen, aber nirgend habe ich frisches Weißbrot bekommen. Sogenanntes Mchinger-Brot, jawohl; aber das ist kein Weißbrot. Wenn man glaubt, daß das Weißbrot demnächst unserem früheren Weißbrot ähnlich würde, so bin ich anderer Ansicht, denn der Weizen wird jetzt zu 95 Prozent ausgemahlen. Das Weißbrot, das daraus gebacken wird, ist mit unserem früheren Weißbrot, das aus Raismehl und sonstigen Auszügen hergestellt wurde, gar nicht zu vergleichen; es ist ein ganz anderes Brot.

Stadtv. **Loeschigt** (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich möchte Herrn Kollegen Ribbentrop erwidern, daß seine Mitteilung irrig ist. Es gibt in Berlin von morgens 11 Uhr ab frisches Weißbrot gegen Brotmarken. Das sogenannte Kriegsbrot, wie es bei Mchinger abgegeben wird, gibt es ohne Brotmarken.

Vorsigender: Ich habe Sie nicht unterbrochen, Herr Loeschigt, aber als persönliche Bemerkung ist wohl Ihre Auslassung nicht anzuerkennen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Diekmann abgelehnt.

3. Antrag Jasper, betreffend Ausdehnung der „Wochenhilfe“ während des Krieges.

Stadtv. **Frede**: Herr Dr. Jasper hat am 18. März d. J. folgenden Antrag gestellt: „Die Versammlung ersucht den Stadtmagistrat über die Vorschriften des Bundesrats hinaus Wöchnerinnen während des Krieges eine Wochenhilfe zu gewähren.“

Es handelt sich um die Vorschriften des Bundesrats, welche im Dezember 1914 erlassen sind, und welche zum Gegenstand haben: erstens die Bemessung der Kriegswochenhilfe, und zweitens die Benennung derjenigen Personen, welche an dieser Kriegswochenhilfe teilnehmen sollen. Die Kriegswochenhilfe wurde damals durch Bundesratsbeschluß festgesetzt auf 25 *M* Entbindungskosten oder freie Stellung von Arzt, Hebamme usw. bei der Entbindung, auf eine Beihilfe bis zu 10 *M* bei etwaiger Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden oder freie Behandlung derselben, auf ein Wochengeld von 1 *M* täglich (auch für Sonn- und Festtage) auf die Dauer von 8 Wochen, ferner auf ein Stillgeld von täglich 50 Pfg. (auch Sonn- und Festtags) bis zur Dauer von 12 Wochen.

Diese Beträge wurden durch den Bundesratsbeschluß vom Dezember folgenden Personen zugesprochen: erstens solchen Wöchnerinnen, welche Ehefrauen waren

von Kriegsteilnehmern, die selbst — nämlich die Kriegsteilnehmer — gegen Krankheit versichert waren, und zwar, wenn sie unmittelbar vor Eintritt in den Heeresdienst ohne Unterbrechung sechs Wochen lang oder in den vorausgegangenen 12 Monaten insgesamt 26 Wochen, wenn auch mit Unterbrechungen, gegen Krankheit versichert waren.

Ferner bekamen diese Wochenhilfe diejenigen Ehefrauen von Nicht-Kriegsteilnehmern oder von solchen Kriegsteilnehmern, welche den Bedingungen, die ich eben genannt habe, nicht entsprechen, sowie ledige Wöchnerinnen, sofern sie selbst einer Krankenkasse angehören und im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen sind.

Endlich bekamen diejenigen Wöchnerinnen diese Kriegswochenhilfe, welche Ehefrauen von solchen Kriegsteilnehmern waren, die zur nicht gegen Krankheit versicherten Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören oder bis zum Kriegsausbruch oder darüber hinaus gehört haben, sofern der Jahresarbeitsverdienst der Männer 2500 *M* nicht übersteigt. Es bekamen diese Wochenhilfe auch die Wöchnerinnen, welche — verheiratet oder ledig — selbst zu dieser Schiffsbesatzung gehören oder bis zum Kriegsausbruch oder darüber hinaus gehört haben.

Es blieben hiernach diejenigen Wöchnerinnen übrig, welche unversicherte Frauen von Nichtkriegsteilnehmern waren, oder unversicherte Frauen von Kriegsteilnehmern, die vor der Einberufung selbständige Gewerbetreibende waren, oder die sehr lange arbeitslos waren und daher einer Krankenkasse gar nicht oder nur kurze Zeit angehört hatten. Ferner wurden bei der Gewährung der Kriegswochenhilfe nicht berücksichtigt ledige Wöchnerinnen, die nicht zu einer Krankenkasse gehörten oder nicht lange genug, nämlich 6 Monate, vor der Niederkunft.

Nun hat, um diese Lücke zu schließen, der Bundesrat unter dem 23. April d. J. eine Verfügung erlassen, in der bestimmt wird, daß Wöchnerinnen, die nicht schon auf Grund der früheren Bekanntmachung, deren Inhalt ich angeführt habe, Anspruch auf Wochenhilfe aus Mitteln des Reichs haben, eine solche während der Dauer des gegenwärtigen Krieges gewährt werden soll, wenn erstens ihre Ehemänner in diesem Kriege dem Reiche Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten oder an deren Weiterleistung oder an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch Tod, Verwundung, Erkrankung oder Gefangennahme verhindert sind, und zweitens, wenn sie minderbemittelt sind im Sinne des § 2. Dieser Paragraph heißt: „1. Wöchnerinnen gelten als minderbemittelt, wenn sie auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 in der Fassung des Gesetzes vom 4. August 1914 unterstützt werden“, d. h. wenn sie die Kriegsunterstützung bekommen, die uns allen bekannt ist. „2. Sofern nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Beihilfe nicht benötigt wird, gilt eine Wöchnerin ferner als minderbemittelt, wenn

erstens ihres Ehemannes und ihr gesamtes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor dem Dienstantritt den Betrag von 2500 *M* nicht überstiegen hat, oder zweitens, das ihr nach dem Diensteantritt ihres Ehemannes verbliebene Gesamteinkommen höchstens 1500 *M* und für jedes schon vorhandene Kind unter 15 Jahren höchstens weitere 250 *M* beträgt.“ — Die Wochenhilfe ist auch für uneheliche Kinder eines Kriegsteilnehmers zu leisten, wenn die Kriegsunterstützung zu bewilligen und damit die Bedürftigkeit festgestellt ist.

Der Antragsteller, Herr Dr. Jasper, hat Kenntnis von dieser neuerlichen Verfügung des Bundesrats und hat erklärt, daß sein Antrag durch diese Verfügung materiell erledigt ist. Er hat nun noch den Wunsch geäußert, belehrt zu werden über die technische Handhabung dieser Bestimmungen, das heißt, über die Art der Anmeldung und über die weiteren Wege, welche die Bedürftigen einzuschlagen haben, um zu ihrer Unterstützung zu kommen. Herr Stadtrat von Frankenberg hat in Aussicht gestellt, heute darauf zurückzukommen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch daran erinnern, daß Mittel zur Verfügung stehen, um in weitestem Maße hier und auf verwandten Gebieten, z. B. bei der Säuglingsfürsorge, den Bedürftigen zu Hilfe zu kommen. Ich denke dabei auch an die Stiftung des früheren Stadtverordneten Herrn Fabrikanten Bruno Lange, der 20 000 *M* dem Staate Braunschweig für diesen Zweck überwiesen hat. Die Finanzkommission hat beschlossen, über den Antrag des Herrn Dr. Jasper hinausgehend, der Versammlung zu empfehlen,

„den Magistrat zu ersuchen, mit Rücksicht auf die erhöhten Milchpreise aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen bis zu 800 *M* für Zwecke der Säuglingsfürsorge zur Verfügung zu stellen.“

Indem ich diesen Antrag der geehrten Versammlung mitteile, bitte ich zugleich namens der Finanzkommission um seine Annahme. Der Antrag Jasper ist durch die neuerliche Verfügung des Bundesrats erledigt.

Stadtrat von Frankenberg: Das Herzogliche Ministerium hat uns am vorigen Sonnabend die Ausführungsbestimmungen zu dieser neuen, wichtigen und sicher in ganz Deutschland mit Freude begrüßten Bundesratsverordnung zugehen lassen. Der Stadtmagistrat hat gestern seinerseits dazu Stellung genommen und die Anweisung für die Krankenkassen und für die städtischen Stellen, die bei dieser wichtigen Einrichtung beteiligt sind, erlassen; sie befindet sich augenblicklich in der Schreiberei. Es ist wohl zweckmäßig, wenn ich bereits heute an dieser Stelle darauf hinweise, daß sich das Verfahren in Zukunft folgendermaßen gestalten wird:

Handelt es sich um eine Wöchnerin, die selber in einer Krankenkasse oder einer Erjakasse ist, oder deren Mann einer solchen angehört, dann ist der Antrag auf

Wochenhilfe bei der Krankenkasse oder der Ersatzkasse zu stellen. Handelt es sich aber um eine Wöchnerin, die selber kassenlos ist, und deren Mann gleichfalls unversichert ist, dann ist der Antrag unmittelbar bei uns zu stellen. — Es ist das eine Arbeitsteilung, die, wie ich glaube, ziemlich klar und einfach ist und sich bald in der Bevölkerung einbürgern wird, zumal wir uns bemüht haben, durch den städtischen Kinderarzt und durch den Nationalen Frauendienst darauf hinweisen zu lassen. Es wird sich auf diese Weise binnen kurzem erreichen lassen, daß in jedem derartigen Falle die Reichswochenhilfe durch unsere Vermittlung gewährt wird.

Es ist bei dieser Anmeldung bei uns anzugeben, daß die Betroffenen keiner Krankenkasse angehören und auch von einer solchen Kasse keine derartige Hilfe zu erwarten haben, denn wir müssen selbstverständlich einer doppelten Zahlung von Anfang an vorbeugen. Unsere Beamten und die Krankenkassen haben wir besonders darauf hingewiesen, daß alle Weitläufigkeiten und unnötigen Wege der Wöchnerinnen, die genug in Sorge sein werden, vermieden werden.

Es ist weiter von uns auch auf die vom Herrn Berichterstatter erwähnte hochherzige Zuwendung des Herrn Stadtv. Lange aufmerksam gemacht, und ich hoffe, daß auch der Vorschlag, den die Kommission wegen der 800 M für die Säuglingsfürsorge gemacht hat, noch eine Lücke ausfüllen wird, die, abgesehen von den Wöchnerinnen, deren Mann im Felde steht, sich gewiß in manchen Fällen in den nächsten Sommermonaten bemerkbar machen wird, da die Milch leider auch teurer geworden ist. Zu den 800 M, die wir bisher in den Sommermonaten durch Vermittlung des städtischen Kinderarztes im Hause Hagenmarkt 13 aufgewandt haben, wird — wenn die städtischen Behörden sich damit einverstanden erklären — noch derselbe Betrag aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen kommen. Der Arzt der Fürsorgestelle wird dann sofort mit Nachricht darüber versehen werden, daß in dieser Weise vorgegangen werden kann.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Herr Berichterstatter erwähnte schon, daß mein Antrag aus dem Anfang März dieses Jahres stammt. Wenn wir heute erst darüber beschließen, so ist es gewiß nicht meine Schuld, daß die Verabschiedung langsamer vor sich gegangen ist, als sogar die oberen zentralen Behörden gearbeitet haben. Der Antrag ist in sachlicher Beziehung überholt durch die vom Herrn Berichterstatter erwähnte Bundesratsverordnung. Ich will nicht anerkennen, daß die Bundesratsverordnung allen berechtigten Ansprüchen genügt, sowohl in bezug auf die Auswahl der in Betracht gezogenen Personenzreise, als auch hinsichtlich der Gaben, die den Wöchnerinnen zugemessen werden. Ich bescheide mich lediglich, um dieses Gebiet, das für die beteiligten Kreise noch neu ist, nicht von vornherein noch verwickelter zu machen und um erst die praktischen Erfahrungen noch mit nutzbar zu machen.

Wie verwickelt diese Angelegenheiten sind, werden die Herren zum Teil aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters entnommen haben, die keineswegs erschöpfend sind und meiner Auffassung nach doch hin und wieder kleine Irrtümer aufgewiesen haben, wegen derer ich mit dem Herrn Berichterstatter keineswegs rechten will, und die ich nur erwähnen möchte, weil es notwendig ist, in den zur Ausführung berufenen Kreisen die nötige Aufklärung über diese neue wohlthätige Vorschrift zu geben und den Beteiligten, wie Herr Stadtrat von Frankenberg in dankenswerter Weise in Aussicht gestellt hat, alle Wege, Scherereien und Weitläufigkeiten möglichst abzunehmen. Wenn es so gestaltet werden soll, wie der Herr Stadtrat gesagt hat, so ist es ermöglicht, daß die Bekanntmachung dieser Ausführungsvorschriften des Ministeriums, die nach nahezu drei Wochen Gültigkeit der zentralen Bekanntmachung des Bundesrats nun noch im Schoße der hohen Behörden ruht, endlich den beteiligten Kreisen, d. h. den Wöchnerinnen, deren Beratern und Freunden und den Krankenkassen zugänglich gemacht wird, und auch die Entschliebung, wie speziell in unserer Stadt das Verfahren gehandhabt werden soll, der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird. Ich denke, unsere heutigen Ausführungen werden dazu beitragen, das Augenmerk der beteiligten Kreise auf die Wichtigkeit dieser neuen Einrichtung zu lenken, und den Nutzen, den eine Bekanntmachung schaffen soll, den interessierten Kreisen zeitig zuzuwenden, da immer ein Antrag erforderlich ist. Man muß sich rühren, es fällt nichts den Beteiligten von selber in den Schoß. Wenn die städtischen Stellen wie auch die Beteiligten alle bureaukratischen Kleinigkeiten vermeiden, wird die Wohlthat dann auch bald den Beteiligten zuteil werden.

Ich möchte gerade diese Vermeidung der Weitläufigkeiten unterstreichen und beide Teile, die Krankenkassen sowohl wie die städtischen Stellen, dringend ersuchen, nicht die Frauen von der einen Stelle nach der anderen zu schicken, wie es jetzt wiederholt vorgekommen sein soll, sondern ruhig einmal einen Antrag anzunehmen, der bei der anderen Stelle hätte angebracht werden müssen, und dann die Auseinandersetzung, wie die Sache geregelt werden soll, unter sich vorzunehmen, denn die Herren werden sich schneller darüber verständigen können als die unerfahrenen Frauen, denen schnell und bald geholfen werden soll. Der Herr Stadtrat hat das ja in Aussicht gestellt, einer Beschlußfassung bedarf es deshalb wohl kaum, außer über den Antrag wegen der 800 M., den ich auch unterstütze.

Stadtv. Steinbrecher: So leicht werden sich die Sachen wohl nicht abwickeln lassen, und am schwersten wird es werden, wenn Wöchnerinnen kommen, die vor vielen Wochen entbunden haben. Es heißt, als bedürftig sollen diejenigen angesehen werden, die Kriegsunterstützung bekommen. Soll jetzt das, was der Nationale Frauendienst oder das Mieteinigungsamt zahlt, bei Zahlung der

Wochenhilfe angerechnet werden? Soll gesagt werden können: „Du hast drei Monate vor dem 3. Dezember entbunden, und du kannst wohl jetzt eine Entschädigung bekommen, wenn du bedürftig bist, aber du hast auch eine Unterstützung vom Nationalen Frauendienst bekommen, die rechnen wir jetzt an.“ Darf eine solche Unterstützung angerechnet werden, oder heißt es einfach: Wer bedürftig ist, bekommt diese Unterstützung ohne weiteres.

Stadtrat von Frankenberg: Auch über diese Frage glaube ich eine befriedigende Auskunft dem Herrn Anfragenden geben zu können. Es wird niemand einfallen, dasjenige, was damals seitens des Nationalen Frauendienstes für die Wöchnerinnen gegeben ist, bei der Zahlung der Kriegswochenhilfe anzurechnen. Das Gesetz spricht davon, daß eine nachträgliche Zahlung der einmaligen Unterstützung als Pflaster dafür, daß damals die Bestimmungen noch nicht in Kraft waren, gewährt werden soll, wenn sich die Wöchnerin jetzt in bedrängter Lage befindet. Das sei besonders der Fall, wenn sie damals Schulden gemacht habe, die bisher nicht gedeckt sind. Der § 18 heißt: „Voraussetzung für die Zubilligung dieser Unterstützung ist, daß die Wöchnerin sich infolge der für das Wochenbett oder die Ernährung und Pflege des Säuglings erforderlich gewordenen und ihr nicht schon anderweit aus Gemeinde- oder sonstigen öffentlichen Mitteln ersetzten Aufwendungen in bedrängter Lage befindet. Dies ist namentlich dann anzunehmen, wenn die Wöchnerin noch die Kosten für die Hilfe des Arztes oder der Hebamme, für Arzneien und Stärkungsmittel oder für Ernährung des Säuglings schuldet.“ Wenn uns das glaubhaft gemacht wird, werden wir auch gern in der Höhe bis zu 50 M dieses Pflaster gewähren.

Stadtv. Steinbrecher: Dann möchte ich bitten, daß das auch klar in der Bekanntmachung zum Ausdruck gebracht wird. Die Wöchnerinnen erklären: „Wir haben im vorigen Jahre, weil wir einige Monate früher entbunden haben, nichts bekommen,“ und glauben, sie seien dadurch geschädigt und hätten noch einen Anspruch. Nun wird es meist so kommen, daß fast alle nicht nachweisen können, daß sie noch Schulden von der Entbindung her haben, weil die Ärzte überhaupt keine Bezahlung in solchen Fällen genommen haben. Also ein großer Teil solcher Wöchnerinnen glaubt, weil sie im Dezember nichts von der Wochenhilfe bekommen haben, hätten sie noch Anspruch auf Beihilfe bis zu 50 M, ganz gleich, ob sie nachweisen, daß sie deswegen Schulden gemacht haben. Wenn man sich das überlegt, liegt auch eine Ungerechtigkeit darin. Die Wöchnerinnen, die vor dem 3. September entbunden haben, haben seinerzeit nichts bekommen, und jetzt wird von ihnen verlangt: Du mußt nachweisen, auch wenn du dich in bedrängter Lage befindest, auch wenn du Kriegsunterstützung und staatliche Unterstützung und solche vom

Nationalen Frauendienst und vom Mieteinigungsamt bekommst, daß du Schulden hast, die durch die Entbindung hervorgerufen sind. Da sage ich mir: Die meisten werden abgewiesen werden, weil sie das nicht nachweisen können.

Stadtrat von Frankenberg: Sollte dieser Fall eintreten, so würde er sich aus dem Wortlaut der Verordnung ergeben, nicht aber aus den Maßnahmen des Magistrats. Es ist ausdrücklich gesagt: Wenn sie noch zur Zeit, da sie den Antrag stellte, „die Kosten für die Hilfe des Arztes oder der Hebamme usw. schuldet“. Ob sie einige Zeit schuldig gewesen ist und sie jetzt abbezahlt hat, darauf kann es nicht ankommen, denn wenn das geschehen ist, kann sie sich nicht aus dem angeführten Grunde in bedrängter Lage befinden. Herr Steinbrecher kann versichert sein, daß wir die Bestimmungen, so wie sie sind, in der für die Wöchnerinnen angenehmen Weise anwenden wollen.

Stadtv. Steinbrecher: Ich nehme auch an, daß das geschieht, bitte aber, weil eine Unklarheit besteht, in der Bekanntmachung besonders scharf zum Ausdruck zu bringen, wie die Bestimmung aufzufassen ist. Alle Zeitungsnachrichten darüber waren falsch. Es wurde gesagt: Jede Wöchnerin, die damals nichts bekommen hat, würde jetzt 50 M bekommen. Ich bitte deutlich bekanntzumachen, wie die Bestimmung zu verstehen ist, damit Klarheit geschaffen wird.

Vorsitzender: Nachdem der Antrag Jasper sachlich durch die Bundesratsverordnung erledigt ist, handelt es sich nur noch um den Antrag der Kommission.

Der Kommissionsantrag wird nochmals verlesen und von der Versammlung angenommen.

4. Kassenabchluß des Verkehrsvereins für 1914.

Stadtv. Munte: Den geehrten Herren ist bekannt, daß der Verkehrsverein aus städtischen Mitteln Zuwendungen bekommt, um sein Ziel, den Verkehr in der Stadt Braunschweig zu heben, besser fördern zu können. Dafür hat er die Verpflichtung übernehmen müssen, dem Stadtmagistrat und den Stadtverordneten jährlich die Abrechnung über die Verwendung seiner Gelder zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Diese Abrechnung liegt hier vor und wird von mir an den Herrn Vorsitzenden zurückgegeben. Wer von den Herren sie einsehen will, mag das tun. Ich habe den Auftrag gehabt, die Abrechnung durchzusehen und zu prüfen, ob Ausgaben darin sind, die einer Beanstandung unterliegen würden. Ich habe solche nicht gefunden und zu meiner Freude feststellen können, daß der Verkehrsverein mit einem Kassenbestande von 1106 M ins neue Jahr geht, während im

Vorjahre der Kassenbestand nur 366 *M* betrug. Es ist deshalb zu hoffen, daß der Verein mit der üblichen Unterstützung im kommenden Jahre auskommen wird. Die Finanzkommission hat gegen die Abrechnung auch keine Erinnerung vorzubringen gehabt.

Die Versammlung nimmt die Abrechnung zur Kenntnis.

5. Erwerb einer Grundfläche an der Comeniusstraße zwischen Bendôme- und Herzogin-Elisabeth-Straße.

Stadtv. **Sander:** Der Ausbau der Comeniusstraße zwischen Bendômestraße und Herzogin-Elisabeth-Straße ist von den städtischen Behörden schon beschlossen; es ist nur nötig, daß noch Terrain für diese Straße angekauft wird. Der Plan dafür hängt dort aus. Es handelt sich um eine Fläche von 4 a 45 qm, die dem großen Waisenhause gehört. Das Waisenhaus ist bereit, diese Fläche der Stadt unter folgenden Bedingungen zu überlassen.

1. Die auf dem Lageplane bezeichnete 2 a 9 qm große Fläche des durch den Ausbau der Comeniusstraße entbehrlich werdenden und deshalb aufzugebenden Interessentenweges 175 soll gegen eine gleich große Teilfläche der 4 a 45 qm tauschweise überwiesen werden,

2. für die dadurch nicht gedeckte Restfläche der 4 a 45 qm in Größe von 2 a 36 qm soll ein Kaufpreis von 12 *M* pro qm gezahlt werden.

Der Magistrat hält es für unbedenklich, auf diese Bedingung einzugehen, und richtet an die geehrten Herren das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die mehrgenannten 4 a 45 qm unter den bezeichneten Bedingungen von der Stadt erworben werden.

Da Voraussetzung für die Durchführung des Erwerbs die Aufhebung der 2 a 9 qm großen auszutauschenden Teilfläche des Interessentenweges 175 ist, so ersucht der Magistrat gleichzeitig, das Einverständnis dazu auszusprechen, daß nach dem Ausbau der Comeniusstraße der genannte Interessentenweg, und zwar nicht nur bezüglich der dem Waisenhause zu überweisenden Fläche, sondern auf der ganzen zwischen der Fußbergstraße und der Linie w—v des Lageplans gelegenen Strecke seines öffentlichen Charakters entkleidet und als Weg aufgehoben wird.

Im Falle der Genehmigung des Vertrages ersucht der Magistrat schließlich, ihn zu ermächtigen, die auf dem Lageplane bezeichnete und zu 83 qm bzw. 1 a 12 qm vermessene Grundfläche demnächst an den Eigentümer der Nachbargrundstücke, den Architekten Bartels, zum Preise von 12 *M* pro qm zu verkaufen.

Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Genehmigung anheim, da die Fläche unbedingt erworben werden muß und die Bedingungen angemessen sind.

Der Magistratsvorlage wird zugestimmt.

6. Änderung des Statuts über die Unterhaltung der Mädchenmittelschule.

Stadt v. Frede: Die städtischen Behörden haben unter dem 2. Oktober 1911 ein Statut über die Unterhaltung einer Mädchenmittelschule erlassen. Es ist das die Schule in der Heydenstraße. Zu diesem Statut sind in der Sitzung vom 3. Dezember 1914 Änderungen beschlossen, die zunächst die Zulassung von solchen Lehrerinnen zum Unterricht an der Unterstufe der Mädchenmittelschule betreffen, die das Examen für Gemeindeschulen abgelegt haben. Es war damals in Aussicht gestellt, daß möglicherweise ein anderes Lehrerinnenseminar eingerichtet werden würde, welches nur Lehrerinnen für Gemeindeschulen heranzubilden habe. Das gegenwärtig bestehende Lehrerinnenseminar — das Oberlyzeum, wie es jetzt heißt — gibt seinen Schülerinnen die Berechtigung, an Höheren Mädchenschulen zu unterrichten.

Die Änderung des Statuts bezog sich ferner auf die Gehaltsätze der Lehrer und Lehrerinnen an der Mädchenmittelschule. Sie waren so normiert, daß an diese Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen 150 *M* mehr zu zahlen ist als an die Lehrer und Lehrerinnen an den Bürgerschulen. Die Fachlehrerinnen an der Mittelschule sollen nach dieser Neuordnung 50 *M* mehr erhalten als die gleichartigen Lehrerinnen an Bürgerschulen.

Das Ministerium hat die Änderungen des Statuts genehmigt, hat aber anheimgegeben, noch zwei Änderungen vorzunehmen. Zunächst eine unwesentliche, die aber durch den Umstand nötig geworden ist, daß wir uns gerade in bezug auf die Mittelschulen nach den Vorschriften in Preußen und sogar nach den dort gebrauchten Ausdrücken richten müssen. Es war in unserm Statut gesagt, daß die Klassenlehrerinnen der Ober- und Mittelstufe die Prüfung für Höhere Mädchenschulen bestanden haben müssen. Jetzt wird als Wortlaut gewünscht, daß diese Klassenlehrerinnen das Zeugnis der Lehrerinnen für Lyzeen und Mittelschulen haben müssen. Es kommt also auf dasselbe hinaus, nur der Ausdruck ist anders.

Ferner ist vor einiger Zeit von den städtischen Behörden beschlossen, daß der seminaristisch gebildete Leiter der Knabenmittelschule Gehaltsätze von 3800 bis 6300 *M* erhalten sollte, während seinerzeit für den gleichfalls seminaristisch gebildeten Leiter der Mädchenmittelschule — den es ja jetzt noch nicht gibt, den es wohl aber dereinst geben wird — niedrigere Sätze vorgesehen waren. Es erscheint untunlich, daß die beiden gleichartig vorgebildeten Leiter an gleichartigen

Anstalten verschieden besoldet werden, und es ist deshalb mit Recht vorgeschlagen, heute zu genehmigen, daß auch der seminaristisch gebildete Leiter der Mädchenmittelschule dieselben Gehaltsätze bekommt wie der an der Knabenmittelschule.

Dies sind die beiden Änderungen, welche Ihrer Genehmigung heute unterbreitet werden. Der Antrag des Magistrats lautet:

Zustimmen zu wollen, daß der von uns mit Anschreiben vom 25. November 1914 vorgelegte Entwurf des Änderungsstatuts geändert, bzw. ergänzt wird, wie folgt:

1. im Art. I, § 13, 2 erhält Absatz 2 folgende Fassung:

„Klassenlehrerinnen der Ober- und Mittelstufe müssen das Zeugnis der Lehrbefähigung für Lyzeen und Mittelschulen besitzen.“

2. Der Eingang des Art. II möge lauten:

„Die Vorschriften im § 21 des Statuts Nr. 21 vom 2. Oktober 1911 erhalten folgende Fassung:

Die Dienstbezüge der Lehrkräfte werden bemessen wie folgt:

a) Ist der Schulleiter akademisch gebildet, so beträgt sein Gehalt:“

Es folgen hier dieselben Sätze, die nach dem früheren Statut schon Geltung hatten.

Darauf werden die Gehaltsätze für den seminaristisch gebildeten Schulleiter aufgeführt. Es sind dieselben, die der seminaristisch gebildete Schulleiter der Knabenmittelschule bekommt.

Unter b) folgen nun die Gehaltsätze der übrigen Lehrkräfte. Es sind die Sätze, die am 3. Dezember 1914 nach dem Entwurf des Magistrats von uns schon genehmigt sind. Ich brauche sie wohl nicht vorzulesen.

Die Schulkommission gibt natürlich Genehmigung der Vorlage anheim.

Die Versammlung stimmt der Änderung des Statuts nach den Magistratsvorschlägen zu.

7. Abrechnung über den Ausbau bzw. über die Instandsetzung verschiedener Straßen.

Stadtv. **Niese:** Nach beendigter Fertigstellung 1. der Amalienstraße zwischen Gellerstraße und Gartenstraße, 2. der Gellerstraße zwischen Neustadtring und Landeseisenbahn, 3. der Straße Wilteworth, 4. der Straße Olschlägern, 5. der Infanteriestraße hat das städtische Tiefbauamt gemäß den Bestimmungen im § 19 der Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten zu Braunschweig vom 25. April 1904 bezüglich dieser Bauausführungen vergleichende Zu-

sammenstellungen der anschlagsmäßigen und der aufgewandten Kosten aufgestellt. Diese Zusammenstellungen werden den Stadtverordneten zur Kenntniznahme vorgelegt.

Der Voranschlag über die Arbeiten auf der Amalienstraße beziffert sich auf 30 200 *M*, die Kosten der Ausführung haben 26 007,58 *M* betragen, es sind also 4192,42 *M* weniger aufgewandt. Es wird hierzu bemerkt, daß der erhebliche Minderaufwand dadurch entstanden ist, daß der zur Auffüllung der Amalienstraße erforderliche Erdboden gelegentlich von anderen Bauausführungen unentgeltlich angefahren werden konnte, so daß Fuhrlohn und Arbeitslohn zur Beschaffung des Bodenmaterials nur in geringem Umfange aufzuwenden waren.

Bei der Tellerstraße bezifferte sich der Voranschlag auf 80 500 *M*, aufgewandt sind 72 915,12 *M*, also weniger verwandt 7 584, 88 *M*. Auch hier ist in einer Bemerkung darauf aufmerksam gemacht, daß verschiedene Materialien, die man vorher glaubte nicht wieder verwenden zu können, dennoch für die Instandsetzung benutzt werden konnten und dadurch sich die Kosten der Ausführung vermindert haben.

Der Anschlag für die Straße Elschlägern betrug 20 300 *M*, ausgegeben sind 15 119,16 *M*, es sind also 5180,84 *M* weniger verausgabt.

Für die Wüstenworth war der Kostenanschlag auf 6000 *M* festgesetzt, die Ausführung hat 4058,85 *M* gekostet, so daß hier 1941,15 *M* weniger verausgabt sind als veranschlagt.

Dann schließlich die Abrechnung über die Infanteriestraße. Der Anschlag zeigt eine Höhe von 16 000 *M*, die Ausführungskosten haben 14 432, 96 *M* betragen, es sind also auch hier die Ausgaben geringer, nämlich um 1567,04 *M*.

Diese Abrechnungen, die uns jedesmal nach Abschluß der Bauausführungen vorgelegt werden, sind der Baukommission übermittelt. Die Baukommission hat davon Kenntnis genommen und mich mit der Berichterstattung beauftragt. Einer Abstimmung oder Genehmigung der Vorlage bedarf es nicht.

Die Versammlung nimmt von den vorgelegten Abrechnungen Kenntnis.

8. Ankauf von Grundstücken zur Herstellung eines Sammelkanals im Zuge der projektierten Straßen 327 und 328.

Stadtv. **Sander:** Die ordnungsmäßige Entwässerung eines nicht unerheblichen Teiles der westlichen Außenstadt erfordert die Herstellung eines Sammelkanals im Zuge der projektierten Straßen 327 und 328 — es ist das der verlängerte Altstadttring zwischen Kreuzstraße und Straße 368. Für die Ausführung dieses Sammelkanals ausschließlich des Grunderwerbs sind im Etat

schon 22 000 *M* zur Verfügung gestellt. Die Lage des Kanals ist in dem ausgehängten Plane mit punktierten Linien eingetragen.

Der Kanal wird eine größere Anzahl von Grundstücken berühren. In den Verhandlungen mit den Vertretern der Grundstücke hat sich herausgestellt, daß fast alle die Abnahme der in die projektierte Straße fallenden Teilflächen fordern, nur zwei sind bereit gewesen, zu gestatten, daß der Kanal durch ihr Grundstück gelegt wird, wenn eine dingliche Last eingetragen wird. Es sind dies die Vertreter des Thomähofes und der Hesse-Vog-Stiftung. Es kommen nun eine Menge kleine Parzellen in Frage, und die Verhandlungen mit den Besitzern dieser Flächen, die sich aus Größen von 27, 22, 29, 99, 51, 59, 67, 46, 378 qm zusammensetzen, haben ergeben, daß sie bereit sind, die Stücke zum Preise von 10 *M* pro Quadratmeter an den Magistrat abzutreten. Über den Ankauf dieser Flächen hat der Magistrat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten einen Vertrag mit den Eigentümern abgeschlossen.

Es kommt sodann noch ein größeres Stück in Betracht, das den Geschwistern Kausche gehört und zu 7 a 80 qm vermessen ist. Hierfür wird pro qm ein Kaufpreis von 20 *M* gefordert, und dieser ist vom Magistrat zugestimmt mit der Motivierung, daß dies Grundstück, während die übrigen kleinen Ländereien als Hinterland zu betrachten sind, als bebauungsfähiges Terrain an einer ausgebauten Straße liegt. Auch das Tiefbauamt hält die beiden angeführten Preise für angemessen.

Der Magistrat ersucht nun, die beiden Verträge über den Ankauf der Flächen zu genehmigen, den Kaufpreis zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen, sowie ihn zu ermächtigen, die den Pächtern der angekauften Grundstücke etwa zu zahlenden Abfindungssummen nach pflichtmäßigem Ermessen festzusetzen und solche zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse zu verausgaben.

Die Baukommission hat auch diese Sache beraten. Sie war erst der Meinung, daß der Unterschied von 10 zu 20 *M* ein etwas sehr großer wäre, immerhin konnte sich doch aber die Mehrzahl der Herren dahin entschließen, daß das Grundstück an der fertig ausgebauten Straße (es handelt sich um die Kreuzstraße) doch wohl diesen Wert hätte und man dem Kaufpreise zustimmen müßte. Die Baukommission empfiehlt also den Herren Genehmigung der Vorlage.

Der Magistratsvorlage wird von der Versammlung zugestimmt.

9. Übernahme einer Verpflichtung bezüglich Anbringung eines Gefäßes für Feuer-telegraphen.

Stadtv. **Wienerhoff**: An den Magistrat richtet der Feldwebel Rappe, der jetzige stellvertretende Kommandant der Feuerwehr, folgenden Bericht:

„Auf dem Gebäude der Güterabfertigung der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn, Nordbahnhof, soll ein Gestänge für Feuertelegraphen- und Telephonleitungen nach dem Gaswerk Taubenstraße, dem städtischen Marstall und der Desinfektionsanstalt angebracht werden. Es hat sich als dringend nötig erwiesen, eine Verlegung des früheren Zuges dieser Leitungen vorzunehmen, wodurch eine bedeutende Verkürzung des Leitungszuges erzielt und vor allem eine Kreuzung mit der Starkstromleitung der Straßeneisenbahn vermieden wird. Zur Aufstellung des Gestänges hat die Direktion der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn die Genehmigung erteilt. Den Stadtmagistrat bitte ich ganz gehorsamst, anliegenden Anerkennungschein unterzeichnen und mir alsdann wieder zustellen zu wollen.“

Der Magistrat ersucht nun die Stadtverordneten, ihn zu ermächtigen, die im Anerkennungschein erwähnte Verpflichtung namens der Stadt zu übernehmen und den daselbst erwähnten Verzicht auf Schadenersatz zu erklären.

Der Anerkennungschein lautet folgendermaßen:

„Wir erkennen hierdurch an, daß die Direktion der Braunschweigischen Landes-Eisenbahngesellschaft in Braunschweig folgendes widerruflich gestattet hat: auf dem Gebäude der Güterabfertigung Braunschweig-Nord — Gehlstraße 12 b — ein Gestänge für Feuertelegraphenleitungen herzustellen und mit den Leitungen das Bahnhofsgelände zu kreuzen.

Die Direktion der Braunschweigischen Landes-Eisenbahngesellschaft in Braunschweig ist berechtigt, die erteilte Erlaubnis jederzeit mit vierteljährlicher Kündigungsfrist zurückzunehmen; ein Entschädigungsanspruch erwächst uns durch diese Zurücknahme nicht.

Der Eisenbahnverwaltung gegenüber haften wir für jeden Schaden, welcher ihr oder dritten Personen infolge der erteilten Erlaubnis etwa entsteht, während wir auf Ersatz jedweden Schadens verzichten, der unseren Anlagen durch den Eisenbahnbetrieb etwa zugefügt werden sollte.

Wir verpflichten uns, nach Zurücknahme der erteilten Erlaubnis den früheren Zustand alsbald wiederherzustellen, widrigenfalls die Direktion der Braunschweigischen Landes-Eisenbahngesellschaft in Braunschweig berechtigt sein soll, dies auf unsere Kosten zu tun.“

Der Antrag des Magistrats hat der Statutenkommission vorgelegen. Sie hat den Anerkennungschein geprüft und findet daran nichts auszusetzen. Es ist ein Formular, wie es auszufüllen bei jeder Erlaubniserteilung verlangt wird, auch gegebenenfalls seitens der Stadt. Ich habe namens der Statutenkommission Ihnen Annahme zu empfehlen.

Der Magistrat wird ermächtigt, die geforderten Verpflichtungen für die Stadt zu übernehmen.

10. Verwilligung von Mitteln für die Beschaffung von Denksteinen für die auf dem Ehrenfriedhofe beigesetzten Krieger.

Stadtv. Voeßigkt: Auf Beschluß der hiesigen kirchlichen Behörden ist im Oktober v. Js. im Gebiete des hiesigen Hauptfriedhofs zur Beisetzung der Leichen von Kriegern ein Ehrenfriedhof hergerichtet, der für solche deutsche und österreichisch-ungarische Krieger bestimmt ist, die entweder hier infolge von Verwundung oder Krankheit verstorben sind, oder deren Beisetzung, wenn der Tod aus gleicher Ursache außerhalb erfolgt ist, von hiesigen Einwohnern gewünscht wird.

Bis jetzt sind auf dem Ehrenfriedhofe 95 Kriegsteilnehmer zur Ruhe bestattet. Da die einzelnen Grabstellen — und zwar auf 40 Jahre — unentgeltlich verliehen, auch sonstige Gebühren für die Beisetzung und die Unterhaltung der Kriegergräber nicht erhoben werden, und da überdies durch die Herrichtung des Ehrenfriedhofs (Anpflanzungen, Wegeanlagen) Kosten erwachsen, so werden dem Stadtkirchenverbande durch Erfüllung der von ihm freiwillig übernommenen Ehrenpflicht nicht unerhebliche Lasten erwachsen. Im Hinblick auf die bekannte ungünstige finanzielle Lage des Stadtkirchenverbandes und mit Rücksicht darauf, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft nicht die Voraussetzung der Bestattung auf dem Ehrenfriedhofe bildet, hält es der Magistrat für angezeigt und zulässig, daß sich auch die politische Gemeinde an der Erfüllung der in Rede stehenden Ehrenpflicht beteiligt, und zwar dadurch, daß sie die Kosten der Beschaffung der Grabsteine übernimmt. Der Magistrat bemerkt hierbei aber ausdrücklich, daß ein diesbezüglicher Antrag seitens der kirchlichen Behörden nicht gestellt ist.

Unter dem Beirate der Herren Geh. Hofrat Professor Pfeifer und Professor Hofmann hier ist ein Modell gefertigt, bestehend in einem flachen Kalksteine mit darauf befestigtem Eisernen Kreuze. In den Stein soll der Name des in dem Grabe ruhenden Kriegers eingemeißelt werden, und es ist in Aussicht genommen, daß alle Kriegergräber den gleichen Denkstein erhalten, dessen Kosten etwa 20 M betragen werden.

Meine Herren! Der Stein, der als Modell angefertigt ist, ist in dem Garderoberraum ausgestellt; wer von den Herren ihn noch nicht gesehen hat, kann ihn dort besichtigen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die stadtseitige Aufwendung der sich hieraus ergebenden Kosten, deren Summe z. B. noch nicht feststeht, durchaus gerechtfertigt sein würde, und gibt daher anheim, die zur Deckung dieser

Kosten erforderlichen Mittel zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden bewilligen zu wollen.

Darüber, ob auf dem Ehrenfriedhofe demnächst auch ein größeres Denkmal errichtet werden soll, wird nach Ansicht des Magistrats erst dann Entscheidung getroffen werden können, wenn die Beisetzungen beendet und über die Ausgestaltung des Platzes und die geplanten Schmuckanlagen Beschluß gefaßt sein wird. Der Magistrat neigt der Ansicht zu, daß die Stadt sich wohl dazu verstehen kann, auch ein derartiges Schmuckstück der fraglichen Anlage zu beschaffen, um den für ihr Vaterland gefallenen Helden eine Ehrung zu erweisen. Weitere Anträge hierüber behält er sich für später vor.

Wir haben gestern in der Finanzkommission die Sache beraten. Es sind dort verschiedene Anfragen gestellt und auch beantwortet. Zunächst betreffend den Stein: daß die Form eine einheitliche sein soll, habe ich schon erwähnt. Über die Beisetzung ist uns vom Magistrat gesagt, daß ein Unterschied in den Personen, mögen es Offiziere oder gewöhnliche Soldaten gewesen sein, nicht gemacht wird. Sie werden gebettet, wie sie draußen gefallen sind.

Der Magistrat spricht im Anschluß an diese Vorlage noch die Bitte aus, die geehrten Herren möchten bezüglich des Denkmals, das für spätere Zeiten auf dem Ehrenfriedhofe errichtet werden soll, ihre Meinung äußern. Es wurde uns mitgeteilt, daß auf dem Ehrenfriedhofe ein Platz freigelassen würde, der vorläufig mit einem Blumenbeete und mit einer großen Bank besetzt wird; auf der anderen Seite sei vorgesehen, ein der Bedeutung des Ehrenfriedhofs entsprechendes Denkmal zu setzen. Der Magistrat bittet, die geehrten Herren möchten im Prinzip zustimmen, daß man später ein solches Denkmal dort errichtet. Das Nähere darüber soll, wie ich schon gesagt habe, erst nach Schluß des Krieges beraten werden.

Die Finanzkommission ersucht Sie durch mich, diese unbestimmte Summe für die Grabsteine zu verwilligen.

Stadtv. Ribbentrop: Wie ich verstanden habe, soll jeder der auf dem Ehrenfriedhofe begrabenen Krieger denselben Stein bekommen. Dagegen möchte ich mich aussprechen, und zwar im Sinne der Hinterbliebenen. Ich selbst bin ja nicht beteiligt; wer aber die Wünsche und Neigungen der Hinterlassenen kennen gelernt hat, der wird auch wissen, daß der eine diese und der andere jene Weise hat, das Grab seines Gefallenen zu schmücken. Deshalb möchte ich doch anheimgeben, einen Zwang, daß dieser Stein für alle Gräber angenommen werden muß, auszuschließen.

Bürgermeister Meyer: Der Herr Oberbürgermeister ist heute leider durch Krankheit verhindert, der Stadtverordnetenversammlung beizuwohnen, und mir

sind die Vorverhandlungen über diesen Gegenstand nicht so genau bekannt geworden, daß ich näheres darüber sagen kann. Aus dem, was ich von dem Laufe dieser Verhandlungen erfahren habe, weiß ich aber, daß die Mitglieder der Friedhofsdeputation und die Personen überhaupt, die darauf ausgehen, einen würdigen Ehrenfriedhof für die gefallenen Krieger unter Mitwirkung der Stadt zu schaffen, allerdings der Ansicht gewesen sind, daß diese Art der Ausschmückung der Gräber übereinstimmend für alle Gräber sein soll. Ich habe die Auffassung gehabt, daß sie der Meinung waren, es würde die Würde und Erhabenheit der gesamten Anlage durch diese Übereinstimmung eine wesentliche Stärkung erfahren. Es besteht nicht die Absicht, diese Steine in gleichen Abständen voneinander und in gleicher Höhe aufzustellen, sondern es soll die Freiheit bestehen, sie im Rahmen der Anlage zu gruppieren. Die Ausstattung der Gräber mit Blumenschmuck soll dagegen, wie durch den Herrn Oberbürgermeister ausdrücklich hervorgehoben wurde, den Angehörigen überlassen bleiben, wenn und soweit sie solches wünschen. Ich glaube, man sollte sich doch auf den Standpunkt stellen, daß man im Interesse der einheitlichen Wirkung der Gesamtanlage daran festhalten muß, daß der Grabschmuck für alle Gräber, soweit er durch Steine und Kreuze geschaffen werden soll, übereinstimmend hergestellt wird.

Stadtv. Roethig: Ich möchte den Worten des Herrn Bürgermeisters hinzufügen: Es ist, wie Herr Bürgermeister schon in seinen letzten Worten gesagt hat, ein allgemeiner Schmuck der Gräber vorgesehen, welcher seinen Abschluß bekommen soll durch das Denkmal, welches für die gefallenen Krieger im allgemeinen gesetzt werden soll. Wenn die Angehörigen für ihre Gefallenen einen anderen Denkstein haben wollen, dann ist es ihnen unbenommen, ihn an einer anderen Stelle begraben zu lassen. Aber ich finde es als einen schönen Gedanken, daß auf dem Ehrenfriedhof, den wir unseren gefallenen tapferen Kriegern zur Verfügung stellen, jeder Angehörige unter den gleichen Bedingungen aufgenommen wird. Der Grabschmuck in der Weise, wie er hier vorgesehen ist, ist für einen Ehrenfriedhof auch sehr passend. Es würde sich meines Erachtens nicht gut machen, wenn meinetwegen ein einfaches Leutnantsgrab dort liegt, deren Angehörige sich mit dem einfachen Denkstein zufriedengeben, und die reichen Angehörigen eines gewöhnlichen Soldaten wollten daneben ein großes Denkmal hinstellen. Vorbehalten muß allerdings werden, daß die Einrichtung einheitlich gemacht wird, ohne schablonenhaft zu sein; das hat ja der Herr Bürgermeister auch ausgeführt. Ich bitte Sie, in diesem Sinne Ihre Zustimmung zu geben. Die Wünsche für die allgemeine Ausschmückung des Platzes bleiben einer späteren Zeit vorbehalten, hoffentlich können wir dann unsere Meinung darüber immer noch äußern.

Stadtv. Ribbentrop: Dann möchte ich noch eine Frage stellen: Ist denjenigen Angehörigen, die gefallene Krieger auf dem Ehrenfriedhof haben begraben lassen, vorher bekanntgegeben, daß ein derartiger einheitlicher Schmuck eingeführt werden sollte? Wenn das nicht bekannt gewesen ist, ist es nicht möglich, noch jetzt darüber zu bestimmen und den Angehörigen zuzumuten, daß sie sich dieser Bestimmung fügen.

Bürgermeister Meyer: Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, diese Anfrage des Herrn Stadtv. Ribbentrop beantworten zu können, ich glaube aber annehmen zu müssen, daß den Angehörigen der gefallenen Krieger diese Mittheilung nicht durchweg gemacht ist, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil eine solche Beschlußfassung bisher nicht vorlag, und weil darüber, wie das einzelne Grab des beizusetzenden Kriegers geschmückt werden sollte, bisher vermutlich — wenn überhaupt — in sehr wenig Fällen verhandelt sein wird. Ich erinnere daran: Es handelt sich um die Beisetzung von Kriegern nicht nur aus der Stadt Braunschweig, sondern aus dem ganzen Reiche; in vielen Fällen werden die Angehörigen von der Beisetzung nicht einmal Kenntniß gehabt haben.

Was die Einheitlichkeit und Harmonie der Gesamtanlage angeht, so möchte ich anführen, daß der zugrunde liegende Gedanke nicht von Braunschweig ausgeht. In der Kommissionsitzung wurden von Herrn Dr. Jasper Exemplare von Westermanns Monatsheften vorgezeigt, in welchen eine ganze Reihe von Bildern über Ehrenfriedhöfe ähnlicher Art in anderen Städten enthalten waren. In Rücksicht darauf, daß es den Familien der Krieger unbenommen ist, ihre Angehörigen nicht dem Ehrenfriedhof zuzuführen, sondern an anderer Stätte bestatten zu lassen, erscheint mir die hier behandelte Ausschmückung unbedenklich zu sein.

Besonders hinweisen möchte ich übrigens darauf, daß es sich hier nicht eigentlich um Genehmigung der Gesamtanlage, sondern nur um die Ausschmückung der von der Friedhofsverwaltung bereits zur Verfügung gestellten Grabstätten handelt.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag von Herrn Stadtv. Ribbentrop eingegangen. Er lautet: „Zusatz: Es soll den Angehörigen aber unbenommen bleiben, einen anderen Grab Schmuck zu wählen.“

Ich verstehe das so, daß die Bewilligung der Mittel zur Beschaffung von Denksteinen nur unter der Bedingung ausgesprochen werden soll, daß den Angehörigen unbenommen bleibt, einen anderen Grab Schmuck zu wählen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es liegt gewiß uns allen am Herzen, daß den Kriegern, die in unserer Stadt das Zeitliche gesegnet haben, nachdem sie ihr Blut auf den Schlachtfeldern haben opfern müssen, eine angemessene Ehrung aus städtischen Mitteln gewährt wird, und wir werden alle das rein finanzielle Moment nicht in erster Linie dabei berücksichtigen. Es gilt eine Ehrung dieser Gefallenen, und es fragt sich nur, wie diese Ehrung am wirksamsten praktisch durchzuführen ist.

Da ist es zunächst bedauerlich, daß wir, als die Vertretung der politischen Gemeinde, so sehr wenig Einfluß auf die Gestaltung dieser Dinge haben, daß wir gewissermaßen nur so nebenbei gehört werden. Wenn wir eine wirksame Gestaltung wirklich durchführen wollen, müssen wir die gesamte Anlage als eine künstlerisch einheitliche betrachten und nun erwägen: Was kann dem Gedanken der Ehrung am sichtbarsten und wirkungsvollsten Ausdruck verleihen? Das können wir in diesem Falle aber nicht aus dem Grunde, weil der Ehrenfriedhof nicht unter Verwaltung der politischen Gemeinde, deren Vertretung wir sind, gestellt ist, sondern, wie der Herr Bürgermeister angedeutet hat, der Verwaltung des Hauptfriedhofs, dem Stadtkirchenverbande, untersteht. Der Stadtkirchenrat hat sich auch gar nicht an uns gewandt, um uns auch nur gutachtlich zu hören, wie die Krieger geehrt werden sollen, er hat sich auch nicht um finanzielle Unterstützung an uns gewandt, sondern aus dem guten Herzen heraus soll die politische Gemeinde — vielleicht durch die Personeneinheit der Verwaltung der Gemeinde und des Friedhofs veranlaßt — diese Ehrung in die Wege leiten. Es ist schwierig, das technisch durchzuführen, da ja die Gesamtanlage schon gegeben ist, und ich glaube deshalb im Ausschuß zunächst dem Vorschlage insoweit widersprechen zu sollen, als es mir notwendig erschien, ein Ausschreiben zu veranstalten, um eine wirkungsvolle Gesamtanlage auch für den Schmuck der Einzelgräber zu beschaffen, die von künstlerischem Gesichtspunkte ausgeht.

Nach den Mitteilungen aber, die gestern berichtet wurden, die heute wiederholt sind, und die gestern besonders vom Herrn Oberbürgermeister gemacht sind, habe ich mich dahin beschieden, daß in dem Rahmen, wie der Stadtkirchenverband die Sache anzufassen gedenkt, wohl etwas Brauchbares, wenn auch nicht ungeheuer groß künstlerisches geleistet werden kann. Es gilt nicht, ein Denkmal zu schaffen, das durch seinen ungeheuren Wert die Anerkennung ausdrücken soll, oder ein Denkmal, das ganz besonders hochkünstlerisch durchgebildet ist. In all den Schriften über solche Ehrenfriedhöfe, wie denen des Dürerbundes oder denen von den Friedhofsleitern des Münchener Friedhofs, des Ohlendorfer Friedhofs in Hamburg, wird immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß für ein allgemeines Denkmal die Zeit und Stunde noch nicht gekommen ist, sondern darüber erst beraten und beschlossen werden kann, wenn — hoffentlich bald — der Friede über das Land gezogen ist und man das Gesamtergebnis vor Augen hat, auch die Kunst

vielleicht den Anforderungen der Stunde mehr gerecht werden kann, als es jetzt in diesen unruhigen Zeitläufen möglich ist. Es gilt heute lediglich, ein kleines äußeres Zeichen der Dankbarkeit anzubringen, und ich glaube, es wäre verfehlt, wenn wir nun den Gedanken des Herrn Kollegen Ribbentrop aufgriffen und die einzelnen schalten und walten ließen, wie es ihnen beliebt.

Ich verstehe wohl, daß es den einzelnen Familien sehr am Herzen liegen kann, das Grab des lieben Angehörigen, den es im Felde verloren hat, zu schmücken, ihm das Grab auszuschnücken zu einem Wallfahrtsort auch für seine engere Familie selber. Aber der Ehrenfriedhof ist nicht der Spielplatz für derartige individuelle Familienbetätigung. Er soll der Ausdruck sein der Ehrung der Gesamtheit der Krieger, die alle das Gleiche, ihr Höchstes, ihr Leben, dahingegeben haben für die, die wie wir in der Heimat hinter ihnen stehen. Und wie der Herr Major bei anderer Gelegenheit es ausgeführt hat, wie der Offizier mit seinen Soldaten im Leben gemeinschaftlich derselben Gefahr trogt, so soll auch, wenn der Unbezwinger Tod sie dahingerafft hat, wohin wir alle einmal kehren müssen, nicht der Unterschied der Klassen, des Geldbeutels und dergleichen wieder auftauchen. Dann soll nicht der eine sich mühen, möglichst eine seinen Gefühlen entsprechende Ehrung seinen Lieben zu geben, sondern es soll der Gesamtheit eine Ehrung von seiten der Gemeinde gegeben werden. Das würde gestört werden, wenn Sie den Zusatz des Herrn Major, so gut er gemeint sein mag, annehmen würden.

Es ist deshalb auch vom Herrn Oberbürgermeister im Ausschuß mitgeteilt, daß in der äußeren Ausgestaltung auch in dem Denkstein nicht abgewichen werden soll durch Anbringung eines Bibelspruches oder sonstiger Worte der Ehrung, die man dem Verstorbenen nachrufen möchte. Es soll das der Rückseite des Denksteins überlassen bleiben, so daß der einheitliche Ausdruck gewahrt bleibt. Diesen Gedanken, den der Stadtkirchenverband und die beratenden Künstler angenommen haben, halte ich für durchaus richtig und möchte dringend bitten, dem Antrage des Herrn Major nicht zuzustimmen. Wer sich dieser allgemeinen Ordnung nicht fügen will, lieber verzichten will auf die Ehrung, daß er einer von den Zahlreichen ist, die mit dazu beigetragen haben, die Heimat zu schützen, der muß sagen: Ich gehe abseits für mich, ich verzichte auf einen Platz im Ehrenfriedhof und will mir selber einen Tempel bauen. An uns liegt es, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, da dürfen keine Unterschiede zwischen den Beteiligten sein.

Über die Form des Steines, der gewählt ist, kann man streiten. Manchem scheint er nicht groß genug, nicht blank poliert und würdig genug. Ich glaube, darin liegt aber künstlerisch ein Vorzug, denn wir müssen daran denken, daß die Sache auf künstlerische Massenwirkung berechnet ist. Es soll ja kein künstlerischer Denkstein im einzelnen sein, sondern der Zusammenhang des Ehrenfriedhofs ist

es, dem wir als solchem Ausdruck verleihen wollen. Ich bitte, dem Ausschuß in dieser Sache zuzustimmen, aber nicht gleich die Bereitwilligkeit zu erklären, irgend welche Mittel zu bewilligen für ein später zu errichtendes Denkmal, sondern ich möchte den Ausdruck aufgreifen, den der Ausschußvorsitzende geprägt hat: Wir werden, sagen wir dem Magistrat als Antwort, schon mit uns reden lassen, wenn ihr nach dem Kriege mit einer Vorlage an uns herantreten werdet.

Stadtv. Ribbentrop: Ich habe zwar schon zweimal gesprochen, bitte aber doch, meinen Antrag noch begründen zu dürfen.

Stadtv. Rasche: Ich möchte folgendes dazu sagen: Es handelt sich um einen Ehrenfriedhof, wie es Herr Dr. Jasper schon in seinen weiteren Ausführungen zum Ausdruck gebracht hat, und da möchte ich befürworten, daß die geehrte Versammlung auch dem Nachjage zu der Vorlage, daß für diesen Ehrenfriedhof die Errichtung eines größeren Denkmals in Aussicht genommen wird, schon jetzt zustimmt. Es ist nötig, beiden Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen, damit die Sache einheitlich gehandhabt werden kann und die übrigen Anlagen, die ringsum kommen sollen, sich darnach einrichten lassen.

Daß die Steine mit den Kreuzen alle möglichst übereinstimmend sein sollen, halte ich für wichtig. Würde man das nicht tun, und es würde auf jedes Grab je nach dem Gefühl des einzelnen ein Grabstein errichtet werden, große und kleine, so würden wir einen Anblick erhalten, wie ihn jeder beliebige Ausschnitt auf dem Friedhofe auch gibt, und somit würde überhaupt keine besondere Wirkung mit der Anlage zu erzielen sein. Aus diesem Grunde möchte ich bitten, der Einheitlichkeit der Steine nach dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Ribbentrop: Selbstverständlich bin ich für die Bewilligung der Gelder für ein großes Denkmal wie auch für die kleinen Denksteine. Was aber das andere anbelangt, so kann ich von meinem Antrage nicht abgehen, daß niemand gezwungen werden soll, sich damit zufriedenzugeben, daß auch für seinen Angehörigen nur der Stein, wie er im allgemeinen gesetzt werden soll, in Frage kommen kann. Wenn er nicht von vornherein seine Zustimmung dazu gegeben hat, kann eine solche Forderung nicht aufrechterhalten werden; das geht meiner Ansicht nach gegen das Gefühl. Wenn Herr Dr. Jasper von Leuten mit größerem Geldbeutel spricht, so ist doch davon hier nicht die Rede, und solche Worte haben mich recht schmerzlich berührt; es kommt hier nur das Gefühl der Angehörigen zur Sprache. Es kann wohl sein, daß die Mutter des Gefallenen sagt: „Ich möchte gern, daß in der und der Weise meine Trauer auf dem Grabstein ausgedrückt wird“, und warum soll man dem nicht nachkommen? Es gibt sehr wohl

andere Gründe, warum für jemand, der im Felde gestorben ist, der Soldatenfriedhof nicht als Begräbnisplatz gewählt wird; es kann sein, daß davon abgesehen wird, weil er im Erbbegräbnis der Familie beigesetzt wird, und hundert andere Fälle mag es noch geben. Ich will nicht für die Reichen hier etwas Besonderes haben, sondern will, daß auch für den Armen in jeder Richtung gesorgt wird. Daß Sie aber den Ehrenfriedhof uniformieren wollen und die Denksteine setzen lassen wollen, ohne daß die Angehörigen dazu mitzusprechen haben, das will mir nicht in den Sinn, und deshalb bitte ich: Nehmen Sie meinen Antrag an!

Stadtv. Voelckigt: Ich möchte daran erinnern, wie Herr Dr. Jasper schon andeutete, daß uns gestern von Herrn Oberbürgermeister mitgeteilt ist, wie die Sache verlaufen ist. Es war zuerst geplant, diesen Ehrenfriedhof abgetrennt von unserem Hauptfriedhof anzulegen. Darauf ist man aber zu dem Entschluß gekommen, weil eine besondere Anlage auf dem großen Begräbnisplatze wirkungsvoller sein würde, das vorzuschlagen, was hier vorliegt. Ich kann mich wohl in die Empfindungen der einzelnen hineinfinden, von denen der eine ein großes Denkmal, der andere nur einen Rasenhügel haben will. Das ist aber eben die Bedingung für den Ehrenfriedhof, daß er einheitlich ausgestaltet werden muß. Wer dort begraben wird, wo wir den Ehrenfriedhof schaffen, muß sich den Bedingungen auch fügen. Ich kann es nicht verstehen, wenn Herr Kollege Ribbentrop sagt, das sei eine Uniformierung. Ich habe gestern Abbildungen gesehen, die Herr Dr. Jasper von einem Friedhof in München gezeigt hat. Die Denkmäler für die einzelnen Gräber waren statt Steine Kreuze, denn in katholischen Gegenden hat man anderen Grabschmuck als in unserer protestantischen Heimat, aber sie wirkten wunderschön. Sie sind auch nicht hintereinander wie die Soldaten aufgestellt, sondern wie vorhin vom Herrn Bürgermeister gesagt, in verschiedenen Höhenlagen angeordnet. Dann habe ich Bilder gesehen mit Laubgewinden abgedeckt, die sich auch wunderschön machten. Wir haben auf unserem Friedhofe den Beweis dafür, daß der Friedhofsinspektor Herr Heumann ein tüchtiger Mann ist; er hat in unserem Hauptfriedhofe eine Anlage geschaffen, die sich gewiß im Vergleich zu jeder Großstadt sehen lassen kann, und ich bin gewiß, daß er uns auch über den Ehrenfriedhof eine Vorlage unterbreiten wird, die ordnungsgemäß und sinnentsprechend eingerichtet ist. Ich möchte dringend bitten, nicht anzunehmen, daß die Gleichheit der Gräber durch einzelne gestört werden kann.

Stadtv. Sander: Auch ich halte den Antrag des Herrn Kollegen Ribbentrop für bedenklich. Es läßt sich, wenn dem Antrage Folge gegeben wird, nicht vermeiden, daß sich auch auf dem Ehrenfriedhof Klassenunterschiede wieder zeigen,

und das ist es gerade, was wir vermeiden wollen. Herr Kollege Jasper hat schon angeführt, daß der Vorteil unserer Idee der ist, daß darin die Kameradschaftlichkeit zum Ausdruck kommt, daß sich keiner über den anderen stellt, daß damit gezeigt wird, wie der Gemeine so gut seine Pflicht getan hat wie der Offizier, daß der eine ebenso vollwertig ist wie der andere. Daß diesem im Ehrenfriedhof Ausdruck gegeben wird, ist meiner Ansicht nach Hauptbedingung. Ich glaube nicht, daß die Angehörigen der hier schon Begrabenen sich sträuben werden, der Idee zu folgen, sondern auch ihnen wird es warm ums Herz werden, wenn sie von dem gleichmäßigen Schmuck hören, und sie werden mit Freuden dem zustimmen. Ich möchte bitten, ja nicht den Antrag Ribbentrop anzunehmen, sondern den der Kommission.

Stadtv. **Ribbentrop** zieht seinen Antrag zurück.

Die Versammlung erklärt sich in der Abstimmung mit der Aufstellung der Grabsteine einverstanden und bewilligt die dafür notwendig werdenden Kosten.

Vorsitzender: Es handelt sich noch um einen zweiten Punkt. Der Magistrat bittet, sich im Prinzip einverstanden zu erklären, daß jetzt ein Platz reserviert wird, auf dem später ein gemeinsames Denkmal für die auf dem Ehrenfriedhofe Begrabenen errichtet werden kann, und daß die Errichtung eines derartigen Denkmals schon jetzt ins Auge gefaßt wird. Das Nähere wird, wie schon gesagt, für später vorbehalten. Ich bitte die Herren, die im Prinzip damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

11. Erlaß eines Statuts über das Einsperren von Tauben.

Stadtv. **Meyerhoff:** Sie werden wissen, daß in der Landesgesetzgebung eine Verordnung über das Halten von Feldtauben existiert. Darnach dürfen Tauben nur gehalten werden von solchen, die mindestens 10 Morgen Grund und Boden besitzen, und je nach dem größeren Besitz darf auch die Zahl der gehaltenen Tauben wachsen. Diese Tauben dürfen zu gewissen Zeiten nicht zu Felde ziehen. Eine gleiche Bestimmung wird auch für die Stadt gewünscht. Der Magistrat schreibt deswegen: „Es muß dahin gestrebt werden, möglichst gute Ernten zu erzielen. Bei der Ausfaat können feldernde Tauben schädigend wirken. In Übereinstimmung mit den Vorständen aller hiesigen Feldmarksgemeinden halten wir es daher für zweckmäßig, das Einsperren der Tauben für die Dauer der diesjährigen Herbstbestellung anzuordnen. Dieses läßt sich nur durch Erlaß eines Statuts durchführen. Wir überreichen hiermit den Entwurf eines solchen mit dem Ersuchen, dem zuzustimmen.“

Eigentlich sollte die Bestimmung auch für die Zeit bis zum 15. Mai d. J. gelten, aber da übermorgen schon der 15. Mai anbricht, so ist von einer solchen Bestimmung Abstand genommen, und das Statut soll nur noch die Zeit der Herbstbestellung umfassen.

In § 1 des Statuts heißt es: „Die Besitzer oder Halter von Tauben haben diese in der Zeit vom 1. September bis 15. Oktober 1915 einzusperren.“

In § 2: „Militärbriestauben brauchen nur in den ersten zehn Tagen der festgesetzten Sperrzeiten eingesperrt zu werden.“

In § 3: „Zuwiderhandelnde werden, soweit nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine andere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 *M* oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.“

§ 4 lautet: „Die Gültigkeit dieses Statuts erlischt mit dem 31. Dezember 1915.“

Die Statutenkommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Stadtrat **Wagner**: Im § 2 müßte es jetzt, nachdem die Sperrzeit für das Frühjahr weggefallen ist, statt „Sperrzeiten“ heißen „Sperrzeit“.

Vorsitzender: Ist nicht der letzte Satz auch überflüssig? Es steht doch in den Paragraphen, daß nur für das Jahr 1915 die Bestimmung getroffen ist.

Stadtrat **Wagner**: Ich glaube, es würde sich ein eigentümliches Ergebnis zeigen, wenn man den Tag des Außerkrafttretens des Statuts nicht besonders festsetzt. Das Statut würde formell, ebenso wie jedes andere städtische Statut, immer weiter gelten, bis es außer Kraft gesetzt ist. Aber sachlich würde das Statut gegenstandslos sein, weil die Zeit nicht mehr zutrifft. Das Herzogliche Ministerium selber hat das Statut ausgearbeitet und an die Gemeinden geschickt, und so glaube ich, schadet es nicht, wenn wir die Schlußbestimmung stehenlassen.

Stadtv. **Steincke**: Ich möchte anfragen, ob es feststeht, in welchem Umfange diese Schädigung durch feldernde Tauben bewirkt wird. Die meisten Taubenbesitzer in der Stadt halten doch Kassetauben, die sich nicht weit vom Schlag entfernen. Ich bin allerdings nicht genau unterrichtet, aber ich kann mir nicht denken, daß durch sie den Feldern im Stadtgebiet ein großer Schaden entsteht.

Stadtrat **Wagner**: Es ist natürlich ungeheuer schwierig, statistisch zu erfassen, wieviel Körner bei der Frühjahrsbestellung und zu anderer Zeit von den feldern-

den Tauben aufgefressen werden. Wir haben uns bei unserem Vorschlage gestützt auf das übereinstimmende Gutachten der Vorstände der hiesigen sechs Feldmarksgemeinden, die sämtlich dringend befürwortet haben, gerade in dieser Saatzeit jedes Mittel zu ergreifen, die ausgesäten Körner zu erhalten, damit eine gute Ernte erzielt wird. Ob das eine große praktische Bedeutung hat, wissen wir nicht, möchten aber doch wenigstens den Versuch, hier zu helfen, nicht unterlassen.

Stadtv. **Frede:** Ich habe mit Interesse gehört, daß die Regierung diesem Statut nicht fernsteht, und möchte bei der Gelegenheit dem recht heißen Wunsche Ausdruck geben, daß die Regierung auch darüber aus sein möchte, eine Bestimmung zu erlassen, durch welche die enormen Schädigungen, die durch das Wild verursacht werden, hintangehalten werden. Diese sind jedenfalls bedeutend erheblicher als die Schäden, die durch Tauben veranlaßt werden. Man hört von Bauern aus vielen Gegenden darüber klagen, welche Schäden durch Wildschweine und durch die in diesem Jahre zu gering abgeschossenen Rehe und Hirsche erzeugt werden. Allerdings sind die Jagdpächter im Felde, aber gerade deswegen müßten andere Maßnahmen ergriffen werden. Es sind doch so viele Maßnahmen getroffen in der Richtung, daß die Volksernährung sichergestellt wird, da würde die von mir erwähnte Maßnahme eine sehr dankenswerte sein.

Stadtv. **Steincke:** Es war nicht meine Absicht, zu fragen, wieviel Körner von den Tauben aufgefressen worden sind. Das festzustellen, ist natürlich unmöglich. Aber wenn man einen derartigen Antrag einbringt, so müßte er doch einigermaßen begründet sein. Man hätte wenigstens ungefähre Feststellungen machen sollen, und wenn man die Gartenbesitzer fragte, dann mußte man doch auch die Taubenbesitzer fragen. Es kann für manchen Taubenbesitzer nicht einerlei sein, ob die Tauben sechs Wochen oder länger eingesperrt werden oder nicht. Besonders für die Briestaubenzucht ist es von Interesse, daß sie gerade jetzt tüchtige Tiere für den Krieg heranziehen können. Ich meine: Was dem einen recht ist, das ist dem andern billig. Es mag recht sein, daß man die Feldmarksinteressenten befragt hat, trotzdem sage ich: Man hätte auch die anderen Interessenten hören müssen. Wer über die Taubenzucht hier in der Stadt Bescheid weiß, der weiß auch, daß die meisten Taubenbesitzer edle Taubenrassen halten, die nicht ins Feld gehen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich wollte nur klarstellen, daß für die Briestauben nur eine zehntägige Festsetzung angeordnet ist, während die übrigen Tauben sechs Wochen festgehalten werden müssen. Damit ist der Briestaubenzucht entgegengekommen. Außerdem habe ich zu bemerken: Jetzt geht die Bestimmung nur auf

den Herbst, und im Oktober züchten die Besitzer keine Tauben mehr; das geschieht doch nur im Frühjahr.

Die Versammlung nimmt das vorgelegte Statut an.

12. Festlegung einer Fluchtlinie für das Grundstück Kastanienallee 32 und Abtretung einer Fläche daselbst.

Stadt v. **Trinks**: Vor dem Schaperschen Grundstücke an der Kastanienallee 33 soll an der straßenseitigen Grenze eine neue Einfriedigung hergerichtet werden. Auch das benachbarte Grundstück Nr. 32 gehört Herrn Schaper, und dieser hat nun den Wunsch, die Einfriedigung in gerader Linie auf das Grundstück Nr. 32 fortzusetzen. Das letztere springt aber gegenüber dem Grundstück Nr. 33 um ca. 10 cm zurück, so daß sich die gerade Linie für die Einfriedigung nicht ohne weiteres erhalten läßt, zu dem Zwecke vielmehr die Erwerbung einer Bodenfläche von etwa $\frac{1}{2}$ qm von der Stadt erforderlich ist. Der dahingehende Antrag des Herrn Schaper ist von der städtischen Bauverwaltung geprüft und befürwortet, allerdings mit dem Hinzufügen, daß es dann notwendig sein würde, eine neue Fluchtlinie festzusetzen, welche sich mit der Grenzlinie für das Statet deckt. Für die Straßenfluchtlinie sind zwei Möglichkeiten vorhanden: Einmal könnte man die Grundstücke Nr. 32 und 33 zusammenziehen und den Rücksprung der Fluchtlinie auf der Grenze zwischen diesen Häusern und dem Hause Nr. 31 eintreten lassen, oder aber man könnte von der Ecke der Rosenstraße an den vorspringenden Teil der hier liegenden Grundstücke beschneiden und die Fluchtlinie gerade durchführen. Der Stadtmagistrat hat sich für das letztere entschieden. Die Baukommission hat die Sache geprüft und empfiehlt den Antrag des Stadtmagistrats zur Annahme. Er lautet: sich mit der Festsetzung der vom städtischen Tiefbauamt unter Nr. 1 vorgeschlagenen Fluchtlinie einverstanden zu erklären, sowie — zustimmendenfalls — gutzuheißen, daß die auf der Planskizze der rechten Seite bezeichnete, zu 0,5 qm vermessene Grundfläche in Verkehr gesetzt und darnach an den Anlieger zum Preise von 7 M verkauft wird. — Ich gebe anheim, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Zustimmung wird erteilt.

13. Übernahme der vierten Schützbrücke am Eisenbütteler Wege.

Stadt v. **Meyerhoff**: An die Herren Stadtverordneten ist folgendes Ansprechen ergangen:

„Infolge der im Jahre 1910 durch die städtischen Körperschaften beschlossenen Übernahme des Eisenbütteler Weges sind der Stadtgemeinde vertrags-

gemäß seitens der Herzoglichen Baudirektion außer dem genannten Straßenzuge auch die drei bisher vom Staate unterhaltenen Schützbrücken überwiesen worden. Die vierte Brücke (das ist die erste Brücke von der Wolfenbütteler Straße her, die vor dem Heinrichshafen liegt) wurde von der Überweisung ausgeschlossen, weil sie auf Grund einer von der Herzoglichen Baudirektion mit der derzeitigen Herzoglichen Generaldirektion der Eisenbahnen getroffenen Vereinbarung vom 17. April 1869 von deren Rechtsnachfolgerin, der Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung, dauernd zu unterhalten ist. In dem zwischen der Herzoglichen Baudirektion und der Stadtgemeinde abgeschlossenen Übernahme-Vertrage haben wir uns ausbedungen, daß die der Herzoglichen Baudirektion aus der vorbezeichneten Vereinbarung erwachsenden Rechte gegen den preussischen Eisenbahnfiskus von der Übernahme des Straßenzuges ab an die Stadt abgetreten werden.

Es bedarf wohl keiner besonderen Begründung dafür, daß die Übernahme dieser vierten Brücke für die Stadt durchaus wünschenswert ist, und die Königlich Eisenbahndirektion Magdeburg, als Vertreterin des Königlich Preussischen Eisenbahnfiskus ist auch — vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Mittel — geneigt, für die Abtretung der dauernden Unterhaltungslast an die Stadt eine einmalige Abfindung von 11 000 *M* zu zahlen. Wir halten dieses Anerbieten für annehmbar und geben den geehrten Herren anheim,

dem Anerbieten ebenfalls zuzustimmen und uns zu ermächtigen, den Betrag von 11 000 *M* entweder dem Stammvermögen der Kammereikasse zuzuführen und zinsbar zu belegen, oder ihn zur verstärkten Tilgung der Schulden zu verwenden.“

Meine Herren. Der Kostenanschlag für die dereinst aufzuführende neue Brücke liegt hier vor. Die Brücke soll in Eisenbeton hergerichtet werden, ebenso die Schützeinrichtungen. Die Erbauung der Brücke würde ungefähr 24 000 *M* Kosten verursachen. Nach der Eytelweinschen Formel berechnet sich die Abfindungssumme für die Brücke folgendermaßen.

1. Ablösungskapital für den Neubau	7 601 <i>M</i> ,
2. Ablösungskapital für die laufende Unterhaltung	750 <i>M</i> ,
3. Ablösungskapital für die periodisch wiederkehrenden Instand- setzungsarbeiten der alten Holzbrücke bis zu deren Ab- gängigkeit	2 718 <i>M</i> ,
zusammen 11 069 <i>M</i> .	

Da die Eisenbahnbehörde gewillt ist, 11 000 *M* zu zahlen, so hat die Baukommission, die sich mit der Frage der Übernahme der Brücke beschäftigt hat, vorzuschlagen, bei der kleinen Differenz von 69 *M* das Anerbieten der Eisenbahnverwaltung anzunehmen und die Brücke für die Stadt zu übernehmen.

Vorsigender: Ich vermiße einen Antrag darüber, wo die Entschädigungssumme bleiben soll. Der Magistrat hat freigelassen, wie das Kapital verwendet werden soll.

Stadtv. Meyerhoff: In der Kommissionssitzung haben wir darüber mit dem Vertreter des Magistrats gesprochen und sind zu der Ansicht gekommen, daß es ganz gleich sein würde, ob die 11 000 *M* dem Stammvermögen der Kämmererkasse zugeführt und zinsbar belegt werden, oder ob sie zur verstärkten Tilgung der Schulden verwendet werden. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn man das Geld aus der linken Westentasche nimmt und es in die rechte steckt. Das kann uns gleichgültig sein, die Hauptsache ist doch, daß die Stadt die 11 000 *M* bekommt.

Die Versammlung stimmt der Übernahme der Brücke zu den genannten Bedingungen zu.

14. Verpachtung der städtischen Frauenbadeanstalt im Bürgerparke.

Stadtv. Dr. Jasper: Der bisherige Pächter unserer Frauenbadeanstalt, Herr Hartmann, ist auf dem Felde der Ehre gefallen, und infolgedessen ist der Pachtvertrag mit ihm erloschen. Der Magistrat hat sich nach einem anderen Pächter umgesehen und schlägt Ihnen vor, von neuem abzuschließen mit dem gegenwärtigen Schwimmlehrer im Residenzbade, Herrn Wasmus, der ja früher auch schon in der städtischen Frauenbadeanstalt tätig gewesen ist. Die Pachtbedingungen sollen dieselben sein, wie sie früher bei Herrn Hartmann gewesen sind. Irgendwelche Klagen über die Person des Herrn Wasmus aus seiner früheren Tätigkeit sind dem Finanzausschuß nicht bekannt. Wir empfehlen deshalb mit dem Stadtmagistrat, die Frauenbadeanstalt an Herrn Wasmus für jährlich 2000 *M* zu verpachten, immer um ein Jahr verlängert, wenn nicht von einer Seite gekündigt wird, und auch die sonstigen Bedingungen aufrechterhalten.

Der Verpachtung nach dem Magistratsantrage wird zugestimmt.

15. Erweiterung des hauswirtschaftlichen Unterrichts an der Mädchen-Fortbildungsschule.

Stadtv. Frede: Der Schulvorstand der städtischen Mädchen-Fortbildungsschule hat dem Magistrat mitgeteilt, daß die Anmeldungen für die verschiedenen Unterrichtszweige und besonders für den hauswirtschaftlichen Unterricht außerordentlich zahlreich in diesem Winterhalbjahre und auch jetzt wieder eingelaufen sind. Es ist das vermutlich eine Folge des Krieges, der den Wert der hauswirtschaftlichen Ausbildung den Leuten deutlicher vor Augen geführt hat. Infolge

des stärkeren Besuchs sind besondere Aufwendungen nötig, sowohl für die Vermehrung der Stunden in den verschiedenen Fächern, als auch für Neuanstellung einiger Hauswirtschaftslehrerinnen. Die Aufwendungen hierfür betragen 3750 *M*, und sie vergrößern sich noch um 100 *M* durch die nötig gewordene Anschaffung eines Schrankes für Aufbewahrung der Garderobe der Schülerinnen. Es handelt sich also um einen Aufwand von 3850 *M*, welchen zu bewilligen die Schulkommission Ihnen hiermit vorschlägt. Der Gesamteffekt der Ausgabe wird nicht so groß sein, denn dieser Mehrausgabe steht auch eine Mehreinnahme an Schulgeld für die vermehrte Schülerinnenzahl gegenüber, die Herr Stadtrat von Frankenberg mit 760 *M* veranschlagt.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte den Worten des Herrn Berichterstatters noch hinzufügen, daß es sich bei der Mitteilung über die höhere Schulgeldeinnahme nur um einen Griff unsererseits handeln kann. Es ist mit der Summe für voll zahlende Schülerinnen gerechnet. Sollten ihre häuslichen Verhältnisse es erwünscht erscheinen lassen, daß der Schulvorstand in bezug auf das Schulgeld Zugeständnisse macht, so wird er in dieser Kriegszeit gern bereit sein, in dieser Hinsicht weiter zu gehen, als sonst üblich gewesen ist. Ich bin überzeugt, daß die geehrten Herren damit einverstanden sein werden, wenn infolge der häuslichen Verhältnisse das Schulgeld in einer größeren Zahl von Fällen ermäßigt oder erlassen werden wird.

Die Versammlung stimmt der Erweiterung zu und bewilligt die angeforderten Mittel.

16. Bewilligung einer besonderen Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund.

Stadtv. Munte: Der Arbeiter-Samariterbund hat sich an den Magistrat gewandt mit der Bitte, man möchte ihm für 35 Personen Schutzkleidung für den Samariterdienst zur Verfügung stellen. Der Arbeiter-Samariterbund hat schon vor längerer Zeit für 30 Samariter Schutzkleidung bekommen, es ist aber durch Einforderung des Landsturms und anderer gedienter Mannschaften eine große Zahl seiner Mitglieder ins Feld gerückt, und so hat man für Ersatz Sorge tragen müssen. Der Aufruf, den der Bund deswegen hat ergehen lassen, hat erfreulicherweise gezeitigt, daß sich 35 Personen neu gemeldet und den Samariterkursus durchgemacht haben. Es soll nun für diese Personen, die sich bei der Überführung der Verwundeten in die Krankenhäuser betätigen, Schutzkleidung angeschafft werden, was für jeden einzelnen 21 *M*, im ganzen also 735 *M* Kosten verursacht. Die Mittel hierzu sollen aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen genommen werden. Bei der Besprechung der Vorlage in der Finanzkommission

ist man zu dem Entschluß gekommen, der Vollversammlung vorzuschlagen, den Antrag gutzuheißen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich über den Rechnungsabluß der Wohlfahrtskasse erwähnen, daß er günstig ist. Die Haupteinnahme fließt der Kasse zu aus der Abgabe für Hunde. Diese war zu 38 000 *M* veranschlagt und hat 47 000 *M* eingebracht. Die Hundesteuer ist also, trotzdem sie auf 20 *M* erhöht worden ist, noch nicht so hoch, daß deswegen die Hunde abgeschafft werden. Das Erfreuliche dabei ist, daß noch 4660 *M* aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen verfügbar sind, während im vorigen Jahre der überschuß nur 130 *M* betrug. Es würde also das Geld für Bewilligung der Beihilfe zur Verfügung stehen.

Die Beihilfe wird bewilligt.

17. Änderung des Bauprogramms für das früher Bornemannsche Grundstück an der Maschstraße.

Stadtv. Rasche: In der Sitzung vom 3. Dezember v. Js. sind die Kosten für Herrichtung des früher Bornemannschen Hauses zu Schulzwecken bewilligt worden. Es war in dem seinerzeit vorgelegten Kostenanschlag vorgesehen, daß die alte Zentralheizung in dem Hause verbleiben sollte. Nun hat sich aber bei dem Umbau des Hauses herausgestellt, daß die Rohrleitungen der Warmwasserheizung im Innern mit einem starken Ansatze von Wasserstein und Rost behaftet sind, deshalb zum größten Teile erneuert werden müßten, wofür die Kosten ziemlich beträchtlich sein würden. Es wird deshalb jetzt vorgeschlagen, die alte Heizung ganz zu beseitigen und zur Erwärmung der Wohnräume Öfen aufzustellen. Es sind dafür einige Öfen vorhanden, die in dem abzubrechenden Schuldienerhause stehen. Zwei weitere Öfen müßten neu beschafft werden, deren Kosten sich aus dem Erlöse für die alten Rohrleitungen decken lassen. Der Warmwasserkessel selbst soll für spätere Zwecke aufbewahrt werden. Der Magistrat gibt anheim, der vorgeschlagenen Umänderung des Bauprogramms zuzustimmen. Nach Prüfung der Angelegenheit gibt die Baukommission anheim, dem Magistratsvorschlage stattzugeben.

Der Änderung des Bauprogramms wird zugestimmt.

18. Bewilligung von Mitteln für die Herrichtung von Rettungsinselfn auf dem Friedrich-Wilhelms-Platze.

Stadtv. Sander: Meine Herren. Sie werden alle schon diese Neuerung auf dem Friedrich-Wilhelms-Platze, diese sogenannten Rettungsinselfn, gesehen haben und werden sich gesagt haben, daß damit etwas durchaus Praktisches her-

gerichtet ist. Die Anlage ist jetzt erst als Provisorium hergestellt, da sich die Herzogliche Polizeidirektion erst überzeugen will, ob dadurch keine Verkehrsstörungen hervorgerufen werden. Ich bin der festen Überzeugung, daß die genannte Behörde die Ansicht gewinnen wird, daß durch die Rettungsinselfn der Verkehr auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz durchaus nicht gefährdet wird, sondern in besonders gute und regelrechte Bahnen gelenkt wird. Die Kosten für diese provisorische Herrichtung waren auf 480 *M* veranschlagt; es sind tatsächlich 472,80 *M* dafür verausgabt. Die Baukommission, die sich von der Nützlichkeit der Anlage überzeugt hat, gibt Ihnen anheim, diese Summe zu bewilligen, und zwar zu Lasten des Kap. X des ordentlichen Etats pro 1914/15.

Stadtv. Selle: Ich möchte bei dieser Gelegenheit der Erwägung anheimgeben, die Rettungsinself, die nach dem Bankplatz zu liegt, in der gleichen Länge herzustellen wie die andere, die jetzt noch länger ist. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß daraus Schwierigkeiten für den Verkehr entstehen würden.

Bürgermeister Meyer: Der Antrag, der der Ausführung der Rettungsinselfn zugrunde liegt, ist von den Stadtverordneten ausgegangen. Darnach sollten zwei Rettungsinselfn in gleichem Umfange angelegt werden. Die Herzogliche Polizeidirektion hat aber Bedenken getragen, ihrerseits zuzustimmen, daß die nach der Westseite zu gelegene Inself die gleiche Ausdehnung bekommt, wie die andere. Danach mußten wir uns bescheiden und konnten solches auch um so unbedenklicher, als durch die inzwischen zur Ausführung gelangte Anlage die angestrebte Regelung des Wagenverkehrs auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz nahezu vollständig erreicht ist. Sollte sich die Anlage als ungenügend erweisen, so kann sie später ergänzt werden.

Stadtv. Sander: Die Frage, die Herr Stadtv. Selle erwähnte, ist auch in der Baukommission in Erwägung gezogen. Es war dort die Meinung vorherrschend, daß es im Interesse des Verkehrs läge, wenn auch diese zweite Inself ausgebaut würde. Wir müssen uns aber, wie der Herr Bürgermeister eben schon sagte, solange bescheiden, bis das von der Polizeidirektion als zweckmäßig anerkannt wird. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß der Plan über die beiden Rettungsinselfn hier ausgehängt ist, und daß auch der Gang des Verkehrs dort eingezeichnet ist. Darnach würde, wenn beide Rettungsinselfn in gleicher Länge ausgebaut werden, der Verkehr keineswegs erschwert werden. Die einzige Änderung, die noch vorzunehmen wäre, würde die sein, daß der Stand der Automobile etwas zurückgelegt werden müßte. Dann aber würde, wie ich glaube, der Verkehr

noch mehr in regelrechte Bahnen gezwungen werden. Aber wie gesagt, wir wollen uns erst einmal freuen, wenn die jetzige Anlage die Zustimmung der Polizeidirektion findet und sie in endgültiger Weise ausgeführt werden kann.

Stadtv. Buess: Es würde sich empfehlen, dafür Sorge zu tragen, daß der Mast von dem Platze, wo die Haltestelle der Linie 3 ist, entfernt würde, da durch ihn unbedingt eine Hemmung des Verkehrs vom Bruchtorwall zum Kalenwall hervorgerufen wird, denn der Fahrweg als solcher ist zu schmal.

Die Mittel für die provisorische Ausführung der Rettungsinjeln werden bewilligt.

Vorsitzender: Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden in der vertraulichen Sitzung behandelt werden. Es liegen aber noch einige Sachen vor, die wir noch erledigen können, wenn sich kein Widerspruch erhebt. Zunächst die Kanalisierung der Pfingststraße, die schon in der Baukommission vorberaten ist.

19. Kanalisierung der Pfingststraße.

Stadtv. Busch: Seitens der Anlieger der Pfingststraße ist an den Magistrat das Ersuchen ergangen, die Straße zu kanalisieren. Die Dringlichkeit des Antrages wird damit begründet, daß die Straße auf keiner Seite Abfluß des Wassers hat. Durch die vorgenommene Pflasterung sind die Grundstücke zum Teil gegen die Höhe der Straße so niedrig zu liegen gekommen, daß bei anhaltendem Regenwetter die Keller wochenlang unter Wasser stehen und die nicht unterkellerten Wohngebäude durch eine immer weiter um sich greifende Feuchtigkeit unbewohnbar sind und an Wert leiden. Der Magistrat hat das städtische Tiefbauamt in der Sache gehört und von jener Seite erfahren, daß die Zustände auf die Dauer unhaltbar sind; er empfiehlt deshalb, die Kanalisierung der Pfingststraße vornehmen zu lassen. Es ist dafür ein provisorischer Plan ausgearbeitet, wonach die Kosten zu 7500 M veranschlagt sind. Die Straße ist von etwa 100 Menschen bewohnt; dazu kommt, daß eine ziemlich bedeutende Fabrik, die von Oppermann und Deichmann, an der Straße liegt.

Der Magistrat ersucht, der Kanalisierung der Straße zuzustimmen, und die zu 7500 M geschätzten Kosten zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse zu verwilligen. Die Baukommission hat sich gestern mit dieser Sache eingehend befaßt und empfiehlt Ihnen durch mich Annahme der Vorlage.

Die Kanalisierung wird beschlossen, und die Mittel werden bewilligt.

20. Wahl der Deputation zur Prüfung der Frage über die Einführung der Sonntagsruhe.

Vorsitzender: Ich möchte sodann vorschlagen, den in der vorigen Versammlung zurückgesetzten Punkt der Wahl einer Deputation zur Prüfung der Frage der Sonntagsruhe zu erledigen. Die Herren werden sich erinnern, daß bei der Wahl dieser Deputation eine Differenz sich erhob. Nach dem Bericht des Herrn Berichterstatters sollten in dieser Kommission bisher die Herren Frede, Munte, Ohlendorf und Voge gewesen sein, und es war beantragt, diese Herren wiederzuwählen. Darauf wurde von Herrn Helle zur Sprache gebracht, daß auch er in diese Deputation gewählt sei, und da das in der Sitzung nicht sofort aufgeklärt werden konnte, wurde diese Wahl zurückgestellt. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß allerdings auch Herr Helle zu dieser Deputation gehört, außerdem aber auch noch Herr Diedmann. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, möchte ich die Sache jetzt zur Beratung stellen und dem Herrn Berichterstatter Schön das Wort erteilen.

Stadtv. Schön: Ich habe dem vom Herrn Vorsitzenden Vorgetragenen nicht mehr viel hinzuzufügen. Es ist einfach ein Fehler vorgekommen, indem nach den Unterlagen, die mir zu Gebote standen, in der Vorschlagsliste die beiden Herren nicht genannt waren, sondern nur die vier vorhin genannten Herren. Es wurden, nachdem sich Herr Kollege Helle gemeldet hatte, Erhebungen angestellt, und dabei hat sich gezeigt, daß nicht nur Herr Helle, sondern auch Herr Diedmann der Kommission angehörte. Tatbestand ist, daß am 18. Juni vorigen Jahres auch noch die Herren Helle und Diedmann in die Kommission gewählt sind. Es liegt im Sinne unseres ganzen Wahlvorgehens, daß wir es in unserem Wahlvorschlage bei dem alten Bestande gelassen haben würden, wenn der Fehler nicht gemacht worden wäre, daher also die Wiederwahl der Herren Frede, Munte, Ohlendorf, Voge, Helle, und Diedmann empfohlen hätten. Das ist der Antrag, den die Wahlkommission damals der Versammlung unterbreitet haben würde und der auch jetzt sinngemäß gestellt wird.

Stadtv. Dr. Jasper: Es ist doch gut, daß wir gründliche Ermittlungen haben anstellen lassen, um ein sehr schätzbares Mitglied des Ausschusses wie Herrn Diedmann nicht zu vermissen. Denn nicht nur die Verstärkung der Deputation durch Herrn Helle ist schätzenswert, sondern auch Herr Diedmann muß vordem die Sache ebenso gründlich im Ausschuß behandelt haben, wie die Nachforschungen nach seiner Tätigkeit gewesen sind.

Da der Ausschuß dazu bestimmt ist, die Frage der Sonntagsruhe zu bearbeiten, so möchte ich noch einmal hören, wie der Ausschuß — er wird ja wohl einen Obmann gewählt haben — seine Tätigkeit während der Kriegszeit aufzunehmen gedenkt. Es sind aus den beteiligten Kreisen gerade in den letzten Wochen bei dem schönen Wetter, das die Leute ins Freie lockt, die Wünsche wieder lauter geworden als sonst, daß die Sonntagsruhe auch in Braunschweig möglichst durchgeführt werden möge, und zwar besonders aus dem Grunde, weil die geschäftliche Inanspruchnahme der Verkäufer nicht so groß ist, daß die Sonntagsruhe ohne weiteres den Geschäftsgang zum Nachteile der Geschäftsinhaber erheblich beeinträchtigen würde. Da die durch den Krieg benachteiligten Betriebe schon mit beschränkter Geschäftszeit arbeiten, so würde es vielleicht sachgemäß sein, in Erwägung zu ziehen, daß von dem Ausschuß ernsthaft jetzt in Angriff genommen wird, die Frage der Sonntagsruhe in der einen oder anderen Weise zu regeln, und daß besonders die Inhaber der Ladengeschäfte, die sich bisher schon dafür ausgesprochen haben, daß die Sonntagsruhe eingeführt wird, dem Beispiele der Banken und einiger Ladengeschäfte folgen und freiwillig die Sonntagsruhe einführen.

Vorsitzender: Die Anregung des Herrn Dr. Jasper gehört wohl nicht streng zur Sache, aber es wird nichts dagegen einzuwenden sein, wenn hier darüber Auskunft gegeben werden soll.

Stadtrat Wagner: Es ist mir nicht genau erinnerlich, aus welchem Grunde die Sache an den Ausschuß verwiesen ist. Wenn ich nicht irre, lag die Sache so: Nachdem der Magistrat eine Vorlage über die Sonntagsruhe den geehrten Herren unterbreitet hatte, traten bei der Beratung in der Stadtverordnetenversammlung starke Bedenken dagegen auf, wahrscheinlich auf Betreiben der beteiligten Kaufleute hin, so daß dann die Sache wieder abgesetzt wurde. Das war ziemlich kurz vor Ausbruch des Krieges, und während der Zeit des Krieges sind wir allerdings infolge unseres verminderten Personalbestandes dermaßen mit wichtigen Sachen belastet gewesen, daß es vollständig ausgeschlossen war, uns dieser Frage zu widmen. Ich kann auch nicht denken, daß jetzt während des Krieges diese Frage der Sonntagsruhe erledigt werden muß. Ich möchte dringend bitten, unsere Belastung nicht dadurch zu vermehren, daß die Erledigung dieser Angelegenheit unserer Arbeit noch hinzugefügt wird.

Vorsitzender: Ich frage, ob die Herren einverstanden sind, daß die genannten sechs Mitglieder der Deputation aufs neue gewählt werden. Wenn sich

kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Wahl hiermit vollzogen ist. (Widerspruch erhebt sich nicht.)

21. Antrag Frede auf Bewilligung von Mitteln zur Speisung bedürftiger Schulkinder.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 22.

Stadtv. Frede: (zur Begründung): Der Antrag darf nicht den Anschein erwecken, als wenn bis jetzt in der Angelegenheit noch nichts geschehen sei; im Gegenteil, es ist darin sehr viel geschehen. In den Schulküchen an der Bürgerstraße, an der Pestalozzistraße, im Krusenbergschen Grundstück, im Gemeindehause an der Schöppenstedterstraße und in der Kaffeetwete erscheinen Schulkinder und bekommen dort warmes Essen. Aber wenn auch schon größtenteils in dieser Hinsicht Hilfe gebracht ist, so ist doch noch nicht vollständig allen Bedürfnissen Rechnung getragen. Versetzen Sie sich an die Stelle eines Schülers, der den ganzen Tag, womöglich die ganze Woche — und solche Fälle kommen vor — nicht einmal warmes Essen bekommt, weil die Mutter auf Arbeit geht und erst spät nach Hause kommt, und so der Junge sich nur von Brot ernähren muß. Ist es da nicht dringend erwünscht, daß ihm Gelegenheit gegeben wird, einmal am Tage warm essen zu können? Der Junge kann nicht einsehen, warum der und der von seinen Kameraden zum Essen geschickt wird und er nicht. Ja, die Eltern, die zur Verfügung stehen, reichen nicht aus, und deshalb möchte ich Sie bitten, daß Sie aus Menschenfreundlichkeit auch diese Kinder in die Lage setzen, warmes Essen zu bekommen. Es ist auch nicht allein die Menschenfreundlichkeit, die uns dazu bewegen soll, sondern auch das Interesse an dem Wohlergehen unseres Volkes. Wenn wir, wie wir es heute getan haben, Mittel für die Säuglingspflege bewilligen und dafür sorgen wollen, daß die kleinen Erdbürger möglichst gesund in die Höhe kommen, so wollen wir, wie ich glaube, auch gern dafür Sorge tragen, daß nicht hier und da ein Rückschlag erzeugt wird, indem durch nicht genügende Ernährung das Vorwärtkommen der Kinder notleidet.

Ich habe den Antrag nicht von anderen Herren Stadtverordneten zur Unterstützung unterzeichnen lassen, da ich voraussetzen darf, daß Sie alle mit dafür eintreten werden.

Der **Vorsigende** stellt die Unterstützungsfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt.

Vorsigender: Es wird angeregt, den Antrag einer Kommission zu überweisen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte sehr bitten, die Sache in der üblichen Weise zu erledigen, so sehr auch eine Beschleunigung angebracht erscheinen mag. Der Magistrat legt Wert darauf, mit den Herren vor der endgültigen Entscheidung zu besprechen, wie die Sache ins Leben gerufen werden soll.

Stadtv. Frede: Ich habe nicht die Absicht, den Antrag als einen dringlich zu behandelnden zu bezeichnen. Es müssen doch erst Erhebungen, z. B. in den Schulen, veranstaltet werden, wieviel Kinder in Frage kommen, damit wir erkennen, was für ein Bild sich darnach ergibt. Es geht deshalb wohl nicht, daß wir die Sache heute hier erledigen.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

22. Anfrage Roeschigt über die Ausarbeitung des Stadtbebauungsplans.

Wortlaut der Anfrage: „Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, wie weit die Arbeiten des Herrn Göcke, Charlottenburg, betreffs Ausarbeitung des Stadtbebauungsplanes vorgeschritten sind?“

Stadtv. Roeschigt (zur Begründung): Eine große Begründung der Anfrage ist wohl nicht nötig. Das Interesse, das die Öffentlichkeit für die Ausarbeitung des Stadtbebauungsplanes hat, erheischt es, daß, wenn möglich, eine Mitteilung vom Magistratsstische erfolgt, wie weit die Sache gediehen ist.

Stadtbaurat Gebensleben: Nachdem mir der Vorsitz in der Ortsbauplandeputation übertragen ist, bin ich in der Lage, Ihnen Aufschluß über diese Frage zu geben.

Meine Herren, Sie wissen, daß vor längerer Zeit Herr Geheimrat Göcke die Ausarbeitung eines Ortsbauplans für die Stadt Braunschweig übernommen hat. Das ist geschehen im Oktober 1913. Es ist wohl selbstverständlich, daß Herr Geheimrat Göcke erst geraume Zeit nötig hatte, um sich genau mit dem Material vertraut zu machen. Nachdem er die entsprechenden Vorschläge prinzipiell ausgearbeitet hatte, ist er im Juni vergangenen Jahres hier gewesen und hat einen längeren Vortrag in der Ortsbauplandeputation gehalten und den Herren dort erläutert, in welcher Weise er sich im Prinzip die Bearbeitung gedacht hat. Wie alles übrige, ist auch die Bearbeitung des Stadtbebauungsplans durch den inzwischen ausgebrochenen Krieg verzögert. Es mußten außerdem eine Anzahl von Übersichtsplänen, Verkehrsplänen und dergleichen hier bearbeitet werden. Nachdem diese dem Herrn Geheimrat Göcke inzwischen zugesandt sind, hat er uns

vor ein paar Wochen — im April — verschiedene ausgearbeitete Pläne, die sich in der Hauptsache auf die Bebauung der Innenstadt beziehen, zugesandt und eine umfangreiche Denkschrift verfaßt. Dieser Denkschrift hat er ferner einige Übersichtspläne, die über die Bearbeitung genaueren Aufschluß geben, beigelegt. Er hat empfohlen, daß demnächst eine Sitzung der Ortsbauplandeputation stattfinden möge, und hat in Aussicht gestellt, daß er dabei den Inhalt der Denkschrift an der Hand von weiteren Plänen erläutern wolle.

Weiter kann ich Ihnen augenblicklich nichts mitteilen. Jedenfalls werde ich als Vorsitzender der Deputation sobald als irgend möglich — die Neuwahl der Deputationsmitglieder hat ja vor kurzer Zeit erst stattgefunden — die Herren zusammenberufen, und dann werden wir uns in die eigentliche Arbeit im einzelnen hineinstürzen. Ich hoffe, daß wir in möglichst kurzer Zeit zu Vorschlägen kommen werden, die selbstverständlich der geehrten Versammlung zur gegebenen Zeit zur Genehmigung unterbreitet werden.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis kurz nach 7 Uhr.

1915/1916.

Nr. 3.

Bericht
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 24. Juni 1915.

Tagesordnung:

- | | |
|---|----------|
| 1. Antrag Frede auf Bewilligung von Mitteln zur Speisung bedürftiger Schulkinder | Seite 74 |
| 2. Instandsetzung der Schöppenstedterstraße und der Gildenklinken | " 80 |
| 3. Anschluß des Grundstücks der Braunschweiger Roggenmühle an das städtische Wasserrohr in der Hilbesheimerstraße | " 81 |
| 4. Einsprache einer Grundstückseigentümerin am Wohlweg gegen den geplanten Rathausanbau | " 82 |
| 5. Änderungen und Erweiterungen an den Gleisanlagen der Straßeneisenbahn | " 83 |
| 6. Ausbau der Freytagstraße | " 89 |
| 7. Zuschuß an die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung aus Mitteln der Fädelstiftung | " 99 |
| 8. Ankauf einer Sammlung ausgestopfter Vögel | " 100 |
| 9. Vermietung der Wohnungen im Hause hinter der Magnifikirche 1 | " 102 |
| 10. Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke | " 103 |
| 11. Anfrage Bauer wegen Aufstellung von eroberten feindlichen Geschützen in der Stadt | " 104 |
| 12. Anfrage Steinecke über event. Ankauf des literarischen Nachlasses des Rechtsanwalts Dr. Lopp | " 106 |
-

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Ketemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtv. **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, Dr. **Voge**, **Weichsel**, Dr. **Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Bues**, **Göde**, **Gundermann**, **Munte**, **Ohlendorf**, **Trinks**.

Vorsitzender **Hartung**: Ich eröffne die Sitzung.

Außer den schon bislang durch ihre Einberufung zum Heeresdienste als entschuldigt geltenden Herren fehlen heute die Herren Stadtv. **Schmidt** und **Ribbentrop**, die beide eingezogen sind, der letztere als Etappenverwalter nach dem Osten. Ferner haben sich entschuldigt die Herren **Munte**, **Gundermann**, **Trinks**, **Göde** und **Ohlendorf**.

Eingegangen ist ein Schreiben des Stadtmagistrats, des Inhalts, daß die Eingabe des Direktors des Parkhotels, Café Vüd, Herrn Kalms, betreffend eine Beschwerde über ein Magistratsmitglied, dadurch erledigt sei, daß Herr Kalms zu Protokoll vom 21. Mai seine Beschwerde zurückgezogen hat.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben des Vereins Braunschweiger Gastwirte, betreffend Beihilfe zu seiner Fortbildungsschule. Es ist ein gleiches Schreiben an den Magistrat gerichtet, die Sache wird daher von uns einstweilen zurückzulegen sein.

Ich muß ferner noch folgendes berichtend bemerken. Zum Schluß der vorigen Sitzung hatte ich auf eine Anfrage des Herrn Dr. Jasper erklärt, ich hätte eine Eingabe des Verkehrsvereins um deswillen zurückgelegt, weil eine gleiche Eingabe an den Stadtmagistrat eingegangen wäre. Es war schon von Herrn Dr. Jasper in der Versammlung darauf hingewiesen, daß das ein Irrtum von mir wäre, und ich muß das zugestehen. Es handelte sich in der vorigen Sitzung um zwei Eingaben, eine vom Bürgerverein und eine vom Verkehrsverein, beide betr. die Einschränkungen des Betriebes der Straßenbahn. Ich habe mich insofern geirrt, als ich annahm, daß diese Eingabe des Verkehrsvereins vom Magistrat noch nicht erledigt sei, während in Wirklichkeit die Sache so liegt, daß die Eingabe des Bürgervereins noch beim Magistrat liegt und die Eingabe des Verkehrsvereins vom Magistrat abgelehnt ist. Es wird nunmehr, nachdem die Stellungnahme des Stadtmagistrats zu der Eingabe des Verkehrsvereins ergangen ist, meinerseits diese Eingabe unserer Kommission überwiesen.

Ferner ist eingegangen eine Anfrage des Herrn Lauer folgenden Wortlauts:

„Ist der Stadtmagistrat geneigt, geeignete Schritte an zuständiger Stelle (Generalkommando) zu unternehmen, damit wie in anderen Städten auch in der Residenzstadt Braunschweig eine entsprechende Anzahl der verschiedenen eroberten feindlichen Geschütze, event. leihweise, als Zeichen des tapferen Verhaltens der Söhne des Herzogtums auf den mit Blut getränkten Gefilden unserer Feinde, zur Aufstellung gelangt?“

Ich werde Herrn Lauer nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit geben, seine Anfrage zu begründen.

Stadtv. Steinede: Ich möchte den Magistrat bitten, alle Eingaben, die an die Stadtverordneten gerichtet werden, künftig in der ihrem Eingang folgenden Sitzung zu verlesen; die Stadtverordneten erhalten sonst nicht Kenntnis von Briefen, die an sie gerichtet sind.

Vorsitzender: Es ist das eine Angelegenheit, die zur Geschäftsordnung gehört, und es wird auch nichts entgegenstehen, daß wir die Sache behandeln. Der Anregung zu folgen, wird aber eine eigene Sache sein, denn diese Eingaben sind häufig mehrere Bogen lang. Wenn es ein kurzes, einfaches Schreiben ist, wird das Schreiben auch meist ohne weiteres in seinem Wortlaut verlesen. Daß aber alle eingegangenen Schreiben hier im Wortlaut vorgelesen werden sollten, könnte eine weitläufige Sache werden.

Stadtv. Loeßhigt: Auch ich halte es für bedenklich, zu beschließen, das in Zukunft so zu halten. Es könnte sich dabei auch um Sachen handeln, deren Mitteilung in der Öffentlichkeit nicht angebracht ist.

Stadtv. Steinede: Meine Anregung gründet sich darauf, daß mehrere Eingaben an die Stadtverordnetenversammlung ergangen sind und, soweit ich weiß, eine auch schon erledigt ist, wir aber gar keine Kenntnis von dem Inhalt der Eingabe erhalten haben. Wir haben doch ein Interesse daran, Briefe, die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet werden, ihrem Inhalt nach kennen zu lernen.

Vorsitzender: Ich glaube, daß unter diesen Umständen — da Herr Steinede auf seiner Anregung besteht — ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag gestellt werden muß, damit die Sache erledigt werden kann. Was Herr Steinede verlangt, führt dahin, in die bisherige Geschäftsordnung einzugreifen. Bisher war

die Handhabung so, daß der Vorsitzende die Eingabe einfach an die betreffenden Kommissionen überwies oder sie zu den Akten genommen hat. Wird dieser Geschäftsgang nicht mehr gebilligt werden, so würde er dadurch wesentlich verwickelter gemacht und verlangsamt werden. Ich gebe Herrn Steinede anheim, einen entsprechenden Antrag zu stellen, augenblicklich, glaube ich, müssen wir mit dem Thema abbrechen.

1. Antrag Frede auf Bewilligung von Mitteln zur Speisung bedürftiger Schulkinder.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Meine Herren! In der letzten Sitzung hat Kollege Frede den Antrag gestellt: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die Kriegszeit Mittel zur Speisung derjenigen armen Schulkinder zur Verfügung zu stellen, die tagsüber kein warmes Essen bekommen.“ Der Finanzausschuß, dem der Herr Vorsitzende diesen Antrag zur Vorberatung überwiesen hat, ist in seiner Beratung, um das vorweg zu bemerken, zu einer dem Antragsteller durchaus entgegenkommenden Entschließung gelangt.

Der Finanzausschuß hat zunächst die Frage geprüft, ob ein Bedürfnis vorhanden sei, in der Richtung des Antrages städtischerseits vorzugehen. Es mußte zu dem Zwecke in erster Linie erörtert werden, in welchem Umfange gegenwärtig den Schulkindern — nur auf diese bezieht sich ja der Antrag des Herrn Kollegen Frede — Speise gegeben wird, und zwar bedarf auch hier der Antrag einer einengenden Auslegung. Es ist nicht die Rede von der Gewährung des ersten und zweiten Frühstück, sondern von der Gewährung warmen Mittagessens. Hierauf zielt Herr Kollege Frede mit seinem Antrage ab, wie wir aus seinem Einverständnis im Finanzausschuß festgestellt haben. Nach der Sitzung des Finanzausschusses ist ein Bericht der städtischen Schulverwaltung in der Presse veröffentlicht, der kurz zusammenfaßt, was gegenwärtig den Schulkindern an Speise bereits gewährt wird, und ich darf vielleicht eine kurze Stelle aus dem Bericht verlesen, um den geehrten Herren in Erinnerung zu rufen, was auf diesem Gebiet gegenwärtig geschieht.

„Wie in den Vorjahren wurde im Schuljahre 1914/15 eine große Zahl armer Kinder in den Kinderspeiseanstalten I (Am neuen Petritore) und II (Schöppensiedterstraße) gespeist. Insgesamt wurden an 231 Eßtagen (in den Ferien wird kein Essen verabreicht) 44 539 Kinder gespeist, und zwar 23 219 in der Anstalt I und 21 320 in der Anstalt II. Von diesen Kindern zahlten 9944 Kinder für ihr Essen 10 Pfg., für 9643 Kinder zahlte die Herzog-Leopold-Stiftung, während die Kosten für die Speisung der übrigen Kinder aus Mitteln der Jüdel-Stiftung, des Vereins für Sommerpflegen, der Frauengruppe des Vereins gegen den Miß-

brauch geistiger Getränke und des Vereins ehemaliger Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschule bestritten wurden. In manchen Tagen war es den beiden Kinderspeiseanstalten nicht möglich, sämtliche Kinder, die von den einzelnen Schulen geschickt waren, zu speisen. Man war deshalb gezwungen, täglich eine Anzahl Kinder nach der Volksspeisehalle in der Peterfilienstraße zu schicken. Da der Andrang der Kinder bald nach dem Ausbruch des Krieges beständig größer wurde, so entschloß sich der Schulausschuß der städtischen Bürgerschulen zur Einrichtung sog. Kriegs-Kinderspeiseanstalten in den Schulküchen der Bürgerschulen. Die erste wurde am 15. September 1915 in der 9. siebenstufigen Bürgerschule an der Pestalozzistraße eröffnet, es folgte dann am 30. November die 5. siebenstufige Bürgerschule an der Leonhardstraße und am 15. Dezember die 4. siebenstufige Bürgerschule an der Bürgerstraße. In der Schule an der Pestalozzistraße wurden bis zum Schlusse des Schuljahres 12 905 Kinder, in der Schule an der Leonhardstraße 4350 Kinder und in der Schule an der Bürgerstraße 4690 Kinder gespeist. Die Vokale stellt die Stadtverwaltung unentgeltlich zur Verfügung, sie trägt auch die Kosten für das Geschirr, für die Heizung und zum Teil auch die Besoldung der Haushaltungslehrerinnen, die die Herstellung des Essens mit Hilfe von Konfirmandinnen besorgen. Zu den Kosten für die Lebensmittel hat der Verein für Sommerpflegen 1565 *M* beigetragen, die Herzog-Leopold-Stiftung hat 490 *M* gezahlt und von zahlenden Kindern — 10 Pf. für das Essen — sind 120 *M* eingegangen. Außerdem soll noch besonders hervorgehoben werden, daß verschiedene Firmen und Personen durch Überweisung von Konserven und Geldmitteln die Kinderspeiseanstalten auch in diesem Schuljahre mehrfach unterstützt haben.“

Aus dieser kurzen Zusammenstellung sehen Sie, daß an sich das Gebiet, das der Antrag des Herrn Kollegen Frede berührt, schon beachtet ist, und zwar, daß viele Kräfte auf diesem Gebiete sich betätigen. Es sind auch noch andere Quellen erschlossen, wie magistratsseits in den Beratungen des Finanzausschusses mitgeteilt wurde, beispielsweise sind aus den Erträgen der Reichswollwoche und anderen Sammlungen Mittel für diesen Zweck bereitgestellt, auch die Lehrerschaft hat aus eigener Betätigung heraus, Schritte unternommen, um noch mehr Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Es wird den geehrten Herren durch die Presse bekannt geworden sein, daß die Herren Lehrer sich das so gedacht haben, daß sie regelmäßig alle Monate unter sich eine Sammlung für die Speisung armer Schulkinder veranstalten, und daß die erste Monatsammlung das erfreuliche Erträgnis gehabt hat, daß über 900 *M* zusammengekommen sind. Auch in anderen Vereinigungen sollen ähnliche Schritte beabsichtigt werden.

Wenn man so von den verschiedenen Seiten am Werke ist, um die Speisung der Kinder zu befürworten, so kann man sich wohl füglig darüber hinwegsetzen,

die Vorfrage noch eingehend zu prüfen, ob wirklich ein Bedürfnis vorliegt, den Kindern Speise zu gewähren. Es wird wohl auch hier in der Versammlung ebenso wie im Finanzausschuß, in dem wir einhellig waren, nicht irgend jemand vorhanden sein, der meinte, den Kindern solle nicht wenigstens für diese Kriegszeit Speise gewährt werden, wenn sie nicht aus eigenen häuslichen Mitteln solche erhalten. Das Bedürfnis dafür ist auch schon vor dem Kriege von Schulmännern und Spezialpolitikern anerkannt, und es sind in verschiedenen Städten Einrichtungen getroffen, um dieser Not zu steuern. Wenn auch der Grundsatz richtig ist, daß ein voller Bauch nicht gern studiert, so ist doch auch ein hungriger Magen nicht besonders aufnahmefähig für das, was den Kindern für das Leben mitgegeben werden soll. Wir waren im Finanzausschuß einhellig der Meinung, daß während dieser gegenwärtigen Kriegszeit, wo die Lebensmittel so teuer geworden sind, es zahlreichen Familien, und zwar in größerem Umfange als bisher, nicht möglich ist, den Kindern ausreichend Nahrung zu beschaffen, und daß infolge der Abwesenheit der Familienväter und des Zwangs, daß die Mütter in größerem Umfange erwerbstätig sein müssen, in die Konservenfabriken und nach sonstigen Arbeitsstellen eilen müssen, es den letzteren nicht in dem Umfange wie in Friedenszeiten möglich ist, warmes Mittagessen zu bereiten, daß also die Bedürfnisfrage anerkannt werden muß, und ferner, daß nach den Erkundigungen, die einzelne Herren eingezogen hatten, und auch nach den Angaben, die der Magistrat im Ausschuß machte, auch die Frage durchaus bejaht werden muß, ob selbst bei der zahlreichen Betätigung der verschiedenen Gruppen die zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel dennoch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung ständen und es angebracht wäre, um die Not zu lindern, weitere Mittel flüssig zu machen.

Der Finanzausschuß war auch einhellig darin, daß es Aufgabe der Stadt sei, diese Mittel für Beschaffung der Speisung der Kinder zur Verfügung zu stellen, zunächst für die Kriegszeit, wie der Antragsteller gesagt hat. Er wurde aber betont, daß das nicht ganz automatisch etwa so zu verstehen sei, daß mit dem Friedensschluß ohne weiteres die Speisung abbrechen solle, sondern daß erst davon die Rede sein könne, wenn die unheilvollen Nachwirkungen des Krieges einigermaßen beseitigt sein würden. Es ist für uns im Ausschuß selbstverständlich, daß in dieser Weise städtische Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, und wir würden auch empfohlen haben, reinweg aus dem Stadtsäckel diese Mittel zu bewilligen, wenn wir nicht in der Lage wären, auf Stiftungsmittel zurückgreifen zu können. Meine Herren, Sie wissen alle, daß in der Südel-Stiftung, wenn sie auch noch so sehr in Anspruch genommen wird, reiche Mittel vorhanden sind, daß auch besonders in der Abteilung III dieser Stiftung Gelder vorhanden sind, die die Stiftungsverwaltung mit unserer Zustimmung zu derartigen gemeinnützigen

Zwecken verwenden kann. Und was gäbe es Gemeinnützigeres auch im Sinne des Stifters selber, als derartige Not zu lindern. Wir glaubten deshalb vorschlagen zu sollen, in erster Linie die Deckungsfrage in der Weise zu regeln, daß wir im Einverständnis mit dem Magistrat den Stiftungsvorstand heute ermächtigen, aus Abteilung III der Jüdel-Stiftung Gelder, soweit sie erforderlich sind, für diesen Zweck zu bewilligen. Soweit sie die Jüdel-Stiftung aber nicht bewilligen kann oder will, oder die zu bewilligenden Mittel von jener Seite nicht ausreichen, bittet der Finanzausschuß, zu erklären, daß wir dann selbstverständlich auch städtische Mittel für den Zweck zur Verfügung stellen.

Es ist dann noch im Ausschuß erörtert, wie nun die Sache ausgeführt werden soll, ob eine besondere städtische Organisation, wie das in manchen Städten erfolgt ist, auch hier eingerichtet werden soll. Viele Freunde einer derartigen organisatorischen Änderung fanden sich im Ausschuß nicht, man war vielmehr der Ansicht, daß man auf dem bisher Bewährten aufbauen solle, schon deswegen, um den Beteiligten, die Not leiden, möglichst bald die Mittel zuzuführen. Es sollen diese Mittel also nicht in neuer organisatorischer Form verwandt werden, sondern es sollen die Zuschüsse an die vorhandenen Einrichtungen, die ich Ihnen an Hand des Berichts der städtischen Bürgerschulen hier verlesen habe, reichlicher fließen, um so in vollem Umfange der Not entgegenwirken zu können.

Es ist auch darüber gesprochen, wem die Auswahl obliegen sollte, welche Kinder als arm anzusehen sind und so von der Wohltat dieser Einrichtung betroffen werden sollen. Es hat das bisher in den Händen der Lehrerschaft oder der Schulvorstände gelegen, und es war die Meinung, daß diese Einrichtung durchaus sachgemäß sei. Wir fassen die Speisung ja nicht auf als eine Armenpflegeeinrichtung, sondern als einen Ausfluß der Schulpflicht, die auch mit sich bringt, den betreffenden Zögling zu befähigen, dem Unterricht wirksam zu folgen. Es soll also in dieser Hinsicht beim alten belassen werden. Auch in der Weise soll nichts an dem Bestehenden geändert werden, daß die Mittagskost nur zu einem Teile unentgeltlich abgegeben wird, wo die Not des Hauses es wirklich erfordert. Auf der anderen Seite soll aber auch eine Anerkennungsgeld für die Gewährung des Mittagessens genommen werden, um so auch ein wenig die Last zu verringern, die die Gemeinde übernimmt, und um erzieherisch auf die Beteiligten einzuwirken.

Nur einen Wunsch noch entgegen dem bisher Gewohnten wollte der Ausschuß noch verlautbaren: daß nicht diese gemeinnützige Einrichtung ohne weiteres schließen möchte, wenn der Schulbetrieb schließt, sondern daß man darauf bedacht sein möchte, auch während der Ferien, besonders auch dann, wenn sie etwa verlängert werden sollten, die Einrichtung offenzuhalten. Es sind gewiß technische Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die beteiligten Leiter und sonstigen Kräfte zu

überwinden, die wir hier in der Vollversammlung des Hauses kaum werden überwinden können, aber das Bedürfnis der beteiligten Kreise schwindet nicht automatisch mit dem Beginn der Schulferien, sondern bleibt bestehen, da die Männer immer noch im Felde stehen und die Frauen noch weiter außerhalb des Hauses erwerbstätig sind und für die Bereitung des warmen Mittagessens zu der alten Zeit nicht sorgen können. Die Lebensmittelpreise werden auch nicht ohne weiteres zu Beginn der Ferien sinken. Deshalb war es einmütige Ansicht des Ausschusses, daß dafür gesorgt werden solle, daß innerhalb der Schulferien keine Ferien in der Gewährung der Beköstigung eintreten.

Wir sind also im ganzen den Wünschen und Plänen des Herrn Antragstellers wohlwollend entgegengetreten und wollen auch die Mittel in der von mir angedeuteten Weise zur Verfügung stellen. Ich bitte Sie, den folgenden Antrag des Ausschusses anzunehmen:

„Die Versammlung stimmt dem Antrag Frede zu und ermächtigt die Züdelstiftung, die erforderlichen Mittel aus Abteilung III der Stiftung zu entnehmen, ersucht zugleich den Stadtmagistrat, soweit nötig, städtische Mittel aufzuwenden.“

Eine bestimmte Summe dem Magistrat als Grenzlinie mitzugeben, haben wir im Ausschuß nicht für nötig gehalten, ebensowenig wie wir in dem Antrage formell irgendwelche technische Einzelheiten aufgenommen haben. Es ist für uns selbstverständlich, daß nicht nur die Speisen im engeren Sinne beschafft werden sollen, sondern auch die Kocheinrichtungen, soweit sie notwendig sind, die Kräfte für Herstellung des Essens, die Leitung der Einrichtung usw. Wir hatten im Ausschuß das Zutrauen, daß der Magistrat nach diesen Richtlinien um so mehr einig mit uns vorgehen wird, als er im Ausschuß erklärt hatte, im Sinne der Anreger des Antrages und des Ausschusses wirken zu wollen, und daß nur die Regelung der Organisation und der Technik es verhindern würde, bald etwas Nützliches zu schaffen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich habe auf Grund der Verhandlungen des Ausschusses gleich am folgenden Tage mit dem Herrn Stadtschulrat die Frage erörtert, ob es möglich sei, während der Ferien diese verschiedenen Betriebe aufrechtzuerhalten. Es kommen da der Betrieb der beiden Vereine in Betracht und dann die Schulen. Der Herr Stadtschulrat hat mir sofort erklärt, er glaube kaum, daß das möglich sein würde, hat aber dann mit den beiden Damen, die an der Spitze der Vereine stehen, Frau Professor Göge und Fräulein Haars, und mit den beteiligten Schulinspektoren — die, wie ich höre, eine wesentliche Arbeit aus dieser ganzen Einrichtung gehabt haben insofern, als sie die Vorräte ihrerseits beschafft haben — verhandelt. Nun bekomme ich eben die Nachricht, daß sowohl die beiden Damen wie auch die Schulinspektoren einmütig erklärt hätten, es ließe

sich während der Ferien der Betrieb beim besten Willen nicht aufrechterhalten. Wenn Sie den Antrag annehmen, bzw. den Ausführungen des Herrn Referenten zustimmen, so würde der Stadtmagistrat sich damit zu befassen haben, ob vielleicht seitens des Magistrats besondere Bestimmungen getroffen werden sollen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Es würde vielleicht möglich sein, daß die Einrichtungen der Vereine mit Zustimmung der Vorstände benutzt werden können. Es wäre dann nur nötig, daß wir unsererseits Personen für die Ausführung der Arbeit annehmen und für Anschaffung der Materialien usw. Sorge tragen. Es wird das keine leichte Aufgabe sein. Wir können ja noch einmal versuchen, besonders durch Verhandlung mit den beiden Damen, die große Erfahrung in dieser Sache haben, einiges zu erreichen. Es muß ja anerkannt werden, daß es wünschenswert ist, auch während der Ferien den Betrieb aufrechtzuerhalten, aber eine bestimmte Erklärung darüber kann ich heute nicht abgeben.

Stadtv. Frede: Ich glaube, daß es unserem Wunsche entspricht, auch in den Ferien die Kinder in die Lage zu setzen, daß sie sich genügend erholen können, oder ich will das so ausdrücken: daß sie der Wohltat der Ferien nicht insofern verlustig gehen, als ihre Ernährung leidet. Wenn sie sich körperlich durch Bewegung erholen, aber das nötige Essen fehlt, so würde der Zweck der Ferien nicht erfüllt werden. Es ist anzuerkennen, daß der Magistrat, wenn die bisherigen Kräfte nicht weiter wirken, Schwierigkeiten mit der Beschaffung anderweitiger Kräfte haben wird, aber ich glaube, die Schwierigkeiten werden sich doch beseitigen lassen. Es werden, wie der Herr Oberbürgermeister schon angedeutet hat, die bisherigen Kräfte wohl in der Lage sein, Ersatzkräfte nennen zu können, und es läßt sich wohl auch so einrichten, daß die Ersatzkräfte, die sich melden und für die natürlich eine Vergütung bewilligt werden müßte, vorher hospitieren und dann während der Ferien die Sache im Gange halten. Es ist auch zu bedenken, daß die Schwierigkeiten sich insofern mindern werden, als die Schulkinder nicht in der jetzigen Anzahl an den Mahlzzeiten teilnehmen werden. Zunächst kommen in dieser Hinsicht die Sommerpflegen in Betracht, die vor allen Dingen durch arme Kinder besetzt werden. Dann gehen wohl auch eine ganze Anzahl Schulkinder zu Verwandten aufs Land. Es müßte darüber eine Erhebung veranstaltet werden, und wenn sich herausstellt, daß die Anzahl der zu Speisenden in den Ferien wesentlich geringer ist, dann werden die vorhandenen Schwierigkeiten sich wohl überwinden lassen. Ich glaube, wir sind alle der Meinung, daß wir den Magistrat bitten, dem ernstlich näherzutreten, daß auch in den Ferien, wenn auch unter Aufwendung größerer Mittel, es möglich gemacht wird, die Speisung fortzusetzen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

2. Instandsetzung der Schöppenstedterstraße und der Gildenklinke.

Stadtv. **Sander:** Die Frage der Instandsetzung der Schöppenstedterstraße hat uns schon sehr häufig beschäftigt, denn Herr Kollege Riefe hat schon seit 15 Jahren und vielleicht noch länger mit großer Ausdauer den Antrag auf Ausbau dieser Straße eingebracht. Jetzt endlich ist er damit zum Ziel gelangt. Die Kosten für Ausbau der Schöppenstedterstraße belaufen sich auf 61 000 *M* und die für die Gildenklinke, die gleichzeitig mit instand gesetzt werden soll, und die es ebenso nötig hat wie die Schöppenstedterstraße, auf 3900 *M*.

Die Schöppenstedterstraße hat eine ungleiche Breite von 10,58 m bis 15,79 m. Die schmalste Stelle liegt nach der Fallersleberstraße zu. Der Bauplan ist dort aufgestellt; wer Interesse dafür hat, möge ihn einsehen. Die Frage der Breite der Straße ist geschickt gelöst, so daß die verschiedenen Breiten wenig auffallen, indem eine Ausgleichung projektiert ist. Es wird beabsichtigt, die Fahrbahn mit Stampfasphalt zu belegen. Die Fußwege auf der südlichen Strecke sollen in einer Breite von 3 m bis 3,80 m, und die nördlich der Abelnkarre in einer Breite von 6,50 m bis 8 m hergestellt werden. Für die Befestigung der Fußwege ist auf der nördlichen Strecke ein Belag mit Granitoidplatten und auf dem südlichen Teile der Straße die Wiederverwendung der vorhandenen Sandsteinplatten vorgesehen. Die Bordsteine und Einfallschächte werden in derselben Weise hergerichtet wie sonst auf den neu instand gesetzten Straßen.

Die Fahrbahn der Gildenklinke soll nicht mit Stampfasphalt, sondern mit Gußasphalt hergestellt werden, und zwar um deswillen, weil die Straße nicht so sehr vom Fuhrverkehr benutzt wird. Es wurde in der Kommission hervorgehoben, daß für eine solche Straße Stampfasphalt nicht praktisch wäre, da dieser die Eigenschaft habe, zu verlangen, daß er immer angeregt, gedrückt werden müsse, wenn er seine Elastizität behalten solle. Da der Wagenverkehr in der Gildenklinke nicht lebhaft ist, so würde bei Anwendung des Stampfasphalts hier die unangenehme Erscheinung eintreten, daß das Pflaster staubig und pulverig würde. Aus diesem Grunde hat die Bauverwaltung für diese Straße Gußasphalt vorgeschlagen.

Von den Kosten für die Schöppenstedterstraße hat die Stadt 50 447,50 *M* zu tragen, wovon aber 3447,50 *M* für wiederverwandtes altes Material abgerechnet werden müssen. Auf die Anlieger entfällt eine Summe von 14 000 *M*. Die Straße hat eine Länge von 338 m, es würde also bei der Verteilung der Kosten für die Anlieger auf die doppelte Frontlänge für das laufende Meter ein Betrag von ungefähr 20 *M* sich ergeben. Es wurde in der Kommission betont, daß die Zeit augenblicklich wohl nicht gerade passend wäre, den Hausbesitzern in der Schöppenstedterstraße mit einer derartigen Belastung zu kommen. Die Eigentümer der Grundstücke dort sind fast ausschließlich kleinere Geschäftsleute, die so-

wieso unter dem Kriege zu leiden haben. Die Stadt hat aber immer in entgegenkommender Weise den Anliegern solche Beiträge gestundet, und das wird auch in diesem Falle geschehen, wo es nottut. Es braucht sich also deswegen keiner zu beunruhigen. Auf die Anlieger der Gildenklnke entfällt ein Betrag von 900 *M.*

Die Baukommission hat Kostenanschlag und Projekt beraten und gibt Ihnen Genehmigung anheim. Die Kosten für die Instandsetzung der Straßen sind ja im Haushaltsplan für das laufende Jahr schon vorgesehen.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung zu der Vorlage.

3. Anschluß des Grundstücks der Braunschweiger Roggenmühle an das städtische Wasserrohr in der Hildesheimerstraße.

Stadtv. Schön: Bekanntlich hat die Stadtverwaltung auf Antrag der Roggenmühle im Zuge der Hildesheimerstraße ein 200 mm weites Wasserrohr verlegt, aus dem der Mühle im Fall eines Brandes vermittlels einer etwa 120 m langen Schlauchleitung Löschwasser zugeführt werden kann. Nunmehr hat die Roggenmühle gebeten, an dieses Rohr eine Anschlußleitung anzufügen, durch die das Mühlengrundstück direkt mit Wasser, und zwar zum Löschen wie auch zu anderen Zwecken, versorgt werden soll.

„Handelte es sich bei dem Antrage“ — so sagt der Magistrat in der in Ihren Händen befindlichen Vorlage — „lediglich oder wesentlich um die Erlangung von Wasser zu wirtschaftlichen Zwecken, so würden wir bei Lage der Verhältnisse Bedenken tragen, dem Ersuchen zu entsprechen; aber es läßt sich nicht leugnen, daß durch die erbetene Anlage die Feuerficherheit des Grundstücks und insbesondere der in dem Speicher lagernden Getreidemengen wesentlich gehoben werden würde, und dieselben Gründe, die die städtischen Behörden veranlaßt haben, der Verlegung des Rohrs auf der Hildesheimerstraße zuzustimmen, sprechen daher auch für die Genehmigung des jetzt gestellten Antrages.“ Die Finanzkommission stimmt dieser Ansicht des Magistrats vollkommen zu. Auch sie ist der Meinung, daß lediglich die Rücksicht auf die erhöhte Feuerficherheit in der gegenwärtigen Kriegszeit ein Entgegenkommen der Stadt erheische, das sonst einem außerhalb der Stadtgemeinde liegenden Betriebe gegenüber angesichts der schwebenden Eingemeindungsfragen nicht gerechtfertigt wäre. Diesem Umstande trägt auch der wichtigste Punkt der Bedingungen (Punkt 9) dadurch Rechnung, daß er bestimmt: „Wenn nicht binnen drei Monaten nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges das Grundstück der Roggenmühle in das Gebiet der Stadt Braunschweig eingemeindet sein sollte, ist die Stadt Braunschweig berechtigt, die Wasserlieferung einzustellen und auf

Kosten der Roggenmühle die Anschlußleitung nebst dem Wassermesser zu beseitigen oder dauernd abzusperren.“

Die übrigen Bedingungen — es sind im ganzen 11 Punkte — brauche ich wohl nicht zu verlesen. Ich glaube abwarten zu dürfen, ob der Gang der Beratung dies erforderlich macht. Wie der Herr Oberbürgermeister in der Sitzung der Finanzkommission mitteilte, ist die Roggenmühle mit den Bedingungen einverstanden. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, dem Anschluß des Grundstücks der Roggenmühle an das im Zuge der Hildesheimerstraße verlegte Wasserrohr unter den in der Vorlage aufgeführten Bedingungen zuzustimmen.

Dem Anschluß der Mühle an das Wasserrohr wird zugestimmt.

4. Einsprache einer Grundstückseigentümerin am Bohlwege gegen den geplanten Rathausanbau.

Stadtv. Stegmann: Die Eigentümerin des an das Rathaus grenzenden Grundstücks Bohlweg 31—32, Frau Seger, hat Einsprache erhoben gegen den geplanten Anbau an das Rathaus, wie er bereits in Angriff genommen ist. Die Dame führt in ihrem in dieser Sache an die städtischen Behörden gerichteten Schreiben aus, daß ihr Hof nur eine Breite von 5 m und stellenweise sogar eine noch geringere Breite habe und deshalb die nach dem Hofe zu liegenden Arbeitsstuben im Erdgeschoß und im ersten Stock bei Ausführung des Anbaus verdunkelt und entwertet würden. Infolgedessen würden auch die beiden Läden nicht mehr den früheren Wert haben, ebenso auch zwei Räume, die im zweiten Stock belegen seien. Frau Seger bemißt die Entwertung ihres Grundstücks bei Ausführung des geplanten Anbaus auf mindestens ein Drittel und ersucht die städtischen Behörden, die Fortsetzung des Baues einzustellen oder ihr eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

Richtig ist nun, wie eine Besichtigung der angeführten Baustelle erwies, daß tatsächlich, wenn der Bau ausgeführt wird, die erwähnten Mängel eintreten werden. Bisher erhielt das Grundstück die Belichtung für seine hinteren Räume von der Seite des Rathausgrundstücks her, und es würde bei Ausführung des Rathausanbaues hier nur geradezu ein Lichtschacht entstehen. Wenn nun die Dame sich auf § 27 der Bauordnung beruft, wonach unsererseits das Hintergebäude nicht so hoch aufgeführt werden dürfte, und auf § 907 des Bürgerlichen Gesetzbuches, so befindet sie sich mit ihrer Auslegung im Irrtum. Beide angezeigten gesetzlichen Bestimmungen treffen hier nicht zu. In dem § 27 der Bauordnung werden für die Bemessung der Höhe der Hintergebäude und für ihre Belichtung allerdings bestimmte Grundsätze festgelegt, aber wenn die Einspracheerheberin meint, daß sich diese Bestimmungen auf die benachbarten Grundstücke

bezüglich, so irrt sie damit. Sie beziehen sich nur auf das Bauen auf eigenem Grund und Boden, nicht mit auf die Nachbargrundstücke. Wir könnten nach den Bestimmungen des Ortsbaustatuts den Anbau sogar 22 m hoch führen, während er in Wirklichkeit nur 18 m hoch werden soll. Die Beschwerde der Dame ist also in dieser Beziehung hinfällig. Ebenso ist die Berufung auf § 907 des Bürgerlichen Gesetzbuches durchaus nicht zutreffend. Dieser Paragraph bestimmt, daß der Eigentümer eines Grundstücks verlangen kann, daß auf den Nachbargrundstücken nicht Anlagen hergestellt oder gehalten werden, von denen mit Sicherheit vorauszu-
sehen ist, daß ihr Bestand oder ihre Benutzung eine unzulässige Einwirkung auf sein Grundstück zur Folge hat. Ich glaube, es liegt nicht im Sinne des Gesetzes, einen solchen Bau, wie den hier zur Besprechung vorliegenden, zu verhindern. Also auch diese Bestimmung kann von Frau Seger zu ihren Gunsten nicht herangezogen werden.

Die Dame hat später wohl eingesehen, daß sie zu weit gegangen ist, wenn sie eine Inhibierung des Baues verlangt. In einem zweiten Schreiben äußert sie, daß sie glaube, einen für beide Teile gangbaren Ausweg gefunden zu haben. Da die durch den geplanten Rathausanbau geschaffenen Räume voraussichtlich auf die Dauer nicht genügen würden, schlägt sie vor, die Stadt möge ihr das Grundstück Bohlweg 31/32 abkaufen; sie habe dann Gelegenheit, einen genügenden Bau aufzuführen zu können, bei dem für das Grundstück auf dem Bohlwege wie für das Rathaus Licht und Luft erhalten bliebe.

Mit diesem letzteren Antrage hat sich die Baukommission nicht befaßt, weil es selbstverständlich ist, daß wir nicht wegen des kleinen Bedürfnisses, das wir jetzt haben, ein so großes Grundstück am Bohlwege erwerben. Im übrigen ist die Eingabe von der Baukommission eingehend geprüft. Sie steht auf dem Standpunkte: So bedauerlich es ist, daß einige Räume des Grundstücks der Dame verdunkelt werden, so habe die Stadt als Eigentümer des Rathauses nicht nur das Recht auf ihrer Seite, wenn sie den Grund und Boden, der ihr zur Verfügung steht, ausnützt, sondern sie nutze auch das ihr zustehende Recht nicht in seinem ganzen Umfange aus, indem sie mit dem Anbau sogar noch höher gehen könnte. Aus diesem Grunde empfiehlt Ihnen die Baukommission durch mich Ablehnung der Einsprache der Frau Seger.

Die Einsprache wird verworfen.

5. Änderungen und Erweiterungen an den Gleisanlagen der Straßenbahn.

Stadtv. **Raiche**: Die Straßenbahn-Gesellschaft hat drei verschiedene Änderungen an den Gleisanlagen beantragt. Zunächst ist projektiert, im Anschluß an

die auf der Breitenstraße vorhandene Weiche die Schienen auf der genannten Straße und dem Bäderklinkt zweigleisig auszubauen. Es wird dadurch nötig, an der Ecke des Bäderklinkts eine geringe Verbreiterung der Fahrbahn vorzunehmen. Um allen Fällen vorzubeugen, daß die Straße z. B. bei einem Hausbau für das Halten von Wagen gesperrt ist, soll ein Gleiswechsel eingebaut werden, so daß das eine Gleis, wenn es nötig sein sollte, außer Betrieb gesetzt werden kann. Der Verkehrsausschuß und die Herzogliche Polizeidirektion haben der Änderung zugestimmt.

Zweitens wird beabsichtigt, die Linien 4 und 7 derart zu verändern, daß über die Steintorbrücke nur noch die Linie 7 geführt wird und die Linie 4 über den südlichen Teil des Sandwegs und die Leonhardbrücke fährt. Es wird dadurch das Umstellen der Weiche an der Steintorbrücke vermieden, wodurch bisher viel Aufenthalt verursacht wurde. Ferner wird durch die Umlegung eine Verkürzung der Linie 4 um ungefähr 100 m erreicht, so daß eine schnellere Erledigung des Verkehrs möglich ist. Es ist in Aussicht genommen, die Strecke auf der Helmstedterstraße bis zur Landstraße zweigleisig auszubauen, um eine pünktliche Durchführung des Fahrplans zu ermöglichen, ebenso soll auf dem Sandwege und der Leonhardstraße bis an das Ende der letzteren Straße die Linie 4 zweigleisig geführt werden. Auch hierfür hat sich der Verkehrsausschuß und die Herzogliche Polizeidirektion ausgesprochen. Voraussetzung für die letztere Anlage ist, daß von der Herzoglichen Baudirektion die seitens der Straßenbahn bereits beantragte Erlaubnis zur Verlegung des Sandweges zwischen Museumstraße und Magnitor mit Gleisen erteilt wird. Die Lage der Gleise ist auf den ausgestellten Plänen zu ersehen.

Die Baukommission hat sich eingehend mit der Sache beschäftigt. Bei ihren Beratungen sind ihr vom Magistrat und auch von einem Mitgliede der Kommission Schreiben vorgelegt, in welchen Einsprachen gegen die Verlegung der Linie 4 erhoben sind. Die Baukommission hat die beiden Schriftstücke als Material für ihre Beratung mit verwendet, sie hat sich aber der in den Eingaben ausgesprochenen Ansicht nicht anschließen können und empfiehlt Ihnen einstimmig Annahme des Magistratsantrages, sich mit Ausführung der neuen Gleisanlagen auf Grund der vorgelegten Pläne einverstanden zu erklären, sowie der beabsichtigten Änderung in der Führung der Linie 4 zuzustimmen.

Vorsitzender: Es handelt sich bei der Beschlußfassung um zwei verschiedene Punkte; es wird aber wohl nicht nötig sein, die Beratung darüber zu trennen.

Stadtv. Rathe: Die Ausführung der neuen Gleisanlagen auf der Breitenstraße bis zum Radeklinkt würde wohl von der Behandlung der Linie 4 und 7 zu trennen sein.

Stadtv. Loeschigt: Es ist meiner Ansicht nach angebracht, daß die Straßenbahn meist zweigleisig ausgebaut wird, und ich freue mich, daß das auf der Breitenstraße vorgenommen werden soll, da sie für den Fuhrverkehr so schon eine mäßige Breite hat, und wenn dort eingleisig gefahren wird, an den Haltestellen oftmals Kollisionen vorkommen. Ich möchte aber der Hauptsache nach Ihr Augenmerk auf folgendes richten: Ist es nicht möglich, bei dieser Gelegenheit, wo die Straßenbahn ausgebaut wird, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß vom Radeklint bis zur Weiche am Petritor ein zweigleisiger Ausbau stattfindet? Ich weiß, es liegt nicht an der Straßenbahn, daß das nicht schon geschehen ist, sondern an der Regierung, die es nicht gestatten will, daß über den Wall und auf der Petritorbrücke zwei Gleise angelegt werden. Auf der Petritorbrücke ist der Wagenverkehr so stark, daß man sich wundern muß, daß dort nicht mehr Unglück geschieht. Wenn zwei Gleise nebeneinander führen, dann wird der Fuhrverkehr durch den Verkehr der Straßenbahn schon von selbst geregelt. Die Bahn fährt dann rechts aus dem Tor hinaus und wer mit seinem Wagen hereinkommt, weiß genau, wohin er ausbiegen muß. Jetzt muß links ausgebogen werden, und immer sind Stodungen da. Ich weiß nicht, warum die Regierung nicht entgegenkommen will. Da die Brücke nicht verbreitert werden kann, sollte sie wenigstens einen zweigleisigen Ausbau gestatten, dann regelt sich der Verkehr über die Brücke von selbst. Ich möchte anregen, daß von Magistratsseiten aus in Verhandlungen eingetreten wird, damit der Straßenbahn von der Regierung der zweigleisige Ausbau gestattet wird.

Stadtv. Bauer: Es ist richtig, daß das geplante Projekt im Bezirk der Adolfsstraße natürlich ein großes Befremden hervorgerufen hat. Man kann das sehr wohl verstehen, weil sich die Anwohner so lange Jahre hindurch an die Benutzung der elektrischen Bahn gewöhnt haben. Im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit wäre es vielleicht, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, die Linie 4 wechselweise einmal über die Adolfsstraße und das andere Mal über das Magnitor zu führen. Es würde das gleichbedeutend sein damit, als wenn zu der bisherigen Linie, allerdings in größeren Fahrzeithäufungen, eine neue Linie hergestellt wird. Ich gönne dem Magnitorbezirk selbstverständlich gern einen Straßenbahnanschluß, aber man muß sich doch auch in die Situation der Anwohner der Adolfsstraße versehen, die von dieser Neuerung unangenehm berührt werden.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Loeschigt hat eben einen Punkt angeregt, von dem auch gestern in der Beratung der Baukommission gesprochen wurde. In der zweigleisigen Anlage der Linie 5 fehlt das Glied von der Neu-Petritor-Brücke oder vom Neuentwege bis nicht ganz zur Ecke des Walles. Soviel ich weiß, ist dieses

Stück Weges noch im Besitz der staatlichen Wallverwaltung. Wenn wir nun schon erlauben, daß die Bahn um das Eckgrundstück Hintern Brüdern, wo die Straße sehr schmal ist, zweigleisig ausgestattet wird und über den ganzen Radeklint hinweg zweigleisig bleibt, dann kommt die Hemmung an dem Neuen Petritor, und die Sache ist nur halb. Deshalb möchte ich ersuchen, dahin zu wirken, daß die ganze Strecke, wenigstens bis auf die Weiche am Petritormall, zweigleisig wird. Es handelt sich nur um eine Strecke von vielleicht 20 m, wo die Bahn eingleisig ist, und daß dieses Stück liegen geblieben ist, muß jeden wundernehmen.

Bürgermeister Meyer: Ich glaube annehmen zu können, daß der Magistrat bereit ist, den eben gehörten Anregungen Folge zu geben, soweit es sich um die Gleise am Petritor und auf der kurzen Strecke des Walles handelt. Ob er so weit gehen wird, zu befürworten, daß auch zwei Gleise auf der Petritorbrücke gelegt werden, will ich einstweilen dahingestellt sein lassen. Es ist das möglich; aber ich glaube, es stehen dem Bedenken entgegen, indem, wie bekannt ist, Verhandlungen wegen event. Übernahme der Petritorbrücke durch die Stadt eingeleitet sind und, wenn diese Verhandlungen — die um deswillen in der letztverflossenen Zeit nicht gefördert sind, weil der Staat zur Berechnung der Ablösung nicht genügend Kräfte hat — zum glücklichen Ende geführt sein werden, man damit rechnen muß, daß die Brücke verbreitert wird. Wenn dann die neue Brücke, die also in absehbarer Zeit zu erwarten ist, zum Bau kommt, dann würde vermutlich die Lage der Gleise auf ihr eine andere werden, als wenn wir heute bei der alten die Lage der Gleise regeln. Aus diesem Grunde glaube ich, daß es heute nicht an der Zeit ist, darauf einzugehen, auf der Petritorbrücke ein zweites Gleis zu verlegen.

Die Bedenken, die von seiten des Herrn Lauer geltend gemacht sind, kann ich allerdings nur in sehr geringem Maße teilen. Ich glaube, daß diese Lösung, wie er sie für wünschenswert hält, für den allgemeinen Verkehr nicht vorteilhaft ist. Die Beschleunigung der Fahrten der Linie 7 und der Linie 4 würde jedenfalls nicht unwesentlich beeinträchtigt werden, wenn man die letztere einmal über die Steintorbrücke und das andere Mal über die Leonhardbrücke führen würde. Durch die Bedienung der Weichenanlage und durch die Kreuzung der Linien 4 und 7 wird eine Verlangsamung herbeigeführt, und für die Benutzer der Straßenbahn würde sich nicht der erhoffte Vorteil zeigen. Ich kann auch nicht zugestehen, daß der Nachteil für die Personen, die in dieser Sache vorstellig geworden sind, die in der Nähe der gegenwärtigen Linie, Adolfsstraße und Helmstedterstraße, wohnen, so wesentlich wäre, daß wir um ihretwillen die von der Verlegung zu erwartenden Vorteile zurückstellen sollten. Die betreffenden Personen wohnen auch nach der Änderung so nahe an einer der Straßenbahn-

Linien, daß sie keinen Grund zur Klage haben. Ich bitte Sie, die Änderung so anzunehmen, wie sie geplant ist.

Stadtv. Diekmann: Zu Punkt 1 möchte ich noch bemerken, daß gerade die vorgeschlagene Veränderung am Petritor Veranlassung sein müßte, der Unregung des Herrn Loeschig Folge zu leisten. Wenn der Herr Bürgermeister Bedenken hegen sollte, daß die Brücke am Petritor für zwei Gleise zu schmal sei, so ist dagegen anzuführen, daß die Brücke am Wendentor auch nicht breiter ist und doch mit Doppelgleisen belegt ist. Es ist ganz natürlich, daß die Doppelgleisigkeit den Wagenverkehr ganz von selber regelt. Man kann jetzt oft bemerken, daß die Straßenbahn auf andere Wagen, die von der Cellerstraße herkommen, warten muß. Die Breite, die an der rechten Seite zwischen Gleis und Fußsteig für den Fahrverkehr gelassen ist, ist so schmal, daß gerade noch ein Wagen durchkommen kann. Ich habe beim Durchfahren dieser Strecke mehrfach bemerken müssen, daß man durch die Straßenbahn belästigt wird, und so wäre es im Interesse eines glatten Verkehrs wünschenswert, daß da Doppelgleise gelegt würden. Ich glaube auch kaum, daß das Ministerium Einwendungen machen wird; ich erinnere daran, daß doch auch am Augustortorwall Doppelgleise liegen. Wie das von der Regierung freigegeben ist, so wird sie es auch für die Petritorpromenade freigegeben.

Stadtv. Niese: Was die Ausführung der Änderungen bei der Linie Petritor betrifft, so ist es bedauerlich, daß die Verhandlungen zwischen Magistrat und Regierung sich nicht rascher erledigen lassen. Wir haben hier schon so oft beklagt, daß Petritor-, Wendentor- und Augustortorbrücke zu schmal sind, aber es hat bis jetzt kein Antrag Abhilfe geschafft.

Daß die Linien 4 und 7 sich in Zukunft teilen und ihre eigenen Wege gehen sollen, erkenne ich als einen bedeutenden Fortschritt an. Die Anwohner der Adolfsstraße können sich dadurch keineswegs beeinträchtigt fühlen, und die gegen die Neuordnung eingegangenen Eingaben sind ja auch so widerspruchsvoll; der eine will das durch die Straßenbahn verursachte Geräusch nicht haben, der andere will die Straßenbahn aber doch vor seinem Hause vorbeigeführt sehen. Stellen Sie sich nur die Weiche vor, von wo die Straßenbahn in großem Bogen in die Adolfsstraße einmündet. Das ist ein gefährliches Ding, und es ist schon passiert, daß Wagen von der Seite her in die Straßenbahnwagen hineingesaust sind und dabei Personen zu Tode gekommen sind. Diese Gefahr wird beseitigt, wenn die Linie 4 über den Sandweg weitergeht, und es ist auch keine allzu große Beschwerlichkeit für die paar Anwohner der Adolfsstraße und keine Zurücksetzung des Verkehrs darin zu erblicken. Ich möchte ersuchen, der Verlegung zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Jasper: Jede derartige Änderung, wie sie hier geplant wird, ist für die Beteiligten in gewissem Umfange nicht gerade angenehm. Ich muß aber doch Herrn Kollegen Riefe beipflichten, daß die Vorteile in diesem Falle überwiegen. Ich möchte nur, daß eins festgestellt wird, und das habe ich bisher nicht gehört: daß am Magnitore ein regelmäßiger Anschluß zu finden sein wird, sonst ist die neue Linienführung nicht nur für die Bewohner der Adolfsstraße, sondern auch für diejenigen sehr unangenehm, die von der Kastanienallee herkommen und bisher Anschluß an der Steintorbrücke fanden, fortan aber die berühmte Linie 7 benutzen müssen, die sowieso recht stiefmütterlich in ihren Fahrzeiten, auch mit dem Anschluß an der Langedammstraße bestellt ist. Hinzu kommt noch das lange Warten auf dem Kohlmarkte. Wenn der Anschluß der Linie nach dem Mittelpunkt der Stadt, nach dem Rathause fehlt, dann kann die Straßenbahn mit dieser Linie einpacken; der Schaden würde sehr erheblich sein. Ich bin nur für die Änderung zu haben, wenn der Anschlußverkehr am Magnitore gewährleistet wird.

Bürgermeister Meyer: Ich kann die Erklärung abgeben, daß die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft bei Begründung ihrer Anträge besonders hervorgehoben hat, daß von ihr Wert darauf gelegt würde, den Anschluß der Linien 4 und 7 am Magnitor sichergestellt zu sehen. Dafür, daß der Anschluß immer vorhanden ist, kann ich eine Garantie nicht übernehmen.

Herrn Diekmann erwidere ich, daß er mich mißverstanden haben muß. Ich bin durchaus der Ansicht des Herrn Voeshigt, daß auch auf schmalen Straßen im Interesse der Regelung des Verkehrs zwei Gleise für die Straßenbahn gelegt werden sollen, und so würde ich auch in bezug auf die Petritorbrücke der Ansicht beitreten, daß es richtig wäre, zwei Gleise zu legen. Aber für die Anlage eines zweiten Gleises ist meiner Ansicht nach jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, weil vielleicht schon in $1\frac{1}{2}$ Jahren an den Umbau der Petritorbrücke herangetreten wird und damit die Ausgabe für Verlegung des zweiten Gleises — die vielleicht nicht gering ist — weggeworfen sein würde. Gegen ein zweites Gleis auf dem Petritorwall habe ich nichts einzuwenden.

Stadtv. Rasche: Ich muß dem zustimmen, daß die Anlage eines zweiten Gleises auf der Breitenstraße wünschenswert erscheint. Auch der Ansicht des Herrn Voeshigt stimme ich zu, daß ein weiterer zweigleisiger Ausbau dieser Linie angebracht erscheint. Das letztere kann aber immer noch geschehen, trotzdem jetzt erst dieser weitere Ausbau auf der Breitenstraße genehmigt wird. Man könnte dies doch erst einmal erledigen, damit die Sache überhaupt weiterkommt. Ich bitte deshalb, diesem Punkte Ihre Zustimmung zu geben.

Stadtv. Loeschigt: Es hat mir fern gelegen, gegen den Antrag der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft aufzutreten. Ich habe im Anschluß an diesen Antrag nur die Bitte ausgesprochen, daß man jetzt gleich ins Auge fassen möchte, den fehlenden Teil am Petritor zweigleisig zu bauen. Wer so lange Jahre für die Verbreiterung der Okerbrücken, besonders der Brücke am Petritor eingetreten ist, dem kann es nicht gleichgültig sein — das werden mir die Herren nachfühlen —, ob die Verbesserung in 14 Tagen oder in drei Jahren, oder auch — wie der Herr Bürgermeister meint — in 1½ Jahren eintritt. Wissen können wir das nicht, die Regierung ist in ihren Entschlüssen manchmal wunderbar; manchmal haben wir geglaubt, die Übergabe der Brücken würde sehr schnell gehen, und nun haben die Verhandlungen jetzt fast 20 Jahre gedauert. Ich frage heute nur: Ist es für uns praktisch, daß wir, um den Verkehr zu regeln, besonders auf der Petritorbrücke, veranlassen, daß der Gesellschaft das Recht gegeben wird, Doppelgleise über die Brücke zu legen? Es ist das doch absolut keine große Sache! Wenn die Gleise nachher nach dem Neubau der Brücke doch verlegt werden müssen, so wird es ziemlich gleich sein, ob nur das eine oder gleich das zweite mit verschoben wird. Das wird die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft ganz gern tun, auch wenn es schon in 1½ Jahren geschehen müßte. Doch: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Nur sehr schwer haben wir erreicht, daß über die Wendendorbrücke ein zweites Gleis gelegt wird.

Der Vorsitzende läßt zunächst über die vom Magistrat beantragten Änderungen bei der Linie 5 abstimmen, sodann über die Änderungen der Linien 5 und 7. Beide Punkte werden von der Versammlung angenommen.

6. Ausbau der Freitagstraße.

Stadtv. Niese: An die Stadtverordneten ist folgendes Schreiben vom Stadtmagistrat eingegangen:

„Die Anlieger der Freitagstraße (Verbindungsstraße zwischen Korfesstraße und Hänjelmannstraße) haben wiederholt den Ausbau der genannten Straße bei uns beantragt und sich mit einer Ausnahme bereit erklärt, die auf ihr Grundstück entfallenden Straßenkostenbeiträge sogleich nach Fertigstellung des Ausbaus zu zahlen, auch die Erfüllung der entsprechend übernommenen Verpflichtung vor Beginn des Ausbaus sicherzustellen. Wenn auch ein öffentliches Interesse zur Aufschließung umfangreicher Baugelände zur Zeit nicht vorliegt, so dürften doch der Berücksichtigung des die Aufschließung nur weniger Bauplätze bezweckenden Antrages ernsthafte Bedenken nicht entgegenstehen, und zwar um so weniger, als

dadurch den durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Kreisen der Bauhandwerker Arbeitsgelegenheit geschafft wird.

Wir richten daher an die geehrten Herren das Ersuchen, sich mit dem stadtseitigen Ausbau der Freytagstraße einverstanden zu erklären, sowie im Falle der Abgabe dieser Erklärung

- a) das nebst Kostenanschlag und vorläufiger Kostenverteilungsberechnung beigefügte Projekt über den Ausbau des genannten Sträßenzuges zu genehmigen,
- b) die darnach erforderlichen Kosten zu Lasten des Extraordinariums zu bewilligen, und
- c) gleichzeitig zu genehmigen, daß die Freytagstraße zur Ortsstraße erklärt wird."

Das Projekt ist dort ausgehängt.

Die Fahrbahn der Straße soll in einer Breite von 8 m ausgeführt werden, die Breite der beiderseitigen Fußwege soll 4 m betragen. Die letzteren werden mit einem Plattenbelage von je 2 m Breite versehen. An der Kreuzung mit der Korfesstraße wird ein Übergang mit erstklassigen Reihenpflastersteinen abgepflastert. Außerdem ist geplant, auf den Fußwegen je eine Reihe Laubbäume anzupflanzen. Die Grunderwerbskosten werden 10 500 *M*, die Straßenbaukosten 11 500 *M* betragen; die Gesamtkosten belaufen sich also auf 22 000 *M*. Sie verteilen sich auf nur 6 Anlieger, da die Straße nur kurz ist, 121 m lang. Der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger berechnet sich auf rund 181,80 *M* für jedes Meter Frontlänge.

Nachdem die Baukommission gestern das Projekt und den Voranschlag vorgeberaten hat, ersucht sie die geehrten Herren durch mich, den Magistratsanträgen zuzustimmen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich habe gestern in der Baukommission nicht direkt gegen den Magistratsantrag gestimmt, aber doch davor gewarnt, weiter Baulterrain aufzuschließen, denn wir haben schon so in der Stadt oder um die Stadt herum so viel Baulterrain liegen — denken Sie an den Madamentweg, die Ringstraße, weiter das Terrain vor dem Wilhelmitore, auch vor anderen Toren —, daß ich es für schädlich halten würde, wenn noch weiteres Baulterrain aufgeschlossen wird. Ich habe allerdings dabei ausdrücklich erklärt, daß ich gegen Ausbau dieser kurzen Freytagstraße, wo schon angefangen ist, ein Haus an der Ecke zu bauen, keine Bedenken haben würde. Wir müssen uns aber vergegenwärtigen, welchen Zeiten der Grundbesitz entgegengeht. Ich weiß nicht, ob es den Herren schon bekannt ist, wie jetzt der Wohnungsmangel, der uns früher immer vorgepredigt wurde, in Wohnungsüberschuß umgeschlagen ist. Das ist sehr natürlich, denn es

sind so viele Leute zum Militärdienste eingezogen, andere sind verstorben oder gefallen, so daß eine ganze Menge größerer Wohnungen geräumt ist, kleinere dafür eingenommen usw. usw. Ich habe schon gestern in der Baukommission gesagt: Gehen Sie einmal die Bodestraße entlang, eine der schönsten und am schönsten gelegenen Straßen, und sehen Sie, was dort an Wohnungen leersteht. Und nicht dort allein, ob Sie die Ruffbergstraße nehmen oder andere Straßen, überall hängen die nicht angenehmen Zettel: „Wohnung zu vermieten“.

Diese Sachlage zeitigt noch etwas anderes. Hier wird immer davon geredet, und es werden Reichsgeetze gemacht zum Schutz des Mieters, zum Schutz der Hypothekengläubiger, aber der Schutz für die Vermieter ist nicht so ausgebaut, wie er kommen müßte. Was bringt diese Überproduktion an Wohnungen zuwege? Es wird dadurch eine Konkurrenz unter den Vermietern großgezogen, so daß sie die Wohnungen billig anbieten, um Mieter zu bekommen, um nur das Nötigste an Hypothekenzinsen aufbringen zu können. So kommt auch eine Gefahr für die Hypothekengläubiger zustande, wenn in bisheriger Weise weitergebaut wird. Kann der Hypothekenschuldner nicht zahlen, dann sind die Gläubiger gezwungen, die Häuser hinzunehmen. Deshalb möchte ich von dieser Stelle warnen, zu einer weiteren Aufschließung von Baulterrain überzugehen, wenn ich auch gegen den Ausbau der kleinen Freitagsstraße nichts habe.

Wir haben schon einmal in dieser Versammlung gegen das übermäßige Bauen — wie der Braunschweiger sagt — einen Sticken beigelegt und haben gut daran getan. In der Vorlage wird gesagt: „Ein öffentliches Interesse liegt nicht vor“; trotzdem sollen die Interessenten aber doch zu ihrem Rechte kommen. Wenn aber am Schluß der Vorlage gesagt wird, daß den durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Bauhandwerkern durch Schaffung von Arbeit entgegengekommen werden soll, so ist dazu zu bemerken, daß durch Spekulationsbauten der Handwerker nicht zufriedengestellt werden kann, denn gewöhnlich trägt der kleine Bauhandwerker dabei seine Haut zu Markte. Er ist der, „den die Hunde beißen“. Es wurde mir in der Kommission vorgeworfen, ich spreche gegen mein eigenes Interesse. Nein, ich spreche damit nicht gegen das Interesse der Bauhandwerker, und wenn ich gegen Aufschließung von Baulterrain spreche, so tue ich das mit dem Bewußtsein, für das allgemeine große Interesse zu sprechen. Ich danke für solche Beschäftigung bei Spekulationsbauten; es sind eine Menge zweifelhafter Elemente, die solche unternehmen, und wenn das den Handwerkern Segen bringen soll, so kann ich dem nicht zustimmen.

Stadtv. Nichte: Ich habe über eine Vorlage referiert, die den Ausbau einer Straße betrifft, der notwendig geworden ist durch die Verhältnisse schon vor dem

Kriege. Ich habe auch gesagt, es handle sich nur um eine kurze Straße, es kommen nur sechs Anlieger in Betracht, und diesem Ausbau der kleinen Straße will ja auch Herr Meyerhoff zustimmen. Wozu ist es nötig, da schon vorzubauen in Dingen, von denen wir noch nicht wissen, wie sie sich entwickeln werden? Das halte ich denn doch für deplaciert. Ich kann auch an Erfahrungen erinnern, die ich hier mitgemacht habe. Der Zweck des damaligen „Stickenbeistehens“ war, die unsolide Bautätigkeit auszuschließen und der soliden Bautätigkeit Platz zu machen. Wo sind denn die Unsoliden, und was hat Herr Meyerhoff für Schaden durch ihren Bankerott gehabt? An dem Bauhandwerk hängt doch so vieles; auch Schmied, Schneider und Schuster haben zu tun, wenn Bautätigkeit vorhanden ist. Jetzt, wo viele Leute da sind, die hungern müssen, wo wir nun an die Kinder Brot verteilen, da sollen wir auch sorgen, daß Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Ich wollte einmal sehen, wohin eine Kommune, die alles unterbinden wollte, kommen würde. Große Projekte hat der Magistrat uns nicht vorgelegt, und daß er solche vorlegen kann, das traue ich ihm nicht zu. Und das weiß Herr Meyerhoff ebenso gut wie ich. Da muß herausgesucht werden, was gerade notwendig ist, wie eben diese kleine Vorlage. Diese kurze Straße war schon lange vor dem Kriege genehmigt, und es werden auch noch andere Dinge demnächst herauskommen, die auch in der Baukommission genehmigt werden. Ich glaube wenigstens nicht, daß sie abgelehnt werden. Wenn sie eine Begründung finden wie diese Sache, dann stelle ich mich stets auf den Standpunkt, daß sie genehmigt werden müssen.

Stadtv. Wesemeier: Ich weiß nicht, wie man heute von einer Überproduktion an Wohnungen sprechen kann, wo doch für jeden klar sein muß, daß die Wohnungen lediglich infolge des Krieges leerstehen. Wo so viele Männer im Kriege sind und ihre Frauen die früheren Wohnungen aufgegeben haben, ist es doch selbstverständlich, daß einige Wohnungen leerstehen müssen. Ich verstehe es nicht, wie man deshalb gegen die Neuausschließung von Baugelände sein kann. Wenn Herr Meyerhoff daran erinnert, daß dieser Sticken schon einmal vorgesteckt ist und er ihn wieder vorgesteckt zu sehen wünscht, dann möchte ich darauf aufmerksam machen, welche unangenehmen Folgen das Vorstecken des Stickens durch Herrn Meyerhoff und seine Freunde gehabt hat. Es hat die Wohnungsnot hervorgerufen, daß damals gewaltsam jedwede Bautätigkeit zurückgehalten wurde, gewaltsam jede Ausschließung von Bauterrain gehemmt wurde, und eine gewaltige Mietsteigerung ist dadurch hervorgerufen, die die Bevölkerung arg belastet hat. Und das würde wieder die Folge sein, wenn heute der Magistrat dem Rufe des Herrn Meyerhoff folgen sollte und sagen: Wir machen wohl diese kleinere Vorlage, andere aber nicht.

Stadtv. **Frede:** Herr Riefe wundert sich darüber, daß Herr Meyerhoff ausschließlich dieses Punktes etwas weiter ausgeholt und auf allgemeine Bedenken hingewiesen hat. Er sagte, die Bebauung der Freitagstraße wäre schon früher genehmigt — das ist mir unbekannt. Hier steht auf der Tagesordnung: „Ausbau der Freitagstraße“, den Antrag sollen wir genehmigen. Ich bin dagegen, daß er genehmigt wird. Es bewegen mich dazu die Gründe, die Herr Meyerhoff angeführt hat, und die nochmal in anderer Illustrierung anzuführen ich mir erlauben werde.

Herr Wesemeier hat selbstverständlich Herrn Riefe sekundiert und gemeint, von Überproduktion an Wohnungen könne nicht gesprochen werden; es sei das nur ein Zustand, der durch den gegenwärtigen Krieg herbeigeführt wäre. Wenn die vielen gefallenen Vaterlandskämpfer wieder aufleben könnten und sie würden ihre Wohnungshaltung wieder ebenso wie früher einrichten, dann hätte Herr Wesemeier recht. Aber diejenigen, die nun leider gefallen oder durch den Krieg in Vermögensverfall gekommen sind, die sind für ihre früheren Wohnungen verloren. Daraus resultiert, daß nicht nur während des Krieges, sondern auch noch auf lange Zeit hinaus eine Wohnungsnot in dem Sinne bestehen wird, daß viel zu viel Wohnungen vorhanden sind. Und gerade an denjenigen Wohnungen wird Überfluß sein, für die Sie (zu Herrn Riefe gewandt) hier in der Versammlung einzutreten eigentlich kein Interesse haben: es sind das die mittleren Wohnungen, die Vier- bis Sechszimmerwohnungen. Um die handelt es sich — wie mir von Herrn Riefe bestätigt ist — bei dieser Straße. Sie hier und die Stadt interessieren sich für Kleinwohnungen, aber die kommen hier nicht in Frage. Kleinwohnungsbau wird vom Reich, vom Einzelstaat und von städtischen Behörden unterstützt. Unsere Stadt gibt der Baugenossenschaft zweite Hypothek zu 3 Prozent und baut Kleinwohnungen in eigener Regie: dafür ist also gesorgt. Wogegen wir uns wenden, das ist eine vernichtende Konkurrenz, die kommen wird, wenn höchst unnötigerweise jetzt noch neue Straßen mit mittleren Wohnungen entstehen. Das ist ein durchaus gerechtfertigtes Auftreten von unserer Seite, und Sie haben eigentlich kein Interesse, dagegen zu sprechen. Herr Meyerhoff hat darauf verwiesen, daß früher schon einmal der Ausbau von neuen Straßen für längere Zeit nicht gestattet gewesen ist, und daß das eine gute Folge gehabt hat. Das ist richtig. Der Zustand war so, daß sich eine ungesunde Bautätigkeit mit Rücksicht auf die Wohnungen, von denen ich spreche, aufgetan hatte und der seßhafte Hausbesitzer, dem wir hier sympathisch gegenüberstehen wollen, in einer sehr schweren Lage war. Wie ist das heute? Zu dieser Überproduktion von solchen mittleren Wohnungen sind noch die heillosten Zustände hinzugekommen, die der Krieg gezeitigt hat. Eine große Zahl von Haushaltungen ist aufgelöst, die Frauen ziehen zu Verwandten,

und bei sehr vielen Kriegsteilnehmern ist ein Vermögensverfall eingetreten. Das bedingt wieder Einschränkung; die Leute ziehen mit Verwandten zusammen, und auf diese Weise stehen eine Unmenge von mittleren Wohnungen frei. Die Erhebung, die stadtseitig leider erst im Oktober vorgenommen werden kann — wenn nicht besondere Umstände dafür sprechen, daß eine außerordentliche Statistik aufgestellt wird —, wird die furchtbare Not unter den Hausbesitzern ergeben, und zwar besonders unter den sesshaften Hausbesitzern. Wenn Herr Meyerhoff von Spekulation spricht, die sich auch an der Freytagstraße austun wird, so ist das eine ungesunde Spekulation. Die Bauunternehmer haben die Grundstücke gekauft; das frißt Zinsen, sie wagen den Wurf, sie müssen bauen, damit sich ihre Anlage verzinst. Ob die Bauhandwerker, nachdem der Bau fertig ist, ihr Geld bekommen, ist eine zweite Frage. Gewisse Bauhandwerker wollen verdienen und wagen das riskante Unternehmen. Der Bauunternehmer baut das Haus und sagt sich: „In ein neues Haus ziehen die Leute ein“. Es gibt eine Menge Leute, die nach 2—3 Jahren immer wieder ziehen müssen, sie „können“ nicht anders. Sie bekommen die neuen Wohnungen wesentlich billiger, nur damit eine knappe Verzinsung erzielt und das neue Haus trocken gewohnt wird. Der sesshafte Hausbesitzer aber hat den Schaden davon; er wird seine Mieter auf diese Weise los, und insofern hat Herr Meyerhoff von Spekulation geredet und hat recht damit gehabt. Der Grundbesitz wird sich noch in einer eingehenden Eingabe, die auch nach verschiedenen anderen Rücksichten hin bearbeitet werden wird, an die städtischen Behörden wenden. Die Herren werden dann Gelegenheit haben, einen Einblick zu bekommen in die gegenwärtigen wirklichen Verhältnisse, und ich hoffe, daß Sie dann gerecht urteilen werden. Ich bin nicht in der Lage, dem Ausbau dieser Straße zuzustimmen.

Bürgermeister Meyer: Meine Herren! Daß auch der Stadtmagistrat nicht ganz ohne Bedenken gewesen ist, als er diese Vorlage Ihnen unterbreitet hat, geht aus der Vorlage hervor. Ich möchte aber doch einiges zur Unterstützung der Vorlage anführen. Zunächst das eine, daß schon vor Kriegsbeginn Verhandlungen wegen Ausbaus dieser Straße eingeleitet und ihrem Abschlusse nahe waren. Man darf annehmen, daß, wenn nicht der Krieg ausgebrochen wäre, im Laufe des vergangenen Sommers eine gleiche Vorlage wie die heutige den Herren unterbreitet worden wäre. Schon damals hatten sich zwei der Interessenten wirtschaftlich auf den Ausbau der Straße eingerichtet.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß die Leute, welche den Ausbau wünschen, zu einem Teil solche Personen sind, deren Interesse die Herren Meyerhoff und Frede glauben hier ganz besonders vertreten zu müssen; sicher ist, daß diese Leute den Ausbau der Freytagstraße wünschen. Es handelt sich übrigens um eine

Straße von nur sehr geringer Ausdehnung und um Erschließung ganz weniger Bauplätze. Es sind, wenn ich nicht irre, vier, allerhöchstens sechs Plätze, die bebaut werden können, denn die beiden Eckbauplätze nach der Korjesstraße hin sind schon bebaut. Merkwürdig ist, daß auch diese beiden Anlieger den Antrag anher gerichtet haben, dem Ausbau alsbald näherzutreten.

Zur Unterstützung unseres Antrages habe ich schließlich noch anzuführen, daß aus den Kreisen, die Herrn Meyerhoff und Herrn Frede nahestehen, nämlich vom Arbeitgeberverbande des Baugewerks, ein offizieller Antrag an den Magistrat gerichtet ist, durch Ausbau der Freytagstraße Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es ist deswegen, wenn ich nicht irre, der Vorsitzende des Verbandes bei mir gewesen. Ich habe mich selbstverständlich für verpflichtet gehalten, das dem Magistrat zu unterbreiten, und der Magistrat war erfreut, dem vorgetragenen Wünsche entsprechen zu können.

Ich glaube, das alles spricht dafür, daß Sie diese Vorlage gutheißen. Ob der Magistrat nachher weitergehende Pläne hat, um wer weiß was alles an Baugelände aufzuschließen, das können wir ja abwarten. Ich glaube nicht, daß der Magistrat darauf aus ist, so etwas zu unternehmen. Ich habe allerdings Veranlassung genommen, in der Sitzung der Baukommission darauf hinzuweisen, daß einige neue Straßen in absehbarer Zeit zum Ausbau kommen würden, und zwar auf Grund von Verträgen, die bereits früher abgeschlossen und genehmigt sind. Das läßt sich natürlich nicht zurückschrauben, und ich stehe da auf dem Standpunkte des Arbeitgeberverbandes des Baugewerks, daß auch hier wesentliche Interessen für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu befriedigen sind, und daß die Stadt guttut, in diesem beschränkten Umfange den Verpflichtungen, die sie übernommen hat, nachzukommen.

Stadtv. Frede: Die Interessen des Arbeitgeberverbandes haben wir im Grundbesitzerverein nicht zu vertreten. Wenn die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, soweit sie Grundbesitz haben, dem Grundbesitzerverein angehören, so ist das wohl ein gemeinsames Band, aber die Herren mögen wissen, daß der Verein sich als Vertreter des soliden Hausbesitzes ansieht.

Wenn das Moment der Schaffung von Arbeitsgelegenheit erwähnt wird — wir haben das auch schon im Grundbesitzerverein zu hören bekommen —, so muß ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben. Ich habe mit Herren gesprochen, die auch bauen wollen, und die haben mir gesagt, daß sie keine Leute bekommen können. Neulich hat mir gegenüber der Direktor der Straßenbahn geäußert: „Wir müssen unseren Betrieb einschränken, 200 Leute stehen von unserem Personal im Felde, und wir können keine Leute dafür bekommen“. Was bedarf

es noch eines weiteren Beweises? Es besteht eben ein kolossaler Arbeitermangel. Wie kann man da noch sagen: Wir müssen Straßenterrain aufschließen, um die vorhandenen Arbeitskräfte zu beschäftigen. So viel Arbeit ist da, um die wenigen zu beschäftigen. Die Stadt selber läßt bauen, und so viele Hausbesitzer müssen unter dem Druck der Umstände dem Verlangen nach größtem Komfort nachkommen, müssen Badezimmer anlegen und andere Neueinrichtungen treffen, und Reparaturen kommen hinzu. Deshalb kommt, wie ich glaube, das Bedürfnis nach Schaffung von Arbeitsgelegenheit hier nicht in Frage.

Stadtv. Wesemeier: Die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters sind eine sehr gute Illustration zu den Ausführungen des Herrn Frede. Herr Frede spricht von unlauteren Elementen im Baugewerbe, der Arbeitgeberverband des Baugewerbes aber wendet sich dagegen, daß das Baugelände verschlossen werden soll, und wünscht weitere Aufschließungen. Ob das nun auch alles unlautere Elemente sind, kann ich nicht beurteilen.

Nun etwas anderes: Gerade die Grundbesitzer haben in der letzten Zeit fette Jahre gehabt, und zwar in dem Maße, daß sie jetzt wirklich keine Ursache hätten zu klagen. Ich erinnere nur an die ungeheure Mietsteigerung um 40, ja 50 Prozent, wobei die Bevölkerung in ungeheurer Weise geschröpft ist. Wenn eine Wohnung im Preise zu 340 *M* um 90 *M* gesteigert werden kann, das Grundkapital aber daselbe geblieben ist und der Grundbesitzer keine höheren Zinsen dafür aufzubringen hat, so sind das fette Jahre für ihn. Allerdings gebe ich zu, daß der schlecht gestellt gewesen ist, der neu gebaut hat, aber die meisten Grundbesitzer haben ja alte Grundstücke, haben ihr Grundkapital nicht höher aufgesetzt als in früheren Jahren, und die haben die Mietsteigerung ruhig eingesteckt. Sie haben in den letzten Jahren genug verdient und können jetzt auch einmal mit weniger fetten Jahren vorlieb nehmen. Die Allgemeinheit der Bevölkerung hat genug bluten müssen dadurch, daß man jahrelang das Baugelände künstlich verschlossen hat. Ich warne davor, auf diesem Wege fortzuschreiten.

Stadtv. Roeschigt: Es sei ferne von mir, eine Lanze zu brechen für die Ansichten der einen oder anderen Seite. Es ist eine alte Geschichte, daß die Konjunktur auch im Bauhandwerk wechselt. Aber ich möchte denjenigen sehen, der behaupten wollte, daß durch die Zustände während des Krieges nicht ein Überschuß an leerstehenden Wohnungen geschaffen ist. Der Grundbesitz wird durch den Krieg ganz gewiß nicht verbessert. Ich würde aber doch sofort für den heute zu behandelnden Antrag zu haben sein, wenn es sich darum handelte, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Ich habe die Absicht, ein großes Hintergebäude niederreißen und

neu wieder aufbauen zu lassen; es ist wegen des darniederliegenden Geschäfts jetzt für mich die beste Gelegenheit dazu, aber der Bau muß auch schnell erledigt werden. Da sagen die Maurermeister: „Wir wollen sehen, die Arbeit so schnell es geht, zu beenden, doch fehlen uns die Arbeitskräfte“. Und auf meine Entgegnung, daß immer gesagt wird, es sei Arbeitsmangel im Baugewerbe, wurde mir geantwortet: „Das hat sich ausgeglichen; es werden immer mehr Leute eingezogen; die Leute werden weniger, und die Arbeitsgelegenheit wird auch geringer. Wir wollen aber sehen, daß wir so viele Leute kriegen, daß wir die Arbeit schaffen“. Nach dieser Erfahrung fällt für mich der Punkt wegen Beschaffung von Arbeitsgelegenheit weg.

Ich wiederhole, daß ich den Herren zustimmen muß, die von der großen Zahl leerer Wohnungen sprechen. Ich bemühe mich jetzt, eine meiner Etagen, die seit 25 Jahren vermietet gewesen ist, neu zu vermieten, aber bis heute ist es mir nicht möglich gewesen. Ich habe den Reflektanten gesagt: „Die Wohnung wird vollständig nach Ihren Wünschen nagelneu zurechtgemacht, alles, wie Sie es haben wollen, und da ich den Hausbesitz nicht als Geschäft treibe, um eine Rente daraus zu ziehen, so kann ich jedenfalls mehr Entgegenkommen zeigen, als jemand, der erst seine Zinsen aus dem Hause ausrechnen muß“. Aber auch das hat nicht geholfen. Das ist für mich ein Beweis, daß eine große Zahl Wohnungen leerbleiben wird. Wenn wir deshalb den Ausbau der Straße bis nach dem Kriege hinausschieben, so wird das nicht so schlimm sein.

Herr Bürgermeister Meyer sagt, die Verhandlungen darüber seien schon vor Beginn des Krieges gepflogen. Dagegen ist zu sagen, daß die Betroffenen aber doch auch nicht mit dem Kriege gerechnet haben. Ich bin der Überzeugung, wenn der Krieg vor den Verhandlungen gekommen wäre, dann wären sie nicht mit ihrem Antrage auf Ausbau der Straße gekommen, und es wundert mich, daß man mitten im Kriege mit einem solchen Antrage kommt.

Ich möchte ferner den Herren zu bedenken geben, daß wohl die Hypotheken auf die Grundstücke immer dieselben geblieben sind — vielleicht sind sie aber auch erhöht —, die Zinsen aber nicht. Wenn der Bankdiskont auf 7 Prozent steht, dann wird der Zinsfuß für Hypotheken auch erhöht, und wenn infolgedessen der Preis für die Wohnungen gestiegen ist, so gibt es gewiß Hausbesitzer, die mit dem besten Willen zu einem niedrigeren Preise ihre Wohnungen nicht vermieten können. Wenn nun zu viel gebaut wird und die Bauunternehmer wollen das Risiko übernehmen, dann habe ich nichts dagegen, aber dazu beizutragen, daß die Wohnungen in diesen Kriegszeiten noch vermehrt werden, halte ich nicht für angebracht.

Stadtv. Niese: Alle diese Gründe haben mich nicht überzeugen können, daß es jetzt vernünftig wäre, seitens der städtischen Behörden einen Sticken beizustechen, damit die Bautätigkeit beschränkt wird, sondern es muß Leben in der Bude bleiben,

es muß ermöglicht werden, daß jeder Beruf, nicht allein der Grundbesitz, weiterbestehen kann. Noch vor ein paar Jahren hatten wir die Erfahrung zu machen, daß in der Wohnungsstatistik Braunschweig am schlechtesten in ganz Deutschland abschnitt, die leerstehenden Wohnungen waren gleich Null, und insolgedessen fand der Antrag Annahme, stadtseitig einige Häuser zu bauen, und diese Vorlage vertrat ja auch der Chef des städtischen Bauwesens, der Geheimrat Winter, der in seiner Begründung der Vorlage erklärte: Wir haben seit 30 Jahren mindestens vierzig Wohnhäuser zu wenig gebaut, und daraus ist die Misère entstanden. Er hat recht gehabt, es war die Folge des damaligen Stickenbeistehens, und so bin ich überzeugt, daß wir auch heute keine Veranlassung haben, etwas Ähnliches zu tun. Ich rechne nicht damit, daß der Krieg eine Ewigkeit dauern soll. Wenn nun leider auch viele von unseren Brüdern gefallen sind und sie nicht die bisher innegehabte Wohnung wieder beziehen können, so werden andere an ihre Stelle treten, und so groß werden die Lücken nicht sein, daß wir uns darum veranlaßt sehen müßten, vollständig in der Bautätigkeit stopzumachen.

Ich habe erwartet, daß dieser Widerspruch in der heutigen Versammlung kommen würde, denn ich habe den Bericht über die Versammlung des Grundbesitzervereins, und was sein Vorsitzender und Herr Stadtv. Frede dort geäußert haben, gelesen. Doch das kann mich keineswegs irritieren oder eines anderen belehren. Als Herr Frede noch kein Grundbesitzer war, hatte er eine andere Meinung, und die kenne ich auch. (Heiterkeit.) Einseitige Interessen zu vertreten, wenn das auch mit Humor umgeben wird, das faßt bei mir nicht an. Ich stelle mich auf den Standpunkt: Was sind wir der Allgemeinheit schuldig?

Stadtv. Meyerhoff: Herr Wesemeier hat von fetten Jahren gesprochen. Er kann dabei nur eine Klasse von Hausbesitzern im Auge gehabt haben, und zwar die, die unter günstigen Verhältnissen in Besitz von modernen Wohnungen gekommen sind. Wo bleiben denn die anderen, und das ist der große Haufen? Welche ungeheuren Zinserhöhungen hat sich denn der Hausbesitz gefallen lassen müssen! Ich möchte es den Herren gönnen, daß sie wenn auch nur kleine Hausbesitzer wären und am eigenen Leibe erfahren, was es bedeutet, wenn der Hypothekengläubiger sagt: Von nun an bezahlt ihr an Zinsen soundso viel mehr. Und hat der Hausbesitzer nur eine kleine Einrede, dann heißt es: Dann kündige ich das Kapital. Schon in den Zeiten vor dem Kriege, schon zwei Jahre vorher, war es mit der Versorgung von Hypothekenskapital schlecht bestellt, jetzt, während des Krieges, ist gar nichts zu haben. Welches sind denn die Segnungen, die uns das Mieteneinigungsamt gebracht hat? Wir kennen sie; es heißt immer: Kann und will der Hausbesitzer etwas ablassen? Gott sei Dank sind wir hier nicht in die Abartung gefallen wie in anderen Städten, wo den Hausbesitzern einfach der Nachlaß aufgedrückt wird.

Ich möchte die Herren von der anderen Seite des Hauses sehen, wenn sie in derselben Lage wären wie jetzt die Hausbesitzer, wie sie dann reden würden! Aber sie haben sich wohl gehütet, Grundstücke zu erwerben. Es ist immer noch richtig: Der Dumme baut das Haus, und der Kluge zieht hinein. Mich wundert nur, daß nicht gesagt ist, es sei Wohnungswucher getrieben.

Sodann sagt Herr Kiefe, er wäre darauf gefaßt gewesen, daß Herr Frede und ich gegen den Antrag sprechen würden. Ja, meine Herren, ich war auch darauf gefaßt, daß Sie, wie immer, gegen die Hausbesitzer auftreten würden. Das taten Sie schon vor 30 Jahren und werden Sie sich wohl auch in Ihren älteren Tagen nicht mehr abgewöhnen können. Wie das bei Ihnen ist, so ist das in entgegengesetzter Weise genau so bei mir. Sie können sich nicht darüber hinwegsetzen, daß der Hausbesitzer einen festen Bestand bildet, und wir wollen den Hausbesitzerstand erhalten und ihn nicht unter den Dof bringen lassen; nur dafür sprechen wir.

In der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit des Hauses für Annahme der Magistratsvorlage.

Stadtv. **Loeschigt** bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß 24 Stadtverordnete (einschließlich des Vorsitzenden) anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist.

7. Zuschuß an die Herzogin Johann-Albrecht-Stiftung aus Mitteln der Jüdelstiftung.

Stadtv. **Frede**: Es wird den geehrten Herren bekannt sein, daß die Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung es sich zur Aufgabe gemacht hat, ein Kinderheim auf dem Grundstück der früheren Zuckersabrik Brunonia an der Pflgehausstraße einzurichten und für Unterbringung verwaister junger Mädchen, besonders auf dem Lande, Sorge zu tragen. Leider ist diese Stiftung mit irdischen Gütern nicht besonders reich bedacht, sie hat deshalb schon einmal einen Zuschuß von 1000 *M* aus der Abteilung III der Jüdelstiftung erhalten, und der Vorstand der Herzogin-Johann-Albrecht-Stiftung hat auch in diesem Jahre wieder die Bitte um Gewährung einer Beihilfe von 1000 *M* an den Vorstand der Jüdelstiftung gerichtet. Der Magistrat ist der Meinung, daß in Anbetracht des gemeinnützigen Zweckes dem Antrage unbedenklich Folge gegeben werden könne, und gibt anheim, der Auszahlung der vom Vorstand der Jüdelstiftung schon bewilligten 1000 *M* zuzustimmen zu wollen. Die Finanzkommission ist selbstverständlich auch der Meinung,

daß die Bewilligung ausgesprochen werden müßte, und empfiehlt der Versammlung, ihre Zustimmung zu dieser Beihilfe zu erteilen.

Die Zustimmung wird durch die Versammlung erteilt.

8. Ankauf einer Sammlung ausgestopfter Vögel.

Stadtv. Frede: In Wolfenbüttel befindet sich eine Sammlung von ausgestopften Vögeln, die aus 500 sehr gut erhaltenen Exemplaren besteht. Die Sammlung hat einen gewissen Ruf. Ich habe mit Herren aus Wolfenbüttel gesprochen, die diese Sammlung gesehen haben. Sie lobten die Sammlung sehr und waren erstaunt, daß ich sie noch nicht kannte; sie wäre tatsächlich über die Grenzen der Stadt Wolfenbüttel vorteilhaft bekannt. Eingerichtet ist sie von dem jetzt verstorbenen Düngerfabrikanten Hentschel, und seine Erben haben der Stadt Braunschweig die Erwerbung der Sammlung anheimgestellt. Insofern doppelte Exemplare vorhanden sind, würden sich die ausgestopften Vögel sehr gut als Anschauungsmaterial für die Schulen eignen, die anderen Exemplare würden zu Lebensgemeinschaften zusammenzustellen sein und würden, so dem Schulmuseum überwiesen, diesem nicht nur zur Zierde gereichen, sondern auch zur Belehrung der Schulkinder glücklich zu verwerten sein —, die Herren wissen wohl, daß die Schüler und Schülerinnen klassenweise dorthin geführt werden. Herr Stadtschulrat Professor Dr. Rehfuß hat beim Schulvorstande beantragt, die Sammlung zu erwerben, der Schulvorstand hat dem zugestimmt und sich mit einem entsprechenden Antrage an den Magistrat gewandt. Dieser gibt uns nun anheim, 1500 M für den Ankauf dieser Sammlung zu bewilligen. Um einen Anhalt für den Wert der Sammlung zu haben, sind zwei Gutachten veranlaßt worden. Das erste ist eine Schätzung durch den in Wolfenbüttel wohnenden Präparator Braunholz. Er erachtet die Forderung für sehr mäßig und hat als Fachmann die Sammlung sehr gelobt. Das andere ist ein Gutachten des Rustos des Naturhistorischen Museums, Herrn Meerwarth, das im Auftrage des Herzoglichen Staatsministeriums erteilt ist. Auch dieses Gutachten ist sehr vorteilhaft ausgefallen, und der Preis wird darin als ein sehr mäßiger bezeichnet. Mit Rücksicht auf die Vorzüge dieser Sammlung, mit Rücksicht darauf, daß in dem Schulmuseum und in den Bürgerschulen ein beschränktes Anschauungsmaterial vorhanden ist, ferner mit Rücksicht darauf, daß gerade bei den städtischen Kindern eine mangelhafte Kenntnis der hiesigen Vogelwelt vorhanden ist, empfiehlt Ihnen die Schulkommission gleich den anderen Instanzen, die Summe zu bewilligen.

Stadtv. Wesemeier: Mir ist erinnerlich, daß vor einigen Jahren hier davon die Rede war, daß im Herzoglichen Naturhistorischen Museum eine Reihe von

Vögel in der Sammlung zu stark besetzt sei und eine ganze Anzahl von Duplikaten uns zur Verfügung gestellt seien. Ich regte damals an, für unsere Schulen aus diesen Beständen des Naturhistorischen Museums Ankäufe zu machen, soweit es angängig sei. Ich glaube, damals wäre die geeignete Zeit gewesen, zu noch besseren Bedingungen die dort verschenkten Sachen zu erhalten. Ich möchte fragen, ob damals Ankäufe gemacht sind, und gebe zugleich meiner Freude Ausdruck, daß heute ein solcher Ankauf vorgenommen werden soll.

Oberbürgermeister Metemeyer: Das Herzogliche Staatsministerium hat der Stadt bei Einrichtung des Schulmuseums einen größeren Posten ausgestopfter Vögel aus den Sammlungen des Naturhistorischen Museums geschenkt; sie sind dort aufgestellt. Daß wir nicht gerade die allerbesten Exemplare bekommen haben, kann ich wohl offen gestehen; bei Geschenken kann man das ja auch nicht erwarten. Ankäufe aus dem Naturhistorischen Museum zu machen, ist eine eigene Sache, denn die gut ausgestopften Exemplare wird wohl einstweilen das Museum nicht hergeben. Es hat allerdings, wie ich höre, noch einen großen Vorrat nicht ausgestopfter Vögel, aber soweit ich orientiert bin, liegt gerade der Wert bei diesen Anschauungsmitteln darin, daß sie lebenswahr ausgestopft sind, und ob uns das gelingt, wenn wir vielleicht das eine oder andere Exemplar ankaufen, wird immerhin zweifelhaft sein. Nun hat der Herr Stadtschulrat berichtet, daß sich hier eine Zusammenstellung heimischer Vogelarten, wie sie selten ist, findet, die lebenswahr dargestellt ist, und so ist es wahrscheinlich vorteilhafter, wenn wir diese abgeschlossene Sammlung zu einem annehmbaren Preise erwerben. Ich weiß auch nicht, ob das Naturhistorische Museum, solange über dessen Schicksal nicht Beschluß gefaßt ist, eine größere Sammlung uns abtreten wird.

Stadtv. Steinede: Ich möchte anfragen, ob der Preis von Sachverständigen für angemessen gehalten wird.

Stadtv. Frede: Ich glaube, das in wünschenswerter Deutlichkeit gesagt zu haben. Ich habe den Präparator Braunholz und den Rustos des Naturhistorischen Museums genannt und deren Gutachten angeführt. Herr Meerwarth hat unter anderem gesagt, daß der geforderte Preis kaum die Hälfte des Katalogpreises betrage. Das möchte ich noch hinzufügen, damit sich die geehrten Herren einen Maßstab machen können:

Die 1500 M für die Erwerbung werden bewilligt.

9. Vermietung der Wohnungen im Hause Hinter der Magnikirche 1.

Stadtv. **Rufsch:** Das Grundstück Hinter der Magnikirche 1, das sich in seiner Ausführung dem alten Stadtbilde in jener Gegend wundervoll anpaßt, ist so weit fertiggestellt, daß der Magistrat zum 1. Oktober die Wohnungen vermieten kann. Er hat für die verschiedenen Wohnungen folgende Preise festgesetzt:

Erdgeschoß (2 Stuben, 1 Kammer, Küche)	325 M,
1. Obergeschoß (2 Stuben, 2 Kammern, Küche)	450 M,
2. Obergeschoß (2 Stuben, 2 Kammern, Küche)	425 M,
Dachgeschoß (2 Stuben, 1 Kammer, Küche)	250 M,
Keller (2 Räume)	150 M,

insgesamt also 1600 M.

Wie in einer früheren Vorlage, die uns über den Wiederaufbau dieses Hauses gemacht ist, schon erwähnt ist, hält es der Magistrat für angängig, bei dieser Gelegenheit für den Schuldiener Cramer, der für die Gaußschule angestellt ist, eine Dienstwohnung zu schaffen, und ihm dafür die Wohnung im ersten Obergeschoß zu überweisen. Um ihn mit den übrigen Schuldienern gleichzustellen, würde ihm für freie Wohnung nebst Licht, Wasser und Feuerung 10 Prozent seiner jeweiligen Vergütung in Abzug zu bringen sein. Da es aber nicht für zweckmäßig gehalten wird, daß ihm in dem fraglichen Hause Licht und Feuerung frei vorgehalten wird, so soll ihm dafür eine Vergütung von 70 M pro Jahr gewährt werden. Der Schuldiener ist mit diesen Bedingungen einverstanden und hat sich bereit erklärt, die Stelle des Wirtswirts auf dem Grundstück einzunehmen.

Der Magistrat ersucht, ihn zu ermächtigen, die Wohnungen in dem Hause Hinter der Magnikirche 1 zu den angeführten Preisen zu vermieten und dem Schuldiener Cramer die genannte Wohnung als Dienstwohnung zu überweisen. Die Baukommission, die sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Antrage befaßt hat, empfiehlt Ihnen, die Genehmigung zu erteilen.

Oberbürgermeister **Kettemeyer:** In der Vorlage ist auch erwähnt, daß die beiden Keller, die abgetrennt werden sollen, an die städtische Bauverwaltung abgegeben und dafür 150 M als Miete angesetzt werden. Ich glaube, es hat Ihre Zustimmung, wenn ich sage: Diese formelle Vermietung an die städtische Bauverwaltung ist ziemlich zwecklos. Wir würden die Summe in Kap. I vereinnehmen und in Kap. X in Ausgabe stellen müssen. Die städtische Bauverwaltung hat so manche Sache von der Stadt im Besitz, die sie für den Weggebau benutzt, daß wir ihr diese beiden Keller auch ohne weiteres überlassen können.

Die Versammlung ist mit den Magistratsanträgen einverstanden.

10. Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke.

Stadtv. Rathe: Gleichzeitig mit der Genehmigung des Baues der Steintorbrücke haben die Stadtverordneten sich grundsätzlich mit der Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Nordwestecke der genannten Brücke einverstanden erklärt und die Baukommission ermächtigt, mit dem Stadtmagistrat endgültig über die Einrichtung der Bedürfnisanstalt zu verhandeln. Nach diesen Verhandlungen sollte die Bedürfnisanstalt eine oberirdische sein. Durch Verlegung der Straßenbahngleise der Linie 4 ist aber der Kreuzungspunkt an der Steintorbrücke aufgehoben, und damit fällt auch die Notwendigkeit einer Warthalle an dieser Stelle weg. Es wird uns nunmehr ein Projekt für eine unterirdische Bedürfnisanstalt vorgelegt, und zwar eignet sich der in Aussicht genommene Platz für eine solche ganz besonders, weil die Anstalt von der einen Seite Tageslicht bekommen kann. Die Bedenken gegen die Errichtung einer unterirdischen Anstalt fallen deshalb bei dieser Anlage weg. Außerdem ist die Lage des Straßenkanals zur neuen Bedürfnisanstalt derart günstig, daß die Entwässerung sehr gut ausgeführt werden kann.

Zur Errichtung des Gebäudes ist es erforderlich, daß ein Streifen von circa 21 qm von dem Herzoglichen Theaterparke erworben wird, ferner auch ein 6 m breites Stück von der Museumstraße. Der Kaufpreis für das von der Herzoglichen Hofstatt zu erwerbende Grundstück ist auf 22 *M* pro Quadratmeter festgelegt, während die Herzogliche Baudirektion bereit ist, die Abtretung des fiskalischen Straßenterrains unter der Bedingung bei Herzoglichem Staatsministerium zu empfehlen, daß die Stadt die Unterhaltungslast für die Fläche ohne staatliche Abfindung übernimmt; es soll also eine Abfindungssumme dafür vom Staate nicht gezahlt werden. Der Stadtmagistrat empfiehlt die Annahme dieser Bedingungen und beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung

1. sich mit Anlage einer unterirdischen Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke nach dem vorgelegten Projekt einverstanden zu erklären,
2. die zur Ausführung des Projektes erforderlichen Mittel zu Lasten des Extraordinariums zu bewilligen,
3. zu genehmigen, daß von Herzoglicher Hofstatt die bezeichneten 21 qm zum Preise von 22 *M* pro Quadratmeter, und vom Staat die angegebene Straßenfläche gegen stadtseitige Übernahme der Unterhaltungslast erworben werden, sowie der an Herzogliche Hofstatt zu zahlende Kaufpreis zu Lasten des Extraordinariums verrechnet wird.

Die Baukommission hat nach Prüfung des Projektes und der Kostenanschläge einstimmig der Vorlage zugestimmt. Die Baukosten der jetzt projektierten unterirdischen Bedürfnisanstalt sind zu 15 000 *M* veranschlagt, während die früher ge-

plante oberirdische Anlage 22 000 *M* Baukosten verursacht haben würde. Auch der Verkehrsdeputation hat die Sache vorgelegen und bei ihr Zustimmung gefunden. Die Baukommission läßt Sie durch mich bitten, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen.

Die Anträge des Magistrats werden genehmigt.

11. Anfrage Lauer wegen Aufstellung von eroberten feindlichen Geschützen in der Stadt.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 73.

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): Gelegentlich einer Reise, die ich kürzlich machte, berührte ich eine Anzahl deutscher Städte, in denen Trophäen ausgestellt waren, die aus dem gegenwärtigen Weltkriege stammen. Ich nenne die Städte Essen, Mainz, Hamburg, Hannover, natürlich auch Berlin, usw. Es ist zu verstehen, daß diese Siegeszeichen großes Interesse beim Publikum finden, und daß auch von auswärts große Scharen von Menschen nach den betreffenden Städten strömen, um die Siegeszeichen zu besichtigen und zu bewundern. Wenn man das sieht, dann ist es erklärlich, daß einem sehr bald der Gedanke kommt: Das wäre auch etwas für unser liebes Braunschweig. Wenn nun schon einmal diese Siegeszeichen ausgestellt werden, dann ist überhaupt vielleicht Braunschweig in erster Linie mit die berufene Stadt, in der erbeutete Kanonen, Maschinengewehre usw. als Wahrzeichen deutschen Heldennutes aufgestellt werden könnten. Beim Ausbruch des Krieges war es doch in erster Linie das zu uns zählende 10. Armeekorps, das zuerst die ernste Stimme der deutschen 42-Zentimeter-Brummer vor Lüttich ertönen ließ. Es war das 10. Armeekorps, das die Befestigungen von Lüttich, Namur, Antwerpen usw. sehr bald in Asche legte, und ein Braunschweiger war es, der Herzog Ernst August selbst, der auf den rauchenden Trümmern von Lüttich die deutsche Fahne hißte. In Rücksicht auf diese Tatsache, daß das 10. Armeekorps Wunder der Tapferkeit verrichtete, glaube ich, daß, wenn unser verehrter Magistrat ein Wort an maßgebender Stelle einlegen und eine dahingehende Bitte zum Ausdruck bringen würde, es leicht sein würde, daß auch Braunschweig mit der Aufstellung solcher Siegeszeichen bedacht würde. Ich fand in Mainz, abgesehen von denjenigen Kanonen und Maschinengewehren, die vor dem Theater, vor dem Gutenbergdenkmal, vor der Kommandantur, vor dem Dome standen, außerhalb der Stadt ganz versteckt in einem großen Raume gelegentlich eines Spazierganges eine Zusammenstellung von allen möglichen erbeuteten Geschützen der verschiedensten Kaliber; es mögen 400 oder mehr

gewesen sein. Die Aufstellung eines ganz kleinen Bruchtheiles von diesen Geschützen in unserer Stadt würde vielen zur Freude gereichen.

Den Gedanken, ob sich mit einer solchen Aufstellung ein kleines Eintrittsgeld verbinden ließe, vielleicht für einen Besuch des Schloßplatzes, wo ich mir die Aufstellung denken könnte, um so für unsere Krieger, für unsere Söhne, die auf allen Schlachtfeldern so Hervorragendes leisteten, noch etwas herauszuschlagen, will ich heute nur nebenbei berühren.

Oberbürgermeister Netemeyer: Der Stadtmagistrat hat sich allerdings mit dieser Frage schon befaßt, und zwar aus Anlaß eines Antrages des Braunschweigischen Landesvereins vom Roten Kreuz. Als Vorsitzender des Landesvereins kann ich die Mitteilung machen, daß vor längerer Zeit das Zentralkomitee an den Braunschweigischen Landesverein sich mit dem Ersuchen gewandt hat, seinerseits dafür einzutreten, daß geeignete Räume beschafft würden, um solche Trophäen, von denen Herr Lauer gesprochen hat, in Braunschweig auszustellen. Das Zentralkomitee ist allerdings, wie ich glaube, wesentlich von dem Gesichtspunkte ausgegangen, den Herr Lauer nebenbei gestreift hat, nämlich zugunsten des Roten Kreuzes durch zu erhebende Eintrittsgelder Mittel zu beschaffen. Wir waren im Landesverein der Ansicht, daß diese Veranstaltung angebracht sein werde, und daß die Einwohnerschaft Braunschweigs auch sehr gern die Ausstellung besuchen werde. Der Verein hat sich nun mit dem Ersuchen an den Magistrat gewandt, ein geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen. Wir sind im Magistrat auf Grund eines Gutachtens des Hochbauamts zu der Ansicht gekommen, daß sich zu der fraglichen Aufstellung sehr gut das vormalig Huneborstelsche Grundstück eignen würde. Der Hofraum würde eine Anzahl von Geschützen aufnehmen können — ein besonders großer Raum wird nicht nötig sein, denn es würden vielleicht 6 Geschütze aufgestellt werden —, und für die kleineren Waffen würden die unteren Räume des Lehrlingsheims ein sehr passender Ausstellungsraum sein. Diese Nachricht haben wir dem Zentralkomitee mitgeteilt und warten bis heute auf Antwort. Vielleicht ist eine ganz bestimmte Reihenfolge der Städte, nach denen die Ausstellung gesandt werden soll, festgesetzt, und Braunschweig ist noch nicht an die Reihe gekommen. Sollte die Antwort noch länger ausbleiben, so könnten wir ja noch einmal anfragen, ob uns die Sachen noch nicht bald überwiesen werden können, damit die Ausstellung vor sich gehen kann.

Eine Besprechung der Anfrage wird nicht gewünscht.

12. Anfrage Steinede über den eventl. Ankauf des literarischen Nachlasses des Rechtsanwalts Dr. Topp.

Vorsitzender: Herr Steinede beabsichtigt, eine Anfrage zu stellen, die den literarischen Nachlaß des Rechtsanwalts Dr. Topp betrifft. Die schriftliche Relation wird nachfolgen. Ich trage keine Bedenken, Herrn Steinede das Wort zur Begründung zu erteilen.

(Nachträgliche Fassung des Wortlauts der Anfrage: „Ist der Magistrat in eine Prüfung darüber eingetreten, ob der Ankauf des literarischen Nachlasses des Rechtsanwalts Dr. Topp für die Stadt Braunschweig empfehlenswert sei?“)

Stadtv. Steinede: Ich möchte mich ganz kurz fassen. Herr Rechtsanwalt Dr. Topp soll einen großen literarischen Nachlaß hinterlassen haben, der aus Tausenden von Bänden bestehen soll. Es ist mir mitgeteilt, daß schon Antiquare aus Frankfurt am Main dahinter sitzen, um die Sachen anzukaufen. Deshalb möchte ich anfragen, ob von seiten des Stadtmagistrats ein Interesse vorliegt, die Sachen zu erwerben, und ob Schritte dazu unternommen werden sollen, ehe es zu spät ist. Herr Dr. Topp soll, wie mir gesagt ist, in seinem letzten Willen bestimmt haben, daß diese Sachen, wenn die Stadt Braunschweig sie erwerben wolle, ihr entsprechend billiger abgelassen werden sollten.

Oberbürgermeister Metemeyer: Über die letztwilligen Anordnungen des Herrn Rechtsanwaltes Dr. Topp ist dem Magistrat nichts bekannt, insofgedessen hat er sich nicht mit der Frage befaßt, ob die Stadt ein Interesse daran hat, diesen Nachlaß zu erwerben. Ich glaube, es ist vom Magistrat nicht zu verlangen, daß er heute eine Erklärung abgibt, ob er Interesse an dem Erwerb dieses Nachlasses hat. Ehe nicht eine Prüfung dieses Nachlasses vorgenommen ist, können wir eine Erklärung in dieser Richtung beim besten Willen nicht abgeben.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 6½ Uhr.

1915/1916.

Nr. 4.

Bericht
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 2. Juli 1915.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Eingabe des Verkehrsvereins, betreffend die Verkehrszeit der Straßenbahn . . | Seite 108 |
| 2. Beihilfe an den Verein Volkslesehalle aus der Fideilstiftung | " 130 |
| 3. Richtlinien für die Verfassung des Kommunalverbandes Braunschweig . . . | " 130 |
| 4. Änderung des Projekts über den geplanten Rathausanbau | " 131 |
| 5. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im städtischen Hause hinter
der Magnikirche 1 | " 133 |
| 6. Ankauf zweier Grundstücke am Niekelnfalk | " 133 |
| 7. Aufhebung von projektierten Straßenzügen | " 158 |
| 8. Eingabe, betreffend Milderungen der Bestimmungen über den Kleinverkauf
alkoholhaltiger Getränke | " 159 |
| 9. Dringlichkeitsantrag Steinbrecher, betreffend die neue Festsetzung der Höchst-
preise für Getreide | " 161 |
| 10. Dringlichkeitsantrag Wesemeier auf Aufbarmachung des Abschlags aus den
hiesigen Schlachtungen für den Armeeverbrauch für die Braunschweiger Be-
völkerung | " 163 |
-

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Stadträte **von Franckenberg**, **Mohr** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienst fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bartels**, **Bunge**, **Göde**.

Stellvertretender Vorsitzender **Meyerhoff**: Da der Vorsitzende für den Augenblick noch am Erscheinen behindert ist, eröffne ich an seiner Stelle die heutige Versammlung. Zu dem ersten Punkte der Tagesordnung erteile ich Herrn Sander das Wort.

1. Eingabe des Verkehrsvereins, betreffend die Verkehrszeit der Straßenbahn.

Stadtv. **Sander**: Meine Herren. Es ist Ihnen allen ein Schriftsatz über die Wünsche des Verkehrsvereins, betreffend die Verkehrszeiten der Straßenbahn, zugegangen. Es erübrigt sich wohl, daß ich ihn hier verlese. Es handelt sich gewissermaßen um eine Beschwerde, die der Verkehrsverein gegen die Straßenbahngesellschaft beim Stadtmagistrat bzw. bei den Stadtverordneten einreicht, und die dahin geht, daß dem Verkehrsverein nach den Verhandlungen, die er mit der Straßenbahngesellschaft gepflogen hat, von dieser versprochen ist, im Falle von den städtischen Behörden genehmigt wird, daß von 8½ Uhr ab ein 12-Minuten-Betrieb stattfindet, den Spätwagenverkehr bis ½1 Uhr auszudehnen, daß dieses Versprechen aber von der Straßeneisenbahngesellschaft nicht eingelöst ist.

Wie den geehrten Herren rememberlich ist, haben wir am 4. März d. J. dem Antrage der Straßenbahn stattgegeben, einen 12-Minuten-Verkehr von 8½ Uhr an zu genehmigen. Die Straßenbahn hat darauf versuchsweise einen Spätwagenverkehr auf der Gliesmaroder Strecke um 12 Uhr eingelegt, aber nach dreiwöchigem Betriebe diesen Wagen wieder eingezogen, und zwar mit der Begründung: er sei nur sehr wenig benutzt, und sie habe daraus den Schluß gezogen, daß ein Bedürfnis für diese Spätzüge nicht vorliege. Der Verkehrsverein ersucht nun den Magistrat bzw. die städtischen Behörden, veranlassen zu wollen, daß die Straßenbahn angehalten wird, auf Grund ihres Versprechens nunmehr den Spätwagenverkehr bis 12½ Uhr auszudehnen. Der Magistrat hat gewünscht, erst dann Stellung zu der Frage zu nehmen, wenn die Stadtverordnetenversammlung sich darüber ausgesprochen hat, und so ist die Sache in der Statutenkommission vorberaten.

In der Statutenkommission wurden die Gründe, die die Straßenbahngesellschaft für Nichtinnehaltung ihres Versprechens angegeben hat, im großen und ganzen als stichhaltig anerkannt. Die Straßenbahn erklärt, daß von ihrem Ver-

sonal, besonders von ihren Fahrern, sehr viele zum Kriegsdienst eingezogen seien — es sind bis vor vierzehn Tagen von 260 Mann Fahrpersonal 162 zum Heeresdienst einberufen —, und es ließe sich nicht ermöglichen, jetzt Ersatz dafür zu schaffen. Die Straßenbahn habe für die Schaffner teilweise schon weibliches Personal eingestellt, es sei aber nicht möglich, dieses auch für den Fahrdienst auszubilden, und schon aus diesem Grunde sei die Gesellschaft nicht in der Lage, den Betrieb in der gewünschten Form aufrechtzuerhalten.

Weiter ist von der Straßeneisenbahngesellschaft angeführt worden, daß durch die Beschlagnahme der Metalle, Ole usw. ihre Verkehrsmittel derartig geschwächt seien, daß sie auch um deswillen nicht in der Lage sei, den Betrieb in der gewünschten Weise auszuführen. Schließlich ist die Straßenbahn der Meinung, daß zur Zeit ein Bedürfnis für diese Spätzüge nicht vorliege, wie der eingelegte Spätzug auf der Gliesmaroder Linie dies erwiesen hätte.

Der Verkehrsverein führt dagegen an, es sei der Gesellschaft dennoch möglich, den Verkehr in der gewünschten Weise auszudehnen, wenn sie nur den Willen dazu habe. Aus der schwachen Benutzung des nur drei Wochen lang gestellten Spätzuges den Schluß zu ziehen, daß ein Bedürfnis nicht vorliege, sei falsch. Ein Ergebnis könne erst nach längerer Zeit festgestellt werden, denn die Bewohner müßten sich erst an eine derartige Einrichtung gewöhnen.

Die Statutentkommission war in ihrer Mehrheit der Meinung, daß der Straßenbahn in der jetzigen Zeit eine derartige Verkehrserweiterung aus den angegebenen Gründen nicht möglich sei, hat aber dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Magistrat bei der Straßeneisenbahngesellschaft dahin wirken möchte, daß wenigstens zu dem Spätzuge von Hannover her der letzte Straßenbahnwagen so lange halten möchte, bis der Zug eingelaufen ist. Es ist häufig vorgekommen, daß bei Verspätung des Hannoverischen Zuges der Straßenbahnwagen sich einfach nach seiner Fahrzeit gerichtet hat und fortgefahren ist, selbst wenn die Eisenbahnpassagiere schon am Ausgang des Bahnhofes waren.

Ich möchte zu diesem Bericht über die Kommissionsberatung noch hinzufügen, daß ich persönlich schon im vorigen Jahre einen Antrag eingebracht habe, der sich mit den Wünschen des Verkehrsvereins deckt. Der Antrag ist zurückgestellt worden, und auf wiederholte Anfragen meinerseits, weshalb er nicht weiter behandelt würde, ist mir die Antwort zuteil geworden, daß erst finanzielle Erhebungen aufgestellt würden, die bis dahin noch nicht abgeschlossen seien, und auf spätere Anfragen wurde mir vom Magistrat die Antwort, daß zur Kriegszeit nicht daran zu denken sei, eine derartige Verkehrserweiterung von der Straßenbahn zu verlangen.

Aus der Eingabe des Verkehrsvereins läßt sich nicht verkennen, daß der Verein bestrebt ist, den Verkehr für das reisende Publikum, sowohl für die an-

kommanden Fremden wie auch die hiesigen Einwohner, in dieser Hinsicht zu erleichtern, so daß sie von den Spätzügen noch mit der Straßeneisenbahn nach ihrer Behausung kommen können, zumal der übrige Fahrverkehr in hiesiger Stadt auch seine ziemlichen Mängel hat. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Wunsch des Verkehrsvereins berechtigt ist; aber schließlich muß doch Rücksicht auf die heutigen Zeitverhältnisse genommen werden. Die Straßenbahn hat sich ja auch verpflichtet, sobald sie genügend Personal bekommen könnte, und sobald der Krieg zu Ende sei, würde sie allen diesen Wünschen Rechnung tragen; es läge ja in ihrem eigenen Interesse, den Betrieb auszudehnen und damit ihre Einnahmen zu erhöhen.

Da ich auf die Einnahme zu sprechen gekommen bin, so möchte ich noch bemerken, daß auch die geringen Einnahmen aus den Spätwagen mit ein Grund sind, weshalb die Straßenbahn behauptet, daß sie sich nicht einstellen ließen, denn das lohnt sich nicht. Dagegen sagt der Verkehrsverein: Die Straßeneisenbahn ist nicht eine Erwerbsgesellschaft, sondern eine Verkehrsgesellschaft. Das ist richtig, aber schließlich muß doch auch diese Gesellschaft den Erwerb mit im Auge behalten. Selbst bei der Staatsbahn ist das so. Die Herren werden wissen, daß auf wiederholte Eingaben über den Verkehr nach dem Harze hin und um Einlegung eines Spätzuges nach dort, der Versuch damit gemacht ist, und daß wochenlang gezählt worden ist, wieviel Passagiere den Zug benutzten. Schließlich hat die Staatsbahn gesagt: Die Sache rentiert sich nicht, wir heben den Zug wieder auf. Wenn man von irgendeiner Einrichtung sagen kann: es ist eine Verkehrsgesellschaft und keine Erwerbsgesellschaft, so gilt das für die Staatsbahn. Bei der Straßeneisenbahn handelt es sich um eine private Gesellschaft, die ihr angelegtes Kapital selbstverständlich verzinst haben und womöglich noch etwas herausholen will. Aber das hat die Statutenkommission durchaus nicht beeinflusst, wenn sie Ihnen empfiehlt, vorläufig von einer Ausdehnung des Spätwagenverkehrs abzugehen und nur dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß für den Spätzug von Hannover der Anschluß an die Straßenbahn möglich ist.

Zu Anfang dieses Berichtes erscheint der **Vorsitzende Hartung** und übernimmt den Vorsitz.

Stadtv. Lauer: Es hat mich einigermaßen befremdet, daß diese ausgesprochene Verkehrsangelegenheit von der so sehr beschäftigten Statutenkommission erledigt worden ist. Die Verkehrsdeputation, die leider so wenig beschäftigt wird, steht mit leeren Händen daneben. So selten derartige Fragen auch hier zur Sprache kommen, so wird die Verkehrsdeputation doch nicht herangezogen, wenn wirklich einmal eine Verkehrsangelegenheit behandelt wird. Ohne daß ich im geringsten der Statutenkommission zu nahe treten will, glaube ich doch, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß, wenn die Angelegenheit von der zuständigen Verkehrs-

deputation vorberaten worden wäre, das Resultat für die Bürgerschaft Braunschweigs vielleicht etwas günstiger ausgefallen wäre. Sie können versichert sein, meine Herren, der Verkehrsverein hat, als er diese Beschwerde ergehen ließ, selbstverständlich auch die Härte und Schwere der Zeit nicht aus dem Auge gelassen. Er ist sich vollständig darüber klar geworden, denn die einzelnen Mitglieder des Vereins erfahren aus ihrem eigenen Betriebe, wie schwer es heute ist, die Betriebe aufrechtzuerhalten. Aber ich bin doch der Meinung, daß es Wünsche gibt, die schließlich auch zur Kriegszeit eine Berechtigung haben, und als einen solchen Wunsch sehe ich auch den vorliegenden Wunsch des Verkehrsvereins an. Ich meine, daß nicht alles nach dieser Richtung beiseite gestellt werden sollte, denn es trifft zu, daß in anderen Städten ein weit umfangreicherer Straßenbahnverkehr besteht. Es darf doch nicht eintreten, daß die wenigen Fremden, die nach Braunschweig kommen, auf dem Bahnhofe ratlos stehen und die ankommenden Reisenden mit ihrem Gepäck nicht ein und aus wissen. Solche Fälle treffen in der Tat zu, so erst am vergangenen Montag oder Sonntag. Es war bezeichnend, daß die Leute bei dem eingetretenen strömenden Regenwetter mit ihrem Gepäck vom Bahnhof nicht fortkommen konnten, denn eine andere Fahrgelegenheit als die Straßenbahn gibt es jetzt auf dem Bahnhofe bekanntlich auch nicht. Der Fremde, der es wagt, kurz nach 10 Uhr — denn um diese Zeit wird der Betrieb der elektrischen Bahn jetzt schon immer eingestellt — die Stille des Bahnhofes in der Haupt- und Residenzstadt Braunschweig zu stören, steht mit seinen sieben Sachen ratlos und verlassen da. Das bedeutet wenig Entgegenkommen den Fremden gegenüber, welche unsere Stadt besuchen.

Der Herr Referent hat behauptet, die elektrische Straßenbahn habe während mehrerer Wochen probeweise um 12 Uhr einen Wagen nach Glesmarode laufen lassen. Das ist ein Irrtum. Dieser Wagen ist nur kurze Zeit gefahren und dann nur zu dem Zuge, der 10.39 Uhr ankommt. Das wird also ein kleiner Irrtum gewesen sein, der dem Herrn Referenten untergelaufen ist. Ferner hat er darauf hingewiesen, daß der Spätwagenbetrieb nicht lohnend sei. Nun, soweit ich im Bilde bin — und wir erleben es ja jetzt am eigenen Fleische —, zahlen gern die Fahrgäste nach 10 Uhr einen höheren Preis, wenn nur die Möglichkeit geschaffen wird, auf diese Art noch befördert zu werden. Gewiß, auch ein Arbeitermangel besteht in der Kriegszeit, aber ich weiß auch, daß ein großes Überangebot von Kräften, augenblicklich von Frauen, bei der Straßenbahn vorliegt, daß die Leute verträufelt werden mit dem Bemerken: Gegenwärtig können wir Sie nicht einstellen, wir haben genügend Personal. (Hört, hört!) So sehr ich immer betone, daß wir die schwere Situation in der Gegenwart berücksichtigen, so muß ich doch sagen, daß ein derartiger Zustand, daß Touristen auf dem Bahnhofe nicht ein und aus wissen, weil in den Abendstunden der Betrieb der Straßenbahn einfach

fast stillliegt, von uns auch in der Kriegszeit nicht ruhig weiter bestehen gelassen werden kann. Ich vermiße das Entgegenkommen, von dem der Herr Referent gesprochen hat, und das seinerzeit die Straßenbahngesellschaft dem Verkehrsverein ausdrücklich zugesagt hat. Das ist auch zur Kriegszeit gewesen, denn es liegt nur wenige Monate zurück. Dem Entgegenkommen, welches man von seiten der Behörden der Bahn fortwährend gewährt — ich erinnere nur an die wesentliche Erhöhung des Tarifs, an die Verminderung der Fahrgelegenheit von 6 auf 12 Minuten —, steht ein Entgegenkommen gegen Wünsche unsererseits nicht gegenüber.

Alles, was bezüglich der Spätzüge angeführt werden kann, könnte auch bezüglich der Frühzüge gesagt werden. Wir im Verkehrsverein haben nicht die Absicht, in der Kriegszeit auch für die Frühzüge einzutreten, sondern wollen uns beschränken auf die vorliegende Frage, die wir dann aber allerdings als eine sehr dringende betrachten. Wenn schließlich ein solches Entgegenkommen bei der elektrischen Bahn nicht zu erzielen ist, dann wäre es aber immerhin wünschenswert, daß wenigstens für die nächsten zwei oder drei Monate, in denen der Reiseverkehr stärker einsetzt und der Transport des Reisegepäcks in Frage kommt, von seiten der Stadtverordnetenversammlung die geäußerte Bitte unterstützt und Abhilfe geschaffen würde. Mein Wunsch geht dahin, doch in diesem Falle dem rührigen Verkehrsverein ein Entgegenkommen in diesem Sinne zu bezeigen und seine Tätigkeit dadurch anzuerkennen, daß Sie seinen Antrag möglichst kräftig in unser aller Interesse unterstützen.

Stadtv. Roefsig: Meine Herren, Sie werden sich aus meiner langjährigen Tätigkeit hier in der Stadtverordnetenversammlung erinnern, daß ich immer mit vorangewesen bin, wenn es sich um die Straßenbahn und darum handelte, von ihr für den Verkehr herauszuschlagen, was nur irgend möglich war. Aber in diesem Falle bin ich entgegengesetzter Meinung als die Mitglieder des Verkehrsvereins. Ich stehe auf dem Standpunkte, was die Straßenbahn irgend leisten kann, das können und wollen wir verlangen, und Herr Lauer sagt, das, was der Verkehrsverein wünscht, können wir als das Wenigste verlangen. Nun wird uns aber vom Herrn Referenten kargelegt, wie die Sache liegt, und wir selbst können es auch wissen. Sehen Sie sich die Straßenbahn in ihrem gewöhnlichen Betriebe an, und hören Sie die Frauen, die den Dienst tun, wie sie mitgenommen werden. Hören Sie ihre Klagen an, was für schlechte Fahrer sie haben, und wie unvernünftig manchmal gefahren wird. Daran sehen wir, in welcher Lage heute die Straßenbahn ist. Das sind Schwierigkeiten, die wirklich vorliegen, und ich will hoffen, daß, wenn noch weitere Einziehungen kommen, die Zeiten nicht noch schlechter werden, als sie sind. Wir müssen uns alle nach der Decke strecken. Die Zahl der Droschken ist eingeschränkt, weil es an Pferden mangelt, und auch die Autodroschken sind nur

auf wenige belassen. Die Wirtschaften sind um 12 Uhr geschlossen, und jeder muß sich in der Kriegszeit darnach richten. Herr Lauer erinnert daran, wie unangenehm es ist, wenn der Zug kommt und die Straßenbahn ist nicht mehr zu erlangen. Darin hat er recht, und es ist mir neulich auch so gegangen. Als ich vom Bahnhof kam und mit der Straßenbahn nach Olper weiterfahren wollte, war der letzte Wagen schon abgefahren. Darin kann und wird uns die Straßenbahn entgegenkommen, daß der letzte Wagen in Zukunft einmal ruhig die fünf Minuten wartet, bis der Zug eingelaufen ist. Aber wir müssen uns auch sagen: Wenn es möglich wäre, würde die Straßenbahn ganz gewiß mehr tun. Es ist uns zugesagt, es solle der 12-Minuten-Verkehr aufrechterhalten werden. Aber das ist vor drei Monaten geschehen: wieviel Personal ist in dieser Zeit der Straßenbahn genommen und wird noch geholt werden! Ohne dem Verkehrsverein zu nahe treten zu wollen, muß ich doch sagen: Man soll nicht wünschen, was nicht zu erfüllen möglich ist, und soll besonders in solcher Zeit den Bogen nicht zu straff spannen. Wenn ich auch derjenige bin, der scharf gegen die Straßenbahn angeht, wenn es etwas zu erreichen gibt, so muß ich doch hier sagen: Lassen Sie uns den Vorschlag annehmen, den uns die Kommission empfiehlt.

Stadtbaurat Gebensleben: Herr Lauer hat ganz richtig bemerkt, daß die Verkehrsdeputation keine Veranlassung gehabt hat, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, denn die Eingabe ist an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet. Infolgedessen ist sie einer Kommission der geehrten Herren überwiesen worden, nicht aber der gemischten Verkehrsdeputation.

Von den Besprechungen und Verhandlungen, die zwischen dem Verkehrsverein und der Straßenbahndirektion gepflogen sind, hat selbstverständlich der Magistrat keine Kenntnis bekommen. Er hat nur indirekt Kenntnis davon erlangt, und danach scheint es mir fast, als ob in gewisser Beziehung ein Mißverständnis vorliegt. Die geehrten Herren wissen, daß die Straßenbahn vor längerer Zeit sich an uns mit der Bitte gewandt hat, wir möchten den Betrieb in den Abendstunden in gewisser Beziehung einschränken, und in der Stadtverordnetenversammlung vom 5. März ist dann auch beschlossen, daß in den Abendstunden wochentags von 8½ Uhr an und an Sonnabenden und Sonntagen eine Stunde später der 12-Minuten-Betrieb eingeführt wird. Die Straßenbahnverwaltung ist zu dieser Bitte seinerzeit vor allem dadurch veranlaßt, daß es ihr an Personal, an Kohlen und sonstigem Betriebsmaterial mangelte; sie führte allerdings in dem Gesuche auch finanzielle Gründe mit ins Feld. Jedenfalls haben die geehrten Herren nach sorgfältiger Prüfung damals sich von der Triftigkeit dieser Gründe überzeugt und dem 12-Minuten-Betriebe zugestimmt. Nachdem dies geschehen war, kam an den Magistrat ein Schreiben vom Verkehrsverein, in dem ausgeführt wurde, daß Verhandlungen zwischen dem Verkehrs-

verein und der Straßenbahndirektion gepflogen seien — diese Verhandlungen sollen aber vor dem Kriege geführt sein —, wonach ein 12-Minuten-Betrieb in den Abendstunden eingeführt werden und als Äquivalent die Spätwagen verkehren sollten. Nun sieht der Verkehrsverein zu seinem größten Bedauern, daß zwar die Betriebseinschränkung eingeführt ist, daß aber die Spätwagen fehlen. Auf die Eingabe des Verkehrsvereins hin ist von uns die Straßenbahnverwaltung zu einer Äußerung aufgefordert und hat geantwortet, daß sie zu der Betriebseinschränkung durch den Krieg gezwungen sei, vor allen Dingen, weil es ihr an Personal und Betriebsmaterial mangle. Sie bringt aber in ihrem Schreiben besonders zum Ausdruck, daß sie nach Beendigung des Krieges gern in Verhandlungen darüber eintreten würde, daß, den Wünschen der Bürgerschaft entsprechend, Spätwagen eingelegt würden.

Leider hat sich die Straßenbahnverwaltung mit dieser ersten Betriebseinschränkung nicht begnügen können, sondern hat, wie wir alle wissen, am 15. Juni d. J. eine weitere durchgreifende Einschränkung stattfinden lassen müssen. Durch die vielen Einberufungen, durch den Mangel an Betriebsstoffen (Kohlen, Öl) und vor allen Dingen durch die Beschlagnahme der Lagermetalle (Kupfer, Zinn usw.) war die Straßenbahndirektion in eine sehr heikle Lage gekommen und mußte kurz vor dem 15. Juni erklären, es wäre ihr einfach unmöglich, den Betrieb in dem bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten. Hinzugekommen war, daß eine ganze Anzahl von Fahrern plötzlich gekündigt hatte. Die Straßenbahngesellschaft versicherte, daß sie zwar alle Hebel in Bewegung gesetzt hätte, um neues Personal anzuwerben, aber selbstverständlich gehe doch erst eine gewisse Zeit — mindestens vierzehn Tage — verloren, bis die neu Angeworbenen zum Fahrdienst ausgebildet seien. Der Stadtmagistrat und die Herzogliche Polizeidirektion haben, jeder für sich, einen Sachverständigen ernannt, die in eine genaue Prüfung der Verhältnisse eingetreten sind. Das Tiefbauamt und der Gewerbeaufsichtsbeamte — dies waren die prüfenden Stellen — haben zugeben müssen, daß die von der Straßenbahnverwaltung ins Feld geführten Gründe tatsächlich vorlagen und triftig waren. Infolgedessen mußte weitere Betriebseinschränkung zugelassen werden. Der Magistrat hat es sich angelegen sein lassen, Vorkehrungen zu treffen, daß diese Einschränkungen so schnell wie möglich wieder beseitigt werden, und hält darauf, daß die Straßenbahndirektion Ersatzpersonal einstellt. Es sind denn inzwischen auch einige Milderungen eingetreten.

Bei einer solchen heiklen Sachlage ist es, wie ich glaube, nicht ohne weiteres angängig, jetzt von der Straßenbahnverwaltung zu verlangen, daß in den Abendstunden zu allen den letzten Zügen Spätwagen verkehren. Sie würde, wenn das verlangt werden sollte, ohne weiteres dahin kommen, am Tage weitere Betriebseinschränkungen vornehmen zu müssen, denn das Personal kann natürlich nur

während einer gewissen Zahl von Stunden seinen Dienst verrichten, und man kann nicht die Dienstzeit ad libitum verlängern. Aus diesem Grunde empfehle ich, den Bogen nicht zu straff zu spannen, ich halte es aber für durchaus zweckmäßig, nach dem Kriege die geäußerten Wünsche tunlichst durchzusetzen. Jetzt aber bitte ich, sich auf das zu beschränken, was von der Kommission gefordert ist. Die Straßenbahnverwaltung wird sich derartigen Wünschen, wie sie von dem Herrn Berichterstatter der Kommission vorhin geäußert sind, jedenfalls geneigt zeigen, und wir werden auch vom Magistrat aus darauf dringen, daß diesen Wünschen entsprechend die Straßenbahnverwaltung verfährt. Doch habe ich schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß Verzögerungen in der Abfahrt der letzten Wagen, wie sie von dem Herrn Berichterstatter gewünscht werden, auch gewisse unliebsame Folgen haben. Wenn ein Wagen auf dem Bahnhofe festgehalten wird, weil er die Ankunft eines Eisenbahnzuges noch abwarten soll, so wird man in der Stadt Gelegenheit für das Umsteigen, beispielsweise nach dem Friedhof oder nach dem Madamenweg, nicht mehr vorfinden, denn eine entsprechend lange Zeit können die Anschlußwagen unterwegs nicht warten. Also so ganz vorzüglich ist auch dann der Betrieb noch nicht durchgeführt, aber in gewisser Beziehung wird doch den Wünschen der Einwohner damit Rechnung getragen.

Stadtv. Steinicke: Ich möchte zunächst Herrn Voelschlag freundlichst erwidern, daß der Verkehrsverein, bevor er seine Eingabe abgeschickt hat, nach allen Seiten hin die Tragweite derselben reiflich geprüft hat. Sie können überzeugt sein, daß auch wir uns der Schwere der Zeit bewußt sind. Herrn Stadtbaurat Gebenzleben habe ich zu erwidern, daß seine Ausführungen wohl sehr interessant waren, aber uns nicht vollkommen zu überzeugen vermögen. Das möchte ich in kurzen Worten darlegen. Wenn die Straßenbahn, wie wir durch eine Mitteilung in der Generalversammlung des Verkehrsvereins unterrichtet sind, das Versprechen abgegeben hat, gegen die Konzession der Einführung des 12-Minuten-Betriebes mit der Einstellung von Spätwagen entgegenzukommen, so mußte sie doch vor einer so kurzen Zeit schon wissen, daß sie dieses Versprechen wegen der Lage der Zeit, wegen der Beschlagsnahme der Metalle usw. nicht halten könnte. Ich kann nicht verstehen, daß man vor so kurzer Zeit noch ein solches Versprechen macht und jetzt Gründe anführt, um die Sache aus dem Felde zu schlagen. Ich möchte dagegen die eigentlichen Gründe der Straßenbahnverwaltung näher beleuchten. Man spricht immer von dem Personalmangel, und der ist wirklich da, aber wo liegt denn des Pudels Kern? Der liegt darin, daß die Leute zu schlecht bezahlt werden. (Rufe: Aha! Sehr richtig!) Die Straßenbahnführer in Spandau und anderen Städten bekommen 120 bis 140 M im Monat, hier bekommen sie 96 M. Ich möchte ein-

mal fragen, ob jemand im Saale ist, der mir nicht zustimmt, daß das kein auskömmliches Gehalt in der jetzigen Zeit ist. Ein verheirateter Mann kann davon keineswegs existieren, noch nicht einmal ein lediger, und das ist der Schwerpunkt des ganzen Personalmanagements. Mögen doch die Herren Aktionäre in dieser Zeit einmal etwas weniger verdienen, wie wir leider alle mehr oder weniger, und mögen sie ihren Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zukommen lassen. Es haben sich aus dem angeführten Grunde einige unverheiratete Straßenbahnführer nach Spandau gemeldet — meine Mitteilungen stützen sich auf Angestellte der Straßenbahn selbst —, aber sie sind abgewiesen, nachdem der Straßenbahngesellschaft in Spandau mitgeteilt ist, daß sie bei der hiesigen Gesellschaft in Dienst stehen. Jedenfalls kommt so etwas wie ein Kartell in Betracht, wonach gesagt wird: „Wenn ihr in Braunschweig im Dienst seid, wird eure Meldung in Spandau nicht angenommen.“ Das ist geschehen in der Zeit vor der letzten Bekanntmachung, wo einige Tage vorher acht Mann abgegangen sind, weil sie zu wenig Lohn bekamen.

Was den Kohlenmangel anbetrifft, so herrscht ja eine gewisse Kohlenknappheit, aber daß deshalb der Betrieb der Straßenbahn wesentlich eingeschränkt werden müßte, kann ich nicht zugeben. Ich habe einen hiesigen Kohlenhändler befragt, wie er darüber denkt, und es wurde mir geantwortet: „Sie stimmen mit mir überein, man muß sparsam mit den Kohlen sein, aber ein durchschlagender Grund für Einschränkung des Betriebes ist das nicht.“

Was über die Beschlagnahme der Metalle gesagt ist, mag richtig sein. Aber warum kommt man in anderen Städten aus, warum sucht man nicht nach Ersatzmitteln?

Es ist doch eine Tatsache, daß eine Menge Geschäftsleute den Zug 10.39 Uhr von Hannover benutzen, und daß dieser fast immer mit Verspätung ankommt. Wenn der Straßenbahnwagen um 10.51 Uhr abfährt, so ist das zu früh; der Reisende, der mit Gepäck ankommt, kommt meist zu spät, um ihn noch benutzen zu können.

Es wäre interessant gewesen, wenn der Herr Stadtbaurat sich über den schwarzen Punkt, über die wirkliche Ursache des Personalmanagements, das ist die geringe Bezahlung, geäußert hätte. Das Führeramt ist ein verantwortungsvoller Beruf, das wissen wir alle, und mit 96 M kann ein solcher Mann nicht auskommen, und so haben wir jetzt mit unter der Misere zu leiden.

Bei den Spätwagen haben wir auch gedacht an einen Anschlußwagen zu dem Zuge, der 12.43 Uhr von Magdeburg ankommt. Ein Revisor der Straßenbahn hat mir bestätigt, daß der Wagen der Linie 6 immer besetzt gewesen ist, auch bis zu dem Zeitpunkt, wo die Einschränkung in Kraft getreten ist, und ich selbst habe

mich oft überzeugen können, daß er in den ersten Monaten nach Beginn des Krieges voll besetzt war und sich rentiert hat.

Ich bitte Sie, für die Vorschläge des Verkehrsvereins zu stimmen.

Stadtbaurat Gebensleben: Wenn der Herr Referent vorhin gesagt hat, es handle sich um einen Spätwagen ½12 Uhr, so beruht das auf einem Irrtum. Ich ersehe aus den Akten, daß der in Frage kommende Spätwagen Anschluß an den 10.39 Uhr von Hannover kommenden Zug haben sollte. Nun weist die Straßenbahnverwaltung darauf hin, daß dieser Wagen regelmäßig außerordentlich schlecht besetzt gewesen sei, nur Sonnabends und Sonntags wäre er einigermaßen besetzt gewesen. Soviel ich weiß, verkehrt dieser Wagen auch jetzt noch, und die Straßenbahn wird auch wohl gern bereit sein, ihn auf dem Bahnhofe auf die Züge warten zu lassen.

Das Wort ergriffen habe ich, weil Bezug genommen ist auf die Straßenbahn in Spandau und ihre Lohnverhältnisse. Ich bin in der glücklichen Lage, genauer darüber unterrichtet zu sein, weil ich die Oberleitung über diese Straßenbahn längere Zeit gehabt habe. Es handelt sich dort nicht um eine Straßenbahngesellschaft, sondern um eine städtische Straßenbahn, und ich kann wohl gleich voraussagen, daß diese Straßenbahn in finanzieller Beziehung kein allzu angenehmer Faktor in der Stadtverwaltung Spandaus ist, und zwar insofern, als die Straßenbahn beinahe noch Zuschüsse verlangt, selbst wenn man nicht einmal die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals nach streng kaufmännischen Gesichtspunkten in Anschlag bringt. Die Verhältnisse in Spandau liegen ganz anders als in Braunschweig. In Spandau sind in der ersten Zeit nach Beginn des Krieges fast sämtliche Schaffner aus dem Straßenbahndienst gegangen. Zum größten Teil wurden sie eingezogen, und die noch übriggeblieben waren, gingen zum Teil zu den militärtechnischen Instituten in Spandau, da sie dort außerordentlich günstige Lohnverhältnisse vorfanden, und zum Teil zur Großen Berliner Straßenbahn, die bis zur Spandauer Grenze fährt. Die Grundlöhne in Spandau sind nicht höher als hier; soviel ich weiß, fangen die Leute auch mit 95 *M* an und kommen in allmählicher Steigerung zu einem höheren Gehalt. Aber während des Krieges trifft das zu, was der Herr Vorredner gesagt hat. Die Stadt Spandau hat zu ihrem größten Leidwesen mit den Besoldungen sehr in die Höhe sehen müssen, und nach dem, was ich gehört habe, wird das, was der Herr Vorredner über die Besoldung sagte, wohl zutreffen. Ich habe ja nur die erste Kriegszeit in Spandau noch mit durchgemacht und bin infolgedessen nur über die Zustände im Anfang der Kriegszeit unterrichtet: was sich hinterher entwickelt hat, weiß ich nicht. Ich glaube aber, daß dieses Beispiel für die hiesigen Verhältnisse ganz und gar nicht paßt. Man hat eben zu dem Mittel der Erhöhung der Be-

lösung greifen müssen, weil die eigenartig ungünstigen Arbeiterverhältnisse dazu zwangen. Ich bin fest überzeugt, daß die bestehenden Lohnverhältnisse bei der Braunschweiger Straßenbahn die Betriebseinschränkungen nicht veranlaßt haben, denn soweit mir bekannt ist, hat die hiesige Straßenbahnverwaltung auch vor längerer Zeit schon beschlossen, nicht unerhebliche Kriegszulagen zu bezahlen, und zwar in derartigem Maße, wie ich es vorerst für vollkommen ausreichend halte. Deshalb glaube ich, daß durch eine Lohnaufbesserung an dem Mißstande nichts geändert wird, sondern daß der Grund tatsächlich darin liegt, daß das Personal eingezogen ist, andererseits aber daran, daß das Lagermetall beschlagnahmt ist. Denn für den Straßenbahnbetrieb gebraucht man eine ganze Menge Kupfer und Zinn, und diese Metalle sind in einem derartigen Maße beschlagnahmt, daß den Straßenbahnen nur 80 Prozent des normalen Bedarfs zur Verfügung gestellt werden. Es leuchtet ein, daß sie damit auf die Dauer den regelmäßigen Betrieb nicht aufrechterhalten können. Ganz ähnlich ist es mit den Kohlen. Bei der vorgenommenen Untersuchung der Sachverständigen hat sich herausgestellt, daß in der ersten Zeit nach Beginn des Krieges der eiserne Bestand, den jede Betriebsverwaltung haben muß, nahezu ganz aufgebraucht war, und daß es erst sehr lange Zeit gedauert hat, um diesen eisernen Bestand einigermaßen wieder aufzufüllen. Also, meine Herren, ich wiederhole: es liegt nicht an dem, was der Herr Vorredner angeführt hat, sondern die Einschränkung des Betriebes hat seinen Grund in den Dingen, die ich vorhin in meinen Ausführungen festgestellt habe; es ist dies der Mangel an Personal und Kohlen und die Beschlagnahme des Lagermetalls.

Stadtv. Frede: Um zu einem richtigen Urteil zu kommen, habe ich, nachdem ich das Schreiben des Verkehrsvereins bekommen hatte, in welchem die Beschwerde ausgesprochen wird, mir eine Auskunft bei Herrn Direktor Lehmann, dem Leiter der Straßenbahn, geholt. Ich sagte mir: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man soll sie billig hören beede“, und ich bedaure nicht, dorthin gegangen zu sein. Ich habe nicht nur bestätigt gefunden, was der Herr Stadtbaurat ausgeführt hat, und was auch der Herr Referent der Kommission im großen und ganzen vorgetragen hat, sondern bin auch in der Lage, noch etwas dazu mitteilen zu können. Ich will zunächst eingehen auf das, was Herr Steinede in bezug auf die Aufwendungen für das Personal erwähnt hat. Herr Steinede hat sich bei den Bediensteten der Straßenbahn erkundigt. Wenn er auch nach beiden Seiten sich informiert hätte, so würde er gehört haben, daß in der Tat eine Kriegszulage gezahlt wird, daß die Familien der Eingezogenen monatlich, wenn ich nicht irre, 30 M bekommen, daß ferner der Kinderreichtum der Familien hierbei berücksichtigt wird. Die Leute müssen die Brotkarten vorzeigen, und auf jede Brotkarte wird noch eine besondere Unterstützung von 2 M gezahlt. (Zwischenruf des Stadtv.

Steinede: Ist mir bekannt.) Das ist sicher anzuerkennen, und wenn Herr Steinede davon gewußt hat, so hätte er das sagen sollen, denn es verdient jedenfalls Hervorhebung.

Nun hat mir Herr Direktor Lehrmann die Schwierigkeiten geschildert, die im Betriebe zu überwinden sind; sie sind in der Tat außerordentlich. Ich meine, wenn die Straßenbahngesellschaft, wie in Aussicht gestellt ist, statt der kupfernen Leitungen eiserne anzulegen gezwungen ist, was mit großen Opfern und Verlusten seitens der Gesellschaft verknüpft ist, dann muß der Notstand außerordentlich hoch sein. In bezug auf das Personal liegt der Notstand so, daß rund 200 Personen durch die Einziehung zum Kriegsdienst ausgefallen sind. Es wurde vorhin gesagt: Es sind ja Frauen genug da, die den Dienst übernehmen wollen. Aber das können auch wir als Laien uns ohne weiteres sagen, daß nicht jede Frau geeignet ist, diesen Dienst zu tun, erstens schon mit Rücksicht auf ihre körperliche Leistungsfähigkeit, dann aber auch in bezug auf ihre Familie. Sehr viele der Angenommenen verlassen schon nach kurzer Zeit den Dienst, und man kann wohl verstehen, daß darin eine außerordentliche Schwierigkeit liegt, welche die Leitung der Straßenbahn zu bewältigen hat. Was nun die Kohlennot anlangt, so muß auch sie groß sein, sonst würde nicht der städtische Koks zur Versorgung der Straßenbahn in Frage kommen. Es stimmt das auch überein mit den Äußerungen, die von anderen industriellen Werken über diesen Notstand gemacht werden, und die als richtig anzunehmen sind.

Nun steht im Schreiben des Verkehrsvereins, daß fünf Antworten aus anderen Städten eingelaufen sind, woraus zu ersehen sei, daß der Betrieb dort normal fortgesetzt werde. Da fragt es sich sehr, ob dieser Ausdruck „normal“ erschöpfend gegeben ist, und ob man dort nicht einen 15-Pfennig-Tarif hat. Ich habe immer gefunden, daß die städtischen Straßenbahnen die teuersten sind, und auch Herr Stadtbaurat hat ja angeführt, daß die Verhältnisse der städtischen Straßenbahn in Spandau durchaus nicht verführerisch sind. Unsere Beurteilung über die hiesigen Straßenbahnverhältnisse würden sich mit dem Augenblick ändern, sobald die Straßenbahn städtisch würde. Dann würden wir viele Mängel und Schattenseiten in Kauf nehmen und manches für gut finden, was wir jetzt tadeln. Es ist auch die Frage zu berücksichtigen, ob in den Städten, die die Auskunft gegeben haben, nicht vielleicht ein zweigleisiger Betrieb besteht. Bei einem solchen ist es für das Publikum sehr schwer festzustellen, ob der Verkehr gegen früher eingeschränkt ist, während wir hier es genau an den Weichen sehen.

Wir haben schon lange bei diesem Punkte verweilt, ich will mich deshalb in meinen Ausführungen beschränken. Ich muß durchaus dem beistimmen, was die Kommission durch den Herrn Referenten hat ausführen lassen.

Stadtv. **Hammer Schmidt:** Herr Kollege Lauer schien ein Haar in der Suppe gefunden zu haben, indem er meinte, es wäre besser gewesen, wenn die Statutenkommission diese Materie nicht behandelt hätte, in dem Falle wäre sicher ein besseres Resultat zustande gekommen. Was mir als wichtig auffiel, ist, daß Herr Lauer erklärte, nach seiner Erfahrung sei ihm zur Gewißheit geworden, daß Angebote an Arbeitskräften wohl vorhanden wären, daß sie aber von der Direktion nicht berücksichtigt würden. Andererseits führte Herr Kollege Steinede aus, daß es schon wegen der mangelhaften Bezahlung verständlich sei, wenn kein Angebot an Arbeitskräften da sei. Nun kann man wohl beide Einwände gelten lassen. Der erste, daß eine andere Kommission zu einem anderen Resultat gekommen wäre, ist ja nicht gerade schmeichelhaft für die Statutenkommission, und der Herr Berichterstatter der Kommission wird sich wohl darauf noch einmal äußern. Was das Angebot an Arbeitskräften anlangt, so habe ich vermißt, daß der Herr Berichterstatter der Kommission mit keinem Wort darauf hingewiesen hat, im Gegenteil, wir haben vernehmen müssen, man habe die Gründe der Direktion als stichhaltig anerkannt, selbstverständlich dann auch den Grund des Personalmangels. Daß man die Frage des Personalmangels so kurzerhand übergeht, würde ich nicht gern sehen, und zwar gerade in der gegenwärtigen Zeit nicht.

Ich bin der Meinung, daß die Straßenbahn als eine solche Institution anzusehen ist, die erst in letzter Linie zu dem Mittel der Einschränkung des Betriebes übergehen muß, wenn man auch einem Privatmann zugestehen muß, daß er sagt: „Es ist so viel draufgegangen, bei mir ist Matthäi am letzten, ich mache die Bude zu.“ Die Straßenbahn rechne ich zu den Instituten, die in besseren Zeiten Mittel zurücklegen, damit sie auch in schweren Zeiten, wie sie heute sind — was ich ruhig anerkenne und nicht bestreiten will —, jagen kann: Nun müssen wir einmal tiefer in den Beutel greifen. Die Straßenbahn macht noch lange keinen großen Schaden, wenn sie die Verbesserungen des Verkehrs einführt, und wird etwaige Einbußen schon wieder wettmachen. Wenn wir hoffentlich bald wieder zu normalen Zeiten zurückkehren können, dann wird man sagen können: Sie hat dabei noch ein Geschäft gemacht. Wenn man die Ausführungen hört, dann kommt es einem vor, als wolle man von seiten der Straßenbahn versuchen, für sich zu retten, was zu retten ist, und das dürfen wir als Stadtverwaltung, die doch das allgemeine Wohl im Auge haben soll, nicht zugeben.

Bezüglich der Bezahlung sehen wir ein altes Leiden, und doch hätte auch in diesem Punkte die Straßenbahn mit gutem Vorbedachte vorangehen können, ich glaube, dann wäre sie dieser angeblichen Kalamität im Personalmangel enthoben. Ich wäre begierig, die Maßnahmen kennenzulernen, wie dort überhaupt die Anstellung vor sich geht, welche Bedingungen dabei erfüllt sein müssen. Der Gedanke daran, daß ein starkes Angebot vorhanden sein soll, macht mich stutzig, denn ich

nehme an, daß Herr Kollege Lauer nicht etwas sagen wird, wozu er keine Unterlagen hat. Vielleicht sind brauchbare Leute gekommen, und man hat ihnen den Bescheid werden lassen: Abgelehnt! Es wäre Sache der Kommission gewesen, daß man sich eingehend erkundigt hätte, woran es liegt, daß die Leute abgewiesen werden. Ich schreibe es der Kommission aber zugute, daß es ihr vielleicht nicht bekannt gewesen ist, daß Angebote vorgelegen haben. Damit wir darüber klar sehen, muß meines Erachtens die Beschlußfassung ausgesetzt werden. Damit ver-
geben wir uns gar nichts. Kennen wir dann alle diese Gründe, dann bleibt es uns noch unbenommen, zu der Frage Stellung zu nehmen. Ich wäre sonst geneigt gewesen, dem Antrage der Kommission stattzugeben, nachdem aber diese Tatsache, die ich vorher nicht gekannt habe, kundgegeben ist, bin ich bedenklich geworden, ob ich dem Antrage meine Zustimmung geben kann.

Vorsitzender: Beabsichtigen Sie mit ihren Ausführungen die Aussetzung der Beschlußfassung zu beantragen?

Stadtv. Sammerschmidt: Wenn meine Absicht formuliert werden muß, dann beantrage ich, die Beschlußfassung auszusetzen.

Stadtv. Wesemeier: Ich kann den Einwand des Herrn Stadtbaurat nicht anerkennen, daß in Spandau andere Verhältnisse gegenüber den hiesigen vorliegen. Es kann sich das nur auf die Lohnverhältnisse beziehen, auf andere Umstände hat ja auch der Herr Stadtbaurat selbst die Verhältnisse zwischen hier und Spandau nicht differenziert. Was die Lohnverhältnisse betrifft, so haben wir von unserer Seite seit Jahr und Tag immer wieder dieselben Einwände gemacht, die Herr Steinecke vorgebracht hat, daß die Lohnverhältnisse bei der Straßenbahn schlecht sind. Wenn der Herr Stadtbaurat sagt, die Löhne seien während der Kriegszeit erhöht und seien ausreichend, dann möchte ich Sie bitten, einmal das Exempel zu machen, wie ein solcher Mann mit 95 M monatlich auskommen soll. Es wird einem einzelnen Menschen schon schwer sein, das fertigzubringen, um so schwerer ist es, wenn der Mann Familienvater ist.

Es ist uns nicht bekannt gewesen, daß Angebote von Arbeitskräften von der Straßenbahn zurückgewiesen sind, und daß einige Straßenbahnführer vor acht Tagen aufgehört haben, weil die Löhne zu niedrig sind. Damit fällt der Einwand der Straßenbahn über den Leutemangel in sich zusammen. Ich habe auch in der Statutentkommissionsberatung gesagt, daß wir nicht klar sehen, wie die Finanzlage der Straßenbahn sei, denn es ist eine einseitige Unterrichtung, auf der wir unsere Beschlußfassung aufbauen sollen, und das halte ich für gefährlich. Die Finanzlage der Straßenbahn ist meiner Meinung nach nicht schlecht, sie ist ins-

besondere insofern nicht schlecht, als sie eng liiert ist mit der Elektrizitätsgesellschaft, die erhebliche Preise für Rohmaterial in Rechnung stellt, um in ihrer Gesellschaft den Reingewinn und die Dividende in die Höhe schnellen zu lassen. Die Straßenbahngesellschaft kann um deswillen nicht so ausgiebig ihre reinen Überschüsse in Erscheinung treten lassen, weil sie zur Zahlung an die Elektrizitätsgesellschaft verpflichtet ist.

Da uns die Finanzlage der Straßenbahn nicht klar liegt, deshalb wollten mir von Anfang an die Einwände nicht einleuchten, die von der Straßenbahn gemacht sind. Es ist mir aufgefallen, daß die Straßenbahngesellschaft kaum in hiesigen Zeitungen Leute gesucht hat, wohl aber in den Kreisblättern, also auf den Dörfern, aus denen Arbeiter kommen, die an niedrigen Lohn gewöhnt sind, aber die städtischen Lebensverhältnisse und Preise nicht kennen. Daß von Monat zu Monat im Helmstedter Kreisblatt und aus zurückgelegenen Gegenden Leute von der Straßenbahngesellschaft gesucht werden, ist die Folge der niedrigen Löhne, wofür aus der Stadt Braunschweig Arbeiter schwer zu bekommen sind.

Ich bin der Meinung, daß die Betriebsweise, wie wir sie in Braunschweig haben, und der Fahrplan von heute absolut unzulänglich, geradezu kläglich sind. Ich erinnere nur an die Linie Wendtorf = Nordbahnhof. Wer zu Fuß geht, kann schneller nach dem Bohlwege kommen als mit der elektrischen Straßenbahn, wenn er das Glück hat, in der Zwischenzeit zu kommen, wo die Straßenbahn eben abgefahren ist. Also die Betriebsweise der Straßenbahn ist heute jedenfalls nicht auf der Höhe, und deshalb haben wir alle Ursache, darauf zu sehen, daß möglichst eine Änderung geschaffen wird. Ich stelle mich auf den Standpunkt des Herrn Hammerschmidt, der verlangt, die Beschlußfassung auszusetzen und Erhebungen anzustellen. Wir können nicht auf eine einseitige Auskunfterteilung hin Beschlüsse über wichtige Verkehrsfragen fassen, sondern müssen auch sonst noch weitere Erkundigungen einziehen, wie es mit den Fragen bestellt ist, die von den beiden Herren Vorrednern berührt sind.

Stadtv. Stegmann: Nach den Ausführungen meiner Herren Vorredner kann ich mich auf einige Worte beschränken. Es wundert mich sehr, daß Herr Doeschig erklärt, daß die Straßenbahn den Wünschen des Verkehrsvereins nachgekommen sei, wenn es ihr möglich gewesen wäre; ich bedaure, die Erklärung abgeben zu müssen, daß ich das nicht glaube. Es wäre schon manches in guten Zeiten möglich gewesen, und die Straßenbahn hat es nicht getan. Fortwährend hat in dieser Versammlung gehohlt werden müssen, um nur den kleinsten Fortschritt zu erzielen. Ich erkenne allerdings an, daß in dieser Zeit Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung, in der Knappheit des Feuerungs- und sonstigen Materials und durch die Beschlagnahme des Metalls vorliegen. Aber das trifft alle anderen Betriebe

ebenfalls. Trotz alledem müssen wir als städtische Behörde doch eintreten für das, was als dringend notwendig anerkannt wird.

Was der Verkehrsverein fordert, ist wirklich nicht viel, und könnte, nachdem die Einschränkungen des Betriebes vor sich gegangen sind, ohne weiteres eingeführt werden. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, den die Herren Hammer Schmidt und Wesemeier einnehmen, daß die Beschlußfassung ausgesetzt werden soll, denn ich meine, die Sache ist wirklich so einfach und die Forderung so gering, daß man sie ohne weiteres anerkennen sollte.

Wenn von Herrn Frede auf die Ausgaben verwiesen ist, die der Straßenbahn durch den Krieg erwachsen, so sehen wir doch, daß die hiesige Straßenbahngesellschaft nicht das soziale Empfinden hat wie die städtischen Behörden, und ich glaube, in dieser Beziehung wäre es besser gewesen, wenn erreicht wäre, daß die Straßenbahn städtisch wäre, was von unserer Seite immer gefordert ist. Wir wissen doch, daß es bei der Straßenbahn mit den Angestellten fortwährend wie in einem Taubenschlage zugeht; jetzt kann das ja nicht so sein, weil nicht viele Leute da sind, die neu eingestellt werden können. Wenn gleich acht der Angestellten fortgegangen sind, so sieht man daran, daß die Löhne zu gering sind, und daß auch die Teuerungszulagen nicht so hoch waren, um mit den Löhnen auszukommen. Wenn andererseits gesagt worden ist, es fehle nicht an Personal, es hätten sich eine Menge Frauen gemeldet, die aber nicht angenommen seien, so glaube ich — wenn auch nicht alle Frauen, die sich melden, für den Dienst an der Straßenbahn zu gebrauchen sind —, es wird doch eine Anzahl von ihnen sich wohl dafür eignen und hätte eingestellt werden können.

Ich glaube auch, daß der Personalmangel nicht schuld ist an der Weigerung der Straßenbahngesellschaft. Der Hauptgrund scheint darin zu liegen, daß sich die Gesellschaft sagt: „Wir können das nicht herausholen, was wir früher herausgeholt haben; die Rentabilität hat sich verschlechtert, darum wollen wir versuchen, zu retten, was zu retten ist“, und so kommen sie den einfachsten Anforderungen nicht nach. Schon von Herrn Wesemeier ist erwähnt worden, wie mangelhaft der Verkehr ist, und daselbe habe ich mir auch schon oft gesagt bezüglich der Linie Schützenhaus—Richmond und anderer Linien. Man benutzt doch die Straßenbahn hauptsächlich aus dem Grunde, um schneller als zu Fuß sein Ziel zu erreichen. Ich bin zu Fuß vom Wendentor nach der Stobenstraße schneller angekommen als die Straßenbahn, und noch ein zweiter Fall hat mir recht deutlich gezeigt, wie es mit der Schnelligkeit der Straßenbahn bestellt ist. Ich fuhr kürzlich vom Weißen Roß mit der Straßenbahn ab und wollte nach den Elschlagern. Als ich einstieg, fuhr ein Leichenwagen ab und war ungefähr 100 Meter voraus. Vor der Petritstraße holte ihn die Straßenbahn ein, aber am Petritormall fuhr der Leichenwagen wieder an der Elektrischen vorbei. Daselbe war auf der

Breitenstraße der Fall, dann wieder auf dem Kohlmarkt, und als ich am Ziel am Alderhof angelangt war, sah ich den Leichenwagen wieder 200 Meter vor uns. Sie sehen, die Schnelligkeit eines Leichenwagens, der doch wirklich nicht allzu rasch fährt, das ist die beste Illustration für die Schnelligkeit dieses Verkehrsmittels. Wenn ich zu Fuß gegangen wäre, dann wäre ich zweifellos 5 Minuten früher angekommen. Die meisten Fahrgäste benutzen die Straßenbahn doch nicht darum, um Stiefelsohlen zu sparen oder um den Weg in bequemer Weise zurückzulegen, sondern um schnell ans Ziel zu kommen, denn Zeit ist Geld. Aber hier kann man mit der Straßenbahn Erfahrungen machen wie in keiner anderen Großstadt, wir stehen einfach nicht auf der Höhe mit unserer Straßenbahn, und auch in diesem Punkte müßte einmal Remedur geschaffen werden.

Wenn auch heute nicht alles Wünschenswerte erreicht werden kann, so müßten doch aber, wenn der Krieg beendet ist, die städtischen Behörden der Straßenbahn einmal ernstlich auf den Leib rücken. Was die Eingabe des Verkehrsvereins betrifft, so bitte ich Sie, diese geringe Forderung anzuerkennen, dem Antrage des Verkehrsvereins zuzustimmen und entgegen dem Beschlusse der Statutenkommission zu beschließen.

Vorsitzender: Ich entnehme Ihren Worten, daß Sie den Antrag stellen wollen, den der Verkehrsverein gestellt hat. Ich bitte, den Antrag schriftlich einzureichen.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich halte es nicht für zweckmäßig, daß die Beschlußfassung heute vertagt wird, denn wenn Sie heute den Antrag der Statutenkommission annehmen, so würden Sie damit wenigstens etwas erreicht haben. Wenn Sie aber die Beschlußfassung vertagen, dann bleibt es beim alten, und wer weiß, wann Sie wieder zusammenkommen. Sonst ist ja an und für sich gegen eine nochmalige Besprechung in der Kommission nichts einzuwenden; ich glaube allerdings kaum, daß viel Neues zutage gefördert wird. Ich will noch zum Schluß darauf hinweisen, daß auch an anderen Orten dieselben Schwierigkeiten im Betriebe der Straßenbahnen bestehen wie hier. Sie werden gelesen haben, daß z. B. in Berlin außerordentliche Betriebseinschränkungen eingeführt worden sind; und, was das Schlimmste ist, die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn hat an den Zweckverband Groß-Berlin die Bitte gerichtet, eine wesentliche Erhöhung des Tarifs einzuführen, und davor wollen wir doch möglichst bewahrt sein.

Stadtv. Sander: Wenn ich in meinem Referat gesagt habe, daß der Spätzug nach Glesmarode um 12 Uhr gefahren wäre, so habe ich mich geirrt, und bitte, das zu entschuldigen. Es ist der Schnellzug 10.39 Uhr von Hannover, der abgewartet werden sollte.

Herr Lauer wundert sich, daß diese Sache nicht der Verkehrsdeputation zur Vorberatung übertragen ist. Nun, das ist Sache des Vorsitzenden, und es ist auch ganz richtig von ihm gehandelt, denn es ist, wie schon Herr Stadtbaurat Gebensleben angeführt hat, Gepflogenheit, daß an die Stadtverordnetenversammlung gehende Eingaben nicht einer Deputation überwiesen werden, sondern einer Kommission. Wenn Herr Lauer meint, bei einer Vorberatung in der Verkehrsdeputation wäre man zu einem anderen Resultat gekommen, so will ich das nicht bestreiten, kann aber die Erklärung hier abgeben, daß wir in der Statutenkommission nach bestem Wissen und Gewissen die Sache beurteilt und darnach unseren Beschluß gefaßt haben.

Herr Lauer sagte unter anderem auch, daß in den ersten Abendstunden keine Verkehrsgelegenheit durch die Straßenbahn mehr zu haben sei. Das ist doch zu viel gesagt, denn die letzten Wagen fahren bis 11 Uhr. Ich bin gestern abend mit dem letzten Wagen, der 11 Uhr an meiner Wohnung vorbeifuhr, nach Hause gekommen. Es ist möglich, daß das an anderen Strecken anders ist, aber jedenfalls kann man nicht sagen: „in den ersten Abendstunden.“ — Herr Lauer sagt ferner, wir sollten doch die Tätigkeit des Verkehrsvereins anerkennen. Daß das der Fall ist, davon kann Herr Lauer überzeugt sein. Ich glaube in dem Referat angeführt zu haben, daß die Wünsche des Verkehrsvereins berechtigt seien und als solche anerkannt werden. Damit ist doch auch gesagt, daß wir die Tätigkeit des Verkehrsvereins anerkennen.

Herr Wesemeier sagt, er hätte kein Bild von der Finanzlage der Gesellschaft. Nun, die Berichte über die Finanzlage werden jedes Jahr in der Zeitung bekanntgemacht, wenn die Generalversammlung stattfindet. Daraus kann sich Herr Wesemeier orientieren. Das eine kann ich auch eben sagen: daß die Straßenbahn in diesem Jahre bis Anfang Juni ca. 60 000 M Mindereinnahme gehabt hat als im vorigen Jahre.

Herr Steinede schiebt die Schuld des Arbeitermangels den geringen Löhnen zu. Ich gebe auch ohne weiteres zu, daß mit 95 M heute nur schwer ein lediger Mann, viel weniger ein Familienvater auskommen kann. Diese Erkenntnis ist aber auch der Direktion der Straßeneisenbahngesellschaft gekommen, und sie hat insolgedessen Teuerungszulagen gezahlt, die sich monatlich auf 2000 M belaufen. Ferner zahlt die Straßenbahn für die Frauen der im Kriege befindlichen angestellten Schaffner monatlich 7000 M. Das sind doch alles Sachen, die zeigen, daß die Straßenbahn bestrebt ist, sich mit ihren Leuten auf guten Fuß zu stellen, und daß sie fürsorglich für ihre Leute ist.

Herr Wesemeier glaubt, die Finanzlage der Gesellschaft sei nicht schlecht. Das glaube ich auch, denn wenn sie schlecht wäre, dann wäre die Gesellschaft nicht in der Lage, derartig durchgreifende Gleisverlegungen vorzunehmen, wie sie ge-

plant sind. Sie wissen, daß im vergangenen Jahre eine Kommission, bestehend aus zwei Stadtverordneten, einem Magistratsmitgliede, einem Regierungsvertreter und einem Vertreter der Straßenbahn, in anderen Städten den zweigleisigen Verkehr in engen Straßen besichtigt hat. Das ist geschehen, weil man beabsichtigt, in der Stadt Braunschweig die engen Straßen auch mit zwei Gleisen zu belegen. Das ist doch ein Zeichen mit dafür, daß die Straßenbahn es nicht ganz allein auf Verdienen absieht, sondern auch bestrebt ist und vom Magistrat angehalten wird, Verkehrserleichterungen und Verkehrsförderungen zu schaffen.

Wenn Herr Wesemeier sagt, man komme besser zu Fuß an als wenn man in der Straßenbahn fährt, so ist das an vielen Stellen richtig. Das liegt aber nicht an dem hummeligen Betriebe der Straßenbahn, sondern an unseren engen Straßen und dem eingeleisigen Verkehr. Und in der Gellerstraße liegt ein Bahnübergang, wodurch bei vorbeifahrenden Zügen die Straßenbahn zurückgehalten wird. Ich bin überzeugt, daß sich der Verkehr schneller und präziser entwickeln wird, wenn wir auf allen Strecken den zweigleisigen Verkehr haben, dann erst werden diese Klagen aufhören.

Ich kann nicht anders, als nochmals den Antrag der Kommission zur Annahme empfehlen.

Vorsitzender: Ich schließe die Debatte. Es liegt zunächst der Antrag Hammerschmidt vor, der vorsieht, die Sache an die Kommission zwecks weiterer Erhebungen zurückzuverweisen.

Der Antrag Hammerschmidt wird abgelehnt. .

Vorsitzender: Herr Stegmann wünscht, daß die Versammlung den Anregungen des Verkehrsvereins zustimmt. Ich bitte den Herrn Referenten noch einmal den Antrag des Verkehrsvereins vorzutragen.

Stadtv. **Sander:** Der Wunsch, den der Verkehrsverein der Straßenbahn gegenüber hat laut werden lassen, ist die Erfüllung eines Versprechens, das dahin geht, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, den Spätbetrieb mit 12-Minuten-Verkehr bis 12 Uhr bzw. ½1 Uhr auszudehnen.

Vorsitzender: Darnach ist es ein Wunsch, den wir als Antrag hier nicht behandeln können. Ich müßte Herrn Stegmann bitten, wenn er einen Antrag stellen will, ihn schriftlich einzureichen.

Stadtv. **Hammer Schmidt:** Nachdem Sie den Antrag der Zurückverweisung abgelehnt haben, bleibt weiter nichts übrig, als über den Antrag der Kommission in aller Form abzustimmen.

Stadtv. **Munte:** Deswegen kann aber jeder in der Versammlung noch einen besonderen Antrag stellen, und wenn Herr Stegmann das will, so liegt die Möglichkeit dazu vor.

Stadtv. **Meyerhoff:** Es handelt sich hier um eine Eingabe des Verkehrsvereins, die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet und die durch die Statutenkommission vorberaten ist. Damit ist nicht gesagt, daß der Verkehrsverein zu unserer Verhandlung einen Antrag stellen kann. Es kann aber ein Kollege von uns den Extrakt aus dem Gesuche herausziehen und das als Antrag hier vorbringen.

Vorsigender: Sehr richtig, und das wollen wir jetzt.

Stadtv. **Munte:** Es kann ja jeder aus der Versammlung einen Antrag stellen, ein solcher könnte aber heute nicht mehr verhandelt werden.

Vorsigender: Ein Antrag, der zur behandelten Sache gehört, denn doch. Es soll ja kein selbständiger Antrag eingebracht werden. Herr Stegmann hat gebeten, dem Wunsche des Verkehrsvereins stattzugeben, über den wir heute verhandelt haben. Deswegen habe ich, glaube ich, recht gehandelt, wenn ich sage: Wenn Herr Stegmann wünscht, daß sein Antrag zur Abstimmung kommen soll, dann möge er ihn schriftlich einreichen.

Stadtv. **Loeschigt:** Die Debatte ist geschlossen. Selbständige Anträge kann jeder Stadtverordnete stellen, aber mit dem Schluß der Debatte ist diese Sache erledigt, und es können dazu keine Anträge mehr gestellt werden.

Vorsigender: Der Antrag ist während der Debatte gestellt. Es ist richtig, daß er hätte sofort schriftlich überreicht werden müssen, aber die Versammlung wird nichts dagegen haben, daß die schriftliche Formulierung des Antrages jetzt nachgeholt wird. Es ist eben ein Antrag, der zu einem in der Behandlung befindlichen Gegenstand gestellt ist.

(Herr Stadtv. Stegmann bringt seinen Antrag zu Papier.)

Vorsigender: Ich war verhindert, zu Anfang der Sitzung pünktlich zu erscheinen, und nehme jetzt Gelegenheit, unser neues Mitglied, Herrn Dr. A h l e r t zu begrüßen. Ich hoffe, daß seine Mitwirkung an unseren Verhandlungen der Stadt zum Segen gereichen wird.

Von dem Verkehrsverein ist ein neuer Stadtplan herausgegeben, von dem jedem der Herren ein Exemplar zugegangen sein wird.

Sodann liegt ein dringlicher Antrag der Finanzkommission vor auf Erjaßwahl für den zur Fahne einberufenen Herrn Dr. Jasper. Wir werden in der vertraulichen Sitzung darauf zurückkommen.

Ferner liegt ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Steinbrecher und sechs weiteren Mitgliedern der Versammlung vor, der dahin geht:

„Die Herren Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an Herzogliches Staatsministerium und den Bundesrat zu Händen des Herrn Reichskanzlers (an letzteren event. telegraphisch) eine Eingabe zu richten, daß die bestehenden Höchstpreise für Getreide bei der neuen Festsetzung unter allen Umständen im Interesse der Volksernährung erniedrigt werden müssen.“

Außerdem ist noch ein Antrag des Herrn Wesemeier eingegangen, der auch von sechs weiteren Herren unterstützt ist und folgenden Inhalt hat:

„In nächster Zeit sollen hier ca. 4000 Rinder im städtischen Schlachthause zur Konservierung für die Armee geschlachtet werden. Die Köpfe, Lungen usw. der geschlachteten Tiere sollen nach auswärts (Magdeburg, Berlin) verkauft werden. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

1. den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Abfallteile (Köpfe, Lungen usw.) der hier geschlachteten Tiere am Ort verbleiben und der hiesigen Bevölkerung nutzbar gemacht werden,

2. den Magistrat ferner zu ersuchen, das Abfallfleisch event. selbst anzukaufen und zum Selbstkostenpreise wieder an die hiesigen Einwohner abzugeben.“

Dieser Antrag wird jedenfalls einer Vorberatung bedürfen.

Stadtv. Wesemeier: Ich stelle den Antrag gleichfalls als Dringlichkeitsantrag.

Vorsitzender: Es liegt ferner vor eine Eingabe des Vereins der Brennereien und Lickörsfabriken Braunschweigs, der bereits von mir der Statutenkommission überwiesen und von dieser vorberaten ist. Wenn sich aus der Versammlung kein Widerspruch erhebt, werde ich auch diesen Antrag nach Erledigung der Tagesordnung zur Verhandlung stellen.

Außerdem habe ich zu erwähnen, daß außer den bereits zur Fahne einberufenen sechs Herren aus der Versammlung auch unser Mitglied Herr Dr. Jasper zum Heeresdienste einberufen ist.

Sodann habe ich noch mitzuteilen, daß eine Eingabe des Bürgervereins eingegangen ist, die sich auf den Erwerb der Grundstücke am Mittelkuf

bezieht. Es wird praktisch sein, dieses Schreiben zur Verlesung zu bringen, wenn wir nachher über den Gegenstand verhandeln.

Ferner ist an die Stadtverordnetenversammlung eingegangen ein Schreiben der G e m e i n d e G l i e s m a r o d e mit Abschrift einer Eingabe vom 13. Juli an die Eisenbahndirektion Magdeburg. Es wird in dem Schreiben die dringende Bitte ausgesprochen, die in der Eingabe ausgesprochenen Wünsche nach Kräften zu unterstützen und deren Verwirklichung zu fördern. Ich werde dieses Schreiben der Statutenkommission zur Vorberatung überweisen.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des R e i c h s v e r b a n d e s D e u t s c h e r S t a d t v e r o r d n e t e n. Er überreicht seine Satzungen und beantragt, den Beitritt unseres Kollegiums zu diesem Verbands zu veranlassen. Ich werde auch diese Eingabe zur Vorberatung der Statutenkommission überweisen.

Ein Schreiben der F i r m a R o e d e r in Berlin gibt bekannt, daß ihre Stahlfedern einwandfreies deutsches Fabrikat seien. Wer von den Herren sich dafür interessiert, möge das Schreiben einsehen.

Der A r b e i t e r s a m a r i t e r b u n d, Kolonne Braunschweig, schickt eine Einladung zu der am Sonntag, dem 1. August, nachmittags 3 Uhr auf dem Französischen Felde stattfindenden Samariterübung. Ich bitte diejenigen Herren, die sich für die Sache interessieren, der Übung beizuwohnen.

Sodann ist eingegangen der Geschäftsbericht der B r a u n s c h w e i g e r B a u g e n o s s e n s c h a f t für das Jahr 1914. Er liegt hier zur Einsicht aus.

Schließlich liegt vor ein vom Stadtmagistrat zur Kenntnisaufnahme überreichter Bericht des Stadtschulrats über die wegen Fortsetzung der K i n d e r s p e i s u n g während der Ferien getroffenen Anordnungen. Auch dieser Bericht liegt zur Einsichtnahme hier aus. Veranlassung, ihn zur Verhandlung zu stellen, liegt nicht vor.

Vorsigender: Der A n t r a g S t e g m a n n zu der zur Beratung stehenden Sache lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Straßeneisenbahngesellschaft dahin zu wirken, daß auf allen Linien Spätwagen für die letzten Eisenbahnzüge eingestellt werden, die auf dem Hauptbahnhofe eintreffen.“

Es würde damit dieser und der Antrag der Statutenkommission vorliegen. Der Antrag Stegmann ist der weitergehende, ich stelle ihn deshalb zuerst zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die für den Antrag Stegmann stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 13, das ist die Mehrheit; damit ist der Antrag der Kommission erledigt.

2. Beihilfe an den Verein Volkslesehalle aus der Jüdelstiftung.

Stadt v. **Frede:** Der Vorstand des Vereins Volkslesehalle hat sich an den Vorstand der Jüdelstiftung mit der Bitte gewandt, ihm wie im Vorjahre eine Unterstützung von 6000 *M* zu gewähren. Seinem Gesuche hat der Verein seine Jahresabrechnung beigelegt. Wesentlich ist, daß in dem Gesuch dem Bedenken Ausdruck gegeben wird, daß die freien Zuwendungen aus den wohlhabenden Kreisen in diesem Jahre vermutlich in der bisherigen Höhe nicht eingehen werden, und daß auch, da ein großer Teil der Mitglieder des Vereins im Felde steht, die Einnahme aus den Beiträgen der Mitglieder wohl erheblich zurückgehen wird, so daß um so mehr Veranlassung vorliegen dürfte, dem Verein wiederum 6000 *M* Beihilfe zu gewähren.

Die Finanzkommission hat sich vorbehaltlos dem Wunsche des Vereins angeschlossen und gibt Ihnen anheim, Ihre Zustimmung zu der Bewilligung auszusprechen.

Die Versammlung ist mit der Bewilligung einverstanden.

3. Richtlinien für die Verfassung des Kommunalverbandes Braunschweig.

Stadt v. **Dr. Landauer:** Das Reich hat bekanntlich alles vorhandene Brotgetreide und Mehl aus dem laufenden Erntejahr mit Beschlag belegt. In der Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Brotgetreide ist den Kommunalverbänden eine wichtige Aufgabe gestellt. Sie haben die Beschlagsnahme in ihren Bezirken zu bewirken, können die Ausmahlung vornehmen lassen und haben das Mehl zu verteilen. In den Ausführungsbestimmungen zu der Bundesratsverordnung hat nun das Herzogliche Staatsministerium angeordnet, daß ein Kommunalverband Braunschweig gebildet wird, der bestehen soll aus dem Kreis-kommunalverbande Riddagshausen-Bechelde und der Stadt Braunschweig. Für diesen Kommunalverband Braunschweig ist seitens des Herzoglichen Ministeriums nach Anhörung des Kreisausschusses und der städtischen Behörden in Braunschweig eine Verfassung zu erlassen. Der Stadtmagistrat hat für diese Verfassung Richtlinien abgefaßt, die dem Ministerium vorgelegt werden sollen, und zu denen Ihre Zustimmung erbeten wird. Sie lauten:

„1. Der Kommunalverband Braunschweig hat die Aufgabe, an der Durchführung der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 (Reichsgesetzbl. S. 363) und der dazu erlassenen Ausführungsanweisungen vom 9. Juli 1915 unter Berücksichtigung der in seiner Verfassung enthaltenen Grundsätze mitzuwirken.

2. Er wird vertreten a) durch den Verbandsverteilungsausschuß, b) durch Herzogliche Kreisdirektion Braunschweig.

3. Der Verbandsverteilungsausschuß besteht aus 15 Mitgliedern und ebensoviel Stellvertretern. Den Vorsitzenden und dessen Vertreter bestimmt die Herzogliche Kreisdirektion Braunschweig. Je 7 Mitglieder (und ebenso viele Stellvertreter) werden von dem Kreisausschuß des Kreiskommunalverbandes Riddagshausen-Bechelde und von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten in Braunschweig gewählt.

4. Der Verbandsverteilungsausschuß ist zuständig für die Bewirtschaftung des Brotgetreides im Verbandsbezirk nach den §§ 17—37 der Bundesratsverordnung, sowie für die Regelung des Ausmahlens und des Mehlfverkehrs nach den §§ 38—46 daselbst.

5. Der Verbandsverteilungsausschuß überweist auf Anfordern den Unterbezirken (Kreiskommunalverband Riddagshausen-Bechelde und Kreiskommunalverband Stadt Braunschweig) die auf sie nach der versorgungsberechtigten Einwohnerzahl entfallenden Mehlmengen.

6. Die Unterbezirke besorgen für ihr Gebiet die Verbrauchsregelung nach §§ 47—57 der Bundesratsverordnung. Dabei wird für den Stadtbezirk der Stadtmagistrat sich des Beirats des von der vereinigten Versammlung gewählten Ausschusses bedienen (Stadtverteilungsausschuß).

7. Die Herzogliche Kreisdirektion Braunschweig besorgt die Führung der laufenden Geschäfte des Kommunalverbandes Braunschweig. Sie wird dabei, soweit der Stadtbezirk Braunschweig in Frage kommt, die Mitwirkung des Stadtmagistrats in Anspruch nehmen. Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Verbandes liegt der Herzoglichen Kreisdirektion ob.

8. Die Kosten des Verbandes werden aus dem Verkauf des Brotgetreides und des Mehls bestritten. Über die Verwendung eines etwaigen Überschusses entscheidet das Herzogliche Staatsministerium, Abteilung des Innern."

Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen Annahme dieses Entwurfs.

Die Versammlung stimmt den Richtlinien zu.

4. Änderung des Projekts über den geplanten Rathausanbau.

Stadtv. **Trinks:** Nach Genehmigung des Rathausanbaus ist das Bedürfnis hervorgetreten, für die Unterbringung der beim Magistrat hinterlegten Wertpapiere ein feuer- und diebesicheres Gefaß in diesem Anbau herzurichten. Das Hochbauamt hat sich der Arbeit unterzogen, einen Plan dafür auszuarbeiten, welcher hier ausgehängt ist, und aus dem hervorgeht, daß sich die gestellte Aufgabe im gegenwärtigen Stadium des Rathausanbaus noch in angenehmer Weise lösen

läßt. Es wird beabsichtigt, diesen Raum vom Erdgeschoß aus zugänglich zu machen und gleichzeitig in Verbindung damit einen ähnlichen im Untergeschoße herzustellen, indem man die feuer sichereren Mauern bis auf die Fundamente durchführt. Beide Räume werden dann durch eine Treppe verbunden. Es wird dadurch Vorseeung getroffen für den Fall, daß der erste Raum dem wachsenden Bedürfnisse nicht mehr entsprechen sollte.

Gleichzeitig hat das Hochbauamt den Antrag gestellt, im ersten Obergeschoß des Anbaus neben dem Bureau für Militärsachen ein ähnliches Geleß, wenn auch in einfacherer Weise, für die Unterbringung der Mobilmachungspapiere einzurichten. Der Magistrat empfiehlt, diesen Vorschlägen zuzustimmen.

Es ist dann weiter noch der Wunsch rege geworden, die Dienerswohnung, welche sich neben dem Haupteingange des Rathauses befindet, in Bureau Räume umzuwandeln, für deren Beschaffung trotz des Anbaus immer noch ein Bedürfnis besteht. Man ist sich darüber klar geworden, daß aus dienstlichen Gründen und in bezug auf die Sicherheit des Rathausbetriebes die Belassung der Dienerswohnung neben der im Keller befindlichen Wohnung des Heizers — dessen ständige Anwesenheit im Rathause als wichtig erachtet wird — überflüssig ist, und daß man diese an bevorzugter Stelle und für den Verkehr besonders günstig gelegenen Räume vorteilhaft der Steuerbehörde zu Bureau Räumen überweisen kann. Der Magistrat hat auch diesen Umbau gutgeheißen, und die Baukommission hat sämtliche Vorschläge für zweckmäßig befunden und ist einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, den geehrten Herren die Annahme aller dieser Anträge zu empfehlen.

Die Kosten lassen sich im Augenblicke, wo wenig Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, nicht genau feststellen. Dieselben sind, um den Fortgang der Bauarbeiten nicht zu hemmen, überschläglic zu 12 000 *M* für die feuer- und diebes sichern Räume und zu 5000 *M* für die Abänderung der Dienerswohnung eingeschätzt. Wir würden uns also schließlic zu machen haben, insgesamt 17 000 *M* zu bewilligen, was die Baukommission gleichfalls empfiehlt.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir würden den zweiten Antrag, betreffend die Umwandlung der Dienerswohnung in Bureau Räume nicht gestellt haben, wenn nicht während der Nacht dauernd eine Wache im Rathaus gehalten würde. Die Sicherheit, die dadurch gegeben ist, ist so groß, daß wir darauf verzichten können, dauernd jemand in der oberen Wohnung zur Stelle zu haben. Die untere Wohnung soll selbstverständlich auch in der Zukunft noch benutzt werden.

Die vorgeschlagenen Änderungen werden genehmigt und die veranschlagten Mittel bewilligt.

5. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im städtischen Hause Hinter der Magnifikirche 1.

Stadtv. **Riete**: Es handelt sich um eine Beleuchtungsanlage in dem Hause, welches von der Stadt gegenüber der Magnifikirche neu errichtet ist. Installiert werden sollen nach dem Kostenanschlage 27 Brennstellen mit allem Zubehör, und dadurch soll die Beleuchtung in den vier Wohnungen und in dem Keller eingerichtet werden. Dann soll auch eine automatische Treppenhausbeleuchtung hergestellt werden. Der Kostenanschlag von der Firma von Volffs und Helle beläuft sich auf 690 M. Der Magistrat ersucht uns, die Herrichtung der elektrischen Beleuchtungsanlage genehmigen und die Kosten dafür nachbewilligen zu wollen. Die Baukommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Anlage wird genehmigt, und die Kosten werden bewilligt.

6. Ankauf zweier Grundstücke am Nidelnsuff.

Vorsitzender: Zu diesem Punkte liegt ein Schreiben des Bürgervereins vor mit folgendem Inhalt:

„Aus den Tagesblättern ersehen wir, daß den Stadtverordneten eine Vorlage des Magistrats zugegangen ist, der der Erwerb des früher du Roischen Grundstücks auf dem Nidelnsuff zugrunde liegt. Es wurde weiter bekannt, daß das gedachte Grundstück zur Anlage des lang ersehnten Schwimmbades dienen soll. In weiten Kreisen hat dieses Projekt Befremdung hervorgerufen, man will nicht daran glauben, daß für das von allen Seiten erwünschte moderne Schwimmbassin kein geeigneterer Platz als auf dem Nidelnsuff zu finden sei. Ohne heute selbst Stellung zu nehmen, möchten wir die Herren Stadtverordneten sehr ergebenst bitten, von einer Beschlußfassung vorläufig abzusehen und auch der Bürgerschaft Zeit und Gelegenheit zu einer Aussprache über diese Vorlage des Magistrats zu geben.“

Ich stelle dieses Schreiben mit zur Beratung.

Ferner ist zu Punkt 6 ein Antrag des Herrn Frede eingegangen:

„Mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Gegenstandes, sowie darauf, daß zu kurze Zeit zur Klärung der Angelegenheit zur Verfügung stand, sowie endlich darauf, daß eine große Zahl von Stadtverordneten fehlt, beantrage ich Absehung des Gegenstandes von der Tagesordnung.“

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Ich habe in meinem schriftlichen Antrage schon in Kürze die Gründe angegeben. Die große Wichtigkeit des Gegenstandes

leuchtet wohl ohne weiteres ein. Es handelt sich um ein Projekt, das nach dem Antrage des Magistrats mindestens 4—500 000 *M* kostet. Grund und Boden wird mit 130 000 *M* angegeben, das sind also rund 650 000 *M*. Darum hängt von unserem Entschluß viel ab, und man muß sich darüber klar werden, ob nicht andere Grundstücke für das Schwimmbad zur Verfügung stehen. In diesen paar Tagen hat man das unmöglich zur Klärung bringen können. Von Bedeutung ist auch sicher der Umstand, daß viele unserer Kollegen zum Heeresdienst eingezogen sind und so nicht in der Lage sind, sich zu dieser wichtigen Sache zu äußern. Außerdem fehlen auch noch verschiedene andere Herren. Ich glaube, das sind gewichtige Gründe, die für die Vertagung sprechen.

Oberbürgermeister Hetemeyer (zur Geschäftsordnung): Daß die Sache ohne Frage von erheblicher Bedeutung ist, erkennt der Magistrat an. Wenn aber Herr Frede sagt, die Aussetzung der Beratung wäre deshalb gerechtfertigt, weil so viele der Herren Stadtverordneten fehlen, so muß ich darauf hinweisen, daß bei der Ungewißheit über die Dauer des Krieges die Möglichkeit vorliegt, daß auf Erwerb dieses Grundstücks dauernd verzichtet werden muß. Sollte ein anderer uns zuvorkommen und das Grundstück kaufen, dann ist von uns nichts dagegen zu machen. Ich sollte auch meinen, der Antrag auf Absetzung der Beratung könnte noch im Laufe der Debatte gestellt werden, falls die Herren sich überzeugen sollten, daß die Sache noch nicht spruchreif ist, oder aus anderen Gründen. Aber ehe die Herren beraten haben, zu sagen: „Weg mit der Vorlage bis der Krieg vorbei ist!“ halte ich nicht für richtig.

Stadtv. Hammer Schmidt: Soweit meine Person in Frage kommt, werde ich durch den Antrag des Herrn Frede eigentümlich berührt insofern, als ich bei der Beratung des Etats speziell angefragt habe, wie weit die Frage ist, also dadurch mein Interesse für die Sache bekundet habe und heute nun nach dem Antrage wieder mithelfen soll, die Sache hinauszuschieben. Das möchte ich doch nicht gern. Ich habe den Antrag Frede dahin verstanden, daß man den Stadtverordneten noch Zeit lassen soll, sich eingehender mit der Frage zu beschäftigen, ehe sie in die Behandlung eintreten, also nicht die Verhandlung abzuweisen auf unabsehbare Zeit, sondern bis zur nächsten Sitzung.

Stadtv. Riet: Ich möchte mich entschieden gegen eine Vertagung erklären. Jede Kommune hat nicht allein das Recht, sondern sogar die Pflicht, wenn sie Grundstücke erwerben kann, das zu tun. Die Gründe, die die Herren Frede und Meyerhoff gegen die Vorlage vorbringen werden, sprechen gegen ihr sonstiges Verhalten, denn gerade durch den Ankauf der beiden Grundstücke durch die Stadt wird das Terrain der Bauspekulation entzogen, und die beiden Herren brauchen

nicht angst zu sein, daß dort noch mehr Wohnungen zur Konkurrenz der Hausbesitzer hingebaut werden. Wer die Verhandlungen in der Ortsbauplandeputation gehört hat, wo Herr Geheimrat Göde aus Berlin hier war und direkt darauf hingewiesen hat, daß derartige Ankäufe vorgenommen werden müßten, der kann nur für sofortige Behandlung sein. Ich bin in der Beziehung noch weiter gegangen und bin dafür gewesen, auch das Grundstück von Schorje mit anzukaufen.

Es wird dem Grundstücksankauf gewiß entgegengehalten werden, daß auf dem Niekelnkuff Scharen von Kindern einem entgegenliefen und derartiger Klamauk wird gemacht werden. Man soll aber die Dinge nüchtern ansehen, wie sie liegen. Wir hatten Gelegenheit, uns anzusehen, welche Lage das Grundstück hat, und darnach halte ich es für empfehlenswert, daß das Grundstück gekauft wird. Der Magistrat hat noch keine Vorlage gemacht, daß eine Badeanstalt eingerichtet werden soll. Das ist eine Sache für sich, die heute hier ausscheidet, aber den Ankauf vorzunehmen, darum möchte ich ersuchen.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Rieke scheint ein Seher zu sein, er sieht in die Zukunft und weiß schon, was Herr Frede und ich sagen wollen. Es entspinnt sich ja schon die eigentliche Debatte, und wir sind noch gar nicht bei der Behandlung der Materie. Da finde ich nicht durch.

Stadtv. Frede: Ich bin im Gegensatz zur Ansicht des Herrn Meyerhoff der Meinung, daß Herr Rieke recht hat, wenn er annimmt, daß Herr Meyerhoff und ich uns in weitgehender Weise zu der Sache äußern werden. Herr Rieke aber hat vorbeigehauen, wenn er meint, daß wir mit dem Wohnungsüberfluß die Vorlage bekämpfen würden. — Ich wollte, wie Herr Hammer Schmidt richtig meint, nur hervorheben, daß es mir nicht eingefallen ist, mit meinem Antrage die Entscheidung bis zum Schluß des Krieges zu verschieben. Ich wollte nur Absehung von der heutigen Tagesordnung, es kann dann nach einem Monat oder sonst zu gelegener Zeit über die Vorlage verhandelt werden. Daß bis dahin das Grundstück anderweitig verkauft wird, befürchte ich nicht.

Der Antrag Frede wird abgelehnt, und die Versammlung tritt in die Beratung der Vorlage ein.

Stadtv. Rasche (als Referent): Es liegt der Magistratsantrag vor, das Grundstück des verstorbenen Herrn Kommerzienrats du Roi am Niekelnkuff oder, wie man auch sagen kann, am Inselwall oder am Boffelgraben zu erwerben. Es ist dabei vom Magistrat daran gedacht, daß das Grundstück zum Bau des Schwimmbades, das schon lange in Braunschweig gewünscht wird, benutzt werden soll. Es wird in der Vorlage aber nicht bestimmt zum Ausdruck gebracht, daß es

hierzu benutzt werden muß. Es ist hier ein Plan ausgehängt, auf dem eine Grundrißskizze für ein zu erbauendes Schwimmbad dargestellt ist, um zu zeigen, daß das Grundstück zum Bau des Schwimmbades in vollem Maße ausreichen würde.

Die Vorlage ist ja allen Herren zugegangen, ich brauche wohl hier nicht alles daraus zu wiederholen. Der Magistrat hat auch noch das Grundstück des Herrn Genter sich gesichert. Für dieses ist ein Preis von 30 000 *M* festgesetzt, während das du Roische Grundstück 100 000 *M* kosten soll. Die beiden Verträge liegen vor, sind von mir geprüft und ich habe nichts daran auszusetzen.

Die Baukommission hat sich gestern mit der Vorlage beschäftigt, empfiehlt durch mich die Anträge des Magistrats und ersucht Sie, ihnen zuzustimmen.

Vorsitzender: Wollen Sie nicht erwähnen, daß in dem Genterischen Verträge noch eine besondere Klausel enthalten ist?

Stadtv. Rasche: Es steht das auch in der allen Herren zugegangenen Vorlage, deshalb habe ich eine Erwähnung nicht für nötig gehalten. — Es handelt sich um die Klausel, daß Herr Genter außer dem Kaufpreise die Gewährung eines mündelsicheren vierprozentigen Darlehens im Höchstbetrage von 30 000 *M* bis 1926 zugesagt ist, damit er sich ein für seinen Betrieb geeignetes Ersatzgrundstück beschaffen kann.

Stadtv. Frede: Herr Riese kam eben hier vorbei und sagte: „Herr Frede hat kein Geld für das Schwimmbad.“ Ich erkläre Herrn Riese, daß ich ein begeisterter Anhänger jeder hygienischen Bestrebung bin, und daß ich besonders für das Schwimmbad stets Interesse gehabt habe, und zwar so sehr, daß meine Geduld reichlich in Anspruch genommen ist durch die lange Zeit, bis es nun endlich in die Nähe gerückt ist — verwirklicht soll es ja noch nicht werden. Daß jetzt eine Vorlage, das Schwimmbad betreffend, kommt, ist wohl darin begründet, daß der Magistrat eine außerordentlich günstige Gelegenheit zu haben glaubt, um das Projekt zu verwirklichen. Diese günstige Gelegenheit glaubt der Magistrat darin zu sehen, daß das in Frage kommende Grundstück am Ridelnsulk in der Größe genügend ist — es enthält 3600 qm, reicht also für die Anlage eines Schwimmbades vollkommen aus —, daß zweitens dem Magistrat auch der Preis angemessen erscheint, und drittens, daß er auch die Lage für günstig hält, denn wenn er den Preis und die Lage des Grundstücks nicht für günstig hielte, würde er auch die Erledigung der Angelegenheit auf diese Weise nicht für günstig halten können, da das die Hauptpunkte sind.

Was die Größe anbetrifft, so ist dagegen nichts einzuwenden. — Der Preis soll 100 000 *M* betragen. Er kommt in Frage für 3600 qm, das bringt auf das

Quadratmeter rund 30 *M.* Zu diesen 100 000 *M.* kommen die 30 000 *M.* für das Genterische Grundstück hinzu. Erwähnt ist zwar, es solle eine Brücke nach dem Inselwall zu gebaut werden, aber die Kosten für die Brücke sind nicht mit angesetzt; ich taxiere sie als Laie auf 10—15 000 *M.* Weiter kommen die Baukosten hinzu 4—500 000 *M.* Wenn gesagt wird „mindestens“, dann darf man wohl 500 000 *M.* annehmen. Es ergibt sich also eine Gesamtsumme von ungefähr 600 000 *M.* Heute haben wir es nur mit den 130 000 *M.* zu tun, höchstens haben wir noch die Kosten für die Brücke hinzuzunehmen. Einen Preis von 30 *M.* für das Quadratmeter halte ich für den Nickelnkult zu hoch. Wir haben auch zu bedenken, daß es im wesentlichen Hinterland ist, was wir erwerben. Das Vorderhaus bleibt sowieso stehen, und die Schwimmhalle wird in den Garten gebaut. Nun sind wir ja in der Lage, daß uns das Hinterland mehr wert ist als das Vordergebäude, aber der Verkäufer mußte damit rechnen, daß ein Unternehmer, der das Haus erstekt, nur mit der Front rechnen wird, und so glaube ich, daß der Preis niedriger gesetzt werden könnte. Im ganzen urteile ich über den Preis, daß er durchaus nicht als außerordentlich günstig angesehen werden kann, nicht für so günstig, daß man deshalb zugreifen müßte.

Was die Lage anbelangt, so brauche ich den Braunschweigern nicht zu sagen, was die Lage am Nickelnkult bedeutet. Diese Lage ist ungünstig für den Einheimischen, sehr ungünstig auch für das bessere Publikum, das doch auch in Frage kommt, und auch für den Fremden, der sich kurze Zeit hier aufhält und das Schwimmbad besuchen will. Darauf haben wir doch auch Rücksicht zu nehmen, vor allen Dingen aber auf die hiesige Bevölkerung. Die Lage ist ungünstig deshalb, weil das Grundstück an der Peripherie der Innenstadt liegt und ein Schwimmbad dort wesentlich nur für die Leute in Frage kommen würde, die in dem Stadtteile wohnen. Am günstigsten für das Schwimmbad wäre eine zentrale Lage. Nun ist wohl als richtig zuzugeben, wenn der Magistrat sagt, daß im Zentrum der Stadt so leicht kein Grundstück zu finden ist, das in seiner Größe den Ansprüchen genügen würde. Man könnte also wohl der Anlage des Schwimmbades am Nickelnkult immer noch zustimmen, wenn dort eine Verkehrsgegend wäre. Wenn wir es auch als eine wesentliche Verbesserung der Lage betrachten müssen, daß eine Brücke nach dem Inselwall zu gebaut werden soll, wodurch ein netter Zugang geschaffen würde, so wird es immer ein stiller Winkel bleiben, der abseits von dem Verkehr liegt. Die elektrische Straßenbahn auf der Wendenstraße ist nicht geeignet, den Mangel zu beheben. Gelänge es uns, im Geschäftsviertel ein Grundstück zu bekommen, wo die Straßenbahnlinien alle münden, so würde das jedenfalls eine bedeutend bessere Erwerbung sein.

Nun, meine Herren, damit ist für mich eigentlich das Urteil über das Grundstück schon festliegend. Ich halte den Grund und Boden nicht für so billig, daß

wir schnell zugreifen müßten. Es ist auch in der Vorlage nicht gesagt, der Preis sei außerordentlich billig, sondern es sei ein angemessener Preis, und ich bin der Meinung, daß wir zu einem angemessenen Preise immer ein Grundstück bekommen können, wenn wir es nötig haben. Zu einem Schwimmbade halte ich das Grundstück für durchaus ungeeignet, und deshalb bin ich gegen Erwerb des Grundstücks an sich, und erst recht gegen den Erwerb zum Zwecke eines Schwimmbades.

Nun wird der Magistrat sagen: Dann schlägt ein anderes Terrain vor! Das hat natürlich seine Schwierigkeiten, und ich habe in meinem Antrage schon gesagt, man müsse Zeit haben, um sich darnach umzusehen. Ganz verlegen bin ich aber um einen Vorschlag nicht. Ich glaube, daß der Magistrat vor 1½ Jahren den Erwerb des Grundstücks am Sandweg mit dem Bau einer Schwimmhalle begründet hat — davon ist aber jetzt keine Rede mehr. Ich erinnere ferner daran, daß das Urteil über die Grundstücke, die wir an der Breitenstraße erworben haben, das Brojesche und Westermannsche, noch nicht endgültig gefällt ist. Die beiden sind über 4000 qm groß, und die Lage würde für ein Schwimmbad ganz herrlich sein, falls später der Entschluß der Stadtverordneten für die Errichtung eines städtischen Saalhaus an dieser Stelle nicht günstig ausfiele. Aber ich habe vor allen Dingen an einen anderen Platz gedacht, der uns gar nichts kostet: das ist der Platz, wo die Bassins am Wasserturm im Bürgerpark liegen. Ich halte dieses Terrain nach jeder Richtung hin als ausgezeichnet für die Anlage eines Schwimmbades. Die Lage wie auch die Umgebung ist sehr geeignet. Wenn ich nicht irre, hat Herr Riefe vor einigen Jahren einmal den Gedanken ausgesprochen, daß dort das städtische Schwimmbad hingehöre. Das würde sich ja aus den Protokollen noch ergeben, wenn Herr Riefe sich nicht erinnern kann. Der Gedanke ist sehr gut, und ich habe ihn mit Freuden aufgegriffen und sympathisch verfolgt. Wir besitzen dort ein ziemlich bedeutendes Terrain. Es sind im ganzen fünf Bassins, zwei davon sind allerdings noch in Benutzung und sind zugedeckt, aber drei sind noch offen. Ich habe gehört, daß möglicherweise noch eines oder zwei davon in Benutzung gezogen werden, aber auch dann würde noch ein Bassin übrigbleiben und dazu das große Terrain zwischen Oker und Bassin. Wenn das nicht ausreichen sollte und der anliegende Kinderpielsplatz, der nach der Strußschen Wirtschaft führt, zum Teil hinzugenommen werden sollte, so würde das kein großer Fehler für den Bürgerpark sein, denn der Magistrat ließ seinerzeit verlauten, daß wir den Bürgerpark jenseits über die Oker hinaus vergrößern würden. Eine Einbuße würde der Park also durch Errichtung des Schwimmbades an dieser Stelle nicht erleiden.

Abgesehen von dem Umstande, daß uns dieses Terrain gar nichts kostet, daß die Umgebung eine passende ist, ist auch die Lage des Platzes als sehr geeignet

deshalb anzusehen, weil das ganze Terrain nach dem Süden bis zum Bahnhofe bebaut werden wird. Die Hennebergstraße wird später hier durchgehen, so daß die Schwimmhalle direkt am Verkehr liegt; es ist nur eine ganz kurze Strecke bis auf das neue Stadtgebiet, das jetzige Bahnhofsterrain. Dort endigen auch die sämtlichen Straßenbahnlinien, und die Bewohner der ganzen Stadt könnten die Schwimmhalle mit Leichtigkeit erreichen. Auch die Fremden werden sehr erfreut sein, wenn sie eine so bequeme Gelegenheit haben, sich nach langer Bahnfahrt durch ein Bad erquicken zu können, und werden Braunschweig in angenehmer Erinnerung behalten.

Nun hat der Magistrat auf einen wesentlichen Punkt hingewiesen, der gerade der Errichtung eines Schwimmbades auf dem du Roischen Grundstücke zustatten kommen soll, das ist die Beschaffung des warmen Wassers, die sich ermöglichen lasse durch Aufzuehmung des Lichtwerks Wilhelmstraße oder durch das Drehstromwerk. Es ist nicht zu leugnen, daß die Warmwasserbeschaffung ein recht überlegenswerter Punkt ist, denn die Höhe der Unterhaltungskosten wird dadurch herabgemindert. Aber, meine Herren, würde denn im Bürgerpark die Unmöglichkeit vorliegen, warmes Wasser hinzuleiten? Ich glaube nicht. Will man sich bei dem du Roischen Grundstücke an das Lichtwerk wenden, so könnte man sich mit demselben Recht bei einem Schwimmbade im Bürgerpark an das Straßeneisenbahnwerk an der Eisenbüttelestraße wenden. Sodann ist zu bedenken, daß wir in der Nähe, in der Bahnhofstraße, unser städtisches Gaswerk haben; auch dieses könnte, wenigstens für einige Zeit, in Mitwirkung bei der Warmwasserlieferung gezogen werden, und im übrigen liegt der alte Wasserturm in der Nähe, dessen Dampfanlagen in Betracht kommen könnten. Ich sehe aber die Schaffung einer eigenen Warmwasseranlage für besser an, und im Vergleich mit dem du Roischen Grundstück kommt der Platz, den ich vorschlage, auch bei einer besonderen Warmwasseranlage finanziell nicht schlecht weg. Wenn wir eine eigene Warmwasseranlage für das Schwimmbad schaffen, würden Anlagekosten und laufende Kosten in Frage kommen. Den Anlagekosten stehen auf dem du Roischen Grundstück gegenüber die Ausgaben für eine kostspielige isolierte Rohrleitung. Es ist auch zu bedenken, daß für das Bad sowie für die Heizung eine Kesselanlage geschaffen werden muß, und so handelt es sich bei einer eigenen Warmwasseranlage schließlich nur um eine Vergrößerung, die nicht so teuer sein wird. Ich glaube, die Vorteile und Nachteile heben sich gegenseitig auf. Was die laufenden Kosten betrifft, so wird durch Zuleitung von Warmwasser angeblich eine Summe von 8000 M jährlich damit gespart. Wenn wir im Bürgerpark die Anlage errichten, dann ergibt sich eine Ersparnis der Zinsen des Kapitals, das wir für den Erwerb des Grundstücks am Nickelnfuss und den Bau der Brücke ausgeben müssen.

Rechnen wir 150 000 *M* zu 4 Prozent, so ist das eine Ersparnis von 6000 *M*, und die können wir gegen die zuerst erwähnte Ersparnis rechnen.

Ich glaube also, meine Herren, daß wir keine Ursache haben, mit vollen Segeln auf das vom Magistrat uns unterbreitete Projekt loszusteuern, daß wir mindestens eine weitere Prüfung uns zur Pflicht machen müssen. Ich für meinen Teil muß rundweg erklären, daß ich es nach den Gründen, die ich angeführt habe, für bedauerlich halten würde, wenn das Schwimmbad an die vom Magistrat jetzt ausgesuchte Stelle käme.

Oberbürgermeister Metemeyer: Die Errichtung des Schwimmbades auf diesem Grundstücke ist vom Magistrat bisher nicht beantragt. Er hat allerdings erklärt, daß Ihr Antrag, den Sie vor mehreren Jahren an uns gerichtet haben, ihm Anlaß gegeben hat, dieses Grundstück seinerzeit für das Schwimmbad in Aussicht zu nehmen. Es ist aber doch ein Unterschied, ob der Magistrat sagt und den Nachweis dafür zu erbringen sucht, daß dieses Grundstück, das uns jetzt zum Kauf angeboten ist, sich für den Zweck eignet, und Sie ersucht, dem Ankauf des Grundstücks zuzustimmen, oder ob er heute schon sagen würde: „Bitte, genehmigen Sie grundsätzlich, daß das Schwimmbad hier erbaut werden soll.“ Davor hat sich der Magistrat aus dem einfachen Grunde gehütet, weil er es für richtig hält, erst mehrere Projekte für verschiedene Grundstücke von der städtischen Bauverwaltung ausarbeiten zu lassen und sie Ihnen vorzulegen. Wenn es demnächst zur Erbauung des Schwimmbades kommen soll, wird ihnen der Magistrat selbstverständlich Rede und Antwort über die verschiedenen Grundstücke und Projekte stehen.

Nun hat Herr Frede eine Menge Einwände gegen den Erwerb des Grundstücks am Niefelnkult vorgebracht. Zunächst sagt er: „Ich halte den Preis für hoch.“ Herr Frede hat berechnet, daß bei einem Preise von 100 000 *M* für 3600 qm für das Quadratmeter ziemlich 30 *M* bezahlt werden. Es ist richtig, bei einer solchen Rechnung kommen annähernd 30 *M* heraus. Aber so dürfen Sie doch nicht rechnen. Wir können nicht einfach sagen: Das Grundstück ist für die Stadt nur als Grundfläche für das Schwimmbad etwas wert, folglich muß es der Eigentümer, wenn wir es kaufen, so hergeben, als wäre es unbebaut. Besonders, wenn wir, wie Herr Frede für das Schwimmbad es wünscht, ein Grundstück in der Geschäftslage kaufen wollten, so ist ein unbebautes Grundstück in der Größe überhaupt nicht zu haben, und die Bauwerke auf dem Grundstücke werden wir immer bezahlen müssen, auch wenn wir sie sogleich abreißen.

Die Wertermittlung für das du Roische Grundstück geht von folgenden Annahmen aus. Die Gebäude sind geschätzt zu 40 000 *M*, der Bauplatz, der von den Gebäuden eingenommen wird, mit der entsprechenden Umgebung zu 25 *M* pro Quadratmeter, das macht 44 000 *M*, beides zusammen 84 000 *M*. Sodann hat die städtische Bauverwaltung den kapitalisierten Nutzwert der Gebäude berechnet,

der augenblicklich sehr gering ist, denn das Gebäude ist nicht in gutem Zustande und läßt sich schlecht verwerten. Dieser kapitalisierte Nutzwert ist zu 38 000 *M* angenommen. In der üblichen Weise sind die beiden Zahlen 84 000 und 38 000 zusammengezogen und durch 2 geteilt, das gibt 61 000 *M*. Dann hat die städtische Bauverwaltung weiter den Wert des unbebauten Teils des Grundstücks — das ist der größere Teil, der nach der Inselpromenade zu liegt — zu 20 *M* pro Quadratmeter berechnet. Hieraus ergeben sich 38 000 *M*, und so kommt die städtische Bauverwaltung zu einer Schätzung des Gesamtgrundstücks von 99 000 *M*. Sie bemerkt dazu, daß dieser Preis unbedenklich gezahlt werden könne, einerlei zu welchem Zwecke das Grundstück einmal verwandt werden soll, ja, die Bauverwaltung sagt sogar — und das brauchen die Herren dem Eigentümer nicht wiederzusagen —, man könnte im Preise auch noch etwas höher gehen. Wir sind aber auf 100 000 *M* stehen geblieben.

Nun sagt Herr Frede weiter, die Lage sei für ein Schwimmbad ungünstig, und spricht davon, das Grundstück läge an der Peripherie, also an dem äußeren Umkreise der Stadt. Ist denn nun etwa der Platz im Bürgerpark, den Herr Frede so sehr für diesen Zweck ins Herz geschlossen hat, nicht an der Peripherie gelegen? Ich sage: Er liegt viel mehr an der Peripherie als dieses Grundstück. Die nähere Umgebung des du Roischen Hauses ist viel mehr bewohnt als der Platz im Bürgerpark.

Dann meint Herr Frede: Fremde kann man unmöglich nach einem Schwimmbade führen, das auf dem Nickelnkuff liegt. So habe ich ihn wenigstens verstanden. Meine Herren, der Nickelnkuff ist eine der interessantesten Straßen, die Braunschweig hat. Ich habe Fremde in der Stadt umhergeführt, die von der Sache etwas verstanden. Die waren nicht etwa vom Bohlweg oder vom Steinweg besonders erbaut, aber der Meinhardshof und der Nickelnkuff zogen die Herren ganz besonders an. Wenn es also darauf ankäme, Fremde anzulocken, dann ist der Nickelnkuff geradezu der gegebene Platz für ein Schwimmbad. Und, meine Herren, sehr anständige Leute wohnen auf dem Nickelnkuff, er hat Asphaltpflaster bekommen: ich wüßte also nicht, was gegen die Straße als solche einzuwenden wäre. Der badelustige Herr oder die badelustige Dame, die sich genierten, an dieser Stelle ein Bad zu nehmen, weil sie dann über den Nickelnkuff gehen müßten, die können uns gewogen bleiben, für die brauchen wir kein Bad zu bauen. Wenn aber trotzdem die leidige Folge befürchtet würde, daß dieserhalb das Bad leer stände, dann kann man einfach sagen: „Bitte, meine Herrschaften, gehen Sie über die Schubertstraße und betreten Sie das Bad vom Inselwall aus!“ Eine feinere Straße als den Inselwall kann Ihnen der Magistrat überhaupt nicht vorführen. Ich weiß also nicht, was man gegen eine solche Lage des Bades einzuwenden hätte.

Weiter spricht Herr Frede von einem stillen Winkel. Das ist ein hübsches Bild, und es ist auch richtig: der Nickelnkuff ist eine stille Gegend. Ist es denn aber unbedingt nötig, das Bad in das lebhafteste Geschäftsviertel zu legen? Ich halte das nicht für nötig. Wenn ab und zu ein Fremder in Braunschweig ein Schwimmbad nehmen will, wird er auch hingehen, wenn es am Inselwall erbaut wird. Im allgemeinen bauen wir das Bad auch nicht, um Fremde anzulocken, und es würde auch keinen Fremden hierherziehen, wenn Sie ein noch so schönes Bad bauen wollten. Das Bad soll für die Einwohner der Stadt bestimmt sein, und die finden auch über den Nickelnkuff nach dem Schwimmbade hin, wenn sie es benutzen wollen, davon bin ich überzeugt.

Herr Frede hat weiter die Freundlichkeit gehabt, außer dem Bürgerpark noch das Grundstück am Sandweg zu erwähnen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Erwerbung dieses Grundstücks durchaus zweckmäßig für die Stadt ist, und er hat durchaus nicht das Projekt aufgegeben, es für die Stadt anzukaufen, war aber allerdings der Ansicht, daß dieses Grundstück sich mehr eigne für die Erbauung einer Schule; ein Projekt ist bereits dafür ausgearbeitet. Wir werden in späterer Zeit uns schwerlich der Verpflichtung entziehen können, eine zweite höhere Mädchenschule zu bauen, da die bestehende eine fortwährend überfüllt ist, und für eine solche liegt nach Ansicht des Magistrats dieses Grundstück außerordentlich günstig. Aus diesem Grunde haben wir geglaubt, es für das Schwimmbad nicht in Aussicht nehmen zu sollen.

Sodann ist Herr Frede auf das Westermannsche und das Brojesche Grundstück zu sprechen gekommen mit dem Bemerken, daß der Magistrat diese Grundstücke angekauft habe. Das ist ein Irrtum, nur das Brojesche Grundstück hat der Magistrat angekauft und hat sein Tun damit, es zu verwalten; das Westermannsche Grundstück ist nicht angekauft. Würden wir aber das Bad dahin bauen wollen, dann müßten wir zu dessen Erwerb — billig gerechnet — mit der Aufwendung eines Kapitals von 300 000 *M* rechnen und geben dann die Möglichkeit aus der Hand, später das Projekt einer Stadthalle an dieser Stelle zu verwirklichen.

Der Lieblingsgedanke von Herrn Frede ist augenscheinlich die Erbauung des Bades im Bürgerpark. Nun ist es ja richtig, daß augenblicklich noch drei Filter frei sind, aber der eine von diesen wird demnächst zugeschüttet werden müssen, um die Hennebergstraße nach der neuen Straße zu führen, die vom Friedrich-Wilhelms-Platz nach dem künftigen Bahnhofe führt, ist also damit vergeben. Ob es nötig werden wird, von den übrigen beiden Filtern das eine oder vielleicht beide zu Reinwasserbehältern umzubauen, kann man heute noch nicht wissen. Ich würde es nicht für richtig halten, diese Filter jetzt zu beseitigen, denn wir haben bei der

Überbauung der Filter doch die Erfahrung gemacht, daß gerade diese Filter außerordentlich zu Reinwasserbehältern geeignet sind, und die Überbauung der Filter ist uns mit Auswendung nur einer geringen Summe gelungen. Im übrigen ist der Platz dort reichlich beschränkt, es sei denn, daß Sie noch einen Teil von den Anlagen und Wegen im Bürgerpark opferten, und das sollte mir leid tun. Man sollte sich auf den Standpunkt stellen: Ohne Not wollen wir unsern Bürgerpark nicht weiter mit großen Gebäuden besetzen. Insbesondere würde ich es geradezu für traurig halten, wenn man dort im Bürgerpark noch einen großen Schornstein aufführen müßte, um eine Warmwasseranlage zu schaffen.

Die Zuführung des Warmwassers zu dem neuen Schwimmbade ist einer der Hauptgründe gewesen, die den Magistrat veranlaßt haben, sein Augenmerk auf dieses Grundstück zu richten. Nicht von dem Werk auf der Wilhelmstraße wollen wir das Warmwasser herführen, denn dieses Werk wird — so hoffe ich wenigstens — kaltgestellt werden, wenn das Drehstromwerk den elektrischen Strom beschaffen wird. Nur für Umformung des Stroms wird das Werk auf der Wilhelmstraße noch benutzt werden, aber der Betrieb mit Dampf wird aufhören. In erster Linie dürfte für Abgabe von Warmwasser die Pumpstation in Frage kommen. Wenn Herr Frede meint, daß die Herrichtung eines Rohres zur Leitung des Warmwassers sehr erhebliche Kosten verursachen würde, so ist das nicht richtig. Nach der Angabe des Herrn Direktor von Feilisch belaufen sich die Kosten hierfür auf 6—8000 M, und die laufenden Kosten für die Erwärmung des Wassers sind eigentlich gleich Null anzusehen, weil die Kosten für die Anlage, um das Wasser an Ort und Stelle zu erwärmen, ganz gering sind. In dieser Hinsicht liegt also das Grundstück am Inselwall durchaus günstig.

Wenn aber alle diese Gründe Herrn Frede nicht überzeugen, dann ist der Magistrat in der Lage, Herrn Frede insoweit entgegenzukommen, als er sagt: „Wenn Sie heute für den Ankauf stimmen, sollen Sie in keiner Weise gebunden sein, und demnächst, wenn die Vorlage wegen des Schwimmbades kommt, durchaus nicht behindert sein, ganz nach freiem Ermessen zu stimmen.“ Sie können dann immer noch sagen: „Ich will überhaupt kein Schwimmbad oder keins an dieser Stelle.“ Wenn in dieser Beziehung die Herren bei ihrer Beschlußfassung einen Vorbehalt machen wollen und es ablehnen, so ist der Magistrat damit einverstanden. Ich will Ihnen aber kein Hehl daraus machen, daß ich der Überzeugung bin, daß Ihnen der Magistrat ein besseres Projekt für das Schwimmbad als das hier angedeutete auch demnächst nicht vorlegen wird, damit man mir später nicht sagt, ich hätte Sie heute mit dieser Vorlage fangen wollen. Wir kommen offen mit unserer Erklärung heraus: Wir halten diesen Platz als den geeignetsten von allen den bisher erörterten, um ein Schwimmbad zu erbauen.

Im übrigen glaube ich, daß auch diejenigen von Ihnen, die auf dem Standpunkte stehen: „Am Inselwall darf kein Bad erbaut werden“, sich sagen müßten, daß die Zahl geeigneter Grundstücke in der Stadt sehr gering ist. Wenn sich Gelegenheit bietet, ein solches Grundstück zu kaufen, so meine ich, daß wir keine Veranlassung haben, uns wochenlang oder monatelang zu überlegen, ob wir es erwerben sollen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir solche Grundstücke ankaufen müssen, und wenn wir einstweilen auch nichts weiter damit beginnen, als die vorhandenen Wohnungen zu nutzen. Selbst wenn wir nur einen ganz geringen Ertrag erzielen, würde ich immer für den Ankauf sein, weil ein Mangel an derartigen Grundstücken in unserer Stadt herrscht. Sie werden sagen: „Wie es scheint, ist der Oberbürgermeister ja von seinem Sparsamkeitsprinzip sehr weit abgegangen.“ Ja, meine Herren, es ist doch ein Unterschied, ob Sie ein solches Grundstück kaufen und damit vor die Frage gestellt werden: „Sollen wir den Kaufpreis durch Anleihenmittel oder durch Steuern aufbringen lassen?“ oder ob auf der anderen Seite eine Stiftung da ist, die in der Lage ist, ohne jede Beschwerde 130 000 *M* nebst den Kosten der Ausführung der Verträge der Stadt zur Verfügung zu stellen. In dieser glücklichen Lage sind wir. Die 130 000 *M* haben wir in der Abteilung III der Jüdelstiftung im Laufe der Jahre übergespart; sie liegen zu 3 Prozent auf dem Leihhause, weil es mir immer ungemütlich scheint, solches Geld in die Stadtkasse zu tun, da es kommen kann, daß es plötzlich wieder herausgezahlt werden muß und dann die Stadt in Verlegenheit kommen könnte. Wir können das Geld also verwenden, ohne daß die Stadt in der geringsten Weise dadurch belastet wird. Der Vorstand der Jüdelstiftung ist der Ansicht, daß gerade der Ankauf eines Grundstücks für das Schwimmbad durchaus den Absichten des Stifters entspricht. In seinem Testament ist dies ausdrücklich angedeutet und der Vorstand auch ermächtigt, einen Teil des Kapitals für solche Zwecke aufzuwenden.

Wer unter diesen Umständen noch Bedenken gegen den Ankauf des Grundstücks hat, dem ist nicht zu helfen. Daß man noch einige Wochen die Sache sich überlegen und erst die Bürgerschaft sich mit der Frage befassen lassen will oder sonst noch Maßnahmen zur Klärung der Verhältnisse ergreifen will, kann ich nicht verstehen. Ich meine, dies alles, was jetzt vor Augen liegt, müßte genügen. Ich habe die Überzeugung: einen so vorteilhaften Ankauf, was Lage des Grundstücks, seine Beschaffenheit und Größe betrifft, hat Ihnen der Magistrat seit langem nicht empfohlen.

Stadtv. Loeßhigt: Ich möchte empfehlen, dieser Vorlage, die den Ankauf des Grundstücks wünscht, zuzustimmen. Ich weiß heute noch nicht, ob ich zur Anlage der Schwimmhalle an dieser Stelle ja oder nein sagen werde. Aber eine Ent-

scheidung hierüber wird von uns auch nicht verlangt, die können wir uns aufsparen, bis wir eine Vorlage darüber bekommen. Die ausgestellte Zeichnung ist nur eine Skizze, die das Bild und die Lage andeutet, wie die Schwimmhalle von der Inselpromenade aus anzusehen ist. Über den Bau des Schwimmbades selbst brauchen wir uns heute den Kopf nicht zu zerbrechen, und ich bitte Sie, zunächst einmal dem Ankaufe des Grundstücks zuzustimmen.

Stadtv. Tebbenjohannis: Aus der Vorlage habe ich entnehmen zu müssen geglaubt, daß das Grundstück lediglich für Anlage eines Schwimmbades angekauft werden soll; nur der eine Satz auf Seite 2 der Vorlage weist darauf hin, daß mit der Ausführung noch einige Zeit gewartet werden soll. Ich höre nun aber, daß man das Grundstück auch kaufen will, wenn es für andere Zwecke verwendet werden soll.

Nun muß ich sagen: Wenn es sich darum handelt, ein Schwimmbad an diese Stelle zu bringen, dann stelle ich mich auf die Seite des Herrn Frede. Ich kann mir nicht denken, daß man den Platz als für eine Schwimmhalle geeignet ansieht. Von der Schönheit der Lage will ich nicht sprechen. Maßgebend für die Wahl des Platzes muß meiner Ansicht nach sein, daß die Mehrzahl unserer Einwohner das Schwimmbad leicht erreichen kann, und das glaube ich bei diesem Platz verneinen zu müssen. Einen neuen Vorschlag für Errichtung eines Schwimmbades an anderer Stelle zu machen, bin ich heute nicht in der Lage, aber ich meine, daß man diese Frage für heute absehen kann.

Etwas anderes ist es, ob wir das Grundstück überhaupt kaufen wollen, und da, glaube ich, daß es für die Stadt wünschenswert ist, Grundstücke an geeigneter Lage zu kaufen. Den Einwand des Herrn Frede, daß das Grundstück zu teuer ist, kann ich nicht anerkennen. — Wenn nun das Grundstück, wie ich glaube, für eine Schwimmhalle nicht in Aussicht zu nehmen ist, dann würde doch wohl kein Grund vorliegen, das Genter'sche Grundstück anzukaufen, das, soviel ich weiß, eine Zufahrtstraße zu dem du Roischen Grundstück werden soll. Ich würde mich deshalb dafür erklären, daß der Magistrat ermächtigt wird, das du Roische Grundstück am Rickelnkuff-Inselwall anzukaufen, daß dagegen von dem Ankauf des Genter'schen Grundstücks abgesehen wird, daß der Ankauf des du Roischen Hauses aber nur unter der Beschränkung bewilligt wird, daß das Grundstück zur Errichtung einer Schwimmhalle nicht gebraucht werden soll.

Oberbürgermeister Metemeyer: Bei einem Beschlusse in dem Sinne, wie sich eben der Herr Vorredner geäußert hat, würde doch die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat unnötigerweise die Hände binden. Wir kommen Ihnen entgegen. Ich erkenne an, unsere Vorlage hat speziell auf Errichtung des Schwimm-

bades hingewiesen. Weil aber von verschiedenen Seiten Bedenken gegen Errichtung des Schwimmbades an dieser Stelle geäußert wurden, hat der Magistrat gesagt: Wir wollen uns damit begnügen, wenn der Ankauf der Grundstücke angenommen wird. Wenn die Stadtverordnetenversammlung heute noch nicht in der Lage ist, sich über Errichtung des Schwimmbades an dieser Lage zu äußern, dann sind wir durchaus geneigt, ihr Zeit zu lassen. Wenn aber die Stadtverordnetenversammlung heute schon direkt erklärt: „Auf keinen Fall das Schwimmbad an diese Stelle!“, so ist das ein himmelweiter Unterschied zwischen unserer Vorlage und Ihrem Beschluß, dann nehmen Sie eine Stellung ein, die der Magistrat in seinem Entgegenkommen aufgegeben hat. Der Magistrat sagt: „Gut, wenn die Frage für Sie noch nicht spruchreif ist, dann lassen wir sie einstweilen auf sich beruhen und warten mit der Entscheidung, bis der Magistrat demnächst mit einer bestimmten Vorlage kommt.“ Wenn aber die Stadtverordnetenversammlung sagt: „Mag die Magistratsvorlage noch so schön sein, so soll das Schwimmbad doch nicht an diese Stelle kommen“, dann wäre das ein ungleiches Verhältnis, in das wir zueinander kommen.

Was das Genterische Grundstück betrifft, so wird es doch wohl richtig sein, es mit zu erwerben. Es ist allerdings etwas teuer. Auf 24 000 *M* hat die städtische Bauverwaltung seinen Wert eingeschätzt, 30 000 *M* sind gefordert. Man kann es dem Manne nicht verdenken, daß er etwas mehr für sein Grundstück fordert, denn er hat auf ihm sein gutes Auskommen. Die Herren, die an Ort und Stelle die Grundstücke angesehen haben, werden anerkennen, daß — einerlei zu welchem Zwecke dereinst das du Roische Grundstück benutzt werden wird — der Erwerb des Genterischen Hauses von hoher Bedeutung für die Anlage eines Zufuhrweges ist. Setze ich selbst den Fall, daß das Schwimmbad nicht dorthin kommt, sondern eine Schule oder ein Asyl, so müssen doch Kohnen angefahren werden, und dann ist es eine erhebliche Erleichterung, wenn von dem Geiershagen her in gerader Richtung die Wagen auf das du Roische Grundstück fahren können und auf der anderen Seite wieder heraus, während wir von einem Zugang von der Promenade her noch nicht wissen, wie sich die Sache gestaltet; vielleicht müssen dort Stufen angebracht werden. Es ist tatsächlich auf jeden Fall von Vorteil für das du Roische Grundstück, wenn das Genterische mit dazu erworben wird, und ich halte den aufzuwendenden Preis auch nicht für übermäßig hoch.

Stadtv. Buch: Wie ich gestern schon in der Baukommission geäußert habe, bin ich für Errichtung eines Schwimmbades an jener Stelle nicht zu haben, und ebenso wie ich denke auch eine große Anzahl unserer Mitbürger. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, daß es Leute gebe, insbesondere Fremde, die gerade für diese Gegend schwärmten, sie malerischer und schöner finden als den Bohlweg und

den Steintweg, so will ich das ganz auf sich beruhen lassen, denn es ist nicht zu leugnen, daß das alte Stadtbild immer etwas Unheimelndes hat. Aber ob die betreffenden Persönlichkeiten, wenn es sich um die Anlage eines Schwimmbades handelt, dafür sein würden, daß es hierher gebaut würde, steht auf einem anderen Blatte; ich wenigstens meine, diese Stelle eignet sich nicht für Anlage des Schwimmbades.

Der Ankauf des Grundstücks jedoch ist wohl zu erwägen, und in der Hinsicht habe ich mich gestern auch entschlossen, von dem Gedanken ausgehend, daß es wichtig ist, größere Grundstücke für den Besitz der Stadt zu sichern, meine Zustimmung dazu zu geben, das Grundstück anzukaufen. Ich halte es auch für praktisch, gleich das Genterische Grundstück mit anzukaufen, denn bei derartigen Grundstücken kommt viel auf einen gut fahrbaren Zugangsweg an. Den Wert des du Roischen Grundstücks hielt ich für ziemlich hoch bemessen und fragte an, ob es nicht möglich wäre, den Kaufpreis um 20 000 *M* herabzudrücken. Man sagte mir aber, das sei ausgeschlossen, und wir sollten uns nur nicht zu lange besinnen, die Tagen, die angegeben seien, beruhten auf der Wirklichkeit, und so bin ich schließlich der Meinung geworden, daß wir den Preis wohl anlegen können.

Wenn ich aber für Ankauf der Grundstücke stimme, so möchte ich in erster Linie meine Meinung dahin äußern, daß die Errichtung eines Schwimmbades an jener Stelle ausgeschlossen ist. Ich bitte die Herren, sich diesen Erwägungen anzuschließen, aber doch Ihre Zustimmung zu geben, daß das du Roische Grundstück nebst dem Genterischen angekauft wird.

Stadtv. Hammer Schmidt: Zweifellos ist es angebracht, daß man öffentliche Gebäude möglichst ins Licht stellt, und der Ansicht wird sich auch keiner der Herren verschließen können. Bei einem Schwimmbade aber, meine ich, kommt es wohl in der Hauptsache darauf an, daß es praktisch gut zu gebrauchen und rationell eingerichtet ist, damit es denjenigen, für die es geschaffen ist, auch Nutzen schafft. Das ist durch die innere Ausgestaltung, sowie auch durch die festzusetzenden Preise und anderes zu erreichen. Was nun die Lage anbelangt, so wird befürchtet, um mit Freund Kiefe zu reden, daß deswegen Plamauf losgehen wird. Damit ist schon angefangen, den haben Sie schon in der bürgerlichen Presse zu verzeichnen. Da haben wir wieder das erbauliche Schauspiel, daß gewissen Bürgerkreisen Braunschweigs, wenn sie das Wort Nickelnkult hören, eine Art Gänsehaut über den Rücken läuft, und daß sie meinen: „O weh, da werden wir nun zur Reinigung nach einer Gegend zitiert, daß man das Grauen haben muß.“ Davon habe ich mich vorhin bei der Vertagungsfrage gewissermaßen leiten lassen, um die Bürger mehr in ihrer wahren Gestalt kennenzulernen, als sie sich bereits durch Einsendungen haben kenntlich gemacht. Das ist mir genommen, schadet aber nichts.

Es soll eine Institution durch uns ins Leben gerufen werden, die eine Großstadt unbedingt nötig hat. Man könnte auch böshaft sein und sagen: Gerade dadurch, daß nach diesem verpönten Stadtviertel ein städtisches Gebäude kommt, gewinnt das Viertel, so daß alle Bedenken beseitigt werden und die guten Spießer — so will ich einmal sagen — in späteren Zeiten sagen werden: „Das sind doch bessere Menschen gewesen als wir Wilden, die wir nun dahinkommen müssen.“ Wenn der Eingang vom Inselwall her ausgeführt ist, dann kann ich mir nur denken, daß es von Vorteil für die Badeanstalt ist, daß man gleich Gelegenheit hat, aus dem Bade heraus den Gang um den Wall anzutreten, wiewohl wir nicht verkennen wollen, daß es auch andere geeignete Gegenden für das Schwimmbad geben würde. Ohne weiteres es aber von dieser Lage abhängig zu machen und zu sagen: Weil es der Miskelnkuff ist, so treten schon Bedenken auf, das halte ich nicht für richtig.

Über die Preisfrage glaube ich sagen zu müssen: Wenn wir erst die Sache von allen Seiten noch länger bedenken, so könnten wir es mit der Grundstückspekulation in der Stadt zu tun bekommen, und der Magistrat vor die Alternative gestellt werden, auf den Erwerb überhaupt zu verzichten. Dann würde er sagen können: „Das haben uns unsere Stadtverordneten eingebrocht.“ Ich wie meine Freunde werden zu dem Erwerb unsere Zustimmung geben, und ich bitte Sie, Ihre Bedenken dieserlei Art ebenfalls fallen zu lassen und dem Ankauf zuzustimmen.

Stadtv. Kruse: Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Frede, wenn er meint, der Bauplatz wäre mit dem angegebenen Preise zu teuer erworben. Ich halte den Preis für angemessen, und wenn es im Interesse der Stadt liegt, uns derartige Grundstücke zu sichern, so bin ich auf jeden Fall für den Ankauf. Aber ich bin ein entschiedener Gegner des Baus eines Schwimmbades an dieser Stelle. Es liegt ein Bericht der seinerzeit gewählten Deputation vor, an dessen Schluß es heißt, daß die Wahl des Platzes von großer Wichtigkeit ist, und besonders darauf hingewiesen wird, daß der Platz am Verkehr liegen müsse. Das fehlt bei diesem Platz am Miskelnkuff. Ich stoße mich nicht an der Gegend des Miskelnkuff, aber an der Lage außerhalb des Verkehrs. Der Platz liegt hinter den Leuten. Wer will dahingehen? Wenn wir ein Schwimmbad bauen, dann soll es auch benutzt werden und etwas einbringen, denn wir wollen doch nicht die ganze Verzinsung und laufenden Unkosten allein aufbringen, es muß doch mit einer einigermaßen genügenden Rentabilität gerechnet werden. Aber der Verkehr im Schwimmbade an dieser Stelle wird nur sehr mäßig sein, und ich bin überzeugt, die Stadt wird keine Freude daran haben. Es wäre genau so, als wenn das Bedürfnis vorläge, ein großes vornehmes Restaurant zu bauen, und man würde es

dorthin setzen. Glauben Sie, daß das besucht würde? Ich stehe so lange im Verkehr, daß ich verstehen kann, es würde kaum einer dorthin gehen. Deshalb bin ich wohl für den Ankauf des Grundstücks, halte den Preis für angemessen, aber ich halte nie und nimmer den Platz für geeignet, das Schwimmbad dort zu errichten.

Stadtv. Sander: Ich bin in erster Linie für Ankauf des Grundstücks und in zweiter Linie auch für Errichtung einer Schwimmanstalt auf diesem Plage. Die Bedenken, die der erste Redner, Herr Frede, geäußert hat, kann ich nicht teilen und möchte dagegen folgendes erwidern:

Er bemängelt zunächst den Preis. Er sagt, für das Quadratmeter würden 30 *M* gezahlt — es bringt allerdings nur 28 *M* —, und das sei zu teuer, weil der größte Teil des zu erwerbenden Grundstücks nur Hinterland wäre. Die Behauptung trifft nicht zu, denn man kann nicht sagen, daß der Garten, der hinter dem Hause am Nidelnsuff liegt, Hinterland ist. Wenn das Grundstück an einen Bauunternehmer verkauft würde, dann würde er den Garten nicht als Hinterland betrachten, sondern seinen Hauptnutzen daraus ziehen, indem er ihn wegen seiner Lage an der Promenade zu Bauplätzen verwertete. Da die Front des Gartens nach dem Inselwall zu 85 m beträgt, so würde er 6 villenartige Häuser dort aufstellen können. Wird der Preis des Bauplatzes auf 10 000 *M* — Straßenbaukosten fallen dort nicht zur Last —, so ist das meiner Ansicht nach ein sehr niedriger Preis für einen Bauplatz an der Promenade, und es blieben nur 40 000 *M* durch das Vordergebäude zu decken übrig. Und wenn für das Genterische Grundstück 30 000 *M* zu zahlen sind, so ist ein Preis von 40 000 *M* für das du Roische Haus am Nidelnsuff als sehr billig zu bezeichnen. So komme ich zu dem Resultat, daß der Preis für das ganze Grundstück, wenn nicht billig, so doch jedenfalls angemessen ist.

Herr Frede sagt ja auch selber, das Grundstück wäre passend, wenn es in der Verkehrslage gelegen wäre. Der Herr Oberbürgermeister hat schon angeführt: Wenn wir ein derartiges Grundstück in der Verkehrslage erwerben wollten, dann müßten wir mit wenigstens einer Million für Erbauung des Schwimmbades rechnen (Zuruf: Wilhelmsgarten!). Ja, der ist dafür zu klein. Jedenfalls wäre die Rechnung, die wir mit einem Grundstück an lebhafter Verkehrslage vorher machten, eine Honigtopfsrechnung, und ich bin überzeugt, daß wir hinterher mit einer Million rechnen müssen. Es ist mir fraglich, ob die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung dafür ist, für Aufwendung eines Baus eine Million zu zahlen, wenn Gelegenheit ist, ihn billiger zu haben.

Herr Frede sagt weiter: Nun gerade am Nidelnsuff soll die Anlage errichtet werden! Gewiß, wenn Sie die Vorlage verzerren wollen, müssen Sie sagen: „Die Badeanstalt am Nidelnsuff“. Das ist aber verkehrt; am Nidelnsuff soll das

Bad nicht errichtet werden, sondern am Inselwall: Das Projekt — sehen Sie es sich an — liegt mit der Front nach dem Inselwall. Vom Inselwall ist in leichter Weise eine schöne, breite Brücke herüberzuleiten, so daß der Hauptzugang zur Schwimmhalle nach dem Inselwall zu kommen würde. Die Häuser am Nickelskuff sollen stehen bleiben, es soll dort aber ein Durchgang eingerichtet werden, und das erkenne ich als gut und wichtig an. Die Fremden, die Braunschweig besuchen, kommen wegen der alten Bauwerke hierher. Altertumsforscher und Freunde von alten malerischen Gebäuden haben die beste Gelegenheit, wenn sie unsere Stadt studieren wollen, nebenbei hier einmal ein Schwimmbad zu nehmen. Wir geben so viele tausend Mark aus, um die alten Gebäude zu erhalten und die Fremden anzulocken, und in der Hinsicht ist der Nickelskuff für Braunschweig geradezu . . . (Zwischenruf) nun ja, eine Perle. (Weiterkeit.)

Herr Frede meint weiter, es würde die Gegend dort stets ein stiller Winkel bleiben. Das kann ich nicht einsehen, im Gegenteil, es wird vielleicht durch die Schwimmanstalt mehr Verkehr hineinkommen, und wenn man das Schwimmbad als am Inselwall gelegen betrachtet, dann kann man die Gegend, wo die Häuser und Gärten von Löbbbecke und Girsfeld liegen, nicht als einen stillen Winkel bezeichnen — es ist die beste Lage!

Ferner wurde gemeint, die Halle sei wegen der mangelnden Straßenbahnverbindung schwer zugänglich. Das ist auch nicht der Fall. Wer vom Bahnhof kommt, kann jede Elektrische benutzen, die zum Petritor führt, steigt am Petritor aus und erreicht das Bad auf dem schönsten Teile unserer Promenade: auf dem Inselwall an dem Teiche vorbei, eine Gegend, von der jeder entzückt ist. Wer den näheren Weg wählen will, fährt mit der Straßenbahn nach der Schubertstraße und macht die paar Schritte nach dem Bade zu Fuß. Sie können also immer darauf rechnen, daß Sie in einer Viertelstunde vom Bahnhof nach dem Schwimmbade kommen, und auch die Bewohner der Stadt sind in der Lage, für 10 Pfg. nach der Schwimmhalle hin fahren zu können.

Nun sagt Herr Kruse: Das Bad liegt hinter den Leuten. Das deckt sich mit dem Ausdruck „stiller Winkel“, ich brauche dem also nicht noch einmal zu widersprechen. Ich meine, es liegt sehr schön, wie auf dem Präsentierteller. Sodann meinte Herr Kruse, wenn wir ein Wirtshaus dorthin bauen würden, so würde das keinen Verkehr haben. Das glaube ich auch, ein solches Etablissement würde bald Pleite machen. Aber der Vergleich eines Wirtshauses mit der Badeanstalt ist wohl so unzutreffend wie nur etwas. Seit Jahren wird gesagt: „Es ist ein *Bedürfnis* für eine solche Schwimmbadeanstalt vorhanden, wie sie in jeder anderen Großstadt sich findet; sie ist durchaus *notwendig*.“ Nun, wenn die Notwendigkeit dafür besteht, dann wird das Schwimmbad auch da aufgesucht werden, wohin wir es bauen. Wirtshäuser sucht man auf, um sich zu belustigen,

und legt sie dahin, wo viel Verkehr ist, mit dem Schwimmbade ist das eine ganz andere Sache.

Ich schließe meine Ausführungen, indem ich in erster Linie den geehrten Herren empfehle, heute wenigstens den Ankauf des Grundstücks zu genehmigen. In zweiter Linie werde ich auch später dafür zu haben sein, daß dort das Schwimmbad errichtet wird.

Stadtv. **Steincke:** Ich will mich kurz fassen, da die Situation im allgemeinen wohl geklärt ist. — Herrn Hammerschmidt möchte ich erwidern, daß bei dieser Sache doch nicht die Parteipolitik maßgebend ist. Wir stehen als Vertreter der Bürgerschaft hier, und als Richtlinien sind für uns die allgemeinen Interessen der Stadt gegeben.

Wir sind gewiß alle stolz auf die ehrwürdigen Bauten unserer alten Stadt und nicht zuletzt auf die der Altstadt, die — wie ganz richtig gesagt wurde — von vielen Fremden mit Vorliebe aufgesucht wird. Die Städte sind alle darauf bedacht, den Charakter eines alten Stadtteiles nicht zu zerstören. Wenn aber ein modernes Gebäude am Mickelnfuhl errichtet wird . . . (Widerspruch), nun, aber ganz in der Nähe des Mickelnfuhs. Ich bin der Meinung, daß der Charakter jenes Stadtteiles gestört werden würde, wenn man sich nicht mit diesem Bade dem Charakter der ganzen Umgebung anpassen würde.

Was die Fremden anbelangt, so möchte ich bitten, die Herren darüber zu hören, die in der Hotelindustrie stehen, und da ist uns Herr Kruse der beste Ratgeber. Diese Herren haben fortgesetzt die Erfahrung gemacht, daß von den Fremden der Wunsch nach einem Schwimmbade in unserer Stadt geäußert wird. Deshalb muß es an einer Stelle liegen, wo es von den Fremden gesehen wird.

Wenn ich kurz meine Stellung und die der Anhänger des Vorschlages von Herrn Tebbenjohanns zu der Frage kenntlich machen soll, so ist es die: Wir meinen, daß das Schwimmbad eine Repräsentanz sein soll, würdig unserer Residenz. Es soll eine Reklame für die Stadt sein und eine große Front besitzen, womit es sich sehen lassen kann. Ich möchte deshalb Annahme des Vorschlages Tebbenjohanns empfehlen. Zumal, wenn der Magistrat sagt: „Wir werden kaum mit einem anderen Vorschlage kommen“, sehe ich nicht ein, weshalb wir nicht sagen sollen: „Wir wollen das Schwimmbad nicht am Mickelnfuhle.“

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich muß Herrn Riese doch den Gefallen tun und seiner Prophezeiung nachkommen. Herr Riese hat gehört, was ich gestern in der Kommission geäußert habe, und das wird ihm bei seinen Worten vorhin vorgegeschwebt haben. Aber so weit will ich heute nicht ausholen.

Nach meiner Meinung hat Herr Kruse das richtige Moment erwähnt. Die Deputation, die die Schwimmbäder in den fremden Städten angesehen hat, spricht nicht davon, daß auch nur eins der Bäder sozusagen in den Hintergrund einer Stadt geschoben ist. Ich weiß sogar, daß die Herren gefunden haben, daß die Bäder alle an bevorzugten Stellen in den verschiedenen Städten stehen. Sie sagen deshalb ganz richtig: „Die Wahl des Bauplatzes ist eine Frage von der größten Wichtigkeit; nur ein für den Verkehr möglichst günstig gelegener kann als geeignet bezeichnet werden. Ein kleineres Bad in günstiger Lage wird viel segensreicher wirken als ein weit vollkommeneres, vom Mittelpunkt des Verkehrs weit abgelegenes.“ Vom Mittelpunkt des Verkehrs weit ablegen ist das Grundstück am Nickelnkuff nicht, das erkenne ich an, aber es ist ungelegen. Läge es direkt an einem Knotenpunkt der Straßenbahn, an einem Plage oder sonst an einer Straße, auf der fortwährend der Verkehr auf und ab flutet, dann hätte ich gegen die Wahl eines solchen Bauplatzes nichts. Aber Sie werden mit allen Künsten keinen Verkehr nach einem Bad am Nickelnkuff hinbringen. Das Bad in Altona liegt direkt am Bahnhofe, das Bad in Köln am Ring, in Bremen dem Bahnhofe gegenüber. Die Lage des Münchner Bades ist meiner Ansicht nach ausgezeichnet, nahe der Isar am Ende einer Brücke. Die Bäder liegen alle schön und hauptsächlich für den Verkehr günstig. Das ist hier nicht der Fall, wenn auch gesagt wird: „Es sind von der Wendenstraße her nur hundert Meter Entfernung, und zwei Straßenbahnlinien führen in die Nähe.“ Ich will für das Bad eine Stelle haben, wo mehr Verkehr ist, wenn es möglich wäre, mitten in die Stadt an einen Platz. Ich erinnere an Hamburg, wo die Bäder immer an verkehrsreichen Straßen liegen. Das erste, welches sich Hamburg leistete und das nun schon 60 Jahre alt ist, liegt am Schweinmarkt im lebhaftesten Verkehr. Schon damals hat man das Bad nicht hinter die Leute gestellt, sondern an den Verkehr. Der Herr Oberbürgermeister hat das Wort ausgesprochen: „Für Fremde bauen wir kein Schwimmbad, wir bauen es für unsere Einwohner.“ Ich stehe der Frage anders gegenüber und meine, es wird in erster Linie mit für die Fremden gebaut. Ein schönes Schwimmbad ist auch eine Sehenswürdigkeit, ebenso gut wie ein poetischer Winkel im Nickelnkuff. Gewiß, auch der Nickelnkuff hat seine malerische Schönheit, ich will aber von dem Gebäude, das jetzt errichtet wird, daß der Architekt zeigt, was er leisten kann. Es braucht gerade kein Luxusbau zu sein, aber die Architekten wissen schon herauszufinden, was auf den jeweiligen Platz hinpaßt.

Noch etwas ist mir aufgefallen. Herr Sander schwärmt: „Das Grundstück ist billig“ — ich will mich auf den Preis eben nicht einlassen — und „es steht an der Promenade“. Nein, es steht am Boffelgraben und Liebesgrund, und das ist doch noch etwas vom Inselwall entfernt. Sodann der Grund: Das Grundstück wird uns von der Spekulation vor der Nase weggeschnappt. Auch der ist nicht

richtig. Um das du Noische Grundstück und das Schorfesche zusammen auszuschlachten, würden sich wohl schon Bauunternehmer zusammengetan haben, wenn sie dieselben für billig befunden hätten. Ich kann nicht anders, ich muß bei dem bleiben, was ich gestern in der Baukommission gesagt habe.

Vom Magistrat wird uns gesagt: „Über die verschiedenen Projekte werden Ihnen noch Vorlagen gemacht werden.“ Daß das ein schönes Bild wird, das uns von der Schwimmhalle am Nickelnkull vorgelegt werden wird, damit es uns einnimmt, davon bin ich überzeugt. Und wenn noch fünf oder sechs andere Projekte in Frage kommen, so möchte ich sehen, ob sie wohl mit der gleichen Liebe behandelt werden! (Zuruf: Jawohl!) Ich hoffe das, allein mir fehlt der Glaube. Ich sage ganz offen: Es wird uns das Projekt über diesen Bau am Nickelnkull so hübsch frisiert vorgestellt werden, daß die Herren, die heute A sagen, morgen B sagen müssen, ob sie wollen oder nicht. Ich habe schon gestern gesagt, daß der Herr Oberbürgermeister der beste Anwalt für solche Sachen ist, und weiß auch andere Angelegenheiten, wo die Sache denselben Verlauf genommen hat.

Ich werde in erster Linie eintreten für den Antrag des Herrn Tebbenjohanns und werde mir überlegen, ob ich dem Ankauf der Grundstücke noch zustimmen kann. Ich sehe immer noch in der Vorlage den Zwang: „Ihr kauft das Grundstück, und dort wird das Bad hingebaut!“

Stadtv. Rector: Das Bedenken, das hier gegen die Errichtung eines Schwimmbades an der vom Magistrat vorgeschlagenen Stelle geäußert wird, daß es keinen Zuspruch haben werde, kann ich nicht teilen, denn das Bedürfnis nach einem Schwimmbad ist hier so groß, daß die Leute stundenweit gehen, um baden zu können. Ich erinnere an das Bad, das bei Querum liegt. Sie können um diese Jahreszeit beobachten, daß Hunderte von Menschen nach dort hinausströmen, um in dem schmalen Flusse zu baden. Hauptsächlich stoßt man sich daran, daß das Bad an einer nicht vornehmen Straße zu liegen kommen soll. Bedenken Sie doch die Lage der Gewerbeschule! Sie liegt an einer Stelle, die in Ihrem Sinne als berüchtigt gelten kann, in der Nähe des Klintes, und doch nimmt niemand Anstoß daran. Ich möchte bitten, dem Vorschlage des Magistrats ruhig zuzustimmen; Sie werden sehen, daß sich die Anlage für das Schwimmbad ganz gut verinteressiert.

Stadtv. Munte: Viel ist es nicht, was man nun noch zu der Sache sagen kann. Ich habe mich nur über den Vorschlag des Herrn Tebbenjohanns gewundert, wenn er glaubt, etwas verhindern zu können, indem die heutige Versammlung die Vorlage mit dem Verbot bepackt, jemals an der Stelle ein Schwimmbad zu bauen. Da irren Sie sich — Sie sind ja auch noch nicht lange

Mitglied dieser geehrten Versammlung. Ich muß mich aber um so mehr wundern, als Ihnen alte Parlamentarier, wie z. B. Herr Meyerhoff, in dieser Meinung zustimmen. Er weiß doch ganz genau, wie die Versammlung unter Umständen mit gefaßten Beschlüssen umspringt: Heute fassen wir Beschlüsse, welche vier Wochen hinterher, nachdem etwas anderes dazwischen gekommen ist, von uns wieder geändert werden.

Ich möchte empfehlen, dem Vorschlage des Magistrats zu folgen und beide Grundstücke anzukaufen. Was damit wird, darüber brauchen wir uns heute den Kopf nicht zu zerbrechen. Aber es schadet nichts, daß heute die Ansichten über das Schwimmbad selbst in der Öffentlichkeit verlautbart sind. Die Bürgerschaft wird diese Ausführungen lesen, und dann können wir die Preßstimmen in der Saurengurkenzeit über uns ergehen lassen und sehen, was daraus wird. Ich bin dafür, daß wir den Ankauf der beiden Grundstücke beschließen. So ängstlich brauchen wir nicht zu sein, daß wir denken müßten, der Magistrat locke uns auf den Leim, und bringe demnächst nur für dies eine Projekt nette Vorschläge und für die anderen schlechte. Das traue ich ihm nicht zu.

Stadt v. **Hammer Schmidt:** Worin Herr Steinede Parteipolitisches in meinen Worten gefunden hat, liegt mir nicht klar. Weshalb führt man denn immer als einen Ablehnungsgrund die beabsichtigte demnächstige Lage des Bades am Nickelnkuff an? Man spricht sich nur nicht aus, aber ich will der Raze die Schelle anhängen: Weil man der Meinung ist, in diesem Viertel wohnen minderwertige Leute. Der Nickelnkuff ist gewissermaßen etwas in Verruf gekommen. Der Herr Oberbürgermeister hat mit Recht vorhin in ein paar kurzen Worten gesagt: „Das kann nicht maßgebend sein, am Nickelnkuff wohnen auch gute Leute.“ Damit hat er ganz richtig ausgeführt: Da wohnen eben Leute die das Schicksal dorthin verschlagen hat. Es können nicht alle Menschen auf der Kaiser-Wilhelm-Straße wohnen und nicht alle auf dem Nickelnkuff. Wohin das Schicksal die Leute verschlägt, da wohnen sie. Auch diejenigen Kreise, die sich sonst stolz überheben, gehen nach dem Nickelnkuff, wenn es gilt, dort ein Geschäft zu machen, was ihnen auch kein Mensch verargen wird. So stehen die Dinge, und ich glaube nicht, wenn ich das angeführt habe, daß das parteipolitisch zu nennen ist. Oder findet Herr Steinede es darin, daß ich gesagt habe, ich und meine Freunde würden der Vorlage zustimmen? Nun, das sind doch nicht Wünsche von Parteileuten! Ich wüßte nicht, wie das hineingebracht werden sollte, das liegt bei der ganzen Frage fern. Im Gegenteil, ich spreche im Sinne der Allgemeinheit und hoffe, daß auch Sie sich diesen Wünschen anschließen werden.

Stadt v. **Bues:** Wenn sich Herr Hammer Schmidt in diesem Falle getroffen fühlt von dem Vorwurf, daß parteipolitische Gesichtspunkte in die Frage hinein-

gebracht sind, so habe ich zu erwidern, daß er anfangs seiner Rede gesagt hat, in der bürgerlichen Presse sei ein Geschrei über das Schwimmbad am Nickelnkuff erhoben worden. Er hat dabei aber vergessen, daß auch im Volksfreund Geschrei darüber erhoben ist.

Es dreht sich bei dieser Vorlage um die Errichtung eines Schwimmbades. Auf der Tagesordnung steht: „Ankauf zweier Grundstücke“, aber die Vorlage lautet ausdrücklich auf Errichtung eines Schwimmbades auf dem Nickelnkuff in diesen beiden Grundstücken. Der Ankauf dieser Grundstücke für das Schwimmbad und der Ankauf der Grundstücke überhaupt sind zwei verschiedene Sachen, und beides müßte getrennt behandelt werden.

In dem Gutachten der Deputation wird von Dampfheizungswasser und auch von Wannen-, Brause- und medizinischen Bädern gesprochen, und wir reden nach der Magistratsvorlage nur von einem Schwimmbade. Ich kann mir eine Badeanstalt, die neueren Ansprüchen genügen soll, nur als mit medizinischen Bädern ausgestattet denken. Zu solchen Bädern gebrauchen wir unbedingt Dampf, und der kann, soweit ich informiert bin, nicht von so weiter Ferne hergeleitet werden, als es beabsichtigt ist.

Gegen den stadtseitigen Ankauf der Grundstücke als solcher habe ich nichts einzuwenden, bin im Gegenteil der Meinung, daß in früheren Jahren viel gesündigt ist, um der Stadt Terrain für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Lebhenjohannis: Der Herr Oberbürgermeister hat geglaubt, daß in der Beschränkung, die ich in meinem Antrage ausgesprochen habe, etwas Bedenkliches liegt. Ich glaube, solche Bedenken bestehen nur für denjenigen, der eine andere Begründung für die Ablehnung hat. Meine Begründung geht bekanntlich dahin, daß der Platz für die Mehrheit der Braunschweiger Einwohner nicht leicht erreichbar ist. Dieser Umstand kann überhaupt nicht geändert werden und wird sich im Gegenteil noch zuungunsten des empfohlenen Platzes verschieben, wenn wir den neuen Bahnhof bekommen haben und mehr und mehr von der Braunschweiger Bevölkerung nach jener Gegend zieht.

Ich weiß sehr wohl, daß eine Beschränkung der Verwendung des Grundstücks, wenn sie heute beschlossen wird, nicht für ewige Zeiten bestehen bleiben wird, daß selbstverständlich eine andere Stadtverordnetenversammlung wieder einen anderen Beschluß herbeiführen kann. Aber dessenungeachtet halte ich es doch für zweckmäßig, wenn wir den Beschluß heute so fassen, wie ich ihn beantragt habe. Wenn Sie die Beschränkung annehmen, dann kann ich auch nicht anerkennen, daß es unbedingt notwendig ist, das zweite Haus dazu zu erwerben, und ich bitte Sie demnach, meinem Antrage stattzugeben.

Oberbürgermeister Hettemeyer: Ich möchte den Herrn Vorredner fragen, weshalb er diese Beschränkung heute haben will. Ich sehe keinen Grund dafür ein. Es hätte höchstens die angenehme Folge für den Magistrat, daß seine Arbeit bei Bearbeitung der verschiedenen Projekte für das Schwimmbad etwas eingeschränkt wird, indem wir demnächst ein Projekt weniger vorzulegen haben und sagen können: Das eine Projekt haben die geehrten Herren bereits totgemacht. Nun, das bißchen Arbeit, das durch die Weiterbehandlung dieses einen Projekts entsteht, soll uns keine große Sorge machen! Sonst wüßte ich nicht, warum Sie sich in dieser Sache selber die Hände binden wollen. Tun Sie das etwa deshalb, damit die Braunschweiger, soweit sie gegen das Bad am Nickelnfult sind, sagen: „Wir haben doch tüchtige Stadtverordnete, die dem Magistrat entgegentreten, wenn er hinter dem Nickelnfult ein Bad erbauen will?“ Das haben Sie doch, weiß Gott, nicht nötig! Es wird demnächst so kommen — so denke ich es mir wenigstens —, daß wir sämtliche Projekte Ihnen vorlegen, und daß Sie bei der Auswahl dann zu berücksichtigen haben, wie im Einverständnis mit uns ein Schwimmbad zu schaffen ist. Denn wir wollen Ihnen die Entscheidung nicht allein überlassen, sondern die städtischen Behörden müssen sich — wie bei allen anderen Sachen, so auch demnächst bei dieser — verständigen. Wir werden bei der Auswahl die Lage des Grundstücks und den Geldpunkt zu beachten haben. Sie könnten nachher ja doch noch zu der Ansicht kommen, daß, beides gegeneinander abgewogen, immer noch hier der vorteilhaftere Platz für ein Schwimmbad ist! Weshalb wollen Sie unter solchen Umständen heute schon das eine Projekt endgültig verwerfen?

Stadtv. Niese: Daß diese Angelegenheit eine längere Debatte beanspruchen würde, war mir von vornherein klar. Wenn man weiß, wie von verschiedenen Seiten Sturm gegen das Projekt gelaufen wird, was schon aus den Stimmen der Presse, gleichviel welcher Richtung, hervorgeht, dann braucht man sich nicht darüber zu wundern. Wenn gesagt wird, wir sollen uns eine Beschränkung über die Verwendung des Grundstücks auferlegen, so möchte ich diese Taktik nicht mitmachen, und ich habe sie auch während der ganzen 37 Jahre, in denen ich als Stadtverordneter tätig bin, nicht eingeschlagen. Gegen Sachen, die mir nicht zusagten, habe ich mich energisch gewandt, aber auf ewige Zeiten mich festzulegen, damit kann ich nicht einverstanden sein.

Nun wird gesagt: „Das Terrain ist zu teuer, es ist Hinterland und soll 30 M das Quadratmeter kosten.“ Oberflächlich gesehen, ist das richtig. Wenn man aber den Wert der Gebäude abzieht und dann den Grundwert betrachtet und auch bedenkt, zu welchem Preise wir in anderen Gegenden Grundstücke angekauft haben, dann wird man den Preis für angemessen finden. Ich mache jede Wette: Wenn der alte Litolf noch lebte, dann hätte er uns das Terrain längst weggeschnappt,

um seinen Park damit zu vergrößern. Das beweist seine Tätigkeit an der Kaiserstraße, wo er auch Häuser angekauft hat. Wenn sich bisher kein Bauunternehmer dahintergemacht hat, so liegt das nicht, wie Herr Meyerhoff meint, daran, daß der Preis der Grundstücke zu teuer ist, sondern daran, daß jetzt die Leute nicht finanzkräftig sind, um an Spekulationen zu denken. Ich habe, als ich die Vorlage sah, mir von vornherein gesagt: Dem stimmst du zu.

Einer Beschränkung des Ankaufs, dahin gehend, daß das Genterische Haus nicht mit erworben wird, kann ich auch nicht zustimmen, denn durch das Haus geht der Weg vom Geiershagen direkt auf das Terrain, das angekauft werden soll, und durch das Genterische Haus wird das ganze Grundstück um so wertvoller. Die Baukommission hat es sich gestern angesehen, und die Herren, die es noch nicht gesehen haben, die mögen nur noch hingehen und es besichtigen. Ich würde mit ihnen wetten, daß sie dann dem Projekt zustimmen. Lassen Sie also Ihr Bedenken gegen die Vorlage eines Schwimmbades an dieser Stelle vorläufig zurückgestellt sein bis erst das eigentliche Projekt kommt.

Ich will kein Prophet sein, aber meine Meinung habe ich schon gesagt, wie sich die Sache abwickeln wird. Wenn ich auch alt bin, so bin ich in der langen Zeit, die ich hier sitze, denn doch gewitzigt. Die Hauptsache ist, daß erst einmal der Kauf genehmigt wird, und daß dann zweitens in Wälde uns die Projekte vorgelegt werden, die über Errichtung eines Schwimmbades aufgestellt werden. Seit 30 Jahren warten wir auf einen neuen Bahnhof, seit 20 Jahren auf eine neue Schwimmanstalt. Es wäre Zeit, daß wir endlich eine solche bekommen. Hildesheim und Krähwinkel haben ein Schwimmbad, und wir bekommen keins.

Stadtv. **Rasche** (Schlußwort als Referent): Ich will nicht über die Erbauung einer Schwimmanstalt reden, wie es die meisten der Herren getan haben. Es ist ja nicht zu vermeiden, daß man darauf zu reden kommt, da die Vorlage gemacht ist, um ein Grundstück für ein Schwimmbad zu erwerben.

Die Lage des Grundstücks halte ich für günstig — es ist wohl nicht nötig, daß ich alles, was dafür vorgebracht ist, noch einmal wiederhole, ich kann mich wohl kurz fassen —, es liegt ungefähr 650 m vom Zentrum der Stadt entfernt.

Jedes andere geeignete Grundstück, das die Stadt erwerben wollte, würde wahrscheinlich das Zwei- bis Dreifache kosten, und wenn man gar mit dem Ankauf ins Geschäftsviertel gehen wollte, so würde der Preis noch höher werden. Aus diesem Grunde wird es erforderlich sein, daß wir mit dem Schwimmbade an der Peripherie der Innenstadt zu bleiben versuchen, um eine immerhin noch ziemlich zentrale Lage des Grundstücks zu ermöglichen.

Das Schwimmbad muß in verkehrsreicher Lage sich befinden, und das ist die Wendenstraße. Der Weg von dort nach dem Inselwall ist gar nicht weit (es sind,

wie ich glaube, 230 m), und der Weg durch den Nickelnkult ist ganz nahe, etwa 100 m. Wer vom Geiershagen dorthin kommt, der wird finden, daß der Nickelnkult eins der schönsten Stadtbilder bietet; den Endpunkt des Blickes über den Nickelnkult bildet der schöne Andreasturm. Der Inselwall ist eine der besten Anlagen, die wir überhaupt haben.

Ganz gleich nun, ob das Grundstück mit der Schwimmhalle bebaut wird oder nicht, würde ich doch dafür sein, es anzukaufen. Schulbauten werden in der Stadt immer erforderlich sein, ebenso andere gemeinnützige Bauten. Eine Hauptsache aber ist, daß das Grundstück durch den städtischen Ankauf einer ungesunden Spekulation entzogen wird und der schönste Teil unseres Walles nicht durch schlechte Bauunternehmerhäuser verunstaltet werden kann. Schon weil diese Gefahr beseitigt wird, bitte ich, ungeteilt der Vorlage zuzustimmen.

Vorsigender: Es liegen zwei Anträge vor: Der Antrag Tebbenjohanns und der Kommissionsantrag, der bedingungslose Genehmigung des Ankaufs vorschlägt. Der Antrag des Herrn Tebbenjohann lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das du Roische Grundstück zu dem vereinbarten Preise zu erwerben mit der Beschränkung, daß das Grundstück zum Zwecke der Erbauung eines Schwimmbades keine Verwendung finden soll, die weiter beantragte Zustimmung zum Ankauf des Genterischen Grundstückes aber abzulehnen.“

Der weitergehende Antrag ist jedenfalls der Kommissionsantrag; diesen werde ich also zuerst zur Abstimmung stellen.

Es stimmen für den Kommissionsantrag 14 der anwesenden Stadtverordneten, der Antrag ist damit angenommen.

7. Aufhebung von projektierten Straßenzügen.

Stadtv. Wiegnerhoff: Die Firma Büßing hat dem Magistrat mitgeteilt, daß sie ein ihrer Fabrik benachbartes Gelände zum Teil von dem Königlich Preussischen Eisenbahnfiskus, zum Teil von der Firma Levin hier zur Schaffung von Fabrikanlagen erworben habe, und ersucht, die dieses Gelände durchkreuzenden projektierten Straßenzüge 1, 2, 5 und 6 aufzuheben. Das fragliche Gelände ist dem aufzuschließenden Ostbahnhofgelände benachbart. Ein Ortsbauplan ist für diesen Teil noch nicht festgestellt, wohl aber liegen drei Entwürfe von dem städtischen Tiefbauamt, bzw. dem Herrn Geheimrat Göcke in Berlin vor. Keiner derselben sieht eine Aufteilung des Geländes in ähnlicher Weise, wie es durch die Straßen 2, 5 und 6 erfolgen soll, vor und bringt nur die Aufnahme einer Straße

im Zuge der projektierten Straße Nummer 1 in Vorschlag. Der Magistrat hat deshalb gegen Aufhebung der Straßen 2, 5 und 6 keine Bedenken, nur würde seinem Erachten nach die Belassung des Straßenzuges Nr. 1 für nötig befunden werden können, um nördlich der Personengleise eine Verbindung zwischen dem Gelände des Ostbahnhofes und der Salzdahlumerstraße zu schaffen. Der Magistrat empfiehlt daher, die Erledigung der Frage, ob auch die Straße Nummer 1 aufgehoben werden soll, bis zur Fertigstellung des Ortsbauplans für das Ostbahnhofs-gelände auszusetzen. Es kann das um so unbedenklicher geschehen, als die Firma Büßing zur Zeit neben oder auf dem Gelände dieser Straße Bauten nicht errichten will. Auch die Ortsbauplandeputation hat gegen diese Regelung nichts einzuwenden, und so richtet der Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, sich mit der Aufhebung der projektierten Straßenzüge 5, 6 und 2 einverstanden zu erklären.

Die Baukommission hat sich gestern mit der Sache beschäftigt. Ich habe Ihnen namens derselben Annahme der Vorlage zu empfehlen.

Der Aufhebung der bezeichneten Straßenzüge wird zugestimmt.

8. Eingabe, betreffend Milderungen der Bestimmungen über den Kleinverkauf alkoholhaltiger Getränke.

Der Altersvorsitzende **Meyerhoff** übernimmt den Vorsitz.

Stadtv. Hartung: Der Verein der Brennereien und Likörfabriken Braunschweigs und Umgebung E. V. hat an die Stadtverordnetenversammlung ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst abschriftlich eine Eingabe mitteilt, die der Verein Braunschweigischer Wein- und Spirituosenhändler und der Verein der Brennereien und Likörfabriken an den Magistrat gerichtet haben. In dem Schreiben an den Magistrat ist ausgeführt, daß die Bestimmungen des kommandierenden Generals über den Kleinhandel mit Braantwein nach Ansicht der Antragstellenden zu weit gingen, daß insbesondere die Beschränkung des Kleinverkaufs von Braantwein den Zweck, der Trunksucht entgegenzuarbeiten, schwerlich erfüllen würde, indem von den Schnapstrinkenden doch Umwege gefunden würden, um zu ihrem Vergnügen zu kommen. Andererseits würde durch diese Bestimmungen, die den Kleinverkauf tatsächlich abschneiden, die persönliche Freiheit des unbeholtenen Staatsbürgers in unzuträglicher Weise beschränkt, indem wegen der erlassenen Bestimmungen auch ganz legalen Bedürfnissen der Arbeiter oder Landwirte bei ihrer Arbeit nicht entsprochen werden könne, weiter die Möglichkeit unterbunden würde, einen Schluck Rum zum Tee zu nehmen, ferner auch ganz berechtigten Ansprüchen der Hauswirtschaft, z. B. für Einmachezwecke Spirituosen zu

verwenden, zu genügen. Selbstverständlich würde dadurch auch das Spirituosen-gewerbe und die damit zusammenhängenden anderen Gewerbe in ihrem Einkommen wesentlich beeinflusst und ihre Steuerkraft geschwächt. Die Eingabe ging dahin, der Magistrat möge dafür eintreten, daß die Beschränkungen im Kleinverkauf alkoholartiger Getränke gemindert würden. Der Magistrat hat darauf erwidert, da es sich um eine Verfügung für den Bereich des ganzen Armeekorps handle, halte er sich nicht für befugt, für die hiesige Stadt Ausnahmen zu erwirken, und verweist die Interessenten an das Herzogliche Staatsministerium.

In der Statutenkommission wurde die Sache beraten, und man hat sich dort allgemein auf den Standpunkt gestellt, daß die Verfügung zu tief einschneidend sei, auch für die Hauswirtschaft unzutraglich. Es ist allerdings zu beachten, daß durch eine neuerliche Bekanntmachung eine Milde rung der Vorschriften erfolgt ist, doch trifft sie nicht alle die Punkte, die hier erwähnt sind. Die Statutenkommission ist deshalb der Meinung, daß immer noch eine Milde rung der Bestimmungen im allgemeinen Interesse wünschenswert sei, und sie beantragt daher, die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Ergreifung geeigneter Maßregeln zur Erreichung einer Milde rung der Bestimmungen über den Kleinverkauf von alkoholhaltigen Getränken zu ersuchen. Es wird damit dem Magistrat überlassen, ob er sich mit anderen Großstädten (es wird in der Eingabe von Hannover gesprochen) in Verbindung setzen will, oder ob er es für richtiger hält, durch Anrufung des Staatsministeriums den Wünschen dieser weiten Kreise entgegenzukommen.

Ich bitte Sie, diesem Antrage der Kommission zuzustimmen.

Stadtv. **Roehrigt**: Ich will nicht für und nicht gegen die Sache sprechen; ich halte es nur für meine Pflicht, Sie aufzuklären, um was es sich handelt. Das wird der größte Teil der Herren nicht so genau wissen, weil aus den Bestimmungen für den Laien wenig oder nichts hervorgeht und die Ansichten darüber sehr verschieden sind. Es ist die Verfügung gekommen, daß der Kleinhandel mit Branntwein aufhört, den wir den Ausschank über die Straße nennen: der Verkauf in kleinen Mengen von 5 Pfg. an. Das mag im Interesse des Militärs angebracht sein; es ist Krieg, und wir haben uns den Anordnungen einfach zu fügen. Es wurde anfangs gesagt, wir dürften zu dem Literpreis von 3 M auch $\frac{1}{4}$ Liter in verkorkten oder verkapselten Flaschen verkaufen. Aber auch das wurde aufgehoben, es wurde alles verboten. Wir konnten an Private nichts verkaufen, nur an Großisten und an solche Leute, die die Konzession zum Ausschank hatten, also nur insofern Gastwirtschaften in Frage kommen, die berechtigt sind, Branntwein in Gläsern zu verkaufen. Es war also nur in den Gastwirtschaften Branntwein in kleinen Gläsern zu bekommen.

Diese Bestimmung ist jetzt aufgehoben und dahin gemildert, daß der Verkauf von Branntwein an einzelne Personen erlaubt ist, wenn er in versiegelten oder verkapselten Gefäßen von mindestens $\frac{7}{10}$ Liter Inhalt sich befindet und der Verkaufspreis für das Liter mindestens 3 *M* beträgt. Unter solchen Umständen darf ich auch an Einzelpersonen mehr als ein Liter, auch 50 Liter verkaufen. An die Wirte darf ich als Großhändler zu den Einheitspreisen, wie sie ortsüblich sind, verkaufen. Aber der Großhändler kann im Kleinhandel die billigen Branntweine nicht verkaufen, da der Mindestpreis für ein Liter auf 3 *M* festgesetzt ist. Sie können sich denken, wohin das führt. Die Verfügung ist ja jetzt so weit gemildert, daß der Händler bis zu $\frac{7}{10}$ Liter verkaufen darf und so auch die Hausfrau zur Einmachzeit Branntwein bekommen kann. Aber wie liegt geschäftlich die Sache? Wie steht sich die Industrie dabei? Der Mann, der Geld hat, kann $\frac{7}{10}$ Liter für 3 *M* kaufen, der Arbeiter aber, der gewöhnt ist, seinen Branntwein zum Frühstück zu trinken, ist nicht dazu in der Lage, gleich 3 *M* für sein Getränk auszugeben, und das sind 95 Prozent des Branntweins, der verkauft wird. Ich habe in meinem Bericht an die Polizeidirektion gesagt, daß durch die Verordnung unsere ganze Industrie kaltgestellt ist, und zwar nicht nur in unserem Armeekorps. Die neue Verfügung, die gekommen ist, bringt ja etwas Erleichterung, aber nur verschwindend wenig, und es wird dabei mit ungleichem Maß gemessen. Der konsumierende anständige Arbeiter ist nicht in der Lage, sich kleine Mengen Branntwein vom Händler zu verschaffen. Wenn er das Bedürfnis hat, Branntwein zu trinken, muß er mit teurem Geld die kleinen Gläser in der Wirtschaft bezahlen, falls er nicht 3 *M* auf einmal ausgeben will, um sich eine Erquickung zu verschaffen. Wir sind damit vollständig unter Kuratell gestellt.

Zu dem Antrage selbst will ich weder befürwortend noch verneinend sprechen.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

Der Vorsitzende **Hartung** übernimmt den Vorsitz wieder.

9. Dringlichkeitsantrag **Steinbrecher**, betreffend die neue Festsetzung der Höchstpreise für Getreide.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 128.

Vorsitzender: Herr Steinbrecher war verhindert, der Sitzung bis zum Schluß beizuwohnen und hat sich entschuldigt. Ich habe gehört, daß Herr Ohlendorf die Begründung übernehmen will.

Stadtv. **Ohlendorf** (zur Begründung): Auf dem Lebensmittelmarkt sind gegenwärtig Preise vorhanden, die — wie die Herren alle wissen — mit Recht

als Wucherpreise bezeichnet werden. Um dem entgegenzuwirken, geht unser Antrag speziell dahin, daß die Preise für Roggen und für die Körnerfrüchte überhaupt erniedrigt werden. Durch das Gesetz vom 1. August v. J. sind ja die Kornpreise festgelegt worden: für Roggen pro Tonne auf 227 *M*, und durch dasselbe Gesetz ist auch gestattet, daß allmonatlich die Preise erhöht werden konnten. Vor dem Kriege betrug der Preis für Roggen pro Tonne wohl 150—160 *M*, während der Höchstpreis jetzt rund 247 *M* ist. Für den Weizen war der Preis vor dem Kriege 170—185 *M* pro Tonne, während er jetzt 285 *M* beträgt, und ähnlich so ist es auch bei Hafer. Wir glauben, daß es im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt, daß diese Preise herabgesetzt werden, und da wir der Ansicht sind, daß eine Verwaltung wie die der Großstadt Braunschweig einen gewissen Einfluß besitzt und auch die Pflicht hat, nach dieser Richtung tätig zu sein, so stellen wir den Antrag, daß unser Magistrat ersucht wird, so vorzugehen, wie es in dem Antrage ausgesprochen wird. Es ist nicht richtig — wie es tatsächlich der Fall ist —, daß ein Teil unserer Landsleute in dieser schweren Zeit sich bereichert, während die große Masse des Volks unter diesen Zuständen unnötig zu leiden hat. Wir haben die Vorkommnisse auf dem Kartoffelmarkte gesehen, und die werden uns genügend belehrt haben. Ich glaube deshalb, daß ich mich kurz fassen kann und Sie einfach bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Wenn wir ersucht haben, den Antrag dringlich zu behandeln, so ist das deshalb geschehen, weil uns bekannt ist, daß in den nächsten Tagen oder heute schon der Bundesrat zusammentritt, um über den Gegenstand zu beschließen. Weil also die Sache sehr eilig ist, bitte ich den Antrag als dringlich zu behandeln, denn nach den Ferien hätte er keinen Zweck mehr. Ich will noch bemerken, daß Braunschweig nicht die erste Stadt sein würde, die in der Richtung vorgeht, unter anderen ist, wie mir bekannt geworden ist, auch München in derselben Weise tätig gewesen.

Vorsitzender: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich das Einverständnis der Versammlung an, daß der Antrag als dringlich zu behandeln ist.

Stadttrat von Frankenberg: Ich habe meinerseits keine Bedenken getragen, der Dringlichkeit des Antrages keinen Widerspruch entgegenzusetzen. Ich muß mit dem Herrn Antragsteller anerkennen, daß die Verhältnisse so liegen, wie er es dargetan hat. Wenn die städtischen Behörden in Braunschweig ihre Stimme in dieser Sache erheben wollen, so ist es durchaus Zeit dafür. Ich bin ferner auch der Meinung, daß, nachdem uns in dem Kommunalverbande Braunschweig die Selbstwirtschaft mit dem Brotgetreide übertragen ist und durch die Richtlinien des Kommunalverbandes — denen die geehrten Herren heute zugestimmt

haben —, im Gegensatz zu der bisherigen Behandlung der Sache durch die Getreidegesellschaft, uns ein sehr wesentlicher Einfluß auf die Bewirtschaftung des Brotgetreides eingeräumt ist, es für uns wünschenswert sein wird, nicht durch zu hohe Getreidepreise zu hohen Mehl- und damit hohen Brotpreisen gedrängt zu werden. Ich glaube in Aussicht stellen zu können, daß der Magistrat nach Möglichkeit im Sinne des Antrages eintreten wird, und hoffe, daß wir damit Erfolg haben werden.

Stadtv. Bues: Ich bin der Meinung, daß dem Antrage zuzustimmen ist, möchte aber bitten, nicht die Kornpreise, sondern die Mehlpreise festsetzen zu lassen, denn durch die Festsetzung der Mehlpreise werden die Kornpreise reguliert, wie mir von beteiligter Seite vielmalß versichert worden ist. Es ist ja durch die vorjährige entgegengesetzte Behandlung hervorgerufen, daß die hohen Getreidepreise nur durch Nichtfestsetzung der Mehlpreise eingetreten sind.

Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Vorredner wird verzeihen, wenn ich nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres seiner Ansicht nicht beitreten kann und die Festsetzung der Kornpreise für das richtige halte. Ich glaube, es würde das Pferd beim Schwanz aufzäumen heißen, wenn man versuchen wollte, durch die Mehlpreise einen Einfluß auf die Kornpreise zu erzielen. Die Stadtverwaltung hat später durch den Kommunalverband Braunschweig einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Mehlpreise und wird nicht unterlassen, in dem Sinne zu wirken, wie es Herr Bues angeführt hat.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, die für Annahme des Antrages Steinbrecher sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen, und zwar, soweit ich sehe, einstimmig.

10. Dringlichkeitsantrag Wesemeier auf Ausbarmachung des Abfalls aus den hiesigen Schlachtungen für den Armeeverbrauch für die Braunschweiger Bevölkerung.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 128.

Stadtv. Wesemeier (zur Begründung): Ich werde mich in meinen Ausführungen kurz fassen. — Daß in dieser Zeit für die Heeresernährung hier größere Mengen Vieh, besonders Rindvieh, und zwar in einem Zeitraum von sechs Wochen, geschlachtet werden und das Fleisch hier konserviert wird, ist bekannt, jedoch unbekannt war bisher geblieben, aber seit gestern bekannt geworden,

daß die Abfälle (Köpfe, Lungen usw.), die gerade in den kleinen Haushaltungen verbraucht werden, nicht in der Stadt Braunschweig untergebracht werden konnten. Wie mir bekannt geworden ist, geschieht das, weil die Fleischermeister hier nicht genügend zahlen wollten; doch will ich das dahingestellt sein lassen. Wir wissen alle ohne Ausnahme, daß die Verhältnisse auf dem Fleischmarkt hier sehr schwierig sind. Fleisch ist in den meisten Haushaltungen der Arbeiter ein sehr seltener Artikel, denn die Fleischpreise sind so hoch, daß die Arbeiter sie einfach nicht bezahlen können. Es würde nicht verstanden werden, wenn dieses Fleisch aus den großen Schlachtungen, das sehr billig abgegeben werden kann, aus unserem Schlachthause hinausgeht und nach anderen Städten verkauft würde, um dort an die Arbeiterbevölkerung abgegeben zu werden.

Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, die der Antrag mit sich bringt, aber ich habe erst heute mittag erfahren, daß für den gestrigen und heutigen Tag der Verkauf nach Magdeburg erfolgt ist. Das hat mir Veranlassung gegeben, kurzerhand hier meinen Antrag niederzuschreiben, dem Gehalt zu tun, daß diese Köpfe, Lungen usw. nach auswärts gesandt werden. Sie wissen, daß bei einigen hiesigen Schlächtereien, wo Abfälle verkauft werden — ich glaube, Herr Diedmann ist auch dabei beteiligt, ebenso die Schlachtereie von Bethmann —, der Andrang außerordentlich stark ist, so daß ihn die Fleischermeister nicht bewältigen können. Ich habe selbst gesehen, wie bei der Freibank die Leute stundenlang stehen, um dort billiges Fleisch zu erhalten, wie es ihnen aber nicht möglich war, etwas zu bekommen. Nun sind die Verhältnisse bei diesen Schlachtungen für die Armee eigenartig, denn die Schlachtungen erfolgen für eine Gesellschaft. Es ist möglich, oder vielmehr ich wünsche lebhaft, daß es möglich sein wird, daß der Magistrat durch irgend welche Beauftragte, vielleicht durch den Schlachthausdirektor, sich mit dieser Gesellschaft in Verbindung setzt und es bewirkt, daß, wenn möglich, diese Gesellschaft selbst einen Verkauf in hiesiger Stadt ins Werk setzt und dabei die Unterstützung der Stadt findet, vielleicht durch Überlassung der Kühlräume.

Wenn das erreicht würde, so würde damit der zweite Teil meines Antrages hinfällig werden, nämlich, daß der Magistrat selbst, wenn die Gesellschaft nicht geneigt ist, den Verkauf in hiesiger Stadt zu übernehmen, das Fleisch zum Verkauf bringt. Ich hoffe, daß das durch Einwirkung des Magistrats auf die Gesellschaft möglich sein wird, und möchte, daß der Magistrat dann freie Hand bekäme, dieses Fleisch zu kaufen. Ich weiß wohl, daß uns durch Bundesratsbeschuß aufgedrängt wurde, Fleischvorräte anzuschaffen. Aber Fleisch, das pro Pfund mit 1,35 M bezahlt werden muß, ist für die Arbeiter auch noch zu teuer. Wir müssen dem Teile der Bevölkerung, der nicht imstande ist, diese Preise anzulegen, Gelegenheit geben, das billige Fleisch, das jetzt im Schlachthause zur

Verfügung steht, zu kaufen. Das sind wir dem Wohle unserer Bevölkerung, sowohl den erwerbstätigen Erwachsenen wie auch ihren Kindern, schuldig.

Vorsitzender: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung einverstanden ist, den Antrag als dringlich zu betrachten.

Stadtrat von Franckenberg: Gegen den ersten Teil des Antrages Wesenmeier wird niemand Bedenken haben. Warum soll die Stadtverwaltung nicht den Versuch machen, auf die beteiligten Unternehmer in der Richtung einzuwirken, daß sie den sogenannten Abschlag — Lungen, Herzen, Lebern usw. — hier zum Verkauf bringen? Gegen den zweiten Teil aber wollen die geehrten Herren mir gestatten, schwere Bedenken geltend zu machen. Es handelt sich um solche Teile, die sehr schnell verkauft werden müssen, wenn nicht große Verluste eintreten sollen, und die Einrichtungen der Stadtverwaltung sind, wie die Herren wissen, nicht so, daß uns eine derartige Verwertung, wie sie der zweite Teil des Antrages wünscht, leicht möglich wäre, so daß ich befürchte, daß dabei die schwersten Verluste eintreten würden. Ich möchte dringend warnen, einen derartigen Antrag, den ich für undurchführbar halte, anzunehmen. Ich möchte es für richtig halten, daß man sich auf den ersten Teil beschränkt. Wir wollen gern alles aufbieten, daß die Möglichkeit gegeben wird, daß die hiesige minderbemittelte Bevölkerung dieses billige Fleisch erhält.

Stadtv. Diedmann: Ich möchte kurz darauf hinweisen, daß es ein schwedischer Unternehmer ist, der sich verpflichtet hat, schwedische Rinder für die Armeeschlachtungen zu liefern. Selbstverständlich ist es einer Stadtverwaltung nicht möglich, unter diesen Umständen auf den Unternehmer einzuwirken, daß er den Abschlag hier läßt, denn er hat selbstverständlich ein großes Interesse daran, diesen auf die bestmögliche Weise zu verwerten. Wenn er diesen Abschlag ausschreibt und dem Meistbietenden den Zuschlag gibt, so ist das sein gutes Recht, was man ihm nicht streitig machen kann. Ich habe heute gehört, daß 48 Rinder geschlachtet sind und der Abschlag Herrn Zeitler auf der Wendenstraße, der sich bisher mit dem Verkauf befaßt hat, übergeben ist. Da es nicht möglich war, das ganze Quantum zu dem Preise hier unterzubringen, der ihm von einer anderen Stadt her geboten ist, so soll, wie ich gehört habe, der Abschluß bereits getätigt sein, daß sämtlicher Abschlag nach außerhalb geht.

Stadtv. Meyerhoff: Ich bin auch für den ersten Teil des Antrages. Der zweite Teil des Antrages wäre nur auszuführen, wenn wir den ganzen Abschlag übernehmen und der dann konserviert würde. Das würde aber für die Stadt-

verwaltung nicht möglich sein. Ich möchte aber dem Magistrat nahelegen, zu versuchen, ob nicht wenigstens ein Teil des Abschlags von der Stadtverwaltung behalten werden könnte. Wenn sechs Wochen lang jeden Tag 80 Tiere geschlachtet werden, dann ist zu befürchten, daß sich die hiesige Bevölkerung bald daran satt gegessen haben wird. Ich bitte Sie also, sehen Sie die Sache nicht als so leicht an. Gern bereit würde ich sein, meine Stimme dafür abzugeben, wenn sich die Stadt einen Teil des Abschlags sicherte, der meinethwegen an der Freibank verkauft werden könnte. Es kann sich für uns aber nur um einen Bruchteil des Abschlags handeln, das ganze Quantum für die Stadt zu übernehmen, wäre unmöglich.

Stadtv. Wesemeier: Herr Diedmann hat schon telephonisch Erkundigungen bei dem Schlachthause eingezo-gen, aber jedenfalls steht es noch dahin, ob der Verkauf des sämtlichen Abschlags nach auswärts abgeschlossen ist. Wenn ein Unternehmer in der Wendenstraße imstande ist, das Risiko zu übernehmen, dann sollte es die Stadt ebenso gut können. Dieser Unternehmer, der von einzelnen Fleischermeistern den Abschlag aus ihren Schlachtungen angekauft hat — allerdings unter sehr heftigem Widerstand der hiesigen Schlachtermeister —, hat einen mächtigen Zulauf zu seinem Laden. Er hat seinen Verkaufsraum nur in dem einen Stadtviertel, und in anderen Teilen der Stadt wird sein Geschäft nicht bekannt sein, sonst würde sein Laden nicht ausreichen. Was der übernehmen kann, das wird die Stadt auch übernehmen können; das Risiko ist nicht so groß. Gewiß ist es möglich, daß die Stadt Verluste erleidet. Es sind 4000 Rinder, die in sechs Wochen geschlachtet werden sollen, und da könnte es sich allerdings vielleicht um einen Verlust von 2—3000 M handeln. Kommt das wohl in Frage, wenn es sich darum handelt, einem größeren Teile der ärmeren Bevölkerung einmal etwas Fleisch zuzuführen? Ich meinte, darauf dürften wir es nicht ankommen lassen, denn größer wird das Risiko nicht sein.

Der erste Teil des Antrages wird von der Versammlung angenommen, der zweite Teil abgelehnt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½ bis 9¼ Uhr.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 14. August 1915.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Regelung des Verkehrs mit Futtermitteln betreffend | Seite 170 |
| 2. Anfrage Lebbenjohanns, betreffend Maßnahmen gegen die übermäßige
Verteuerung der Lebensmittel | " 175 |
| 3. Anfrage Kiefe, betreffend die Überlassung der Ländereien des Flug-
feldes usw. an die hiesigen Pächter auch im nächsten Jahre | " 188 |
-

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg, Ronnen, Lorb, Mohr, Schöttler, Seele, Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper, Ribbentrop, Schmidt, Schulze, Dr. Boge, Weichsel, Dr. Wolters**.

Außerdem fehlen die Herren Stadtverordneten **Diedmann, Hartung, Lauer, Trinks**.

Der Stadtverordnetenversammlung voraus ging eine Sitzung der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten unter dem Vor-

siß des Herrn Bürgermeisters Meyer mit der Tagesordnung:
„Wahl von 7 Mitgliedern und 7 Ersatzmännern des Verbandsausschusses für
Brotgetreide und Mehl.“

Herr Stadtrat von Frankenberg berichtete über die Vorberatung durch die erweiterte Finanzkommission und die für die Wahl gemachten Vorschläge. Der Kommunalverband Braunschweig habe seiner Verfassung nach die Aufgabe, für den Bezirk der Stadt Braunschweig und des ihm benachbarten Landkreises Riddagshausen-Wechelde die Regelung der Getreide- und Brotversorgung zu bewerkstelligen, vor allen Dingen die Selbstwirtschaft in dieser Versorgung durchzuführen. Es sei zu hoffen, daß der Verband in der Lage sei, Brotgetreide und Mehl in Zukunft billiger als bisher zur Verfügung zu bekommen. Während nach der Verfassung die laufenden Geschäfte des Verbandes von der Kreisdirektion besorgt werden, soll die Verwaltung einem Verbandsausschusse übertragen werden, der unter dem Kreisdirektor als Vorsitzenden aus weiteren 14 Mitgliedern besteht, von denen die eine Hälfte durch die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten der Stadt Braunschweig, die andere Hälfte von dem Kreisausschuß des Landkreises Riddagshausen-Wechelde gewählt wird. Um die Erfahrungen berücksichtigen zu können, die der Stadtverteilungsausschuß seit dem 1. Februar d. J. gemacht habe, schlage die Kommission vor, die Mitglieder des Verbandsausschusses aus den Mitgliedern des Stadtverteilungsausschusses zu nehmen und in den Verbandsausschuß zu wählen: die Herren Stadtrat von Frankenberg, Direktor von Feilich, Stadtv. Dieckmann, Stadtv. Ohlendorf, Geschäftsführer Blumeier, Obermeister Nürnberger und Kaufmann Börner. Als Stellvertreter zu wählen wird empfohlen: Stadtrat Wagner (Stellvertreter für Stadtrat von Frankenberg), Kaufmann Eckhardt, Stadtv. Lauer, Stadtv. Stegmann, Stadtv. Wesemeier, Hofkonditor Rohlmann, Sanitätsrat Dr. Kleinknecht. Ferner bittet die Kommission, die bisherigen 13 Mitglieder des Stadtverteilungsausschusses in ihrem Amt zu bestätigen. Es sind dies die Herren: Stadtrat von Frankenberg (Vorsitzender, als dessen Stellvertreter Stadtrat Wagner), Direktor von Feilich, die Stadtv. Dieckmann, Ohlendorf, Stegmann, Lauer, Sanitätsrat Dr. Kleinknecht, Kaufmann Eckhardt, Kaufmann Börner, Obermeister Nürnberger, Obermeister Rohlmann, Geschäftsführer Blumeier, Mehlhändler Moyer.

Stadtv. Loeßigk gab seiner Freude Ausdruck, zu hören, daß möglichst die Brot- und Mehlprieße niedrig gehalten werden sollen. Es sei ihm von großer Bedeutung, zu erfahren, in welcher Weise der Auschuß hierzu in der Lage wäre, denn die Preise seien heute recht hoch.

Der V o r s i z e n d e , Bürgermeister M e y e r , äußerte Zweifel, ob die Erledigung dieser Anfrage in den Rahmen der Aufgabe der heutigen vereinigten Versammlung passe, und wies darauf hin, daß wahrscheinlich im Anschluß an die gegenwärtige Sitzung noch eine Stadtverordnetenversammlung stattfinden werde, zu der bereits eine Anfrage eingebracht sei, die sich mit demselben Gegenstande beschäftige, den Herr Voeshigt zur Besprechung vorgeschlagen habe. Er halte es für richtiger, die Erledigung der Anfrage Voeshigt bis zu der Stadtverordnetenversammlung zu verschieben.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g empfahl das gleiche, und zwar besonders aus dem Grunde, da die Aufgaben des Verbandsausschusses und die des Stadtverteilungsausschusses in der Verfassung des Kommunalverbandes Braunschweig nur allgemein begrenzt seien und eine Beschlußfassung erst im Laufe der nächsten Zeit eintreten werde. Redner sei aber mit Herrn Voeshigt einverstanden, daß eine der wichtigsten Aufgaben der beiden Ausschüsse sein müsse, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung möglichst billiges Mehl und Brot bekomme. Das werde sich aber im Vergleich zum ersten Kriegsjahr wahrscheinlich um so leichter bewirken lassen, als der Kommunalverband nicht darauf angewiesen sei, die Mehlpreise der Kriegsgetreidegesellschaft zu zahlen, sondern infolge der Selbstwirtschaft die Mehlpreise selbst festzusetzen in der Lage sei. Es handle sich darum, daß die beiden Unterausschüsse mit den Mühlen die nötigen Verträge schloffen. Dafür, daß beispielsweise die Neustadtmühle den Verband nicht überteuere, würde die Stadtverwaltung schon sorgen.

Die Versammlung stimmte hierauf den Vorschlägen der Kommission in bezug auf die beiden Wahlen für den Verbandsauschuß und die Bestätigung des Stadtverteilungsausschusses zu, in allen Fällen, wie der Vorsitzende feststellte, einstimmig.

Der V o r s i z e n d e , Bürgermeister M e y e r , gab darauf bekannt, daß in der Vorberatung von Herrn Stadtrat Wagner mitgeteilt sei, daß eine gleiche Einrichtung wie für das Brotgetreide auch für die Futtermittel geschaffen werden solle, also auch dafür ein Ausschuß für den Kommunalverband Braunschweig eingesetzt werden solle. Es sei in Aussicht genommen, die Zusammenfassung des Ausschusses ähnlich wie den für das Brotgetreide zu gestalten und die Zahl der Mitglieder auf 11 zu bemessen. Da der Vorsitzende wieder von der Kreisdirektion gestellt werde, so würde die vereinigte Versammlung demnächst fünf Mitglieder in diesen Ausschuß zu wählen haben. Voraussetzung zu dieser Wahl sei, daß die Stadtverordnetenversammlung sich mit der Organisation in dieser Weise einverstanden erkläre. Falls die anwesenden Herren Stadtverordneten nicht um deswillen, weil

eine offizielle Einladung in dieser Richtung nicht an die Herren Stadtverordneten ergangen sei, Bedenken trügen, heute als Stadtverordnetenversammlung zu tagen, so würde er die Herren bitten, gleich im Anschluß an die Sitzung der vereinigten Versammlung eine Stadtverordnetenversammlung abzuhalten, in der darüber Beschluß gefaßt werde, ob für die Verteilung der Futtermittel eine gleiche Organisation geschaffen werden solle wie für die Verteilung des Brotgetreides. In der Sitzung der vorbereitenden Kommission seien Bedenken darüber nicht geäußert.

Auch aus der vereinigten Versammlung wurden keine Bedenken geäußert, und Herr Stadtv. Meyerhoff übernahm den Vorsitz.

Vorsitzender Meyerhoff: Meine Herren, Sie haben aus dem Munde des Herrn Bürgermeister gehört, um was es sich handelt. In der erweiterten Finanzkommission sind wir uns über den Punkt schon schlüssig geworden. Ich frage zunächst an, ob die Herren gewillt sind, in die Beratung einzutreten. — Ich höre keinen Widerspruch. Ich eröffne deshalb die Stadtverordnetenversammlung und möchte Herrn Stadtrat Wagner bitten, zur Sache das Wort zu nehmen.

1. Regelung des Verkehrs mit Futtermitteln betreffend.

Stadtrat Wagner: Die Verfassung des Kommunalverbandes für die Futtermittel soll genau in derselben Weise geregelt werden wie die des Kommunalverbandes für Brotgetreide und Mehl. Es wird beabsichtigt, denselben Wortlaut wie bei der letzteren zugrunde zu legen, nur daß an Stelle der „Verordnung über Brotgetreide und Mehl“ gesagt wird: „Verordnungen über Futtermittel (Hafer, Gerste, Kraft- und zuckerhaltige Futtermittel)“, und daß die Zahl der Mitglieder, wie erwähnt, auf 11 festgesetzt wird. Legen die Herren Wert darauf, daß ich den Wortlaut verlese? (Wird verneint.) Zuständig in bezug auf Einrichtung dieser Verteilungsstelle und seine Verfassung ist das Herzogliche Staatsministerium, die städtischen Behörden sind darüber nur zu hören. Ich empfehle den geehrten Herren namens der Kommission, sich mit der Einrichtung einverstanden zu erklären.

Stadtv. Steincke: Ich möchte anfragen, ob es nicht praktisch wäre, hinsichtlich des Getreideverkehrs eine Stelle für das ganze Herzogtum einzurichten. Man hat in unserer Nachbarstadt Hannover vor einigen Tagen im Ständehause über diese Sache beraten. Es fand eine Konferenz der Stadt- und Kreisverwaltungen der ganzen Provinz Hannover wegen des Getreideverkehrs statt, und man hat dabei auch über eine Verteilungsstelle für Futtermittel für die Provinz Hannover ge-

prochen. Ich glaube, daß es aus praktischen Gesichtspunkten empfehlenswert wäre, eine solche Einrichtung für das ganze Land Braunschweig in Erwägung zu ziehen.

Stadtrat Wagner: Diese Frage ist bei den Vorbesprechungen mit dem Herzoglichen Staatsministerium, an denen ich teilgenommen habe, auch erwogen worden, und man hat zunächst den Versuch gemacht, hinsichtlich des Brotgetreides und Mehles die Kommunalverwaltungen wenigstens derjenigen Kreise, die der Stadt Braunschweig benachbart sind (den Landkreis Braunschweig, Kreis Wolfenbüttel und Kreis Helmstedt), miteinander zu verschmelzen — die Kreise Blankenburg, Gandersheim und Holzminden liegen ja so weit von der Stadt Braunschweig ab, daß sie hierbei keine Rolle spielen. Es waren aber seitens der Vertreter dieser Kreise derartige Bedenken geltend gemacht, daß das Herzogliche Staatsministerium davon abgesehen hat, die Sache in der angedeuteten Weise zu regeln. Es ist tatsächlich für Brotgetreide und Mehl, wie auch für Gerste und Hafer bestimmt, daß Land- und Stadtkreis Braunschweig zusammengelegt werden sollen, und so wird man auch hinsichtlich der übrigen Futtermittel die Frage nicht anders lösen können.

Stadtv. Bunge: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Steinecke und hätte es für richtiger gehalten, wenn jetzt, wo wir uns von der Kriegsgetreidegesellschaft lösen, eine zentrale Verteilungsstelle für das ganze Herzogtum Braunschweig eingerichtet wäre. Es ist eine Tatsache, daß auf dem Futtermittelmarkte die Klagen groß sind und die Leute beim Einkauf von Futter übers Ohr gehauen werden. Es mangelt jetzt schon an Vieh, da es nicht großgezogen werden kann, denn die Futtermittel sind derartig teuer, daß mit Erfolg weder Großvieh noch Schweine und auch nicht die Kleinsten, die Kaninchen, gehalten werden können. Da wir nun aber gegen das Ministerium nicht angehen können, so möchte ich den Magistrat bitten, zu versuchen, es zu ermöglichen, daß auf diesem Gebiete der Verteilung der Futtermittel etwas Nützliches für das große Ganze geschaffen wird. Im übrigen stimme ich dem Antrage des Magistrats zu.

Stadtrat von Franckenberg: Bis zu einem gewissen Grade ist den Anregungen, die die Herren Stadtv. Steinecke und Bunge vorgetragen haben, vom Herzoglichen Staatsministerium Rechnung getragen. Es ist die sehr wichtige Bestimmung getroffen, daß die Kleie, die bei dem Ausmahlen des Brotgetreides für die Stadt Braunschweig abfällt, nicht etwa an den Landkreis Braunschweig oder den Kommunalverband Braunschweig gemeinsam überwiesen werden soll, sondern das Ministerium hat sich die Verfügung über diese Kleie, deren Menge ich auf 10- bis 15 000 Doppelzentner jährlich schätze, vorbehalten. Auf diese Weise wird, so-

weit es sich um Kleie handelt, das erreicht, was den beiden Herren vorschwebt. Eine Landesfuttermittelfstelle ist das allerdings nicht, aber es steht auf diese Weise doch eins der wichtigsten Futtermittel der Bevölkerung des ganzen Landes gemeinsam zur Verfügung.

Stadttrat Wagner: Die Ausdehnung der gemeinschaftlichen Futtermittelversorgung auf den Bereich des ganzen Herzogtums hat, wie ich glaube, aus folgenden Gründen keine besonders große Bedeutung. Es handelt sich bei der jetzigen Neuordnung darum, daß jeder Bezirk sich aus seinen eigenen Vorräten versorgt, so daß also der Landkreis Braunschweig in der Lage ist, von seinem Überschuß an Hafer, Gerste, zuckerhaltigen und Kraft-Futtermitteln so viel an die Stadt Braunschweig abzugeben, daß sie damit versorgt ist. Damit sind unsere Interessen gewahrt, und wir haben kein Interesse daran, von weiter entfernt liegenden Kreisen uns Futtermittel, die durch die Fracht für uns teurer würden, zuweisen zu lassen. Die Sache liegt so, daß durch den Landkreis Braunschweig die Versorgung der Stadt mit Hafer und Gerste wirklich auch erfolgen kann, und ich bin nicht im Zweifel, daß im Landkreis Braunschweig bei der großen Anzahl von Zuckerfabriken auch zuckerhaltige Futtermittel in ausreichendem Maße vorhanden sind, ja es wird nach auswärts noch davon abgegeben werden können. Es blieben noch die Kraftfuttermittel übrig, z. B. die Stücken und Mehle aus Stücken. Diese werden im Herzogtum in nennenswertem Maße nicht erzeugt, so daß man in der Beziehung — mag man nun den Futtermittelverband auf Stadt und Landkreis Braunschweig beschränken oder über das ganze Herzogtum erstrecken — darauf angewiesen sein würde, von fremden Bezirken sich die nötige Menge überweisen zu lassen. Ich glaube also, im allgemeinen ist das Interesse unserer Bevölkerung durch die Verbindung mit dem Landkreis Braunschweig vollständig gewahrt.

Stadtv. Steinicke: Die Frage ist jedenfalls für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nicht vollständig geklärt. Sie kommt so schnell an uns heran, und der einzelne hat sich mit der Materie noch nicht genügend befassen können. Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß sich in anderen Gegenden die Städte zusammengetan haben, um durch gemeinsamen Bezug größere Aufträge in Futtermitteln, die sie in ihrer eigenen Gegend nicht haben, erteilen zu können und dadurch zu versuchen, billiger einzukaufen. Wie in Hannover, so liegen die Produktionsverhältnisse auch bei uns in Braunschweig. Ich kann mir nur denken, daß im Interesse der Gesamtbevölkerung hätte mehr herausgeschlagen werden können, wenn die Kreise sich zusammengetan hätten.

Stadtv. Roeschigk: Was die zuckerhaltigen Futtermittel anbetrifft, so ist der Verbrauch für das ganze Reich kontingentiert, und es werden nur eine gewisse An-

zahl Prozente freigegeben. Ob das für unsere Produktionsverhältnisse ausreicht, weiß ich nicht. Ich möchte fragen, ob bei diesem Ausgleich nach dem Osten hin wir hier mit dem Zucker nicht zu kurz kommen.

Stadtrat Wagner: Die Verteilung der zuckerhaltigen Futtermittel ist so geregelt, daß der Vorrat von ganz Deutschland nach der Anzahl des vorhandenen Viehs verteilt wird. Diejenigen Gegenden, wo viel Zucker verarbeitet wird, müssen an andere Gegenden abgeben, ebenso wie die Gegenden, in denen wenig Gerste und Hafer geerntet wird, aus anderen Gegenden Ersatz bekommen. Man hat in Berlin eine Formel ausgerechnet, wonach es heißt: die Pferde haben im Verhältnis zu den Schweinen und zu dem Rindvieh fünfso viel zuckerhaltige Futtermittel nötig. Durch Anwendung dieser Formel wird auf Grund der statistischen Ermittlungen des Viehbestandes eine gleichmäßige Verteilung des Futters für ganz Deutschland gewährleistet. Was Herr Steinecke wünscht, nämlich die fehlenden Futtermittel durch Einkauf im großen billiger anzuschaffen, ist leider während der jetzigen Kriegszeit auf dem Gebiete der Futtermittel unmöglich. Die Futtermittel sind bekanntlich beschlagnahmt und können nur von denjenigen Stellen, die vom Reiche festgesetzt sind, bezogen werden, und zwar zu Höchstpreisen. Auf andere Weise ist vollwertige Ware nicht zu bekommen. Wir brauchen also wohl keine Besorgnis wegen Beschaffung von Futtermitteln zu haben; Anträge auf Lieferung werden durch die amtlich bestimmten Stellen auch erledigt werden können.

Stadtv. Voelchigt: Herr Stadtrat Wagner sagt, es sei ausgeschlossen, unter dem Höchstpreise Futter zu kaufen. Neulich wollte ich Gerste kaufen; der Höchstpreis ist auf 300 *M* festgesetzt. Als ich mich aber darnach umjah, wurden mir 650 *M* abgefordert. Es ist also wie im vorigen Jahre: als der Preis des Roggens auf 225 *M* festgesetzt war, konnte man unter 245 bis 250 *M* keinen bekommen. Das ist das Wunderbare bei den Höchstpreisen. Wenn man die Ware zu den Höchstpreisen nicht bekommen kann, wo ist eine Stelle, an die man sich wenden kann, um überhaupt Futter zu bekommen? Das ist doch der Kernpunkt.

Stadtrat Wagner: Zu Preisen, die höher sind als die Höchstpreise, darf natürlich keiner verkaufen. Ich vermute, daß es sich um ausländische Gerste gehandelt hat, denn diese ist von der Bestimmung über die Höchstpreise ausgenommen, weil man dadurch erreichen will, daß in weitem Umfange, wenn auch zu teureren Preisen, unsere heimischen Vorräte aus dem Auslande ergänzt werden. Wird diese ausländische Ware zu höheren Preisen angeboten, so ist nichts dagegen zu sagen. Ich hörte neulich von Herrn Kollegen Seele, daß ihm türkischer Weizen

angeboten ist, und es wurde von ihm die Frage aufgestellt, ob er den kaufen dürfe. Das ist erlaubt, aber ein Höchstpreis dafür ist nicht festgesetzt.

Stadtv. Loeschigk: Wo kann man denn zu dem Höchstpreise heimische Futtermittel bekommen?

Stadtrat Wagner: Durch den Kommunalverband werden Sie das Futter überwiesen bekommen. Von den Bezirken, wo es erzeugt ist, wird es, soweit der Bedarf des heimischen Bezirks gedeckt ist, hergeleitet. Die sog. „Kontingentsbetriebe“ werden, wenn sie einen Schein der Reichsfuttermittelfstelle vorzeigen, wonach ihnen ein Kontingent von 1000000 bis 2000000 Zentnern bewilligt ist, von einem jeden, der Gerste erzeugt, ohne weiteres Gerste zu Höchstpreisen erwerben können.

Vorsitzender: Die Wahlen selbst werden durch die vereinigte Versammlung erledigt. Es handelt sich jetzt um die Frage, ob Sie der Einrichtung überhaupt zustimmen. Die gemachten Vorschläge sind auch von der verstärkten Finanzkommission genehmigt. Ich bitte diejenigen Herren, die damit einverstanden sind, daß eine solche Stelle für Futtermittel errichtet wird, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Vorsitzender: Ich richte nunmehr die Frage an die geehrte Versammlung, ob sie sich heute noch mit den weiteren Sachen beschäftigen will. Es ist inzwischen noch eine Anfrage eingelaufen, die genügend unterstützt ist. Die Anfrage des Herrn Tebbenjohanns lautet:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um eine weitere Steigerung der Preise der ausreichend vorhandenen Lebensmittel zu unterbinden und eine weitere übermäßige Belastung der an und für sich schon schwer leidenden breiten Volksschichten zu verhindern?“

Die andere Anfrage, von Herrn Riefe eingebracht, lautet:

„Kann der Stadtmagistrat heute schon erklären, ob das überlassene Land auf dem Flugfelde, dem Sportplage usw. den jetzigen Pächtern auf das nächste Jahr noch überlassen werden kann?“

Wollen Sie sich mit den beiden Anfragen heute beschäftigen? (Zustimmung.) Dann erteile ich Herrn Tebbenjohanns das Wort zur Begründung seiner Anfrage.

2. Anfrage Lebbenjohannus, betreffend Maßnahmen gegen die übermäßige Verteuerung der Lebensmittel.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 174.

Stadt v. **Lebbenjohannus** (zur Begründung): Schon zu allen Zeiten hat der Krieg eine Verteuerung einer großen Anzahl von Produkten zur Folge gehabt, insbesondere da, wo es sich um Artikel gehandelt hat, die durch den Krieg schwerer herzustellen waren oder die vom Ausland bezogen werden mußten. Es ist auch für jeden ohne weiteres verständlich, daß wir auch jetzt Erzeugnisse aus dem Auslande erheblich teurer als vor dem Kriege bezahlen müssen. Ganz anders liegt die Sache aber mit denjenigen Artikeln, die im Inlande in genügender Menge produziert werden. Ich kann mir nicht vorstellen, weshalb z. B. Obst, Gemüse, Zucker usw. jetzt wesentlich teurer verkauft werden müssen als vorher. Die Reichsregierung hat bekanntlich für Getreide Höchstpreise festgesetzt, sie hat auch in einer Verordnung vom 23. Juli bestimmt, daß alle diejenigen, die zu einer ungerechtfertigten Verteuerung der Lebensmittel Veranlassung geben, mit Strafe belegt werden sollen. Diese Maßnahmen können, wie ich glaube, zu dem erwünschten Erfolg aber nur dann führen, wenn auch andere Organe zu ihrer Verwirklichung mitwirken, und dabei denke ich vor allem an die Mitwirkung der Stadtverwaltungen und der Kreisbehörden. In derselben Erkenntnis hat auch die Königlich sächsische Regierung sich an die Kommunalverwaltungen gewandt und ihnen nahegelegt, ihrerseits alles zu tun, damit eine weitere ungerechtfertigte Preissteigerung vermieden wird. Sie hat ferner darauf hingewirkt, nach Möglichkeit Organe zu schaffen, die ohne Beeinträchtigung des Kleinhandels die Versorgung der Bürgerschaft direkt durch die Stadt in die Hand nehmen. Soweit ich unterrichtet bin, haben auch bereits einige Städte Versuche gemacht, so Berlin und einige rheinische Städte, mit der Selbstversorgung vorzugehen. Einzelne Städte haben bereits Preisfestsetzungen vorgenommen, die mit den hier bestehenden Preisen in großem Widerspruch stehen. So habe ich zufällig gelesen, daß die Stadt Münster für Butter einen Preis von 1,60 *M* festgelegt hat, während wir hier 2,10 *M* bis 2,20 *M* bezahlen müssen. Ich glaube deshalb, daß es dringend wünschenswert wäre, daß der Magistrat sich ebenfalls damit beschäftigte, inwieweit wir diesem Übel steuern können, und ich stelle den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich in Erwägungen darüber einzutreten.

Stadttrat **von Frankenberg**: Die letzten Worte des Herrn Antragstellers mögen zu n ä c h s t von mir Beantwortung finden, indem ich sage: Eines derartigen Antrages bedarf es nicht mehr. Die verehrten Herren werden es als

selbstverständlich betrachten, daß der Magistrat nicht nur Erwägungen über die höchst bedauerliche Erscheinung der Lebensmittelerhöhung angestellt hat, sondern auch bereits Schritte getan hat, um ihr entgegenzutreten. Ein Teil dieser Maßnahmen ist den geehrten Herren aus der Vergangenheit bekannt, eine andere ist durch Festsetzung der Mehls- und Brotpreise gegeben, wodurch, wie ich vorhin schon erwähnt habe, verhindert werden soll, daß nicht eins der wichtigsten Nahrungsmittel für die gesamte Bevölkerung verteuert wird. Auf dieser bereits betretenen Bahn werden wir selbstverständlich fortgehen. Die Herren wissen auch, daß wir in reichlich großer Menge Kartoffeln nach Braunschweig haben kommen lassen und mit schweren Opfern der hiesigen Einwohnerschaft zu möglichst billigen Preisen zur Verfügung gestellt haben. Sobald sich die Kartoffelernte im nächsten Herbst übersehen läßt, wird uns die Frage beschäftigen, ob ein Vorgehen in ähnlicher Weise wieder stattfinden soll.

Ich darf darauf hinweisen, daß in der Frage der Höchstpreise vor drei Tagen eine wichtige Veränderung dadurch eingetreten ist, daß die Herzogliche Polizeidirektion für die Stadt Braunschweig zuständig erklärt ist, Höchstpreise für Nahrungsmittel festzusetzen, auch Beschlagnahmen und Enteignungen vorzunehmen, womit die Übertragung des Gutes an andere Verkaufsstellen verbunden ist. Erst vor wenig Stunden habe ich mit dem Vertreter der Herzoglichen Polizeidirektion, Herrn Regierungsrat Sommer, darüber verhandelt, wie diese wichtige Befugnis am besten durchgeführt werden könnte, und habe den Rat gegeben, daß die Polizeidirektion zu dem Zwecke sich mit Herren aus der Bürgerschaft und der Braunschweiger Handelswelt in Verbindung setzen möge, was auch geschehen wird.

Daß wir vorübergehend während der heißen Monate den Verkauf der städtischen Fleischbawerwaren eingestellt haben, ist den Herren bekannt. Sie wissen aber nicht, daß der Magistrat beschlossen hat, heute über acht Tage den Verkauf wieder aufnehmen zu lassen, so daß wir zu billigen Preisen Fleischwaren zur Verfügung stellen: Rotwurst zu 1 *M* das Pfund, Leberwurst zu 1,10 *M*, Pöfelsülze zu 1,20 *M*, andere Sülze zu 1,40 *M*, ebenso Schweinefleisch in Brühe zu 1,40 *M*. Ich hoffe, daß wir auch dadurch der Bevölkerung nach Möglichkeit entgegenkommen.

Ferner ist mir mitgeteilt worden, daß das Ministerium die Absicht hat, das Obst, das an den Staatsstraßen wächst, zu möglichst vorteilhaften Bedingungen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Es soll darüber am nächsten Montag im Regierungsgebäude verhandelt werden; der Magistrat wird sich dabei durch mich und Herrn Stadtbaurat Menabier vertreten lassen, und die Herren werden überzeugt sein, daß wir nach Möglichkeit für unsere Bevölkerung eintreten werden, um ihr billige Nahrungsmittel zur Verfügung stellen zu können.

Stadtv. **Frede** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Stadtv. **Frede:** über die Verteuerung des Mehles ist schon gesprochen, und Herr Stadtrat von Frankenberg hat ja auch Aussichten eröffnet, die günstig für unsere Vaterstadt zu nennen sind. Das, was heute bei den Hausfrauen im Mittelpunkt des Interesses steht, ist der hohe Preis für Eier, Butter, Kartoffeln und das sogenannte grüne Gemüse. Ich erlaube mir, darüber einige Ausführungen zu machen.

Was die Eier anbelangt, so kostet das Stück jetzt 15 Pfg. Ich glaube nicht, daß eine wesentliche Verbilligung zu erreichen sein wird. Zwar könnte gesagt werden: „Wenn auch die Zufuhr aus Galizien und Rußland unterblieben ist und noch weiterhin für längere Zeit unterbleiben wird, so wird doch in der Heimat die Hühnerhaltung nicht erschwert, die Produzenten werden für ihre Hühner im großen und ganzen nicht mehr aufzuwenden haben als früher.“ (Widerspruch.) Ich habe die Ansicht gehört, und es ist ihr zu entgegnen, daß die Körnerfrüchte gegenüber früher bedeutend höher im Preise stehen und die Hühner solches Futter nicht ganz entbehren können.

Was die Butterpreise angeht, so muß ich sagen, daß dadurch allerdings eine Kalamität ersten Ranges geschaffen worden ist. Das Pfund Butter kostet jetzt 2,20 M. Es fragt sich: Ist da wirklich die Verteuerung durch die natürlichen Verhältnisse gerechtfertigt? Ich glaube, das ist zu verneinen. Ich habe Nachricht darüber, daß in der Wesergegend, wo die Fütterung der Rühе eine durchaus natürliche in dem Sinne ist, daß nur die Weide dafür benutzt wird, die Butterpreise ebenso hoch angeschwollen sind wie an anderen Stellen, wo andere Futtermittel in Frage kommen. Es ist ja zu verstehen, daß auch dort die Preise in die Höhe gehen. Wenn im allgemeinen, besonders in den Großstädten, der Preis in die Höhe geht, dann werden auch in solchen Gegenden, für die sie an und für sich nicht berechtigt sind, die hohen Preise verlangt und bezahlt. Dem ist ein Beispiel entgegenzuhalten, wie es mir aus Gifhorn bekannt ist. Es ist mir heute unter aller Verantwortung für die Wahrheit gesagt, daß die Butter dort 1,50 M kostet, und zwar beste Molkereibutter. Die genannte Gegend ist doch nicht eine besonders fette Weidegend! Da fragt man sich: Wie ist das möglich? Wenn dort die Butter für 1,50 M zu liefern ist, warum müssen wir hier 2,20 M bezahlen? Sodann das Beispiel, das schon von Herrn Tebbenjohanns angeführt ist: Es ist in Münster, nachdem eine Magistratsverordnung ergangen ist, gelungen, das Pfund Butter zu 1,60 M geliefert zu erhalten. Es sollte also auch in Braunschweig möglich sein, Butter zu einem erschwinglichen Preise herbeizuschaffen.

Nun das grüne Gemüse. Das Schock Gurken kostet heute 3,50 *M*, früher 1,50 *M*, und die Gurkenenernte ist außerordentlich gut ausgefallen, also durch natürliche Verhältnisse ist auch dieser außerordentlich hohe Preis nicht gerechtfertigt. Die Bohnenernte ist ausgezeichnet — die Bohnenpreise aber sind auch ausgezeichnet teuer. Das stimmt nicht zusammen. Wir sind in diesen Sachen durchaus nicht auf das Ausland angewiesen, und deshalb halte ich diese Preise für ganz und gar ungerechtfertigt.

Für Kartoffeln sind heute auf dem Altstadtmarkte an einer Stelle 7 Pfg. und an einer anderen Stelle 9 Pfg. für das Pfund gefordert. Es ist da zu einem kleinen Zusammenstoß gekommen, der jedoch ernstere Formen nicht angenommen hat. Der betreffende Bauer hat seine Vorräte zusammengepackt und erklärt, er werde seine Kartoffeln nach Frankreich schicken, von den Franzosen würden sie besser bezahlt. (Heiterkeit.) Auf den Zentner berechnet, würde das einen Preis von 9 *M* ausmachen, und der ist durch die Ernte nicht zu rechtfertigen. Nun sagte Herr Stadtrat von Frankenberg vorhin, daß wir im Herbst Stellung nehmen könnten zu den Winterpreisen der Kartoffeln. Ich glaube, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir einen Vorschlag des Herrn Dr. Jasper würdigen können. Er hat schon Ausgang dieses Winters den Wunsch geäußert, es möchte damals schon Stellung genommen werden zu den kommenden Winterpreisen. Wir haben das abgelehnt. Man kann aber trotzdem jetzt grundsätzlich mit ihm einer Meinung sein insofern, als eine frühere Stellungnahme als im vorigen Jahre doch recht wünschenswert erscheint, damit die Spekulation, die sich im letzten Winter in höchst verwerflicher Weise geltend gemacht hatte, ausgeschaltet wird. Es darf den Produzenten doch nicht wieder glücken, die Waren in Gruben zurückzuhalten und sie erst zu einer Zeit dem Verkehr zu übergeben, wo sie selbst sie hätten wegwerfen müssen. Ich glaube, es ist sehr angebracht, daß wir an den Magistrat die Bitte richten, schon jetzt die Frage zu erörtern, inwiefern wir uns zu mäßigem Preise für den Winter Kartoffeln sichern können. Ich habe noch gestern mit einem Landwirt gesprochen, der mir sagte: „Die Ernte auch in Winterkartoffeln ist außerordentlich gut, sie kann wohl kaum mehr verdorben werden, und ein Höchstpreis von 3 *M* würde als völlig genügend erscheinen.“

Betreffend den Verkauf des Gemüses auf dem Markte möchte ich darauf aufmerksam machen, daß bemerkt worden ist, daß sowohl in der Markthalle wie auch auf dem Altstadtmarkte Frauen sich mit der Aufgabe befassen, die vom Lande kommenden Händlerinnen aufzuheizen, höhere Preise zu nehmen. Sie gehen von einem zum anderen, fragen nach dem Preise und geben den zu fordernden Preis an. Das ist eine ungehörige Ausbeutung der hohen Konjunktur, die unter allen Umständen bekämpft werden mußte. Auf unseren Wochenmärkten sind wir noch so weit Herr, daß wir verlangen können, daß solche Vorgänge in Fortfall kommen.

Solche Aufhegereien, die mir unter Verantwortung für die Wahrheit bekanntgegeben sind, dürfen dort nicht vorkommen.

Nachdem jetzt der Verkauf nach Gewicht eingeführt ist, wird es nötig sein, daß den Verkäufern auf die Finger gesehen wird. Es ist heute dort ein Fall vorgekommen, der das beweist. Ein Bekannter von mir geht auf den Altstadtmarkt und kauft Pflaumen. Der Verkäufer hat eine Tafelwage, die auf der einen Seite einen hohen, topfartigen Metallbehälter trägt. In diesen Topf hinein setzt er die Düte, hält sie mit der Hand nach dem Verkäufer zu und schüttet beim Einfüllen eine ganze Anzahl Pflaumen beizu in den Trichter, so daß sie mit gewogen werden, aber nicht in die Düte fallen. Mein Bekannter hat die unreele Handhabung bemerkt, aber der Händler hat sich mit unschuldsvoller Miene ausgedrückt: „Was, sind einige beizugefallen? Man muß doch auf alles achten.“ Auch auf solche Sachen müßte von dem Aufsichtspersonal Obacht gegeben werden.

Was nun die gewünschten Maßnahmen anlangt, so muß bedauert werden, daß der Magistrat nicht mit der Machtvollkommenheit der Magistrate anderer Städte ausgerüstet ist, daß er sich erst an die Polizeidirektion wenden muß und erst diese in der Lage ist, die Hauptmittel anzuwenden: Festsetzung der Höchstpreise und Beschlagnahme. Wir wünschen, glaube ich, wohl alle, daß der Magistrat in diesem Falle die Polizeigewalt selbst hätte. Wir können nur den Magistrat bitten, in dieser Sache recht energisch vorzugehen, damit wirksame Maßnahmen geschaffen werden.

Stadtv. Riefe: Wenn sich großer Unmut über die gegenwärtigen Preise der Lebensmittel in der Bevölkerung erhoben hat, so ist das leicht erklärlich. Eigentlich ist es nicht möglich, daß der Arbeiter bei den heutigen hohen Preisen existieren kann. In der Presse liest man, daß allenthalben die Magistrate und Behörden Schritte getan haben, um den hohen Preisen entgegenzuarbeiten; in Braunschweig geschieht nichts Derartiges im Interesse des Volks. Man muß es schon als objektiv richtig betrachten, den Magistrat in dieser Sache in Schutz zu nehmen, weil er in vieler Beziehung, wie schon der Herr Vorredner erwähnt hat, nicht schuldig ist. Immerhin sollte man von den Stadtbehörden verlangen, daß sie in den Stand gesetzt würden, die Lage zu bessern. In Münster hat auch die Bevölkerung die Sache in Gang gebracht; es wäre auch da nichts geschehen, wenn nicht den Händlern die Butter samt den Eiern ins Gesicht geslogen wären. Dann erst hat sich die Behörde aufgerafft. Ich wünsche solche Zustände nicht, aber ich habe im Jahre 1874 die Butter-Revolution auf dem Hagenmarke gesehen, wo mehr Butter auf dem Pflaster lag als in den Körben und Kiepen, und habe mich gewundert, daß es jetzt nicht längst schon zu Ähnlichem gekommen ist. Ich bin Zeuge gewesen, daß in der Markthalle für ein Pfund Birnen 15 Pfg. genommen

sind, und eine andere Frau forderte schon 20 Pfg. Die Bevölkerung war schon ziemlich mißmutig, und ich hätte mich nicht gewundert, wenn die Birnen in der ganzen Markthalle umhergeworfen wären. Jetzt ist die Bestimmung der Höchstpreise in die Hände der Polizei gelegt, aber ich habe zu der Polizei kein zu großes Vertrauen, daß sie es verstehen wird, diese Angelegenheit richtig zu handhaben. Es wird alles vom bürokratischen Standpunkte geregelt, die Praxis scheidet aus. Ich meine, alle Theorie ist grau, und so wird es auch mit der Polizei stehen. Warum kann der Magistrat in Schöningen und in Helmstedt bestimmen, daß das Brot soundso viel wiegen muß, der Magistrat in Braunschweig aber nicht? Ein Preis von 2,20 M für das Pfund Butter ist unerhört; ich bin alt geworden, aber solche Zustände, wie sie heute existieren, sind mir noch nicht bekannt geworden. Da sagt die allgemeine Volksmeinung: „Wir haben keine Behörden für das Volk, sondern nur für die Oberen, die heute die ungeheuren Kriegsgewinne einziehen. Um das Volk, das blutet, kümmert man sich wenig.“ Solche Klagen hört man viel, und sie sind zum größten Teil berechtigt. Darum ist unser aller Pflicht, in jeder Beziehung dazu beizutragen, daß Normen festgesetzt werden, bei denen die Arbeiterschaft und das Volk existieren kann. Die Teuerung ist in den weitesten Kreisen zu spüren. Ich bin kein Arzt, aber ich behaupte doch: Die Unterernährung schreitet mit Riesenschritten vorwärts. In welchem Nahrungsmittel ist denn heute noch die Kraft, die wir früher in ihnen zu finden gewöhnt sind? Das Brot kann mancher nicht vertragen, und wer es gegessen hat, ist bald darauf wieder hungrig. Fleisch und Speck bekommt man überhaupt nicht mehr. Alles, was es überhaupt noch gibt, ist minderwertig, nur die Früchte, die aus dem Boden kommen, sind noch rein und unverfälscht. Das alles wollen Sie berücksichtigen, damit nicht auch noch die weiter zu leiden haben, die hier geblieben sind.

Stadtrat von Frankenberg: Wenn Herr Riese in früheren Zeiten, die jetzt weit hinter uns liegen, mit der Polizei Erfahrungen gemacht haben sollte, die für ihn nicht erfreulich waren, so möchte ich doch der Gerechtigkeit wegen darauf hinweisen, daß nach alledem, was ich in der letzten Zeit von den Beamten der Polizeidirektion gehört habe, ein sehr entschiedener, fest entschlossener Wille vorhanden ist, von den Befugnissen Gebrauch zu machen, die der Polizei durch die neuen Vorschriften in bezug auf die Lebensmittel gegeben sind. Ich glaube, wir können überzeugt sein, daß die Polizei den besten Willen hat und es an nichts fehlen lassen wird. Um ihr behilflich zu sein, daß die Polizeidirektion noch mehr die Wünsche der Bevölkerung kennenlernt, als es der Magistrat ihr zu übermitteln vermöchte, gestatte ich mir, eine Anregung zu geben, die vielleicht Ihren Beifall findet. Sollte es nicht zweckmäßig sein, aus der Mitte der Herren Stadtverordneten einen kleinen Ausschuß zu bestimmen, der sich der Polizeidirektion zur

Verfügung stellt, um über diese und jene Preisbewegung Auskunft zu geben? Ich denke dabei in erster Reihe an die Herren Frede, Voeshigt und Riefe. Wenn seitens der geehrten Versammlung diese drei Herren bezeichnet würden, dann würden wir dadurch die Möglichkeit haben, der Polizeidirektion auch über solche Verhältnisse Auskunft zu geben, die uns vielleicht nicht in vollem Umfange bekannt werden. Die Polizeidirektion wird sich natürlich auch noch mit Sachverständigen in Verbindung setzen. Daß es also der Polizeidirektion nicht an dem besten Willen fehlt, davon, glaube ich, können wir überzeugt sein.

Erwähnen möchte ich noch, daß sich der Magistrat auch mit den benachbarten Kreisdirektionen in Verbindung gesetzt hat, weil er sich sagte, daß wir mit Festsetzung der Höchstpreise allein nicht alles erreichen können, sondern auch auf die Zufuhr aus den Nachbargebieten angewiesen sein werden. Es wird alsbald mit den Kreisdirektionen Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt diese Frage aufs neue erörtert werden. Was die Beschaffung der Futtermittel und Kartoffeln betrifft, so war die Meinung vorherrschend, daß jetzt vor der Herbsternste nicht über die Kartoffelpreise Beschluß gefaßt werden durfte, weil Höchstpreise festgesetzt werden könnten, die später nach vollendeter Ernte überholt werden könnten, und das wäre bedauerlich. Ich glaube, daß durch eine derartige Besprechung mit den benachbarten Kreisdirektionen die angemessene Versorgung gefördert wird, und bitte noch, meinem Vorschlage von vorhin Ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Vorsigender: Ich bitte die geehrte Versammlung, den Vorschlag des Herrn Stadtrat von Frankenberg in die Besprechung mit aufzunehmen.

Stadtv. Steinede: Nur einige Ergänzungen zu dem, was die Herren Tebbenjohannis und Frede gesagt haben. Ich muß zunächst das Milchthema anregen. Wenn es richtig ist, was vor einigen Tagen in der Zeitung stand, daß die Molkereibesitzer die Milch mit 12 Pfg. aufkaufen und daß sie die Hauptschuld an den hohen Milchpreisen tragen, dann wäre das eine Anregung für die Polizeidirektion, diese Sache einmal zu untersuchen.

Was die Eier betrifft, so hat eine ganze Anzahl deutscher Städte im österreichischen Eier bestellt. Ob sie kommen werden, steht dahin, denn ein großer Teil dieser österreichischen Eier wird zur Zeit in Berlin verbraucht. Betreffs des Gemüses möchte ich mir einen Vorschlag als Anregung für den Stadtverordneten-ausschuß erlauben. Man hat in den Nachbarstädten auf Anregung des preußischen Ministers den Gemüsehandel in den Straßen erweitert und Beschränkungen, die bestanden, fallen gelassen. Der „Hannoversche Kurier“ bemerkt dazu ganz richtig: „Die Inhaber von Gemüseläden werden von dieser Verordnung wenig erbaut

sein, vielleicht kann man aber von ihr eine wohlthätige Wirkung auf die Regulierung der Preise erwarten.“ Ich sehe auch nicht ein, warum wir vor den Toren für Gemüse einige Pfennig mehr bezahlen müssen, als mitten in der Stadt.

Betreffend die Kartoffeln möchte ich anregen, zu versuchen, ob es möglich ist, auch für die frühen Kartoffeln einen Höchstpreis festzusetzen. Herr Stadtrat von Frankenberg schüttelt den Kopf, aber ich möchte darauf hinweisen, daß eine große Nachbarstadt einen Höchstpreis von 50 Pfg. für 10 Pfund festgesetzt hat. Warum sollte das hier nicht möglich sein, wenn es anderwärts möglich ist. Ein Warenhaus der betreffenden Stadt fordert für dieselben 10 Pfund 60 Pfg. So zu lesen im heutigen „Hannoverschen Courier“. Jedenfalls möchte ich die Anregung zu solchem Vorgehen gegeben haben.

Vorsitzender: Ich richte die Frage an die geehrten Herren: Sind Sie damit einverstanden, daß die Herren Frede, Voeshigt und Rieke eine Unterstüßungskommission für die Herzogliche Polizeidirektion bilden? Sie werden der Polizei Nachricht zu geben haben, wo sie Übergriffe sehen oder davon hören.

Stadtv. Frede: Ich möchte bitten, die Anzahl der Mitglieder einer solchen Kommission etwas zu erweitern, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durch Bekanntgabe solcher Vorgänge sehr viel Vorteil geschaffen werden kann. Es sind vielleicht Herren in der Versammlung, die morgens Zeit haben, nach dem Markte gehen und Mitteilungen machen können. Wir werden uns auch mit anderen Städten ins Benehmen setzen müssen.

Stadtv. Bunge: Meine Herren, nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich halte den Vorschlag des Herrn Stadtrat von Frankenberg doch für bedenklich, am wenigsten möchte ich, daß Herren aus der Stadtverordnetenversammlung als Helfer bei der Polizei wirken. Die Sache sieht ja auf den ersten Blick schön aus, aber ich bin überzeugt daß die Polizei ganz genau weiß, wie die Sache steht. Aus der Presse ist viel zu erkennen, und sie selbst steht ja im praktischen Leben, wo sie vieles sehen kann, wenn sie nur die Augen nicht verschließt.

Stadtrat von Frankenberg: Ich bin ausdrücklich von dem betreffenden Beamten der Polizeidirektion, der diese Sache bearbeitet, heute morgen gebeten worden, ihm die Namen einer Anzahl von Herren mitzuteilen, die für diese Frage besonderes Verständnis besitzen, und es war mein erster Gedanke, daß es sich hervorragend günstig machen würde, wenn Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Sache nähertreten. Aus diesem Grunde habe ich meinen Vorschlag gemacht und möchte ihn aufrechterhalten.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, die dafür sind, daß die genannten drei Herren in die Kommission gewählt werden, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) 13, das ist die Mehrheit. Ich erkläre die Kommission für gewählt.

3. Anfrage Rieke, betreffend die Überlassung der Ländereien des Flugfeldes usw. an die heutigen Pächter auch im nächsten Jahre.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 174.

Stadtv. **Rieke** (zur Begründung): Ich kann mich sehr kurz fassen. Die Herren wissen, daß vielen hiesigen Einwohnern Land auf dem Flugfelde zur Bestellung im vergangenen Jahre überlassen ist. Diejenigen, die sich einige Mühe gegeben haben, nicht die Arbeit gescheut haben, die Quecken auszureißen, das übrige Unkraut zu entfernen, die groben Furchen noch einmal durchzuhacken, haben mit der Bestellung einen schönen Erfolg erzielt. Mühe und Arbeit hat es allerdings gekostet, darüber kann man wohl einig sein. Es war deshalb sehr vernünftig vom Magistrat, den Leuten das Land unentgeltlich zu überlassen. Am Sportplatz (Eisenbütteler Weg) liegt die Sache insofern anders, als ein allgemeiner Pächter aufgetreten ist, der die Absicht gehabt hat, dort Hafer zu bauen, und 100 *M* Pacht gezahlt hat. Da sich sonst niemand für das Feld meldete, ist es ihm überlassen, sonst würde man wohl auch dieses Feld unentgeltlich an kleinere Pächter überlassen haben. Jetzt ist auch dieses Feld an kleinere Pächter überlassen, die, soviel ich weiß, für den Viertelmorgen 10 *M* Pacht bezahlen. Nun liegt allen diesen Leuten daran, Gewißheit zu haben, ob sie darauf rechnen können, das Land im kommenden Jahre noch zu behalten. Sie könnten sich dann darauf einrichten, das Land noch besser bearbeiten und noch bessere Erfolge erreichen als in diesem Jahre. Deshalb möchte ich den Magistrat ersuchen, zu erklären, ob er in der Lage ist, den Leuten schon Gewißheit zu geben. Selbst wenn im nächsten Jahre ein Pachtpreis von vielleicht 3 *M* berechnet würde, so würde ich das keineswegs als inhuman bezeichnen, sondern selbst auf die Gefahr hin, daß man mir sagen würde: „Du solltest Anstand nehmen, den Leuten das Land teuer zu machen“ als gerechtfertigt erklären. Die meisten Inhaber solchen Landes haben nur das richtige Interesse dafür, wenn sie wissen, daß es auch etwas kostet.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Diese Anfrage, die von Herrn Rieke an den Magistrat gerichtet ist, kann der Magistrat heute noch nicht ohne weiteres beantworten, und zwar aus dem Grunde, weil — wie die Herren alle wissen — die Stadt kein Verfügungsrecht über den Flugplatz hat. Das Feld ist der Luftfahrtsgesellschaft überwiesen, und es bedürfte erst einer Vereinbarung zwischen ihr und

der Stadt, damit das Flugfeld für die Bestellung zur Verfügung gestellt werde. Es ist wohl selbstverständlich, daß der Magistrat sich in Kürze wieder mit derselben Frage beschäftigen wird. Werden die Verhandlungen abermals zu einer Vereinbarung mit der Lufthafengesellschaft führen, so dürfte wohl nichts im Wege stehen, das Gelände wie in diesem so auch im nächsten Jahre wieder den Leuten, die ein Stück davon zu pachten wünschen, zur Verfügung zu stellen. Es wird dann wohl noch eine größere Anzahl von Leuten Berücksichtigung finden können, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß in der Tat viele Einwohner sich mit großer Liebe der Beackung des Flugfeldes angenommen haben.

Was den Sportplatz am Eisenbüttelerwege anbetrifft, so kann ich erklären, daß, wenn die Verhältnisse im nächsten Jahre ebenso liegen wie in diesem, nicht wieder beabsichtigt ist, dieses Land an einen Mann so zu verpachten, daß er nachher eine Ackerverpachtung eintreten lassen kann, wie es in diesem Jahre von Herrn Reune geschehen ist; sondern der Magistrat hat beschlossen, daß, wenn überhaupt eine Verpachtung vorgenommen wird, sie unmittelbar an die Einzelpächter, die das Land selber nutzen wollen, erfolgen soll.

Stadtv. **Bunge** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Stadtv. **Bunge**: Es ist mir sehr angenehm gewesen, daß Herr Kiefe diese Angelegenheit zur Sprache gebracht hat, denn eine ganze Reihe von Pächtern der kleinen Parzellen auf dem Flugfelde sind an mich herangetreten mit dem Wunsche, das Land auch im nächsten Jahre zu behalten. Die Sache liegt so, daß sie dann, wenn sie für das nächste Jahr das Land behalten, noch eine ganze Reihe von Früchten in die Erde bringen können, so daß sie noch in diesem Herbst etwas ernten. Es kommen da verschiedene Kohlorten in Frage (Grünkohl, Rosenkohl), und auch der Kohl, der jetzt schon auf dem Felde steht und sich bis zum 20. Oktober noch nicht entwickelt hat, müßte, ohne eine gute Ernte zu bringen, weggenommen werden. Auch Karotten könnten noch eingesät werden. Wenn aber am 20. Oktober das Land geräumt werden muß, ist diese Arbeit vergebens, denn die Früchte würden bis zu diesem Zeitpunkte nicht gedeihen. Des weiteren kommt in Frage, daß eine ganze Reihe von Leuten jetzt Dünger beschaffen können, den sie auf den Straßen gratis sammeln, so daß es wesentlich wäre, wenn man mit dem Bescheide nicht länger säumte, sondern sofort sich mit der Flugplatzgesellschaft in Verbindung setzte und vielleicht in der Presse den Betreffenden Mitteilung davon machte, daß das Land für nächstes Jahr noch einmal in ihrem Besitz bleiben könnte.

Was das andere anbetrifft, was Herr Niele wegen der Bezahlung einer kleinen Pacht anführt, so würde wohl jeder gern einige Mark für die Benutzung des Feldes bezahlen. Es ist Tatsache, daß auf dem Lande eine ausgezeichnete Kartoffel gezogen wurde und nur wenig Ausnahmen vorhanden sind.

Bezüglich des Sportplatzes stehe ich auf dem Standpunkte, wie ihn der Herr Stadtbaurat vorgetragen hat, daß es notwendig ist, daß die kleinen Parzellen von der Stadt selbst an die einzelnen Benutzer abgegeben werden.

Stadtv. Niele: Ich habe die Anfrage hauptsächlich deshalb gestellt, weil Herr Keune den Leuten angedroht hat, wenn sie nicht bis zum 20. Oktober oder 1. November ihre Früchte heruntergeholt hätten, würde er das Land ohne weiteres umpflügen lassen. Wo grüner oder brauner Kohl gebaut wird, wird dieser bis dahin nicht reif. Es liegt doch jedenfalls in der Hand des Magistrats, solchen Maßnahmen entgegenzutreten.

Stadtbaurat Gebensleben: Darüber können die Herren wohl beruhigt sein, daß der Magistrat nicht so böswillig sein wird, daß er am 20. Oktober alles vernichten läßt, was noch auf dem Felde steht. Es haben sich schon verschiedene Leute deswegen mit Anfragen an mich gewandt, und ich habe ihnen geantwortet, daß sie alle, die jetzt noch Karotten, Mohrrüben oder Kohl auf das Flugfeld pflanzen wollen, das ruhig machen können. Wir gönnen den Leuten eine reiche Ernte auch noch in diesem Herbst und denken beileibe nicht daran, sie ihnen zu vernichten.

Stadtv. Bunge: Was der Herr Stadtbaurat vorgetragen hat, wird bei den betreffenden Pflanzern einen freudigen Widerhall finden. Wie steht es nun aber mit denen, die auf dem von Herrn Keune gepachteten Felde noch Früchte stehen haben? Hat er das Recht, den Leuten am 20. Oktober das Land umpflügen zu lassen, trotzdem es noch mit Früchten bestellt ist? Es ist im Privatleben schon vorgekommen, daß böswillige Leute derartig verfahren sind. Könnte der Magistrat nicht event. dagegen einschreiten, indem ein solches Verfahren Herrn Keune unter allen Umständen untersagt würde?

Stadtbaurat Gebensleben: Die Vereinbarungen, die Herr Keune mit den Unterpächtern getroffen hat, kennen wir nicht, wissen auch nicht, ob nicht eine Vereinbarung dahin getroffen ist, daß unter allen Umständen am 20. Oktober das Feld geräumt sein muß. Wenn das der Fall wäre, so würde das ganz außerordentlich bedauerlich sein. Eine derartige Befürchtung hat den Magistrat gerade dazu veranlaßt, zu beschließen, daß die Stadt, wenn im nächsten Jahre wieder eine

Verpachtung stattfinden sollte, das Land unmittelbar an die kleinen Pächter abgibt, so daß derartige Unterverpachtungen, bei denen Bedingungen gestellt werden können, die sich unserer Kenntnis entziehen, ausgeschlossen sind.

Der **Vorsitzende** schließt die Stadtverordnetenversammlung.

In der darauf folgenden Sitzung der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten werden nach dem Bericht des Herrn Stadtrat **W a g n e r** die von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Mitglieder des Verbandsausschusses für Futtermittel und ihre Stellvertreter gewählt. Die Namen der Gewählten sind:

Mitglieder des Ausschusses: Stadtrat **Wagner**, Landwirt **Ohm**, Schlachthausdirektor **Koch**, Brauereidirektor **Böhme** und Kaufmann **Rienstedt**.

Stellvertreter: Stadtrat von **Frankenberg**, Kaufmann **Jfen**, Generalagent **Ottmann**, Landwirt **Fr. Drewes sen.** und Getreidehändler **Wilh. Voges**.

Dauer der Sitzungen von 12½ bis 2 Uhr.



Bericht

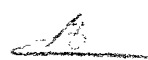
über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. September 1915.

Tagesordnung:

1. Antrag des Reichsverbandes deutscher Stadtverordneter in Berlin-Friedenau auf Beitritt in den Verband	Seite 190
2. Antrag der Gemeinde Gliesmarode und des Vereins der Haus- und Grundbesitzer daselbst, betreffend die Umgestaltung des Bahnhofes Gliesmarode	" 191
3. Aufnahme eines Straßenzuges in den Ortsbauplan (Nr. 651, Verbindungsstraße zwischen Lange- und Weberstraße).	" 196
4. Aufhebung des südlichen Teiles des Weges Nr. 54 (im Leidbleefanger an der Mascheröder Grenze)	" 196
5. Auslegung des Statutes, die Straßenpflasterungen in der Stadt Braunschweig betreffend, vom 25. Juni 1860	" 197
6. Ankauf eines Grundstücks an der Gliesmaroderstraße	" 198
7. Statut über die Unterhaltung einer Studienanstalt	" 199
8. Anderweite Festsetzung eines Mietpreises	" 201
9. Festsetzung der Mieten für die Wohnungen in den stadtseitig errichteten Häusern an der Honrothstraße	" 201
10. Änderung der Fluchtklinie auf der Höhe	" 203
11. Aufstellung eines Tränkebrunnens auf der Helmstedterstraße	" 203
12. Ankauf einer Fläche an der Ecke der Okerstraße und Am neuen Petritor	" 206
13. Erhöhung der Fahrpreise für Kraftdroschken	" 206
14. Erstattung von Kanalbaukosten	" 207
15. Änderung des Statutes Nr. 14, betreffend die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Vier	" 208
16. Zeichnung der Kriegsanleihe durch die städtischen Lehrer und Beamten betr.	" 212



Außer der Tagesordnung sind verhandelt:

- | | |
|--|-----------|
| 17. Dringlichkeitsantrag Stegmann, betreffend Änderungen im städtischen Fleischwarenverkauf | Seite 213 |
| 18. Dringlichkeitsantrag Lauer, betreffend Zuschuß zur Bestreitung der Kosten gelegentlich des Besuchs Braunschweigs durch ausländische Journalisten | " 227 |
| 19. Antrag Dieckmann auf sofortige Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde | " 229 |
| 20. Antrag Wesemeier auf Erhöhung der Unterstützung an die Kriegerfamilien und Arbeitslosen aus Gemeindemitteln | " 230 |
| 21. Anfrage Kruse, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Nahrungsmittel durch die Kommissionen der Handelskammer | " 235 |

In Verbindung damit:

Anfrage Ohlendorf über die Versorgung der Einwohner Braunschweigs mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen,
sowie Antrag Meyerhoff auf eventuellen direkten oder indirekten Verkauf von Nahrungsmitteln durch die Stadt.



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Franckenberg** und Stadtbaumeister **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienst fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Helle** und **Busch**.

Vorsitzender **Hartung**: Ich eröffne die Sitzung.

Es liegt eine Reihe von Anträgen vor. Zunächst ein Dringlichkeitsantrag des Herrn **Lauer** und Genossen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die von ihm bereits brieflich erteilte Bewilligung von 200 *M* zur Bestreitung der entstehenden Unkosten gelegentlich der Anwesenheit ausländischer Journalisten aus neutralen Staaten am 23., 24. und 25. September in Braunschweig auf 700 *M* zu erhöhen.“

Sodann eine Anfrage der Herren **Steinede** und Genossen, gerichtet an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Es ist damit wohl eine Anfrage an den Magistrat gemeint. Sie lautet:

„Die ergebenst Unterzeichneten bitten um gefl. Auskunft, welche Vorräte an Dauerwaren, die seinerzeit von der Stadt angekauft wurden, noch vorhanden sind. Sie belieben — da weite Kreise der Bürgerschaft ein Interesse daran haben, hier-

über Aufklärung zu erhalten — solche, wenn möglich, durch den Magistrat in der heutigen Stadtverordnetenversammlung erteilen zu lassen."

Ferner ein Antrag der Herren Lauer und Genossen an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung:

"Die Unterzeichneten bitten ergebenst, gefälligst zu veranlassen, daß von der Stadtverordnetenkommision, welche der Herzoglichen Polizeidirektion in Sachen der Lebensmittelfrage beratend zur Seite steht, einer der Herren Stadtverordneten in der heutigen Sitzung darüber berichtet, welche Maßnahmen bisher getroffen sind, und welche noch in der nächsten Zeit in Aussicht stehen.

Die Dringlichkeit dieser Bitte ergibt sich aus ihrem Inhalt."

Ich weiß allerdings nicht, wie ich geschäftsordnungsmäßig einen der Herren veranlassen sollte, sich darüber auszusprechen. Es wird sich vielleicht bei einer anderen Eingabe Gelegenheit dazu geben.

Herr W e s e m e i e r hat folgenden Antrag eingereicht:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß die Unterstützung der bezugsberechtigten Kriegerfamilien und der Arbeitslosen aus Gemeindemitteln auf 100 Prozent der Reichsunterstützung erhöht wird."

Ferner ist eine Anfrage des Herrn O h l e n d o r f eingegangen:

"Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Versorgung der Einwohner Braunschweigs mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen?"

Es wird sich wohl bei dieser Anfrage und bei einer weiteren Anfrage des Herrn Kruse Gelegenheit bieten, auf die Anfrage des Herrn Lauer einzugehen.

Die Anfrage des Herrn R u s e hat folgenden Wortlaut:

"Ist dem Magistrat bekannt, unter welchen Grundsätzen die Kommission der Handelskammer die Höchstpreise für Nahrungsmittelprodukte festsetzt, und hat der Magistrat irgend welchen Einfluß auf die Beschlüsse der Kommission?"

Sodann liegt ein Dringlichkeitsantrag von Herrn S t e g m a n n vor:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bezüglich des städtischen Fleischverkaufs folgende Änderungen herbeizuführen:

1. Zur Beseitigung des übermäßigen Andrangs in der Markthalle sind weitere Verkaufsstellen in den einzelnen Stadtbezirken einzurichten.

2. Fleisch- und Wurstwaren werden nur gegen Berechtigungskarte an diejenigen Haushaltungsvorstände hiesiger Stadt abgegeben, die zu einem Jahres-einkommen von nicht über 3000 M veranlagt sind."

Ich werde den Herren Antragstellern, resp. den Anfragenden Gelegenheit geben, demnächst ihre Anträge und Anfragen zu begründen.

Außerdem liegt noch ein Antrag von Herrn Tebbenjohanns vor, der aber für die vertrauliche Sitzung bestimmt ist und in dieser zur Sprache kommen wird.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich bitte Herrn Meyerhoff, einstweilen den Vorsitz zu übernehmen, weil ich zu dem ersten Punkte das Referat übernommen habe.

Stadtv. Meyerhoff übernimmt den Vorsitz.

1. Antrag des Reichsverbandes deutscher Stadtverordneter in Berlin-Friedenau auf Beitritt in den Verband.

Stadtv. Hartung: Ein Reichsverband deutscher Stadtverordneter, als dessen Schriftführer Herr Beheimer Regierungsrat Dr. Seidel zeichnet, hat ein Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in dem letztere ersucht wird, dem in Berlin gegründeten genannten Reichsverband als korporatives Mitglied beizutreten. Der Verband bezweckt nach den beigelegten Statuten, den Stadtverordneten Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiete der verschiedenen kommunalen Tätigkeiten zu geben. Außerdem soll eine technische und eine juristische Auskunftsstelle eingerichtet werden und endlich jedes Mitglied des Verbandes die Zeitschrift für kommunale Wirtschafts- und Kommunalpolitik, wovon ein Exemplar zur Einsicht beigelegt ist, gratis erhalten. In den Statuten ist nur von Einzelmitgliedern die Rede, von korporativen Mitgliedern findet sich in ihnen nichts. Was die finanzielle Verpflichtung betrifft, so soll das Einzelmitglied jährlich 20 M bezahlen. Außerdem hat der Schriftführer den Vorschlag gemacht, daß die Stadtverordnetenversammlungen je nach der Größe der Städte Beiträge zahlen sollen; sie würden sich nach seinen Vorschlägen für Braunschweig auf 100 M belaufen.

Ich habe zu dem Antrag zu bemerken, daß der Verband bislang nicht in Tätigkeit getreten ist, daß auch aus den Kreisen des Deutschen Städtetages Bedenken gegen diese ganze Gründung laut geworden sind. Man fürchtet, daß dadurch, daß ein derartiger Verband der Stadtverordneten neben der offiziellen Vertretung der städtischen Interessen im deutschen Städtetage — in welchem die Magistratsmitglieder sowohl wie die Stadtverordneten zum Wort kommen — tätig wird, die Einheitlichkeit der Vertretung der städtischen Interessen leiden könnte, und ist außerdem einstweilen der Ansicht, daß möglicherweise nicht unwesentliche persönliche Geschäftsinteressen der Gründung des Verbandes zugrunde liegen. Ein Herr Erwin Stein zeichnet als Redakteur der Zeitschrift und ist als Generalsekretär des neuen Verbandes in Aussicht genommen.

Die Statutenkommission, die den Antrag auf Beitritt vorberaten hat, empfiehlt Ihnen durch mich, den Antrag abzulehnen. Ganz abgesehen von der Frage, ob der Verband überhaupt einen der Unterstützung werten Zweck hat, müßte man zunächst für richtig halten, daß diejenigen Herren, welche Interesse daran haben, dem Verbande beizutreten, dieses persönlich ausführen. Vor allen Dingen kam zum Ausdruck, daß die Stadtverordnetenversammlung, wenn sie auch als Behörde bezeichnet wird, doch eigentlich keine ständige Korporation ist. Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus den einzelnen Mitgliedern und ist handlungsfähig nur solange, wie sie in corpore tätig ist, also in ihren Sitzungen, wo sie mit Mehrheit Beschlüsse faßt. Daneben existiert die Stadtverordnetenversammlung als besonderes Organ nicht, insbesondere fehlen ihr die Mittel, die ihr gestatten würden, eine derartige Verpflichtung, wie sie mit dem Beitritt zu dem Verbande verbunden ist, zu begleichen. Wenn in diesem Falle 100 M als Beitrag gezahlt werden sollten, so müßten sie erst unter den Stadtverordneten gesammelt werden. Schon daraus erhellt, daß der Beitritt der Versammlung als solcher ein Unding ist, ganz abgesehen davon, daß öffentlich rechtliche Bedenken vorliegen, ob es nicht überhaupt als unzulässig zu bezeichnen ist, daß die Stadtverordnetenversammlung als solche einem derartigen Verbande beitrifft, ebenso wie man es für unzulässig halten müßte, daß die Stadtverordnetenversammlungen aus dem Lande Braunschweig einen Verein der Stadtverordnetenversammlungen gründen. Man sieht, daß es zu unmöglichen Konsequenzen führen würde, wenn die Versammlung sich auf derartige Sachen einließe. Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen deshalb, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag auf Eintritt in den Verband wird abgelehnt.

Der Vorsitzende **Hartung** übernimmt den Vorsitz wieder.

2. Antrag der Gemeinde Gliesmarode und des Vereins der Haus- und Grundbesitzer daselbst, betreffend die Umgestaltung des Bahnhofes Gliesmarode.

Stadtv. Wesemeier: Die Gemeinde Gliesmarode und der Verein der Haus- und Grundbesitzer dort haben, unterstützt vom hiesigen Verkehrsverein, an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen gerichtet, die Verwirklichung der in einer Eingabe an die Königl. Eisenbahndirektion Magdeburg ausgesprochenen Wünsche zu fördern. In dem Gesuche, das in Abschrift beigelegt ist, wird der Ausbau des Personenbahnhofs in Gliesmarode und der Bau eines Güterbahnhofs daselbst gewünscht. Zur Begründung wird ausgeführt, daß der Personenbahnhof in Gliesmarode nicht mehr den vorhandenen Bedürfnissen entspricht, und das muß von uns anerkannt werden. Wer Sonntags oder Festtags den

Verkehr dort gesehen hat, weiß, daß die Verhältnisse ungünstig liegen, und die Eisenbahndirektion hat schon Abhilfe durch Erweiterung des Bahnhofsbauwes zu- gesagt. Anders liegt es mit dem Güterbahnhof. Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, die Gemeinde Glesmarode in ihrem Vorgehen, einen Güterbahnhof zu erhalten, zu unterstützen. Es wird zur Begründung hervorgehoben, daß sich in der Gemeinde Glesmarode die Industrie immer mehr und mehr ausbreite, auch die Nachbarortschaften von Glesmarode recht stark am Güterverkehr auf diesem Bahnhof beteiligt seien und ebenso der Osten und auch andere Teile der Stadt Braunschweig an der Anlage eines Güterbahnhofes in Glesmarode stark intressiert seien.

Wir befinden uns dem Ersuchen der Gemeinde gegenüber in einer eigenartigen Situation insofern, als der Magistrat schon zu dieser Frage Stellung genommen hat, ehe die Eingabe der Gemeinde Glesmarode an uns abgegeben ist. Es wird Ihnen allen eine Eingabe des Viehhändlervereins zugegangen sein, in der verlangt wird, daß bei dem Bau der Bahn Celle—Braunschweig bei Rühme, und zwar an dem Kreuzungspunkte der Bahn mit der Hamburgerstraße ein Güterbahnhof, besonders für den Viehtransport, eingebaut wird, woran auch die Industrie des Wendentorbezirks, ebenso auch die von Rühme stark beteiligt sei. Diese Eingabe wurde stark unterstützt von der Handelskammer, von der Landwirtschaftskammer, vom Verkehrsverein, vom Schlachthausdirektor, von der Gemeinde Rühme, von der Fleischerinnung und der Vereinigung der Fleischwarenfabrikanten. Als diese Eingabe des Viehhändlervereins an den preussischen Verkehrsminister hinausgegangen war, ist auch an unseren Magistrat die Aufforderung gerichtet worden, sich gutachtlich zu äußern, wie er über die Frage der Erschaffung eines Güterbahnhofes bei Rühme denkt. Der Magistrat hat die Sache reiflich hin und her erwogen, jedenfalls auch unter Zuziehung von Fachleuten, wie er ja auch unter sich schon Fachleute besitzt, und ist zu dem Entschluß gekommen — aus sich selbst heraus, lange bevor von Glesmarode eine Eingabe an die städtischen Behörden eingegangen ist — vorzuschlagen, daß lieber bei Glesmarode ein solcher Güterbahnhof errichtet werden möge, und zwar besonders deshalb, weil ein Bahnhof bei Rühme einestheils nur gedacht war zum Abtransportbahnhof, so daß Vieh mit Autos und sonstigen Behelfen von dort nach der Stadt hereingeschafft werden sollte. Wenn aber auch ein Anschlußgleis nach dem Schlachthofe gelegt werden soll, so würde dies außerordentlich hohe Kosten verursachen, weil das Gleis nur über bebautes Gelände gelegt werden könnte, während bei einem Bahnhof in Glesmarode dieser verteuernde Umstand außer Betracht fiele und von dorthier leicht ein Anschluß an die Landeseisenbahn hergestellt werden könnte. Man war der Meinung, daß der Güterbahnhof leicht hinter den Rußberg auf freiliegendes Terrain verlegt werden könnte und so an dem Kreuzungspunkt der

beiden Bahnen Braunschweig—Ulfen und Braunschweig—Celle zu liegen kommen könnte. Das würde billiger zu stehen kommen und auch dem Bedürfnis der Viehhändler und sonstiger Interessenten, die einen Bahnhof in Rühme fordern, genügen.

Die Statutenkommission, der die Eingabe der Gemeinde Gliesmarode zur Vorberatung unterbreitet war, konnte, nachdem schon in diesem Sinne vom Magistrat entschieden war, schlechterdings nicht eine andere Stellung einnehmen, da der Magistratsbericht schon nach dem preussischen Eisenbahnminister abgegangen ist und in solchen Verkehrsfragen eine einheitliche Stellungnahme der städtischen Behörden dringend notwendig ist. Die Statutenkommission ist deshalb zu dem Entschluß gekommen, Ihnen folgende Entschließung zur Annahme zu unterbreiten:

„Die Versammlung erkennt die Wünsche der Antragsteller als berechtigt an und billigt die Schritte des Stadtmagistrats, die zur Förderung des Baues eines Güterbahnhofs in Gliesmarode unternommen worden sind.“

Es wird damit nicht zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht wünschen, daß bei Rühme auch ein Güterbahnhof oder eine Güterabladestelle geschaffen wird, sondern es würde im Interesse der in jener Gegend befindlichen Industrie und des Viehhandels nur mit Freuden zu begrüßen sein, wenn auch dort eine Güterabladestelle mit Viehrampe usw. geschaffen würde. Jedenfalls ist es notwendig, daß ein Güterbahnhof im Osten der Stadt eingerichtet wird, die eingetretenen Kalamitäten haben das schon oft genug gezeigt — so erst im vorigen Jahre, als infolge des langen Weges von dem weit entfernten Güterbahnhof bis zum Schlachthofe und des vielfachen Aufenthalts beim Rangieren Vieh im Eisenbahnwagen erstickt vorgefunden wurde. Jedenfalls können wir froh sein, wenn wir an beiden Stellen staatliche Güterbahnhöfe oder an der einen Stelle statt des Bahnhofs auch nur eine Güterabladestelle bekommen. Die Statutenkommission ist der Meinung, daß es nötig sei, diese Bestrebungen der Gemeinde Gliesmarode zu unterstützen und der Stellungnahme des Magistrats in dieser Frage zuzustimmen.

Stadtv. Steinede: Ich möchte bei dieser Gelegenheit eine kurze Anfrage stellen, die sich nebenher mit der behandelten Sache beschäftigt. Es ist von einer Reihe von Bürgern aus dem Fallerlebertor- und Steintorbezirk an mich die Anfrage ergangen, ob Rücksicht darauf genommen wäre, daß der neue Bahnhof in Gliesmarode auch dem Charakter unseres östlichen Stadtteils in seiner Bauweise angepaßt würde. Ich habe angenommen, daß das selbstverständlich ist. Sollte das aber nicht der Fall sein, möchte ich den Magistrat bitten, auf die Eisenbahnverwaltung einzuwirken, daß ein Bahnhofsgebäude gebaut wird, das sich dem

Charakter dieses Stadtteils anpaßt. Dieser Wunsch ist wohl so selbstverständlich, daß er einer näheren Begründung nicht bedarf.

Dann möchte ich eine Anfrage im Interesse einer Anzahl von Schrebergartenbesitzern in der verlängerten Heinrichstraße zur Sprache bringen. Diese Schrebergartenbesitzer sind gewissermaßen beunruhigt darüber, ob die Zeit, während der sie ihre Gärten behalten können, noch lange dauern wird. Es wird in Erwartung des Bahnhofsbauwes viel geredet von einem weiteren Ausbau der Herzogin-Elisabeth-Straße, die am Stadtpark vorbeiziehen und über die Heinrichstraße verlängert werden solle. Ich habe den Leuten geantwortet, in Kriegzeiten gehe das selbstverständlich nicht an. Aber eine Anzahl von Interessenten steht im Begriff, den Vertrag wegen Benutzung des Feldes mit dem Besitzer Maring zu erneuern, und sie haben den Wunsch, zu erfahren, ob es in ihrem Interesse angebracht ist, den Vertrag nur auf kurze Zeit abzuschließen. Sie haben allerhand Aufwendungen für die Gärten zu machen und möchten wissen, was für die nächsten Jahre in Aussicht genommen ist.

Bei der Gelegenheit möchte ich noch einem Wunsche Ausdruck geben. Wer an dem oberen Ende der Heinrichstraße wohnt, weiß, daß das Franzische Feld an der Ecke, wo die Heinrichstraße darauf zugeht, vollständig von dem Zugang zur Heinrichstraße abgeschlossen ist. Unsere Einwohner haben sich vor Jahresfrist darauf gefreut, daß sie von der Heinrichstraße her direkt auf das Franzische Feld gelangen könnten. Das ist jetzt dadurch unterbunden, daß die Firma Maring ein großes Staket mit Stacheldraht anbringen läßt. Man kann es jeden Sonntag erleben, daß Hunderte von Leuten, die vom Rißberg herunterkommen, den Durchgang nicht offen finden und sich in unangenehmen Äußerungen darüber ergehen. Es handelt sich hier darum, ein Verkehrshindernis zu beseitigen und von der genannten Straße aus einen leichten Zugang zu dem Franzischen Felde zu schaffen. Durch den Umweg über den Stadtpark wird der Verkehr ganz besonders erschwert. Ich bitte freundlichst, Auskunft hierüber zu geben.

Stadtbaurat Gebensleben: Was zunächst den ersten Punkt anlangt: Ob, wenn ein Bahnhof in Gliesmarode gebaut würde, dieser sich auch der Baumeiße jener Gegend anpassen würde, so kann ich darüber natürlich noch keine Auskunft erteilen, denn so weit sind die Vorarbeiten bezüglich des Güterbahnhofs in Gliesmarode noch nicht gediehen. Der Herr Referent hat vorhin zwar ausgeführt, daß unsere Stellungnahme zu dem Bahnhofsbau bereits dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin übermittelt wäre; ich muß ihn aber doch insofern berichtigen, als ich mitzuteilen habe, daß diese Sache augenblicklich noch beim hiesigen Staatsministerium erwogen wird und von diesem dem preussischen Minister für öffentliche Arbeiten eine Eingabe noch nicht zugegangen ist. Die Eingabe

wird erst jetzt durch Vermittlung des Herzoglichen Staatsministeriums an die Königl. Eisenbahndirektion Magdeburg weitergegeben werden. Wir hoffen natürlich, daß, wenn die von uns ausgehende Idee, verwirklicht und ein Bahnhof in Gliesmarode gebaut wird, dieser in seiner Aufmachung ganz und gar dem Charakter der Stadt in jener Gegend angepaßt wird.

Die zweite Frage hat meiner Meinung nach mit dem Bau des Bahnhofs in Gliesmarode nichts zu tun. Es handelt sich bei ihr lediglich darum, ob das Terrain, welches der Firma Maring gehört, in absehbarer Zeit durch Straßenbauten aufgeschlossen wird. Im Interesse der Stadt wird es wahrscheinlich in absehbarer Zeit nicht aufgeschlossen werden; was jedoch die Firma Maring mit dem Lande vorhat, entzieht sich ganz und gar unserer Kenntnis. Wir können also darüber nichts sagen. Ebenso können wir darüber nichts mitteilen, ob es möglich ist, daß die Firma Maring einen Teil ihrer Terrains dem öffentlichen Verkehr aufschließt, so daß man von der Heinrichstraße nach dem Spielplatz gelangen kann. Das müssen wir abwarten, denn das Terrain gehört — wie gesagt — nicht der Stadt, sondern der Firma Maring.

Stadtv. Steincke: Ich möchte Herrn Stadtbaurat Gebensleben erwidern.

Vorsitzender: Ich habe Sie zum Wort zugelassen, aber augenblicklich können wir doch auf diese Sachen nicht näher eingehen. Es hängt das mit der behandelten Sache doch nur in loser Verbindung.

Stadtv. Steincke: Ich bitte darum, daß ich eine sachliche Erwiderung geben kann. Zweimal in derselben Sache steht mir das Wort zu.

Vorsitzender: Ich will Sie sprechen lassen, bitte Sie aber, sich in Ihren Ausführungen möglichst zu beschränken.

Stadtv. Steincke: Das werde ich tun. Ich sehe nicht ein, daß es richtig ist, wenn gesagt wird, der Ausbau jener Straße habe mit dem Bahnhofsbau nichts zu tun, denn dieser Ausbau ist doch in einen gewissen Zusammenhang mit dem Bahnhofsbau in Gliesmarode zu bringen. Wenn die Straßen bis zum Bahnhof Gliesmarode ausgebaut werden sollen, so unterhalten sich natürlich die Anwohner unserer ganzen Gegend darüber. Ich habe nicht gesagt, daß die angeführte Unbequemlichkeit allein in Zusammenhang mit der Firma Maring zu bringen wäre, sondern gebeten, von Seiten des Magistrats die Möglichkeit zu schaffen, einen Zugang von der Heinrichstraße aus nach dem Franzischen Felde einzurichten.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich möchte erwidern, daß meiner Meinung nach die Aufschließung des Grundstücks der Firma Maring mit dem Bahnhofsbau in Gliesmarode nichts zu tun hat. Wenn der Herr Vorredner anderer Ansicht ist, so sind unsere Ansichten eben verschieden.

Der von der Statutenkommission eingebrachten Entschließung wird von der Versammlung zugestimmt.

3. Aufnahme eines Straßenzuges in den Ortsbauplan (Nr. 651, Verbindungsstraße zwischen Lange- und Weberstraße).

Stadtv. Niese: Die Absicht, die Stiftsgasse nach Norden hin über die Langestraße hinaus bis zur Weberstraße zu verlängern, ist von den städtischen Behörden wiederholt und besonders dadurch zum Ausdruck gebracht, daß das Grundstück Weberstraße 9 im Jahre 1912 zum Preise von 22 000 M von der Stadt angekauft ist. Die Aufnahme dieses die Langestraße mit der Weberstraße verbindenden Straßenzuges in den Ortsbauplan ist indessen bislang nicht erfolgt, sie dürfte sich jedoch jetzt empfehlen, nachdem bekannt geworden ist, daß der Inhaber des Weberstraße 7 gelegenen Grundstücks mit der Absicht umgeht, dieses Grundstück neu zu bebauen, und damit die Möglichkeit einer ungünstigen Beeinflussung der Straßensführung erwächst. Der Magistrat unterbreitet deshalb der Versammlung einen vom städtischen Tiefbauamt ausgearbeiteten Teilortsbauplan mit dem Ersuchen, der Aufnahme des darin mit Nr. 651 bezeichneten Straßenzuges in den Ortsbauplan zuzustimmen. Das vom Magistrat gehörte Stadtbauamt hat sich mit der Aufnahme der Straße einverstanden erklärt.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der erwähnte Teilortsbauplan dort ausgehängt ist, so daß jeder die Situation einsehen kann. Sie sehen aus dem Antrage, es geht auch hier einen Schritt weiter; wenn auch mit dem Straßenbau noch nicht zu rechnen ist, so ist doch Vorsorge am Platze, damit der Anwohner der Weberstraße uns bei seinem Neubau das Terrain nicht versperrt.

Die Baukommission hat sich mit der Sache befaßt und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Aufnahme der neuen Straße in den Ortsbauplan wird zugestimmt.

4. Aufhebung des südlichen Teiles des Weges Nr. 54 (im Heidebleekanger an der Mascheröder Grenze).

Stadtv. Stegmann: Im vorigen Jahre hat die Feldmarksgemeinde Altwief an den Magistrat das Gesuch gerichtet, zu genehmigen, daß sie einen Teil des

Interessentenwegs Nr. 54 im sogenannten Heidbleefanger an der Mascheröder Grenze dem Fuhrherrn und Grubenbesitzer Richard Feuer verkauft. Der Weg liegt zwischen der Mascheröder Feldmark und den Grundstücken der Feldmarksgemeinde Altemief und wird von mehreren Grundstücken des Herrn Feuer begrenzt. Das zu verkaufende Gelände des Weges umfaßt 660 qm und soll zum Preise von 2,50 M pro Quadratmeter abgegeben werden. Die Städtische Bauverwaltung hat den Antrag geprüft. Da der Weg nicht von Gemeindegemeinschaften benutzt wird, so liegt nichts im Wege, dem Verkauf zuzustimmen. Die Verzögerung der Angelegenheit ist dadurch eingetreten, daß sich herausgestellt hatte, daß zwei der in Betracht kommenden Grundstücke sich in anderem Besitz befanden und diese erst von Herrn Feuer angekauft werden mußten, was wiederum länger gedauert hat, da der Vorbesitzer zum Militärdienst eingezogen war. Nachdem der Kauf vollzogen ist und die erforderlichen Grundbuchauszüge beigebracht sind — sie liegen hier vor —, schlägt der Magistrat vor, der Aufhebung des südlichen Teiles des Weges 54 zuzustimmen. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und empfiehlt ebenfalls, in diesem Sinne zu beschließen.

Der Antrag der Baukommission auf Zustimmung zur Aufhebung des Weges wird angenommen.

5. Auslegung des Statutes, die Straßenpflasterungen in der Stadt Braunschweig betreffend, vom 25. Juni 1860.

Stadtv. **Meyerhoff**: Im Publikum herrscht nicht vollständige Klarheit, wie das Statut über die Neupflasterung der Straßen gehandhabt wird. Deshalb empfiehlt der Magistrat zur Festlegung und Aufklärung folgendes:

Für die Anlieger derjenigen Straßen, welche im Gebiet des ehemaligen allgemeinen Pflasterfonds belegen sind, besteht auf Grund des Statuts vom 25. Juni 1860 eine Beitragspflicht hinsichtlich der Erhaltung sowohl der Bürgersteige wie des Fahrdammes. Bezüglich des letzteren ist im § 4 des Statuts bestimmt, daß „die Hauseigentümer bei jeder Neupflasterung einer Straße die Arbeitslöhne für die Pflasterung der Gasse und der Fahrbahn bis auf 5,7 m über die Sohle der Gasse oder, wo die Straße zwischen den Trottoiren nicht 11,4 m breit ist, bis zur Mitte der Straße nach Verhältnis der Länge ihrer Häuser“ zu tragen haben.

Es können nun Zweifel darüber entstehen, ob auf Grund dieser Bestimmungen die Hauseigentümer bei einer Neupflasterung auch dann zur Beitragszahlung heranzuziehen sind, wenn die Neupflasterung nicht infolge der Abgängigkeit des vorhandenen Pflasters, sondern aus dem Grunde vorgenommen wird, um das vorhandene geräuschvolle Steinpflaster im öffentlichen Interesse durch

geräuschloses Pflaster (Asphalt, Holz und dergl.) zu ersetzen. Dies trifft zu bei der bereits ausgeführten Asphaltierung des Bohlwegs zwischen Hagensharrn und Hagenmarkt, des Markstalls, der Höhe und Pachtsoffstraße, des Sacks und bei der in Ausführung begriffenen Asphaltierung des Steinwegs, und es werden sich derartige Fälle in Zukunft noch häufiger wiederholen.

Zweifellos hat man bei Erlaß des Statuts nicht die letztgenannten Fälle im Auge gehabt — und zwar schon deshalb nicht, weil Geräuschloses Pflaster damals noch unbekannt war —, sondern der Magistrat legt die Bestimmung des Statuts dahin aus, daß die Beitragspflicht der Hauseigentümer nur im Falle der Abgängigkeit des vorhandenen Pflasters begründet ist, und gibt der Stadtverordnetenversammlung anheim, sich der Auslegung des Statuts in diesem Sinne anzuschließen.

Unberührt hiervon bleiben natürlich diejenigen Fälle, in denen die Neupflasterung nicht im öffentlichen Interesse, sondern auf besonderen Antrag einzelner Anlieger vorgenommen wird, und wenn die Antragsteller auf Grund vertraglicher Vereinbarung zu besonderen Beitragsleistungen sich verpflichten.

Die Statutenkommission schlägt Ihnen durch mich vor, diese Fassung zu genehmigen.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

6. Ankauf eines Grundstücks an der Gliesmaroderstraße.

Stadtv. Trinks: Es handelt sich um den Ankauf des Willeckeschen Grundstücks an der Gliesmaroderstraße 116. Der Besitz dieses Grundstücks wird erforderlich werden für den Fall, daß der Hagenring in nördlicher Richtung verlängert werden soll. Es sind schon vor mehreren Jahren zwei Grundstücke, welche zwischen der Karl- und Gliesmaroderstraße gelegen sind, für diesen Zweck von der Stadt angekauft worden, und augenblicklich bietet sich eine günstige Gelegenheit, das Willeckesche Grundstück, welches fast vollständig durch den neuen Straßenzug in Anspruch genommen werden wird, freihändig zu kaufen. Nach verschiedenen Verhandlungen ist vom Magistrat mit der jetzigen Besitzerin ein Vertrag abgeschlossen, nach dem das Grundstück für den Preis von 30 000 *M* von der Stadt erworben wird. Es hat einen Flächeninhalt von 3 a 74 qm. Auf ihm befindet sich ein dreistöckiges Fachwerk errichtetes, in ziemlich gutem Zustande befindliches Haus nebst Waschhaus und Pferdestall, welches einen Mietertrag von 1530 *M* abwirft. Die Baukommission hat den Preis von 30 000 *M* für angemessen gehalten und ist sich dahin schlüssig geworden, den Ankauf des Grundstücks zu Lasten des Extraordinariums zu empfehlen.

Dem Ankaufe des Grundstücks wird zugestimmt.

7. Statut über die Unterhaltung einer Studienanstalt.

Stadtov. **Frede:** Meine Herren, Sie haben die Vorlage des Magistrats erhalten. Ich darf wohl darauf verzichten, sie genau wiederzugeben, und mich auf die Wiedergabe der Hauptpunkte beschränken.

Es ist den Herren bekannt, daß Ostern 1912 die Studienanstalt errichtet ist. Ein Statut über die Anstalt hat bisher nicht bestanden, und zwar deshalb, weil sich die Anstalt im Stadium des Versuchs befand und vielleicht auch noch befindet. Es mußte sich erst die Lebensfähigkeit der Anstalt erweisen, und um es der Versammlung zu ermöglichen, sich ein Urteil über diese Lebensfähigkeit zu bilden, hat der Magistrat in seiner Vorlage einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Studienanstalt bis heute gegeben. In den Jahren 1912, 1913, 1914 und 1915 sind fünf Klassen eingerichtet. Das in den 4 Jahren fünf Klassen errichtet sind, erklärt sich daraus, daß Ostern 1913 zwei Klassen auf einmal eingerichtet werden konnten. Die Studienanstalt weist heute einen Besuch durch 83 Schülerinnen auf, das macht für die Klasse nicht ganz 17 Schülerinnen. Man kann nicht umhin, zu sagen, daß die Frequenz nicht gerade blendend ist. Jedenfalls gibt der Besuch dem Magistrat keine Ermutung, jetzt eine selbständige Anstalt einzurichten.

Es geht aber der Wunsch der Regierung darauf, eine vollständig selbständige Anstalt eingerichtet zu sehen, und zwar in bezug auf die Leitung, auf den Lehrkörper und auch möglichst in bezug auf ein eigenes Gebäude. Es ist ohne weiteres klar, daß, wenn diese Wünsche verwirklicht werden sollen, namhafte Aufwendungen seitens der Stadt gemacht werden müßten, und der Magistrat trägt Bedenken, diese auf sich zu nehmen, wenigstens jetzt. Der Forderung der Regierung, ein Statut zu erlassen, ist der Magistrat nachgekommen, aber in bezug auf die Verwirklichung der übrigen Forderungen der Regierung hat er auf die pekuniäre Belastung der Stadt hingewiesen und vor allem auch auf die Verhältnisse in Preußen, die, wie auf den meisten anderen Gebieten, so auch auf dem Schulgebiet für uns vorbildlich gemessen sind. Es ist da hervorzuheben, daß in Preußen allgemein der Zustand besteht, daß die Studienanstalten an die Lyzeen, also die höheren Mädchenschulen, angegliedert sind. Nur ausnahmsweise ist in Preußen die Einrichtung zu finden, daß die Studienanstalt vollständig selbständig dasteht, und zwar in den Städten Berlin, Köln und Stettin. Wenn unter den bestehenden 36 preußischen Studienanstalten nur drei sich finden, die vollständig selbständig sind, dann konnte, wie ich glaube, der Magistrat mit gutem Recht wünschen, daß auch hier der in Preußen übliche Zustand weiter bestehen bleibt, wenigstens vorläufig. Das Ministerium hat seine Bedenken gegenüber diesen Darlegungen nicht fallen lassen, hat sie aber zurücktreten lassen gegenüber der Würdigung, daß bei Selbst-

ständigmachung der Anstalt eine größere pekuniäre Belastung der Stadt eintreten würde, und hat sich mit einer Fortsetzung des bisherigen Versuchs einverstanden erklärt, bei dem die drei Anstalten, also das Oberlyzeum, das Lyzeum und die Studienanstalt, vereinigt bleiben, jedoch nur unter den beiden Bedingungen, daß erstens den Aufsichtsbehörden das Recht gewahrt bleibe, beim Auftreten von Unzuträglichkeiten oder bei einer glücklichen Entwicklung der Studienanstalt ihre Selbstständigkeit zu fordern, und zweitens die Verwendung der einzelnen Lehrkräfte in den drei Anstalten — abgesehen von kurzzeitigen Vertretungen und vom Unterricht in technischen Fächern — der Genehmigung der Herzoglichen Oberschulkommission unterliege.

Der Magistrat hat gegenüber dem ersten Punkte Bedenken gehabt. „Unzuträglichkeiten“ können bei dem gegenwärtigen Zustande wohl entstehen, und daß dann die Selbstständigmachung der Anstalt gefordert werden kann, würde unter Umständen bedenklich sein. Aber der Magistrat hat sich gesagt: Wir haben die Zusicherung vom Staatsministerium erhalten, daß die Stadt das Recht haben soll, die Studienanstalt später wieder eingehen zu lassen und das jetzt zu erlassende Statut wieder aufzuheben. Gegenüber diesem Zugeständnis des Ministeriums sind die Bedenken, die der Magistrat gegenüber dem ersten Punkte gehabt hat, fallen gelassen.

Wir kommen nun zu dem Statut selbst, das ziemlich umfangreich ist. Die Schulkommission hat sich mit den Paragraphen beschäftigt und hat nichts gefunden, was zu Bedenken oder Aussetzungen Anlaß geben könnte, ein Zeichen für die sehr sorgfältige Behandlung der Satzungen. Ich glaube, es würde die Beratung der Satzungen sehr vereinfachen, wenn der Herr Vorsitzende die einzelnen Paragraphen zur Beratung stellte und dabei zur Vorbringung von Einwendungen, falls solche vorhanden sind, auffordert. Vorzulesen brauche ich sie wohl nicht.

Vorsitzender: Wenn es den Herren recht ist, werde ich die einzelnen Paragraphen aufrufen und, wenn sich kein Widerspruch erhebt, den betreffenden Paragraphen als genehmigt betrachten. Ich nehme an, daß keine Generaldebatte verlangt wird, denn die Sache ist ja bereits früher in der Versammlung behandelt. Es wird sich nur um die Form des Statuts handeln, insbesondere um die beiden Punkte, ob das Ministerium das Recht haben soll, event. eine Ausgestaltung der Studienanstalt zu fordern, wenn sich Unzuträglichkeiten herausstellen oder die Studienanstalt sich glücklich weiter entwickelt, und ob andererseits der Stadt das Recht vorbehalten bleiben soll, die Anstalt wieder aufzuheben, wenn dies den städtischen Behörden ratsam erscheint. Da sich kein Widerspruch erhebt, werde ich in der angegebenen Weise verfahren.

Die Statutenparagrafen werden einzeln vom **Vorsitzenden** zur Besprechung gestellt. Eine Wortmeldung erfolgt nicht.

Vorsitzender: Es hat sich niemand zum Wort gemeldet. Ich schließe darnach die Beratung und bitte diejenigen, die dem Statut, wie es vorliegt, zustimmen, die Hand erheben zu wollen. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; das Statut ist angenommen.

8. Anderweite Festsetzung eines Mietpreises.

Stadtv. Stegmann: In der Sitzung vom 24. Juni d. J. haben wir, einem Antrage des Magistrats entsprechend, die Mietpreise der Wohnungen in dem städtischen Hause hinter der Magnikirche 1 festgesetzt. Bei Vermietung des zweiten Obergeschosses zum Betrage von 425 *M* haben sich Schwierigkeiten herausgestellt, indem der Mietpreis wohl etwas hoch bemessen gewesen ist, und so würde die Wohnung möglicherweise leer geblieben sein. Sie ist schließlich an den Werkmeister Adolf Lachmund vermietet worden, der aber gebeten hat, ihn von dem Betrage zu befreien, er könne nicht mehr als 400 *M* für Wohnung ausgeben. Der Magistrat hat die Sache nochmals geprüft und schlägt vor, da der Mietpreis tatsächlich etwas hoch erscheint, ihn auf 400 *M* zu ermäßigen. Die Wohnung soll übrigens erst am 1. Oktober bezogen werden. Der Magistrat hat Herrn Lachmund gegenüber in Aussicht gestellt, daß er bei den Stadtverordneten eine Ermäßigung beantragen würde, jedoch müsse Herr Lachmund das Risiko der Übernahme der Wohnung tragen, falls die Stadtverordneten nicht zustimmen sollten. Dazu hat sich Herr Lachmund bereit erklärt. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, der Ermäßigung des Mietpreises von 425 *M* auf 400 *M* zuzustimmen. Ich bitte Sie, demgemäß zu beschließen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

9. Festsetzung der Mieten für die Wohnungen in den stadtseitig errichteten Häusern an der Honrothstraße.

Stadtv. Sander: Meine Herren, es wird Ihnen in Erinnerung sein, daß wir seinerzeit beschlossen haben, an der Goslarischenstraße, in der jetzigen Honrothstraße Kleinwohnungen zu errichten, um dem Mangel an Kleinwohnungen abzuhelpfen. Es war seinerzeit gedacht, diese Wohnungen an städtische Beamte und Arbeiter zu vermieten. Es sind vorerst drei Häuser fertiggestellt, ein Doppelhaus und ein einfaches Haus. Die Baukommission hat sich am 6. August auf Anregung des Magistrats dorthin begeben, an Ort und Stelle die Wohnungen angesehen und ist zu der Überzeugung gekommen, daß die Wohnungen sehr schön eingerichtet

sind. Es sind dann über den Mietwert der Wohnungen Beratungen gepflogen, und darnach wurde empfohlen, in dem Doppelhause, in dem sich 12 Wohnungen befinden, die Wohnungen im Erdgeschoß mit 250 *M*, die Wohnungen im ersten Obergeschoß mit 260—265 *M*, die im Dachgeschoß mit 230—240 *M* zu vermieten. Diese Wohnungen haben zwei Stuben und eine Wohnküche. Sie sind allerliebste eingerichtet, und es ist auch ein Austritt, ein sogenannter Balkon, vorhanden. Es sind gute, gesunde Wohnungen, und der vorgeschlagene Mietpreis ist als angemessen zu betrachten.

In dem einfachen Hause befinden sich Wohnungen von drei Zimmern mit Wohnküche. Sie haben ebenfalls einen Balkon und sind auch in sehr netter Ausführung hergerichtet. Es wurde empfohlen, als Mietpreis für die Wohnung im Erdgeschoß 350 *M*, für die im ersten Obergeschoß 360—365 *M* und für die im Dachgeschoß 330—340 *M* zu fordern.

Der Magistrat hat den Mietpreis der Wohnungen in dieser Lage festgesetzt und bittet nun die geehrte Versammlung, die Mietpreise zu genehmigen, und zwar für das Doppelhaus

die Wohnung im Dachgeschoß	230 <i>M</i> ,
die Wohnung im ersten Obergeschoß	265 <i>M</i> ,
die Wohnung im Erdgeschoß	250 <i>M</i> .

In dem anderen Hause sollen die Wohnungen mit 330, 365 und 350 *M* vermietet werden.

Das Doppelhaus würde demnach einen Mietertrag von 2980 *M* ergeben. Diesem stellen sich die Baukosten mit 64 700 *M* gegenüber, so daß eine Verzinsung von 4,6 Prozent herauskommt. Bei dem anderen Hause stellen sich die Baukosten auf 42 735 *M*, und es ergibt sich eine Mieteinnahme von 2090 *M*, gleich einer Verzinsung von 4,9 Prozent. Die Verzinsung ist nicht gerade eine glänzende, aber wenn man bedenkt, daß der Kreis der Reflektanten für diese Wohnungen ein sehr beschränkter ist, so kann man nicht verlangen, daß gewissermaßen eine Konkurrenz um diese Wohnungen eintreten wird. Der Magistrat ist der Meinung, daß die Preise angemessen sind.

Ich will nicht versäumen, zu erwähnen, daß bei Vermietung der größeren Wohnungen hauptsächlich Rücksicht darauf genommen werden soll, daß Mieter mit vielen Kindern, denen es sonst schwer fällt, anderweitig unterzukommen, bevorzugt werden.

Die Baukommission schließt sich den Ausführungen des Magistrats an und empfiehlt Ihnen, die Mieten in der von mir vorgetragenen Höhe zu genehmigen.

Stadtv. **Frede:** Ich möchte noch eine kurze Anfrage an den Herrn Referenten richten. Er sagte, es sei beschlossen, diese Räume für städtische Arbeiter

und Beamte zu schaffen. Darf man daraus schließen, daß der Grundsatz jetzt verlassen ist?

Stadtv. **Sander:** Nein, ich habe deshalb auch gesagt, daß der Kreis der Bewerber um die Wohnungen ein beschränkter ist. Es sind bereits 12 oder 14 Referenten auf die Wohnungen vorhanden, und ich glaube sicher, daß die Wohnungen sich werden leicht vermieten lassen, denn sie sind, wie gesagt, sehr nett eingerichtet. Es ist empfehlenswert, daß die Herren die Häuser sich ansehen, um sich von der Einrichtung zu überzeugen.

Den vorgeschlagenen Mietpreisen wird zugestimmt.

10. Änderung der Fluchtlinie auf der Höhe.

Stadtv. **Rasche:** Im Oktober 1893 war für die Häuser 22—25 auf der Höhe eine neue Fluchtlinie festgesetzt. Würde diese eingehalten werden, so würde ein Stück von der so wie so schmalen Straße abgenommen und den Grundstücken zugelegt werden müssen. Es ist nun bei Gelegenheit des Umbaus des Hauses Höhe 22 vom Stadtbauamt angeregt, die Fluchtlinie in der jetzt bestehenden Weise zu belassen, da eine Beseitigung des Rücksprungs der Häuser weder aus verkehrstechnischen, noch aus städtebaulichen Gründen wünschenswert sei. Der Magistrat hat sich dieser Ansicht angeschlossen und beantragt, die seinerzeit beschlossene Fluchtlinie wieder aufzuheben. Die Baukommission empfiehlt nach Prüfung der Vorlage, den Magistratsvorschlag anzunehmen.

Die am 13. Oktober 1893 festgesetzte Fluchtlinie wird aufgehoben.

11. Aufstellung eines Tränkebrunnens auf der Helmstedterstraße.

Stadtv. **Trinks:** Der hiesige Tierchutzverein ist schon vor längerer Zeit mit der Bitte an den Stadtmagistrat herangetreten, ihm zu gestatten, auf Straßen und Plätzen des Stadtgebiets Tränkebrunnen für Pferde, Hunde und Vögel aufzustellen. Er hat die Absicht, diese Brunnen nach einem Modell, welches mit Genehmigung des Tiefbauamtes ausgemacht ist, selbst aus Kunststein herstellen zu lassen. Einschließlich der Wasserzu- und -ableitung würden sich die Kosten für einen Brunnen auf etwa 500 M stellen. An die unentgeltliche Überlassung der Brunnen an die Stadt knüpft der Verein die Bedingung, daß sie stadtseitig im Sommer mit Wasser gespeist und unterhalten werden. Polizeilicherseits ist gegen die Aufstellung kein Bedenken erhoben worden. Der Tierchutzverein hatte zunächst die Aufstellung von zwei Tränkebrunnen, und zwar auf dem Radeflint und auf der Helmstedterstraße neben der Kasseeschenke ins Auge gefaßt, da an diesen

Stellen wegen des regen Fuhrwerksverkehrs derartige Brunnen besonders dringend erforderlich seien. Obwohl nun der Magistrat ein dringendes Bedürfnis zur Aufstellung von Tränkebrunnen für unsere Stadt kaum anzuerkennen vermag, so empfiehlt er doch, um den durchaus aner kennenswerten Bestrebungen des Tier schutzvereins kein Hindernis in den Weg zu legen, die Aufstellung eines Probebrunnens, und zwar an der Helmstedterstraße. Der Brunnen ist an einer Stelle gedacht, an welcher er den Verkehr in keiner Weise stört.

Die Baukommission hat sich der Ansicht des Magistrats angeschlossen und empfiehlt Ihnen, sich mit der Aufstellung dieses einen Brunnens einverstanden zu erklären und zu genehmigen, daß der Brunnen nach seiner Fertigstellung stadtseitig übernommen, unentgeltlich mit Wasser gespeist und unterhalten wird.

Stadtv. Diedmann: Ich begrüße diesen Antrag des Tier schutzvereins mit Freuden. Es ist zu wünschen, daß diesem Probebrunnen in Braunschweig sich noch mehr angliedern werden. Ich bin in diesem Falle anderer Meinung als der Magistrat, indem ich glaube, daß für solche Tränkebrunnen ein Bedürfnis vorliegt, und daß sie fleißig benutzt wären, wenn wir solche bisher schon gehabt hätten. Gerade den Vorschlag, auf dem Radeklint einen solchen Brunnen aufzustellen, halte ich für zweckmäßig, denn dort kommen von auswärts viele Fuhrwerke zum Petritor herein, und die Pferde werden es mit Freuden begrüßen, wenn sie sich an einem frischen Trunke erquicken können. Wer einmal selber Pferde mit ausgespannt hat, weiß, welche Schwierigkeit es manchmal bereitet, ihnen zu trinken zu geben. Einmal ist kein Eimer da, das andere Mal ist das Wasser zu kalt. Ich bitte, darauf Bedacht zu nehmen, daß in absehbarer Zeit noch mehr solche Brunnen aufgestellt werden.

Stadtv. Voeshigt: Ich wollte auch dafür sprechen, daß für Aufstellung von Tränkebrunnen gesorgt wird; es liegt entschieden ein Bedürfnis dafür vor. Aber der Brunnen, der hier empfohlen wird, ist kein praktischer Brunnen. Sehen Sie sich diese Art Brunnen in Berlin an, wie einfach die Sache dort gemacht ist: ein kleiner eiserner Behälter und aus einer kleinen Röhre läuft Wasser zu. Die Pferde können herangehen und die Kutscher dort Wasser holen. Statt einen Brunnen aufzustellen, der so viel Geld kostet, sollte man lieber drei oder vier auf den Bahnhöfen und an Stellen, wo die Droschken halten, zur Aufstellung bringen. Auch auf den Marktplätzen, z. B. dem Altstadtmarkte, könnte solch ein Brunnen stehen. Auch wir werden dahin kommen, daß wir solche praktischen Brunnen aufstellen, wie ich sie in Berlin und Hannover gesehen habe.

Nun sorgen wir hier für die Pferde, und ich bin auch sehr dafür, aber meine Schmerzenskinder sind die Bäume in der Stadt. Sie standen den ganzen Sommer,

aber nie habe ich gesehen, daß sie getränkt sind. Wir haben einen Stadtgärtner, aber um diese Bäume kümmert sich kein Mensch. Die Kronen der Bäume sind fast vollständig trocken. Ich habe schon früher gesagt: Man soll keine Kinder in die Welt setzen, wenn man sie nicht auch ernähren will. So geht es auch mit unseren Bäumen in der Stadt. Wenn sie nicht so wachsen, wie sie wachsen müssen, dann zieren sie die Stadt nicht, sondern schaden eher unserem Ansehen.

Stadtv. **Sander:** Auch ich halte diese Art Brunnen nicht für praktisch, und es wurde schon seitens des Magistrats angeführt, daß es bei einem zweispännigen Fuhrwerk schwer wäre, daß beide Pferde zu gleicher Zeit aus ihm saufen könnten. Man kann sich nicht denken, daß ein solcher Wagen vor den Brunnen fahren kann; es kommt dann immer nur dasjenige Pferd, welches an der Seite des Brunnens steht, zum Sausen. Es wurde weiter gesagt, daß in einer anderen Stadt, ich weiß nicht mehr wo, ein praktischer Brunnen in einem winkelförmigen Einschnitt des Fußsteigs aufgestellt wäre, so daß beide Pferde zu gleicher Zeit getränkt werden können. Ich meine, solche Winke sollte man nicht außer acht lassen und ähnliche Brunnen auch hier zur Aufstellung bringen, wodurch kein Verkehrshindernis in die Straße gebracht wird. Dort, wo der Brunnen jetzt hinkommen soll, stört er ja den Verkehr nur wenig. Das könnte ich mir aber wohl denken, wenn er in der Stadt auf einen Bürgersteig gebracht würde. Der Brunnen ist 1,40 m tief, dazu soll er 30 cm vom Bordstein zurücktreten und würde so den ganzen Verkehr sperren. Für die Innenstadt und für Straßen, wo der Bürgersteig nicht sehr breit ist, sind also diese Anlagen sehr unpraktisch. Ich möchte bitten, daß der Magistrat sein Augenmerk darauf richtet, daß, wenn es einmal wieder zu einer solchen Brunnenaufstellung kommen sollte, die Gestalt des Brunnens dem Bedürfnis angepaßt wird.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Der Stadtmagistrat ist, wie der Herr Vorredner schon angedeutet hat, auch kein begeisterter Anhänger der Brunnenidee, aber dem Wunsche des Tierschutzvereins hat der Magistrat schließlich nachgegeben und und möchte mit diesem Brunnen wenigstens einmal einen Versuch machen. Der Tierschutzverein hält diese Form für geeignet und empfiehlt sie zur Ausführung. Ich glaube, daß an die Helmstedterstraße ein solcher Brunnen auch ganz gut hinpaßt, da die Straße breit genug ist. Dennoch bin ich der Ansicht des Herrn Vorredners, daß dieses Brunnenmodell nicht überall angewendet werden soll, sondern wir werden dahin kommen, unsere Erfahrungen zu sammeln und sie zu verwerten, wenn es sich darum handelt, einen Brunnen an einer anderen Stelle zu errichten. Ich kann mir sehr wohl denken, daß man sich gegebenenfalls ein solches Modell aussucht, wie Herr Sander meint, bei dem beide Pferde zugleich saufen können.

Der Aufstellung dieses einen Tränkebrunnens wird zugestimmt.

12. Ankauf einer Fläche an der Ecke der Osterstraße und Am neuen Petritor.

Stadtv. **Rasche:** Bei der Verhandlung über die Vermehrung der Bedürfnisanstalten in der Stadt wurde auch ein Platz an der Ecke der Osterstraße und Am neuen Petritor zur Aufstellung einer Bedürfnisanstalt in Aussicht genommen. An dieser Stelle befindet sich ein Grundstück, das bis jetzt dem Staate gehört, und das die Stadt erst erwerben muß. Zu dem Zwecke ist ein Vertrag mit der Herzoglichen Baudirektion abgeschlossen. Die Fläche ist 5 a 75 qm groß, und es wird ein Preis von 5750 M dafür vereinbart. Die Baukommission hält den Platz zur Aufstellung einer Bedürfnisanstalt für sehr geeignet. Es ist noch besonders hervorzuheben, daß die Fläche an das städtische Grundstück an der Osterstraße anschließt und so zu dem schon vorhandenen Garten hinzugezogen werden kann. Die Baukommission hält auch den Preis der Fläche nicht für zu hoch und empfiehlt Ihnen Annahme der Vorlage.

Dem Ankauf der Fläche wird zugestimmt.

13. Erhöhung der Fahrpreise für Kraftdroschken.

Stadtv. **Landauer:** Für die Festsetzung der Fahrpreise für Kraftdroschken ist die Polizeidirektion zuständig. Nach alter Gepflogenheit hat sie aber die Zustimmung der städtischen Behörden zu der vorgeschlagenen Erhöhung dieser Preise angeregt. Es liegt ein Gesuch der Autodroschkenbesitzer vor, welches folgenden Wortlaut hat:

„Die unterzeichneten Autodroschkenbesitzer bitten hohe Herzogliche Polizeidirektion ganz ergebenst, die Erlaubnis zu erteilen, daß in der Stadt Braunschweig auf zweite Tage gefahren werden darf. Durch den Krieg sind die Preise für Benzol und Öl dermaßen erhöht worden, daß wir bei erster Tage kaum unsere Selbstkosten decken können. Dazu kommt der teure Lebensunterhalt und der Mangel an Gummi und Chausseuren, welche letztere Umstände uns zwingen, tagelang einzustellen. Durch die neue Polizeiverordnung sind wir derart eingeschränkt, daß uns unser Hauptverdienst, Vergnügungsfahrten und Fahrten über Land, zum großen Teil verlorengeht.“

Die Herzogliche Polizeidirektion hat sich darauf an den Stadtmagistrat gewandt mit dem Ersuchen, einer Erhöhung der Fahrpreise für Kraftdroschken in hiesiger Stadt für die Kriegsdauer in der Weise zuzustimmen, daß bei jeder Fahrt mit 1 oder 2 Fahrgästen, also nur bei Anwendung der Tage 1, für jeden Fahrgast ein Zuschlag von 25 Pfg. zugestanden wird.

Die Statutenkommission hat sich davon überzeugt, daß die Preise für die Betriebsstoffe tatsächlich stark gestiegen sind, das Benzol auf mehr als das Doppelte und das Öl um mehr als 200 Prozent. Sie empfiehlt deshalb, dem Vorschlage der Polizeidirektion zuzustimmen, d. h. keine Bedenken dagegen zu äußern.

In der Statutenkommission ist bei dieser Gelegenheit noch ein Mißstand erörtert worden, nämlich, daß es am Bahnhofe bei den Hauptzügen in der Nacht an irgend welcher Fahrgelegenheit fehlt. Es ist deshalb der Wunsch ausgesprochen, es möchte dafür gesorgt werden, daß bei den Hauptzügen, seien es nun Kraftdroschken oder Pferdendroschken, am Bahnhof zu finden seien. Die Statutenkommission empfiehlt, den Magistrat zu bitten, daß er in der Antwort an die Herzogliche Polizeidirektion um Abstellung dieses Mißstandes ersucht.

Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, daß der Wunsch der Statutenkommission mancherlei Zweckmäßigkeit für sich hat. Es spricht sehr für Hebung des Verkehrs und auch für die Annehmlichkeit der Reisenden, auch der Braunschweiger, die von auswärts ankommen, wenn diesem Wunsche Rechnung getragen wird, und ich zweifle nicht, daß der Magistrat gern bereit sein wird, diesen Wunsch der Herzoglichen Polizeidirektion zu übermitteln.

Dem Antrage der Statutenkommission wird zugestimmt.

14. Erstattung von Kanalbaukosten.

Stadtv. Sander: Im Jahre 1911 hat der Kaufmann Wagenführ gebeten, daß der Kanal an der Helmstedterstraße dem Zentralfriedhof gegenüber um 50 m verlängert würde, um dadurch sein Grundstück entwässern zu können. Der Kanal ist gelegt, und in der Zwischenzeit ist mit Zustimmung des Magistrats der Braunschweigische Bauverein in die Stelle des Herrn Wagenführ getreten. Die Kosten haben seinerzeit 2433,12 *M* betragen. Es bittet nun der Braunschweiger Bauverein um Zurückerstattung dieser verauslagten Kosten. Nachdem an den Kanal mehrere Anschlüsse erfolgt sind, bringt er jetzt $37,50 + 22,50 \text{ } M = 60 \text{ } M$ Kanalsteuer ein, so daß sich eine Verzinsung von 2,5 Prozent herausstellt. Es ist seinerzeit gesagt, daß die Frage, wann und in welchem Umfange die Baukosten zurück-erstattet werden sollten, erst dann akut werden sollte, wenn die Grundstücke bebaut wären. Das ist jetzt der Fall, und unter diesen Umständen ist der Magistrat der Ansicht, daß die Kosten zurück-erstattet werden müssen.

Die Baukommission hat sich auf denselben Standpunkt wie der Magistrat gestellt und empfiehlt Ihnen, der Rück-erstattung an den Bauverein zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

15. Änderung des Statutes Nr. 14, betreffend die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Bier.

Stadtv. Dr. Nahlert: Es ist seitens des Stadtmagistrats an die Herren Stadtverordneten das Ersuchen gerichtet, daß Statut Nr. 14 der Stadt Braunschweig abzuändern und dadurch den reichsgesetzlichen Vorschriften, die zum Teil mildere Bestimmungen enthalten, anzupassen. Dies hat bis 1. Oktober 1915 zu geschehen. Bisher betrug in Braunschweig die Steuer für solche Biere, bei welchen nachweislich mehr als 3 hl von 50 kg Braumalz erbraut waren, 40 Pfg. für das Hektoliter. Das Reichsgesetz verlangt nun, daß Bier, welches bis $1\frac{1}{4}$ v. H. Alkohol enthält, nur noch mit höchstens 30 Pfg. Steuer belegt wird. Zu diesem Bier gehört das leichtere Bier (Malzbier, Süßbier, Weißbier usw.), und es erscheint vollkommen berechtigt, daß dieses nur mit 30 Pfg. Steuer belegt wird. Andererseits würde für unser Lagerbier nach unserem Statut eine Besteuerung von 65 Pfg., wie es auch das Reichsgesetz zuläßt, erhoben. Der Magistrat schlägt nun vor, den dritten Absatz des § 1 des Statutes Nr. 14 dahin zu ändern, daß es in Zukunft heißt: „Die Steuer ermäßigt sich für Biere mit einem Alkoholgehalt von höchstens $1\frac{1}{4}$ v. H. der Menge auf 30 Pfg. für ein Hektoliter.“

Sodann empfiehlt der Magistrat, den Brauereien ein weiteres Entgegenkommen in der Weise zu zeigen, daß die Besteuerung der Biere in der Weise gehandhabt wird, daß sie sowohl nach dem Braumalzgehalt als nach dem Alkoholgehalt festgesetzt werden kann, je nachdem dies zugunsten der Brauerei ist, so daß für besonders alkoholarme Biere 30 Pfg., für alkoholstärkere, aber an Braumalzgehalt schwache Biere 40 Pfg., für die übrigen 65 Pfg. auf ein Hektoliter an Steuer zu zahlen sind.

Ich glaube, wir können den Brauereien den kleinen Vorteil wohl gönnen, denn sie leiden sehr unter den augenblicklichen Kriegsverhältnissen. Die Produktionen sind bedeutend beschnitten und große Schwierigkeiten in den wirtschaftlichen Betrieben entstanden. Das Lagerbier, hell und dunkel, das hier am meisten zur Herstellung und zum Verkauf kommt, hat ungefähr 4 Prozent Alkohol. Dieses würde nach dem Alkoholgehalt mit einer Steuer von 65 Pfg. heranzuziehen sein; dahingegen werden bei diesen Bieren aus 50 kg Braumalz stets nur 3 hl Bier gezogen, so daß nach diesem Maße die Steuer 40 Pfg. betragen könnte. — Die Statutenkommission ist der Ansicht gewesen, den Herren Stadtverordneten die Annahme dieser für die Brauereien günstigen Änderung empfehlen zu sollen.

Ferner schlägt der Magistrat vor, wenn das Statut bis zum 1. Oktober d. J. seitens des Herzoglichen Staatsministeriums nicht zurückgegeben werden könnte, die Erleichterung für die Brauereien dennoch bereits vom 1. Oktober an eintreten zu lassen, und zwar in der Weise, daß auf Antrag den Beteiligten für das vom

1. Oktober d. J. ab steuerpflichtig werdende Bier Ermäßigungen der Steuer in einer Höhe gewährt werden, die dem neuen Statut entsprechen. Auch dem stimmt die Statutenkommission zu.

Es wurde sodann noch in der Kommissionsitzung der Antrag gestellt, die Biersteuer gänzlich fallen zu lassen. Dieser Antrag ist indessen abgelehnt worden.

Stadtv. **Wesemeier:** Schon in der Kommission habe ich den Antrag vertreten, daß die städtische Biersteuer gänzlich aufgehoben werden solle. Gegen den Antrag des Magistrats bin ich schon deswegen nicht, weil er eine Herabminderung der Biersteuer mit sich bringt, wünsche aber in erster Linie, daß meinem Antrage zugestimmt würde, den ich dahin formuliere:

„Das Biersteuerstatut wird mit dem 1. Oktober 1915 außer Kraft gesetzt.“

Dies zu beschließen, ist heute Gelegenheit, wo wir das Biersteuerstatut beraten. Ich erinnere daran, welche Entrüstung dieses Statut seinerzeit hervorgerufen hat, und erinnere ferner daran, daß einzelne Stadtverordnete wegen Einführung dieses Statutes ihr Mandat verloren haben — Herren, die heute noch unter uns sind, da sie von anderen Klassen gewählt wurden. Die Biersteuer ist eine indirekte Steuer und müßte schon deshalb von jedem bekämpft werden, weil sie zum größten Teil aufgebracht wird von der minderbemittelten Bevölkerung. Es werden den städtischen Klassen auf indirektem Wege Mittel aus den Taschen der am wenigsten bemittelten Bevölkerungsschichten zugeführt, und dies schon ist ein hinreichender Grund, diese indirekte Steuer wieder zu beseitigen. Es wird gesagt: Wenn man diese Steuer aufhöbe, so würde damit nur den Brauereien ein Geschenk gemacht. Dieser Grund verfängt bei mir nicht. Auch wenn zeitweise die Brauereien einen Vorteil davon hätten, so würde uns doch dadurch eine Macht in die Hand gegeben werden bei späteren Kämpfen mit dem Brauereigewerbe, die für die Bevölkerung nicht ausbleiben werden, eine Waffe, mit der wir wirksam im Interesse der Bevölkerung vorgehen können. Das Bier unserer Brauereien ist heute miserabel, das Malzbier ist noch besser als das Lagerbier. Schlecht und teuer ist das Bier, und der Wirt leidet nicht wenig unter dieser Teuerung, so daß ich glaube, er ist heute wohl mit der gedrückteste Stand, der, wenn ihm nicht die Militärverwaltung zu Hilfe gekommen wäre, zum größten Teil zugrunde gegangen wäre. Abgesehen davon müssen wir, wie ich glaube, zu der Ansicht gekommen sein, daß die indirekte Besteuerung von der Gemeinde unter allen Umständen abgeschafft oder vermieden werden sollte, schon aus dem Grunde, weil die Gemeinde nicht Mittel für die Allgemeinheit von den Ärmern herausziehen soll. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Stadtrat von Franckenberg: Meine Herren, Sie gestatten mir wohl zunächst eine allgemeine Bemerkung über die Bedeutung der Magistratsvorlage. Es ist Ihnen allen bekannt, daß die Reichsgesetzgebung an sich stärker ist als unsere statutarischen Vorschriften, daß also nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen vom 1. Oktober d. J. ab eine Ermäßigung der Biersteuer in gewissen Grenzen auch dann eintreten würde, wenn etwa zwischen dem Stadtmagistrat und der Stadtverordnetenversammlung eine Einigung über den heute vorliegenden Statutenentwurf nicht zustande kommen sollte. Die Magistratsvorlage bezweckt, auch nach außen hin vollständige Klarheit für die Beteiligten zu schaffen, damit sie schon durch Einblick in das Statut allein, ohne das Gesetz zu Hilfe zu nehmen, übersehen können, wie es in Braunschweig mit der Biersteuer bestellt ist. Wir haben uns gesagt: Nachdem jetzt die Reichsgesetzgebung neue Wege betreten hat, nämlich in bezug auf die Ermäßigung der Biersteuer es grundsätzlich auf den Alkoholgehalt ankommen zu lassen und alkoholschwache Biere besonders glimpflich mit nur 30 Pfg. zu bedenken, wollen wir gleichwohl festhalten an unserem früheren Zugeständnis für diejenigen Brauereien, die nicht besonders alkoholschwaches, aber an Braumalz ärmeres Bier erbraut haben, und ihnen nach wie vor die niedrige Steuer von 40 Pfg. gönnen, wie wir sie im Laufe der letzten Jahre bei dem Bier in der Stadt Braunschweig — dem leider der Herr Vorredner eine so ungünstige Zensur erteilen zu müssen glaubte — schon geregelt haben. Wir haben regelmäßig in Braunschweig nicht ganz 70 000 *M* aus der Biersteuer vereinnahmt; davon sind 52 000 *M* für das an Braumalz schwächere Bier — für das nur 40 Pfg. für das Hektoliter gezahlt zu werden braucht — entrichtet worden, und der übrige Betrag von 17—18 000 *M* ist teils für das an Braumalz stärkere Bier, teils für das alkoholschwächere Bier (Süßbier, Malzbier) aufgebracht worden, dem die Reichsgesetzgebung jetzt bekanntlich entgegenkommen will. Nun scheint es mir ein ganz richtiger Gedanke zu sein, auch in diesem Falle nach der Leistungsfähigkeit zu gehen, und zwar nach dem, was das Bier für die Ansprüche des Biertrinkers leistet. Wer besonders starke Leistungen verlangt, mag Bier von 65 Pfg. Steuer trinken; wer zufrieden ist mit dem braumalzschwächeren, aber immerhin alkoholfarken Bier, mag 40 Pfg. bezahlen, aber derjenige, der mit Süßbier sich begnügt, mit 30 Pfg. davonkommen.

Nun sagt der Herr Vorredner, es würde ihm entgegengehalten werden, daß die Beseitigung der Biersteuer ein Geschenk an die Brauereien oder, wie ich gesagt habe, eine Liebesgabe an diese bedeute. Ein einfaches Rechenexempel beweist, wie der Biertrinker höchstwahrscheinlich am allerwenigsten Nutzen von einer derartigen Aufhebung der Steuer haben würde. Wie Sie hören, wird für das meiste Braunschweiger Bier eine Steuer von 40 Pfg. für das Hektoliter bezahlt. Es entfällt also auf das Liter 0,4 Pfg., auf das halbe Liter 0,2 Pfg., und auf das sehr ge-

bräuchliche Maß von einem Viertelliter würde 0,1 Pfg. kommen. Ich möchte sehen, auf welche verschmigte Weise der Gastwirt es fertigbringen wollte, dieses eine Zehntel oder auch zwei zehntel Pfennig seinem Gaste zugute kommen zu lassen. Die völlige Aufhebung der Steuer würde ein Zugeständnis entweder an die Brauereien oder an die Wirte sein. Nun ist aber die städtische Finanzlage so, daß wir nicht darauf aus sein müssen, wie wir uns der bisherigen Steuerquellen entledigen, sondern daß wir eher in die Lage kämen, Umschau nach neuen Einnahmequellen zu halten. Ich glaube, auf die Einnahme von 70 000 *M* zu verzichten, ist jetzt nicht die Zeit.

Stadtv. Wesemeier: Der Einwand, daß rechnerisch bei der Besteuerung des Bieres auf das Liter nur 0,4 Pfg., auf das halbe Liter nur 0,2 Pfg. und auf das Viertelliter nur 0,1 Pfg. entfallen, schreckt mich nicht. Es ist zwar richtig, wenn der Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, daß die Wirte die Preise nicht heruntersetzen werden. Aber ich erinnere daran, daß regelmäßig bei Einführung solcher indirekten Steuern von den Verkäufern die Bruchpfennige nach oben hinauf voll gerechnet werden. Nur die Verteuerung um 0,1, 0,2 oder 0,4 Pfg. ergab sich bei der Einführung der Biersteuer, und doch hat man es fertigbringen können, das Bier um einen vollen Pfennig teurer zu verkaufen oder eine Herabsetzung der Maße herbeizuführen. Warum sollte es nicht möglich sein, den Bierpreis wieder herabzusetzen um dasselbe Maß, um welches er vorher erhöht worden ist, wenn ich auch nicht darauf rechne, daß diese Herabsetzung folgen wird. Durch das Reichsgesetz wird sowieso eine Herabsetzung der Steuer herbeigeführt, es ist ein Zwang, daß man den Brauereien eine Liebesgabe zuwendet. Selbstverständlich freue ich mich dieses Zwangs, aber ich meine, dann könnten wir auch den Schritt vollständig machen, der Kage den Schwanz ganz und gar mit einem Mal abhacken und die städtische Biersteuer vollständig beseitigen. Ich verkenne auch nicht die Schwierigkeit, die dadurch für die Stadt entstehen wird, daß der Ausfall einer solchen Einnahme für die Stadt von unangenehmer Bedeutung sein kann. Wir müssen dann selbstverständlich Ersatz schaffen. In der Etatsberatung wurde gesagt: Wir kommen aus, ohne die Steuern zu erhöhen. Kommen wir ohne die Biersteuer nicht aus, dann muß eben die Einkommensteuer, die gerechteste Steuer, so hoch genommen werden, wie es nötig ist, aber nicht aus den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung darf der Etat gefüllt werden. Ich glaube, das ist ein ge-
rechter Standpunkt.

Stadtv. Loeschigt: Ich möchte eine Äußerung von Herrn Wesemeier nicht unwidersprochen lassen. Es entschlüpfte ihm das Wort, daß unser Bier nicht gut wäre. Ich glaube, wir alle wissen, daß unsere Biere in Braunschweig gut sind. Sie

können sich mit den Bieren aus jeder Stadt messen, selbst mit den Münchenern, denn München hat ebenso ein leichtes Schankbier, wie wir hier auch ein solches haben. Ich möchte unsere hervorragende Brauindustrie nicht herabgesetzt wissen. Es mag einer Geschmack haben für dieses Bier und ein anderer für anderes; daß wir aber bei den schweren Zeiten noch so gutes Bier in Braunschweig haben, ist ein Wunder. Ich bin damals gegen die Biersteuer aufgetreten, denn ich habe mir gesagt: Wenn ein Gewerbe, das so schon hohe Steuern bezahlen muß, noch extra besteuert werden soll, dann bin ich dagegen. Es wird auch heute hier anerkannt, daß die Brauereien Not leiden. Wenn man sieht, in welche Verfassung sie gekommen sind, was sie ausgeben müssen für Malz und für ihren Betrieb, dann muß man sich wundern, daß sie überhaupt noch so billig verkaufen. Und wenn ich anerkenne, daß ein Gewerbe durch den Krieg so sehr leidet, dann bin ich auch dafür, daß ihm entgegengekommen wird.

Der weitergehende Antrag Stegmann kommt zuerst zur Abstimmung, es melden sich nach der Zählung des Vorsitzenden 10 Stadtverordnete dafür. Da die Abstimmung bezweifelt wird, wird die Abstimmung wiederholt. Es melden sich 12 von 25 Stadtverordneten. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Magistratsantrag auf Änderung des Statutes wird angenommen, ebenso der Vorschlag des Magistrats wegen der Ermäßigung der Steuer, falls die ministerielle Genehmigung erst nach dem 1. Oktober eintrifft.

16. Zeichnung der Kriegsanleihe durch die städtischen Lehrer und Beamten betr.

Stadtv. **Munte:** Meine Herren, Sie werden sich erinnern, daß wir am 18. März, als es sich um die Zeichnung der zweiten Kriegsanleihe handelte, den städtischen Beamten dadurch zu Hilfe gekommen sind, daß wir beschlossen haben, der Magistrat sollte die gesamte Zeichnung der Beamten auslegen, und den Beamten sollte innerhalb zehn Monaten in Raten die Summe von ihren Gehaltsbezügen abgezogen werden, die sie gezeichnet hatten. Für das verauslagte Geld sollten die Beamten 4 Prozent Zinsen bezahlen. Nun hat Herr Stadtschulrat Nehfuh dem Magistrat auch die Bitte der Lehrerschaft unterbreitet, ihr bei der neuen Kriegsanleihe dieselbe Vergünstigung zuteil werden zu lassen. Die Lehrer sind damals ausgefallen, weil sie nicht früh genug von dem Entgegenkommen des Magistrats Kenntnis erhalten hatten. Wir haben uns gestern in der Finanzkommission über den Antrag unterhalten und sind uns dahin schlüssig geworden, daß es wohl der Gerechtigkeit entspräche, wenn wir dem Wunsche nachkämen. Es wird also seitens der Finanzkommission empfohlen, der Bitte stattzugeben mit der Beschränkung, daß kein einzelner eine höhere Zeichnung als 1000 M machen dürfe.

Es hat sich bei der Zeichnung durch die Beamten herausgestellt, daß im Durchschnitt auf jeden einzelnen ein Betrag von 300—400 *M* entfallen könnte."

Diesem Antrage der Lehrer haben sich inzwischen diejenigen Magistratsbeamten angeschlossen, die sich das vorige Mal nicht beteiligt haben, oder die sich auch diesmal wieder beteiligen möchten. Es handelt sich da nur um den für die Stadt geringen Betrag von etwa 6000 *M*. Soweit sich die Herren zum zweitenmal wieder beteiligen werden, soll gestattet werden, mit ihren zehn monatlichen Abzügen erst am 1. März 1916 zu beginnen.

Die Finanzkommission schlägt vor, auch bei dieser Kriegsanleihe wieder so zu verfahren, wie bei der früheren.

Die Versammlung ist mit Gewährung des Vorschusses einverstanden.

17. Dringlichkeitsantrag Stegmann, betreffend Änderung im städtischen Fleischwarenverkauf.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 189.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Als vor längerer Zeit der Bundesratsbeschluß bekannt wurde, daß alle Gemeinden mit über 5000 Einwohnern sich mit Dauerwaren versehen sollten, wurde dies allgemein freudig begrüßt. Leider ist nachher eine große Enttäuschung eingetreten, weil viele derjenigen, die es am nötigsten haben, nichts von dieser Wohlfahrtseinrichtung, wenn ich sie so nennen soll, haben. Einestheils sind die Preise auch jetzt noch ziemlich hoch, wenn sie allerdings auch wesentlich niedriger sind als in den Schlachterläden. Aber in Anbetracht dessen, daß alles so teuer ist, sind die ärmeren Volksschichten kaum in der Lage, sich von diesen aufgestapelten Fleischvorräten zu kaufen. Zweitens kommt in Betracht, daß die ganze Organisation dieses Verkaufs einfach alles zu wünschen übrigläßt. Wer es sich angesehen hat, wird mit mir sagen: Es ist haarsträubend, wie da verfahren wird.

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Redner, mäßige Ausdrücke zu gebrauchen.

Stadtv. **Stegmann** (fortfahrend): Man konnte das schon beobachten, als noch Schmalz vorhanden war. Das sollte etwas für die ärmsten Volksschichten sein, die sich nur Margarine kaufen können, und für die Schmalz etwas Besseres war. Sie konnten vielfach Schmalz überhaupt nicht bekommen. Selbst diejenigen, die nach dem Verkauf hingehen konnten, mußten hören, daß nach kurzer Zeit das Schmalz verkauft war, oder sie kamen in fürchterliches Gedränge. In jetziger Kriegszeit sind viele der Frauen in Fabriken und sonstigen Berufen be-

schäftigt, so daß sie keine Gelegenheit haben, nach dem Verkauf zu gehen. Ich weiß, daß z. B. Spinnerarbeiterinnen mehrmals zu dem Verkaufsstande hingegangen sind, eine Zeitlang gestanden haben und unverrichteter Sache wieder abziehen mußten, weil das Schmalz inzwischen ausverkauft war. So ist es auch vielen gegangen, die Kinder hingeschickt haben. Ähnlich ist es mit dem Verkauf von Wurst und Fleisch. Viele, die sich nur mit Mühe die nötige Zeit abringen können, haben 2—3 Stunden stehen müssen und schließlich doch nichts bekommen. Am vorigen Sonnabend zum Beispiel ist die Markthalle bereits von 6 Uhr morgens ab von Käufern belagert worden, so daß die Leute drei Stunden lang im fürchterlichsten Gedränge gestanden haben und einige nahe daran gewesen sind, ohnmächtig zu werden. Sodann ist der Mißstand vorhanden, daß die Leute, die lange gestanden hatten, wenn sie endlich an die Reihe kamen und z. B. Leberwurst verlangten, diese nicht mehr bekommen konnten, weil keine mehr vorhanden gewesen ist. Dann gab's wieder einen Kampf, um aus dem Gedränge herauszukommen. Es ist zwar ein Mann angestellt, der auf Ordnung sehen soll, aber das genügt nicht. Wenn es so hergeht wie am vorigen Sonnabend, dann ist es unerhört. Da hat nur der Aussicht auf Erfolg, der kräftig ist und starke Muskeln hat, die anderen gehen ohne Waren wieder nach Hause.

Dann sind noch andere Übelstände vorhanden. Wie mir versichert worden ist, sollen auch eine Anzahl Leute vom Lande hereinkommen und an dem Kauf der städtischen Dauerwaren teilnehmen. Weiter ist es vorgekommen, daß, nachdem die Halle geöffnet worden war, die Leute, die hereinkamen, schon den Stand voller Menschen vorgefunden haben. Es waren die Händler, die in der Markthalle vertreten waren, die das Vorrecht bekommen hatten, zuerst zu kaufen. Die anderen mochten warten und womöglich nichts bekommen. Dann ist wiederholt bemerkt worden, daß zwei oder drei Personen aus derselben Familie — das Dienstmädchen, der Herr selbst und die Tochter — nacheinander Fleischwaren geholt haben. Sie können ja an jedem Tage kommen und es in der Woche mehrmals so machen. Ferner möchte ich noch bemerken, daß der Verkauf selbst viel zu langsam vonstatten geht; bei einem tüchtigen Geschäftsmann geht das flotter. Ein weiterer Übelstand, der sich nicht speziell auf die Markthalle bezieht, sondern auf das Verkaufslokal der Frau Suckopp auf der Sonnenstraße, ist der, daß wiederholt Leute abgewiesen wurden mit dem Bemerkten, es sei nichts mehr vorhanden, und daß dann beobachtet worden ist, daß andere noch Waren bekommen haben. Das dürfte nicht vorkommen.

Diese Zustände haben teilweise Empörung hervorgerufen, und sie bedürfen dringend der Abhilfe. Ich bin der Ansicht, daß unbedingt noch mehrere Verkaufsstellen eingerichtet werden müssen, wenn irgend möglich noch ein zweiter Stand in der Markthalle selbst, denn der größte Zug geht dahin. Dann müßten aller-

mindestens in den vier Stadtbezirken solche Verkaufsstände aufgetan werden. Das ist jetzt wohl möglich, weil man eine ganze Anzahl Fleischerläden für diesen Zweck verwenden kann. Wenn in der Markthalle zwei Stände eingerichtet würden, so würde der Übelstand des langen Stehens und des Weggehens unverrichteter Sache wegfallen. Die Waren könnten in den beiden Ständen getrennt verkauft werden, in dem einen z. B. Leberwurst und Rotwurst, in dem anderen Pöfelsülze und Fleisch. Der Andrang würde sich verteilen, und die Leute würden nicht unverrichteter Sache wieder weggehen brauchen.

Der zweite Teil meines Antrages geht dahin, das ganze System des Verkaufs, wie es jetzt besteht, zu beseitigen, wonach nur die Kaufkräftigen und diejenigen, die Zeit haben, von dieser Vergünstigung — die eigentlich nicht allen Einwohnern, sondern nur der ärmeren Bevölkerung geboten werden soll — etwas haben. Es muß Ordnung geschaffen werden, und das kann nur geschehen, wenn eine bestimmte Kontrolle geschaffen wird und Berechtigungsscheine ausgegeben werden. Wenn man die Vergünstigung allen Einwohnern zuteil werden lassen will, dann könnte man es einfach so machen, daß man nur gegen Vorzeigung der Brotkartenscheine etwas abgibt. Richtiger wäre es aber, wie ich auch beantragt habe, wenn man, um nicht noch mehr Leute zu dem Verkauf heranzulocken, besondere Berechtigungsscheine oder Karten im Rathause oder an mehreren Stellen ausgäbe. Es müßte festgesetzt werden, daß wöchentlich nur ein bestimmtes Quantum an Fleisch- und Wurstwaren abgeholt werden darf. Wenn beim Verkauf dann mittels Stempel das Datum auf die Karte gedrückt würde, so wäre das eine einfache und gute Kontrolle. Die durch die Kartenausgabe entstehende Arbeit ist nur eine einmalige und die Abstempelung selbst keine wesentliche Belastung beim Verkauf.

In der jetzigen Zeit des Lebensmittelwuchers sollte die Vergünstigung, die von der Stadt geschaffen ist, vor allen Dingen den Ärmern zugute kommen, nicht aber den Besitzenden, die sich ein Stück Fleisch und Wurst in den Schlachterläden kaufen können. Ich meine, man sollte aus dem Grunde eine Grenze setzen, und ich habe beantragt, daß man damit nicht höher gehen sollte als bis zu einem Einkommen von 3000 M (Zuruf). Ich weiß wohl, daß es viele Familien auch mit diesem Einkommen gibt, bei denen jetzt schon Fleisch und Wurst knapp ist. Aber immerhin sind sie noch eher in der Lage, beim Schlachter Einkäufe zu machen, als die, die unter dieser Grenze stehen. Eine Anzahl Angehörige aus den besitzenden Kreisen wird von selbst auf den Einkauf bei den städtischen Stellen verzichten, aber es sind das nicht viele. Es muß ein Zwang ausgeübt werden, so daß sie nichts bekommen können. Der wirtschaftlich Schwächste sollte in diesen Tagen am meisten unterstützt werden; auf diesen Standpunkt sollten sich alle stellen.

Die unhaltbaren Zustände, wie sie hier bestehen, müssen unbedingt beseitigt werden, und das kann bei gutem Willen durch meinen Antrag geschehen, indem mehr Verkaufsstellen eingerichtet werden, die Abgabe an jeden einzelnen kontrolliert und eine Grenze derjenigen festgesetzt wird, die etwas bekommen dürfen.

Daß der Antrag als dringlich zu betrachten ist, ist selbstverständlich. Warten wir noch vier oder fünf Wochen bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung, dann kann es kommen, daß überhaupt nichts mehr von den Waren vorhanden ist. Solange aber noch etwas vorhanden ist, soll man es denen zugute kommen lassen, die bisher aus den verschiedensten Gründen nichts bekommen haben. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Wenn eingewandt werden sollte, daß eine solche Einrichtung nicht möglich wäre, so entgegne ich, daß beispielsweise die Stadt Nordhausen etwas Ähnliches eingerichtet hat. Auch dort sind Berechtigungsscheine ausgegeben, die auf dem Steuerbureau im Rathause abgeholt werden und nicht übertragbar sind. Für Familien bis zu vier Personen wird ein Berechtigungsschein für 1 Pfund Fett oder Dauerware ausgegeben, für Familien über vier Personen ein solcher über zwei Pfund. Ob man mit der Begrenzung so weit gehen soll, weiß ich nicht. Ich bin zufrieden, wenn ausgeführt wird, was mein Antrag sagt. Ich bitte dringend um Ihre Zustimmung.

Vorsitzender: Ich frage, ob der Antrag unterstützt wird. (Geschieht.)

Sodann habe ich zu fragen, ob die Versammlung mit der dringlichen Behandlung des Antrages einverstanden ist. Die Herren, die dafür sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Stadtrat von Franzenberg: Sie haben die Dringlichkeit des Antrages soeben ausgesprochen, und es ist auch durchaus die Notwendigkeit anzuerkennen, daß die Übelstände, die bei dem Verkauf hervorgetreten sind, Abhilfe erheischen. Auch der Stadtmagistrat hat sich heute morgen mit der Sache befaßt, und ich habe mich heute nachmittag mit einer geeigneten Stelle in Verbindung gesetzt, um im östlichen Gebiete der Stadt, in der Gegend der Rußbergstraße, die Einrichtung einer neuen Verkaufsstelle in die Wege zu leiten. Ich hoffe, daß geeignete Vorschläge eingehen. Wir würden nach Einrichtung dieser Verkaufsstelle solche im Westen, in der Mitte und im Osten der Stadt haben. Selbstverständlich kann man das noch erweitern, aber es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß, je größer man die Zahl der Verkaufsstellen macht, um so eher auch die Gefahr eintreten könnte, daß wir mit unserem Vorrat am Ende sind, und diese Gefahr möchte ich nicht vorzeitig heraufbeschwören.

Es liegt, wie uns mitgeteilt ist, noch eine Anfrage vor, die wohl nachher noch zur Erörterung kommen wird, aber es läßt sich bei der Besprechung des Antrages Stegmann nicht anders einrichten, als daß ich jetzt schon auf die Anfrage eingehe, die gern erfahren möchte, wie groß unsere Bestände an Dauerwaren sind. Wenn ich absehe von dem Pöckelfleisch, von dem Speck und Schmalz, das inzwischen schon ausverkauft oder anderweitig verarbeitet ist, so standen an Büchsen-Konservern im ganzen zur Verfügung zwischen 2400 und 2500 Zentner. Davon sind inzwischen 260 Zentner verkauft, so daß wir noch etwa 2100 bis 2200 Zentner zur Verfügung haben. Wenn wir noch eine dritte Verkaufsstelle einrichten und diese ebenso wie die der Frau Sukopp etwas stärker als bisher mit Lebensmitteln bedenken, so verkaufen wir in der Woche ungefähr 100 Zentner, würden also mit dem jetzt noch vorhandenen Bestande etwa 20 oder 22 Wochen reichen, das wäre also bis in den Februar des kommenden Jahres hinein. Ich kann es nicht für wünschenswert halten, daß wir sehr viel früher mit unseren Beständen zu Ende wären, denn die Schaffung von Ersatz würde sehr große Schwierigkeiten machen und sehr große Kosten bereiten. Es liegt doch in der Natur der Sache, daß ein verständiges Haushalten angestrebt wird. Ich glaube, wir können auf die Weise den Verkauf ganz gut fortsetzen, indem wir der Markthalle etwa eine Menge von 80 Zentnern und den beiden anderen Stellen eine solche von je 20 Zentnern in jeder Woche zur Verfügung stellen.

Nun geht der Antrag Stegmann in eine Reihe Einzelheiten hinein. Ich gebe zu, daß sich mit großer Mühe in der Verwaltung derartige Maßregeln verwirklichen ließen, und höre, daß auch in anderen Städten solche Maßnahmen getroffen sind. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß eine ganze Reihe von Familien, deren Steuerveranlagung auf über 3000 *M* gelaftet hat, durch die Einberufung des Familienvaters in eine Notlage gekommen ist, und glaube, daß es möglich sein wird, einen anderen Ausweg zu schaffen. Wenn wir bekanntgeben, daß unser Verkauf für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmt ist, und die Erwartung aussprechen, daß unsere Bevölkerung sich nach dieser Bestimmung richtet, dann wird eine gewisse Selbsterziehung, wie wir sie kräftiger nicht schaffen könnten, an diesen Stellen sich ganz von selber entwickeln. Ich meine, daß es nicht erfreulich sein wird, durch die Ausdrücke, die da fallen werden, Spießruten zu laufen.

Man kann, wenn diese Maßregel nicht versagen sollte, die Sache auch noch weiter steigern. Wir geben mit den Brotkarten, die in diesen Tagen wieder ausgeteilt sind oder ausgeteilt werden, Begleitzettel für die Haushaltungen mit, denen wir die Bemerkung aufdrucken, daß sie sorgfältig aufbewahrt werden sollen. Diese haben schon bei der Ausgabe von Brotzuschlagskarten durch das Gewerkschaftskartell und den Nationalen Arbeitsausschuß eine wichtige Rolle gespielt. Diese

Scheine könnten bei den städtischen Verkaufsstellen vorgezeigt und abgestempelt werden, dann ist einem Mißbrauch des städtischen Verkaufs schon einigermaßen vorgebeugt. Eine solche Maßregel würde keine großen Schwierigkeiten machen und nicht mit Zeitverlust verbunden sein, der bei einer Bekanntmachung, daß Fleischbezugscheine ausgestellt werden sollen, eintreten würde. Was ich eben vorschlage, können wir mit wenigen Federstrichen ins Werk setzen und dann sehen, wie weit wir damit kommen.

Ich möchte mir erlauben, die Entschliebung der geehrten Herren dahin zu lenken, daß Sie den Antrag Stegmann dem Magistrat zur Erwägung überweisen, aber sich nicht in Einzelheiten festlegen. Es geht vielleicht so, wie es Herr Stegmann vorschlägt, es geht vielleicht aber auch anders und einfacher.

Stadtv. Voetschigt: Daß Mißstände bestehen, ist von Herrn Stadtrat von Frankenberg zugegeben, ebenso daß Änderung geschaffen werden müsse. Wenn man die Begründung des Herrn Stegmann hört, so kommt man zu der Überzeugung, daß der Antrag Stegmann voll und ganz berechtigt ist. Wir sind verpflichtet worden, von seiten der Stadt für die minder bemittelte Bevölkerung Fleisch zu kaufen, aber ich habe die feste Überzeugung, daß die Hälfte dieser minderbemittelten Bevölkerung gar nicht die Wohltaten genießt, die man ihr zuführen wollte. Herr Stegmann hat recht: die Ärmsten der Armen arbeiten ziemlich lange am Tage und haben nicht Gelegenheit wie andere, zu dem Verkauf frühzeitig hinzugehen, und diejenigen, die in der Markthalle sitzen, nehmen denjenigen, die gar keine Zeit haben, die ersten Stellen weg, wie Herr Stegmann sagt. Als es hieß, Brotkarten sollten ausgeben werden, da stand man vor einem Rätsel, wie das gemacht werden solle, aber doch hat sich das sehr schön entwickelt. Die Regelung wird auch so gehen, wie es Herr Stadtrat von Frankenberg vorschlägt. Ob aber damit, daß die Scheine bei den Fleischeinkäufen abgestempelt werden, das erreicht wird, was Herr Stadtrat von Frankenberg will, daß unser Vorrat für die unbemittelten Leute länger reicht, das will mir nicht so scheinen, denn nach den Summen, die Herr Stadtrat von Frankenberg genannt hat, wird man nicht weit kommen. Wenn der Verkauf so weiter geht, wie er sich in der Markthalle und bei Frau Sukopp entwickelt hat, dann ist eins, zwei, drei der Vorrat, der für die einzelnen Stellen festgesetzt ist, verschwunden, und wer zuletzt kommt, den beißen die Hunde. Das ist immer so.

Ich halte die von Herrn Stegmann als Grenze vorgeschlagene Summe von 3000 M für viel zu hoch. 2000 M wäre das richtige, wenn wir den Leuten, für die wir es eingekauft haben, die Vorräte zukommen lassen wollen, und wenn Sie, wo die Aussichten auf Versorgung mit Fleisch im Winter so mäßig sind, auf

längere Zeit noch etwas abgeben wollen. Ich möchte Sie bitten, sich diese Herabsetzung zu überlegen. Auch die Maßregel, die Herr Stadtrat von Frankenberg in Aussicht stellt, ist schon viel wert, damit nicht jeder zwei- oder dreimal in der Woche nach dem städtischen Fleischverkauf hinlaufen kann. Sie hindern damit aber nicht, daß jemand, der ein Einkommen von 4000 M hat, Fleisch holt. Es ist jemand zu mir ins Haus gekommen und hat erzählt, daß er Dugende von Malen gesehen hat, wie drei und vier Angehörige derselben Familie nach dem Fleischverkauf gegangen sind, eingekauft haben und nachher den Vorrat in eine Kiepe oder einen Korb gepackt und nach Hause getragen haben. Daß auf diese Weise die städtischen Vorräte ganz gewaltig geschwächt werden, steht fest.

Ich kann im Augenblick nicht sagen, ob es nicht empfehlenswert wäre, daß man nur diejenigen beim städtischen Verkauf bedenkt, die jetzt Brotzuschlagskarten bekommen. Ich höre aus Arbeiterkreisen, daß die Verteilung der Brotzuschlagskarten zur vollen Zufriedenheit der Beteiligten vor sich geht. Mißgriffe kommen da wohl auch vor, aber nur selten. Meine Leute haben mich angehalten und um Vermittlung von weiteren Brotkarten gebeten, wie das auch in großen Fabriken geschehen ist. Ich habe mich an die betreffenden Stellen gewandt, und nun bekommen alle, die es nötig haben, die halbe Brotkarte geliefert. Ähnlich könnten wir das auch hier machen.

Ich bleibe bei meiner Meinung: Die Hälfte der Leute, die eigentlich das städtische Fleisch haben sollten, bekommen es jetzt nicht. Wenn wir eine gewisse Kontrolle ausübten, so würde das sehr gut sein. Aber die Art und Weise überlasse ich dem Magistrat.

Stadtv. **Niese:** Es wird wohl niemand unter uns sein, der den Zustand, wie er bisher durch die Handhabung des Magistrats sich gebildet hat, ideal nennen kann. Ich bin auch am Sonnabend dort gewesen, nachdem meine Frau mir gesagt hatte: Wer auf den Beinen bleiben will, kann nichts aus den Vorräten erhalten. Die unteren Fenstercheiben sind schon entzwei und sind mit zweizölligen Bohlen vernagelt. Ich habe mich, als ich das gesehen habe, gefragt: Will denn der Magistrat nichts lernen, oder kann er nichts lernen? Wenn man schon verschiedene Male derartige Dinge arrangiert hat, dann sollte man besser auf dem laufenden sein. Es ist schon gesagt: Soviel Schlachtergeschäfte sind zugemacht; es sind Frauen genug da, die mit solchen Sachen umzugehen wissen. Ich meine, es hätte müssen der Anregungen aus der Versammlung gar nicht bedürfen; aus eigener Initiative hätte müssen der Magistrat so handeln, daß derartige Klagen nicht hätten vorgebracht werden können. Ich kann den Antrag Stegmann nur unterstützen, denn die Empörung aus der Mitte der Bevölkerung spricht dafür. Man sollte unverzüglich dazu schreiten, Wandel herzustellen.

Stadtv. **Bunge:** Ich habe, seitdem der städtische Fleischverkauf stattfindet, sehr oft Gelegenheit genommen, nicht nur die Sache anzusehen, sondern auch eingegriffen, wo es dringend nötig war, und habe dabei nicht lange Worte gemacht. Zu wiederholten Malen habe ich mit Herrn Stadtrat von Frankenberg und dem Herrn Schlachthofdirektor über die Sache gesprochen. Man hat eine ganze Reihe von Mißständen abgeändert, und es war auch eine gute Regelung in den letzten Wochen im Gange. Aber leider dürfen wir nicht vergessen, daß von seiten des Publikums in starker Weise dort gesündigt worden ist. Ich will damit nicht den Magistrat in Schutz nehmen, aber wir sind alle an den Mißständen mit schuld. Ich habe in voriger Woche ganz energisch eingreifen müssen, habe die Leute sogar anjahnauzen müssen, um sie zur Raison zu bringen.

Außerdem habe ich die Beobachtung gemacht, daß eine ganze Reihe von Herrschaften ihr Mädchen zum städtischen Fleischverkauf schicken. Ist das nötig? Ich sage: Unter keinen Umständen. Dann stellen sich auch noch die gnädigen Frauen selber auf und wollen mit Rücksicht behandelt sein, wie im Schlachterladen. Das kann es natürlich nicht geben. Wenn wir auch noch mehrere Verkaufsstellen einrichten, dann wird der Andrang nicht abnehmen, wenn nicht eine andere Kontrolle stattfindet, auch nicht der Übelstand, daß die Leute aus einer Verkaufsstelle nach der anderen gehen. Am Sonnabend vor acht Tagen habe ich Leute gesehen, die den Zugang und Ausgang versperrten und die nicht aus dem Wege gehen wollten. Schließlich erklärten sie auf Befragen: „Wir wollen uns nur die Geschichte ansehen; wir haben schon bei Sukopp gekauft.“ Die habe ich natürlich auch ganz gehörig auf den Weg gebracht. Die ganze Geschichte läuft darauf hinaus, und das bezweckt der Antrag Stegmann, daß eine Regelung stattfindet in der Weise, daß nicht einzelne Familien mit zwei, drei oder vier Köpfen einmal in der Markthalle stehen und nachher nach der Sonnenstraße gehen und, wenn eine dritte Verkaufsstelle errichtet wird, auch noch dahin. Dem muß ein Kiegel vorgeschoben werden. Dann muß darauf hingewirkt werden, daß diejenigen, die ankommen, nicht einfach darauf losstürzen und andere zur Seite drängen, sondern daß der Verkauf in ordnungsmäßiger Weise vor sich geht. Wenn Karten ausgegeben werden, ist für jeden, der berechtigt ist, auch Ware da. Im großen und ganzen haben die Beamten und Arbeiter, die beim Verkauf mitgewirkt haben, sehr viel zu tun gehabt und sich viel bieten lassen müssen. Das war nicht angebracht, weil sie nicht schuldig waren. Wir selbst waren auch zu einem Teil mitschuldig. Die Sache war neu, jetzt erst haben wir gesehen, in welcher Weise Abhilfe geschaffen werden kann.

Ich möchte den Standpunkt vertreten, daß der Vorschlag, den Herr Stadtrat von Frankenberg gemacht hat, einen Aufruf zu erlassen, daß nur für die minderbemittelte Bevölkerung diese Waren angeschafft seien, nicht genügend ist. Es wird sich niemand daran kehren, und die Herrschaften werden sagen: Wir wollen auch

unseren Anteil an dem Fleischverkauf haben. Deswegen wäre es doch ratsam, wenn in solcher Weise, wie der städtische Obstverkauf vor sich geht, die Sache geregelt wird, indem man sagt: Die Leute können sich melden, bekommen eine Bescheinigung, und dann können sie die Wurst an den Verkaufstagen abholen. Das wäre meines Erachtens die richtige Lösung. Ich meine, es würden dadurch mehr Leute in den Genuß der Waren kommen, und wir würden ebenso lange reichen wie auf die jetzige Weise, weil einige Hamster-Familien sich ein Lager einrichten und andere nichts bekommen.

Der Vorschlag des Herrn Loejchigt, daß die Brotzuschlagskarten als Ausweis für den städtischen Fleischverkauf gelten sollen, kann mir nicht einleuchten. Herr Loejchigt hat bei seinem Vorschlage vergessen, daß für jede einzelne Familie von Grund auf schon ein Teil Brotkarten gesichert ist. Wurst aber hat niemand von diesen Leuten im Hause, und so ist keine Grundlage da, worauf er Zuschlagskarten für Wurst bekommen könnte. Ich glaube, es ist das beste, wenn wir uns dem Antrage Stegmann anschließen und es ähnlich machen, wie Herr Stadtbaurat Gebensleben es geregelt hat. Auf die Weise werden wir am besten zum Ziele kommen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich glaube, es gibt kein größeres Gemeinwesen, in dem diese schwierige Frage glatt und zur Zufriedenheit aller Teile hat gelöst werden können. Der Magistrat hat im Einvernehmen mit Ihnen, vor allen Dingen im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanzausschuß diesen Verkauf in die Wege geleitet, ist immer gern den Anregungen gefolgt, die von Ihnen und dem verstärkten Finanzausschuß kamen und wird auch den heutigen Anregungen zweifellos gern folgen, mögen sie sich nun in das derbe Gewand der Worte des Herrn Riefe oder das etwas freundlichere des Herrn Bunge kleiden. Beide Herren haben mit uns das Beste der Bevölkerung im Auge, und so kommt es nicht auf die Form an, sondern darauf, was sie gemeint haben, und daß sie das Beste meinen, das ist klar.

Nun glaube ich, ich bin in bezug auf den Gebrauch der Brotkarten Scheine nicht richtig verstanden worden. Ich habe das selbstverständlich so gemeint, daß bei jedem Kauf ein Vermerk durch einen Datumstempel auf den Brotkartenschein gesetzt wird, und dann wollte ich einmal sehen, wie es einem ergehen würde, der an der einen Stelle am 11. September gekauft hat, wie der Stempel ausweist, und versuchen würde, unter Vorzeigung des Scheins an der anderen Stelle am selben Verkaufstage oder am Nachmittag desselben Verkaufstages nochmal Einkäufe zu machen. Ich möchte nicht an seiner Stelle sein!

Nun glaube ich aber der Anregung der geehrten Herren entgegenzukommen und dem starken Andrang und der großen Beliebtheit, deren sich die städtischen

Waren erfreuen, einen Kiegel vorzusetzen, wenn ich die Frage an die geehrte Versammlung richte: Wollen Sie an dem Verfahren, nach dem jedesmal v i e r Büchsen abgegeben werden, festhalten? Ist das nicht reichlich? Ist es nicht genügend, wenn wir sagen: Es werden jedesmal nur z w e i Büchsen abgegeben? Ich glaube, daß auch das ausreichen könnte. Ich bin in der Beziehung jeder Belehrung und Anregung gern zugänglich, glaube aber, daß man die Abgabe auf zwei Büchsen beschränken könnte.

Stadtv. Steinbrecher: Der schwierigere Teil des Antrages meines Freundes Stegmann ist jedenfalls der, durch den geregelt werden soll, wie verhindert wird, daß in einer Woche aus einer Familie mehrere Personen oder der einzelne mehrere Male etwas aus den Verkaufsstellen holt. Weniger schwierig ist der andere Teil zu lösen: Wie verhindern wir das kolossale Durcheinander in der Markthalle und an den übrigen Ständen? Ich bin selbst in der Markthalle zu dem Verkauf hingegangen, habe mich mit durchschleifen lassen und habe auch gekauft. Ich habe auch einige Erfahrungen über Einrichtung solcher Sachen von unserer Ausgabe der Brotarten her, wo wir auf der Schloßstraße 5—6000 Personen in drei Stunden vor dem Hause gehabt haben. Ich habe mir klar gemacht, daß es unmöglich ist, eine Masse von 5000 Menschen zu beherrschen, wenn sie nicht von vornherein geordnet werden. Wenn man sie durcheinander stehen und zunächst 500 sich ansammeln läßt, eine halbe Stunde später sind es wieder 500, dann ist die Sache verpfuscht. In der Markthalle ist die Lage so, daß man hineingeht, dann ein Knie machen muß, von dem Mittelgang an den Verkaufsstand herangeht und dann noch ein Knie zu machen hat. Vor den Läden selbst sind zwei Balken gelegt, so daß zwei Personen hineinpassen. Man kommt aber in Reihen zu vieren angetreten an, muß eine Schwenkung machen, und nun passen von den vier Personen nur zwei in den Platz vor dem Laden. Die Leute werden über das Knie hinausgedrängt und vor dem Gange entsteht ein großes Gedränge. Meiner Ansicht nach ist dies nicht praktisch eingerichtet, und die beiden Beamten und Arbeiter sind nicht in der Lage, Ordnung zu halten. Wenn auch der Schutzmann zu den Leuten sagt: „Sie müssen stehen bleiben“, so erreicht er damit nichts. In solchen Sachen ist der Deutsche nur zu regieren, wenn er eine Nummer hat. Um 9 Uhr wird der Fleischverkauf eröffnet, aber schon zwei Stunden vorher stehen Leute dort, um die ersten zu sein. Wenn dann auch schon der Arbeiter vor der Tür stehen würde und in der Lage wäre, Nummern auszugeben, nach denen sich die Leute in Reihen anstellen müßten, dann würde, nachdem der Verkauf eröffnet ist, einfach gesagt werden können: Jetzt kommt Nr. 1—50 an die Reihe! Und wer die betreffende Nummer nicht hat, drängt dann auch nicht. Bei der Brotartenausgabe hat sich dies sehr gut bewährt. Sobald die Leute wissen, daß sie, auch wenn sie bis an den

Verkaufsstand kommen, nichts bekommen, wenn sie nicht die an die Reihe kommende Nummer haben, dann bleibt jeder still und drängt nicht mehr. Allerdings ist hierbei damit zu rechnen, daß die Leute schon zwei Stunden vorher erscheinen, ehe der Verkauf eröffnet wird, und wenn sie wissen, daß Nummern ausgegeben werden, kommen sie wohl noch früher. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß das nur die ersten paar Male vorkommt. Wenn die Leute merken: das hat keinen Zweck, ihr bekommt doch eure Nummer und die Ware, dann kommen sie auch zur festgesetzten Zeit.

Es ist sehr gut, daß Herr Stadtrat von Frankenberg angekündigt hat, daß noch eine andere Verkaufsstelle eingerichtet werden soll, denn für eine zweite Verkaufsstelle paßt die Markthalle nicht; sobald die Leute aber merken, daß Ordnung in den Verkauf kommt, wird der Zulauf größer werden. Jetzt aber gehen Hunderte von Personen weg, die haben kaufen wollen; sie würden aber an die Reihe kommen, wenn alles schön geregelt ist. Ich habe selbst probiert, wie es in dem Gedränge ist. Wenn man erst in der Menge steht, dann ist es beim besten Willen nicht mehr möglich, weder vor noch zurück zu kommen; und das Gejuchze der Frauen ist auch nicht gerade schön. Heute wird es so gemacht: Um 9 Uhr macht der Beamte das Tor auf, springt schnell beiseite, und die Leute fliegen nur so hinein, stolpern und überschlagen sich wohl gar. Und dann geht es wildwest um die Ecke herum, alles auf den Verkaufsstand zu. Das geht doch so nicht weiter. Es muß von vornherein Ordnung geschaffen werden. Entweder man gibt Nummern aus, oder, wenn man das nicht will, dann lasse man die Käufer zu dreien antreten und lasse immer nur eine bestimmte Anzahl Reihen an die Verkaufsräume heran.

Stadtv. **Steincke:** Es ist erfreulich, daß der Magistrat eine gründliche Besserung der Mißstände in Aussicht stellt. Ich möchte noch eins anregen: Ob man vielleicht den Verkehr zwischen Verkäufer und Käufer dadurch erleichtern könnte, daß man einer Anzahl großer Firmen den Verkauf an ihre Beamten und Arbeiter überträgt. Auch da müßte natürlich eine gewisse Kontrolle stattfinden. Die Abgabe könnte auch so geschehen, daß man einer Anzahl von Berufsorganisationen Fleisch und Wurst verkauft und bei entsprechender Kontrolle die Waren absetzen läßt. Dadurch würde der Verkehr bei den Verkaufsstellen wesentlich erleichtert werden. Selbstverständlich könnte das nur durch ein gewisses Übereinkommen der Beteiligten in die Wege geleitet werden. Ich bitte, dabei auch die städtischen und staatlichen kleinen Beamten nicht zu vergessen.

Stadtv. **Frede:** Wir müssen in diesen Sachen alle lernen, und wenn eine so traurige Zeit einmal wiederkommen sollte, was Gott verhüten möge, so wird

vieles besser gemacht werden als diesmal. Die Vorwürfe aus dem Publikum richten sich am meisten — wie schon aus der Debatte hervorgegangen ist — gegen die Drängerei, gegen den Zeitverlust und gegen die Einhamsterei. Darin kann nur Wandel geschaffen werden durch den Ausweis. Ich halte es für am besten, wenn er in der Weise eingerichtet wird, wie es Herr Stadtrat von Frankenberg angedeutet hat. Dieser Ausweis wird auch das Gute haben, daß die vielen Auswärtigen, die zweifellos an dem städtischen Verkaufe teilnehmen, ausgeschaltet werden. Wir haben für unsere eigene Bevölkerung zu sorgen! Wenn der Ausweis vorgeschrieben wird, dann wird auch der Andrang nachlassen, denn es handelt sich ja um keine Theatervorstellung. Es kommt den Leuten nicht darauf an, den Vorrat gerade für den betreffenden Tag zu haben, sie werden sich schon einrichten. Gegen eine Vermehrung der Verkaufsstellen habe ich keine Bedenken. Herr Stadtrat von Frankenberg will ja nur noch eine aufstun, wir könnten aber sehr wohl in jedem Bezirk eine solche haben, denn dadurch wird Zeit gespart und der Andrang gemäßigt. Wenn man das Wohl der minderbemittelten Bevölkerung im Auge hat, muß man auch darauf sehen, daß der Vorteil, den sie durch den billigen Einkauf hat, nicht verlorengeht durch den Verlust an Zeit, der unter den jetzigen Umständen bei dem Einkauf nicht zu vermeiden ist.

Was die Grenze anbelangt, so hat Herr Stegmann 3000 *M*, Herr Loeßhigt 2000 *M* dafür vorgeschlagen. Ich kann mich für eine solche Grenze nicht erwärmen, und zwar deshalb nicht, weil doch ohne weiteres ersichtlich ist, daß eine Familie mit vier, fünf Kindern mit einem Einkommen von 3000 *M* ganz anders dasteht als ein einzelnes Ehepaar oder eine einzelne Frau, die auf derselben Steuerstufe steht. Auch deshalb kann ich mich für diese Grenze nicht erklären, weil sich die Verhältnisse seit der Zeit der Ausschreibung der Steuerzettel so sehr geändert haben. Der Steuerzettel gibt doch die Einschätzung auf Grund der v o r j ä h r i g e n Verhältnisse. Ich erblicke in solcher Abgrenzung keine Gerechtigkeit und sehe überhaupt keine Möglichkeit, eine Grenze aufzurichten zwischen denen, die es nötig haben, und denen, die es nicht nötig haben. Wir müssen da an das Anstandsgefühl der Bevölkerung appellieren. Ebenso wie bei den Brotkarten der Aufruf des Magistrats, solche Karten, die nicht benötigt sind, zurückzusenden, gewirkt hat, so wird, wie ich glaube, auch hier die Aufforderung des Magistrats wirken. Ich glaube, wir können den 35 000 Haushaltungen in der Stadt Braunschweig solche Ausweise anvertrauen und werden befriedigt sein von der Zahl der zurückgeschickten Ausweise. Das wäre angebracht, um einen Überblick zu haben und vielleicht auch, um den Überschuß denen zugute kommen zu lassen, die einen besonderen Mehrbedarf haben.

Von Herrn Stadtrat von Frankenberg war vorhin die Frage aufgeworfen: Wieviel soll wöchentlich auf diesen Ausweis hin abgegeben werden? Es wurde

mitgeteilt, wir hätten 2100 Zentner noch vorrätig. Wenn ich nun annehme, daß von den 35 000 Haushaltungen 20 000 von dieser billigen Einkaufsgelegenheit Gebrauch machen, so kommen auf jeden Haushalt 10 Pfund. Es empfiehlt sich nicht, dem einzelnen Haushalt die 10 Pfund sofort anzuvertrauen, sobald er sie sich beschaffen kann. Eine Abgabe von vier Pfund auf einmal halte ich für zu viel, ein Pfund ist zu wenig, und so würde es sich empfehlen, daß für jedesmal die Ausgabe von zwei Pfund zugebilligt wird.

Gegen den Nummernzwang habe ich Bedenken. Ich glaube auch, daß die Nummern durch den Ausweis, wie er auch von Herrn Stegmann erstrebt wird, unnötig werden.

Stadtv. Munte: Es ist gerade so, als ob Herr Frede meine Gedanken erraten hätte; er hat ungefähr alles das gesagt, was ich auch habe sagen wollen. Ich will deswegen dem Magistrat nicht weiter mit Vorschlägen kommen und nehme an, daß das Bisherige wohl hinreichend gewesen ist. Wenn er das alles erledigt hat, dann werden wir wohl dahin gelangen, daß wir zufrieden sind — allerdings ganz zufrieden, das bezweifle ich. Damit nicht von den umliegenden Dörfern die Fleischkäufer kommen, wäre die Ausweis Karte die günstigste Handhabung. Da Herr Frede meint, es sei nicht nötig, daß die Bemittelten ausgeschaltet werden, wollte ich mir den Vorschlag erlauben, daß bei Neuaußgabe der Brotkarten bei den besser gestellten Familien die Bemerkung hinzugefügt würde: „Keine Fleischberechtigung.“ Aber ich bezweifle, ob dadurch viele Familien zu treffen sind. Wegen der veränderten Verhältnisse kann es vorkommen, daß auch eine Familie, die über 5000 M besteuert wird, noch bedürftig ist, von dem städtischen Fleisch zu kaufen. Daß von den wenigen Hunderten, die nicht bedürftig sind, dennoch viele kaufen, möchte ich bezweifeln. Ich meine, wir kommen am besten zum Ziel, wenn wir den von Herrn Stadtrat von Frankenberg gemachten Vorschlag annehmen, die Brotkarten als Ausweis für den städtischen Verkauf dienen lassen und es dem Magistrat anheimstellen, mit Ernst an diese wichtige Sache heranzutreten. Die Einzelheiten wollen wir ihm überlassen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf, um Mißverständnisse nach außen zu vermeiden, den Ausdruck „Brotkarten“, den Herr Munte gebraucht hat, richtigstellen. Ich habe nicht von den Brotkarten als Ausweis gesprochen, sondern von den Begleitschreiben, die den jedem Haushalt zugestellten Brotkarten für die nächsten sechs Wochen beigegeben sind. Absichtlich hat der Magistrat in einer gewissen Vorahnung auf dieses Begleitschreiben drucken lassen: „Sorgfältig aufzubewahren!“ Wenn der Magistrat den Weg gehen sollte, den ich vorgeschlagen habe, daß die Begleitscheine als Ausweis bei der Abgabe von Fleischwaren dienen, dann wird eine sorgfältige Aufbewahrung für alle Beteiligten sich besonders empfehlen.

Stadtv. Stegmann: Ich freue mich ja, daß Herr Stadtrat von Frankenberg und auch die übrigen Redner die Tendenz des Antrages anerkennen; es konnte das ja auch nicht anders erwartet werden. Es ist auch erfreulich, daß Herr Stadtrat von Frankenberg bereit ist, eine dritte Verkaufsstelle einzurichten, doch glaube ich, daß das nicht genügt, denn der Andrang wird dadurch allein nicht beseitigt werden. Ich möchte auch nicht, daß das von Herrn Steinbrecher Vorgeschlagene eingeführt wird. Es ist allerdings bei Ausgabe der Brotkarten dadurch Ordnung hineingekommen, aber ich möchte, daß der Andrang bei der Fleischausgabe nicht beibehalten wird, sondern daß die Masse der Käufer verteilt und dadurch die Ausgabe vor Nummern überflüssig gemacht wird. Es würde darin schon viel erreicht werden, wenn noch einige Verkaufsstellen eingerichtet werden. Richtig ist, wenn Herr Steinbrecher sagt, daß jener Knick, den die Leute bei ihrem Zugange zu dem Verkaufsstande machen müssen, zu Unzuträglichkeiten führt. Ich möchte nochmals dringend bitten, daß es nicht bei drei Verkaufsstellen belassen würde, sondern daß vier bis sechs eingerichtet werden. Wenn dann noch hinzukommt, daß eine Grenze festgesetzt und bestimmt wird, daß wöchentlich nur einmal Fleischwaren geholt werden dürfen, dann werden die Übelstände wohl gehoben sein.

Was die Grenze von 3000 *M* betrifft, so will ich mich ja nicht darauf versteifen und gebe zu, daß es eine absolute Gerechtigkeit hierin nicht gibt. Wenn man aber als Grenze 2000 *M* setzt, so ist damit auch keine Gerechtigkeit geschaffen. Ich glaubte nur, daß mit einem Einkommen von 3000 *M* wohl diejenigen getroffen würden, die zu den besser Situierten gerechnet werden können.

Was Herr Stadtrat von Frankenberg über einen öffentlichen Aufruf an die besser Gestellten sagt, indem sie aufgefordert werden, auf den Bezug von Fleischwaren aus den städtischen Beständen zu verzichten, halte ich für ganz gut. Ich gebe gern zu, daß wir bezüglich der Brotkarten gute Erfahrungen gemacht haben, manche Familien haben deswegen vielleicht auch gespart. Es gibt aber auch eine ganze Menge, die das nicht tun. Ich glaube nicht an die Anständigkeit sehr vieler in diesen Dingen. Wenn man in jetziger Kriegszeit sieht, wie viele, vom größten bis zum kleinsten Händler herunter, zu räubern suchen, glaube ich nicht an das Anstandsgefühl der großen Menge. Ich glaube, es muß ein Zwang ausgeübt werden.

Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg weiter sagt, durch Errichtung mehrerer neuer Verkaufsstellen würde unser Vorrat früher zu Ende gehen, so erinnere ich daran, daß ich nur e i n m a l in der Woche einen Einkauf gestattet sehen will. Ich bin auch damit einverstanden, daß das für jedesmal zu beziehende Quantum herabgesetzt wird. Bezüglich des Stempels auf die Brotkartenscheine muß ich erklären, daß ich nicht dafür bin, weil bei jeder Brotkartenausgabe neue Scheine ausgegeben werden. Es ist besser, wenn eine bestimmte Karte für den Fleisch-

warenbezug ausgegeben würde. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag Stegmann wird angenommen.

18. Dringlichkeitsantrag Lauer, betreffend Zuschuß zur Bestreitung der Kosten gelegentlich des Besuchs Braunschweigs durch ausländische Journalisten.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 188.

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): Als im vorigen Jahre der Weltkrieg entbrannte, da wurde bald darauf zu unserem Bedauern in Deutschland an allen Stellen konstatiert, daß wider Erwarten im Auslande eine besondere Unkenntnis gegenüber Deutschland und seinen allgemeinen Verhältnissen bestand. Es war das darauf zurückzuführen, daß vor dem Kriege die Regierung nicht Wert genug darauf gelegt hatte, dauernd im Auslande diejenige Propaganda für Deutschland zu machen, die sich doch wohl als zweckmäßig erwiesen hätte. Unsere Feinde waren in der Beziehung in ihrem Interesse rühriger gewesen, und so kam es denn auch, daß man im Auslande wohl die feindlichen Kriegsberichte zu lesen bekam, die deutschen aber leider nicht. Das hat uns ohne Zweifel geschadet. Aber man hat bei uns doch sehr bald den Fehler erkannt und sich bemüht, nach dieser Richtung Wandel zu schaffen. Auf Betreiben des Auswärtigen Amtes in Berlin bereisen z. B. gegenwärtig ausländische Journalisten neutraler Staaten das Deutsche Reich. Die Herren sehen sich die deutschen Verhältnisse an, um später in ihren Organen im Auslande darüber zu berichten. Diese Herren werden am 23., 24. und 25. September auch die Stadt Braunschweig besuchen, um sie einer Besichtigung zu unterziehen, ihre Einrichtungen und Sehenswürdigkeiten kennenzulernen. In richtiger Erkenntnis dieses immerhin bedeutsamen Besuchs hat unser Stadtmagistrat gelegentlich einer kürzlichen Korrespondenz bereits einen Betrag von 200 M bewilligt, der für die Kosten hergegeben werden soll, die durch die Anwesenheit der Journalisten entstehen. Der Magistrat hat damit in dankenswerter Weise das getan, wozu er nach seinen Befugnissen ermächtigt ist, denn es ist richtig, daß er über diesen Betrag hinaus nicht verfügen kann. Nun bin ich aber doch der Ansicht, daß eine derartige Summe bei weitem nicht genügt, wenn anders die Herren eine würdige Begrüßung und Bewirtung auch in der Stadt Braunschweig erfahren sollen. Es ist mir wohl bekannt, daß ein Beschluß des deutschen Stadteftages vorliegt dahingehend, daß Bewirtungen gelegentlich irgend welcher Kongresse an Kongreßmitglieder nicht mehr stattfinden sollen, um einen Wettbewerb der Städte hierin nicht entstehen zu lassen. Aber es steht auch fest, daß die fremden Journalisten schon eine ganze Reihe deutscher Städte besucht haben und trotz

dieses Abkommens des Städtetages doch überaus hervorragend bewirtet worden sind. Es wird z. B. über den Besuch von Kassel folgendes berichtet:

„Die auf einer Studienreise sich befindenden zwanzig Journalisten aus neutralen Staaten, wie Holland, Dänemark, Schweden, Amerika usw. trafen, von Frankfurt a. M. kommend, heute vormittag in Kassel ein und wurden von einer Abordnung der städtischen Behörden, an der Spitze Oberbürgermeister Koch und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Schier, am Bahnhof in Empfang genommen. Unter Führung dieser Herren wurde sodann in zehn Automobilen eine Rundfahrt durch die Stadt unternommen, dabei die bekannte Lokomotiven- und Maschinenfabrik von Henschel u. Sohn besichtigt und sodann um 12 Uhr die Fahrt am neuen Rathause auf eine Stunde unterbrochen, um ein von der Stadt gespendetes Gabelfrühstück mit einem kühlen Trunk aus dem reichen Weinkeller der Stadt einzunehmen. Darauf wurde die Rundfahrt fortgesetzt, die weltberühmte herrliche Gemäldes-Galerie mit den vielen unvergleichlichen Rembrandtschätzen, sowie Drangerieschloß und Marmorbath im Karlsauepark besichtigt und um 3 Uhr ein Ausflug nach Wilhelmshöhe und Herkules durch das Drufelstal unternommen. Mit Genehmigung des Oberhofmarschallamtes in Berlin wurden die Wasserfälle von Wilhelmshöhe ausnahmsweise angelassen. Nachdem man die Wasserfälle besichtigt, wurde dem Schloß zu Wilhelmshöhe, dem Sommeraufenthalt der kaiserlichen Familie, ein Besuch abgestattet. Nach Einnahme einer Erfrischung im Schloßhotel fuhr man zur Stadt zurück, wo um 8 Uhr im Rathausaale zu Ehren der seltenen Gäste ein Festmahl zu 50 Gedecken stattfand. Hieran nahmen als Ehrengäste auch die Vertreter der Kasseler Presse teil. Am Sonntabend reisen die Herren nach Berlin weiter.“

Ich bin der Meinung, daß das, was die Stadt Kassel vermag, die in der ungefähren Größe und Bedeutung wie Braunschweig steht, Braunschweig auch kann. Ich verzichte darauf, Berichte aus anderen größeren Städten anzuführen. Nur aus unserer Nachbarstadt Hannover möchte ich noch erwähnen, daß, als die Journalisten von Herrn Stadtdirektor Tramm begrüßt waren, die Journalisten (ob mit Absicht oder nicht) so geleitet wurden, daß sie plötzlich an dem ganzen militärischen Bestand von Hannover vorübergeführt wurden: das waren 20 000 Soldaten. Die ausländischen Journalisten waren sichtlich wegen der großen Menge überrascht, weil im Auslande immer behauptet wurde, die Deutschen hätten keine Reserven mehr, der letzte deutsche Soldat stehe bereits in der Front.

Mit weiteren Beispielen will ich nicht dienen und möchte nur noch eins ganz besonders erwähnen. Ich weiß, wie schwer auch unsere Stadt Braunschweig unter dem Kriege zu leiden hat, weiß sehr wohl, daß wir derartige Gelder nicht überflüssig zur Verfügung haben, weiß auch sehr wohl, daß wir eine Menge von

anderen Gelegenheiten hätten, solche Gelder an vielleicht eben so wichtiger Stelle recht nützlich, namentlich bei kleinen Leuten, anzuwenden, bin aber doch der Meinung, daß man ein immerhin bedeutames Vorkommnis für Braunschweig — und das ist der Journalistenbesuch — nicht stillschweigend vorübergehen lassen kann, und daß eine solche Begrüßung und allerdings auch eine solche Bewirtung stattfinden müßte, die der Stadt Braunschweig würdig ist. Ich möchte freundlichst bitten, diesem meinem Antrage stattzugeben, damit wir an unserem Teil dazu beitragen, daß die Lügenberichte über uns, wie sie fortwährend zu unserem Nachteil im Auslande verbreitet werden, endlich verstummen.

Der Antrag wird auf Anfrage des Vorsitzenden genügend unterstützt, die sofortige Behandlung angenommen und darauf auch der Antrag selbst von der Mehrheit angenommen.

19. Antrag Diedmann auf sofortige Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, unbeschadet der noch nicht ganz zu Ende beratenen Straßenpolizeiordnung den Maulkorbzwang für Hunde sofort aufzuheben.

Stadtv. **Diedmann** (zur Begründung): Meine Herren, ich will nicht gerade sagen, daß Sie diesen Antrag sehnächtig erwartet haben, aber die Hunde haben tatsächlich seit langer Zeit auf Abschaffung des Maulkorbzwanges gewartet. Seit langen Jahren sind Schritte getan, um diesen unseligen Zwang zu beseitigen, der gar keinen Wert hat, denn der Besitzer des Hundes ist ohnehin für den Schaden haftbar, den sein Hund anrichtet, und so wird jeder, der einen bissigen Hund hat, Sorge tragen, daß der Hund einen Maulkorb trägt. Ich möchte darauf hinweisen, daß wertvolle Hunde durch den lästigen Maulkorbzwang sozusagen ihre Nase verloren haben. Ich kenne verschiedene Hunde, die gut dressiert waren und sehr gut apportierten; jetzt sind sie wegen des Maulkorbzwanges nicht mehr dazu imstande. Man sieht, wie die Hunde zum Teil unter dem Maulkorb leiden, wie sie geradezu damit gequält werden. Ganz davon absehen will ich hier anzuführen, welche Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten man durch die Bestimmung hat, daß die Hunde einen Maulkorb tragen sollen. Man hat doch schließlich mehr zu tun, als immer auf die Hunde zu achten. Die Hunde, für die eine Steuer bezahlt werden muß, haben doch gewissermaßen auch ein Recht, und dieses sollte man ihnen nicht schmälern. Wenn wir so lange warten wollten, bis die Straßenpolizeiordnung durchberaten ist, dann würde noch geraume Zeit bis zu einer Besserung

hingehen. Deshalb glaube ich, im Sinne vieler Hundebesitzer zu sprechen, wenn ich Sie bitte, diesem Antrage stattzugeben.

Der Vorsitzende überweist den genügend unterstützten Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

20. Antrag Wefemeier auf Erhöhung der Unterstützung an die Kriegerfamilien und Arbeitslosen aus Gemeindemitteln.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 189:

Stadtv. **Wefemeier** (zur Begründung): Meine Herren, ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß Sie alle über die hohen Preise, die heute für Lebensmittel gezahlt werden müssen, unterrichtet sind. Ich glaube aber auch annehmen zu müssen, daß Sie nicht unterrichtet sind darüber, wie eine Arbeiterfamilie mit ihrem Einkommen bei diesen hohen Preisen auskommen muß. Es ist allerdings schon, ich kann sagen, in allen Zeitungen darüber geschrieben worden, daß es für die ärmere Bevölkerungsschicht nicht mehr möglich sei, bei den teuren Zeiten sich überhaupt noch so ernähren zu können, wie es dem Körper dienlich ist. Aber man findet auch wieder an Stellen, von denen man es nicht erwarten sollte, die Meinung, daß es den Kriegerfamilien und den Arbeiterfamilien ausgezeichnet geht. Auch in der vorigen Stadtverordnetenversammlung haben wir gehört, daß mit einer bestimmten Summe sehr gut auszukommen sei. Für den, der klar in der Sache sieht und weiß, daß mit einem bestimmten Minimum ein bestimmtes Quantum Lebensmittel in bestimmter Qualität beschafft werden muß, der weiß auch, daß es von vornherein den meisten Kriegerfamilien und den Arbeiterfamilien, soweit sie in Beschäftigung sind, einfach unmöglich ist, ihrem Körper den Ersatz an Kraft zuzuführen, den sie bei ihrer Arbeit verausgaben, oder der ihnen sonst verlorengeht. Ich habe eine Reihe von Wochenbudgets von Kriegerfamilien und auch von Arbeiterfrauen aus der Stadt Braunschweig hier, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, weil dies das allerbeste Bild gibt zu einem Vergleich zwischen Einnahme und Ausgabe.

Ich nehme zunächst die Wochenausgabe der Kriegerfrau I. Sie hat drei Kinder im Alter von 9, 11 und 13 Jahren. Sie erhält eine monatliche Staatsunterstützung von 45 *M.*, vom Nationalen Frauendienst 10,14 *M.*, einen Mietzuschuß von 6,60 *M.*, hat also monatlich eine Einnahme von 61,74 *M.* Die Ausgabe dieser Familie von vier Personen beträgt wöchentlich 25,05 *M.* In dieser Ausgabe ist kein Stückchen Butter, keine Wurst, kein Fleisch enthalten; nur Knochen und Abfallfleisch mit wöchentlich 60 Pfg. kommen zur Anrechnung, kein Käse, kein Speck wird gekauft. Ich wundere mich nicht, daß Sie sagen „Dho“, das beweist

nur, daß ich mit meiner Behauptung im Anfang meiner Rede recht gehabt habe. Kein Fisch, keine Eier sind in der Ausgabe enthalten, nur $3\frac{1}{2}$ Pfund Margarine. Ich werde den Wochenzettel der Ausgabe vorlesen, und dann mögen Sie sich denken, wie der Frau zumute sein mag. Die Familie gebraucht: 4 Brote = 2,80 *M*, $3\frac{1}{2}$ Pfund Margarine à 1,30 *M* = 4,50 *M*, 1 Pfund Malz à 50 = 0,50 *M*, 40 Pfund Kartoffeln à 6 Pf. = 2,40 *M*, $\frac{1}{2}$ Pfund Zucker = 0,15 *M*, 1 Pfund Seife = 0,40 *M*, $\frac{1}{2}$ Pfund Schmierseife = 0,25 *M*, Öl = 0,25 *M*, Essig = 0,05 *M* Knochen oder Abfall = 0,60 *M*, Zwiebeln = 0,15 *M*, Schuhsohlen = 3,00 *M*, Bohnen = 0,60 *M*, Miete: Monat 25 *M* = 6,25 *M*, Erbsen = 0,35 *M*, Grude, an Kleidungsstücken = 0,75 *M*, Reis = 0,60 *M*, Kartoffelmehl = 0,20 *M*, Salz = 0,10 *M*, Petroleum = 0,50 *M*, Strumpfwolle = 0,65 *M*, zusammen 25,05 *M*. Das ist der Etat der Frau für die Woche. Sie werden bemerkt haben, daß an notwendigen Lebensmitteln noch eine ganze Menge fehlt, denn in dieser Aufstellung ist eine ganze Reihe von Gegenständen für den Hausbedarf und für die Küche nicht enthalten. Es ergibt sich darnach eine monatliche Einnahme von 61,74 *M* und eine Gesamtausgabe von 111,90 *M*. Wie es möglich ist, daß die Frau auskommt, weiß ich nicht; es werden wohl die Kinder oder die Frau etwas Verdienst durch Arbeit haben.

Als zweites Beispiel führe ich an eine andere Kriegerfrau, deren Mann von Anfang an im Felde steht. Sie hat zwei Kinder im Alter von 5 und $1\frac{1}{2}$ Jahren und erhält an staatlicher Unterstützung monatlich 36 *M*, von der Fabrik 40 *M*, das sind 76 *M*. Die wöchentliche Ausgabe beträgt 18,63 *M*, und zwar stellt sie sich, wie folgt, zusammen: 2 Stück Butter 2,20 *M* (die Frau leistet sich noch den Luxus an Butter, wenigstens wird das von vielen so bezeichnet werden!), 1 Pfund Margarine 1,30 *M*, 2 Pfund Zucker 0,54 *M*, $\frac{1}{2}$ Pfund Erbsen 0,28 *M*, 1 Pfund Reis 0,66 *M*, $\frac{1}{2}$ Pfund Malzkaffee 0,24 *M*, $\frac{1}{2}$ Pfund Kakao 1,20 *M*, 10 Pfund Kartoffeln 0,70 *M*, $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch 1,00 *M*, Wurst zu teuer —, 2 Bröte 1,50 *M*, 7 Liter Milch 1,68 *M*, Gemüse 0,30 *M*, Grudefoks 0,35 *M*; Wäsche 1,18 *M*, Schuhsohlen 2,00 *M*, Miete 3,50 *M*. Trotzdem kommt die Frau auf eine wöchentliche Ausgabe von 18,63 *M*. Sie schreibt dazu: „Weil man nun aber noch mehrere Kleinigkeiten haben muß, die man nicht jede Woche verbraucht, so möchte ich dieselben nur bemerken: Öl, Essig, Zwiebeln, Gewürze, Pfeffer, Salz, Mehl, Soda, Putzporzellan, Licht. Nun fehlt zum Winter Feuerung und warme Bekleidung.“

Der Haushalt III betrifft eine Kriegerfrau mit sechs Kindern im Alter von 11 bis $1\frac{1}{2}$ Jahren. Sie erhält an staatlicher Unterstützung 72 *M*, vom Nationalen Frauendienst 19,10 *M*, in Summa 91,10 *M*. Die Summe klingt hoch, aber hören Sie, was die Frau verausgabt! Sie gebraucht in der Woche: $6\frac{1}{2}$ Brot 4,58 *M*, 35 Pfund Kartoffeln 2,10 *M*, 3 Pfund Margarine 2,10 *M*, 2 Pfund

Zucker 0,50 *M*, 1 Pfund Salz 0,12 *M*, $\frac{1}{4}$ Pfund Kaffeemehl 0,25 *M*, 7 Liter Milch 1,68 *M*, Gemüse 1,05 *M*, Feuerung 1,00 *M*, Miete 3,20 *M*, Seife 0,80 *M*, Stiefel 3,50 *M*, sonstige Ausgaben 2,00 *M*, in Summa 22,88 *M*. Dabei hat sie keine Wurst, keinen Speck, keine Butter, keinen Käse, kein Ei, überhaupt nichts an kräftigen Lebensmitteln.

Der vierte Fall betrifft eine Kriegerfrau mit einem Kinde unter 7 Jahren. Die staatliche Unterstützung beträgt 27 *M*, die vom Nationalen Frauendienst 18,20 *M*, in Summa monatlich 45,20 *M*. Die Ausgabe beträgt 17,73 *M* wöchentlich, das macht im Monat 75,90 *M*, und doch kauft sie keinen Speck, Butter, Wurst, Käse, nur für 40 Pfg. Knochen: den Luxus kann sich die Frau noch leisten! Nun hören Sie auch diesen Wochenzettel, und Sie werden finden, daß nichts zu hoch gerechnet ist: 2 Brote à 75 Pfg. = 1,50 *M*, Kartoffeln 20 Pfund à 5,5 Pfg. = 1,10 *M*, Gemüse 1,00 *M*, Margarine $\frac{1}{2}$ Pfund 0,75 *M*, Marmelade 1 Pfund 0,50 *M*, Schmalz $\frac{1}{2}$ Pfund 0,80 *M*, Milch, $3\frac{1}{2}$ Liter à 12 Pfg. = 0,84 *M*, Mehl 1 Pfund 0,24 *M*, Zucker 1 Pfund 0,30 *M*, Hülsenfrüchte 0,70 *M*, Feuerung 1,00 *M*, Schuhfrem 0,10 *M*, Miete 3,00 *M*, Wäsche 0,60 *M*, kleine Ausgaben 0,60 *M*, für Schuster Ausgaben 1,00 *M*, für Knochen 0,40 *M*, zusammen 17,73 *M*. Die Frau schreibt dazu „Und arbeiten kann ich noch nicht, weil ich eine Operation an Blinddarm und Bauchfell gehabt habe, darum muß ich etwas verdienen mit Stricken.“ Ich habe die Frau selbst gesehen, sie hat dringend kräftige Nahrung nötig und kann sie sich nicht leisten.

Der fünfte Fall betrifft eine Kriegerfrau mit zwei Kindern im Alter von $3\frac{1}{2}$ und $11\frac{1}{2}$ Jahren. Ihre Einnahme vom Staat beträgt 36 *M*. Die Frau hat einen richtigen Speisezettel für jeden Tag der Woche aufgesetzt, und es wird den Herren interessant sein, ihn zur Kenntnis zu nehmen:

Sonntag. Morgens Malzkaffee und Butterbrot. — Mittags Mohrrüben, 10 Mohrrüben, 10 Knochen 25 Pfg., Kartoffeln 5 Pfund = 45 Pfg. — Abends aufgewärmten Kaffee und Butterbrot.

Montag. Morgens Kaffee und Butterbrot. — Mittags aufgewärmte Mohrrüben von Sonntagmittag. — Abends aufgewärmten Kaffee, Marmeladenbrot.

Dienstag. Morgens Kaffee, Marmeladenbrot. — Mittags Graupen 20 Pfg., Suppengrün 10 Pfg., Knochen 25 Pfg., Kartoffeln 5 Pfund, zusammen 52 Pfg. — Abends aufgewärmten Kaffee, Marmeladenbrot.

Mittwoch. Morgens Kaffee, Butterbrot. — Mittags aufgewärmte Graupen, das übriggebliebene. — Abends aufgewärmten Kaffee, Butterbrot.

Donnerstag. Morgens Kaffee, Butterbrot. — Mittags Pellkartoffeln = 0,25 *M* und 1 Hering 0,15 = 0,40 *M*. — Abends aufgewärmten Kaffee, Brot mit Zucker bestreut.

Freitag. Morgens Kaffee, Brot mit Zucker bestreut. — Mittags Pellkartoffeln und Senf. 25 Pfg. für Kartoffeln 5 Pfund, 3 Pfg. Senf, 2 Pfg. Zucker, 5 Pfg. Butter, zusammen 35 Pfg. — Abends Kaffee, aufgewärmten, Brot mit Zucker bestreut.

Sonnabend. Morgens Kaffee, Brot mit Zucker bestreut. — Mittags Pellkartoffeln und Speckstippel, 25 Pfg. Kartoffeln, 35 Pfg. Speck, zusammen 60 Pfg. — Abends Kaffee, Brot mit Zucker. Das bringt die Woche 2,32 *M*.

Hinzu kommt, was die Frau für Brot, Butter, Zucker, Grude, Seife, Schuhfrem zusammenrechnet (nämlich 3,28 *M* und für andere kleinere Ausgaben 70 Pfg.), so daß sie schreibt: „Sattessen darf man sich mit den Kindern bei dieser Teuerung nicht“ und weiter: „Ich muß monatlich 15 *M* Miete zahlen, so daß mir von der Unterstützung noch 21 *M* bleiben. . . Nun kommt aber die Sorge: wo Kartoffeln und Feuerung hernehmen für den Winter. Von den 36 *M* monatlich kann das wohl nicht gut möglich sein, und den Winter noch mehr hungern und frieren? Da sollten doch Mittel gefunden werden, uns zu helfen, oder wir gehen . . . zugrunde. Das ist das Loß einer Kriegerfrau mit zwei Kindern, deren Mann im Felde steht.“

Ich glaube, es genügt wohl, was ich angeführt habe. Die anderen Berichte, die mir geworden sind, sind alle auf denselben Ton gestimmt. Fleisch, Wurst, Speck sind Luxusartikel. In keinem einzigen Haushalt mit einer Ausnahme wird so etwas gebraucht. Es sind Artikel, die die Familien nicht mehr kennen, aber Kartoffeln kennen sie um so besser, mit denen müssen sie sich behelfen.

Es ist bedauerlich, daß die Familien so leben müssen. Ich bin ja auch überzeugt, daß es Ausnahmen gibt, wo es den Familien nicht so schlecht geht, aber das ist nicht die Regel. Regel ist die schlechte Lebenshaltung, wie es aus diesen Wochenzetteln oder rechnerisch aufgestellten Wochenhaushaltsplänen hervorgeht. Dringend notwendig ist es, hier zu helfen. Es ist schon gestern die Notiz durch die Zeitungen gegangen, daß auch die Reichsregierung plane, den Satz der Reichsunterstützung um 20 bis 25 Prozent zu erhöhen. Wenn nun auch die Erhöhung um 25 Prozent, also um drei Mark die Woche erfolgt, so wird das nicht allzuviel besagen. Es muß die Gemeinde eingreifen. Ich wiederhole heute, was ich schon früher einmal gesagt habe: In Friedenszeiten, bei normalen Preisen, hält man diese Sätze, die der Kriegerfrau zukommen, für zu niedrig, da gewährt man 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohns, wenn die Soldaten zu Übungen eingezogen werden. So viel bekommt die Kriegerfrau aber heute bei den höheren Preisen der Lebensmittel nicht. Die Not steht vor der Tür. Wenn im vorigen Winter noch Mittel aus früheren Ersparnissen vorhanden waren, so sind diese jetzt längst aufgebraucht, so daß die Kriegerfrauen zweifellos dem Winter mit sorgen-

vollern Blick entgegensehen, wo sie keine Feuerung und keine Kartoffelvorräte anschaffen können, wie es im vorigen Winter vielleicht noch möglich war. Ich möchte also dringend bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

Ich möchte hierbei noch zur Sprache bringen, daß einer Kriegerfamilie von ihrer Unterstützung durch den Nationalen Frauendienst monatlich 5,60 *M* abgezogen sind. Es scheint die Meinung einzelner Damen dort zu sein, daß sich dort die Frauen nur bittend nahen dürfen, um die Unterstützung zu bekommen. Den Standpunkt kann ich nicht als gerechtfertigt bezeichnen. Die Soldaten sind hinausgezogen, das Vaterland aller Deutschen, auch das der Damen, die dort im Nationalen Frauendienst in dankenswerter Weise tätig sind, zu verteidigen. Wenn es geschehen kann, daß von den geringen Beträgen, die die Kriegerfrauen erhalten, noch Abzüge gemacht werden, weil die Lebenshaltung der Familie noch nicht schlecht genug ist, so muß das verurteilt werden. Wenn eine Frau, die sonst nett, gut und lieb sein mag, die sich in wohlhabenden Verhältnissen befindet, einer Kriegerfrau, die rechnerisch nachweisen kann, daß sie kein Fleisch zu verzehren in der Lage ist, vormiſt, sie brauche zu viel für Kartoffeln und Milch, an diesem und jenem herummäſelt und dann erklärt: „Alle Kriegerfrauen sind zufrieden, auch Sie müssen zufrieden sein!“ dann muß das empörend wirken. Ich glaube eher, daß die Kriegerfrauen, wenn sie sich ihre Unterstützung holen, gezwungen sind, sich zufrieden zu stellen. Sie wissen: „Du mußt zufrieden sein, sonst muß du dir Tür von draußen zumachen.“ Daher kommt jene Meinung. Ich möchte Ihnen vorlesen, was für einen Etat diese Kriegerfrau hat, der man im Nationalen Frauendienst 5,60 *M* abgezogen hat. Sie hat vier Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren. Sie schreibt, daß sie 5 Bröte 3,75 *M*, 1 Pfund Schmalz 2 *M*, 1 Pfund Margarine (dient auch als Zubereitung von Mittagbrot) 1,40 *M*, 1 Pfund Malz 50 Pfg., Soda, Seife 40 Pfg., 2 Pfund Zucker à 28 Pfg., 56 Pfg., 30 Pfund Kartoffeln 1,65 *M*, 7 Liter Milch 1,68 *M*, Koch- und Leuchtgas 1 *M*, Gemüse 80 Pfg., $\frac{1}{2}$ Pfund Rinderfett 45 Pfg., $\frac{1}{2}$ Pfund Speck 1 *M*, gebraucht. Das bringt eine wöchentliche Ausgabe von zusammen 15,19 *M*. Ich will dazu bemerken, daß die Dame auch bemäſelt hat, daß die Kriegerfrau auf Gas kocht; sie solle Herdfeuerung nehmen, das sei billiger. Von so kleinlichen Gesichtspunkten geht man den Kriegerfrauen gegenüber aus.

Sie hat weiter monatliche Ausgaben für die Krankenkasse 2,75 *M* (für ihren Mann, damit die Versicherung nicht verfällt, und das ist doch sehr vernünftig), Sterbekassengeld 2 *M*, Wäsche 3 *M*, Konfirmandenparfasse für zwei Kinder 1,60 *M*, Zeitung 65 Pfg., Miete 20 *M*, so daß die Monatsausgabe 95,10 *M* beträgt. Und 76 *M* hat die Frau Einkommen von Staat, Gemeinde und Nationalem Frauendienst. Nun bringt man ihr noch 5,60 *M* in Abzug. Das sollte

nicht vorkommen, denn es trägt nur Erbitterung in die Reihen der Kriegerfrauen hinein.

Im vorhergehenden Punkte der Tagesordnung sind Mittel bewilligt für jene, die bemüht sind, die Meinung des Auslandes zu verbessern. Hoffen wir, es werde das Beste dabei herauskommen. Nun aber bitte ich Sie, daß den Kriegerfrauen weiter geholfen wird durch Mittel, deren Deckung durch den Stadtsäckel bewirkt werden muß. Wir können nicht dulden, daß die Kriegerfrauen hungern. Bedenken Sie die Folgen, die eine solche unzweckmäßige Ernährung der zurückgebliebenen Familie zur Folge haben muß. Ich bitte Sie dringend, meinem Antrage zuzustimmen.

Der genügend unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

Vorsitzender: Von den Anträgen ist diejenige des Herrn Steinede, was an städtischen Dauermwaren noch vorhanden ist, wohl durch die Erklärung des Herrn Stadtrat von Frankenberg als erledigt zu betrachten. (Zustimmung des Stadtv. Steinede.)

Es kommt nunmehr die Anfrage des Herrn Kruse zur Begründung.

21. Anfrage Kruse, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Nahrungsmittel durch die Kommissionen der Handelskammer.

In Verbindung damit:

Anfrage Ohlendorf über die Versorgung der Einwohner Braunschweigs mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen.
sowie

Antrag Meyerhoff auf eventuellen direkten oder indirekten Verkauf von Nahrungsmitteln durch die Stadt.

Wortlaut der Anfrage Kruse und der Anfrage Ohlendorf siehe Seite 189.

Wortlaut des Antrags Meyerhoff: Die Versammlung ersucht den Magistrat, in Erwägungen darüber einzutreten, wie durch direkten oder indirekten städtischen Verkauf notwendiger Nahrungsmittel der bestehenden Teuerung auf dem Nahrungsmittelmarkte entgegengewirkt werden kann.

Stadtv. **Kruse** (zur Begründung): In unserer Sitzung vom August wurde über die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel gesprochen und dabei vom Magistrat mitgeteilt, daß die Herzogliche Polizeidirektion über die Höhe der Preise

wachen würde, es wäre aber wünschenswert, daß aus unserer Mitte Herren gewählt würden, die unter Umständen die Herzogliche Polizeidirektion dabei unterstützen. Das ist geschehen, es sind von uns drei Herren dafür gewählt, aber von dieser Kommission der Handelskammer war keine Rede. Die Handelskammer hat nun auch eine Kommission eingesetzt, und die hat in der vorigen Woche getagt. Ich war verreist, und als ich zurückkam, las ich von dieser Sitzung in der Zeitung. Es fiel mir dabei ganz besonders auf, daß ein Höchstpreis für Kartoffeln von 5,50 *M* festgesetzt war. Ich gehöre zu den Großkonsumenten für Kartoffeln, denn das Lazarett, das ich zu versorgen habe, braucht große Mengen davon. Die Angebote, die mir dafür gemacht waren, bewegten sich zwischen 3,75 *M* und 4,25 *M*; von einem Preise von 5,50 *M* war gar keine Rede mehr. Diese Preisfestsetzung hat natürlich auch in der Bevölkerung großen Unwillen erregt, und ich bin wiederholt gefragt worden, ob von seiten der städtischen Behörden denn nicht Preise festgesetzt würden. Ich habe darauf erwidert, daß die städtischen Behörden sich seinerzeit schon mit der Sache beschäftigt hätten, aber ich würde Gelegenheit nehmen, in der Stadtverordnetenversammlung nochmals die Sache zur Sprache zu bringen. Ich will gern annehmen, daß mit dem Preise von 5,50 *M* derjenige Preis gemeint ist, den die Händler im Kleinverkauf nehmen, und ich weiß auch, daß die Händler verdienen müssen. Wenn uns die Kartoffeln zu 4,25 *M* angeboten werden, so muß der Händler beim Verkauf natürlich einen Aufschlag machen. Aber einen solchen von 1,50 *M* oder 1,75 *M* halte ich denn doch für zu hoch. Deshalb möchte ich bitten, ob nicht von seiten des Magistrats uns Aufklärung gegeben werden kann, wie es möglich ist, daß ein so hoher Preis festgesetzt ist.

Stadtrat von Franckenberg: Ich kann dem Herrn Vorredner nur dankbar sein, daß er seine Anfrage gestellt hat, denn sie gewährt mir willkommene Gelegenheit, Auskunft zu erteilen über die Tätigkeit dieser Kommission, die bei der Handelskammer gebildet ist.

Als die verehrten Herren in der letzten Sitzung auf meine Anregung beschlossen hatten, drei Herren aus ihrer Mitte — die Herren Frede, Voeshigt und Kiefe — als Vertrauensmänner für die Preise der Lebensmittel zu bestimmen, habe ich sofort der Herzoglichen Polizeidirektion Mitteilung darüber gemacht, und als bekannt wurde, daß die Handelskammer den nach meiner Ansicht zweckmäßigen Weg beschritten hätte, besondere Sachverständigenausschüsse für vier verschiedene Gruppen der Versorgung mit Lebensmitteln einzusetzen, habe ich die Namen auch der Handelskammer mitgeteilt, und die Herren sind auch am vorigen Dienstag in der Sitzung der Kommission tätig gewesen, die sich mit der Gemüse- und Kartoffelversorgung zu beschäftigen hatte. Das war mir willkommen, denn in Ver-

bindung mit dem Vertreter des Allgemeinen Konsumvereins und mit dem Vertreter des Magistrats — als solcher gehöre ich der Kommission an — kommt in dieser Kommission durch die genannten Herren der Standpunkt der Verbraucher, der Abnehmer, mehr zur Geltung als früher, und wenn in der ersten Besprechung, deren Niederschlag dem Herrn Stadtv. Kruse bekanntgeworden ist, der Standpunkt der Abnehmer nicht genügend betont ist, wenn also ein reichlich hoher Preis für die Kartoffeln hat bestimmt werden können, so wird es Herrn Kruse freuen, zu hören, daß wir gestern nach eingehenden Erörterungen und nicht ohne Widerstand von anderer Seite dahin gelangt sind, der Herzoglichen Polizeidirektion nahelegen zu können, daß ein Preis von 4 *M* für den Zentner im Marktverkehr und ein Preis von 4,50 *M* im Ladenverkehr beim Kleinverkauf angemessen wäre.

Herr Kruse sieht daraus, daß die Herren, die von der Stadtverordnetenversammlung als sachverständig bezeichnet worden sind, mit mir eifrig bemüht waren, dahin zu wirken, daß die Festsetzung der Preise sich in erträglichen Grenzen hält. Es handelte sich dabei übrigens nicht um Festsetzung der Höchstpreise — dafür ist die Herzogliche Polizeidirektion zuständig —, sondern um eine gutachtliche Äußerung, welche Preise als angemessen anzusehen wären. Diese gutachtliche Äußerung ist aber doch wichtig, denn wie ich gehört habe, hat die Herzogliche Polizeidirektion sie sich als Richtschnur dienen lassen und daraufhin kräftig zugegriffen. Sie hat verschiedentlich schon Persönlichkeiten, denen eine Überteuering nachgewiesen wurde, bei der Staatsanwaltschaft wegen Lebensmittelmuchers zur Anzeige gebracht und hat — was ich auch mitteilen möchte — zwei Händlerinnen, eine von auswärts und eine aus Braunschweig, die in übertriebener Weise auf den Märkten mit Forderungen hervorgetreten waren, von den Märkten und der Markthalle in Zukunft auszuschließen gebeten. Der Magistrat ist in dem einen Falle neulich und in dem anderen heute darauf eingegangen. Ich glaube, daß auch das heilsam gegen die übertriebenen Forderungen der Marktstandleute wirken wird.

Stadtv. **Bues** beantragt eine Besprechung der Anfrage. Die Versammlung stimmt für den Antrag.

Stadtv. **Frede**: Die Herren wissen, daß auch ich zu der Kommission gehöre. Ich habe lange und vergeblich gewartet, daß die Herzogliche Polizeidirektion, die mit uns arbeiten sollte, uns zu einer Besprechung einladen würde. Wenn eine Besprechung überhaupt nicht stattgefunden hätte, so würde ich das verschmerzt haben, aber die Polizeidirektion hat, nachdem wir hier von der Versammlung gewählt waren — und die Polizeidirektion weiß das — eine Besprechung mit Sachverständigen gehabt, und da hatte ich eigentlich erwartet, daß wir hinzugezogen worden wären. Das ist nicht geschehen.

Wie stellt sich nun die Sache jetzt dar? Den Bemühungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg ist es zu danken, daß wir jetzt Gelegenheit haben, in der Handelskammer mitzuarbeiten. Die Handelskammer hat angefragt, welche Kommission uns zusagte, und darauf haben wir uns diejenige ausgewählt, in welcher wir glaubten mit Nutzen arbeiten zu können. Ich bin zum ersten Male in der Kommission für die Gemüseabteilung am Dienstag gewesen. Was ich befürchtet hatte, und was der Herr Stadtrat von Frankenberg schon angedeutet hat, habe ich bestätigt gefunden. Es setzte sich diese Kommission anscheinend aus Produzenten und Händlern zusammen, der Konsumentenstandpunkt aber wurde ungenügend vertreten. Es ist also ein ganz versprechendes Moment, daß wir jetzt hinzugekommen sind. Es ist auch von dem Vorsitzenden dieser Kommission für Gemüse nicht angenehm empfunden, daß der Preis von 5,50 *M* und 6,20 *M* damals festgelegt ist. Die zweifellose Folge ist in vielen Fällen gewesen, daß diese Festsetzung eine Erhöhung der Preise im Gefolge gehabt hat. Wenn die Kommission auch keine Behörde ist, so ist sie doch eine maßgebliche Stelle, nach der man sich im allgemeinen richtet. Ich habe diese meine Ansicht neulich bestätigt gefunden. Zu uns kommt eine Gemüsefrau, die sehr über die hohen Preise bei den Bauern geklagt hat. Sie bezieht ihre Waren aus Brieskow. Beispielsweise hat sie außer über die hohen Kartoffelpreise auch über die hohen Stedrübenpreise geklagt; früher habe sie 2 *M* und 2,50 *M* bezahlt, und heute solle sie 5 *M* bezahlen. Nun habe ich mit der Frau über die Preise gesprochen, und darauf hat sie dem Bauer gedroht, wenn er zu hohe Preise nehme, würde sie zu einem Stadtverordneten gehen und ihm das mitteilen, und auf diese bloße Andeutung hat der Bauer sofort seinen Preis von 5 *M* auf 3 *M* herabgesetzt. Also eine Wirkung ist wohl zu erkennen.

Wie in der Folge die Kommission arbeiten wird, weiß ich nicht. Ich bin am Mittwoch auch in der Kommission 3 gewesen, die sich mit dem Preise für Milch, Butter und Eier befaßt. So viel ist sicher: Es ist das redliche Bestreben des Vorsitzenden und des Vertreters der Polizeidirektion, Herrn Regierungsrat Sommer, vorhanden, im Interesse der Bevölkerung zu tun, was möglich ist, und hoffentlich wird durch unsere Teilnahme etwas Gutes gewirkt werden können; die Bildung des Kartoffelpreises hat, wie auch der Herr Stadtrat ausgeführt hat, schon unter diesem Einflusse sich vollzogen. Es wird in der städtischen Bevölkerung unangenehm empfunden, daß die städtische Behörde nicht einen unmittelbaren Einfluß bei der Preisfestsetzung hat und der Herzoglichen Polizeidirektion die Hauptmittel dafür zugewiesen sind.

Was der Magistrat im Verein mit uns tun kann, ist, daß er selbst den Ankauf von Waren in die Hand nehme oder sich mit Kaufleuten in Verbindung setze, so daß ein gemeinsames Wirken erzielt würde. Herr Meyerhoff verweist auf

Seeßen; da ist ausgeführt, was mir vorschwebt. Es würde auf diese Weise der Kaufmannsstand nicht ausgeschaltet, allerdings würde ihm sein Gewinn vorzuschreiben sein. Wenn die Verhältnisse auf die jetzt in Angriff genommene Weise sich nicht bessern, werden wir bei verschiedenen wesentlichen Nahrungsmitteln darauf zurückgreifen müssen. Es haben schon jetzt verschiedene Städte dieses Verfahren eingeführt. Es wurde mir gegenüber von einem Mitgliede des Rabattsparvereins auf Erfurt hingewiesen. Der genannte Herr hat an den Magistrat von Erfurt geschrieben und um Auskunft gebeten, in welcher Weise die Handhabung vor sich ginge, wie den Händlern ihr Teil zugemessen würde usw. Aber wahrscheinlich ist der Magistrat dort sehr überbürdet, er hat nur eine kurze Antwort gegeben. Wahrscheinlich wird der Herr durch den Rabattsparverein eine genauere Auskunft bekommen. Es ist auch zu bemerken, daß die Gemeinden, die sich mit dem Verkaufe mittelbar oder unmittelbar beschäftigen, ihre Einkäufe zu besseren Zeiten gemacht haben, Seeßen z. B. den Reis usw. zu Ostern, und das steht uns nicht mehr zur Verfügung. Wenn wir Einkäufe machen, müssen wir auch hohe Preise bezahlen.

Stadtv. **Niete:** Wenn ich über meine Tätigkeit Bericht erstatten soll, so kann das nur sehr minimal ausfallen, denn ich bin nur ein einziges Mal in den Sitzungen gewesen. Aber ich habe mich gefreut, daß ich hingegangen bin. Dadurch, daß wir drei aus der Stadtoberordnetenversammlung — außer einem anderen Konsumenten noch und Herrn Stadtrat von Frankenberg — der Sitzung beigewohnt haben, haben wir doch erreicht, daß die Versammlung nicht nur aus Kartoffelhändlern bestand. Als ich das sah, habe ich mich gefragt: Wozu bist du eigentlich hier? Aber wenn man in eine solche Sitzung hineinkommt, muß man erst warm werden, und dazu hatte ich nicht die Zeit, denn um 5 Uhr mußte ich schon wieder weg, weil wir eine Sitzung in der Baukommission zu erledigen hatten. Aber den Eindruck hat die Versammlung auf mich gemacht, daß es bis dato nur eine Vertretung von Produzenten und keine von Konsumenten war. Wenn von solch einer Vertretung dergleichen Dinge verhandelt werden, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß einem von Arbeiterkreisen Vorwürfe über solche Preise von 5,50 *M* gemacht wurden. In den Winterwochen hat man sogar Wucherpreise von 13,80 *M* für den Zentner Kartoffeln bezahlt, allerdings nicht hier, sondern in Wilhelmsburg bei Hamburg. Solche Zustände wollen wir natürlich hier nicht haben. In der Kommission wurde versucht, uns graulich zu machen, die Frühkartoffeln seien alle und die späten würden schon gerodet, die Kartoffelernte sei eine minimale. Ein einziger war dabei, ein Herr aus Wolfenbüttel, der die Verhältnisse praktisch ansah, indem er meinte, für 3 *M* könnte man den Zentner

wohl bekommen. Die anderen aber wollten hohe Preise haben und uns glauben machen, es seien keine Kartoffeln mehr zu haben. Das wird nun wohl besser werden dadurch, daß mehr Konsumenten in die Kommission hineingekommen sind. Ich muß auch anerkennen, daß der Vertreter der Polizeidirektion nach meiner Überzeugung den besten Willen zeigte, und wenn der Vertreter des Magistrats, Herr Stadtrat von Frankenberg, in dieser Lage seine Schuldigkeit getan hat, so will ich das gern anerkennen. Hätte er anders gehandelt, so würde er auch jedenfalls von mir hier eine Rüge erhalten haben. (Heiterkeit.) Ich für mein Teil und jedenfalls auch die beiden anderen Herren Kollegen werden es uns angelegen sein lassen, in gleichem Sinne weiterzuwirken.

Stadtv. Stegmann: Den Optimismus des Herrn Stadtrat von Frankenberg kann ich nicht teilen. Nehmen wir auch an, daß die Sache durch das Zusammenarbeiten sich machen wird und auch das Eingreifen der Polizei bezweifle ich nicht, so scheint es aber doch, daß man mit diesen ganzen Kommissionen Schiffbruch erleiden wird. Es ist da der Bod zum Gärtner gesetzt; es sind nicht Sachverständigen-, sondern Interessentenkommissionen, und die paar Leute aus Konsumentenkreisen, die noch hineingewählt sind, dienen mehr zur Dekoration, haben die Verantwortung und das Unheil mit zu tragen.

Ich las gestern in der Presse unter der Überschrift „Zur Bekämpfung der Lebensmittelsteuerung“ eine Zusammenstellung dessen, was die Kommissionen 1—4 ausgeführt haben. Was ist das nun? Aus Kommission 2 wurde berichtet, daß die Futtermittel zu knapp und zu teuer seien, daß es kaum möglich sei, auf billigeres Schweinefleisch zu rechnen, ja eine weitere Steigerung zu erwarten sei. Bezüglich des Rindfleischs scheine es besser zu stehen. Vom Fischpreise wird gesagt, daß Schwierigkeiten bei der jetzigen Fangweise der Fische vorhanden seien. Die Preisgestaltung sei abhängig von der Ergiebigkeit der für Deutschland in Betracht kommenden Fänge, man wisse noch nicht, was herauskommen könne.

Was über Kommission 3 gesagt wurde, davon ist die Quintessenz, daß wegen des Futtermangels und der Verringerung der Viehbestände die Milcherzeugung recht knapp sei, infolgedessen auch der Butterpreis steigen müsse, ebenso würde der Käsepreis steigen, und mit den Eiern sei es nicht besser usw. usw. Bezüglich der Kolonialwaren wurde festgestellt, daß die Verteuerung nicht auf ein Verschulden des Kleinhandels zurückzuführen ist, sondern ihre Ursache in den erheblich gestiegenen Großhändlerpreisen habe. Also mit anderen Worten: Die Armut kommt von der Pauvreté her. Quintessenz vom ganzen ist: es bleibt beim alten, oder es werden noch höhere Preise eintreten.

Das sind die Resultate der Kommissionen, die eingesetzt sind, um darauf hinzuwirken, daß die Preise für Lebensmittel wieder sinken. Wenn man solche Be-

richte liegt, so klingt es einem wie eine Verhöhnung der Einwohnerschaft Braunschweigs. Man könnte die Kommission nennen: Kommission zur Erhöhung der Lebensmittelpreise, und ich bedaure, daß Herr Riese und die anderen Herren hineingegangen sind. Es wäre angebracht, sie aufzufordern, lieber wieder herauszugehen. Dann wüßte man wenigstens: Es sind das keine Sachverständigenkommissionen, das sind Interessentenvereinigungen, die ihr Mandat dazu benutzen, um zu begründen, daß die Lebensmittel so hoch im Preise sind und noch höher werden müssen.

Stadtv. Diekmann: Auch ich gehöre einer der Kommissionen an, nicht als Verbraucher, sondern als Fabrikant. Ich wundere mich, daß hier tatsächlich die Meinung zum Ausdruck kommt, daß lediglich Konsumenten in solchen Kommissionen vertreten sein sollen. Wenn wir so weit gekommen wären, daß die Konsumenten die Preise machten, dann wären wir fein heraus. Dann hätten wir normale Preise, aber leider ist der Knüppel an den Hund gebunden. Auch die Produzenten und der Handel sind gezwungen, hohe Preise anzulegen, und dem muß Rechnung getragen werden. Die Kommissionen haben den Zweck, zu überwatchen, ob die Preise angemessen sind, und dabei kann man sich nicht beim Publikum Belehrung holen, sondern ist gezwungen, sich an diejenigen zu wenden, die in den betreffenden Sachen Erfahrung haben. Es muß schließlich immer noch in den Sack gehen.

Ich möchte noch zurückkommen auf das, was Herr Kollege Kruse gesagt hat. Ich gehöre der Kommission für Gemüse und Kartoffeln nicht an, aber ich weiß, daß in den Kommissionen von vornherein gesagt wurde, daß nicht gewünscht würde, daß jeder einzelne nach den Redaktionen läuft und einen Bericht für die Zeitungen gibt, sondern die Handelskammer hat sich bereit erklärt, allen Zeitungen, die in Braunschweig erscheinen, einen Bericht zu geben, und dieser soll zunächst von einer sogenannten Preßkommission gutgeheißen werden. Der Bericht, der in sämtlichen Zeitungen über die hohen Kartoffelpreise erschien, ist ohne Wissen der Handelskammer in die Zeitungen gekommen. Die Handelskammer ist keinesfalls mit dieser Maßnahme einverstanden gewesen und wird jedenfalls Gelegenheit nehmen, das Vorgehen des betreffenden Herrn zu geißeln. Die ganzen Reden und Gegenreden dort werden stenographiert, und es hat sich erwiesen, daß das nicht zutreffend ist, was der Artikelschreiber der Öffentlichkeit übergeben hat. Jedenfalls war sein Beginnen sehr unvorsichtig.

Stadtv. Voelchigt: Die Meinung über die Kommissionen, wie sie Herr Stegmann vorgetragen hat, ist wohl zu scharf. Die Handelskammer ist keine Behörde, die die Preise festsetzt, sondern sie hat sich nur gutachtlich zu äußern. Wenn wir

da mitberaten sollen, so hat sich Herr Kommerzienrat Gutkind auf den rechten Standpunkt gestellt, indem er sagte: Wir sind nur dazu da, um zu prüfen, ob nach der heutigen Lage die Marktpreise angemessen sind oder nicht. Die Kommission hat es z. B. nicht in der Hand, Kartoffeln billig hereinzubekommen. Die Reichsregierung hat in diesem Jahre noch nichts gelernt. Sie hätte im vorigen Jahre bei der kolossalen Kartoffelernte den Vorrat früher feststellen lassen können, dann hätten wir nachher im Frühjahr nicht mit den Kartoffeln zu quassen brauchen. In der Kommission habe ich es geradezu gesagt, und Herr Stadtrat von Frankenberg hat das anerkannt: Ehe nicht die Regierung einschreitet und die Kartoffeln beschlagnahmt und einen Höchstpreis festsetzt, wird die Teuerung nicht aufhören. Der eine Produzent aus Wolfenbüttel erkannte ja auch an, daß 3,20 *M* für den Zentner Kartoffeln ein großer Preis sei. Früher haben die Landwirte nicht halb so viel dafür bekommen, und bei den industriellen Anlagen im Osten sind früher für die Kartoffeln nur 60 bis 70 Pfg. erzielt. Wenn heute 3 *M* für den Zentner bezahlt werden, dann wird jeder sagen: Bei der Aussicht auf die Ernte ist das für die Kartoffeln ein guter Preis. Ich habe gehört, daß die Kartoffelernte gegen das Vorjahr nicht zurückstehen wird. Wir können Sitzungen abhalten, soviel wir wollen, wenn uns nicht die Handhabe gegeben wird, die Kartoffeln zu billigem Preise zu erwerben, dann ist nichts zu machen. Als die Regierung im vorigen Jahre sagte: Ihr bekommt in jedem folgenden Monat einen Aufschlag von 20, 30 Pfg., da wäre der Kartoffelproduzent ein Narr gewesen, wenn er seine Kartoffeln früher verkauft hätte. Das haben Sie auch beim Zucker gesehen, wo es heißt: Im nächsten Monat gilt er 50 Pfg. mehr. Das ist ein verkehrter geschäftlicher Standpunkt der Regierung. Wir haben es nicht in der Hand, Besserung zu schaffen, wohl aber die Reichsregierung. Sie soll dafür sorgen, daß wir billige Kartoffeln bekommen. Es ist irrig von der Regierung, wenn sie sagt: Kartoffeln sind genug da, und in den Brennereien werden nicht so viel verbraucht, kauft sie euch! Es ist nötig, daß sie die Preise festsetzt. Das kann ja nur für die Durchschnittskartoffeln gelten. Wer bessere Sorten haben will, muß natürlich einen höheren Preis bezahlen.

Herr Riefe hatte ganz recht, als er sagte: Es sitzen fast nur Händler in der Kommission. Es ist nur zu menschlich, daß die sagen: Mit 40 Pfg. Verdienst am Zentner Kartoffeln können wir nicht zufrieden sein, und der Kleinhändler muß bedeutend mehr haben. Ich habe mein Vergnügen am vorigen Mittwoch gehabt, als ich gegen 6 Uhr in der Stadt ein paar Frauen überholte, die laut und breit auf der Straße diskutierten: Es wäre schändlich von der Polizei, daß sie mit 1 *M* Verdienst beim Zentner zufrieden sein sollten. Sie hätte keine Ahnung von den

verschiedenen Sorten und wolle alles über einen Kamm scheren. Die hatten also schon Wind davon bekommen, daß die Polizei die Preise festgesetzt hatte. Nur wenn man die Handhabe hat, zu sagen: „Zu diesem Preise will ich die Kartoffeln haben“, ist etwas zur Verbilligung zu machen, und mit den Kartoffeln müßte das geschehen, da diese das Hauptnahrungsmittel für eine große Bevölkerungsschicht ist. Da hätte müssen die Regierung längst eingegriffen haben.

Stadtv. Steinede: Es ist schon viel über diese wichtige Materie gesprochen, aber das Thema kann gar nicht gründlich genug behandelt werden. Herr Dieckmann sagt, das Publikum dürfte nicht zu sehr eingreifen bei der Festsetzung der Preise. Was wir wollen, das ist ja auch, daß das Publikum wie die Händler in gleicher Weise vertreten sein soll, und daß beide Vertretungen gemeinsam miteinander arbeiten. Insbesondere möchte ich dem Herrn entgegentreten, der da gesagt hat, in der Heide gebe es wenig Kartoffeln. Ich kann Ihnen mit einem praktischen Beispiel an die Hand gehen. Der Herr Kalkulator Jahns von hier hat ein Grundstück in der Heide, dessen Boden sehr mager ist. Der machte mir die Freude, mir mitzutheilen, daß seine Kartoffeln in Winkel in diesem Jahre das Doppelte als im vorigen Jahre getragen haben. Überhaupt sind sehr viele Kartoffeln in der Heide gewachsen. Ich habe Gelegenheit, fast jeden Monat in die Heide hinauszukommen. Frühkartoffeln gab es dort sehr wenig, aber die lange Regenzeit ist gerade der Produktion der Spätkartoffeln in der Heide sehr zugute gekommen.

Was meinen Antrag betrifft (s. S. 189 unter der Bezeichnung „Antrag Lauer und Genossen“), so ist er durch die Berichterstattung der Herren, die zu den Kommissionen gehören, zum Teil erledigt. Es handelte sich darum, daß uns jemand Auskunft gab, welche Maßnahmen in Sachen der Lebensmittelfrage getroffen sind, und was noch in nächster Zeit in Aussicht steht. Der Antrag ist aus der Erwägung heraus gestellt, daß andere Städte hier eingreifen, wie man täglich in der Zeitung lesen kann, und auch unsere Stadtverordneten werden täglich die Frage zu hören bekommen: Was tut unsere Stadt? Ich bin dafür, daß zur Beruhigung des Publikums unsere Kommission, die der Polizei beratend zur Seite steht, hier öfter einmal einen Bericht gibt oder die Polizeidirektion bittet, in jeder Woche eine Notiz in die Presse zu lancieren, wie die Sache vorwärtzgeht. Das Publikum ist im allgemeinen der Ansicht, daß es bei uns zu langsam geht. Wir stehen nicht so genau im Bilde, sind aber heute mehr hineingekommen. Ich bitte, daß solche Berichte auch in Zukunft uns gegeben werden, um das Publikum zu überzeugen, daß alles geschieht, um mit Nachdruck wirken zu können.

Wenn Herr Loeschigt sagt, die Reichsregierung solle bei den Kartoffelpreisen einschreiten, so ist dagegen zu sagen, daß sie es den Bundesstaaten zur Aufgabe gemacht hat, die Sache selbst zu erledigen. Ich meine, unsere Stadtverwaltung mit der Handelskammer und der Polizei müßte kräftig genug sein, um etwas zu erreichen, auch ohne die Reichsregierung. Insbesondere wäre es erwünscht — ich möchte das noch den Herren, die der Polizei beratend zur Seite stehen, anheimgeben —, daß große Ankäufe von Gemüse bewirkt werden, wie das in anderen Städten geschieht. Hannover verkauft große Vorräte von Gemüse an das Publikum. Wenn die Händler zu hohe Preise fordern und nicht auf einen normalen Verdienst heruntergehen wollen, dann müssen wir einschreiten. Ich vermute, daß es dazu auch hier bei uns kommen wird. Besonders möchte ich den drei Herren anheimgeben, bei der Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß, wie in anderen Großstädten, die Beschränkung des Straßenhandels mit Gemüse fällt. Es hätte dazu die Polizei mehr Straßen freizugeben, so daß Obst- und Gemüseverkäufer auch nach Schluß des Marktes ihre Waren auf den Straßen absetzen können und nicht die Waren, die unverkauft geblieben sind, mit nach Hause nehmen müssen, wo sie vielfach verderben. Dann haben auch die Landwirte Gelegenheit, sich in den dazu bestimmten Straßen aufzustellen. Sie sparen die Markthallenmiete, und wir drücken durch die Maßregel allgemein das Gemüse auf normale Preise.

Stadtv. Bues: Aus alledem, was wir hier gehört haben, geht hervor, daß die Handelskammer mit einer gewissen Weltfremdheit die ganze Sache betrachtet hat. Wenn die Handelskammer Kommissionen zur Behandlung der Marktlage der einzelnen Verbrauchsgegenstände eingesetzt hat, so war es ihre Pflicht, dazu auch die Vertreter der Stadt hinzuzuziehen, und nicht die ersten Kommissionssitzungen ohne sie abzuhalten, enorme Preise zu normieren und erst nachher die gewählte Kommission auf Hinterwegen der Handelskammer zuzuführen. Wie die Handelskammer sich den Einwohnern der Stadt gegenüberstellt, geht aus folgendem Vorfall hervor. Bei Gelegenheit der vorjährigen Armeeschlachtungen ist zuerst die Bouillon in den Rinnstein gelaufen. Mir und verschiedenen Bekannten von mir ist es passiert, daß wir uns an die Handelskammer gewandt haben, um davon zu kaufen. Es ist mir geantwortet worden, es sei keine mehr vorhanden. Wenn solche Waren vorrätig sind, dann sind sie auch für sämtliche Einwohner der Stadt Braunschweig da und nicht nur für einzelne, denen das besonders zugute kommen soll. Ich habe mir erzählen lassen, daß von der Bouillon ein großer Teil nach außerhalb gegangen ist. Wenn das Tatsache ist, so muß ich das entschieden verurteilen. Braunschweig hat ebenso das Recht, an den Wohltaten von derartigen Schlachtungen teilzunehmen wie außerhalb Braunschweigs liegende Städte.

Stadtv. **Meyerhoff**: Zu dieser allgemeinen Frage möchte ich ein paar Worte sagen. Ich habe mir erlaubt, einen Antrag einzubringen. Wir sind bei der Debatte über diese Anfrage auf den Punkt, den ich in meinem Antrage berührt habe, zu sprechen gekommen, und deshalb könnte der Antrag ganz gut auch jetzt gleich mit behandelt werden.

Es wird immer gesagt, dieser und jener fördert zu viel, die Händler nehmen zu hohen Profit. Heute morgen habe ich in der Landeszeitung gelesen, wie in unserer kleinen Schwesterstadt Seesen der Magistrat vorgegangen ist. Nicht, daß er Höchstpreise bestimmt hat, nein, er hat sogar selbst Schlachtversuche angestellt. Die Stadt hat Rinder geschlachtet und das Fleisch zu billigem Preise verkauft, gerade so wie es die Schlachter machen. Dabei hat sich ein Verdienst von 51 *M* für das Tier herausgestellt. Wenn die Preise, die die Herren Schlachter für das Fleisch gefordert hätten, bezahlt worden wären, dann würde der Verdienst der Doppelte gewesen sein. Ich will damit das Schlachtergewerbe nicht kränken. Der Magistrat in Seesen macht es auch ähnlich mit anderen Artikeln, er versucht Eier außerhalb zu kaufen und gibt sie wieder ab usw. usw. Ich bin allerdings von diesen Magistratsgeschäften nicht begeistert, denke an unseren Schellfischverkauf, an unseren Fleisch- und Kartoffelhandel. Aber wo die Not da ist und die Preise so hochgeschoben werden, möchte ich doch den Magistrat bitten, der Sache näherzutreten. Die Absicht wird publik werden, es werden Angebote kommen, der Magistrat macht seine Einkäufe im großen und geht selbst an den Markt. Es verdirbt uns alles nicht, was wir kaufen. Deshalb habe ich den Antrag gestellt, der Magistrat möge in Erwägung ziehen, ob der bestehenden Teuerung auf dem Nahrungsmittelmarkt nicht durch direkten oder indirekten Einkauf entgegengetreten werden könnte. Ich bitte, meinen Antrag zu unterstützen. Die Not ist da, und wir werden im nächsten Herbst wieder erleben, daß alles im Preise herausgeschoben wird.

Ob die Handelskammer Fehler gemacht hat oder nicht, den Fehler bei der Festsetzung des Kartoffelpreises hat sie unbedingt gemacht, darüber bin ich klar.

Vorsitzender: Ich hatte zuerst angenommen, daß der Antrag Meyerhoff besonders zur Verhandlung käme. Unter den vorliegenden Umständen aber möchte ich anfragen, ob die Herren es nicht für praktisch halten, mit der gegenwärtigen Besprechung zugleich die weitere Anfrage von Herrn D h l e n d o r f zu verbinden (Maßnahmen des Magistrats zur Versorgung unserer Einwohner mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen) und ebenso auch den Antrag der Herren Meyerhoff und Frede (direkter oder indirekter Verkauf notwendiger Nahrungsmittel). Ich würde, wenn die Versammlung damit einver-

standen ist, die Debatte abbrechen und zunächst Herrn Ohlendorf bitten, seine Anfrage kurz zu begründen. Ich darf überhaupt bitten, daß die Herren sich bei der vorgerückten Zeit kurz fassen möchten. Ferner würde ich Herrn Frede oder Herrn Meyerhoff als Antragsteller das Wort erteilen, damit der Antrag kurz begründet wird.

Ich nehme an, daß die Herren einverstanden sind und erteile Herrn Ohlendorf das Wort zur Begründung seiner Anfrage.

Stadtv. **Ohlendorf** (zur Begründung seiner Anfrage, f. S. 189): Vieles von dem, was ich zur Begründung der Anfrage hätte sagen müssen, ist in der Diskussion schon gesagt worden, und deshalb ist es eine Abkürzung, wenn meine Anfrage gemeinschaftlich mit dem früheren Punkte verhandelt wird.

Man kann nicht bestreiten, daß von der Stadt vieles geschehen ist, seitdem Deutschland sich im Kriegszustande befindet. Aber ich glaube — auch das ist schon gesagt —, daß wir in diesem Jahre vieles gelernt haben und zu vielem der Grund gelegt ist, was wir in der Zukunft noch beherzigen müssen. Schon vor länger als einem Jahre haben wir beantragt, daß die Stadt Korn und sonstige Lebensmittel selbst einkaufen solle. Es ist damals vom Magistrat erwidert worden, daß das seinerzeit nicht angängig wäre, auch daß wir es nicht nötig hätten, weil wir eine gute Ernte gehabt hätten, andererseits fehle es auch an Räumen usw. Jedenfalls haben wir in diesem Jahre gelernt, daß diese Begründung nicht stichhaltig war. Wir hätten uns jedenfalls besser gestanden, wenn wir schon in den ersten Monaten Kartoffeln gekauft hätten und — wie das andere Städte getan haben — Korn und andere Lebensmittel für uns zurückgelegt hätten. Unsere Anfrage soll also auch nach dieser Richtung hin sich erstrecken.

Ich möchte nicht darauf verzichten, Ihnen einige Zahlen vorzutragen, die jedenfalls nicht allen Herren hier bekannt sind, nämlich wie enorm trotz der guten Ernte die Lebensmittelpreise in diesem Kriegsjahre gestiegen sind. Ich will nur wenige, allerdings für die minderbemittelte Bevölkerung hauptsächlich in Betracht kommende Lebensmittel erwähnen. Nach dem Reichsanzeiger, also nach dem amtlichen Blatte, sind seit dem Mai 1914 bis zum Mai 1915 die Preise für Erbsen pro Kilogramm von 39,9 Pfg. auf 1,23 *M.*, also um rund 200 Prozent gestiegen. Speisebohnen oder, wie wir Braunschweiger sagen, weiße Bohnen sind gestiegen von 45 Pfg. auf rund 128 Pfg., also um rund 184 Prozent. Linsen sind ja kaum erschwinglich, soweit sie überhaupt zu haben sind; sie sind nach Feststellung der amtlichen Kreise noch zu haben gewesen und wurden im Mai 1914 mit 55 Pfg. verkauft, während sie im Mai 1915 mit 160 Pfg. und darüber verkauft worden sind. Der Preis für Butter hatte sich erhöht um 43 Prozent, der für Weizenmehl

um 47,6 Prozent, der für Roggenmehl um 65,1 Prozent, Reis ist um 151-Prozent verteuert von 48 auf 122 Pfg. pro Kilogramm, Kaffee ist ebenfalls bedeutend verteuert, ebenso Zucker, Milch und Eier, kurz und gut, alle Bedarfsartikel, die das Volk allgemein gebraucht. Wenn nach dieser Richtung hin die Sache sich weiter entwickelt, was werden wir dann noch erleben, wo wir nicht wissen, wie lange dieser Krieg noch dauern wird? Und aller Voraussicht nach kann er noch lange dauern, was wir ja nicht wünschen. Deshalb muß besser Vorseeung als im vorigen Jahre getroffen werden. Wenn die Preissteigerung in Zukunft noch weitergeht, dann ist kaum noch ein Arbeiter in der Lage, seine Familie zu ernähren, soweit er überhaupt noch Arbeit hat. Ich möchte dabei hinweisen auf das, was vorhin Herr Wesemeier von den Kriegerfrauen hier vorgetragen hat.

Wir sind nun der Meinung, daß wohl die Reichsregierung mehr hätte tun können, als sie in Wirklichkeit getan hat. Die Vertretung der Partei, der ich angehöre, und auch die Vertretung der Gewerkschaften in Deutschland hat ihr möglichstes durch Eingaben und Verhandlungen getan. Es muß ja allerdings zugestanden werden, daß manches von der Regierung verbessert worden ist, aber wir glauben mit Herrn Loschigk, daß die Reichsregierung die sämtlichen von mir benannten Artikel hätte mit Beschlag belegen sollen. Wir glauben, daß die vorhandenen Höchstpreise viel zu hoch sind und unter allen Umständen erniedrigt werden müssen, ganz gleich, ob es Hülsenfrüchte oder sonst etwas ist. Vor allem Dingen würde die Regierung recht gehandelt haben, wenn sie die gesamte Ernte mit Beschlag belegt hätte und dann durch ihre Maßnahmen die Preise hätte besser festsetzen können.

Da dies nicht geschehen ist, so glauben wir, daß eine Stadtverwaltung, wie die unsrige, in Gemeinschaft mit mancher anderen Stadtverwaltung einen Einfluß besitzen müßte, um immerhin noch eine Besserung für die Zukunft veranlassen zu können dadurch, daß das, was bis jetzt nicht geschehen ist, wenigstens später noch geschieht. Vor allen Dingen aber glauben wir, daß es, wie die Verhältnisse liegen, das Richtige sein wird, mit dem Einkauf gewisser Artikel, wie Korn, Gemüse usw. seitens der Stadt selbst früher als im vorigen Jahre und in umfangreicherer Weise vorzugehen. Die Erfahrung mit unserem Kartoffelhandel darf uns nicht abschrecken. Wenn wir allerdings die Sache wieder so lange anstehen lassen und fangen erst im nächsten Winter mit dem Einkauf an, dann werden wir dieselbe Geschichte erleben. Monatelang hatte unsere Bevölkerung keine Gelegenheit, Kartoffeln zu kaufen, und nachher, als die Stadt einsah, daß sie helfen mußte, da war es zu spät. Darauf gab es Kartoffeln an anderen Stellen zu sehr teuren Preisen, und schließlich wurden, wie Sie wissen, die Kartoffeln überflüssig. Sie wissen auch ebenso gut wie ich, daß, wenn wir auch im allgemeinen nicht eine so

gute Kartoffelernte wie im vorigen Jahre haben werden, doch eine Ernte sich ergeben wird, die nicht schlechter ist als die der vorhergehenden Jahre. Ich glaube, es würde richtig sein, wenn wir mit unserem Einkauf nicht erst bis zum März warten, sondern schon jetzt versuchen, Kartoffeln im großen einzukaufen. Es kann nicht in Betracht kommen, daß große Lagerräume dafür notwendig würden, ein jeder hat ja doch seinen Kartoffelkeller. Ich weise darauf hin, wie leicht sich bei dem Verkauf der Obsternte, der erfreulicherweise zustande gekommen ist, die Unterbringung stellen wird. Ebenso könnte es auch mit den Kartoffeln gemacht werden. Ich bin fest überzeugt, wir würden damit bessere Erfahrungen machen als im vorigen Jahre, und ohne daß wir solch enorme Mittel in diesem Jahre zusetzen würden.

Wir glauben ferner, daß der Magistrat auch genügend Einfluß besitzen müßte, um auf die Fleischpreise einzuwirken. Ich habe mir auch den Seesener Fall vorgemerkt. Ich gebe zu, zu jedem Handel gehören zwei. Der Seesener Fall zeigt, daß in dem Kreise des Guten ein wenig zu viel getan wird. Die Preise sind in dem Zeitraum, den ich vorhin erwähnt habe, gestiegen für Rindfleisch um 53 Prozent, für Kalbfleisch um 37 Prozent, für Schweinefleisch um 96 Prozent, Schweinefleisch um 95 Prozent, für Schmalz um 113 Prozent, für Hammelfleisch um 46 Prozent usw. Wenn man die Seesener Erfahrungen beachtet, dann muß man mit Recht sagen: Warum müssen denn von allen Städten wir in Braunschweig die höchsten Preise zahlen? Ich glaube, daß der Magistrat Mittel und Wege finden müßte, um auch hier seinen Einfluß geltend zu machen, daß die Preise nicht allzusehr in die Höhe getrieben werden.

Daß in diesem Jahre riesenhaft verdient wird, davon ist jeder unterrichtet. Zu Anfang des Krieges habe ich Gelegenheit gehabt, zu erfahren, daß innerhalb der Schlachterinnung große Unzufriedenheit darüber war, daß die Rieseengeschäfte nur einige wenige aus der Innung machen konnten und nicht mehr Mitglieder hinzugezogen wurden. Die verdiente Summe war geradezu enorm, und soweit ich mich erinnere, hatten vier das verdient, und zwar in kurzer Zeit. Ähnlich wird es auch mit den späteren Geschäften gewesen sein. Das ist menschlich erklärlich, aber man hat das Gefühl, daß in einer derartigen Zeit nicht ein ganz kleiner Bruchteil der Bevölkerung das Recht hat, sich derartig enorm zu bereichern. Ich glaube, daß, wenn nicht Gesetze und Maßnahmen getroffen werden, darin nichts gebessert wird. Es ist schon vorhin von Herrn Stegmann gesagt: Jeder, vom Kleinen bis zum Großen hin, arbeitet in seine Tasche. Wir aber haben die unbedingte Pflicht — jedenfalls der Magistrat, der den nötigen Einfluß haben wird —, daß wir im Interesse der gesamten Bevölkerung in Braunschweig nach dieser Richtung etwas tun. Ich nehme an, daß der Magistrat sich überhaupt schon damit beschäftigt hat;

deshalb stelle ich nur eine Anfrage und keinen Antrag. Es wird nur dieser Anfrage bedürfen, und wir werden erfahren, was der Magistrat nach dieser Richtung zu unternehmen gedenkt.

Als der Krieg ausgebrochen war, lobte unser damaliger Vorsitzender Dr. Wolters das einmütige Zusammenhalten ganz Deutschlands und sagte dann: „Für uns, meine Herren, die wir zurückgeblieben sind, ist es Ehrenpflicht, das Loos derer, die ins Feld ziehen, zu erleichtern, wir haben für das Wohl der zurückgebliebenen Angehörigen zu sorgen.“ Nachher sind noch sehr viele einberufen worden, und allem Anschein nach werden in Zukunft noch sehr viele zum Heeresdienste einberufen werden. Es kann sehr lange dauern und kann dahin kommen, daß nur sehr wenig gesunde Männer noch zu Hause bleiben. Jedenfalls ist das mit ein Grund, daß für das Leben derjenigen, die zu Hause geblieben sind, die notwendigen Lebensmittel nicht zu teuer, sondern möglichst billig verabreicht werden können. Wir haben alle Ursache, den Wucher in Lebensmitteln, der tatsächlich vorhanden ist, möglichst zu beseitigen. Wenn heute ein Arbeiter versucht, für die Arbeit, die er zu liefern hat, etwas mehr Lohn zu bekommen, weil er glaubt, mehr leisten zu müssen, wird ihm sehr leicht angedroht: „Wenn es dir nicht paßt, dann kannst du in den Schützengraben gehen.“ Meine Herren, diejenigen, die sich erlauben, uns die Lebensmittel zu verteuern, die gehören in den Schützengraben!

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Begründung seines Antrages, s. S. 235): Ich habe schon vorhin das Nötige erwähnt. Ich hoffe, daß infolge der von mir vorgeschlagenen Maßregel eine Verbilligung eintreten wird. Wenn die Produzenten hören, die Stadt selbst greift kräftig ein, dann werden sie sich besinnen und mit ihren Preisen soweit als möglich zurückgehen. Ich hoffe, daß es segensreich wirkt, wenn Sie meinen Antrag annehmen. Deshalb bitte ich: Unterstützen Sie meinen Antrag!

Vorsitzender: Der Antrag ist genügend unterstützt. Die Vorfrage, ob wir ihn gleich beraten wollen, ist schon erledigt, ebenso wie die Vorfrage betreffs der Anfrage des Herrn Ohlendorf.

Stadttrat **von Frankenberg:** Herr Ohlendorf wird morgen in unserem Stadtverteilungsausschuß Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß die Maßregel, die etwa vor Jahresfrist in Gestalt des Aufkaufs von Brotgetreide in Frage gekommen wäre, in diesem Jahre durch die Änderung der Gesetzgebung und der maßgebenden Verordnungen überflüssig geworden ist. Die geehrten Herren haben neulich mit uns in gemeinschaftlicher Versammlung den Verbandsausschuß für die Selbstwirtschaft zusammen mit dem Landkreise Braunschweig gewählt. Bei

• der Arbeitsteilung, die mit der Herzoglichen Kreisdirektion verabredet ist, befindet sich die Stadt Braunschweig in Zukunft in der Lage, daß sie den Mehlpriß für den Stadtbezirk Braunschweig aus eigener selbstwirtschaftlicher Erzeugung festsetzen kann, und zwar werden wir imstande sein, ihn wesentlich niedriger als bisher festzusetzen. Ich hoffe, erreichen zu können, daß nach gutachtlicher Anhörung des Stadtverteilungsausschusses der Preis für Roggenmehl um 4 *M* niedriger als gegenwärtig festgesetzt wird. Das bedeutet für das 4-Pfundbrot eine Verbilligung um 8—10 Pfg.; ich darf deshalb hoffen, daß es in Zukunft statt für 75 Pfg. zu 65 Pfg. wird verkauft werden können. Herr Ohlendorf wird morgen im Stadtverteilungsausschuß Gelegenheit haben, seine Sachkunde mit in die Wagichale zu werfen.

Das ist, was ich bezüglich des Brotes auf die Anfrage des Herrn Ohlendorf und den Antrag des Herrn Meyerhoff zu antworten habe. Im übrigen steht nichts entgegen, daß die verehrten Herren derartige Anträge annehmen. Es würde der Magistrat gemeinschaftlich mit dem verstärkten Finanzausschuß darüber zu befinden haben, wie weit er von einer derartigen Vollmacht Gebrauch machen wird. Auch wird morgen der Stadtverteilungsausschuß gutachtlich gehört werden, wie man zweckmäßig bei einigen Lebensmitteln (Feigwaren, Nudeln) und ferner für Hülsenfrüchte einen Bezug mit Hilfe der Reichsgetreidestelle und der Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin stattfinden lassen kann, allerdings nicht so, daß der Stadtmagistrat unter vollständiger Ausschaltung des Handels die Sache macht, denn das würden wir für einen sehr schweren Schlag gegen eine große Anzahl wirtschaftlicher Existenzen in Braunschweig halten, deren Daseinsberechtigung vollkommen anerkannt werden muß. Wir dachten die Sache so, daß wir nur den Bezug im großen zu niedrigen Preisen für die großen Abnehmer unter Festlegung bestimmter Höchstverkaufspreise vermitteln. Eine derartige Vermittlung hat kein großes Risiko und kostet auch nicht anderen Leuten das Brot in ihrem Handelsgeschäft, und das wollen wir ihnen ganz gewiß nicht aus der Hand nehmen.

In bezug auf die Kartoffeln ist es nicht unbedenklich, sofort zu verlangen, daß die Stadt alsbald einen Aufkauf bewirken soll. Ich glaube auch nicht, daß Herr Meyerhoff das im Auge hat. Er wird ebenso wie Herr Loeschigk wünschen, daß zunächst die Grundlage für einen derartigen stadtseitigen Ankauf im Wege der Festlegung von Höchstpreisen und im Wege der Handhabung des Beschlagnahmerechts geschaffen wird. In dem Gebiete der Stadt Braunschweig können wir nicht viel Kartoffeln in Beschlag nehmen, aber mit Hilfe der Regierung würde unser Arm weiter reichen. Erst wenn diese Möglichkeit geschaffen ist, würde vielleicht ein neues und, wie wir hoffen dürfen, etwas ersprißlicheres Kartoffelgeschäft als das verflossene ins Auge zu fassen sein. Wir lernen alle zu und wollen alle

zusammen arbeiten. Ich schätze die Mitarbeit der Herren im Stadtverteilungsausschuß ganz besonders, und wenn wir in Zukunft mit unsern Geschäften besser abschneiden als es bisher der Fall zu sein scheint, dann wollen wir den Krieg nicht einen unglückseligen nennen, sondern sagen: Der Krieg hat auch in wirtschaftlicher Beziehung uns erzogen.

Stadtv. Wesemeier: Schon vorhin habe ich angeführt, daß die meisten Kriegerfamilien kaum Fleisch auf ihrem Tische zu sehen bekommen. Wir haben deshalb um so mehr Ursache, Fleisch möglichst billig den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Ich stellte daher in der vorigen Sitzung die Anfrage, was der Magistrat zu tun gedenke, um das Abschlagsfleisch aus den Massenschlachtungen der hiesigen Bevölkerung nutzbar zu machen. Ich weiß, daß Herr Stadtrat von Frankenberg sich große Mühe gegeben hat, um das Fleisch von den damaligen Schlachtungen hier zu behalten. Es sind aber jetzt noch weit umfangreichere Schlachtungen im Gange und, soweit bekannt geworden ist, wird das Abschlagsfleisch von einem Tage in der Woche der hiesigen Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Nun möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob der Magistrat damit zu tun gehabt hat, und wie es gekommen ist, daß der Handwerkskammer dieses Abschlagsfleisch zum Vertrieb an die Konsumenten zur Verfügung gestellt ist, und zwar unter Bedingungen, die keinesfalls den Beifall der Bevölkerung finden können, sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Gerade der minderbemittelten Bevölkerung sollte dieses Abschlagsfleisch zur Verfügung gestellt werden, und die Handwerkskammer macht nur bekannt: „Wir haben dieses Fleisch zum Vertrieb übertragen bekommen.“ — Wieviel das ist, weiß keiner. „In unserer Handwerkskammer ist zu erfragen, wo es zu verkaufen ist, dort werden auch die Verkaufsscheine ausgegeben.“ In einer solchen Art und Weise verkauft man kein billiges Fleisch, und so kann man der ärmeren Bevölkerung nicht helfen, bei der doch auch Zeit Geld ist. Jedenfalls wäre es wünschenswert, wenn der Magistrat seine Kraft einsetzte, um hier eine Änderung herbeizuführen. Was für eine Art ist das: Kommt nach der Handwerkskammer, erfragt dort, wo die Läden sind, in denen das Fleisch zu erhalten ist!

Noch etwas anderes. Herr Ohlendorf hat schon von so manchen Sachen angeführt, wie die Preise gestiegen sind. Inwieweit die Preise für die Heringe, das Fleisch des armen Mannes, gestiegen sind, das ist einfach unerhört. Es liegt das vielleicht darin begründet, daß Schweden die Ausfuhr verboten hat und, soweit ich unterrichtet bin, auch Holland. Die Heringe, die im Juli vor dem Kriege die Tonne mit 28 *M* gehandelt wurden, kosteten im Juli dieses Jahres 69 *M*, und in den letzten Wochen 117 *M*. Sie sehen, in welcher ungeheuren Weise selbst das

geringste Nahrungsmittel verteuert wird. Wo das Geld stecken bleibt, das haben wir in Lübeck gesehen. Der Heringssfang ist dort so groß gewesen, daß das Pfund für 1 Pfg. verkauft ist. Ich glaube nicht, daß an den Herings wenig verdient wird. Wenn es möglich wäre, diesen Massenkonsumartikel in den Bereich der magistratlichen Fürsorge zu nehmen, so wäre das jedenfalls sehr dankenswert.

Stadtrat von Franzenberg: Die Verhandlungen wegen des Abchlags bei den Massenschlachtungen im städtischen Schlachthause sind von mir in dem Sinne, wie die Beschlußfassung hier gewesen war, geführt worden. Ich habe mit allem Nachdruck dahin zu wirken gesucht, daß der Abchlag den kleinen Leuten zugute kommt. Durch das Entgegenkommen von Herrn Heise ist es auch gelungen, den Abchlag eines Tages wöchentlich in der Stadt Braunschweig zu behalten. Ich habe mich aber allerdings nicht für berechtigt gehalten, in bezug auf die Einzelheiten bei der Durchführung der Abmachung gar zu sehr meinerseits Vorschriften zu machen, und bin auch jetzt nicht dazu in der Lage. Herr Heise ist ein freier Mann und wird die Sache so durchführen, wie er es für richtig hält. Er hatte sich zum Verkauf die Hilfe der Handwerkskammer gesichert, und es ist mir bekannt geworden, daß die Läden von einem Duzend Fleischerfrauen, deren Männer im Felde stehen, als Verkaufsstellen angenommen sind. Wenn die Handwerkskammer damit nach Ansicht des Herrn Wesemeier nicht in jeder Beziehung das Richtige getroffen hat, dann mag das daran liegen, daß es nicht leicht ist, eine derartige Menge leicht verderblicher Sachen auf die verschiedenen Stellen zu verteilen. Die Handwerkskammer liest sicher den Bericht über unsere Verhandlungen hier; sie wird aus dem, was wir heute gehört haben, jedenfalls manche Lehren ziehen, die vielleicht nützlich sind.

Stadtv. Wesemeier: Der Absatz dieses Fleisches wäre gefördert worden, wenn bekanntgemacht wäre: Dort ist es zu haben. Aber die Handwerkskammer sagt einfach: „Wir haben 11 Stellen dafür ausgesucht, erfragt sie euch!“ Mit demselben Atemzuge hätte sie auch bekanntgeben können: „Dort ist das Fleisch zu haben“, wenn sie nicht besondere Preise für den Verkauf des Fleisches wünscht. So etwas ist keine Fürsorge im Interesse der gesamten Bevölkerung.

Vielleicht wird es nötig, daß der Magistrat mit den Nachbarstädten in bezug auf Butterversorgung in Verbindung tritt. Wir haben in erfreulicher Weise durch Eingreifen der Polizeidirektion den Preis der Butter auf 2 *M* herabgedrückt gesehen. Aus dem Seesener Bericht geht hervor, daß die dortige Stadtverwaltung mit einer Molkerei verhandelt und dort ermittelt hat, wie teuer das Pfund Butter nach seinen Herstellungskosten sein muß. Darnach kommt das Pfund Butter, das aus 14 Liter Milch hergestellt wird, auf 1,60 *M* bis 1,70 *M*, und in der Höhe

wurde auch der Preis der Butter festgesetzt. Da erklärten die anderen Molkereibesitzer: „Wir gebrauchen zu einem Pfund Butter nur 13 Liter Milch“, und darauf ermäßigte sich der Butterpreis noch mehr. Die Kreisdirektion ist angegangen worden, Höchstpreise für Butter festzusetzen. Die lehnte das ab mit der Begründung, daß dann ein Abfluß der Butter nach den Großstädten erfolgen werde. Dieser Abfluß ist aber auch ohne Höchstpreisfestsetzung erfolgt, so daß ein Buttermangel in Seesen eintrat. Vielleicht ließe es sich ermöglichen, daß die Großstädte über die Butterversorgung miteinander in Verbindung treten. Um etwas Einheitliches zu schaffen, könnte wohl in Verbindung mit Hannover, Magdeburg, Nordhausen, Stendal auch für Braunschweig etwas erreicht werden, und vielleicht ließe es sich ermöglichen, den Preis noch weiter herabzusetzen, wie in Seesen. Die meisten Frauen kennen Butter nur noch, wenn sie sie in den Läden sehen.

Stadtv. Stegmann: über die Anfrage des Herrn Ohlendorf und den Antrag des Herrn Meyerhoff ist jetzt wohl genügend gesprochen worden. Ich möchte noch eine andere Angelegenheit zur Sprache bringen, weil ich es für nötig halte, daß da eingegriffen wird. Es ist mir von einem Herrn, der in der Markthalle viel zu tun hat, gesagt, daß es vielfach vorkomme, daß einige Händler und Schlachter, wenn Käufer gekommen sind, denen die Preise zu hoch waren, den Käufern nachgegangen sind und die anderen Händler mit drastischen Worten veranlaßt haben, unter keinen Umständen zu niedrigeren Preisen zu verkaufen. Dadurch soll wirklich erzielt sein, daß niedrigere Preise erhöht worden sind. Ich möchte dringend bitten, daß die Markthallenaufsäher angewiesen werden, darauf zu achten und solchen Leuten das Handwerk zu legen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich würde besonders dankbar sein, wenn derartige Fälle unter Festnagelung der Persönlichkeit uns mitgeteilt würden, so daß uns die Möglichkeit gegeben wird, die betreffenden Persönlichkeiten mit Hilfe der Polizeidirektion zu vernehmen. Sollte sich die Tatsache als erwiesen herausstellen, so glaube ich versprechen zu können, daß unsere Markthalle oder die Wochenmärkte für derartige Persönlichkeiten für längere Zeit nicht mehr zugänglich sein würden. Ich würde es für richtig halten, daß solche Leute, die der Bevölkerung das Geschäft verderben, als Unruhestifter ausgeschlossen werden, und möchte die Behörde sehen, die uns in den Arm fiele, wenn wir derartig vorgehen.

Dem Antrage Meyerhoff wird von der Versammlung zugestimmt.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¾ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. Oktober 1915.

Tagesordnung:

1. Aufnahme eines Prozesses, betreffend die städtische Feuerhilfe beim Brande der Roggenmühle in Lehdorf Seite 257
2. Antrag Wesemeier auf Erhöhung der Unterstützung an die Kriegerfamilien und Arbeitslosen aus Gemeindemitteln. " 259
3. Antrag Diekmann auf sofortige Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde " 282
4. Beschaffung von Rettungshaken an den Okerufern und -brücken " 284
5. Übersicht über die stadtseitig gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder im Rechnungsjahr 1914/15 " 285
6. Anschaffungen für das Schulmuseum. " 285
7. Wiederverpachtung des Akeröder Feldes. " 286
8. Abänderung der Bestimmungen über Abgabe von elektrischem Strom durch Münzzähler " 291
9. Erhebung eines Tilgungsbetrages von der Gemeinde Glesmarode wegen der Gasversorgung " 293
10. Stadtseitiger Ausbau von Straßenzügen südöstlich der Akerstraße. " 294
11. Rentabilitätsberechnungen für die Wirtschaften im Stadt- und im Bürgerparke " 298
12. Legung eines Wasserrohres in der Pfingststraße " 299
13. Beitritt der Stadt zum Kriegshilfsverein des Herzogtums Braunschweig für den Kreis Goldap " 299
14. Rechnungsübersichten für das Rechnungsjahr 1914/15 " 300
15. Gewährung eines Zuschusses an die kaufmännische Fortbildungsschule " 300

16. Zwangsentziehung einer Fläche an der projektierten Straße 328 (Altstadttring)	Seite 301
17. Antrag des Elektrizitätswerts auf Ermäßigung bzw. Erlaß von vertragsmäßig zu zahlenden Abgaben	" 302
18. Herstellung eines Asphaltbelags auf der Friedrich-Wilhelmstraße	" 305

Außer der Tagesordnung sind verhandelt:

19. Beurlaubung eines städtischen Arbeiters	" 307
20. Anfrage Bues über Stellungnahme des Magistrats, betreffend die Unterstützung der Fachschule des Vereins Braunschweiger Gastwirte	" 307
21. Dringlichkeitsantrag Wesemeier auf stadtseitige Unterstützung bedürftiger auf Urlaub in Braunschweig befindlicher Soldaten während der Kriegszeit	" 309
22. Antrag Bunge auf Belegung der Fußsteige der Kramer- und der Weststraße mit Platten	" 310
23. Antrag Kiefe, betreffend Einwirkung auf Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Lebensmittel durch die Landes- und Reichsbehörden	" 311
24. Antrag Diekmann auf Milberung oder Aufhebung der §§ 11, 71 und 76 der Straßenpolizeiordnung während des Krieges	" 314



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Heymann**, **Konegen**, **Mohr**, **Seele** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Hammer Schmidt**, **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**. — Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Hartung** und **Steinbrecher**.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gebe ich dem Herrn Oberbürgermeister das Wort zu einer Mitteilung.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Es ist mir heute ein Schreiben von der Zentralfstelle für Auslandsdienst zugegangen, worin der Kaiserliche Botschafter a. D. von Mumm seinem Danke Ausdruck gibt für die Aufnahme, die die ausländischen Journalisten hier gefunden haben. Besonderer Dank wird dafür ausgesprochen, daß es möglich gemacht ist, den ausländischen Vertreterstatlern in der kurzen Zeit einen interessanten Einblick in das wirtschaftliche Leben und nicht minder in die alten Kunstschätze unserer Stadt zu gewähren, so daß die Teilnehmer von der Reise

in hohem Maße befriedigt waren. Mit Dank wird hingewiesen auf die trefflichen Vorbereitungen und die sachkundige Führung.

Ich darf hier von diesem Schreiben Kenntnis geben. Es erübrigt danach wohl, den einzelnen in Betracht kommenden Stellen eine besondere Nachricht zugehen zu lassen.

Vorsitzender **Meyerhoff**: Ich habe zur Kenntnisaufnahme mitzuteilen, daß ein Anschreiben des Verkehrsvereins wegen der Errichtung eines Schwimmbades an die Versammlung eingegangen ist. Ich lege es auf den Tisch des Hauses nieder; wer von den Herren sich dafür interessiert, möge es einsehen.

Anknüpfend an unsere frühere Beratung über die Stellung von Nachtwagen zur Ankunft von Zügen habe ich mitzuteilen, daß ein Schreiben der Herzoglichen Polizeidirektion eingegangen ist, worin sie sagt, daß wegen Aufstellung von Nachtdroschken am Hauptbahnhof das Erforderliche veranlaßt ist.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Ich werde zuerst Herrn Stadtv. Kahlert das Wort zu Punkt 18 erteilen (Aufnahme eines Prozesses). Der Punkt eilt sehr, deshalb nehme ich ihn aus der Reihe heraus.

1. Aufnahme eines Prozesses, betreffend die städtische Feuerhilfe beim Brande der Roggenmühle in Lehdorf.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Es handelt sich in dem fraglichen Prozesse um den Brand der Roggenmühle in Lehdorf. Ich habe zwar den Verhandlungen am 29. Oktober vorigen Jahres nicht beigewohnt, konnte mich aber durch Einsicht in das vorliegende reichhaltige Aktenmaterial orientieren und bin auch zu der Überzeugung gekommen, daß den städtischen Behörden ein Vorwurf in irgend welcher Weise nicht gemacht werden kann. Es ist ja in hohem Grade bedauerlich, daß die Kornvorräte in unserem Lande einen so schweren Verlust erlitten haben, aber die Vorwürfe, welche man deswegen gegen den Magistrat hat erheben wollen, fallen doch auf die Roggenmühle selbst zurück. Ein solches Unternehmen mußte auf eine gute und ausreichende Feuerlöschhilfe im eigenen Betriebe halten und mußte in der Lage sein, mit Hilfe der zuständigen Feuerwehr ein ausbrechendes Schadenfeuer auf seinen Herd zu beschränken. Diese Überzeugung habe ich aus den Akten nicht gewinnen können.

Ich möchte, indem ich mich auf diese Worte beschränke, auf die Ausführungen des damaligen Referenten Herrn Sander verweisen und schließe mich seinen Ausführungen voll und ganz an.

Die Feuerversicherungs-gesellschaft Rheinland, die an der Versicherung der Roggenmühle beteiligt ist, glaubt nun, wegen nicht genügend geleisteter Löschhilfe einen Schadenersatzanspruch gegen die Stadt stellen zu können, und hat Klage auf Zahlung von 13 956,36 M., zuzüglich 4 Prozent Zinsen seit dem 7. November 1914 anhängig gemacht. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, der Aufnahme des Prozesses zuzustimmen, und die Statutenkommission, die sich mit der Vorberatung der Sache beschäftigt hat, ersucht die geehrten Herren, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Sander: Sehr interessant in dieser Sache ist, daß bei den Feuerversicherungs-gesellschaften, die den Schaden des Brandes der Roggenmühle zu tragen haben, auch zwei englische und eine französische vertreten sind, und daß die hier genannte deutsche Versicherungs-gesellschaft die Vertretung dieser Gesellschaften übernommen hat.

Stadtrat Heymann: Ich wollte zu den Worten des Herrn Vorredners erklärend bemerken, daß seine Mitteilung nicht ganz richtig ist. Es haben 14 oder 16 Gesellschaften zusammen die Versicherung der Roggenmühle übernommen und sind darnach prozentweise an dem Schaden beteiligt. So hat die Klägerin, die Versicherungs-gesellschaft Rheinland, die Versicherung von 4 Prozent des Schadens übernommen, und die in der Klage geforderte Summe repräsentiert diese 4 Prozent. Diese Klage hat also mit Forderungen der fremdländischen Versicherungen nichts zu tun.

Die Versammlung stimmt der Aufnahme der Klage zu.

Vorsitzender: Es sind folgende Anträge eingegangen:

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn W e s e m e i e r:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß allen nach hier während der Kriegszeit zur Erholung und zum Besuch ihrer Familien beurlaubten bedürftigen Soldaten aus städtischen Mitteln für die Dauer des Urlaubs auf Antrag 1,50 M. für jeden Tag ausgezahlt werden, den der Urlauber in der Stadt Braunschweig zubringt.“

Sodann ist schon vorher eine Anfrage des Herrn B u e s eingegangen. Sie lautet: „Dringliche Anfrage an den Magistrat. Ist der Antrag des Vereins Braunschweiger Gastwirte, der im Juni d. J. der Stadtverordnetenversammlung vorgelegen hat, betreffs Unterstützung seiner Fachschule, im Magistrat noch nicht beraten?“

Ferner ein Antrag des Herrn B u n g e:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Fußsteige der Kramerstraße und Weststraße mit Platten belegen zu lassen.“

Ich werde den Herren Antragstellern nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit geben, zu ihren Anträgen zu sprechen.

2. Antrag Wesemeier auf Erhöhung der Unterstützung an die Kriegerfamilien und Arbeitslosen aus Gemeindemitteln.

Stadtv. Schön: Der Antrag Wesemeier lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß die Unterstützung der bezugsberechtigten Kriegerfamilien und der Arbeitslosen aus Gemeindemitteln auf 100 Prozent der Reichsunterstützung erhöht wird.“

Die Vorberatung dieses Antrages hat vorgestern stattgefunden, und zwar in Verbindung mit der Beratung und Beschlußfassung der verstärkten Finanzkommission über zwei Anträge des Magistrats, welche die gleiche Sache betrafen. Einmal teilte der Magistrat der verstärkten Finanzkommission mit, daß der Bundesrat nunmehr beschlossen habe, den Reichsbeitrag zur Unterstützung der bedürftigen Kriegerfamilien vom 1. November ab um 25 Prozent zu erhöhen, d. h. für die Kriegerfrau von 12 *M* monatlich auf 15 *M* und für je ein Kind von 6 *M* auf 7,50 *M*. Der Magistrat ersuchte nun die verstärkte Finanzkommission, zuzustimmen, daß die Bewilligung des 50prozentigen städtischen Zuschusses auch auf diesen erhöhten Reichsbeitrag ausgedehnt werde. Diese Zustimmung wurde erteilt. Das bedeutet, daß die Kriegerfrau vom 1. November ab statt 6 *M* städtischen Zuschuß 7,50 *M* erhält, und daß für ein Kind statt 3 *M* je 3,75 *M* gezahlt werden. Es wird sich also die Unterstützung für die Frau künftig von 18 *M* auf 22,50 *M* erhöhen und die für das Kind von 9 *M* auf 11,25 *M*. Nebenbei bemerke ich, daß die finanziell Tragweite dieses Beschlusses sich dahin erstrecken wird, daß die Stadt, die jetzt monatlich rund 100 000 *M* zuzuschießen hat — der monatliche Gesamtaufwand für diese Unterstützungen beträgt augenblicklich 300 000 *M*, von 200 000 *M* das Reich trägt —, künftig für diese Unterstützungen 125 000 *M* im Monat ausgeben wird.

Als zweiten Punkt teilte der Magistrat mit, daß die dem Nationalen Frauendienst bis jetzt bewilligten 450 000 *M* aufgebraucht seien und eine weitere Erhöhung dieser Summe erforderlich sei. Der Magistrat ersuchte um die Zustimmung der verstärkten Finanzkommission, diese Summe von 450 000 *M* auf 600 000 *M* zu erhöhen. Auch diesem Ersuchen wurde stattgegeben.

Die im Anschluß an diese beiden Punkte vorgenommene Beratung des Antrages Wesemeier führte nach eingehender Erörterung zu dem Ergebnis, daß die Mehrheit der Finanzkommission beschloß, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen:

1. den Antrag Wesemeier abzulehnen und dem Beschluß der verstärkten Finanzkommission beizutreten, den 50prozentigen Zuschuß der Stadt auch auf den um 25 Prozent erhöhten Reichsbeitrag auszu dehnen;

2. den Magistrat zu ermächtigen, den auch nach diesen Erhöhungen und nach den übrigen Fürsorgeleistungen verbleibenden Notfällen nach Prüfung der bezüglichen Anträge durch weitere Unterstützungen abzu helfen. Bei dieser Prüfung soll der Arbeitsverdienst der zu unterstützenden Familien nur mit der Hälfte desjenigen Betrages angerechnet werden, der 20 *M* monatlich übersteigt.

Die Mehrheit der Finanzkommission ist zu der Ablehnung des Antrages Wesemeier nicht deshalb gelangt, weil sie sich vor der großen Summe gescheut hätte, deren Ausgabe aus der Annahme des Antrages folgen würde — es würde sich ja allerdings um einen Mehraufwand von monatlich 125 000 *M* handeln —, sondern sie ist dazu gelangt, weil sie die Überzeugung hat, daß auf diesem Wege nicht das erreicht wird, was erreicht werden soll, nämlich daß jeder Kriegerfamilie der notwendige Lebensunterhalt gewährleistet wird. Um dies zu erreichen, müssen die Lieferungsverbände Hand in Hand arbeiten mit der privaten Kriegsfürsorge, wie wir es hier durch die Beiträge an den Nationalen Frauendienst, wie auch durch die Mietbeiträge tun, die für das letzte Vierteljahr vom Oktober bis Dezember 40—50 000 *M* betragen haben.

Die gleichmäßigen Unterstützungsfälle haben den Vorteil, daß der Unterstützungszweck schneller erreicht wird, als wenn man jeden Fall einzeln prüft, was besonders im Anfange des Krieges von Bedeutung war. Man nimmt dabei in Kauf, daß man in manchen Fällen über den Rahmen des Notwendigen hinausgeht, aber auch in andern Fällen nicht immer die Grenze des Notwendigen erreicht. Niemand wird bestreiten, daß die letzteren Fälle auch bei uns vorhanden sind, und daß sie gerade bei der großen Teuerung, unter der wir leiden, an Zahl erheblich zugenommen haben.

Der Teuerung soll nun durch die 25prozentige Erhöhung des Reichsbeitrages und des städtischen Zuschusses begegnet werden, und dieser Teuerungszuschlag ist so gering nicht anzuschlagen, wie der Herr Antragsteller es in seiner Begründung getan hat. Handelt es sich hier doch um eine Summe von monatlich 75 000 *M*, und es ist doch ein Unterschied, ob man 300 000 *M* oder 375 000 *M* zu verteilen in der Lage ist. Wir haben ungefähr 10 000 Familien zu unterstützen, so daß auf eine Familie ein Teuerungszuschlag von monatlich 7 *M* kommt.

Daß damit nun nicht alle Notfälle aus der Welt geschafft sind, ist ohne weiteres zuzugeben, aber das würde auch durch den Antrag Wesemeier nicht erreicht werden, trotz des Mehraufwandes von 125 000 *M*, die er monatlich von der Stadt erfordern würde. In der Kommission wurde das an den Beispielen nachgewiesen, die der Herr Antragsteller in seiner Begründung angegeben hat. Der Herr Antragsteller hat darauf erwidert: das wisse er natürlich auch, aber die Notfälle würden durch Annahme seines Antrages doch vermindert und die Not gemildert werden. Das ist richtig; je höher die Summe ist, die wir für Unterstützung ausgeben, desto größer ist die Beschränkung der Notfälle. Aber der Weg, den der Antrag gewählt hat, muß als ein *unwirtschaftlicher* bezeichnet werden. Denn ebensowenig wie wir das Vorhandensein ungenügender Unterstützungsfälle bestreiten, ebensowenig kann bestritten werden, daß auch eine große Zahl der Unterstützung'n genügend ist, und es wird auch niemand bestreiten wollen, daß es recht wohl Fälle gibt, wo das notwendige Maß sogar überschritten ist. Ich habe in der Kommission ein Gleichnis gebraucht, das zwar der Herr Antragsteller abgelehnt hat, das ich aber trotzdem hier wiederholen will. Wenn wir auf einem Grundstück schädliche Vertiefungen haben, so werden wir die nicht dadurch beseitigen, daß wir eine Aufschüttung auf das ganze Grundstück vornehmen, sondern wir werden versuchen, durch Ausfüllung der Löcher abzuhelpen, und werden sogar unter Umständen erwägen, ob man nicht einen Teil des Füllmaterials von den Stellen nimmt, die zu hoch sind. Ähnlich ist es hier. Eine gleichmäßige Erhöhung der Unterstützungssätze wäre unwirtschaftlich, weil das Geld nicht immer an diejenigen Stellen kommen würde, die es am dringendsten bedürfen. Aus diesem Grunde ist die Mehrheit der Kommission zu einer Ablehnung des Antrages Wesemeier gelangt. Es muß bei weiteren Zuschüssen die Prüfung der einzelnen Fälle eintreten. Stellt sich heraus, daß trotz der amtlichen und privaten Fürsorge ein Bedürfnisfall nicht gehoben ist, so muß eben die Unterstützung erhöht werden. Denn gehoben muß er werden, das ist nicht nur unser aller Wille, das ist auch der Sinn des Gesetzes. Dabei muß allerdings erwartet werden, daß eine vernünftige Einschränkung geübt wird, wie sie in jeder Zeit von allen Seiten geübt werden muß. Es muß auch erwartet werden, daß man möglichst durch eigenen Verdienst den ausgefallenen Erwerb des eingezogenen Ernährers zu ersetzen sich bemüht, ohne hierbei allzu wählerisch zu sein. Wer arbeiten kann und nicht will, verdient keine Unterstützung. Daß die Arbeitsgelegenheit heute günstiger ist als im Anfange des Krieges, zeigt die zunehmende Verwendung von Frauen in der Industrie. Der Herr Antragsteller hat auf diesen Satz, den ich auch in der Kommission aussprach, erwidert, daß das nicht zutreffend sei, denn die Statistik der Arbeitsnachweise zeige, daß die Arbeitsgelegenheit für die Frauen keineswegs günstig

sei, da die Nachfrage nach Arbeit das Angebot an Arbeit überträfe. Es wurde vom Magistrat klargestellt, daß sich das in der Hauptsache darauf beziehe, daß die Nachfrage nach Dienstboten nachgelassen habe, weil das Bedürfnis an Dienstboten durch Einschränkungen der Haushalte ermäßigt worden ist. Andererseits konnte ich auf Beispiele aus der Industrie hinweisen, wo die Anwendung von Frauenarbeit außerordentlich zugenommen hat.

Um die Lust zum Arbeiten nicht durch zu hohe Anrechnung des Arbeitsverdienstes einzuschränken, ist in den Antrag der Kommission der Punkt aufgenommen, daß bei der Prüfung der Einzelfälle der Arbeitsverdienst nur in beschränkter Weise zur Anrechnung gebracht werden soll. Die ersten 20 *M* Arbeitsverdienst sollen ganz freigelassen werden, so daß kleine Arbeitsverdienste überhaupt nicht angerechnet werden, und der Verdienst, der über 20 *M* hinausgeht, soll nur zur Hälfte angerechnet werden. Das ist eine Maßregel, die auch von anderen Städten, wo vorher mehr angerechnet wurde, nach gesammelten Erfahrungen mehrfach angewendet wird.

Nun noch einige Worte zu dem Hinweis des Herrn Antragstellers auf solche Städte, die einen höheren Zuschuß als wir zahlen. Gewiß, es gibt Städte, die 100 Prozent und mehr zahlen, es gibt aber auch Städte, die ebenso wie wir 50 Prozent zahlen, und es gibt auch Städte genug, die weniger als 50 Prozent zahlen. Aus dem mir zu Gebote stehenden Material konnte ich in der Kommission mitteilen, daß die Zahl der über 50 Prozent zahlenden Städte nicht größer ist, als die derjenigen Städte, die 50 Prozent und darunter geben. Ich habe aus diesem Material aber auch die Überzeugung gewonnen, daß gerade die höher zuschießenden Städte meist eine ungleich schärfere Prüfung der Bedürftigkeit vornehmen als wir, und daß sie Kürzungen vorzunehmen pflegen, sobald die Bedürftigkeit wegen sonstigen Einkommens gemindert ist. Es heißt in der Regel nicht: Die Unterstützung beträgt 100 Prozent, sondern „bis zu 100 Prozent“, und es wird sofort gekürzt, wenn anderes Einkommen vorhanden ist. Auch wird in diesen Städten in den meisten Fällen — wenn nicht in allen — sehr scharf nachgeprüft, ob sich die Verhältnisse nicht geändert haben, und ob die Unterstützung noch nötig ist. Ich konnte in der Beziehung Beispiele aus den Städten Leipzig, Hannover und Frankfurt a. M. in der Kommission anführen, glaube Sie heute aber damit verschonen zu sollen. Wenn auf dieses Material einzugehen beliebt wird, so stehe ich im Laufe der Beratung damit zu Diensten. Es ist interessant, zu sehen, wie jede Stadt sich alle Mühe gibt, den Bedürfnissen zu entsprechen; aber es führen viele Wege nach Rom, man kann es so und auch anders machen. Jedenfalls habe ich die Überzeugung gewonnen, und ebenso die Mehrheit der Kommission, daß wir keinen Grund haben, von dem Wege, den wir gewählt haben, abzugehen. Ich bitte Sie

deshalb, dem Antrage der Mehrheit der Kommission zuzustimmen, den ich nochmals verlesen werde. (Redner verliest den Antrag der Kommission nochmals. Siehe S. 260.)

Stadtv. Wesemeier: Ich muß leider sagen, ich habe den Herrn Referenten sehr wenig verstehen können, so daß mir manches entgangen ist, was er gesagt hat. Die Herren müssen deshalb schon verzeihen, wenn in meiner Erwiderung einzelnes vorkommen sollte, was auf einem Mißverständnis beruht. Es scheint eine sehr schlechte Akustik im Saale zu sein; jedenfalls habe ich sehr schlecht verstanden, was der Herr Referent gesagt hat.

Der Herr Referent jagte von meinem Antrage, was gar nicht in dem Antrage liegt, nämlich, daß er die Not aus der Welt schaffen wolle. Das kann mein Antrag nicht. In seinem geringfügigen Umfange ist er absolut nicht imstande, die Not aus der Welt zu schaffen. Die Herren brauchen nur an die heutigen Lebensmittelpreise zu denken und an die Geringfügigkeit meines Unterstützungsvorschlages, nämlich eine Erhöhung der städtischen Unterstützung um 50 Prozent der Reichsunterstützung, also um 15 *M* für die Frau und 7,50 *M* für das Kind. Daß der Hunger nach wie vor in den Kriegerfamilien bleibt, wird durch meinen Antrag nicht verhindert. Es ist deshalb meiner Ansicht nach auch verkehrt, wenn der Herr Referent sagt, der Einfluß der Teuerung werde beseitigt durch die Erhöhung der Reichsunterstützung — so habe ich ihn verstanden, der Herr Referent schüttelt den Kopf. Ich habe ihn aber so verstanden, die Akustik muß schuld daran sein. Daß die Teuerung durch den Zuschlag von 25 Prozent auf die Sätze des Reichs aufgehoben wird, ist durchaus nicht der Fall. Das könnte vielleicht zutreffen, wenn man das letzte Viertel des vorigen Jahres, als eine Erhöhung der Sätze für die Sommermonate eintrat, in Betracht zieht. Aber der Satz, der an die Kriegerfamilien gezahlt wurde, ist schon im Verhältnis zu den Preisen, die für alle Lebensmittel verlangt werden, viel zu gering gewesen, so daß die 25 Prozent absolut keinen Vergleich mit der Steigerung der Lebensmittelpreise aushalten können.

Es ist auch falsch, wenn der Herr Referent sagt, es müßten eben auch von den Kriegerfrauen Einschränkungen geübt werden, wie jeder sich einschränken müsse. Wenn die Kriegerfrauen sich noch mehr einschränken sollen, als wie ich es nach den Wochenbudgets einer ganzen Anzahl von Kriegerfrauen in der vorigen Sitzung zur Verlesung gebracht habe, dann geht mir das Verständnis dafür ab. Ich habe noch eine ganze Reihe von Ausgabeberichten in Petto, die genau so kraß sind wie die schon von mir mitgeteilten. Sollen sich diese Familien, die keine Wurst, kein

Fleisch, keinen Speck, keine Butter, keinen Käse genießen können, noch mehr einschränken?

Der Herr Referent hat auch gesagt: Wer arbeiten will, kann Arbeit bekommen, kann verdienen und braucht solche Unterstützung nicht. Er hat ferner darauf hingewiesen, wie dies auch in der Kommission behauptet und auch vom Magistratsrath erklärt worden ist, daß die Arbeitsverhältnisse für die weiblichen Arbeiter heute günstiger seien, daß die Zahl der Stellenjuchenden im Verhältnis zu der Zahl der angebotenen Stellen ungünstig beeinflusst werde, weil das dienende Personal bestrebt sei, keine anderen Stellen als im Haushalte anzunehmen. Das ist eine falsche Meinung. Ich habe das Gegenteil schon in der Kommissionsitzung erklärt, und obgleich das vom Magistratsrath bestritten wurde, behaupte ich doch: Es ist nicht zutreffend, daß der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeiter günstig ist. Ich habe die amtliche Mitteilung vor mir, wie sie vom Arbeitsnachweis mir als Ausschußmitgliede zur Verfügung gestellt wird, und daraus ergibt sich das Gegenteil von dem, was der Herr Referent behauptet hat, und was in der Kommissionsitzung vom Magistratsrath — ich will annehmen, weil das Altenmaterial nicht zur Stelle war — falsch behauptet ist. Nach diesem Material, und zwar nach dem letzten Bericht vom September, sind im ganzen 455 arbeitjuchende weibliche Personen gemeldet, und 285 offene Stellen sind vorhanden gewesen. Sie sehen also, es ist ein ganz erheblicher Überschuß von Arbeitskräften über die offenen Stellen hinaus vorhanden. Nun wird behauptet, die im Häuslichen beschäftigt gewesen sein, bemühten sich nur wieder um Beschäftigung im häuslichen Dienste, aber sie wollten keine andere Arbeit annehmen. Ich werde den Beweis führen, daß dadurch die Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden. Es werden nach den einzelnen Berufen die Arbeitsjuchenden und die offenen Stellen aufgeführt. Da finden wir: Fabrikarbeiterinnen hatten sich 130 als arbeitslos gemeldet, wohl-gemerkt 130, es waren aber nur 78 Stellen offen. Will man da noch behaupten, daß die Arbeitsgelegenheit für weibliche Arbeiter in Braunschweig gut sei, wenn solch ein Mißverhältnis besteht? Die Zahl der Arbeitsjuchenden überwiegt die der offenen Stellen so sehr, daß sich allein für die Fabrikarbeiterinnen 167 Arbeitsjuchende auf 100 offene Stellen ergeben. Vergleichen Sie damit, was der Herr Referent gesagt hat, daß Arbeitsgelegenheit genügend vorhanden sei, wer Arbeit haben wolle, genügend Arbeit bekommen könne. Im häuslichen Dienst sind 76 Dienstboten und andere vom Hauspersonal als Arbeitsjuchende gemeldet, aber es sind nur 29 Stellen offen gewesen. Es sind meistens Dienstmädchen, von denen Sie zum großen Teil selbst nicht wünschen, daß sie in die Fabrik hineingehen. Ich denke an die Zeitungstimmen und an die Stimmen in den bürgerlichen Vereinen, die geklagt haben, daß die Dienstboten nicht mehr auf der Höhe seien, nicht den An-

sprüchen gerecht werden, und in denen beklagt wird, daß die Mädchen in Fabriken gehen. Es ist gar nicht der Wunsch Ihrer Kreise, daß Dienstmädchen zur Fabrik gehen. — Die Zahl der stellesuchenden Scheuer- und Waschfrauen ist 151 und nur 57 offene Stellen sind vorhanden. Bedenken Sie doch, daß die Scheuer- und Waschfrauen in ihrem Fach alt und grau geworden sind, daß sie nicht so leistungsfähig mehr sind, um in den Fabriken arbeiten zu können, daß es für sie nicht leicht ist, in Fabriken überhaupt unterzukommen. Ich weiß, daß jetzt Gießereiarbeiterinnen von einzelnen Metallwarenfabriken angefordert werden. Wieviel Arbeiterinnen aber werden dort zurückgewiesen, weil sie nicht gebraucht werden können. Sind diese nun faul? Wenn Sie Faulheit suchen wollen, dann gehen Sie in den Nachmittagsstunden über den Bohlweg an dem neuen Kaffeehause vorbei (Sehr richtig!), da werden Sie sehen, wo faule Leute zu finden sind! Unter den Arbeiterinnen aber werden Sie diese nicht so sehr viel finden. An Tagelöhnerinnen aller Art sind 29 Arbeiterinnen angeschrieben, die sich als Arbeitsuchende gemeldet haben. Offene Stellen sind 31 vorhanden, das sind zwei offene Stellen mehr als Arbeiterinnen vorhanden. Das einzige Unterangebot von weiblichen Arbeitskräften war in der Landwirtschaft und im Handelsgewerbe zu finden. In der Landwirtschaft gab es 36 Arbeiterinnen, die sich gemeldet hatten, und 51 offene Stellen waren vorhanden. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß die Kriegerfrauen aus der Stadt ohne weiteres imstande sind, die Landarbeit zu versehen? Daß sie womöglich eine Wohnung dort mieten sollen, um die Landarbeit verrichten zu können? In einzelnen Fällen mag das wohl angehen, wenn sie Familienangehörige draußen finden, aber von der großen Mehrzahl der Kriegerfrauen können Sie nicht erwarten, daß sie auf das Land gehen und dort Arbeit verrichten, die ihnen vollständig fremd liegt. Außerdem ist die Zahl der offenen Stellen nur um 15 höher als das Angebot der Arbeitskräfte. Schließlich folgt das Handelsgewerbe, in dem auch die Zahl der offenen Stellen die der Arbeitsuchenden um 15 überwiegt. Das sind meistens Personen, die im Kontor gebraucht werden. Und selbst nicht einmal als Verkäuferinnen würden die Kriegerfrauen im allgemeinen zu gebrauchen sein.

Ich beweise Ihnen also schon aus diesen Zahlen, daß es falsch ist, was in der Kommission gesagt ist, und wiederhole entgegen dem, was vom Magistratsrathe gesagt ist: der Arbeitsmangel ist ganz erheblich und wird nicht dadurch hervorgerufen, daß die weiblichen Arbeitskräfte nur als Dienstboten in Stellung gehen wollen. Die Schlüsse, die die Kommission aus dieser Meinung gezogen hat, müßte sie einer Revision unterziehen. Wenn dies die Begründung des Beschlusses der Kommission gewesen sein sollte, dann müssen die Kommissionsmitglieder diesen Beschluß oder

ihre Überzeugung ändern, da diese amtlichen Zahlen, die ich angeführt habe, als unanfechtbar gelten müssen.

Es ist auch in der Kommission gesagt worden, daß wir zu der Mehrzahl der Städte gehörten, die 50 Prozent Zuschuß zu den Reichsunterstützungen gewähren. Ich habe die Zahlen nicht nachgeprüft, glaube das aber ohne weiteres dem Herrn Referenten. Von 60 Fällen, die er geprüft hat, sind 31 Fälle, die bis zu 50 Prozent der Reichsunterstützung als städtische Zubeuße den Kriegerfrauen gewähren, 29 Städte, die über 50 bis 100 Prozent gewähren. Der Herr Referent behauptet nun, daß in alle den Städten — wenn ich recht verstanden habe —, die über 50 Prozent Gemeindezuschlag gewähren, die einzelnen Unterstützungsfälle bedeutend schärfer geprüft werden als bei uns. Ich bestreite diesen Satz in dieser Allgemeinheit. Ich gebe zu: In einzelnen Städten mag das der Fall sein, wenn aber in der Allgemeinheit diese Behauptung aufgestellt wird, so muß ich sie entschieden bestreiten.

Ich will Ihnen auch beweisen, daß Sie mit dem Antrage aus der Kommission direkt eine Verschlechterung für die Kriegerfrau herbeiführen werden, ob das Wollen dabei in Berücksichtigung kommt, weiß ich nicht, aber es geschieht unter allen Umständen. In der offiziellen Notiz, die die Erhöhung der Reichsunterstützung für die Kriegerfamilien mitteilte, war unten am Schluß zu lesen, daß die Reichsregierung erwartet: die Gemeinden dürfen nicht diesen Satz, den die Reichsregierung mehr gewährt, zu ihren Gunsten zu sparen versuchen. Das geschieht aber in Braunschweig, und zwar durch den Antrag der Kommission; das will ich rechnerisch nachweisen. (Unruhe.) Sie mögen darüber jetzt schon lachen und nachher noch mehr! Sie mögen prüfen, meine Zahlen stimmen ganz genau. Nach dem Kommissionsantrage verlangen Sie, daß 20 *M* Lohn, den die Frauen verdienen, außer Berechnung bleiben, und daß der Arbeitsverdienst über 20 *M* zur Hälfte angerechnet wird. Dadurch bewirken Sie tatsächlich eine Verschlechterung der Unterstützung für die Hälfte der Kriegerfrauen bis zu einem gewissen Grade. Nach dem alten Unterstützungssatze erhält eine alleinstehende Kriegerfrau 18 *M*. Mit 40 *M* Monatsverdienst hat sie 58 *M* Einkommen. Nach dem neueren Satze erhält sie an Reichsunterstützung und 50 Prozent Gemeindezuschlag zusammen 22,50 *M*. Es werden ihr aber 10 *M* von den 40 *M* Arbeitsverdienst abgezogen. 40 *M* und 22,50 *M* = 62,50 *M*, davon der Abzug von 10 *M*, bleibt 52,50 *M*. Das wird das monatliche Einkommen der Frau sein, also 5,50 *M* weniger, als sie bekommen würde, wenn diese 10 *M* nicht abgezogen würden. (Widerspruch.) Herr Munte scheint das nicht begriffen zu haben! (Zuruf: Sie haben den Kommissionsantrag falsch verstanden!)

Eine Frau mit einem Kinde hat bei einem Monatsverdienst von 40 *M* (den lege ich eben allen Berechnungen zugrunde, denn es bleibt das Verhältnis gleich,

ob ich 50 oder 60 *M* als Monatsverdienst annehme) bei dem alten Satze, wo die 40 *M* nicht angerechnet werden, ein monatliches Einkommen von 27 *M* + 40 *M* = 67 *M*, nach der neuen Berechnung: 22,50 *M* + 11,25 *M* für das Kind + 40 *M* = 73,75 *M*. Davon der Abzug von 10 *M* bleiben 63,75 *M*, sie hat also 3,75 *M* weniger, als wenn die 10 *M* nicht angerechnet werden — wieder ein Beweis dafür, daß Ihr Beschluß eine Verschlechterung bedeutet.

Die Kriegerfrau mit zwei Kindern bekommt 1 *M* weniger, sie bekommt 76 *M* nach der alten Berechnung, nach der neuen unter Anrechnung von 10 *M* 75 *M*. Erst bei einer Familie mit drei Kindern ändert sich das Exempel, da erhält die Frau, wenn diese 10 *M* angerechnet werden, 1,25 *M* mehr als früher, also nur 1,25 *M*. Bei vier Kindern erhält die Frau 3,50 *M* mehr als früher, bei fünf Kindern 5,75 *M* und bei sechs Kindern 8 *M* mehr. Wir werden also trotz der erhöhten Unterstützung, wenn der Beschluß der Kommission angenommen wird, unseren Kriegerfamilien mit sechs Kindern im ganzen 1,14 *M* pro Person im Monat oder 3½ Pfennig pro Kopf und Tag mehr zahlen. Das ist das Exempel. Herr Oberbürgermeister, rechnen Sie nach!

(Zwischenruf des Herrn Oberbürgermeisters: Sie haben vollständig falsch verstanden. Die Akustik war schlecht, das ist ganz richtig. Sie sind entschuldigt.)

Der Antrag der Kommission lautet so, daß von dem Monatslohn 20 *M* nicht in Anrechnung gebracht werden sollen und von dem Verdienst über 20 *M* die Hälfte auf die Unterstützung angerechnet wird, und darnach habe ich mein Exempel aufgestellt. Mit einem solchen Antrage kann ich mich nicht einverstanden erklären. Daß ein solcher Antrag hier durchgehen sollte, daß überhaupt der Arbeitslohn in Anrechnung gebracht wird, ist eine Ungerechtigkeit. Die Forderung der Anrechnung wird damit begründet, daß die Arbeitslust gefördert werden soll. Die Arbeitslust bei dem größten Teile der Kriegerfrauen braucht man wahrhaftig nicht zu fördern, und hinzu kommt, was ich zu beachten bitte, daß es einen großen Teil von Kriegerfrauen gibt, denen es nicht möglich wäre, zur Arbeit zu gehen, wenn die Kinder nicht ganz verwahrlosten sollen. Verwahrlosung der Jugend ist schon überreichlich vorhanden, und wir haben alle Ursache, darauf zu sehen, daß sie nicht noch mehr um sich greift. Es ist doch zweifellos, daß die Verwahrlosung der Jugend, über die heute alle Welt klagt, nur die Folge der geringen Beaufsichtigung der Kinder ist. Schon aus diesem Grunde kann man nicht von den Kriegerfamilien in der Allgemeinheit verlangen, daß sie Arbeitsverdienst suchen, und kann nicht sagen: Wer arbeiten will, kann arbeiten und hat Verdienst. Das ist ein Grundsatz, den ich besonders auf unsere Kriegerfrauen nicht angewendet sehen möchte, abgesehen davon, daß er überhaupt falsch ist, weil Arbeitsgelegenheit gar nicht in dem Maße vorhanden ist.

Bei dem Kommissionsantrage, meinen Antrag, 100 Prozent Gemeindezuschlag zu gewähren, abzulehnen, gibt meiner Ansicht nach einerseits, obgleich das Gegenteil behauptet wird, die finanzielle Seite der Frage den Ausschlag, und andererseits wird gesagt, es gebe eine ganze Zahl von Familien, die so reichlich unterstützt würden, daß es unrecht sei, ihnen die 100 Prozent Gemeindezuschlag zu gewähren. Wenn man die Zahl derjenigen Kriegerfamilien, von denen man annimmt, daß sie schon heute reichlich unterstützt sind, wirklich feststellen würde, so würde sie sehr zusammenschrumpfen im Verhältnis zu der großen Zahl der Kriegerfamilien, die überhaupt als bedürftig betrachtet werden und Unterstützung erhalten. Auch die finanzielle Seite der Frage schreckt mich absolut nicht. Wir brauchen es nicht zu scheuen, wenn nach meinem Antrage der Stadt eine Schuld aufgehäuft wird. Wir brauchen es nicht zu scheuen, auch den uns nachkommenden Generationen etwas aufzulegen von der Last des Krieges, der heute unser ganzes Volk so arg bedrückt. Es ist nicht nötig, daß wir alle die Kosten tragen. Möge man Anleihen aufnehmen, um die Unterstützung der notleidenden Bevölkerung herbeizuführen, und dann von späteren Generationen diese Anleihen decken lassen. Die Hauptsache ist, daß man die Familien so unterstützt, daß die Not nicht so kraß bleibt, wie sie heute ist. Herr Stadtverordneter Lauer war es, der in der ersten Sitzung nach Kriegsbeginn hier erklärte: „Meine Herren, ich warne Sie, ich bitte Sie, die Unterstützungssätze so zu bemessen, daß es nicht vorkommen kann, daß die Bäckerläden gestürmt werden“ usw. usw. Ich merkte damals, es war allgemeine Entrüstung unter Ihnen vorhanden über diese Worte. Und doch ist es so gekommen. Heute herrscht der Hunger unter den meisten Kriegerfrauen und nichts als Hunger! Verlassen Sie sich nicht auf die Auskunft vom Nationalen Frauendienst! Suchen Sie die Familien selbst auf, und Sie werden finden, wie sie leben. Die Kriegerfrauen wollen keine erbettelten Dinge, wie sie vom Nationalen Frauendienst ausgegeben werden. Es wird ihnen in der Gewerbeschule gesagt: „Sie haben kein Recht, Unterstützung zu verlangen. Wenn wir etwas geben, so geschieht es aus gutem Willen.“ Das ist nicht richtig. Unsere Kriegerfrauen haben das Recht, eine volle Unterstützung zu verlangen, so leben zu können, daß sie nicht verhungern. Man hat ihnen den Mann genommen, und dafür muß Ersatz geschaffen werden. Herr Lauer weiß Bescheid, wie heute die Not groß ist. Als Zeitungsmensch — ich darf mir wohl einmal den Ausdruck erlauben — weiß er, wie in einzelnen Städten die Dinge gewesen sind, daß die Frauen zu Hunderten und Tausenden handgreiflich Protest eingelegt haben, daß aber den Zeitungen verboten ist, darüber zu berichten, daß in Berlin, Chemnitz, Rassel solche bedauerlichen Vorkommnisse passiert sind. Übermut ist es nicht gewesen, der die Frauen dazu getrieben hat. Sie können sie daran verhindern, wenn ihnen die Unterstützung an-

gemessen gewährt wird. Es ist noch zu gering, wenn Sie, wie es mein Antrag will, einer Frau 30 *M* Unterstützung zahlen und für das Kind 15 *M*. Das ist 1 *M* pro Tag für Lebensunterhalt. Auch wenn Sie noch Mietzuschuß zahlen, wenn auch in der Kommission gesagt worden ist, daß der Nationale Frauendienst mit eintritt, daß wir die Gemeindepflege usw. haben, so ist vergessen, zu sagen, daß wir auch noch eine Armenpflege haben. Das sind aber keine Dinge, auf die die Kriegsfrauen ein Recht haben, Anspruch zu machen. Hier gilt es, ihnen ein Recht zu gewähren.

Vorsitzender: Ehe ich weiteren Rednern das Wort gebe, muß ich zwei Ausdrücke bemängeln, die dem Herrn Vorredner gewiß nur entschlüpft sind. Er sagte, er wüßte nicht, ob es die Kommission gewollt hätte, daß die Unterstützung in Zukunft eine geringere wäre, und sodann: Herr Munte schiene seine Äußerungen nicht begriffen zu haben. Ich würde die Ausdrücke gerügt haben, aber ich glaube, sie sind dem Herrn Redner nur in der Eile entschlüpft.

Stadtrat von Franckenberg: Je länger der Krieg dauert, um so mehr müssen alle Kreise der Bevölkerung zusammenstehen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Das gilt nicht nur von dem Kampfe draußen, das gilt auch von den Schwierigkeiten im Inlande, und insofern stimme ich durchaus mit dem Ziele, dem Herr Wesemeier zustrebt, überein. Ohne jede Schärfe erkenne ich an, daß es eine in der Dauer des Krieges gesteigerte Schwierigkeit ist, diese Unterstützungsfrage sachgemäß zu regeln. Wenn ich nun das Ziel, wie es Herrn Wesemeier vorschwebt, um mich seiner Darstellungsweise nach Möglichkeit anzupassen, zahlenmäßig mit 100 bezeichne, dann sind wir diesem Ziele durch die Neuerungen, die getroffen sind, jetzt schon um ein Erhebliches näher gerückt. Wir waren, als Herr Wesemeier seinen Antrag stellte, dadurch, daß wir dem alten Reichszuschuß 50 Prozent Stadtbeihilfe zulegten, von dem Ziele noch ziemlich weit entfernt; wir gewährten — zahlenmäßig ausgedrückt — nur 75 statt der 100, die Herr Wesemeier haben wollte. Jetzt hat nun aber ein Bundesgenosse, auf den Herr Wesemeier nicht gerechnet hat, der Bundesrat, die Vorschrift getroffen, daß die Reichsunterstützung erhöht werden soll, und es hat auch der Stadtmagistrat in Übereinstimmung mit dem verstärkten Finanzausschuß sich schlüssig gemacht, den Schritt des Bundesrats betreffs der städtischen Unterstützung mitzumachen. Wir sind dadurch von der Zahl 75 um ein Viertel von 75 dem Ziele näher gerückt, also um 18,25, so daß wir jetzt von der Wesemeierschen Zahl 100 mit 93,25 nur um 6,75 entfernt sind. Diese 6¾ Prozent werden aber nach meiner Ansicht vollaus, ja im Übermaß aufgewogen durch die Mehrleistungen, die inzwischen, ohne daß der Herr Antragsteller Wese-

meier das so genau überschauen konnte, sich im Wege der erweiterten Fürsorge herausgestellt haben. Die Mietbeihilfe, zuerst mit 15 000, 20 000 *M* einsetzend, hat jetzt den Betrag von vierteljährlich rund 45 000 *M*, also monatlich 15 000 *M* erreicht. Auch die fürsorgende Tätigkeit des Nationalen Frauendienstes hat sich von Monat zu Monat gesteigert. Daraus geht deutlich hervor, daß jene $6\frac{3}{4}$ Prozent oder die 25 000 *M*, die nach dem Antrage Wesemeier noch gefehlt hätten, längst erreicht sind. Was insbesondere die Leistungen des Nationalen Frauendienstes betrifft, so ist es vielleicht für manchen der Herren nicht wertlos zu hören, daß in einem der letzten Monate ausgegeben sind für Milch 30 500 *M*, für Kartoffeln 13 000 *M*, für Brot 18 200 *M*, für Schmalz und Margarine 4800 *M*, für Marmelade 4200 *M*, für Kolonialwaren 8900 *M* usw. Die Gesamtzahl der dort unterstützten Familien ist ungefähr der dritte Teil derjenigen, die die Stadt unterstützt, 3500 Familien. Man wird anerkennen müssen, daß auf diese Weise eine große Summe von Familienhilfe gewährt wird.

Ich weiß wohl, daß es Herrn Wesemeier und seinen Freunden nicht erwünscht erscheint, diese Hilfe in das Gewand einer Wohltätigkeits- oder Kriegswohlfahrtsmaßregel zu kleiden. Es wäre ihm erwünschter, wenn ein Recht eingeräumt würde, das man verlangen kann, das man nötigenfalls im Beschwerdewege erstreiten kann. Dennoch bitte ich zu berücksichtigen, wie unendlich wertvoll diese Hilfe ist durch die Hände, von denen sie ausgeht, durch die Instanz, die darüber Beschluß faßt: unsere Braunschweiger Frauen, die seit fünf Vierteljahren mit rührender Aufopferung bestrebt sind, jedem einzelnen Falle der Bedürftigkeit nach Möglichkeit nachzugehen und ihm gerecht zu werden mit demjenigen seinen Herzenstakt, den wir Männern bei aller Mühe nicht beibringen werden, ich nicht, Herr Wesemeier nicht und wir alle nicht. Das ist eine Sache, die den Frauen vorbehalten ist, und die wir ihnen nicht nehmen wollen. Wenn wir uns alle zusammen-täten und die besten Bürger der Stadt einluden in 20, 40 Ausschüssen zusammen zu arbeiten, so würden wir doch das nicht erreichen, was unsere Braunschweiger Frauen im Nationalen Frauendienst erreicht haben.

Aber nicht nur wegen dieser Form und wegen des Geistes, der aus jener Tätigkeit heraus spricht, sondern auch wegen der Art der Zuwendungen ist der Nationale Frauendienst so wichtig. Nicht in barem Gelde, sondern — was heutzutage so unendlich wertvoll ist — in Lebensmitteln und Gewährung von Arbeitsgelegenheit (Näh- und Strickarbeiten) wird diese Hilfe dargeboten, während sie nur zu geringem Teile in Barmitteln gewährt wird. Das erstere ist das Hauptmittel, das überall im höchsten Grade willkommen ist. Es ist nicht gleichgültig, ob dem Nachsuchenden Schmalz, Kartoffeln und Milch gegeben wird, oder ob gesagt wird: Hier hast du 3 *M*, sieh zu, wo du vielleicht Milch bekommen kannst oder auch dir

vielleicht eine Absage einholst. Ich bin darüber unterrichtet, daß gerade durch die weitherzigen Bewilligungen des Nationalen Frauendienstes, dem wir gewiß keinen Vorwurf deshalb machen wollen, jetzt häufig Milchknappheit aufgetreten ist. Das ist nicht ein Zeichen dafür, daß es den bedürftigen Kriegerfamilien bei uns in Braunschweig schlecht geht, sondern daß im angemessenen Verhältnis zum Allgemeinen den bedürftigen Kriegerfamilien eine ausgiebige Berücksichtigung zuteil wird, und das scheint dafür zu sprechen, daß wir den Weg gehen, den die Kommission vorgeschlagen hat.

Auf das Mißverständnis, daß Herrn Wesemeier in der Hitze des Gefechts untergelaufen ist, brauche ich nicht näher einzugehen; Herr Stadtv. Schön ist Manns genug, sich selber zu verteidigen. Ich habe die Darlegungen des Herrn Referenten selbstverständlich so aufgefaßt, daß der 25prozentige Zuschlag ungekürzt allen in Betracht kommenden Familien in bar gewährt werden soll, daß aber die Mehrleistungen des Nationalen Frauendienstes, die etwaigen Mehrleistungen der Stadtverwaltung bei besonderer Bedürftigkeit, Krankheit der Familienmitglieder usw. abhängig gemacht werden sollen von der Prüfung der Voraussetzung, bei denen ein über 20 *M* hinausgehender Arbeitsverdienst in Betracht gezogen werden soll. Der Herr Berichterstatter bestätigt mir eben, daß ich seinen Ausführungen mit Glück gefolgt bin.

Ich glaube, meine Herren, Sie werden nichts Besseres tun können, als auch in Zukunft das gemischte Verfahren der Braunschweiger Stadtverwaltung zu billigen, das nach allen meinen Beobachtungen und nach dem Vergleich mit dem in anderen Städten Vorhandenen den Vorzug verdient. Unendlich häufig bekommen wir wegen derjenigen Familien, die bei Kriegsausbruch aus anderen Wohnorten nach Braunschweig übergesiedelt sind, sehr ins einzelne gehende, kleinliche und peinliche Fragen darüber, wie sich inzwischen die Verhältnisse entwickelt haben, und ob nicht vielleicht für die auswärtige Stadtverwaltung Anlaß vorläge, den betreffenden Familien den Brotkorb höher zu hängen. Glauben Sie, daß wir derartige Anfragen in den Fällen, wo Familien von hier verziehen, nach auswärts richten? Ich möchte diejenigen, die nach auswärts verziehen, in bezug auf gesicherte Weitergewährung ihrer bisherigen Bezüge nicht schlechter stellen als diejenigen, die hier bleiben und ihre Unterstützung hier verzehren. Ich glaube, daß in dieser Beziehung unser Verfahren doch manche großen Vorzüge bietet. Ähnlich wie eine Rente, Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrente, so ist diese Kriegsbeihilfe, wenn der Stadtzuschlag auch nur 50 Prozent beträgt, ein gesichertes, fortlaufendes Recht in unserer schwierigen wirtschaftlichen Zeit, mit dem die Kriegerfrau und auch der Krieger draußen rechnen kann. Daneben ist damit zu rechnen, daß bei Bedürftigkeit eine Mehrverwilligung durch den Nationalen Frauendienst erfolgt. Die An-

passung an den Einzelfall, da, wo besondere Bedürftigkeit besteht, also in einem Drittel der Fälle, mit Hilfe des Nationalen Frauendienstes verdient ohne Zweifel den Vorzug vor der Schablone, wie sie Herr Wesemeier eingeführt zu sehen wünscht. Vor allen Dingen möchte ich aufs dringendste davor warnen, anzunehmen, daß zwar 100 Prozent als städtischer Beitrag gewährt wird, aber nur als Höchstbetrag, und daß man da, wo das zu viel zu sein scheint, mit der Schere darangeht, um die Unterstützung zu kürzen. So gehen manche Städte vor, die mit 100 Prozent auf dem Papier stehen, in einer großen Zahl von Fällen aber in Wirklichkeit noch nicht die 50 Prozent gewähren, die wir hier eingeführt haben.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken: Ich habe vom ersten Tage seit Kriegsausbruch an mit besonderer Freude und Genugtuung zusammen mit dem Nationalen Frauendienst diese Aufgabe so gerecht und billig wie möglich zu erfüllen versucht. Daß einem das nicht in jeder Richtung gelingen kann, liegt an der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen. Ich habe aber die feste Überzeugung, daß wir auf dem Wege, den wir eingeschlagen haben, am sichersten vorgehen, wenn wir gleichzeitig diejenigen Ergänzungen vornehmen, wie sie von der Kommission vorgeschlagen werden, und so möchte ich den geehrten Herren empfehlen, dem Kommissionsvorschlage vor dem wohlgemeinten Antrage des Herrn Wesemeier den Vorzug zu geben.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Geschäftsordnung): Es wird für die weiter folgende Debatte wesentlich sein, den Herrn Referenten zu ersuchen, nochmals den Kommissionsantrag zu verlesen.

Stadtv. **Schön**: Der Antrag der Kommission lautet: (Verlesen, siehe S. 260.)

Ich habe um das Wort gebeten, weil der Herr Antragsteller bei seiner Entgegnung von vornherein erwähnt hat, daß er manche meiner Darlegungen nicht deutlich gehört und verstanden habe. Ich bedaure das; ob daran die Akustik des Hauses oder die süddeutsche Färbung meiner Sprache schuld ist, weiß ich nicht, will aber die einzelnen Punkte, die Herr Wesemeier angeführt hat, jetzt besprechen, soweit ich sie mir notiert habe.

Ich habe ausdrücklich gesagt — und möchte nicht, daß irgendwie eine andere Meinung aufkäme —, daß es nicht meine Ansicht sei, daß die Kriegerfrauen mit 18 oder 22,50 M auskommen sollen. Daran wird niemand denken. Ich habe sofort im Anfange meiner Ausführungen erwähnt, daß der Zweck der Unterstützungen nur erreicht werden kann, wenn die Lieferungsverbände — in unserem Falle die Stadtverwaltung — mit der privaten Fürsorge Hand in Hand gehen. Wir haben bis jetzt nicht viel unter drei Millionen Mark

für die amtlichen Unterstützungen ausgegeben, daneben haben wir aber noch 600 000 *M* — das sind 20 Prozent — dem Nationalen Frauendienst zur Verfügung gestellt. Daraus geht schon hervor, daß man nicht mit den 18 *M* oder 22,50 *M* allein die Kriegerfrauen auskommen zu lassen gedenkt, abgesehen von den Mietunterstützungen und sonstigen Aufwendungen.

Ich habe ferner nicht gesagt — wie Herr Wesemeier verstanden zu haben scheint —, daß durch die 25prozentige Erhöhung die Einflüsse der bedauernswerten Teuerung beseitigt werden können. Es soll ihr nur damit begegnet werden, und dazu sagte ich, daß das nicht zu verachten sei. Ich darf wohl hinzufügen: Ein großer Teil unserer Bevölkerung, die kleinen Beamten, Gewerbetreibenden, die Arbeiter, die in Arbeit stehen, würden jedenfalls recht dankbar sein für einen solchen 25prozentigen Teuerungszuschlag. Überall hilft man, aber 25 Prozent Zuschlag werden wohl selten herauskommen; man ist in der Regel froh, wenn man 10 bis 15 Prozent gewähren kann. Ganz ausdrücklich habe ich gesagt, daß niemand daran denken werde, daß durch diesen Zuschlag die Bedürfnisfälle aus der Welt geschafft sind.

Was sodann die Einschränkung betrifft, so scheine ich auch da nicht recht verstanden zu sein. Wenn ich gesagt habe, bei der Prüfung werde man selbstverständlich erwarten, daß die jeder Familie zukommende Einschränkung beobachtet wird, so wollte ich nicht damit sagen: Man kann solchen Familien ohne weiteres aufgeben: „Du mußt dich noch weiter einschränken.“ Aber es ist und bleibt so: Man wird darauf sehen dürfen, ob das Geld, das man weiter zuschießt, auch richtig und wirtschaftlich angewandt wird. Man wird — ich habe in der Kommission schon darauf aufmerksam gemacht — das Recht haben, zu prüfen. Wenn man die Beispiele ansieht, die der Herr Antragsteller in seiner Begründung gebracht hat, so muß doch auffallen, daß in dem Falle I eine Frau mit drei Kindern 111 *M* gebraucht und im Falle III eine Frau mit sechs Kindern nur 91 *M*. Ich meine deshalb: Ein Recht muß die Behörde haben, zu prüfen, ob auch richtig gewirtschaftet wird. So ist das Wort Einschränkung zu verstehen. Nicht glauben darf man, daß man so fortleben kann, wie man es im Frieden gewöhnt war.

Nun die Hauptsache! Der Herr Antragsteller hat sich aufgehalten über den Satz: „Wer arbeiten kann und nicht will, verdient auch keine Unterstützung.“ In dem Worte „kann“ liegt alles ausgedrückt. Ich habe diesen Satz nicht selber geprägt, sondern er ist aus einer der Bestimmungen — ich glaube der Leipziger — entnommen, die jene Stadt ihren Unterstützungskommissionen an die Hand gegeben hat. Dieses Wort „kann“ gibt den rechten Spielraum. Es ist nicht gesagt: „Der, dem Arbeit nachgewiesen wird“, sondern er muß arbeiten „können“. Darin liegen Gesundheit, Familienerhältnisse u. a. enthalten, und so möchte ich es ver-

standen wissen. Wenn das „Können“ vorliegt, dann darf man allerdings auch die Erwartung haben, daß Gebrauch davon gemacht wird, und daß nicht — wie es recht oft vorkommt — die Scheu vor der Arbeit usw. die Frauen abhält, selber zu verdienen. Man will nicht, es ist bequemer, wenn man unterstützt wird, als wenn man Arbeit sucht und annimmt. Das darf nicht Platz greifen, und darauf darf eine prüfende Instanz wohl Rücksicht nehmen.

Bezüglich der Arbeitsgelegenheit habe ich nur rescriert, was über den Einwurf des Herrn Antragstellers von seiten des Magistrats in der Kommission hinsichtlich des Arbeitsnachweises für Frauen geantwortet ist. Ich kann es dem Magistrat überlassen, heute darauf zu antworten. Jedenfalls habe ich nicht gesagt, daß Arbeitsgelegenheit genug da ist, sondern ich habe wörtlich gesagt: Die Arbeitsgelegenheit ist besser geworden, als sie zu Anfang des Krieges war. (Sehr richtig!) Das ist zweierlei! Ich bedaure, wenn ich auch hier die Schuld trage, daß ich nicht richtig verstanden worden bin. Es sind jetzt Arbeitsgelegenheiten aufgetaucht, an die man früher nicht gedacht hat. Bei uns z. B. stehen die Frauen an den Maschinen und verdienen recht schönes Geld. Dabei hat ihnen niemand an den Unterstützungen einen Pfennig gekürzt, und sie stehen sich zum großen Teil recht gut. Wie die Zahl dieser Fälle im Verhältnis zum großen Ganzen ist, darüber habe ich mich nicht ausgesprochen, weil mir das Material dazu fehlt. Ich habe nur gesagt: Es gibt solche Fälle.

Daß die Erörterungen in der Kommission über die Arbeitsgelegenheit dazu geführt haben sollen, daß die Mehrheit der Kommission sich für den von mir vortragenen Kommissionsantrag erklärt hat, das habe ich ganz gewiß nicht gesagt, sondern der Beschluß ist deswegen gefaßt — und darauf habe ich auch in meiner Berichterstattung heute den Hauptwert gelegt —, weil die Mehrheit der Kommission die gleichmäßige Verteilung des Mehraufwandes ohne Prüfung der Bedürftigkeitsfälle für unwirtschaftlich hält.

„Zu sparen“ habe ich mir noch notiert. — Der Herr Antragsteller sagte vorhin: Es ist nicht im Sinne des Beschlusses des Bundesrats, daß jetzt die Städte sparen sollen deshalb, weil die Reichsunterstützungen um 25 Prozent erhöht worden sind.“ Daran denkt ja auch niemand von uns. Der Sinn der Bestimmung ist doch der: Wir sollen mit unseren städtischen Unterstützungen nicht unter das heruntergehen, was früher bewilligt ist. Wir sollen nicht etwa sagen: Bisher haben wir zu den 12 M des Reichs 6 M gegeben; jetzt gibt die Reichsregierung statt 12 M 15 M, also können von unseren 6 M 3 M streichen. Eine Erhöhung des städtischen Zuschusses ist aber von Reichs wegen nicht verlangt, sondern diese Leistung der Stadt ist eine freiwillige.

Auf die Rechnungen, die der Herr Antragsteller aufgestellt hat, brauche ich nicht einzugehen; Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon darauf hingewiesen. Selbstverständlich habe ich nicht daran gedacht, eine Meinung vorzubringen, wie sie der Herr Antragsteller aufgefaßt hat, und die Rechnung, die er aufgemacht hat, wäre wirklich nicht erforderlich gewesen. Die nochmalige Verlesung des Antrages hat wohl gezeigt, daß nur daran gedacht ist, bei den Notfällen, in denen weitere Abhilfe beantragt wird, zu fragen: „Wieviel hast du denn? Wie nährst du dich? Was bekommst du außer den amtlichen Zuschüssen von Reich und Stadt? Hast du auch Arbeitsverdienst?“ Erst in solchen Fällen würde man die Berechnung des Arbeitsverdienstes stattfinden lassen. Mit keinem Worte habe ich gesagt, daß wir etwa eine solche Prüfung rückwärts eintreten lassen wollten. Wir wollen die erhöhte Unterstützung von 22,50 *M* und 11,25 *M* auch weiter ohne Prüfung geben.

Wenn ich gesagt haben soll: „In allen Fällen, wo die Städte mehr als 50 Prozent geben, wird auch stark geprüft“, so wäre das ein falscher Zungen Schlag gewesen. Sagen wollte ich: ich habe aus dem Studium der Angelegenheit die Überzeugung gewonnen, daß die Städte in der Regel — wenn ich den Ausdruck nicht gebraucht haben sollte, will ich ihn jetzt einfügen — eine schärfere Prüfung vornehmen als wir. Liegt bei uns die Bedürftigkeit vor, dann wird bezahlt. Ob die Städte alle prüfen, oder wieviel Prozent es tun, kann ich nicht feststellen; ich habe aber die Überzeugung gewonnen, daß es die meisten tun, und daß die Prüfung viel schärfer ist als bei uns.

Von Leipzig, wo Höchstsätze eingeführt sind, habe ich schon in der Kommission gesprochen. Wie in seiner Begründung der Herr Antragsteller schon erwähnt hat, geht der Friedenssatz bis zu 60 Prozent vom ortsüblichen Tagelohn, nämlich 30 Prozent für die Frau und 10 Prozent für jedes Kind, zusammen aber höchstens 60 Prozent. Diese Sätze hat Leipzig als Höchstsätze eingeführt, die nur zu gemähren sind, wenn im vollen Umfange Bedürftigkeit vorliegt. Ist die Bedürftigkeit durch Einkommen irgend einer Art vermindert, so tritt entsprechende Kürzung ein. Ähnlich sind die Bestimmungen in anderen Städten. Hannover z. B. hat nach einem Mindestsatze, wo es bei dem Reichsbeitrage bleibt und überhaupt von seiten der Stadt nichts zugeschoffen wird, einen Mittelsatz, bei dem die Stadt 11 *M* zuschießt und einen Höchstsatz, bei dem 21 *M* durch die Stadt zugeschoffen werden. Diese Sätze werden nach Maßgabe einer eingehenden Prüfung angewendet, d. h. je nach den Leistungen der Arbeitgeber, der privaten Kriegsfürsorge usw. Vorgestern habe ich in der Sitzung der Handelskammer einen der Herren aus der Provinz über ihre stadtseitige Unterstützung gefragt und die Antwort erhalten: „Ja, wir geben bis zu 50 Prozent.“ Dieses Wort „bis zu“ kommt vielfach vor, nicht immer heißt es, wie bei uns: Wir geben 50 Prozent. Dabei werden häufig Nach-

prüfungen vorbehalten, ob Änderungen in den Bedürftigkeitsverhältnissen eingetreten sind.

Vorhin habe ich schon gesagt, daß das Wort: „Wer arbeiten kann,“ anders verstanden werden muß, als es von Herrn Wesemeier aufgefaßt ist. Das „Können“ ist die Hauptsache, nicht die Arbeitsgelegenheit allein. Die betreffenden Frauen müssen zur Arbeit befähigt sein, dürfen nicht daran verhindert sein durch ihre körperliche Beschaffenheit, durch das Vorhandensein vieler Kinder usw., obgleich bezüglich der Kinder auch Kinderhorte eintreten, die die Aufsicht über die Kinder übernehmen, damit die Mütter Arbeit leisten können. Der Durchschnitt der Unterstützungsfälle bei uns ergibt, daß auf eine Familie wenig mehr als ein Kind kommt. Wie ich schon erwähnt habe, bestehen nämlich in Braunschweig etwas über 10 000 Fälle mit 276 000 *M* monatlicher Unterstützung; das sind 27 *M* auf den Einzelfall und entspricht genau dem Sage für eine Frau und ein Kind. Daraus darf man schließen, daß recht viele Fälle ohne Kinder da sind, wo also die Frauen ungehindert sich um Arbeit bemühen können.

Stadtrat **Wagner:** Als Herr Wesemeier in der Sitzung des Finanzausschusses darauf hinwies, daß die Monatsberichte des staatlichen Arbeitsnachweises für die Frauen ein sehr ungünstiges Bild böten, habe ich mir erlaubt, vor der Benutzung der nackten Berichtszahlen, ohne näher auf den Grund zu gehen, zu warnen, und bei der Gelegenheit darauf hingewiesen, daß das Schwergewicht des Überangebots von Arbeiterinnen auf dem Gebiete der häuslichen Dienste — nicht der Dienstboten — läge — es hat das der Herr Berichterstatter nicht deutlich zum Ausdruck gebracht. Darunter sind die Reinemachefrauen, Wäscherinnen, Plätterinnen usw. mit einbegriffen. Ich habe, nachdem heute Herr Wesemeier diese meine Behauptung angefochten hatte, die betreffenden Akten kommen lassen, die Zahlen seit Beginn dieses Jahres verglichen und glaube darnach doch, daß das, was ich im Finanzausschuß vorgetragen habe, zutrifft. Die Sache lag so, daß zu Beginn des Jahres allerdings in einer Reihe von Gewerbebezirken und in anderen Beschäftigungsarten des weiblichen Geschlechts ein erhebliches Überangebot vorhanden war, das sich aber im allgemeinen von Monat zu Monat gebessert hat.

So war es auf dem Gebiete der Bekleidung und Reinigung bei den Schneiderinnen, Putzmacherinnen, Weißnäherinnen, Wäscherinnen und Plätterinnen in Wasch- und Plättanstalten. Da gab es im Januar 151 Arbeitsuchende gegen 91 offene Stellen und im Februar 131 gegen 64. Das hat sich im Laufe der folgenden Monate ganz wesentlich geändert. Dasselbe war im Handelsgewerbe der Fall. Während wir im Februar 102 Arbeitsuchende und nur 35 offene Stellen hatten, war im Monat Juni der Ausgleich da — 27 Arbeitsuchende und 28 offene Stellen.

Im Juli verschob sich die Lage schon zugunsten der Arbeitssuchenden, indem auf 18 Arbeitssuchende 29 offene Stellen kamen, im August auf 22 44, im September auf 24 Arbeitssuchende 33 offene Stellen. Ich gebe zu, daß bei den Fabrikarbeiterinnen meist ein Überangebot Arbeitssuchender vorhanden gewesen ist, im August allerdings war es umgekehrt, da sind 119 Arbeitssuchende und 127 offene Stellen verzeichnet, im September 130 zu 78. Eine solche Verschiebung der Zahlen von einem Monat zum anderen kann auf rein zufälligen Umständen beruhen, z. B. darauf, daß plötzlich ein Fabrikbetrieb geschlossen wird und die Freiwerdenden nicht sofort als ungelernte Fabrikarbeiterinnen untergebracht werden können, während im nächsten Monat vielleicht Arbeitsgelegenheit genügend vorhanden ist. Nimmt man die Zahlen für die häuslichen Dienste vor, so ergibt sich daraus, daß hier ein Überangebot von Arbeitskräften vorhanden gewesen ist. Ich habe für den Monat August ermittelt, daß, während in den sämtlichen übrigen Berufsarten ein Mehr offener Stellen von 32 vorhanden war, bei den häuslichen Diensten die Zahl der Arbeitssuchenden die der offenen Stellen um 98 überstieg. Im Monat September war die Sache so, daß in sämtlichen übrigen Berufen außer den häuslichen Diensten 46 Frauen vorhanden waren, die sich mehr meldeten als offene Stellen vorhanden waren — das ist für eine Stadt von 140 000 Einwohnern keine große Zahl —, während bei den häuslichen Diensten die Arbeitssuchenden um 139 überwiegen.

Ich glaube damit erwiesen zu haben, daß das ganze Schwerkraft des Überangebots an Kräften tatsächlich auf dem Gebiete der häuslichen Dienste liegt. Das ist begreiflich, denn die Einschränkung der Haushalte in mancherlei Beziehungen, in bezug auf Dienstboten, Waschfrauen usw., bringt es mit sich, daß viele Frauen, die ihr Brot in diesem Arbeitszweige verdient haben, stellunglos geworden sind, und sie werden sich wohl oder übel zu industriellen Arbeiten bereittfinden müssen. Daß sie das zum Teil sehr ungern tun, habe ich in meiner Praxis beim Versicherungsamt und beim Kriegseinigungsamt häufiger erlebt. In die Fabrik zu gehen, ist vielen derartigen Frauen zu gering, sie können sich nicht dazu verstehen. Aber in dieser schweren Zeit, wo in England die Damen des Hochadels sich dazu hergeben, in den Munitionsfabriken zu arbeiten, können solche Grundsätze nicht aufrechterhalten werden. Wo Arbeitskräfte gebraucht werden, und wo diese Frauen die Kraft haben, die Stelle auszufüllen, müssen sie sich unter den heutigen Verhältnissen zu solchen Arbeiten zur Verfügung stellen.

Stadtv. Beseemeier: In der Kommissionsitzung handelte es sich darum, daß behauptet wurde, es sei Arbeit genügend vorhanden. Ich habe schon vorhin gesagt, daß Herr Stadtrat Wagner das Aktienmaterial nicht bei sich gehabt hat, insofern

nicht genau unterrichtet gewesen ist; deshalb hatte ich es mitgebracht. Es wurde die Behauptung aufgestellt, der Arbeitsmarkt sei günstig, es wurde das in der Besprechung wiederholt, und ich habe dem widersprochen. Was ich behauptet habe, ist auch durch die heutigen Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner absolut nicht widerlegt worden. Es ist unbestreitbar, daß ein ganz erhebliches Überangebot von Arbeitskräften auch für Fabrikarbeiterinnen vorhanden ist. Wo sollen die aus häuslichen Diensten entlassenen Mädchen hin, wenn an jenen Stellen schon Überangebot vorhanden ist?

Herr Stadtrat von Frankenberg rühmt die rührende Aufopferung der Damen vom Nationalen Frauendienst. Ich erkenne die Tätigkeit dieser Damen ohne weiteres an, die zum größten Teil in aufopfernder Tätigkeit bemüht sind, das Richtige im Dienste der Allgemeinheit zu treffen; und das ist von mir immer anerkannt worden. Aber wenn hier das als eine besondere Eigenheit Braunschweigs angeführt wird, daß wir diesen Ausschuß haben, und daß Mietzuschüsse den Kriegerfrauen geboten werden, so muß ich dagegen anführen, daß das in anderen Städten ebenso ist. Das Kriegseinigungsamt ist gesetzlich durch die Reichsregierung geschaffen worden; alle Städte über 10 000 Einwohner sind verpflichtet worden, eine solche Einrichtung zu schaffen. Sie zahlen auch dort Mietunterstützungen, in allen Städten werden auch Unterstützungen durch die Organisationen des Roten Kreuzes oder durch solche anderer privater Natur unter städtischen Zuschußleistungen gewährt. Das ist also überall vorhanden, und man kann es nicht als etwas speziell Braunschweigisches anführen, wo man doch in anderen Städten höhere Prozente gewährt als in Braunschweig. Ich erkenne auch nicht an, wenn Herr Stadtrat von Frankenberg sagt: Eine Schablone darf nicht angelegt werden. Legen wir denn keine Schablone an mit unseren 50 Prozent? Ist es nicht dasselbe, ob wir dabei 100 oder 50 Prozent gewähren? Schablone wird auch angewandt bei dem Antrage der Finanzkommission und des Stadtmagistrats.

Nun sagt der Herr Referent selbst, daß mit 22,50 *M* eine Frau nicht auskommen könne. Weshalb wollen Sie dann aber nicht mehr gewähren, wenn Sie dies selbst einsehen? Sie wollen also die Kriegerfrau auf Bettelei beim Nationalen Frauendienst hinweisen und nichts weiter, und darauf pfeifen wir, pfeifen auch die Kriegerfrauen. Die wollen nicht Betteln, wollen ihr Recht haben, und das ist es, worauf wir hinauswollen. Deshalb ist es auch absolut zurückzuweisen, wenn vom Referenten gesagt wird: Wir haben ein Recht darauf, nachzuprüfen, ob das Geld, was die Kriegerfrauen erhalten, wirtschaftlich angewandt wird. Die Kriegerfrauen müssen es sich verbitten, daß nachgeprüft wird, wie sie das Geld verwenden. Man hat ihnen den Mann genommen, der ihnen durch seinen Verdienst Unterhalt gewährt hat, und jetzt wollen Sie noch nachprüfen, wie die Beiträge, die gezahlt

werden, verwendet werden? Das verstehe ich nicht. Ich glaube, das würde auch aus Ihrem Familienkreise sich niemand gefallen lassen. Ich erinnere nur an die verschämten Armen, bei denen Sie es auch zurückweisen würden.

Der Herr Referent zeigte bei dieser Gelegenheit auf zwei Fälle, die ich in der vorigen Sitzung angeführt habe, zum Beweise, daß mit dem Gelde verschieden gewirtschaftet werden kann, und zwar auf die Fälle I und III. Wie liegt die Sache? Der Fall I ist eine Kriegerfrau mit drei Kindern im Alter von 9, 11 und 13 Jahren. Die Frau braucht wöchentlich 25,05 *M.*, also insgesamt monatlich 111,90 *M.* Sie hat dabei kein Stückchen Butter, keine Wurst, kein Fleisch, nur Knochen und Abfallfleisch. Kein Käse, kein Speck wird gekauft. Das Geld ist zweifellos wirtschaftlich angelegt, und wenn Sie die einzelnen Posten nachlesen oder Ihrer Frau vorlegen wollen, dann werden Sie finden, daß nichts zu sparen ist, im Gegenteil alles zu niedrig angerechnet ist. Nun der Fall III, und den zieht der Herr Referent zum Vergleich heran. Das ist ein Fall, der eine Kriegerfrau mit 6 Kindern im Alter von 11 bis 1½ Jahren betrifft. Sie braucht in der Woche 22,88 *M.*, also weniger als die Frau mit drei Kindern. Die Frau hat kein Stückchen Fleisch in ihrem Haushalte, überhaupt nichts an kräftigen Nahrungsmitteln. Sie schränkt sich noch mehr ein als andere. Können wir wünschen, daß so „haushälterisch“ umgegangen wird? Das wünscht doch der Herr Referent auch nicht, das weiß ich! Aber es ist mir das ein Beweis dafür, daß das Wort „wirtschaftlich“, angewandt auf diese beiden Fälle, deplaciert ist. Die Gemeinde hat gar kein Recht, nachzuprüfen, wie die Unterstützungen von den Kriegerfrauen verwandt werden. Die Kriegerfrauen erhalten nur einen Ersatz für Wegnahme ihrer Ernährer, und damit mögen sie anfangen, was sie wollen, aber nicht eine Aufsicht dulden.

Sodann widerspricht sich der Herr Referent selber durch seine eben gemachten Ausführungen. Er verwahrt sich dagegen, daß er gesagt habe, Arbeitsgelegenheit sei genug vorhanden, er habe nur gesagt, es sei jetzt bessere vorhanden. In einem andern Satze aber sagt er: Wer arbeiten kann, der hat Arbeit, der hat also Verdienst. Das widerspricht sich. Die Arbeitsgelegenheit ist besser geworden gegen die ersten Kriegsmomente, aber sie ist nicht so, daß Verdienst hat, wer arbeiten kann, weil eben zu wenig Arbeit vorhanden ist. Ich bin gewiß dafür, daß, wenn es irgend möglich ist, die Frau arbeiten soll, wo die Familie nicht darunter leidet, wo es die Aufsicht über die Kinder nicht verbietet. Das ist eine selbstverständliche Forderung. Wo aber die Familienverhältnisse leiden würden, wo die Erziehung der Kinder vernachlässigt werden würde, da können wir unter keinem Umstande zugeben, daß die Frau zur Arbeit geht, denn das wäre zum Schaden der Allgemeinheit. In späteren Zeiten werden sich die schlechten Folgen dieser Entwicklung,

durch die die Frauen heute durch die wirtschaftliche Lage und den Hunger gezwungen sind, in Fabriken hineinzugehen, noch einmal bemerkbar machen.

Wenn der Herr Referent auf die Friedensunterstützung hinweist, so ist sie in dem Falle, wo drei Kinder in Frage kommen, höher als unsere jetzige Unterstützung, in Fällen mit drei Kindern ist sie geringer, weil sie nur bis zu 60 Prozent geht. Die Unterstützung im Frieden dehnt sich aber nur über höchstens vier Wochen, zu- meist nur auf 14 Tage aus, also nur über einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum, es kann darin nicht ein so erheblicher wirtschaftlicher Schaden für die Familie entstehen wie durch die lange Kriegsdauer. Ich meine, man müßte heute viel mehr für die Kriegerfrauen tun, weil dieser Krieg so ungeheuer lange dauert. Daß heute den Frauen nicht so entgegengekommen wird, daß man alles tut, um sie zufriedenzustellen, selbst in organisatorischer Beziehung bei der Auszahlung der Kriegsunterstützung, das geht aus einem Briefe hervor, den ein Krieger aus dem Schützengraben mir heute zuschickt. Der Brief ist von seiner Frau an ihn gerichtet und am 17. Oktober geschrieben. Es heißt darin:

... „Nur daß ich gestern wieder einmal drei Stunden wegen unserer Kriegsunterstützung mir die Arme und Beine ausreißen lassen mußte, ganz abgespannt und halbtot habe ich mich dann zu Fritz geflüchtet. In dieser Sache muß dringend umgeändert werden, denn es ist Eurer Frauen unwürdig.“ ...

Wenn eine Kriegerfrau das schreiben muß, so sollte es doch leicht sein, eine Änderung erfolgen zu lassen.

Nun noch zum Schluß eins: In welchem Verhältnis steht die Unterstützung, wie sie nach den neuen reichsgesetzlichen Bestimmungen sich gestaltet, zu der, wie sie sich nach meinem Vorschlage gestalten würde? Es würde gezahlt werden müssen

nach meinem Vorschlage:				nach dem Vorschlage der Kommission:	
für eine alleinstehende Kriegerfrau	30	M		22,50	M
" " Frau mit 1 Kinde	45	"		33,75	"
" " " " 2 Kindern	60	"		45,—	"
" " " " 3 "	75	"		56,25	"
" " " " 4 "	90	"		67,50	"
" " " " 5 "	105	"		78,75	"
" " " " 6 "	120	"		90,—	"

Was bedeuten 120 M für eine siebenköpfige Familie! Auf die Person entfallen bei meinem Vorschlage im Monat 17,14 M, das bringt auf den Kopf der Familie pro Tag 57 Pfg. Eine solche Unterstützung ist doch viel zu gering, damit kann kein Kopf in der Familie ernährt werden. Nach Ihren Vorschlägen würden auf den Kopf der siebenköpfigen Familie für den Tag nur 43 Pfg. kommen. Wollen

Sie mit 43 Pfg. auch nur ein Kind ernähren, mit samt der Milch und dem Brot, das sie von der Frauenhilfe bekommen? Es ist doch leicht einzusehen, daß solche Familien tatsächlich hungern müssen. Es ist zu wenig, was den Kriegerfamilien geboten wird. 43 Pfg. auf den Kopf der Familie nach Ihren Vorschlägen! Damit kann ich mich unter keinen Umständen einverstanden erklären. Es sind nur 14 Pfg. auf den Kopf jeden Familienmitgliedes mehr, was ich beantrage, 57 Pfg. nur pro Kopf und Tag, das könnte wohl bewilligt werden, ohne daß man ein Schema einzuführen braucht, und ohne daß man sagt: Wir müssen noch nachrechnen, ob die Familie auch wirtschaftlich mit diesen 57 Pfg. umgeht.

Stadtrat von Frankenberg: Die letzten Zahlen, die Herr Wesemeier angegeben hat, lassen deutlich erkennen, wie er heute rechnet im Vergleich dazu, wie er bei Einbringung seines Antrages gerechnet hat. Als inzwischen durch den Bundesrat die Sätze allgemein erhöht wurden, hat Herr Wesemeier als guter und — wie wir alle gern anerkennen wollen — wohlmeinender Rechner das Schiff des Bundesrats als gute Brise in seinen Hafen geleitet und die neuen Zahlen des Bundesrats seinen Rechnungen zugrunde gelegt, während früher von den alten Zahlen des Bundesrats die Rede war. Das ist ein kühnes Verfahren, das vom Standpunkte des Herrn Wesemeier als gerechtfertigt angesehen werden wird, aber auch ein Verfahren, das von anderer Seite nicht ohne Widerspruch bleiben kann, denn ein etwas gewagtes Brisen-Verfahren scheint es mir immerhin zu sein.

Ferner ist Herrn Wesemeier noch ein kleines Mißgeschick begegnet mit der Erwähnung des Kriegseinigungsamts. Er hat recht damit, daß große Städte wie Braunschweig jetzt ein Kriegseinigungsamt haben müssen, hat aber unrecht mit der Auffassung, daß dieses Kriegseinigungsamt auch nur einen Pfennig Mietunterstützung zu zahlen verpflichtet wäre. Das ist unser guter Wille. Wir wollen es gern fortsetzen, voraussichtlich auch in noch erweitertem Maße. Aber das Kriegseinigungsamt ist grundsätzlich nicht dazu da, Mietzuschüsse zu zahlen, sondern dazu, um in Mietstreitigkeiten zwischen Hausbesitzern und mietenden Kriegerfamilien zu vermitteln. Wenn wir der anderen Aufgabe, Mietzuschüsse zu geben, auch noch Rechnung tragen, so ist das unser gutes Recht, aber keineswegs unsere Verpflichtung. Wir können deshalb sehr wohl das, was durch die Mietunterstützungen mit rund 45 000 M. gewährt ist, hinzurechnen zu dem, was an Kriegsunterstützungen durch die Stadt geleistet ist. Es kommt immer wieder darauf hinaus: Wir verfahren nicht nach der Schablone, wie es der Vorschlag des Herrn Wesemeier gewollt hat. Das würden wir tun, wenn wir 50 Prozent Zuschuß gewährten und dann die Hand in den Schoß legten und sagten: „Nun ist es gut; seht zu, wie ihr fertig werdet!“ Das fällt keinem von uns ein, weder uns im Kriegseinigungsamt,

noch dem Nationalen Frauendienst mit seinem rund 50 000 *M* betragenden Monatszuschuß. Gerade diese Anpassung ist das Gegenteil einer Schablone, ist — das möchte ich ohne Überhebung sagen dürfen — eine Verfeinerung des etwas rohen und schablonenhaften Verfahrens, das eintritt, mag man nun einfach 50 oder 100 Prozent gewähren. Ich glaube doch, daß unser Verfahren insofern den Vorzug verdient, als wir dadurch die Möglichkeit haben, allen Fällen so gerecht zu werden, wie es irgend geht.

Wenn in einem Falle, den Herr Wesemeier erwähnt, Klage über allzu starken Andrang an der Zahlstelle erhoben wird, so will ich auf folgendes hinweisen. Wir sind sorgfältig bemüht gewesen, den Strom der Kriegerfamilien, die Unterstützung zu erheben in der Lage sind, zeitlich in verschiedene Bahnen zu lenken, indem wir die Zahlungstage je nach den Gruppen verschieden bemessen haben. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß am 1. und 16. jeden Monats der Andrang ein besonders starker sein wird. Ich habe mich, obgleich eine ganze Reihe von Zahltagen vom 12. bis 15. festgehalten sind, für verpflichtet gehalten, in Fällen, wo besonders gebeten wurde, wo es sich um Zahlung von Miete handelte, der Ehemann auf Urlaub oder zu Besuch anwesend war und dergl., zu verfügen, daß ausnahmsweise schon am 1. und 16. gezahlt werden solle. Dadurch kommt trotz aller Versuche, den Strom zu teilen, das Zusammendrängen auf einen einzelnen Tag doch wieder zum Vorschein. Es wird nach Möglichkeit dahin gestrebt werden, daß auch dieses vermieden wird.

Der **Vorsitzende** schließt die Debatte.

In der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag Wesemeier abgelehnt.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte beantragen, daß über den Antrag der Kommission absatzweise abgestimmt wird, und stelle zu Absatz 2 den Eventualantrag, 40 *M* statt 20 *M* zu setzen.

Abatz 1 des Kommissionsantrages wird angenommen. Zu Absatz 2 kommt zunächst der Eventualantrag Wesemeier zur Abstimmung; er wird abgelehnt. Darauf wird der Absatz 2 des Kommissionsantrages angenommen.

3. Antrag Die *man* auf sofortige Aufhebung des Maulkorbzwanges für Hunde.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordneten wollen beschließen, unbeschadet der noch nicht zu Ende beratenen Straßenpolizeiordnung den Maulkorbzwang für Hunde sofort aufzuheben.

Vorsitzender: Das Referat über diesen Punkt hatte Herr Steinbrecher übernommen. Da Herr Steinbrecher heute wegen Krankheit fehlt, so werde ich gleich selbst kurz darüber berichten.

Die Statutenkommission hat sich mit dem Antrage Diekmann beschäftigt und ist dabei zu folgender Entschliebung gekommen: „Die Statutenkommission hat im Einvernehmen mit dem Antragsteller beschlossen, die Angelegenheit einstweilen auf sich beruhen zu lassen, nachdem in Aussicht gestellt ist, im Stadtmagistrat die Frage zu prüfen, ob nicht durch Übereinkunft mit der Polizeidirektion die Maulkorbfreiheit für alle nicht bissigen Hunde ohne Statutenänderung vorläufig zu erreichen sei.“

Die Statutenkommission war dabei der Meinung, daß, wieder in Beratung eines Teiles der Straßenpolizeiordnung einzutreten, nicht gut angängig sei, deshalb soll die Polizeidirektion ersucht werden, dem Antrage Diekmann Folge zu geben, wenn das ohne Statutenänderung zu erreichen ist. Der Herr Antragsteller hat sich mit diesem Beschlusse einverstanden erklärt.

Stadtv. Diekmann: Ich möchte bitten, diesem Beschlusse der Statutenkommission zuzustimmen. Ich erkenne als Antragsteller an, daß es ein unbilliges Verlangen wäre, jetzt dieses einen Punktes wegen ein besonderes neues Statut zu schaffen. Da sich der Magistrat damit einverstanden erklärt hat, daß der Polizeidirektion eine einstweilige Ordnung dieser Angelegenheit überlassen wird, und da auch die Polizeidirektion zugestimmt hat, den Maulkorbzwang für nicht bissige Hunde aufzuheben, so möchte ich die Versammlung bitten, sich auch damit einverstanden zu erklären. Ich glaube, daß so in ganz kurzer Zeit schon dieser lästige Maulkorbzwang beseitigt sein wird.

Stadtrat von Franzenberg: Es liegt zwar keine Bereiterklärung der Stadtmagistrats vor, aber ich hatte mir in der Statutenkommission gestattet, diesen Ausweg vorzuschlagen, und bin bereit, dem Magistrat zu empfehlen, daß wir diesen Ausweg versuchen.

Stadtv. Loeßhigt: Ich möchte die Bitte aussprechen, daß der Magistrat diese Sache möglichst bald erledigt, so daß auch bald ein Erfolg des Antrages zu spüren ist.

Der Entschliebung der Statutenkommission wird zugestimmt.

4. Beschaffung von Rettungshaken an den Okerufeln und -brücken.

Stadtv. **Sander:** Der Magistrat hat folgendes Anschreiben an die Stadtverordneten gerichtet:

„Die Herzogliche Kreisdirektion wünscht von uns eine Äußerung darüber, ob die städtischen Behörden die Mittel für die Auslegung von Rettungshaken an den Okerbrücken bereitstellen wollen; dabei hat sie ausgeführt, die Beschaffung und Bereitstellung der Rettungsgeräte gehöre nach Ansicht des Herzoglichen Staatsministeriums nicht zu den Aufgaben der Polizei. Die polizeiliche Angelegenheit erschöpfe sich in der Anordnung und Durchführung der gegen das Eintreten von Unglücksfällen zu treffenden Maßregeln. Die Sorge für die trotz solcher Vorschriften Verunglückten entbehre des polizeilichen Charakters; für die Verwendung staatlicher Mittel fehle es daher an der nötigen Grundlage. Die Sorge für die im öffentlichen Verkehr der Stadt Verunglückten sei vielmehr eine Angelegenheit des städtischen Gemeinwesens. Diesen Grundsatz habe die Stadt auch schon durch Bereitstellung des Unfallmeldebienstes und Übernahme der Beförderung Unfallverletzter durchgeführt, es sei deshalb zu hoffen, daß die städtischen Behörden den gleichen Grundsatz auch hinsichtlich des Verkehrs an den Wasserzügen vertreten und den Vorschlägen hinsichtlich der Maßnahmen zur Rettung von Personen aus Lebensgefahr, bestehend in der Auslegung von Rettungshaken an den Okerufeln durch Bewilligung der erforderlichen Mittel entsprechen würden. — Diese Mittel sind auf je 19 *M* für Rettungshaken an 14 verschiedenen näherbezeichneten Stellen der Oker, und auf etwa 25 *M* für Unterhaltung, zusammen 291 *M* veranschlagt.

Wenn es sich auch um eine verhältnismäßig nicht erhebliche Aufwendung handelt, sind wir doch der Meinung, daß die hier berührte Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung ist, und daß, ganz abgesehen von der Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Einrichtung, das gewünschte Zugeständnis Bedenken begegnet. Wir vermögen nach eingehender Prüfung des Rechtsverhältnisses nicht anzuerkennen, daß die Ausführungen zutreffend sind, nach denen es sich nicht um eine polizeiliche, sondern um eine städtische Aufgabe handelt. Die Sicherheits- und Wohlfahrts-polizei, die zweifellos dem Staate obliegt, bringt auch die Sorge dafür mit sich, daß etwaigen Unglücksfällen durch Ertrinken in öffentlichen Flüssen rechtzeitig vorgebeugt wird. Dem vergleichenden Hinweis auf den Unfallmelde-, Sanitäts- und Krankenbeförderungsdienst der Stadtverwaltung ist entgegenzuhalten, daß es sich dabei um freiwillig übernommene Leistungen und zugleich um eine zeitlich viel weiter ausgedehnte, helfende Fürsorge und Pflege, nicht nur um eine vorbeugende Tätigkeit handelt.

Aber auch wenn man geneigt sein sollte, aus Rechts- oder aus allgemeinen Gründen Mittel für die Rettung Ertrinkender stadtseitig zur Verfügung zu stellen,

hegen wir doch wegen der Zweckmäßigkeit des Auslegens von Rettungshaken an den Okerbrücken und -brücken starken Zweifel. Nachdem früher die vom Samariterverein beschafften Rettungsringe an den Okerbrücken häufig gestohlen, zerschnitten oder sonstwie unbrauchbar gemacht sind, fürchten wir ernstlich, daß die ausgelegten Rettungshaken gleichfalls dem Zugriffe Unberufener ausgesetzt seien, zu Spielereien und Unfug benutzt werden und leicht abhanden kommen würden. Wir können uns deshalb, solange uns keine bessere Gewähr für die Zweckmäßigkeit der Beschaffung und Aufbewahrung geboten ist, mit der Einrichtung auf unsere Kosten nicht befreunden.

Da wir aber Wert darauf legen, in dieser Angelegenheit möglichst in Übereinstimmung mit den geehrten Herren vorzugehen, ersuchen wir ergebenst um gutachtliche Äußerung."

Die Statutenkommission hat die Sache geprüft, sogar in zweimaliger Beratung, hat sich voll und ganz auf den Standpunkt des Magistrats gestellt und empfiehlt der geehrten Versammlung, das auch zu tun.

Der Stellungnahme des Magistrats wird von der Versammlung zugestimmt.

5. Übersicht über die stadtseitig gezahlten Ruhelöhne, Witwen- und Waisengelder im Rechnungsjahr 1914/15.

Stadtv. **Tebbenjohanns:** Die Stadtverordneten haben im März vorigen Jahres beschlossen, von dem Magistrat eine Übersicht über die gezahlten Ruhelöhne, Witwen- und Waisengelder für das zu Ende gehende Jahr zu erbitten, und der Stadtmagistrat hat infolgedessen an die Herren das Verzeichnis der hierfür gezahlten Gelder eingereicht. Daraus ist ersichtlich, daß insgesamt für den genannten Zweck gezahlt sind 23 597,67 *M*, und zwar an Ruhelohn 13 413,34 *M*, an Witwengeldern 9827,25 *M* und an Waisengeldern 357,08 *M*.

Die Finanzkommission ist in irgend welche Erörterungen dazu nicht eingetreten, und ich glaube, den Herren Stadtverordneten einfach Kenntnissnahme empfehlen zu sollen.

Die Versammlung nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6. Anschaffungen für das Schulmuseum.

Stadtv. **Selle:** Der Lehrer an der Mittelschule, Herr Denecke, der die Handfertigkeitsarbeiten an der Mittelschule leitet, hat eine Sammlung sämtlicher Gegenstände, welche der Leipziger Lehrgang für Papparbeiten enthält, dem Schulmuseum

zur Verfügung gestellt. Alle diese Gegenstände sind mit besonderer Sorgfalt ausgeführt. Ferner hat der genannte Herr zu den physikalischen Apparaten, die er früher gegen eine Vergütung dem Schulmuseum überlassen hat, noch weitere 64 angefertigt, und es wird seitens der Schulleitung und des Schulvorstandes gebeten, sowohl den Leipziger Lehrgang als auch die physikalischen Apparate für das Schulmuseum zu erwerben und Herrn Dencke dafür eine Vergütung von 240 *M*, nämlich 160 *M* für den Lehrgang und 80 *M* für die physikalischen Apparate zu gewähren. Es ist hierbei noch zu bemerken, daß Gelder für die Erwerbung im Voranschlage für das Schulmuseum nicht vorgesehen sind. Der Magistrat gibt anheim, die angeforderten 240 *M* zu Lasten der Bürgerschulkasse zu bewilligen.

Die Kommission hat sich dem Antrage angeschlossen und bittet die Versammlung, der Ausgabe zuzustimmen.

Die fraglichen Anschaffungen für das Schulmuseum werden bewilligt.

7. Wiederverpachtung des Nerkeröder Feldes.

Stadtv. **Frede:** Schon im August sind Anfragen an den Magistrat gelangt, ob das Nerkeröder Feld und das im südlichen Teile des Bürgerparks gelegene Feld wieder zur Verpachtung gelangen würde. Was das zuerst genannte Feld betrifft, so mußte zunächst eine Anfrage an die Lufthafen-Gesellschaft erfolgen, ob sie bereit sei, es der Stadt wieder zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaft hat erwidert, daß sie dazu sehr gern bereit sei, sie müßte sich aber ausbedingen, daß, falls im Laufe des Jahres sich die Notwendigkeit ergebe, die Luftschiffhalle zu errichten, die Entschädigung für diejenigen Pächter, die durch die Inanspruchnahme der für die Errichtung nötigen Teile des Feldes in Verlust ihrer Anlagen kämen, auf die Stadtkasse übernommen werde.

Der Magistrat ersucht nun die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Nerkeröder Feld, wie in diesem Jahre, auch im nächsten Jahre zur landwirtschaftlichen Nutzung in kleinen Parzellen stadtfestig verpachtet wird, und daß dabei wieder die Stadt die Verpflichtung übernimmt, Schäden, die etwa an den auf dem Nerkeröder Felde anzubauenden Feldfrüchten durch den Betrieb oder Bau der zu errichtenden Luftschiffhalle entstehen sollten, nach der Schätzung eines Gartengeführten zu ersetzen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Wiederinstandsetzung des Flugplatzes nicht unerhebliche Kosten, mindestens etwa 10 000 *M* verursachen wird, dürfte es nicht unbillig sein, ein, wenn auch nur geringes, Pachtgeld in Höhe von etwa 5 *M* für den Viertelmorgen zu erheben. Der Magistrat ersucht, sich auch hiermit einverstanden zu erklären.

Es sind zwei Momente, auf die ich kurz noch hinweisen möchte. Es soll der Hauptwert darauf gelegt werden, das Feld in k l e i n e n Parzellen zu verpachten, und die Kommission billigt das durchaus, damit möglichst viele Leute in Genuß des Feldes kommen. Es ist nicht erwünscht, das größere Teile des Feldes von einem Unternehmer bewirtschaftet werden, der die Ertragnisse nicht für sich allein verwerten und so einen Gewinn aus der Bewirtschaftung jenes Teiles herleiten kann.

Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, ist, daß ein Pachtgeld erhoben werden soll, und zwar 5 *M* für den Viertelmorgen. Es ist in der Kommission von allen Seiten anerkannt, daß hierdurch die Pächter an einer guten Bearbeitung des Feldes mehr interessiert würden. Im übrigen ist auch das andere Moment hierfür nicht außer Betracht zu lassen: daß dadurch die Stadt für die künftige Wiederinstandsetzung des Flugplatzes zum Teil entschädigt werden würde.

Die Kommission empfiehlt Ihnen, den Magistratsanträgen zuzustimmen.

Stadtv. **Riefe:** Ich muß anerkennen, daß es eine von den besten Einrichtungen ist, die wir während der Kriegszeit beschlossen haben, daß dieses Land in kleineren Parzellen an Pächter abgegeben ist, wenn es auch erst schien, als ob sich die Sache nicht würde machen lassen, da sich nicht genügend Pächter meldeten. Die Gründe hierfür lagen mit darin, daß die Pflanzkartoffeln sehr teuer und schwer zu beschaffen waren. So sah sich der Magistrat veranlaßt, einzelne Teile an größere Unternehmer abzugeben. Das ist in diesem Jahre geändert, die 120 Morgen werden an 480 kleine Pächter abgegeben; die vier Morgen, die für die Luftschiffhalle in Anspruch genommen werden sollen, spielen ja dabei keine große Rolle. Ich möchte aber, da ich mir nicht denken kann, daß für das einfache Eggen, womit der Platz später wieder begradigt werden kann, eine so große Summe nötig sein wird, beantragen, den Leuten das Land zu einem Pachtprice von 3 *M* für den Viertelmorgen zu lassen, und möchte dabei darauf hinweisen, daß die Domänenpächter im Lande eine ganze Menge Land haben, für das sie keinen höheren Preis bezahlen.

Es war zu Anfang auch der Vorschlag gemacht, das Franzische Feld mit zur Verpachtung zu bringen. Aber ich selbst habe dagegen gesprochen, mit der Begründung, daß dort höhere Aufwendungen für die Bereitstellung des Landes zur Bepflanzung zu machen sein würden, da eine feste Grasnarbe sich dort gebildet hatte und andererseits durch die Aptierung des Feldes zum Spielplatz das Land nicht mehr zu den fruchttragenden Feldern gerechnet werden könnte, sondern zu Unland geworden sei. Statt dessen wurde uns in Aussicht gestellt, am großen Exerzierplatz 60—80 Morgen zur Bestellung durch kleinere Pächter zu erhalten.

Darüber habe ich gehört, daß insbesondere von Herrn Stadtrat von Frankenberg dieses Anerbieten abgelehnt worden sei. Das kann ich heute nicht begreifen und weiß nicht, ob es vielleicht infolgedessen geschehen ist, weil sich nicht genug Pächter gemeldet hatten. Immerhin möchte ich heute nochmals darauf hinweisen, ehe es zu spät ist. Es sind 20 Morgen mit Roggen bestellt, also sind noch 60 Morgen frei, und ich möchte wünschen, daß der Magistrat hierauf Rücksicht nähme und auch dieses Land an kleinere Pächter abgeben würde. Ich will noch bemerken, daß dies altes Kulturland von bester Bonität ist. Wenn man es auch dem Exerzierplatz zugelegt hat, so ist ihm dies nicht zum Schaden für seine Ertragsfähigkeit gereicht.

Ich möchte also erstens eruchen, den Pachtpreis nicht auf 5 *M*, sondern auf 3 *M* für den Viertelmorgen festzusetzen, und zweitens, auch das Land am Großen Exerzierplatz in Berücksichtigung zu ziehen.

Einen Viertelmorgen kann jeder leicht bearbeiten, kann ihn selbst umgraben, düngen und bestellen, und es ist dann noch ein besserer Ertrag zu erwarten, als er sich in diesem Jahre herausgestellt hat, wenn auch der schon ausgezeichnet war. Damit ist viel Not gelindert. Manche Kriegerfrau, die nicht zur Arbeit gegangen ist, hat 20, 25 Zentner Kartoffeln und anderes Gemüse auf ihrem Teile geerntet. Das schlägt für die Ernährung und für das Durchhalten im Winter zu Buche.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Herr Vorredner hat anerkannt, daß die Stadt mit der Freigabe der Bestellung des Werkeröder Feldes großen Segen geschaffen hat. Dem muß ich zustimmen. Soweit mir bekannt geworden ist, haben viele Pächter außerordentlich gute Ernten erzielt. Ich habe von verschiedenen Seiten gehört, daß auf einem Viertelmorgen 17 bis 20 Zentner Kartoffeln geerntet sind, außerdem noch Bohnen und andere Gartenfrüchte, so daß die Familien, die ein Stück Land gepachtet haben, außerordentlich erfreut sind, daß sie jetzt solche Vorräte im Keller besitzen. Das hat dem Stadtmagistrate natürlich Veranlassung gegeben, an die Wiederverpachtung des Feldes heranzugehen, und wir haben schon gehört, daß die geehrten Herren durchaus mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Nun hat aber der Herr Vorredner bezweifelt, daß die Unkosten für Wiedereinstandsetzung des Flugplatzes, die mit 10 000 *M* seitens des Magistrates angegeben sind, tatsächlich aufgewendet werden würden. Wir haben uns bei der Schätzung dieser Kosten nach dem gerichtet, was die erste Besamung des Werkeröder Feldes gekostet hat. Es ist uns angegeben, daß vor allen Dingen die Düngung des Feldes außerordentlich viel Geld gekostet hat, und daß in der Tat ein derartiger Betrag, wie angegeben, wieder wird aufgewendet werden müssen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß wir schon eine ganze Menge Geld aufgewendet haben. Ich kann die Zahlen dafür aus dem Kopfe nicht nennen, ich schätze sie auf über

tausend Mark, die wir für das Umpflügen des Feldes im vorigen Frühjahr ausgegeben haben. Wenn wir für den Viertelmorgen 5 *M* erheben, so werden bei 120 Morgen nur 2400 *M* einkommen. Daraus bitte ich zu ersehen, daß in der That durch die Pachtgelder nur ein geringer Bruchteil von dem gedeckt wird, was uns an Kosten tatsächlich entsteht.

Sollten Sie trotzdem zu der Überzeugung kommen, daß 3 *M* für den Viertelmorgen genug sind, so würde — das erklärt sich aus dem Exempel — der zu erwartende Betrag von 2400 *M* um 1000 *M* gekürzt werden. Das würde ja an und für sich kein so erheblicher Ausfall sein; aber ich sehe wirklich nicht ein, aus welchem Grunde wir diesen Betrag von 5 *M* nicht erheben wollten. Soweit ich von den Leuten, die in den letzten Tagen in großer Zahl bei mir gewesen sind, gehört habe, sind alle sehr gern bereit, diesen wirklich geringen Betrag zu zahlen; sie erkennen alle an, daß wir mit der Verpachtung nicht etwa ein Geschäft machen, sondern tatsächlich für sie etwas leisten.

Nun hat der Herr Vorredner darauf aufmerksam gemacht, daß uns im vorigen Jahre Parzellen vom großen Exerzierplatz zur Verfügung gestellt waren, und hat erwähnt, daß Herr Stadtrat von Frankenberg dieses Anerbieten abgelehnt habe. Ich habe nichts davon gehört, und Herr Stadtrat von Frankenberg hat mir eben mitgeteilt, daß ihm darüber auch nichts bekannt ist. Ich weiß nur, daß die Garnisonverwaltung im vergangenen Jahre größere Stücke des Exerzierplatzes gegen Bezahlung an einen Herrn Keune verpachtet hat; ferner habe ich neulich gehört, daß die Garnisonverwaltung sich mit dem Gedanken trägt, diese Stücke und vielleicht auch noch größere wie im letzten Jahre so auch im nächsten wieder zu verpachten. Es ist aber nicht die Rede davon gewesen, daß uns ein Stück zur Verfügung gestellt werden soll, sonst hätte ich selbstverständlich sofort zugegriffen und hätte die Mühe nicht gescheut, schnell noch hiesige Einwohner mit Teilen dieses Feldes zu bedenken.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Zu dieser letzten Sache möchte ich bemerken, daß mit mir darüber verhandelt ist, und zwar zu einer Zeit, als wir überlegten, ob wir das Werkeröder Feld unseren Einwohnern zur Verfügung stellen sollten. Wir hatten in Aussicht genommen, das Feld unentgeltlich abzugeben, und Herr Riefe wird sich noch erinnern, daß im Anfange großer Zweifel bestand, ob wir die Stücke los werden würden, auch wenn wir sie unentgeltlich abließen. Als nun zur Sprache kam, ob wir nicht Teile vom Großen Exerzierplatze übernehmen und wieder verpachten sollten, da habe ich allerdings gesagt, ich wäre der Überzeugung, daß wir besser daran täten, das Werkeröder Feld ordnungsmäßig an Pächter zu vergeben — allerdings unentgeltlich —, als Teile vom Großen Exerzierplatze zu pachten

und an unsere Einwohner weiterzugeben. Darauf wird das Gerücht zurückzuführen sein.

Stadtv. **Frede:** Man wird als Referent eigentümlich berührt, wenn man der Versammlung namens der Kommission einen Antrag unterbreitet, der einstimmig in der Kommission gefaßt ist, und hinterher ein Mitglied der Kommission andere Anträge stellt. Der von mir vorgetragene Antrag ist in der Kommission auch von Herrn Riefe unterstützt. Meine Bemerkung, daß in der Kommission anerkannt wäre, daß durch Erhebung eines kleinen Pachtgeldes das Interesse an dem erhaltenen Stück Land gesteigert würde, stammt gerade von Herrn Riefe her, und in der Kommission hat er den Satz von 5 *M* nicht bemängelt. Was soll nun geschehen? Soll die Kommission hier noch einmal beraten? Ich will mit der Äußerung über das gesteigerte Interesse nicht so weit gehen, daß ich sage: Das Interesse wächst in dem Maße wie der Beitrag gesteigert wird, und es kommt der Stadt auch nicht darauf an, eine möglichst hohe Einnahme zu erzielen. Aber 5 *M* ist doch ein durchaus mäßiger Preis, und die Leute, die sich um einen Anteil bemühen, haben zu erkennen gegeben, daß sie diese Gebühr gern zahlen wollen. Ich möchte bitten, dabei zu bleiben, was die Kommission beschlossen hat, und dem auch Herr Riefe in der Kommission zugestimmt hat.

Stadtv. **Riefe:** Ich hatte mir schon in der Kommissionsitzung vorgenommen, in der Versammlung einen niedrigeren Pachtpreis zu beantragen, und zwar auf Grund der Erfahrung, die ich von den Landverpachtungen bei den Domänen im Gedächtnis habe. Wenn ich daran denke, glaube ich, daß es doch angebracht wäre, wenn man den Leuten entgegenkommt. Zuerst ist das Land unentgeltlich abgegeben, weil man zweifelhaft war, ob die Pächter etwas ernteten, und in der Zeit der großen Dürre war das wirklich fraglich. Ich habe allerdings gesagt, ich wäre nicht dafür, daß die Überlassung eine unentgeltliche wäre, die Leute hätten mehr Interesse an dem Lande, wenn sie etwas dafür bezahlen müßten, und bei der Meinung bin ich auch geblieben. Wenn ich in der Kommission nicht mit meinem Antrage herauskam, so geschah das, weil dort schon recht lange verhandelt war — und Herr Frede hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, die Sitzung zu verlängern. Ich wollte die Verhandlungen nicht noch mehr in die Länge ziehen durch Beantragung eines nicht wesentlichen Unterschieds in dem Pachtpreise. Wenn ich heute anderer Ansicht bin, als ich in der Kommission zu erkennen gegeben habe, so ist das mein gutes Recht. Beschließen Sie heute, wie Sie wollen.

Der Antrag Riefe auf Ermäßigung des Pachtgeldes auf 3 *M* wird abgelehnt, darauf werden die Vorschläge des Magistrats gemäß dem Kommissionsantrage angenommen.

8. Abänderung der Bestimmungen über Abgabe von elektrischem Strom durch Münzzähler.

Stadtv. Sander: Das Referat über diesen Punkt habe ich erst heute mittag überwiesen bekommen, wenn mein Referat nicht so klar ausfallen sollte, bitte ich schon im voraus um Ihre Entlastung.

Meine Herren, Sie haben ja alle das diese Angelegenheit betreffende Schriftstück in Händen und werden sich schon damit beschäftigt haben. Es handelt sich darum, daß eine Erweiterung in der Anwendung der Münzzähler eingeführt werden soll. Schon im November 1911 haben wir beschlossen, der Straßenbahn zu gestatten, daß sie die Abgabe von elektrischem Strom durch Münzzähler vornimmt. Die bislang eingerichteten 360 Münzzähler haben sich durchaus bewährt, nicht nur für die Elektrizitätsgesellschaft, sondern auch für die Konsumenten. Die Elektrizitätsgesellschaft wünscht nun eine größere Verbreitung dieser Münzzähler herbeizuführen, und der Magistrat ist damit einverstanden. Um eine Erweiterung der Anwendung der Münzzähler zu erreichen, ist es nötig, die Bedingungen, unter denen seinerzeit die Aufstellung von Münzzählern genehmigt ist, abzuändern.

Bisher waren die Stromabnehmer berechtigt, bei einem Umfange der Beleuchtungsanlage von höchstens drei Lampen bzw. Brennstellen die Anbringung von Münzzählern zu beantragen, in Zukunft soll das abgeändert werden und diese Berechtigung auf Anlagen bis zu 6 Brennstellen ausgedehnt werden. Ferner wünscht das Elektrizitätswerk für sich die Berechtigung, bei Anlagen bis zu vier Brennstellen an Stelle von Sextowattzählern Münzzähler anzubringen.

Der Stadtmagistrat hat gegen die zuerst angeführte Änderung nichts einzuwenden, da sie den Stromabnehmern nur Vorteile bietet, und auch gegen die zweite Änderung würden nur Bedenken zu äußern sein, wenn der Bezug des elektrischen Stroms durch Münzzähler teurer wäre als der durch einfache Zähler. Das ist aber nicht der Fall. Es wird dazu in dem Anschreiben des Magistrats folgendes ausgeführt:

Im Durchschnitt beträgt die Anzahl der Brennstellen bei den bislang vorhandenen Münzzähleranlagen vier und die Brenndauer bei einem Verbrauch von 1 Kwst. für vier Lampen 400 Stunden. Die Jahresrechnung wird demnach bei einem Preise von 0,045 *M* für die Kwst. und einer Zählermiete von $(12 \times 0,25 \text{ *M*}) = 3 \text{ *M*}$ für das Jahr 21 *M* betragen, wenn ein einfacher Wattstundenzähler vorhanden ist. Da der Preis des elektrischen Stromes bei Entnahme durch Münzzähler 0,05 *M* beträgt, eine Zählermiete aber nicht erhoben werden soll, so stellt sich die Jahresrechnung desselben Stromabnehmers, wenn ein Münzzähler eingebaut wird, nur auf 20 *M*, mithin um 1 *M* geringer. Erst bei einer Brenndauer von

600 Stunden wird dieser Vorteil für die Abnehmer wegfallen und die Jahresrechnung sich in beiden Fällen gleichstellen, nämlich auf 30 *M.* Damit nun bei einer noch längeren Brenndauer durch die Münzzähler keine Verteuerung des Strombezugs eintritt, ist die Bestimmung aufgenommen, daß der Strompreis nach Entnahme des 600fachen Anschlußwerts auf die Höhe des Grundpreises ermäßigt wird, der Zuschlag von $\frac{1}{2}$ Pfg. für die Hwst. also in Fortfall kommt.

Die Elektrizitätsgesellschaft beantragt ferner noch, daß sie berechtigt wird, die Anlage bei den kleineren Stromabnehmern auf eigene Rechnung ausführen zu lassen in der Gestalt, daß sie auf Antrag des Stromabnehmers außer der Aufstellung eines Münzzählers auch die Herstellung der zugehörigen Einrichtungen (die Leitungsanlage einschließlich der Beleuchtungskörper, jedoch ausschließlich der Birnen) vornimmt. In welchem Umfange einem solchen Antrage stattzugeben ist, entscheidet das Elektrizitätswerk. Für die Benutzung dieser Einrichtung wird dem Stromabnehmer ein Aufschlag für die Münzzählermiete von $\frac{1}{2}$ Pfg. und für die Unterhaltung der Anlage von 1 Pfg. für die Hwst. berechnet. Diese neue Bestimmung hat meines Erachtens besonders in der jetzigen Zeit für die kleineren Abnehmer einen großen Wert. Die Herren wissen, daß heute der Petroleumbedarf bei weitem nicht gedeckt werden kann, und daß viele Leute wegen der Beleuchtung ihrer Räume in großer Verlegenheit sind. Hier bietet sich auch für die Minderbemittelten eine Gelegenheit, elektrisches Licht in ihren Wohnungen anzulegen. Die Vergütung für Amortisation und Unterhaltung würde sich für das ganze Jahr nur auf 4 *M.* belaufen, und das ist ein sehr mäßiger Betrag, der auf nur 7 Prozent herauskommt. Wie Sie sehen, ist ein Eingehen auf die Vorschläge des Elektrizitätswerks sehr empfehlenswert.

Es kommt nun darauf an, die einzelnen Paragraphen selbst durchzugehen. Sie haben den Wortlaut selbst in der Hand, so daß es wohl nicht nötig ist, daß ich sie vorlese. Im großen und ganzen ist das, was geändert werden soll, schon von mir angeführt, es würde sich also nur noch um den Wortlaut handeln.

Namens der Kommission habe ich zu beantragen, die ganze Vorlage in der Form, wie sie uns zugegangen ist, zu genehmigen.

Stadtv. Loeschigt: Ich möchte der Vorlage voll und ganz zustimmen, da das im Interesse der Abnehmer ist. Es ist aber vergessen worden, einen Punkt deutlich hervorzuheben, nämlich, daß es sich nicht nur um einen Vorteil für die Abnehmer, sondern auch um eine Vergünstigung für das Elektrizitätswerk handelt, die ich ihm von Herzen gönnen will. Aber es muß doch hier gesagt werden, daß auch das Elektrizitätswerk seinen Vorteil bei der Änderung hat, damit es nicht aussieht, als wenn es nur etwas für die Abnehmer tut. Dadurch, daß die Verwaltungskosten

geringer werden, indem das Kontrollieren der Zähler und die Berechnung der Ergebnisse wegfällt, ist auch eine große Entlastung für die Verwaltung des Elektrizitätswerks vorhanden, und das begrüße ich ja mit Freuden. Wie jeder seinen Betrieb so einfach wie möglich gestalten möchte, so verfährt hier auch das Elektrizitätswerk. Nur im Interesse der Konsumenten wird also die Änderung nicht beantragt, der Vorteil liegt auf beiden Seiten.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich möchte nur erwähnen, daß das Elektrizitätswerk nicht nur den Vorteil, der für die Stromabnehmer erwächst, bei dem Antrage auf Änderung der Bestimmungen im Auge gehabt hat, sondern es hat ausdrücklich betont, daß *b e i d e* Parteien, sowohl die Konsumenten wie der Produzent, von der Änderung der Bestimmungen Vorteile haben werden.

Vorsitzender: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich hier eingreife. Es war in der Statutenkommission auch angeregt, ob es nicht möglich wäre, bei dem Antrage, der voraussichtlich jetzt entstehen würde, die Installationen rasch zu besorgen, damit noch vor dem Hereinbrechen des Winters, der doch dicht vor der Tür steht, die Anschlüsse fertig sind. Dabei tauchte die Frage auf: Sind denn dafür die nötigen Arbeiter zu beschaffen? Herr Stadtrat Wagner, der der Sitzung beiwohnte, bemerkte dabei, wenn die Änderung der Paragraphen heute angenommen würde, so würde es sich vielleicht empfehlen, daß der Magistrat bei der Garnisonverwaltung vorstellig würde, damit Leute, die im Installationsgewerbe tätig sein können, möglichst beurlaubt werden. Ich möchte deshalb bitten, dem Magistrat die Bitte auszusprechen, dafür zu sorgen, daß wir, wenn möglich, auf diesem Wege vorwärts kämen. Herr Stadtbaurat Gebensleben wird hoffentlich die nötigen Schritte schon einleiten.

Die Änderung der Paragraphen in der vorgelegten Form wird angenommen.

9. Erhebung eines Tilgungsbetrages von der Gemeinde Gliesmarode wegen der Gasversorgung.

Stadtv. Nieke: Der Magistrat schreibt in dieser Angelegenheit:

„Am 20. Januar 1910 ist mit der Gemeindebehörde von Gliesmarode ein Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen die Gemeinde von hier aus mit Gas versorgt wird. Die Stadt hat zu dem Zwecke ihr in der Gliesmaroderstraße liegendes Gasrohr soweit verlängert, wie diese Straße städtisch ist (etwa 120 m jenseits des Eisenbahnübergangs), und dafür 2849,99 *M* aufgewandt. Nach § 7 des Vertrages sind der Stadt Braunschweig diese Kosten abzüglich eines Tilgungsbetrages von

jährlich 4 Prozent zu erstatten, wenn die Gemeinde Gliesmarode die Benutzung ihrer Dorfstraßen anderen Unternehmern zwecks Versorgung der Einwohner der Gemeinde mit Gas oder Elektrizität gestatten sollte.

Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Die Überlandzentrale liefert den Einwohnern von Gliesmarode seit dem 1. Januar d. J. elektrischen Strom, und die Gemeinde hat daher der hiesigen Stadt nach Abzug des vierjährigen Tilgungsbetrages 2394 *M* zu erstatten.

Die Gemeindebehörde von Gliesmarode hat nun zwar ausweislich ihres Schreibens vom 21. Mai d. J. gebeten, die Stadt möge auf die Erstattung der Kosten verzichten, aber der Magistrat ist im Einvernehmen mit der zuständigen Verwaltungsdeputation der Ansicht, daß von den zur Unterstützung dieses Gesuchs geltend gemachten Gründen nur der Billigkeitsgrund Berücksichtigung verdient, daß inzwischen auf einem der zum Stadtgebiet gehörigen, an der Südseite der fraglichen Strecke belegenen Grundstücke vom Fuhrherrn Ledderboge ein Haus erbaut und an das fragliche Gasrohr angeschlossen ist. Der Gasverbrauch in diesem Hause beträgt etwa 50 *M* jährlich. Entsprechend dem Vorschlage der Verwaltungsdeputation hält der Magistrat hiernach den Absatz von 1000 *M* für angängig und gibt den Stadtverordneten anheim, zustimmen zu wollen, daß die zu erstattende Summe, die dem Reservefonds der Gaswerk^z zuzuführen sein wird, auf 1394 *M* ermäßigt wird.

Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung des Magistratsantrages anheim.

Die Versammlung ist mit der Ermäßigung einverstanden.

10. Stadtseitiger Ausbau von Straßenzügen südöstlich der Ackerstraße.

Stadtv. **Trinks**: Das Eisenbahnbetriebsamt 2 Braunschweig hat bereits vor drei Jahren an den Stadtmagistrat die Mitteilung ergehen lassen, daß die Eisenbahnverwaltung die Schaffung von Kleinwohnungen für ihre hiesigen Beamten und Arbeiter ins Auge gefaßt habe. Die Auswahl eines geeigneten Bauplatzes hierfür, für den eine der neben dem Ostbahnhofe gelegene eisenbahnfiskalische Fläche in Aussicht genommen war, hat aber Schwierigkeiten geboten, weil erstens die Straßen, an denen die projektierten Wohnhäuser errichtet werden sollten, von einer bereits befestigten und kanalisiertem Straße leicht zugänglich sein mußten, und zweitens die Bedingung zu erfüllen war, den Gesamtbebauungsplan für das freierwerbende Ostbahnhofsgelände durch diese Bauten in keiner Weise zu beeinträchtigen. Nach mehrfachen Verhandlungen wurde nun von seiten der Königlich Eisenbahndirektion Magdeburg im Oktober vorigen Jahres das an der Helm-

stedterstraße südöstlich der Ackerstraße gelegene, der Eisenbahnverwaltung gehörige Grundstück als geeigneter Bauplatz in Vorschlag gebracht. Es sollten an einer südöstlich von der Ackerstraße abzweigenden und an einer zweiten parallel der Ackerstraße verlaufenden Straße sechs Wohnhäuser errichtet werden, die 72 Wohnungen enthalten. An dem Plane, welcher dort aushängt, ist ersichtlich, wie die Sache gedacht ist. (Redner zeigt auf dem Plane die fraglichen Straßen und Grundstücke.) Dabei wurde gewünscht, daß diese Gebäude nicht unmittelbar an der Helmstedterstraße liegen sollten, sondern etwas entfernt von ihr.

Die Eisenbahndirektion hatte nun dem Magistrat mitgeteilt, daß ihr daran gelegen sei, daß die Arbeiten für diese Häuser sofort in Angriff genommen würden. Es sollten eben Notstandsarbeiten sein, und nur wenn es sich ermöglichen ließe, daß sofort mit den Arbeiten dafür begonnen werden könnte, wollte man die für diesen Zweck vorgesehenen, nicht unerheblichen Mittel von 350 000 M zur Verfügung stellen, anderenfalls müßte dieses Geld sofort an anderen Orten zur Verfügung gestellt werden.

Natürlich ist man bestrebt gewesen, die Verwendung dieser nicht unbeträchtlichen Summe der Stadt Braunschweig zu sichern, und es ist von seiten des Magistrats im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanzausschuß beschlossen, das Bauvorhaben tunlichst zu fördern und wegen Ergänzung des Ortsbauplanes und Regelung der Straßenbaukosten, zu deren Deckung einstweilen der Eisenbahnverwaltung nur 30 000 M zur Verfügung stehen, das Erforderliche später zu veranlassen.

Die Errichtung der Häuser wurde nun nach Maßgabe eines vom städtischen Tiefbauamt schleunigst aufgestellten Teilortsbauplanes in Angriff genommen, und die Bauten sind inzwischen so weit gefördert, daß die beiden Häuser, welche von der Ackerstraße zugänglich sind, bereits am 1. Oktober bezogen werden konnten. Da nun die übrigen Häuser am 1. Januar bzw. am 1. April auch bezogen werden sollen, so ist es unbedingt erforderlich, jetzt mit dem Ausbau der neu projektierten Straßen zu beginnen. Zu dem Zwecke ist von der Eisenbahndirektion Magdeburg und dem Stadtmagistrat ein Vertragsskizzenentwurf ausgearbeitet, der Ihnen von mir in seinen hauptsächlichsten Punkten vortragen werden soll. Bevor ich hierzu übergehe, möchte ich nicht unterlassen, noch einige Bemerkungen zu erwähnen, welche der Magistrat für erforderlich erachtet hat, und welche für das Verständnis dieses Vertrages nicht übergangen werden können, wenigstens kurz erwähnt werden müssen.

1. Es war bislang üblich, in die Unternehmerverträge eine Bestimmung aufzunehmen, welche besagt, daß die durch die Legung der Gas- und Wasserrohre und die Herrichtung des Abzugskanals entstehenden Kosten zunächst von dem Unter-

nehmer zu tragen sind, daß sie aber ersetzt werden, sobald durch die einkommende Kanalsteuer, das Gas- und Wassergeld der angeschlossenen Grundstücke eine fünfprozentige Verzinsung der Anlagekosten dauernd gesichert ist. Nun hat der Magistrat im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanzausschuß im Februar dieses Jahres, damit die Bauarbeiten unverzüglich in Angriff genommen werden konnten, beschlossen, dem Antrage des Eisenbahnbetriebsamtes 2 auf schleunige Herstellung des Wasserrohres in der von der Uckerstraße abzweigenden Straße zu entsprechen und die Kosten dem Reservefonds der städtischen Wasserwerke zu entnehmen. Der Stadtmagistrat hält es für unbedenklich, auch die beiden rechtwinklig anschließenden Straßen aus Mitteln desselben Fonds gleichfalls mit Wasserrohren zu versehen. Es kommen dort nur kurze Rohrenden von etwa 60 m Gesamtlänge in Frage.

Bezüglich der durch die Legung des Gasrohres und des Abzugskanals entstehenden Kosten hatte die Königliche Eisenbahndirektion aus finanztechnischen Gründen gebeten, von der vorschußweisen Zahlung der Anlagekosten bis zur Sicherstellung der fünfprozentigen Verzinsung abzusehen, sich aber einverstanden erklärt, ein sofort fälliges Ablösungskapital in der Höhe zu zahlen, daß durch dieses eine fünfprozentige Verzinsung der Anlagekosten für die nächsten 10 Jahre gewährleistet wird. Dieses günstige Angebot glaubt der Stadtmagistrat empfehlen zu sollen.

2. Die nach § 4 des Vertrages an die Stadt zu zahlende einmalige Abfindung für die stadtseitige Übernahme der Kosten der Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der auszubauenden Straßen ist zu 3150 *M* berechnet. Es ist dabei angenommen, daß die Unterhaltungskosten seitens der Eisenbahnverwaltung während eines Zeitraums von fünf Jahren zu tragen sind.

Der Magistrat stellt zu dieser Sache vier Anträge. Bevor ich diese verlese, möchte ich wenigstens die hauptsächlichen Bestimmungen des Vertragsentwurfes bekanntgeben.

Der § 1 bezeichnet das Gebiet der Straßenzüge, welche nach diesem Vertrage ins Auge gefaßt werden, und welche vorbehaltlich ihrer Aufnahme in den Ortsbauplan als Ortsstraße auszubauen sind, sowie im Anschluß an diesen Ausbau noch ein paar Grundflächen, welche als provisorische Wendepplätze zu befestigen sein werden. Diese Wendepplätze sind vorgesehen an der Straße, welche parallel zur Uckerstraße verläuft.

§ 2 besagt, daß die Königliche Eisenbahndirektion verpflichtet ist, die sämtlichen durch die Ausführung der in Frage kommenden Straßen und Wendepplätze erwachsenden Kosten des oberirdischen Ausbaus im vom städtischen Tiefbauamt veranschlagten Betrage von 17 100 *M* zu tragen, ferner die Kosten der Bauleitung

und Bauaufsicht in Höhe von 4 Prozent des für diese Straßenbauten aufzuwendenden Betrages, nämlich rund 700 *M.*, zu übernehmen, und beide Beträge vor Beginn der Bauarbeiten an den Stadtmagistrat bar zu zahlen.

Nach § 3 verpflichtet sich die Königliche Eisenbahndirektion, vorbehaltlich der Genehmigung des Königlich preuß. Ministers der öffentlichen Arbeiten, von den ihr gehörigen Grundstücken sofort diejenigen Teilflächen, welche zu dem projektierten Straßenbau erforderlich sind, hypothekefrei unentgeltlich an die hiesige Stadt abzutreten.

Nach § 4 übernimmt der Stadtmagistrat gegen die vorhin von mir genannte Abfindungssumme die Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der neu zu erbauenden Straßen.

In § 5 wird vereinbart, daß die vom Stadtmagistrat übernommenen Verpflichtungen erst dann wirksam werden sollen, wenn die Auflassung der nach § 3 an die Stadt Braunschweig abzutretenden Grundflächen erfolgt sein wird.

§ 6 enthält unwesentliche Bestimmungen und § 7 die Abmachung, daß die Kosten der Auflassung einschließlich sämtlicher Reichs-, Staats- und Gemeindeabgaben die Eisenbahndirektion Magdeburg übernimmt.

Der Magistrat empfiehlt Ihnen nun, folgenden Anträgen Ihre Zustimmung zu geben:

1. den vorgelegten Vertragssentwurf zu genehmigen;
2. sich mit der Aufnahme der projektierten Straßen 646, 647 und 648 in den Ortsbauplan und mit der Anordnung von Vorgärten, beides in der Lage und in dem Umfange, wie es der beiliegende Teilortsbauplan erkennen läßt, einverstanden zu erklären,
3. im Falle der Aufnahme dieser Straßen in den Ortsbauplan zuzustimmen, daß diese zu Ortsstraßen erklärt werden,
4. die der Vorlage beigefügten Kostenanschläge und Entwürfe über den Ausbau der Straßen 646, 647 und 648 zu genehmigen, sowie die Kosten des oberirdischen Ausbaus zu Lasten des Extraordinariums, die Kosten der Kanalisierung zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse und schließlich die Kosten für das Gas- und Wasserrohr zu Lasten des Reservefonds des Gas- bzw. Wasserwerkes zu verwilligen.

Die Baukommission ist diesen Anträgen beigetreten und empfiehlt Ihnen die Genehmigung derselben.

Die Anträge werden angenommen.

11. Rentabilitätsberechnungen für die Wirtschaften im Stadt- und im Bürgerparke.

Stadtov. **Tebbenjohannis**: Gelegentlich der Beratung des laufenden Etats ist der Wunsch der Stadtverordneten an den Magistrat ergangen, eine Rentabilitätsberechnung über die Wirtschaften im Stadtparke und im Bürgerparke zu erhalten. Das Hochbauamt hat daraufhin eine statistische Berechnung aufgestellt, aus der sich ergibt, daß der Sachwert der Wirtschaftsgebäude nebst Zubehör im Bürgerparke 61 362,61 *M* beträgt, der Sachwert der Wirtschaftsgebäude nebst Zubehör im Stadtparke 110 489,92 *M*. An laufenden Ausgaben sind verausgabt für die Wirtschaftsgebäude im Bürgerparke 15 489,80 *M*, für das Wirtschaftsgebäude im Stadtparke 45 991,03 *M*. Als durchschnittliche jährliche Einnahme während der ganzen Zeit des städtischen Besitzes ergeben sich für die Wirtschaftsgebäude im Bürgerparke rund 1735 *M* und für das Wirtschaftsgebäude im Stadtparke rund 3100 *M*. Das Hochbauamt berichtet weiter: Die Pacht beträgt zur Zeit jährlich für die Wirtschaft im Bürgerparke 3738,04 *M*, für die Wirtschaft im Stadtparke 6000 *M*. Als augenblickliche Verzinsung der sachlichen Werte ergibt sich hieraus für die Wirtschaft im Bürgerparke ein Prozentsatz von rund 6, für die Wirtschaft im Stadtparke von 5,4, wobei allerdings der Wert des Grund und Bodens nicht mit berücksichtigt ist.

Der Magistrat hat dann das rechnerisch festgestellte Durchschnittsergebnis der Reineinnahme in Beziehung gebracht zu dem sachlichen Wert und ist dabei zu dem Resultat gekommen, daß bei dem Bürgerparke sich eine Verzinsung der jetzigen Werte der Wirtschaftsgebäude nebst Zubehör in Höhe von 2,82 Prozent und beim Stadtparke in Höhe von 2,81 Prozent herausstellt. Das erscheint mir in dieser Form nicht richtig, sondern es muß, wenn eine Vergleichung angestellt wird, ein Vergleich gezogen werden zu den durchschnittlichen Anlagekapitalen. Es ergibt sich dann, daß die Durchschnittsrente bei dem Bürgerpark sich auf 5,42 Prozent stellt und die bei dem Stadtparke auf 4,36 Prozent. Dabei sind selbstverständlich die Kosten der Amortisation usw. nicht berücksichtigt. Der Unterschied in der Behandlung ist aber un erheblich. Es zeigt die aufgestellte Rentabilitätsberechnung jedenfalls, daß auch unter Zugrundelegung einer Amortisation usw. immerhin noch ein kleiner Überschuß für die Stadtgemeinde bleiben wird, und man somit mit der Verpachtung einverstanden sein kann.

Eine Beschlußfassung zu dem Gegenstande habe ich nicht vorzuschlagen.

Die Versammlung nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

12. Legung eines Wasserrohres in der Pflingstraße.

Stadtv. **Loeschigt:** Aus Anlaß eines Gesuchs von Anwohnern der Pflingstraße hat die Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke empfohlen, auf der genannten Straße ein Wasserrohr zu verlegen. Da die Pflingstraße teilweise bebaut ist und der Entwässerungskanal daselbst jetzt verlegt wird, hält der Magistrat es für angänglich, dem Ersuchen zu entsprechen. Zu den Kosten, die zu 2380 *M* veranschlagt sind, will die Firma Oppermann und Deichmann, die gleichfalls Anliegerin dieser Straße ist, einen Zuschuß von 200 *M* zahlen. Die stadtseitig aufzuwendende Summe ermäßigt sich darnach auf 2180 *M*. Der Magistrat gibt anheim, diesen Betrag zu Lasten des Reservesfonds der städtischen Wasserwerke zu verwilligen.

Die Sache ist in der Finanzkommission geprüft. Sie gibt Ihnen anheim, die Bewilligung auszusprechen.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

13. Beitritt der Stadt zum Kriegshilfsverein des Herzogtums Braunschweig für den Kreis Goldap.

Stadtv. **Frede:** Wie den geehrten Herren bekannt sein wird, haben sich im Reiche Unterstützungsvereine gebildet mit der Aufgabe, die durch den Einfall der Russen geschädigten Ostpreußen zu unterstützen. Auch hier in der Stadt hat sich ein solcher Verein gebildet, der sich nennt „Kriegshilfsverein des Herzogtums Braunschweig für den Kreis Goldap (Ostpreußen) G. B.“. Veranlasserin zur Gründung dieses Vereins ist die Handelskammer gewesen, und sie bemüht sich jetzt, auch die Stadt Braunschweig als Mitglied des Vereins zu werben. Der Magistrat ist der Meinung, daß eine vaterländische Verpflichtung für die Stadt vorliegt, zu ihrem Teil an der Durchführung der hier vorliegenden Aufgabe zu helfen, und bittet die Stadtverordneten, ihr Einverständnis damit zu erkennen zu geben, daß die Stadt dem Verein beitrith und zu dem Zwecke 2000 *M* zunächst als einmaligen Beitrag zahlt. Es ist besonders zu bemerken, daß diese Hilfe durch den Verein nur als eine Ergänzung der von dem Staate Preußen geleisteten Hilfe aufzufassen ist, daß also der Staat Preußen selbstverständlich die meiste Ursache und die stärkste Verpflichtung hat, für den Schaden aufzukommen. — Die Finanzkommission schließt sich der Begründung des Magistrats an und bittet die Versammlung, die 2000 *M* zu bewilligen.

Die Versammlung erklärt sich für den Beitritt und bewilligt die 2000 *M*.

14. Rechnungsübersichten für das Rechnungsjahr 1914/15.

Stadtv. **Lebbenjohanns:** Den geehrten Herren ist sämtlich das Schriftstück „Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse und der mit derselben in Verbindung stehenden Kasse des Rieselguts, sowie der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen für das Jahr 1914/15“ zugegangen. Der Magistrat hat in eingehender Weise zu den einzelnen Positionen, insbesondere denen, wo Überschreitungen vorliegen, Erläuterungen gegeben, und es werden sich deshalb kaum weitere Fragen ergeben.

Die Einnahmen und Ausgaben in der Zusammenstellung auf Seite 74/75 ergeben eine Fehlsomme von 933 025,30 *M*. Der Magistrat hat bereits in seinem Schreiben vom 13. September, daß er Ihnen allen zugesandt hat, ausgeführt, daß dieser Fehlbetrag tatsächlich um rund 185 000 *M* zu hoch gegriffen ist, da diese 185 000 *M* an Staatssteuer und Kirchensteuer zu viel abgeführt sind. In seiner Begründung dieses Umstandes führt der Magistrat aus, daß alter Gepflogenheit gemäß als Grundlage für die Abführung der Steuer die Sollbeträge gedient hätten, daß aber übersehen sei, daß die Sollbeträge in dem laufenden Jahre nicht in der vollen Höhe eingegangen seien. Diese zunächst zu viel bezahlten Beträge sind inzwischen wieder verrechnet, und irgend welche Weiterungen ergeben sich daraus selbstverständlich nicht.

Der Magistrat bittet nun zunächst, die Überschreitungen und Abweichungen von dem Etat, soweit sie nicht auf nachträglichen Bewilligungen der Stadtverordneten oder des bei Ausbruch des Krieges mit Vollmacht versehenen verstärkten Finanzausschusses beruhen, nachträglich zu genehmigen, was ich hiermit namens des Finanzausschusses beantrage.

Weiter bemerkt der Magistrat zu der Position Kanalbaukasse, daß es zweckmäßig sei, aus dem verfügbaren Kassenbestande des Unterhaltungsfonds zu 30 196,43 *M* die Summe von 25 000 *M* an den Neubaufonds zwecks Herabminderung des Fehlbetrages von 618 094,71 *M* abzuführen. Auch hierzu gibt Ihnen die Finanzkommission anheim, Ihre Zustimmung zu geben.

Den beiden Anträgen der Finanzkommission stimmt die Versammlung zu.

15. Gewährung eines Zuschusses an die kaufmännische Fortbildungsschule.

Stadtv. **Lauer:** Die Handelskammer hat ein Schreiben an den Stadtmagistrat gerichtet und demselben einen Rechnungsabluß der kaufmännischen Fortbildungsschule beigelegt, aus dem zu ersehen ist, daß in dem Schuljahr 1914/15 eine Mehrausgabe von 522,99 *M* entstanden ist. Diese Mehrausgabe ist infolge des durch die gegenwärtige Kriegslage hervorgerufenen Ausfalls an Schulgeld

erfolgt. Es ist nicht möglich gewesen, trotz wesentlicher Einschränkungen diese Mindereinnahme auszugleichen. Die Handelskammer bittet nun den Stadtmagistrat unter Bezugnahme auf eine Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 21. September d. J., wonach der genannte Fehlbetrag nach den bestehenden Grundsätzen zu je einem Drittel vom Staate, der Stadt und der Handelskammer zu tragen ist, ihr ein Drittel dieser Mehrausgaben mit 177,33 *M* für diesmal nachträglich zu bewilligen. Der Stadtmagistrat empfiehlt, diesem Wunsche stattzugeben und die Mittel aus der Kasse der Umsatzsteuer zu bewilligen.

Die Schulkommission hat sich gestern mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist zu dem Resultat gekommen, dem Wunsche des Stadtmagistrats zuzustimmen, obschon vor zwei Jahren erst der jährliche Zuschuß der kaufmännischen Fortbildungsschule von 3000 *M* auf 4300 *M* erhöht worden ist. Es wurden zwar auch einige Bedenken geltend gemacht, die aber nur grundsätzlicher Natur waren. Da das Konto Umsatzsteuer ein Guthaben von annähernd 150 000 *M* ausweist, so beschloß die Schulkommission, dem Vorschlage des Magistrats auch aus diesem Grunde zuzustimmen, und bittet die geehrte Versammlung um das gleiche.

Die Bewilligung wird ausgesprochen.

16. Zwangsenteignung einer Fläche an der projektierten Straße 328 (Altstadttring).

Stadtv. **Sander:** Am 17. April d. J. ist unsererseits ein Vertrag genehmigt, der mit dem Kaufmann Ernst Rose in Berlin, zur Zeit im Felde, über den Ankauf einer zum Ausbau der Straße 328 erforderlichen Teilfläche von 378 qm mit der Bedingung der hypotheken- und lastenfreien Auflassung abgeschlossen war. Es haben sich jetzt unüberwindliche Schwierigkeiten herausgestellt, das Grundstück der Stadt hypothekensfrei aufzulassen, weil die Hypothekengläubiger sich nicht mit einer Teilzahlung ihrer nicht nur die stadtseitig gekaufte Teilfläche, sondern das ganze Grundstück belastenden Hypotheken bei Abnahme dieser Teilfläche einverstanden erklären wollen, sondern verlangen, daß ihre ganzen Hypotheken ausgezahlt werden, welchem Verlangen aber der Schuldner nicht entsprechen kann und will. Die Stadt bedarf dieser Teilfläche zur Verlegung eines notwendigen Kanals, und deshalb bleibt bei Lage der Sache nichts weiter übrig, als jenes Teilstück im Zwangsenteignungsverfahren zu erwerben.

Die Statutenkommission hat sich bei ihrer Vorberatung der Meinung des Magistrats angeschlossen und gibt Ihnen anheim, sich mit Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens einverstanden zu erklären.

Die Versammlung entspricht diesem Antrage.

17. Antrag des Elektrizitätswerks auf Ermäßigung bzw. Erlaß von vertragsmäßig zu zahlenden Abgaben.

Stadtv. Frede: Im Februar d. J. richtete das Lichtwerk an den Stadtmagistrat ein Schreiben, in welchem es ausführte, daß eine beträchtliche Schädigung des Lichtwerks durch den ausgebrochenen Krieg eingetreten sei. In den letzten fünf Monaten des Jahres 1914 sei ein Verlust von 50 000 *M* eingetreten. Diese Beeinträchtigung der Einnahme wurde zurückgeführt auf die allgemeine wirtschaftliche Lage, an der der Krieg schuld ist, auf die Maßnahmen des Militärkommandos -- Sie kennen ja die Einschränkungen des Wirtschaftsbetriebes, der Vergnügungen usw. Das Lichtwerk hat nun um eine Ermäßigung derjenigen Beträge, die nach dem Verträge mit dem Elektrizitätswerke an die Stadt abzuführen sind.

Die Forderungen des Lichtwerks gingen anfangs sehr weit. Sie erstreckten sich auf drei Punkte: Zuerst, es möge der Preis des Stromes von 4½ Pfg. auf 5 Pfg. wieder erhöht werden, sodann es möge eine Herabsetzung der Abgabe an die Stadt von 25 Prozent auf 10 Prozent der Bruttoeinnahme stattfinden. Der genannte Prozentsatz ist, wie sich die Herren vielleicht erinnern, durch Vertrag festgelegt und darin zugleich eine Mindestabgabe von 200 000 *M* festgesetzt. Sodann wünschte das Lichtwerk, es möge die Festsetzung der 10prozentigen Abgabe der Bruttoeinnahme nicht nur für das laufende Jahr Platz greifen, sondern auch für die fernere Zeit bis drei Jahre nach Beendigung des Krieges, und es möge auch der Mindestbetrag von 200 000 *M* nach derselben Zeit erst wieder abgeführt werden, also erst drei Jahre nach Beendigung des Krieges.

Der Magistrat hat dieses Verlangen abgewiesen. Das Lichtwerk hat sich in dem Schriftwechsel mit dem Magistrat bei seinen Wünschen berufen auf den mit der Stadt abgeschlossenen Vertrag, der auch gehört werden muß, wenn die Herren über das Verlangen des Lichtwerks urteilen wollen. § 10 II sagt folgendes:

„Sollte die Unternehmerin durch Ursachen, deren Verhütung oder Beseitigung nicht in ihrer Macht stand, zeitweilig an dem unter normalen Verhältnissen zu erwartenden Stromabsatz ohne ihr Verschulden verhindert sein, so soll nach Verhältnis des Umstandes und der Dauer der eingetretenen Störung zu der gesamten Jahresleistung die Abgabe, und zwar gegebenenfalls auch die Mindestabgabe, nach billigem Ermessen der städtischen Behörden ermäßigt werden. Als störende Ursachen der fraglichen Art kommen in Betracht: Naturereignisse, Krieg, Aufstand, Brandschäden, Störungen im Maschinenbetriebe und in den Leitungen und ähnliche Vorkommnisse, die die Unternehmerin zeitweilig an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes hindern.“

Darüber, ob und in welchem Umfange die Voraussetzungen einer Ermäßigung der Mindestabgabe vorliegen, und in welchem Umfange darnach die Abgabe zu er-

mäßigen ist, entscheiden die städtischen Behörden; eine Anfechtung dieser Entscheidung durch Beschwerde oder mittels Anrufung der ordentlichen Gerichte ist der Unternehmerin nicht gestattet.

Die Unternehmerin kann jedoch beanspruchen, daß, falls ihrem Antrage nicht entsprochen wird, vor Abgabe der den städtischen Behörden vorbehaltenen Entscheidung ein unparteiischer Sachverständiger gehört wird, um dessen Ernennung, falls beide Parteien sich über die Wahl nicht einigen können, Herzogliches Staatsministerium ersucht werden soll. Die durch Zuziehung des Sachverständigen erwachsenden Kosten werden von jeder Partei zur Hälfte getragen.“

Der Magistrat hat zum Ausgang seiner Zurückweisung den Satz gemacht, in dem es heißt: „Ähnliche Vorkommnisse, die die Unternehmerin zeitweilig an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes hindern.“ Der Magistrat ist der Meinung, daß kein Vorkommnis vorgelegen hat, das die Unternehmerin an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes hinderte, es könne daher das Ausbleiben der erwarteten, aber nicht eingetretenen Konsumsteigerung nicht wohl zur Anwendung der fraglichen Vertragsbestimmung führen.

Nun hat in solchem Falle, wenn der Magistrat und das Lichtwerk sich nicht einigen können, die Bestimmung Platz zu greifen, daß die städtischen Behörden zusammen darüber entscheiden — ein gerichtlicher Weg ist ausgeschlossen. Es kann aber auch ein Sachverständiger ein Gutachten abgeben, und da Magistrat und Lichtwerk über die Person des Sachverständigen einig waren, so brauchte das Staatsministerium in dem Falle keine Entscheidung zu treffen. Das Lichtwerk hat Herrn Geheimen Hofrat Professor Dr. Peukert vorgeschlagen, und der Magistrat hat keine Ursache gehabt, den Herrn als Sachverständigen zu beanstanden. Die Kernpunkte des von ihm abgegebenen umfangreichen Gutachtens sind in folgenden Sätzen ausgedrückt:

„1. Das Elektrizitätswerk Braunschweig war meines Erachtens vollständig berechtigt, bei normaler Weiterentwicklung unter gewöhnlichen Verhältnissen auf den angegebenen Stromabsatz (und das ist die Konsumsteigerung) zu rechnen und konnte diesen mit größter Wahrscheinlichkeit erwarten.

2. Die Ursache, daß in diesem Rechnungsjahre der zu erwartende Stromabsatz nicht erreicht wurde, ist in der durch den Krieg veranlaßten Wirtschaftslage zu suchen; die dadurch bedingten Verhältnisse konnten durch das Elektrizitätswerk weder verhindert noch geändert werden, so daß es auch außer seiner Macht lag, den Stromabsatz anders zu gestalten, als er tatsächlich war.“

Der Magistrat ist der Meinung, daß durch dieses Gutachten die Hauptfrage nicht berührt ist, nämlich die Frage: Ist die Unternehmerin zeitweilig an der Er-

zeugung oder Fortleitung des Stromes gehindert gewesen? Auf diese technische Frage hat das Gutachten keinen Bezug genommen, und so jagt der Magistrat mit Recht: „Unsere zweifellos zutreffende Behauptung, daß von einer Hinderung an der Erzeugung oder Fortleitung des Stroms keine Rede sein kann, ist durch das Gutachten nicht widerlegt.“

Dieser Auffassung des Magistrats hat sich die Finanzkommission angeschlossen. Sie hält das Verlangen der Elektrizitätsgesellschaft für unberechtigt und ersucht die Versammlung, sich dieser Ansicht anzuschließen.

Stadtv. Roeschigt: In dieser ernsten Zeit sucht jeder sein Geschäft, wenn es schlecht geht, zu verbessern, wo er nur kann. Aber zu bedenken ist, daß wir alle die Lasten des Krieges tragen müssen, jedenfalls doch auch unverschuldet. Es wird heute oder morgen eine Parole vom Kommando ausgegeben, und der haben wir uns zu fügen. Nun kommt die Elektrizitätsgesellschaft in dieser Form an den Magistrat heran. Meine Herren, der Ton macht die Musik! Allerdings haben wir Verpflichtungen gegen das Lichtwerk, aber das Lichtwerk auch gegen uns. Jedenfalls hätte das Lichtwerk erst einmal bezahlen sollen, was es zu bezahlen hat, und dann jagen können: Wir wollen einmal darüber reden, ob wir uns nicht entgegenkommen können. Aber diese Art und Weise des Elektrizitätswerks geht denn doch entschieden zu weit — einen anderen Ausdruck will ich nicht gebrauchen. Wohin soll das führen? Drei Jahre nach dem Kriege sollen die vertragsmäßigen Leistungen erst wieder gezahlt werden! Aber verdienen kann man es dem Lichtwerk nicht, daß es versucht, was es erreichen kann — jeder sucht seine Lage zu verbessern —, denn wir sind dem Lichtwerk in jeder Weise so weit entgegengekommen, daß der Appetit auch bei diesen Leuten mit dem Essen kommt. Solange ich die Ehre habe, in Ihrer Versammlung zu sein und die Verhandlungen mit dem Lichtwerk kennenzulernen, solange ist es selten bescheiden gewesen. Aber dieses Verlangen geht denn doch über das Maß hinaus. Wenn das Lichtwerk Entgegenkommen von der Stadt verlangt, dann möge es erst einmal seine Verpflichtungen gegenüber der Stadt erfüllen und dann mit der Stadtverwaltung reden. Vorläufig sind die Herren noch unsere Schuldner, und nun wollen sie gleich das Geld einbehalten! Das ist keine Weise, mit uns umzuspringen. Wenn wir hier im Lande den Krieg gehabt hätten, wenn die Russen oder sonst wer das Elektrizitätswerk vernichtet hätten, wenn Blitzschlag oder sonst etwas ihm Schaden zugefügt hätte, dann wäre ich bereit, ihm entgegenzukommen; aber nicht in diesem Falle. Wenn der Krieg unsere Verhältnisse so verschlechtert hätte, daß das Lichtwerk in eine traurige Lage gekommen wäre, daß es das Aktienkapital nur mit 1 oder 2 Prozent hätte verzinsen können, dann würde ich sagen: Gut, wir wollen mit uns

reden lassen, es ist das wohl nötig. Jetzt wünscht sie gar den Strompreis heraufzusetzen. Das sind Sachen, die dahin gehen sollen, den Ertrag des Werkes zu mehrten. Die 6 Prozent Dividende haben mich überzeugt, daß Not noch nicht da ist. Straßenbahn und Elektrizitätswerk sind nicht bloß werbende Etablissements, sondern sie sind auch für die Allgemeinheit eingerichtet; es ist nicht nötig, daß sie große Überschüsse machen. Ich habe seinerzeit tief bedauert, daß die Stadt das Drehstromwerk nicht selbst gebaut hat. Daß die Stadt immer wieder die melkende Kuh für das Lichtwerk sein soll, damit bin ich nicht einverstanden.

Die Versammlung erklärt sich mit der Stellungnahme des Magistrats einverstanden.

18. Herstellung eines Asphaltbelags auf der Friedrich-Wilhelmstraße.

Stadt v. Busch: Seitens des Tiefbauamts ist dem Magistrat eine Anregung zugegangen, sich mit der Asphaltierung der platzartigen Erweiterung der Friedrich-Wilhelmstraße vor dem Hauptpostgebäude einverstanden zu erklären. Es ist den Herren bekannt, daß seitens der städtischen Behörden vor längerer Zeit die Asphaltierung im Zuge der Münzstraße und Friedrich-Wilhelmstraße genehmigt wurde, und daß sie jetzt in der Ausführung begriffen ist, während die platzartige Erweiterung vor dem Hauptpostgebäude im früheren Zustande verbleiben sollte. Wegen des dem Asphaltpflaster zu gebenden schwächeren Gefälles und wegen der in Aussicht genommenen Verlegung der an der Westseite belegenen Straßenbahngleise ist es aber erforderlich, nahezu diese ganze platzartige Erweiterung umzupflastern. Das Zusammenstoßen des Asphalts mit dem Steinpflaster ist dem Fuhrverkehr wenig förderlich, und auch der äußere Eindruck spricht dafür, hier Asphalt zu verwenden. Es wird deshalb empfohlen, diesen ganzen Platz auch gleich mit Asphalt zu versehen, und bei dieser Gelegenheit die kleine dort befindliche Rettungsinselfür durch eine größere zu ersetzen.

Die Mehrkosten für diese Ausführung sind allerdings nicht unbedeutend, sie betragen 8000 M., werden aber gemildert durch Verwertung der frei werdenden Materialien, so daß 6000 M. hierfür nötig bleiben. Außerdem wird uns klargestellt, daß durch große Ersparnisse bei den Asphaltierungsarbeiten auf dem Steinwege und der Münzstraße dieser Betrag reichlich wettgemacht wird.

Der Magistrat empfiehlt nun den geehrten Herren, da der Antrag sachlich gerechtfertigt erscheint, sich mit Herstellung von Stampfasphaltpflaster in dem aus dem ausgehängten Plane zu ersiehenden Umfange, sowie auch mit Anlage einer größeren Rettungsinselfür, entsprechend der Eintragung in den Plan, einverstanden

zu erklären, und die Kosten, soweit sie nicht von der Straßeneisenbahngesellschaft getragen werden, zu Lasten des Kap. X des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Die Baukommission hat sich gestern mit diesem Antrage befaßt, ihm zugestimmt und ersucht Sie durch mich, dem Antrage ebenfalls Ihre Genehmigung zu erteilen.

Stadtv. Diedmann: Ich möchte eine Anregung zu dieser Pflasterung geben, weiß allerdings nicht, ob das nicht schon von anderer Seite geschehen ist. Im Interesse eines geregelten Fuhrverkehrs wäre es zweckmäßig, wenn der Straßenbahnmaß, der vor dem Hotel Monopol sich befindet, verlegt würde, denn er steht dort tatsächlich im Wege. Da die Straße jetzt neu gepflastert werden soll, so würde das praktischerweise gleich mit auszuführen sein.

Vorsitzender: Ich muß Herrn Diedmann erwidern, daß der zu behandelnde Punkt den Platz vor dem Hauptpostgebäude betrifft, nicht den Friedrich-Wilhelmsplatz.

Stadtv. Stegmann: Ich halte es selbstverständlich für wünschenswert, daß auch der Platz vor der Hauptpost gleichfalls mit Asphalt belegt wird. Der Preis kommt mir allerdings etwas hoch vor, aber ich kann nicht beurteilen, ob er tatsächlich zu hoch gegriffen ist. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, einen Wunsch von Anwohnern mehrerer Straßen hier vorzutragen. Auf der Charlottenstraße, Gertrudenstraße, Riewegstraße, Britbergstraße befinden sich die Fußwege in recht schlechtem Zustande

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Redner, nicht von dem behandelten Punkte abzuweichen, noch dazu, da die Zeit schon so weit vorgeschritten ist. Es bleibt Ihnen Gelegenheit, deswegen einen besonderen Antrag einzubringen.

Stadtv. Stegmann: Es bietet sich hier doch wohl Gelegenheit, mein Anliegen vorzubringen, zumal immer so verfahren worden ist. Es sind nur ein paar Worte.

Die genannten Fußwege sind seinerzeit mit Teer bedeckt worden, zum Teil aber haben sich schon wieder Löcher in ihm gebildet, vielleicht veranlaßt dadurch, daß das Lichtwerk den Fußweg bei der Kabellegung aufgerissen hat. Es wäre dringend nötig, daß die Ausbesserung vorgenommen wird, ehe der Winter eintritt. Die Kosten sind unbedeutend, so daß es wohl nur der Äußerung eines Wunsches bedarf, um den Magistrat zu veranlassen, diese Fußwege bessern zu lassen.

Außerdem möchte ich noch eine kurze Anfrage an den Magistrat richten. Es wird wunderbar empfunden, daß die A l a u s e n s t r a ß e so unfertig liegenbleibt.

Der Untergrund der Fahrbahn ist fertiggestellt, aber das Makadampflaster wird nicht hergestellt. Es sind darüber nun fünf Vierteljahre ins Land gegangen. Sollte das nicht endlich fertiggestellt werden können?

Bürgermeister **Meyer**: Es tut mir leid, daß der Herr Anfrager nicht vorher dem Magistrat von seiner Absicht, die Anfrage zu stellen, Mitteilung gemacht hat. Da mir die Verhältnisse der Klausenstraße nicht ausreichend bekannt sind, so bin ich nicht in der Lage, die Frage zu beantworten. Ich vermute, die Verzögerung hat ihren Grund darin, daß das Material nicht rechtzeitig hat beschafft werden können. Bezüglich der bezeichneten Fußwege bemerke ich, daß ich den vorgetragenen Wunsch im Auge behalten will.

Die Versammlung stimmt der Herstellung des fraglichen Asphaltbelages zu.

19. Beurlaubung eines städtischen Arbeiters.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Der Arbeiter Kossyk hat das Gesuch an den Magistrat gerichtet, ihn bis Mai nächsten Jahres aus den städtischen Diensten zu beurlauben, damit er bis zu dieser Zeit in der Mälzerei der Bierbrauerei Streitberg tätig sein kann. Der Magistrat bemerkt zu dem Gesuche, daß der Antragsteller deswegen mit seinem Anliegen gekommen ist, um des Anspruchs auf Gewährung von Ruhe-lohn durch Unterbrechung seiner Arbeitszeit bei der Stadt nicht verlustig zu gehen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß dem Antrage entsprochen werden könne, und ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Antragsteller der erbetene Urlaub gewährt wird, und zwar mit der Maßgabe, daß derselbe gegenüber den Bestimmungen über Gewährung von Ruhe-lohn als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses nicht angesehen wird. Die Angelegenheit ist in der Statutenkommission eingehend besprochen, und ich habe Ihnen zu empfehlen, dem Magistratsantrage zu entsprechen und den Urlaub zu bewilligen.

Die Versammlung ist mit der Urlaubserteilung einverstanden.

20. Anfrage Bues über Stellungnahme des Magistrats, betreffend die Unterstützung der Fachschule des Vereins Braunschweiger Gastwirte.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 258.

Stadtv. **Bues** (zur Begründung): Im Juni d. J. hat der Verein Braunschweiger Gastwirte an die Stadtverordneten und an den Magistrat ein Gesuch um Bewilligung eines Zuschusses von 1000 M zu seiner Fachschule gebeten. Der Gast-

wirteverein unterhält seit 25 Jahren eine Fach- und Fortbildungsschule, und zwar durch Unterricht von zwei Lehrern der kaufmännischen Fortbildungsschule und durch eigentlichen Fachunterricht, der von einem Mitgliede des Vereins gewährt wird. Wir haben in den langen Jahren fortwährend Zuschüsse aus der Vereinskasse leisten müssen und haben das auch gern getan, um unserem Gewerbe den nötigen guten Nachwuchs zu sichern. In den letzten Jahren ist aber die Zubeße so groß geworden, daß der Verein nicht mehr imstande ist, solche Summen aufzubringen. Die Unterbilanz beläuft sich in diesem Jahre auf über 700 *M.* Wir haben seinerzeit, veranlaßt durch die Ausstellung für das Gastwirtsgewerbe, einen Schulfonds von 10 000 *M.* gestiftet, welcher außer den Zuschüssen des Vereins der Schule zur Verfügung steht. Wie bekannt, gewährt der Magistrat bzw. die Stadt der Handwerkskammer zu den Kosten des Lehrlingsheims einen Zuschuß von 2800 *M.*, der Handelskammer zu den Kosten ihrer Schule 4300 *M.*, den anderen Fortbildungsschulen 26 000 *M.*, so daß ziemlich bedeutende Summen dabei herauskommen und wir mit unserer Schule wohl auch ein Anrecht haben dürften, in dieser Weise etwas unterstützt zu werden.

Stadtrat von Frankenberg: Der Stadtmagistrat hat sich deshalb mit dem Antrage noch nicht endgültig befaßt, weil die Festsetzung der Umsatzsteuer, aus deren Mitteln der Zuschuß erbeten war, für das laufende Jahr noch nicht feststeht. Sobald dieses Bedenken gehoben ist und der Schulvorstand der städtischen Schulen sich über die gewünschte Unterstützung geäußert hat, werden wir Veranlassung nehmen, eine Entscheidung herbeizuführen.

Stadtv. Kruse beantragt Besprechung der Anfrage.

Vorsitzender: Ich glaube, durch die Auskunft, die vom Magistrate gegeben ist, werden die Herren B u e s und K r u s e befriedigt sein; doch stelle ich den Antrag zur Abstimmung.

Stadtv. Bues: Der Antrag liegt seit dem Juni dieses Jahres vor, und ich muß doch glauben, daß diese kleine Summe von 1000 *M.*, die beantragt war, ohne weiteres bewilligt werden könnte, ohne das Ergebnis der Umsatzsteuer erst abzuwarten. Wir haben schon vor zwei oder drei Jahren das gleiche Ersuchen an den Magistrat gerichtet. Es ist uns die Antwort zuteil geworden, daß die allgemeine obligatorische Fortbildungsschule eingerichtet werden sollte, und aus diesem Grunde müßte der Antrag abgelehnt werden. Ich glaube, daß auch in der Zwischenzeit die Frage der allgemeinen obligatorischen Fortbildungsschule nicht so weit fortgeschritten ist, so daß die Summe jetzt bewilligt werden könnte.

Vorsitzender: Wird die Besprechung der Frage von der Versammlung beliebt? Wer dafür ist, daß eine Besprechung eintritt, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit.

21. Dringlichkeitsantrag Wesemeier auf stadtseitige Unterstützung bedürftiger auf Urlaub in Braunschweig befindlicher Soldaten während der Kriegszeit.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 258.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Unsere Kriegsfürsorge hat einen besonders schlimmen wunden Punkt darin, daß für die Krieger, die jetzt doch zum großen Teil weit über ein Jahr draußen im Felde stehen, wenn sie einmal auf ein paar Tage zu ihrer Familie beurlaubt werden, absolut nicht gesorgt wird. Es ist wohl allgemein bekannt, daß die Kriegsurlauber wohl ihre Löhnung weiter bekommen, aber über das hinaus absolut keine Verpflegungsgelder beziehen, so daß die Prute, wenn sie hierherkommen, ihren Familien zur Last fallen. Wir haben uns vorhin schon eingehend mit der Frage beschäftigt, wie die Unterstützung der Kriegerfamilien bestellt ist. Ich bin der Überzeugung und weiß auch bestimmt, daß weitaus der übergroße Teil mit schwerer Not zu kämpfen hat. Wie schwer muß es den Familien ankommen, wenn der Vater aus dem Felde kommt und die Familie selbst nicht in der Lage ist, den Familienvater ernähren zu können. Erst gestern morgen kam eine Frau weinend mit ihrem Kinde zu mir und klagte, daß ihr Mann auf Urlaub gekommen sei. Sie habe für sich und ihre Kinder kein Brot, um sich satt essen zu können, und nun komme noch der Mann auf Urlaub, den sie doch bei sich behalten möchte. Ich mußte auch keinen anderen Rat, als die Frau zum Nationalen Frauendienst zu schicken. Solche Fälle kommen nicht selten vor, mancher Soldat ist schon bei mir und bei uns gewesen und hat bitter darüber geklagt, daß nichts dafür geschehe, damit sie unterstützt würden, wenn sie hierherkommen. Unter den Fällen, die ich in der vorigen Sitzung über den Wochenetat der Kriegerfrauen anführte, befand sich auch der einer Frau, die auch bitter klagte: „Da ist mein Mann vor kurzem hier gewesen. Er ist von Haus weggegangen und hat gesagt: „Ihr habt ja selbst kein Brot; wie soll ich mir bei Euch Brot abschneiden! Ich kann doch den Kindern das Brot nicht wegnehmen!“ Solche Fälle kommen Duzende vor. Das ist tief bedauerlich, und wir hätten Ursache, hier helfend einzugreifen. In anderen Städten ist das schon geschehen. In meinem Antrage ist ausdrücklich die Bedürftigkeit vorgesehen, als Zeit die Dauer des Urlaubs, die der Urlauber bei der Familie und hier in der Stadt zubringt. Der hannoversche Kurier schrieb vor wenigen Tagen, daß für die Stadt Hannover ein solcher Antrag vorbereitet sei.

Also auch in Hannover zahlte man bisher nichts. Der Kurier beklagt das bitter (in Hannover hat man ja eine sozialisteneine Stadtverwaltung), daß ein solcher Antrag erst vorbereitet wird, und wünscht dringend die Annahme des Antrages, damit die Not und Sorge genommen würde und Freude einkehre, wenn der Familienvater auf kurze Zeit aus dem Felde kommt.

Ich bitte, nicht nur die Dringlichkeit meines Antrages zu beschließen, sondern gleich heute meinem Antrage zuzustimmen und die Kosten zu bewilligen.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, die Hand zu erheben, die den Antrag unterstützen wollen. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich würde ihn der Finanzkommission überweisen.

Stadtv. Wesemeier: Wenn der Vorsitzende den Antrag erst wieder der Finanzkommission überweist, dann gehen Wochen darüber hin, ehe etwas dabei herauskommt. Hilfe wäre schon vor Monaten nötig gewesen. Wir brauchen die Beschlußfassung doch nicht erst nach Beendigung des Krieges herbeizuführen!

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich glaube, es kürzt die Debatte ab, wenn ich erkläre: Ich habe die feste Überzeugung, daß der Magistrat, wenn Sie diesen Antrag annehmen, ihm ohne weiteres zustimmen wird. (Beifall.)

Stadtv. Munte: Ich sollte meinen, die Möglichkeit der Unterstützung beurlaubter Krieger läge schon in der früheren Annahme des Antrages der Kommission über die Kriegsunterstützungen, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, Erhöhung der Unterstützungen zu gewähren. Es braucht nur ein Antrag von der Frau gestellt zu werden, dann halte ich die erhöhte Unterstützung für selbstverständlich. Und ich glaube doch, daß ein solcher bedürftiger Kriegsmann mindestens zehn Tage hier ist.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bemerken, daß in zahlreichen Fällen schon so verfahren ist, wie Herr Munte meinte, allerdings unter Nachprüfung des Nationalen Frauendienstes, dessen Mitwirkung dabei erwünscht erscheinen dürfte.

Der Antrag wird — wie der Vorsitzende feststellt, anscheinend einstimmig — angenommen.

22. Antrag Bunge auf Belegung der Fußsteige der Kramer- und der Weststraße mit Platten.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 259.

Stadtv. Bunge (zur Begründung): Die Fußsteige an den beiden genannten Straßen sind in einem sehr schlechten Zustande. Vor einigen Jahren ist in der

Weststraße auf den Fußwegen durch Belegung mit Teermakadam Ordnung geschaffen. An der einen Stelle hat man nur einmal die Besserung vorgenommen, und da hat sich die Sache gehalten, und wo man an anderen Stellen zweimal mit Teer darüber gegangen ist, hat sich das ganze wohl noch besser gehalten, es haben sich aber durch die Regengüsse Löcher gebildet, in denen Steine und Reste von Teer-makadam zu sehen sind. Es ist dort sehr schlecht zu gehen und macht auch einen häßlichen Eindruck aufs Auge. In Betracht muß auch gezogen werden, daß die Weststraße in der Nähe des Westbahnhofes liegt und deshalb viel von Fußgängern begangen wird. Die Arbeiter-schaft, die dort vorbei muß, hat ein besonderes Interesse daran, daß sie ihre Stiefelsohlen schonen kann. Ich glaube, die Herren werden alle mit mir der Meinung sein, daß Abhilfe geschaffen werden soll. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Nachdem der Antrag aus der Versammlung genügend unterstützt ist, wird er vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

23. Antrag Rieke, betreffend Einwirkung auf Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Lebensmittel durch die Landes- und Reichsbehörden.

Wortlaut des Antrages:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, endlich sich zu dem Zwecke der Festsetzung von Höchstpreisen für folgende Lebensmittel: Vieh, Fleisch, Fleischwaren, Seefische, Serringe, Milch, Butter, Käse, Eier, Öle, Fette, Hülsenfrüchte, Kartoffeln und Gemüse zu entschließen und diesen Antrag den zuständigen Landes- und Reichsbehörden zu übermitteln.

Stadtv. **Rieke** (zur Begründung): Es ist nicht bloß ziemlich spät in der Tageszeit, sondern auch in der Zeit, wo man hätte handeln müssen, und jetzt ist die höchste Zeit herangekommen, wenn man überhaupt in der Sache vorgehen will. Ich denke nicht daran, daß für das Land Braunschweig allein Höchstpreise festgesetzt werden sollen, sondern ich möchte eine möglichst weite Grenze gesteckt sehen, um dadurch etwas zu erreichen. Wir sehen ja alle, an welcher Kalamität wir durch das verspätete Eingreifen der Behörden leiden. Es hätte meines Antrages wohl nicht bedurft, wenn seitens der Behörden vorgegangen wäre.

Die Höchstpreise wünschen wir so festgesetzt zu sehen, daß sie nach Grundlage der Marktpreise vor dem Kriege festgesetzt werden, bisher waren sie immer zu hoch gegriffen; sodann wünschen wir eine Minderung des Preises derjenigen Sachen, wie Kartoffelmehl, Kartoffelpräparate usw., die in genügenden Mengen vorhanden

sind, und deren Preis einen ungeheuren Umfang angenommen hat. Die Höchstpreise sollten auf das Mindestmaß einer vernünftigen Höhe beschränkt werden. Wir können damit nicht zufrieden sein, daß das Generalkommando für das 10. Armee-korps den Butterpreis auf 2,80 *M* festgelegt hat. Das wird jedem gegen den Strom gehen, und jeder wird das Empfinden haben, wenn der Preis um 80 Pfg. heruntergetrieben wäre, dann wäre er wenigstens einigermaßen annehmbar. Daß die Landwirtschaft bei einem solchen Preise auskommen kann, liegt wohl auf der Hand. Wenn die Produzenten in den Molkereien sich hochbeinig zeigen und ihren Betrieb einstellen, um die hohen Preise noch höher zu treiben, dann ist das doch etwas Ungeheuerliches.

Wir sind ferner auch der Meinung, daß der Preis für Zucker, der für Spiritus eine ungeheure Höhe erreicht hat. Man offeriert jetzt Spirituslampen wegen des mangelnden Petroleums, aber der Preis für dieses Brennmaterial hat sich gegen früher verdoppelt. Früher kostete die Literflasche 32 Pfg., jetzt 60 Pfg. Auch dieser Brennstoff ist heute viel zu teuer geworden, und auf Herabsetzung des Preises hierfür müßte sich ebenfalls die staatliche Fürsorge erstrecken. Die Lederpreise haben eine schwindelnde Höhe angenommen, so daß es fast nicht mehr möglich ist, das dafür nötige Geld zu beschaffen.

Wenn über die Kartoffelfrage in ganz Deutschland viel geredet ist, so ist das in Braunschweig in reichlichstem Maße geschehen. Es ist betrübend, daß nicht in früherer Zeit die Stadt Braunschweig ihren Bedarf eingedeckt hat. Eine solche Anregung haben wir schon im Jahre 1914 gestellt. Hildesheim, das sich damals eingedeckt hat, könnte als rühmenswertes Beispiel für Braunschweig dienen, die Stadt hat in der Beziehung bedeutende Ersparnisse gemacht. Weil man dort vorgegangen ist, wie in der Zeitung berichtet wird, so hat man dort die Preise für alle Lebensmittel, auch für Hülsenfrüchte, bedeutend billiger stellen können als bei uns. Man ist so weit gegangen, daß man Fleischarten eingeführt hat, so daß Karten für 125 oder 500 g den Leuten ausgehändigt werden. Dabei hört die elende Drängerei, die wir hier noch haben, auf, und alles ist in feste Bahnen geleitet. Es muß uns beschämen, wenn wir lesen, daß der Zentner Birnen hier 9 *M* kostet, während Wolfenbüttel seinen Einwohnern für 6 *M* solche verschafft.

Wie ist es mit der Butter? Ob wohl das Gerücht begründet ist, daß in der städtischen Kühlhalle 100 Zentner davon lagern und zurückgehalten werden? Der Magistrat müßte doch in der Lage sein, solche Butter mit Beschlagnahme zu belegen, damit sie dem Markte nicht entzogen würde. Solche Maßnahmen wären am Platze, um diese ungeheuren Preise einzudämmen und den Hunger der Leute stillen zu können. Wenn es in anderen Städten zu Erzeß gekommen ist, so wünsche ich dergleichen hier nicht, wundern muß es mich aber doch, daß es noch nicht so weit ge-

kommen ist, denn die Not der Frauen ist so weit gekommen, um es zu Ausschreitungen kommen zu lassen. Erschreckend ist es, wie bei den notwendigen Nahrungsmitteln — geradezu kann man sagen: mit Wucher vorgegangen ist.

Es ist die höchste Zeit, daß man sich entschließt, Festsetzung angemessener Höchstpreise zu fordern. Wenn die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschließt und sich an die maßgebenden Behörden wendet, dann meine ich, wäre es doch möglich, das zu erreichen. Sonst müßte ich behaupten, es gibt keine Behörden und keine Regierung für das Volk, sondern nur für diejenigen, die ungeheure Gewinne aus dem Kriege einheimen und deren Interessen berücksichtigt werden. Man will eben den lieben Agrariern nicht zu nahe treten. Es ist unheimlich, zu sehen, welche riesenhaften Dividenden verteilt werden, und wie das Volk leiden muß. Das Brot könnte heute schon billiger sein, Mehl ist genug vorhanden, denn ausgeführt werden kann es doch nicht. Auch Zucker ist genug vorhanden. Wir brauchen nicht solche Zustände, wie man sie in den 90er Jahren konstatieren konnte, daß der Braunschweiger Zucker in London der Doppelzentner um 8 *M* billiger war, als ihn die Braunschweiger selbst kaufen konnten. Wenn so etwas eintritt, dann gereicht die Großfabrikation dem Volke nicht zum Segen, sondern zum Fluche. Umgekehrt wäre es richtig. Wenn genug Produkte vorhanden sind, dann müßte man eine gerechte Verteilung bewirken, damit die große Masse des Volkes nicht zu hungern braucht. Heute haben die Arbeiter meist Marmeladengesichter, von Speck und Butter sieht man nichts mehr, weil das zu teuer ist.

Wenn in anderen, und zwar kleineren Städten als Braunschweig, wie in Seeßen, Schöningen Schlachtungen vorgenommen sind, so hat das Resultat gezeigt, daß man die Nahrungsmittel bedeutend billiger bekommen kann, und das könnte auch in Braunschweig geschehen. Mich schrecken auch nicht die 180 000 *M*, die der Magistrat bei dem Kartoffelgeschäft im vorigen Jahre zugebuttert hat. Andere Städte haben auch etwas zugelegt — leider ist das geschehen —, aber auch nicht ohne Schuld der Behörden. Wenn damals kurz nach Beginn des Krieges sich Hildesheim und andere Kommunen eindeckten, ehe die Höchstpreise festgestellt waren, dann hätten wir das auch tun können und hätten damit gutes Auskommen gehabt. Leider kamen wir erst zu spät dazu, und deshalb haben wir den Schaden. Um Ähnliches zu vermeiden, ist die Lehrzeit lang genug gewesen, und manche Erfahrung steht uns jetzt zu Gebote. Ich meine darum, man sollte sich jetzt entschließen, Höchstpreise für die so notwendigen Lebensmittel festzusetzen und sich mit einem solchen Antrage an die obersten Behörden wenden, damit in nächster Zeit etwas geschieht.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

24. Antrag Diedmann auf Milde rung oder Aufhebung der §§ 11, 71 und 76 der Straßenpolizeiordnung während des Krieges.

Wortlaut des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß in der Kriegszeit die Vorschrift, Fuhrwerke sowie an Straßen errichtete Gerüste (§§ 11, 71 und 76 der Straßenpolizeiordnung) durch Laternen zu beleuchten, aufgehoben bzw. gemildert wird, um dadurch Beleuchtungsstoffe zu ersparen.

Stadtv. **Diedmann** (zur Begründung): Ein Artikel „Wo noch gespart werden kann“ hat mich dazu gebracht, den Antrag einzubringen. Das Oberkommando in den Marken hat die Bekanntmachung erlassen, daß zwecks Ersparnis von Beleuchtungsstoffen die Fortlassung der Beleuchtung an allen mit Pferden bespannten Fuhrwerken bis auf weiteres gestattet ist. Die bestehenden Polizeivorschriften treten soweit außer Kraft. Was in Berlin und Umgebung möglich ist, kann in Braunschweig doch auch gehen. Ich hatte geglaubt, daß so etwas unmöglich wäre, sage mir aber, wo es jetzt an Beleuchtungsmaterial fehlt und Not an den Mann tritt, darf man derartige strenge Maßregeln, wie wir sie hier haben, einmal beiseite schieben. Wozu ist es nötig, daß das Gefährt, das Nachts über auf der Straße steht, obwohl eine Straßenlaterne sich darüber befindet, noch besonders mit einer Laterne versehen wird? Aber dem Gefährte muß Genüge geschehen, und unterläßt man die Beleuchtung, verfällt man der Bestrafung. Ich erinnere daran: Wenn ein Haus angestrichen werden soll, müssen an dem Malergerüst zwei Laternen hängen, auch wenn Straßenlaternen in der Nähe sind. Das trägt mit dazu bei, daß Öl vergeudet wird. Da es nun einmal knapp ist, wäre es ratsam, in ähnlicher Weise zu verfahren, wie es in Berlin geschieht.

Der Vorsigende überweist den schriftlich genügend unterstützten Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

Stadtv. **Niese** (zur Geschäftsordnung): In der Finanzkommission sind noch zwei Sachen vorberaten, die ich zur Erledigung zu bringen bitte. Einerseits handelte es sich um die Schlachthausarbeiter, die schwer arbeiten müssen, und denen eine Zulage bewilligt werden soll. (Zuruf: Ist in der verstärkten Finanzkommission schon erledigt.)

Schwere Arbeiten werden auch hier im Rathause verrichtet. Da möchte ich einmal für unsere Kleinmachefrauen eintreten, daß der Magistrat diesen für die Dauer des Krieges eine Lohnaufbesserung oder einen Kriegszuschuß gewähren möge.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, nunmehr erst die Tagesordnung der vertraulichen Sitzung zu erledigen.

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½ bis 8¼ Uhr.

162

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. November 1915.

Tagesordnung:

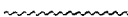
1. Antrag Riefe, betreffend Hinzufügung auf Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Lebensmittel durch die Landes- und Reichsbehörden Seite 319
2. Antrag Diekmann auf Milderung oder Aufhebung der §§ 11, 71 und 76 der Straßenpolizeiordnung " 343
3. Antrag Bunge auf Belegung der Fußsteige der Kramer- und der Weststraße mit Platten. " 344
4. Verkauf einer Fläche an der Hilbesheimerstraße. " 344
5. Beihilfe für das Rote Kreuz in Bulgarien " 345
6. Herrichtung eines Kinderspielflazes an der Kaiserstraße " 345
7. Abänderung eines mit der Junferschen Schulhausgesellschaft getroffenen Abkommens " 346
8. Erlaß eines Mietzinses für den Braunschweiger Männerturnverein " 347
9. Annahme eines Vergleichs in einer Prozeßsache (Süchting) " 348
10. Erweiterung der Parkdeputation durch Zuwahl eines Mitgliedes " 349

Außer der Tagesordnung sind verhandelt:

11. Antrag Bues auf Bewilligung eines Zuschusses für die Fachschule des Vereins Braunschweiger Gastwirte " 349
12. Anfrage Lauer über eine Ausstellung von eroberten Geschützen usw. aus dem gegenwärtigen Kriege " 350
13. Dringlichkeitsantrag Loeschigt, betreffend die Freigabe von Zucker als Pferdefutter. " 352

7

- | | |
|---|-----------|
| 14. Antrag Frede auf Belegung der Fußwege der Luisenstraße mit Platten . . | Seite 355 |
| 15. Antrag Steinede auf Einrichtung einer Schweinemästerei | " 356 |
| 16. Antrag Steinede auf Benennung des Scherbelberges im Bürgerparke
nach dem verstorbenen Promenadeninspektor Kreiß. | " 356 |
| 17. Anfrage Wesemeier über die Gewährung der Unterstützung an in Braun-
schweig weilende Kriegsurlauber. | " 357 |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Hetemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Hammer Schmidt**, Dr. **Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, Dr. **Boge**, **Weichsel**, Dr. **Wolters**. — Entschuldigt Herr Stadtverordneter **Bunge**.

Vorsitzender **Sartung**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist ein Antrag von Herrn **Bues**, der von fünf Herren aus der Versammlung unterstützt ist. Der Antrag lautet:

„Hierdurch beantrage ich, dem Verein Braunschweiger Gastwirte aus der Kasse für Umsatzsteuer 1000 M für Fachschulzwecke zu bewilligen.“

Ich werde Herrn Bues nach Erledigung der übrigen Punkte der öffentlichen Sitzung Gelegenheit zur Begründung seines Antrages geben.

Sodann ist ein Dringlichkeitsantrag des Herrn **Stegmann** zu Punkt 1 der Tagesordnung eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Höchstpreise für Schweinefleisch und Fleischfabrikate, soweit sie höher sind als die der Stadt Hannover, den Hannöverschen Höchstpreisen entsprechend herabzusetzen.“

Ich werde Herrn Stegmann Gelegenheit geben, diesen Antrag zu begründen.

Endlich ist noch eine Anfrage von Herrn **Lauer** angekündigt:

„Ist der Stadtmagistrat in der Lage, mitteilen zu können, wann in der Stadt Braunschweig die von dem Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Juni d. J. in Aussicht genommene Ausstellung von eroberten m o d e r n e n Geschützen, Maschinengewehren und anderen Siegeszeichen aus dem gegenwärtigen Weltkriege erfolgt?“

Auch Herrn Lauer werde ich Gelegenheit geben, seine Anfrage zu begründen. Wir treten in die Beratung des Punktes 1 der Tagesordnung ein.

Stadtv. **Riefe:** Ich bezweifle, daß wir zur Verhandlung und Beschlußfassung vollzählig genug sind.

Vorsigender: Nach dem neuen Geetze genügt die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder der Versammlung, um gültige Beschlüsse zu fassen.

1. Antrag Riefe, betreffend Hinwirkung auf Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Lebensmittel durch die Landes- und Reichsbehörden.

Stadtv. **Loeschigt:** Meine Herren, der Antrag Riefe ist Ihnen ja bekannt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, endlich sich zum Zwecke der Festsetzung von Höchstpreisen für folgende Lebensmittel: Vieh, Fleisch, Fleischwaren, Seefische, Seringe, Butter, Käse, Eier, Ole, Fette, Hülsenfrüchte, Kartoffeln und Gemüse zu entschließen und diesen Antrag den zuständigen Landes- und Reichsbehörden zu übermitteln.“

Der Antrag hat der Finanzkommission vorgelegen. Wir haben über die im Antrage genannten verschiedenen Sachen lange Zeit gesprochen und sind zu dem Beschlusse gekommen, den ich Ihnen nachher vorlesen werde. Bemerken möchte ich noch, daß in der Kommission die Ansicht vertreten war — und auch vom Herrn Antragsteller zum größten Teil anerkannt ist —, daß die durch den Antrag angeregten Festsetzungen der Preise für die genannten Sachen durch die Maßnahmen des Magistrats zum größten Teile erledigt sind, aber vielleicht doch nicht alle. Um nun anzuerkennen, daß der Antrag des Herrn Riefe voll und ganz begründet war, unterbreite ich Ihnen die Kommission folgenden Beschluß zur Annahme:

„In Übereinstimmung mit dem Grundgedanken des Riefeschen Antrages, hält die Stadtverordnetenversammlung die Verhütung einer ungerechtfertigten Steigerung der Verkaufspreise der in genügender Menge im Deutschen Reiche vorhandenen notwendigen Lebensmittel für erforderlich; sie nimmt Kenntnis von den inzwischen bereits unternommenen Schritten; sie billigt das Vorgehen des Stadtmagistrats, insbesondere auch den durch den Stadtmagistrat bewirkten Einkauf von notwendigen Bedarfsartikeln, und ersucht den Stadtmagistrat, das eingeschlagene Verfahren fortzusetzen.“

Der Ausdruck Bedarfsartikel ist als umfassender Begriff vorgeschlagen, weil nicht bloß Lebensmittel durch den Magistrat angekauft sind, sondern auch z. B. der Versorgung mit Holzschuhen die Zustimmung gegeben werden soll. Die Kommission gibt Ihnen durch mich anheim, dieser Entschliebung zuzustimmen.

Stadtv. **Riefe:** Ich war in der Kommissionsitzung, in der über den Antrag verhandelt wurde, zugegen, und da hat es mich eigentümlich berührt, daß zuerst

der Herr Berichterstatter sich vollständig auf meinen Standpunkt stellte und Annahme meines Antrages empfahl, und dann, als gegen den Antrag Zweifel erhoben wurden — es war dagegen der Magistrat in seiner höchsten Spitze, der Herr Oberbürgermeister —, mit der Begründung, daß, wenn die Zustände zu kraß geschildert würden, das etwas Niederdrückendes für unsere Einberufenen haben würde, dann auch der Herr Berichterstatter sich dieser letzten Meinung anschloß.

Ich habe in der Kommissionsitzung gesagt, daß ich mit den Maßnahmen, soweit sie für den Handel getroffen sind, mich einverstanden erklären kann, und das ist erklärlich insofern, weil ich selbst dabei mitgeholfen habe, sowohl in den weniger fruchtbaren Tagungen der Handelskammer wie auch bei den intensiveren Arbeiten der Reichsprüfungsstellen. Immerhin bleibe ich dabei: Was der Magistrat getan hat, läßt immer noch ein breites Feld offen, um etwas zu tun.

Wenn man glaubt, meinen Antrag mit der vorgeschlagenen Entschliebung abzutun — und das will mir so scheinen —, weil der Antrag von den Sozialdemokraten kommt, so müßte ich mich mit aller Gewalt dagegen wehren — (Widerspruch). Es scheint mir doch, als ob der Antrag nicht so angenehm wäre, als wenn er von anderer Seite käme, und da mir die Vermutung gekommen ist, darf ich das hier wohl aussprechen. Man nahm in der Kommission Veranlassung, das Wort „endlich“ aus meinem Antrage zu streichen, als wenn es womöglich noch zu früh wäre, in der Richtung des Antrages vorzugehen.

Es wäre notwendig, sich hier einmal gründlich darüber auszusprechen, damit die Bürgerschaft erfährt, was hier bei uns in der Beschaffung von Nahrungsmitteln aller Art geleistet worden ist. Meines Wissens ist dem auch in der Presse nicht in dem Maße Genüge geschehen, wie es nötig ist. Wenn ich gesagt habe, der Magistrat hätte sich früher mit Kartoffeln eindecken sollen, so wurde mir nicht mit Unrecht entgegengehalten, daß er dann wieder hätte müssen 50 000 *M* darauflegen. Durch Umfrage in den Schulen wurde festgestellt, daß noch 39 000 Zentner fehlten. Ferner wurden noch von anderer Seite, Waisenhaus, Pflegehaus usw. fehlende Mengen festgestellt, so daß es sich um rund 50 000 Zentner handelte. Da bis zur Festsetzung des Höchstpreises des Bundesrats ein höherer Preis sich im Handel geltend machte, so war es nicht unwahrscheinlich, daß der Magistrat wieder schlechte Erfahrungen machte. Trotzdem kam mein Antrag nicht zu früh, leider aber die Maßnahmen der Behörden resp. des Bundesrats zu spät.

Wenn man glaubt, man hat nun das Seinige getan, so kann man aus den Berichten aus Hannover und über die Schlachtungen, die anderwärts vorgenommen sind, erkennen, daß da die Preise niedriger sind als hier. Sie müssen doch zugeben, daß die Preise für Fleisch doppelt so hoch sind als in Friedenszeiten. Nennen Sie mir aber einmal den Arbeiter, der heute doppelt so viel verdient wie im Frieden. Die Leute sind dünn gesät, und in der Arbeiterschaft finden Sie so etwas über-

haupt nicht. Es liegt auch jetzt noch weiter Anlaß vor, den Magistrat zu unterstützen — ich will nicht sagen, treiben —, um Maßregeln für die Volksernährung zu schaffen. Man braucht nicht zu glauben, daß man unseren Gegnern einen Dienst damit leistet, wenn man die Verhältnisse offen darlegt. Da gibt es andere Dinge, die dahin führen können. Ich habe vor mir einen Artikel, den Dr. Lindbach geschrieben hat, und in dem er sich dahin ausdrückt, daß er bei dem journalistischen Besuche aus den neutralen Ländern den Eindruck hier gewonnen hat von einem Prachtleben, das in Deutschland geführt wird, und an der Spitze steht die Stadt Braunschweig. Wenn er sagt, sie äßen von sieben Platten Mittagsmahl und dabei drei schwere Fleischspeisen, so ist das schon eine Leistung. Und wenn von den Gastgebern gesagt wurde: Wie die Gäste gesehen hätten, litten die Deutschen keine Hungersnot, dann sagt er auch noch: „Ich werde niemals den Tag vergessen, wo man uns drei Mahlzeiten mit Champagner auftrug. Um schlagend zu beweisen, daß es an Lebensmitteln nicht fehlt, gab die Stadt Braunschweig jedem Teilnehmer eine große Kiste mit Würstchen als Geschenk mit.“ Und dazu in Braunschweig die Komödie mit den fleischlosen Tagen! Ich meine, solche Bluffe, die wir mit Recht bei unseren Gegnern kritisieren, erreichen das Gegenteil von dem, was sie erreichen sollen. Wenn in der Weise verfahren wird, dann hat man den Journalisten in Braunschweig Potemkinsche Dörfer vorgezeigt; hinter den Kulissen aber sieht es anders aus. Das wissen wir, sonst würde nicht die Verbitterung in weiten Kreisen der Bürgerschaft weitergreifen. Ich meine, zu tun gibt es noch eine ganze Masse, so daß wir auf jedem Gebiete noch weitergehen können. Das, was geschehen ist, reicht bei weitem nicht aus, davon bin ich fest überzeugt.

Es ist nicht angängig, daß die einzelnen Städte rundum für sich andere Höchstpreise feststellen. Wir haben in Braunschweig den Butterpreis auf 2,40 *M* heruntergedrückt, in Magdeburg wird die Butter noch mit 2,55 *M* bezahlt, und nun geht unsere schöne Butter nach dort, wir aber haben keine. Da nützt nicht allein die Feststellung von Höchstpreisen, sondern nur die Beschlagnahme. Das alles kann nicht in kleinen Bezirken geschehen; wir hätten früher unterstützt werden müssen, so daß wir mit Anhalt, mit den Provinzen Sachsen und Hannover einheitlich vorgehen konnten, damit nicht die Abfuhr nach dort gehen kann, nicht in einer einzelnen Provinz ein Mangel infolge der Höchstpreise eintritt und in anderen wieder Überfluß herrscht. So bin ich fest überzeugt, daß es noch weiter viel für uns zu tun gibt, wenn ich auch nicht auf dem Standpunkte stehe, daß durch meinen Antrag alles Unzuträgliche aus der Welt geschafft wird.

Anlaß zu meinem Antrage hat gegeben die allgemeine Notlage und die allgemeine Erbitterung, die um sich griff, als man es eingesehen hat, daß nicht genügend für die allgemeine Ernährung trotz der großen Ernte in Kartoffeln, Brotgetreide usw. vorgesorgt ist. Deshalb bin ich auch jetzt noch der Überzeugung: Ohne

Anstand könnte man meinen Antrag annehmen, man hätte damit wahrlich dem Magistrat kein Mißtrauensvotum gegeben, noch ihn in seiner Tätigkeit damit beschränken wollen. Wenn man mir zutraut, ich solle für das, was geschehen ist, dem Magistrat noch Süßholz raspeln, so bin ich dazu nicht zu gebrauchen, ich bin zu alt dazu. Ich erkenne an, was bisher getan ist, aber ich kann nicht so weit gehen, daß ich sage: Damit ist genug geschehen. Ich bitte nochmals, meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Herr Stegmann hat einen Dringlichkeitsantrag gestellt, den ich bereits verlesen habe. Ich frage Sie, Herr Stegmann, ob Sie damit einverstanden sind, daß Ihr Antrag als Unterantrag zu dem gegenwärtig behandelten Antrage angesehen wird. (Wird von Herrn Stegmann bejaht.) Dann erteile ich Ihnen das Wort zur Begründung.

(Der Vorsitzende verliest den Antrag nochmals, siehe S. 318.)

Stadtv. Stegmann: Anschließend an die Worte meines Kollegen Riefe, möchte ich bemerken, daß die Behandlung des Antrages Riefe nicht gerade erfreulich ist. Man kann nicht sagen: Weil nun endlich die Reichsregierung Schritte getan hat und insfolgedessen auch die Magistrate der Städte notgedrungen etwas tun mußten, so ist damit genug geschehen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß noch viel mehr bezüglich der Festsetzung von Höchstpreisen geschehen muß, und daß man es nicht bei der Festsetzung von solchen bewenden lassen darf, sondern man muß dazu übergehen, die Handhaben, die auf Grund der letzten Bundesratsverordnung den Städten an die Hand gegeben sind, auszunutzen.

Besonderen Anlaß, heute das Wort zu ergreifen, hat mir die Festsetzung der Fleischpreise gegeben. Es ist allenthalben begrüßt, daß das geschehen ist, und besonders gefreut hat es mich, daß die Probe Schlachtungen gut ausgefallen sind. Um so mehr ist man enttäuscht darüber, daß die Preise höher ausgefallen sind, als sie beispielsweise in Hannover festgesetzt sind. Wie ist das möglich? Ich meine, die Verhältnisse sind in unserer Gegend so ziemlich die gleichen, und was in Hannover möglich ist, muß doch auch hier möglich sein. Ich weiß nicht, welche Gründe maßgebend gewesen sind, um eine solche Preisfestsetzung vorzunehmen. Ich vermute, daß vielleicht die Unkosten zu hoch angesetzt worden sind. Es ist ja selbstverständlich, daß bei solchen improvisierten Schlachtungen mit höheren Unkosten gerechnet werden muß als bei einem alten und eingearbeiteten Betriebe. Vielleicht liegt auch die Schuld mit daran, daß keine besonders schweren Schweine verarbeitet sind; wie ich höre, sind bei den Schlachtungen meist Schweine verarbeitet worden, die unter der Mitte standen. Hauptsächlich kommt wohl in Betracht, daß die Interessenten in der Preisprüfungsstelle ein großes Wort mitzureden haben; das wird die

Hauptursache dafür sein, daß die Preise höher festgesetzt sind als sie sein müßten, besonders höher als in Hannover und verschiedenen anderen Städten unserer Gegend. Ich will damit den betreffenden Herren des Schlachtergewerbes, die in der Preisprüfungsstelle sitzen, keinen Vorwurf machen und nicht damit sagen, daß sie absichtlich räuberisch vorgegangen sind. Aber es liegt doch in der menschlichen Natur begründet, daß man bestrebt ist, dort, wo man ein Wort mitzureden hat, unwillkürlich soviel wie möglich herauszuholen sucht. Was haben alle die schönen Worte, die während der Kriegszeit, namentlich in den letzten Monaten, ausgesprochen sind, was haben die Entrüstungen über den Lebensmittelmucher geäußert? Man hat solchen Leuten sogar Volksfeindlichkeit, unpatriotische und verwerfliche Handlungsweise vorgeworfen, aber im allgemeinen hat es nichts genützt. Ich sage damit nicht, daß dies etwa auf die Herren, die in der Preisprüfungsstelle sitzen, gemünzt sein soll; es ist menschlich begreiflich, wenn sie versuchen zu retten, was zu retten ist.

Ich möchte Ihnen nun einige Waren anführen, die in Braunschweig wesentlich höher festgesetzt sind als in anderen Städten. Das Fleisch im allgemeinen ist, wie in Hannover, mit 1,40 *M* bewertet. Dabei ist bei uns das Bauchfleisch mit einbegriffen, in Hannover bezahlt man dafür 10 Pf. weniger. Für Sülze, Knackwurst, Leberwurst ist bei uns 1,80 *M* festgesetzt, in Hannover 1,50 *M*, also 30 Pf. weniger. Die Rotwurst kostet in Hannover 1,20 *M*, bei uns 1,60 *M*, frische Mettwurst bei uns 2 *M*, in Hannover 1,70 *M*, also 30 Pf. weniger. Mettgut, aus reinem Schweinefleisch bereitet, kostet in Braunschweig 2 *M*, in Hannover 1,50 *M*, geräucherter Speck bei uns 2,20 *M*, in Hannover nur 2 *M*. Nur ein Artikel, die Eisbeine, ist in Hannover um 10 Pf. teurer, bei uns kosten sie 80 und dort 90 Pf. Namentlich an den Preisen für die angeführten Wurstsorten sehen Sie, daß sie in Hannover wesentlich niedriger sind.

Dasselbe ist in verschiedenen anderen Städten der Fall. Ich nenne Wolfenbüttel. Dort bekommt man Gehacktes, Sülze, Wurst jeder Art für 1,50 *M*, bei uns muß man 1,80 *M* bezahlen. Und das ist der Fall, trotzdem Wolfenbüttel unmittelbar an Braunschweig grenzt. Das Mettgut kostet hier 2 *M*, in Wolfenbüttel 1,80 *M*, Speck bei uns 2,20 *M*, dort 2 *M*. In Schöningen ist der Preis für Knack- und Leberwurst 1,70 *M*, bei uns 1,80 *M*. Das gehackte reine Schweinefleisch kostet hier 2 *M*, dort 1,60 *M*, das gemischte Gehackte bei uns 1,60 *M*, dort 1,40 *M*. In Gandersheim ist frische Wurst aller Art zu 1,60 *M* zu kaufen, bei uns muß 1,80 *M* gezahlt werden; Mettwurst bei uns 2 *M*, in Gandersheim 1,70 *M*, gehacktes Schweinefleisch dort 1,60 *M*, bei uns 2 *M*, also der Preis ist dort um 40 Pf. billiger.

Sie sehen, nicht nur Hannover, sondern auch andere Städte in unserer Nachbarschaft haben die Preise billiger festgesetzt, als es bei uns geschehen ist, und der

Preisunterschied bezieht sich nicht nur auf die frischen Wurstsorten und Gehacktes, sondern auch auf Speck. Zu Beginn der Zeit, als die Fleischpreise festgesetzt waren, war man darüber allgemein erfreut, aber trotzdem sagten sich viele — und es wurde auch in der Presse zum Ausdruck gebracht —, die Schlachter würden schon verstehen, ihr Schäfchen zu scheeren. Sie würden einfach das Fleisch zu Wurst verarbeiten und, da für diese kein Höchstpreis festgesetzt ist, mehr herauszuschlagen versuchen. Diese Befürchtung ist auch in großem Maßstabe eingetreten. Wir haben dringende Veranlassung, dafür einzutreten, daß diese Preise nicht bis ins ungeheuerliche in die Höhe getrieben werden, sonst wird sich der Zweck der Anordnung der Höchstpreise ins Gegenteil verkehren und ein Schlag ins Wasser sein. Auch wir müssen das erreichen können, was in Hannover möglich gewesen ist. Nachdem einmal die Reichsregierung uns die Maßnahmen in die Hand gegeben hat, um dem Lebensmittelwucher zu steuern, müssen sie auch in energischer Weise angewandt werden. Es gilt, fest zuzufassen; wir dürfen nicht penibel mit den Interessenten umgehen, sie werden ihre Interessen schon selbst vertreten. Wir als Stadtvertretung haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß vor allen Dingen die Konsumenten, die schon genug geschoren sind, auf diesem Gebiete billige Preise bekommen. Deshalb bitte ich, gleich heute meinen Antrag mit zu beraten, und dem Magistrat anheimzugeben, darnach vorzugehen. Ich hoffe, daß der Magistrat auch einsehen wird, daß es falsch gewesen ist, eine Anzahl Preise für Fleisch und Wurstwaren höher festzusetzen, als es in unserer Nachbarschaft geschehen ist.

Stadttrat von Franckenberg: Als Herr Riese seinen Antrag stellte, war vom Stadtmagistrat bereits auf Antrag der Preisprüfungsstelle eine große Gruppe von Anträgen auf Festsetzung von Höchstpreisen dem Ministerium vorgelegt. Es hat sich dann die Sache, wie Ihnen zum Teil aus der Presse bekannt geworden sein wird, in der Weise weiter entwickelt, daß der Bundesrat für eine ganze Reihe von Warengruppen derartige Höchstpreise schon festgesetzt hat, daß er aber für andere Gruppen den Verbänden, insbesondere den größeren Städten, das Recht — zum Teil auch die Pflicht — eingeräumt hat, derartige Höchstpreise festzusetzen.

Bei meinen Mitteilungen darüber gehe ich davon aus, daß wir schon vor Monaten die Höchstpreise für Mehl und Brot, zum Teil im Wege der Festsetzung, zum Teil im Wege des Vertrages mit den Bäckern so festlegen konnten, daß Braunschweig mit dem Brot bedeutend billiger war als die meisten anderen Orte, und daß wir auch jetzt noch mit dem Preise von 65 Pf. für das 4-Pfund-Einheitsbrot günstig dastehen. Ich sage das nicht, um die Stadtverwaltung besonders zu rühmen, sondern nur, um festzustellen, daß eins der wichtigsten Nahrungsmittel für jedermann schon seit Monaten in Braunschweig auf einem günstigen Preisstande sich befindet. — Wir haben weiter Höchstpreise für Kartoffeln im Groß-

handel von der Regierung bekommen und sind im Einverständnis mit der Regierung dazu übergegangen, im mittleren und Kleinhandel die Höchstpreise so festzulegen, daß für den Zentner 3,55 *M* vom Lager und 3,65 *M* frei Keller und im Kleinhandel 4 Pf. für das Pfund Kartoffeln gezahlt wird. Die Kartoffeln stehen uns in ausgiebiger Menge zur Verfügung, es geht täglich eine Anzahl von Wagenladungen von den für uns im Kreise Gifhorn, Rathenow und Nauen eingekauften Kartoffeln ein.

Auch für Butter haben wir Höchstpreise festgesetzt, so daß jetzt als Preis 2,40 *M* für das Pfund gilt, daß aber vom 1. Dezember ab 2,30 *M* als Preis gelten wird und vom 16. Dezember ab in weiterer Entwicklung dieser Abwärtsbewegung 2,20 *M*. Ich kann nur den lebhaften Wunsch hegen, daß unsere Nachbarstädte und auch der Großhandel sich dieser Bewegung anschließen werden. Der Magistrat hat Schritte getan, um selbst für den Fall, daß diese Abwärtsbewegung nicht in dem gewünschten Umfange eintreten sollte, für den nötigen Butternvorrat durch größere Verbände zu sorgen, ebenso auch für das Wild Höchstpreise in Verbindung mit den Provinzen Sachsen und Hannover und dem Herzogtum Anhalt sicherzustellen. Die Herren werden gelesen haben, daß durch den Reichskanzler Bestimmungen erlassen sind, die uns Veranlassung geben, in den nächsten Tagen für den Stadtbezirk die Spannung zwischen Ein- und Verkaufspreisen festzulegen, die bei dem Wildhandel innegehalten werden muß. Für Fische steht die Preisfestsetzung durch den Bundesrat unmittelbar bevor. Es ist das bei dem Bundesrat beantragt, da die Preise mit Recht für zu hoch gehalten wurden. Für den Bezug von Eiern ist durch eine hiesige Großhandlung bei der Reichszentralstelle gesorgt, und die Anschaffung von Aufstrichfetten, Marmelade und Öl ist in Vorbereitung. Reis haben wir durch die Zentraleinkaufsgesellschaft und durch Vermittlung des Herzoglichen Ministeriums bezogen und sind in der Lage, diesen an den Kleinhandel zu so niedrigen Preisen abzugeben, daß für die Verbraucher verhältnismäßig billige Preise erzielt werden. Wir haben überhaupt bei allen unseren Maßnahmen das Bestreben gehabt, in Verbindung mit den Händlern, insbesondere den Kleinhändlern, zu arbeiten, weil wir uns sagten, daß wir dabei den hiesigen Gewerbetreibenden die Nahrung nicht wegnehmen, daß wir die vorhandenen Einrichtungen, die Sachkunde der Betreffenden und auch ihre Lagerräume ausnutzen und auf diese Weise leichter so billig wie möglich arbeiten und zuverlässiger an die Verbraucher in den einzelnen Stadtteilen abgeben können, als wenn wir alles von einer städtischen Hauptstelle aus geregelt hätten.

Was die Schweinefleisch- und Wursthöchstpreise anbetrifft, die Herrn Stegmann besonders als Stein des Anstoßes erschienen sind, so darf ich feststellen, daß sie nach eingehenden Beratungen der Preisprüfungsstelle und nach den Probebeschachtungen — um die sich die Herren Stadtverordneten Sander,

Bunge und Dieckmann besonders verdient gemacht haben — festgesetzt sind. Es hat nicht an Stimmen von der einen oder anderen Seite gefehlt, die eine höhere oder niedrigere Festsetzung wünschten. Auch nach dem Beschluß des Magistrats sind noch Stimmen an ihn herangetreten, die gewarnt haben, eine derartige Festsetzung, wie sie bekanntgemacht ist, vorzunehmen, weil dadurch für die blühende Braunschweiger Wurstindustrie eine Gefahr entstände. Wir haben aber gleichwohl für richtig befunden, bei der schwierigen Lage, in der unsere gesamte Bevölkerung sich befindet, so weit gehen zu dürfen und gehen zu müssen, wie wir es getan haben. Weiter mit den Preisen herunterzugehen, glaubten wir nicht zu können, wenn wir uns nicht in diesem Falle einer schweren Verantwortung aussetzen wollten gegenüber einem Gewerbe, das seit langer Zeit weit über unser Stadtgebiet hinaus eines besonders guten Rufes sich erfreut; eine vernünftige Mittellinie scheint auch in dieser Beziehung das Richtige. Ein wahlloser und urteilsloser Vergleich zwischen uns und anderen Städten, mag es nun Hannover oder eine Kleinstadt sein, scheint nach unserem Dafürhalten nicht zulässig zu sein. Wir glauben, daß wir mit diesen Preisen, wie sie einstweilen festgestellt sind, das Richtige getroffen haben, und bitten die Herren sehr dringend, zunächst nicht daran zu rütteln. Es kann sehr wohl sein, daß die Verhältnisse uns im Laufe der nächsten Wochen dahin bringen, eine Herabsetzung der Preise vornehmen zu können, sobald sich auf dem Schweinemarkte die Verhältnisse günstiger gestalten — vorläufig ist allerdings dafür wenig Aussicht. Wir müssen alles daran setzen, daß die Zufuhr von Schweinen nicht gehemmt, sondern gefördert wird.

Ich bitte Sie, mit dem Magistrat und mit den Preisprüfungsstellen Hand in Hand zu gehen. Nur dadurch können wir in dieser schweren Zeit über alle Bedenken am besten hinwegkommen, daß wir einmütig wirken und nicht, wenn derartige Festsetzungen erfolgt sind, alsbald daran ändern und denjenigen Stellen, die sich für eine solche Festsetzung entschlossen haben, Vorwürfe machen, daß sie nicht genügend Rücksicht auf die Gesamtheit genommen haben.

Vorsigender: Ich habe bekanntzugeben, daß sich Herr Stadtv. Bunge entschuldigt hat, weil er bei den Probebeschachtungen beschäftigt ist, sodann, daß noch eine Reihe von Anträgen eingegangen ist.

Stadtv. Loeschigt: Herr Riefe hat sich zu Anfang seiner Rede beschwert und geäußert, er habe das Empfinden, als wenn sein Antrag, weil er ein sozialdemokratischer Antrag sei, nicht ebenso behandelt wäre, als wenn er von anderer Seite gekommen wäre. Ich möchte Herrn Riefe daran erinnern, daß sein Antrag in der vorigen Sitzung — das sind seit dem 21. Oktober 5 Wochen — einstimmig von der Versammlung angenommen wurde. Damit haben wir dokumentiert, daß

wir alle auf dem Standpunkte des Herrn Rieke stehen. Ferner hat Herr Rieke im besonderen mir vorgehalten, — wenn es ein Vorwurf sein soll, so muß ich den zurückweisen —, ich wäre zuerst im Einverständniß mit seinem Antrage gewesen und hätte heute eine andere Stellung eingenommen. Sowohl, ich habe die Anregung gegeben, daß diese Sache möglichst bald zur Beratung kommt. Wenn aber Herr Rieke nun glaubt, daß mein Einverständniß mit seinem Antrage in der Kommission hinfällig geworden wäre, so erinnere ich daran, daß ich zum Referenten in der Kommission bestimmt war, und daß ich zu Beginn der Kommissionsitzung den Antrag für berechtigt hingestellt und für seine Annahme gesprochen habe. Inzwischen ist uns in der Kommission vom Magistrat klargelegt, wie es auch heute von Herrn Stadtrat von Frankenberg geschehen ist, daß in vielen Fällen die Sache erledigt ist. Auf Grund dieser ganzen Verhandlungen in der Kommission sind wir dann zu der Überzeugung gekommen, Ihnen das zu unterbreiten, was ich Ihnen vorgelesen habe. Ich verstehe Herrn Rieke nicht, der doch als Stadtverordneter noch viel älter ist, wie er mir daraus einen Vorwurf machen will. Daß sein Antrag von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, ist doch der Beweis, daß er nicht als einseitiger Antrag aufgefaßt ist.

Stadtv. Frede: Der Antrag Rieke gibt Veranlassung, über die Höchstpreise zu sprechen. Das Kapitel der Höchstpreise ist in dieser Zeit recht reichlich bearbeitet worden, sowohl in der Presse wie in Bezirksversammlungen und Volksversammlungen. Es ist in der gegenwärtigen Zeit ein außerordentlich anregendes Thema, nur muß man sagen, daß kaum über irgend ein Thema im allgemeinen mit so wenig Sachkenntnis gesprochen wird wie über dieses. Auch mir ist es so ergangen. Als ich in die Handelskammerkommission gewählt wurde, ging mein Wunsch lediglich dahin, die Preise zum Herabsinken zu bringen, und nach Kräften habe ich daran gearbeitet. Aber die Aufklärung, die ich dabei bekommen habe, hat mich doch zu der Ansicht gebracht, daß mit der Festsetzung von niedrigen Höchstpreisen nicht alles getan ist, sondern daß, wenn man nicht große Schädigungen nach verschiedenen Seiten hervorrufen will, die Verhältnisse zu berücksichtigen sind, welche sowohl bei der Erzeugung als auch beim Handel sich dringend geltend machen und unbedingte Berücksichtigung verlangen. Diejenigen, welche radikal über Höchstpreise sprechen — und das ist eine nicht geringe Zahl —, sind nicht immer imstande, ja, ich möchte sogar sagen, sind selten in der Lage, die einschlägigen Verhältnisse zu erfassen und zu beurteilen; sie meinen in der Hauptsache, daß mit einer Herabminderung der Preise die ganze Geschichte abgetan, der gordische Knoten durchhauen ist. Ich möchte wünschen, daß diejenigen, die so urteilen, sich Mühe geben, zu begreifen, daß das ganze ein ungemein schwieriges Gebiet ist.

Was nun den Antrag Riefe anbelangt, so muß ich nach den Ausführungen des Herrn Riefe annehmen, daß er mit der Erledigung, die der Antrag in der Kommission gefunden hat, nicht zufrieden ist. Am Schluß seiner Ausführungen hat er gebeten, seinen Antrag anzunehmen, und hat sich zu dem Antrage der Kommission nicht sympathisch geäußert. Wir haben in der Finanzkommission den Antrag eingehend behandelt, er ist durchaus nicht übers Knie gebrochen. Wir haben über die einzelnen Artikel, Lebensmittel usw. Aufklärungen vom Magistrat bekommen und waren auch vielfach selbst in der Lage, soweit wir in den Preisprüfungscommissionen mitarbeiten, nachweisen zu können, daß die meisten Punkte tatsächlich ihre Erledigung gefunden haben. Wenn es in dem Antrage Riefe heißt „endlich“, so kann man das auf zweifache Weise deuten. Im allgemeinen genommen hat das Wort „endlich“ eine gewisse Berechtigung, denn zweifellos ist für verschiedene Lebensmittel die Regelung zu spät erfolgt, jedoch ist das nicht die Schuld der städtischen Behörden, die vom Publikum vielfach fälschlicherweise hierfür verantwortlich gemacht werden. Dafür kommen andere Instanzen in Betracht, vor allen Dingen der Bundesrat, der mit der Regelung leider zurückgehalten hat. Soll sich dieses „endlich“ gegen die städtischen Behörden richten, so ist das entschieden zurückzuweisen. Sobald für die städtischen Behörden die Bahn überhaupt frei gewesen ist, ist mit Dampf gearbeitet. Ich habe in der Prüfungsstelle der Handelskammer gearbeitet und arbeite auch in der städtischen Preisprüfungsstelle mit und weiß, wie Herr Stadtrat von Frankenberg mit großer Aufopferung gearbeitet hat, ich möchte sagen: mit Darangabe seiner Gesundheit. Er ist geradezu überlastet und hat getan, was er konnte; das muß ich aufrichtig bekennen. Sobald vom Bundesrat die Bahn für uns frei gemacht war, haben wir uns also der Sache mit größtem Eifer angenommen.

Nun sind die Festsetzungen von Anfang an nach den Begriffen eines Teiles des Publikums nicht gleich in der gewünschten Höhe nach unten vorgenommen, aber das Publikum hat sich doch auch schon überzeugt, daß die Preisfestsetzung nicht für immer gegolten hat, sondern wir haben schon wiederholt Herabsetzungen vorgenommen. Das sollten sich auch diejenigen, die sich wegen der Höhe der Fleischpreise beklagen, gesagt sein lassen. Nicht für die ganze Dauer des Krieges gelten die heutigen Preise, die Preisprüfungsstelle wird sich immer wieder damit beschäftigen. Verbraucher in überwiegender Anzahl und auch Sachverständige befinden sich in den Preisprüfungsstellen, so daß es sein kann, daß in vierzehn Tagen die Preise noch weiter herabgehen.

Wie es kommt, daß ein nicht unbeträchtlicher Unterschied in der Preisfestsetzung zwischen Hannover und Braunschweig besteht, kann ich nicht aufklären; ich bin ja kein Schlachter; vielleicht ist Herr Dieckmann in der Lage, etwas darüber zu sagen. In Wolfenbüttel sind die Preise auch niedriger. Ich glaube, Herr Stadt-

rat von Frankenberg hat aber schon darauf hingewiesen: Man soll es vermeiden, eine Gemeinde gegen die andere auszuspielen, und dabei einen Artikel herauszugreifen, der sich hier nicht so günstig stellt wie in anderen Gemeinden. Die solches thun, unterlassen es regelmäßig, dasjenige hervorzuheben, was in den anderen Gemeinden teurer ist als hier. Schon in der Kommission war ich in der Lage, darauf hinzuweisen, daß vor Wochen ein Hannover'scher Stadtverordneter sich an mich gewandt hat mit der Bitte um Aufklärung, wie es käme, daß das Braunschweiger Brot namhaft billiger wäre als das in Hannover, und in der Stadtverordneten-sitzung zu Hannover ist darauf hingewiesen, daß auch in anderen Städten, allerdings in geringer Zahl, die Fleischpreise noch billiger wären als in Hannover. Wir haben den Vorzug, zu den wenigen Gemeinden zu gehören, in denen das Brot sehr billig ist, und das ist doch ein Hauptartikel. Ähnlich ist es, wie auch Herr Kiefe anerkannt hat, mit der Butter. Wenn man also gerecht sein will, muß man nicht nur die Sachen benennen, die sich anderwärts billiger stellen als hier, sondern auch die, die in anderen Gemeinden teurer sind als bei uns. Im allgemeinen, glaube ich, kann das Publikum mit der Arbeit, die hier geleistet ist, durchaus zufrieden sein.

Ich wende mich dem Kommissionsantrage zu. Was ist denn darin gesagt? Dem Antrage Kiefe ist darin volle Gerechtigkeit widerfahren. Im Eingange ist gesagt — und das ist der Grundgedanke —, daß die Bestrebungen des Antrages durchaus berechtigt sind; in Übereinstimmung mit dem, was Herr Kiefe bezweckt, beantragt die Kommission das und das. Dann ist weiter ausgeführt, daß dem Vorgehen des Magistrats in der Behandlung der Lebensmittelpreise und des Verkaufs der verschiedenen Sachen zugestimmt und der Magistrat aufgefordert wird, weiter in dieser Bahn vorzugehen, womit also gesagt ist, daß nicht Schluß gemacht werden soll mit dem, was bisher geschehen ist, sondern daß weiter gearbeitet werden soll. Da Herr Kiefe Mitglied einer Preisprüfungsstelle ist, so weiß er, daß wir alle Wochen unsere Sitzungen haben und beständig weiter arbeiten, immer die Verhältnisse auf dem Markte verfolgen und darnach fragen: Was ist für Braunschweig herauszuholen? Ich bitte Sie, meine Herren, dem Antrage der Kommission zuzustimmen, der ausdrückt, was man nach billigem Ermessen wünschen kann.

Stadtv. **Sander:** Als Mitglied der Preisprüfungsstelle möchte ich Herrn Stegmann einige Aufklärungen geben. Herr Stegmann jagte in erster Linie, es müßten wohl die Unkosten bei den Probe-schlachtungen nicht richtig berechnet sein. Darin irrt er sich. Er kann das ganz genau von seinem Freunde Bunge erfahren, der sich mit großer Aufopferung bei den Probe-schlachtungen zur Verfügung gestellt, alles genau mit kontrolliert und angeordnet hat. Er wird zu hören bekommen, daß die Unkosten genau so berechnet sind — nach Möglichkeit wenigstens —, wie sie bei einem Schlachter berechnet werden müssen. Wir haben nicht allein die

reinen Unkosten, die wir ohne weiteres gehabt haben, in Ansaß gebracht, sondern auch die Miete für das Schlachthaus, für Benutzung der Maschinen und andere Gegenstände. Wir haben mit möglichst großer Gewissenhaftigkeit alles zusammengestellt, um ein genaues und unparteiisches Bild einer Schlachtung zu bekommen.

Ferner meinte Herr Stegmann, in der Preisprüfungsstelle dominierten die Interessenten des Fleischnegergewerbes. Auch das ist nicht richtig. In der betreffenden Kommission sind 8 Mitglieder, davon sind 4 Konsumenten und 4 Produzenten, so daß zwei Wurst- und Fleischwarenfabrikanten, die übrigen beiden Delikateß- und Fischhändler sind. Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon angeführt, daß wir nach bester Überzeugung und bestem Wissen die Höchstpreise auf Grund der Schlachtungen festgestellt haben. Es wurde in der Preisprüfungsstelle gleich anfangs gesagt, es sei sehr leicht, Höchstpreise festzustellen, das könnte man mit einem Federstrich tun, aber Höchstpreise festzustellen, die nach beiden Seiten gerecht seien, das sei nicht so leicht, denn man müßte etwas Rücksicht auch auf unser blühendes Schlachtermgewerbe nehmen. Das haben wir denn auch getan; das heißt, wir haben, offen gesagt, mehr Rücksicht auf die Konsumenten als auf die Schlachtindustrie genommen. Der beste Beweis dafür ist, daß genau dieselbe Unzufriedenheit mit den Höchstpreisen im Schlachtermgewerbe wie in den Konsumentenzirkeln vorhanden ist. Soweit ich erfahren habe, haben nämlich die Wurstfabrikanten schon einen sehr geharnischten Protest gegen diese Preise an den Magistrat gerichtet, in dem sie sagen, die Preise wären zu niedrig, und auf diese Weise könnten sie nicht bestehen. Das ist mir ein Beweis, daß wir die goldene Mittelstraße innegehalten haben.

Nun sagt Herr Stegmann, in Hannover seien die Preise billiger. Warten wir doch erst einmal ab, welches die Folgen davon sind. Ich habe mir das Vergnügen gemacht, zu berechnen, was bei unseren Probe Schlachtungen herausgekommen wäre, wenn wir die Preise zugrunde gelegt hätten, wie sie in Wolfenbüttel und Hannover festgelegt sind. Wir würden dabei mit einem Verlust von 143 *M* abgeschlossen haben. In der Zeitung werden Sie schon gelesen haben, daß die Schlächter erklären, sie würden keine Schweine mehr schlachten, weil sie dabei nicht zurechtkommen würden.

Ich muß nun schon in die Details hineingehen, wenn ich die Vorwürfe gegen die Festsetzungen nach den Probe Schlachtungen widerlegen will. Wir haben die Schweine mit der größten Gewissenhaftigkeit zunächst lebend gewogen, und zwar an dem Orte, wo sie geliefert sind. Dann haben wir sie hier wieder gewogen. Da hatten unsere acht Schweine, die ein Mittelgewicht von 85 kg hatten, 92 Pfund verloren. Dann haben wir die ausgeschlachteten Schweine gewogen . . . (auf einen Zwischenruf antwortend: Ferkel sind das nicht, das sind sehr schöne Schweine). Es ergab sich darnach, daß das Pfund reines Schweinefleisch sich auf 1,38 *M* stellte. So ist alles genau kalkuliert. Nun fragt man sich: Wie ist es möglich, daß ein Ge-

ischäftsmann zu 1,40 *M* das Fleisch verkaufen kann, wenn er selbst 1,38 *M* zahlen muß? Da muß die Wurstfabrikation den Verlust einbringen, und selbst bei einem Preise von 1,80 *M* für frische Wurst, wenn sie gut sein soll, ist kein großer Verdienst zu erzielen.

Wenn Sie die verschiedenen Städte gegeneinander auspielen, dann müssen Sie auch die Waren, die geliefert werden, gegeneinander vergleichen. Sie können doch die Ware, wie sie in Hannover verkauft wird, z. B. die Leberwurst dort, nicht vergleichen mit der Leberwurst, wie sie von unseren meisten Schlachtern hergestellt wird; das ist eine ganz andere Qualität. Wir haben bei unseren Schlachtungen nur Primaware geliefert, um ein richtiges Bild zu schaffen.

Nun sagte schon Herr Frede: Die Sache ist damit nicht abgeschlossen, die Preise stehen nicht für die Ewigkeit fest, auch nicht für die ganze Kriegsdauer. Wir sind auf dem Sprunge, weitere Probebeschaltungen vorzunehmen, um uns auf dem laufenden zu erhalten, um die Erstehung und Selbstkostenpreise kontrollieren zu können, und dann, wenn es möglich ist, immer noch herabzusetzen. Seien Sie überzeugt, wir haben die Sache nach bestem Wissen ausgeführt, und der beste Beweis dafür, daß wir richtig gehandelt haben, ist nach meiner Meinung der, daß von beiden Seiten Reklamationen gekommen sind.

Stadtv. Stegmann: Ich bezweifle durchaus nicht, daß die Preisprüfungsstelle, insbesondere Herr Sander, in gewissenhaftester Weise, bemüht gewesen ist, die Preise festzusetzen. Ich bezweifle aber, daß das gelungen ist. (Heiterkeit.) Ich bleibe dabei, daß die Unkosten zu hoch angerechnet sein müssen. Ich habe schon gesagt: Bei einer improvisierten Einrichtung müssen ja höhere Unkosten entstehen, und das muß man in Betracht ziehen. Ein ständiger Schlachtereibetrieb muß billiger arbeiten als eine provisorische Einrichtung.

Dann wurde gesagt, daß unsere Braunschweiger Schlachtindustrie bei zu niedrigen Preisen zugrunde gehen müßte, und die Güte der Ware müßte in Betracht gezogen werden; in Hannover sei die Leberwurst nicht so gut wie hier. Wer Leberwurst in den letzten Jahren hier aus Braunschweig bezogen hat, namentlich die sogenannte Arbeiterwurst, die hier hergestellt wurde, der wird wissen, daß von Leber recht wenig darin zu spüren war. Sie war nicht besser und schlechter als die in Hannover. Man sollte doch wissen, daß die Schlachter immer gut verstanden haben, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wenn die Viehpreise höher wurden, waren die Schlachter sofort dabei, die Preise zu erhöhen. Schon die Ankündigung von höheren Viehpreisen hatte diese Wirkung. Gingen die Viehpreise aber zurück, so konnte man regelmäßig beobachten — das ist auch hier öfter zur Sprache gekommen —, daß die Fleisch- und Wurstpreise seitens der Schlachter, solange es irgend ging, hochgehalten wurden. Ich bezweifle entschieden, daß die Wurst-

industrie in Braunschweig zugrunde gehen würde, wenn die Hannoverschen Preise hier eingeführt würden. Im Hannoverschen Magistrat sitzen doch auch Herren, die wissen, was sie tun, und die auch rechnen können.

Wenn es sich nur darum handelte, daß die Preise hier um 10 oder 15 Pf. höher wären, so ließe man sich den Spaß gefallen, aber ein höherer Preis von 20 bis 50 Pf. pro Pfund, das geht doch nicht mit rechten Dingen zu. Da ist meine Ansicht: Die Herren müssen sich verkalkuliert haben, oder sie haben sich von den Interessenten einseifen lassen. Ich bin auch in einer Preisprüfungsstelle, und zwar der für Butter und Milcherzeugnisse, und weiß daraus, daß die Interessenten alles aufbieten, um die Preise hochzuhalten. In heutiger Kriegszeit stehen alle, auch die Schlächter, die Landwirte, die Groß- und Kleinhändler auf dem Standpunkt: auch wir wollen Kriegsgewinn einheimen. Was haben die Arbeiter davon? Neben den Gut- und Blutopfern werden ihnen noch die Lebensmittel verteuert. Ein Teil der Arbeiter mag wohl durch die Kriegsindustrie höhere Löhne erhalten, die große Masse aber steht viel schlechter da als vor dem Kriege, und davon wird nicht geredet. Die Industrie und der Handel, ebenso die Landwirtschaft, sie alle wollen Kriegsgewinne machen. Nur dann und wann hat einmal ein weißer Kade unter ihnen bekanntgegeben, daß es nicht wahr sei, daß sie mit wesentlich größeren Unkosten arbeiten. Die Futtermittel allerdings sind teurer geworden, ebenso Düngemittel, da Chilisalpeter u. a. vom Ausland nicht hereinkommen. Aber andererseits arbeiten viele billiger mit Kriegsgefangenen und mit Frauen. Das ist von Landwirten und auch von einem Landrat zugegeben worden. Auch bei uns in Braunschweig haben wir erlebt, daß eine Versammlung von Gemeindevorstehern zugestanden hat, daß der Preis (ich glaube, es war für Butter) noch viel zu hoch sei. Jedenfalls sind das Leute, die als praktische Landwirte auch von diesen Sachen etwas verstehen. Ich bin der Meinung: jetzt, wo die Preise um 50 und mehr Prozent höher sind als in Friedenszeiten, sollte man alles tun, was geschehen kann, um die Preise herunterzubringen, und sollte nicht die Interessen der Produzenten und Händler, sondern die der Konsumenten vertreten.

Was das Brot anbetrifft, so gebe ich zu — ich bin auch Mitglied der städtischen Verteilungsstelle —, daß wir anderen Gemeinden gegenüber günstiger gestellt sind. Das kommt im wesentlichen daher, daß uns zum Vermahlen des Getreides die Neustadtmühle zur Verfügung steht, die nicht solche hohe Gewinne einfacken konnte und durfte wie andere Mühlen, sondern den Mahlpreis niedriger hält. Eine Verhimmelung des Magistrats deswegen, wie sie von Herrn Frede beliebt ist, war nicht angebracht. Ich gebe auch zu, daß Herr Stadtrat von Frankenberg viel zu tun hat. Wir sehen, wenn er in unsere Preisprüfungsstelle hineinkommt, muß er schnell wieder zu einer anderen laufen. Dann müßte ihm aber eine Unterstützung gestellt

werden, so daß nicht auf einem Manne alles lastet. Es kann nicht angehen, daß wegen Mangels an Kräften nicht getan wird, was getan werden kann.

Ich muß dabei bleiben, daß die Preise für Fleisch und Fleischwaren, namentlich frische Wurst und Mettgut, viel zu hoch sind, und bitte Sie, trotz der gegenteiligen Erklärungen meinen Antrag anzunehmen. Sie werden sich dadurch den Dank unserer Bevölkerung erwerben. Selbstverständlich muß auch der Magistrat dem Antrage zustimmen, sonst nützt es nichts.

Stadtv. Diekmann: Den Wünschen, die in den Anträgen der Herren Kiefe und Stegmann gipfeln, würden wir gern nachkommen, wenn es nur möglich wäre, sie bei den jetzigen Verhältnissen, wie sie der Viehmarkt im Augenblick zeigt, zu erfüllen. Sie dürfen versichert sein: die Schlachtermeister wie auch die Wurstfabrikanten haben ein Interesse daran, so billig wie möglich zu verkaufen, denn dadurch wird der Umsatz größer und desto besser der Nutzen. Es wird so viel von dem Nutzen gesprochen, den unsere Branche haben soll, und deshalb kann ich nicht unterlassen, dies ausdrücklich hervorzuheben. Es wäre sehr wünschenswert, wenn uns die Möglichkeit gegeben wäre, vielleicht durch eine Änderung des Bundesratsbeschlusses, billigeres Schweinefleisch einzukaufen. Dann könnten wir wunderbar dem Antrage Kiefe und Stegmann Rechnung tragen; im Augenblicke aber ist das nicht möglich. Bestrebungen in der Richtung, die ich andeutete, sind im Gange, denn Sie können sich denken, daß bei den so einschneidenden Maßnahmen, die ins Leben gerufen sind, alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um auf die Mängel dieser etwas übereilten Bundesratsverfügung aufmerksam zu machen. Es bedarf einer geraumen Zeit, um alle diese mannigfachen Mängel zu prüfen, so daß sie nicht verlangen können, daß von heute auf morgen die Sache umgestoßen wird. Wiederum können Sie auch nicht verlangen, daß die Fleischermeister schon im voraus den erwarteten neueren Bestimmungen Rechnung tragen und heute schon die Verkaufspreise ansetzen, die die Konsumenten wünschen. Es ist unmöglich, bei den jetzigen Einkaufspreisen — Sie haben selber am eigenen Leibe erfahren, daß das Schwein ausgeschlachtet sich auf ziemlich 1,40 M pro Pfund stellt —, das Pfund Schweinefleisch zu 1,40 M zu verkaufen, denn es ist ein Unterschied, ob ich im großen einige tausend Pfund Schweinefleisch für 1,40 M einkaufe oder gezwungen bin, diese tausend Pfund wieder in einzelnen Stücken zu demselben Preise abzugeben. Es ist verschiedentlich die Rede davon gewesen, daß die Probeschlachtungen — die nicht zur Kontrolle der Wurstfabrikation vorgenommen sind, wie man bei der ungeheuren Wurstfabrikation im Verhältnis zu dem geringen Fleischverkauf glauben möchte — lediglich eine Maßnahme gewesen sind, um zu kalkulieren, ob die Fleischpreise, die der Bundesrat festgesetzt hat, berechtigt und durchführbar

sind. Die Probeischlachtungen haben gezeigt, daß es tatsächlich nicht möglich ist, zu den vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen.

Herr Stegmann hat seine Behauptung aufrechterhalten, daß die Unkosten nicht richtig berechnet wären. Ich bin in der glücklichen Lage, mich dieser Behauptung voll und ganz anschließen zu können, und trete dafür auch den Beweis der Wahrheit an. Wenn auch meine Begründung sich nicht mit denen des Herrn Stegmann decken sollte, so kommen sie doch beide zu demselben Resultat, und Sie werden selber entscheiden können, wer recht behält. Ich werde nachher darauf zurückkommen.

Es ist weiter davon die Rede gewesen, daß in Hannover, einer größeren Stadt als Braunschweig, die auch sehr gute Wurst liefert, niedrigere Preise haben festgestellt werden können als bei uns. Hannover ist in der glücklichen Lage, einen Viehhof zu besitzen, wir aber haben keinen Viehhof. Es ist naturgemäß, daß an einem derartigen Plage mit Viehhof mehr Angebot in Vieh stattfindet als in Braunschweig, wo man immer darauf warten muß, ob es einem der Viehhändler gefällt, Vieh heranzubringen. Der Landwirt selber bringt kein Vieh her, denn er weiß ganz genau, daß er sich nicht gut dabei stehen würde. Er sieht es lieber, wenn der Schlachter zu ihm aufs Land kommt. Dann wird das Tier gleich vor der Stalltür zum Wiegen auf die Dezimalwage gesetzt; es darf ja keinen Schritt außer der Pehre machen, damit ihm nichts von seinem Gewicht entgeht. Der Schlachter hat so an Ort und Stelle ein höheres Gewicht zu zahlen, als er nach Hause bringt. Dadurch wird naturgemäß der zur Kalkulation zu ziehende Preis verhältnismäßig höher. Auch Sie haben bei den Probeischlachtungen erfahren müssen, daß die Tiere, die Sie genau gewogen hatten, am anderen Tage 92 Pfund verloren hatten. So gehen bei einem Einkaufspreise von 1000 *M* leicht 92 *M* zum Teufel. Sie können es unter diesen Umständen dem Händler nicht verdenken, da er durch Gesetz gezwungen ist, nur nach Lebendgewicht zu handeln, wenn er sich sagt: „Es fällt mir nicht ein, weiter zu handeln, ich gehe lieber in die Sommerfrische! Ich werde doch nicht mit sehenden Augen mein Geld zum Fenster hinauszwerfen.“ Das ist die Ursache, weshalb wir hier so wenig Viehangebot haben. Fragen Sie den Obmann der Preisprüfungsstelle II, welche Schwierigkeiten es gemacht hat, überhaupt Schweine zu bekommen. Um die zweite Schlachtung durchführen zu können, hat der Einkäufer der Preisprüfungsstelle, der Obmann, über acht Tage gebrauchen müssen, um einigermaßen passendes Vieh zu bekommen. Es ist ihm heute wider Erwarten gelungen, fast die besten Schweine, die aufgetrieben waren, für sich zu erwischen, wenn auch damit der betreffende Lieferant, ein Viehhändler, schließlich keine große Freude erleben wird, denn seine sonstigen Abnehmer haben ihm Vorwürfe gemacht, daß er seine regelmäßige Kundschaft vernachlässigt und einen Augenblickskunden, wie es der Magistrat ist, bevorzugt hat. Sie haben auch bei dieser

zweiten Schlachtung die Wahrnehmung gemacht, daß die Schweine an Gewicht erheblich verloren haben.

Sie gestatten nun vielleicht, daß ich zurückkomme auf das, was seinerzeit die Preisprüfungsstelle der Öffentlichkeit übergeben hat, nämlich das Exempel der ersten Probe Schlachtung. Es wurde dort gesagt, man hätte mit dem erfreulichen Resultat eines Überschusses von 70 *M* zu rechnen. Wenn das alles stimmte und alle die Unkosten, die zu berücksichtigen sind, auch wirklich berücksichtigt wären, dann wäre das Resultat wirklich zu begrüßen; man könnte unter den heutigen Verhältnissen froh sein, wenn man einen derartigen überschuß herausbekommen könnte. Leider stimmt es mit der Berechnung nicht ganz. Ich habe hier eine Kalkulation aufgestellt, die die Preisprüfungsstelle auch noch zu prüfen haben wird, und bei der ich für jeden einzelnen Posten den Beweis antreten will, daß die Aufstellung richtig ist. Dabei habe ich als Ergebnis einen Verlust feststellen müssen, der sich auf 129,82 *M* beläuft. Sie werden später die Richtigkeit einsehen. Die Preisprüfungsstelle ist mit ihren ersten Schlachtungen noch nicht ganz fertig; es hängen noch einige hundert Pfund Wurst, die des Verkaufs harren. Erst wenn das ganze Geschäft gemacht ist, werden Sie wissen, ob die Stadt dabei hat zuschießen müssen oder nicht. Es ist in der Berechnung der Preisprüfungsstelle eine ganze Reihe von Unkosten aufzunehmen vergessen, die allerdings im Augenblick der Stadt wohl keine Ausgaben verursacht haben, die aber ein Geschäftsmann unbedingt zu berücksichtigen hat. Ich erinnere nur an folgendes: Es sind an Transportkosten für die zuerst gekauften Schweine 8,75 *M* eingesetzt. Für das Geld transportiert kein Fuhrmann Schweine aus Hondelage nach Braunschweig, er wird mindestens 2 *M* für das Stück, das sind zusammen 16 *M*, verlangen, also fehlen in der Aufstellung hierfür 7,25 *M*. Ferner sind die Kosten für Miete und Benützung der Räume und Maschinen bei der Frau Käsewieter mit 45 *M* in Anrechnung gebracht, einschließlich der entstandenen Unkosten für den Verkauf der Ware. Diese Kosten sind viel zu gering angelegt. Sie müssen dabei berücksichtigen, daß ein Schlachter, der acht Schweine schlachtet, damit ungefähr eine Woche zu tun hat, während hier sich das Geschäft in zwei Tagen abgewickelt hat. Auch wenn Sie das doppelte Quantum gehabt hätten, so hätten Sie es in derselben Zeit verkaufen können. Aber Sie müssen beachten, daß eben das Schweinefleisch außerordentlich knapp ist, und daß zu normalen Zeiten nicht ein derartiger Andrang herrschen und der Verkauf so flott vonstatten gehen würde. Die entstandenen Unkosten für Miete der Räume, Benützung der Gerätschaften und Maschinen hätten sich unbedingt auf acht Tage erstrecken müssen, und dann wäre das Doppelte dafür anzusetzen notwendig gewesen. Es ist weiter unberücksichtigt geblieben die Wartung der vorhandenen Vorräte usw. Ich sagte vorhin schon, die fertiggestellte Wurst hängt zum Teil noch. Es müssen in dem betreffenden Raume die Fenster geöffnet und geschlossen werden,

es muß geheizt werden, es muß auf die Rauchfeuer geachtet werden usw. Sie brauchen dazu wieder für mehrere Tage Leute, die diese Arbeiten ausführen. Alles dieses ist nicht berücksichtigt; Steuern ganz und gar nicht. Weiter ist unbeachtet geblieben, daß Waren verderben können. Sie wissen: Backen und Bierbrauen gerät nicht immer. Ich will allerdings wünschen, daß die Wurst gut werden wird, dann werden Sie unter dieser Rubrik in diesem Falle keinen Verlust erleiden, aber die Schlachter haben doch tatsächlich nicht nur große Verluste dadurch, daß die Qualität der Ware geringer wird als angenommen, daß Ware verdirbt, sondern auch dadurch, daß sie Ausfälle bei der Kundschaft haben. Auch dies muß berücksichtigt werden; ich habe es mit 1 Prozent = 13 *M* in Anrechnung gebracht — gewiß ein sehr bescheidener Satz. Beim Verkauf ist unberücksichtigt geblieben der Verlust, der durch das Einwiegen entsteht. Ich habe 5 Prozent dafür angesetzt. Ich möchte den Verkäufer sehen, der es möglich macht, 270 Pfund Mettwurst so zu verkaufen, daß er keinen Ausfall hat. Ob der Gewichtsverlust, der mit 20 Prozent geschätzt ist, genügt, das wird die Zeit ja lehren. Wenn eine harte Wurst geliefert werden soll, wie es bei der Preisfeststellung vorgeesehen ist, denn der Obmann der Preisprüfungsstelle hat 240 Pfund davon angesetzt, so müßten nach meinem Dafürhalten mindestens 30 Prozent für Gewichtsverlust angesetzt werden, denn so viel verliert die Wurst tatsächlich in den meisten Fällen, bis sie hart ist. Wenn man dafür nur 20 Prozent ansetzt, dann entsteht wieder ein Ausfall. Sie werden Gelegenheit haben, das später noch zu prüfen. Nach meiner Berechnung kommt bei den Probebeschachtungen ein Schaden von 129 *M* heraus.

Ich komme nun zu der Sache, die mich am meisten angeht und mir besonders am Herzen liegt.

Vorsitzender: Der Herr Redner hat bereits über 10 Minuten lang gesprochen. Ich nehme an, daß die Versammlung in Berücksichtigung der besonderen Umstände damit einverstanden ist, daß Herr Diedmann weiterredet.

Stadtv. Diedmann (fortfahrend): Ich werde mich so kurz wie möglich fassen. Die Schlachter sind gern bereit, dem kausenden Publikum entgegenzukommen. Wir verkennen nicht, daß es notwendig ist, möglichst billige Nahrungsmittel zu schaffen, und sind gern bereit, die Hand dazu zu bieten. Aber Sie dürfen nicht verlangen, daß wir lediglich dieses Interesse im Auge haben, sondern daß wir auch ein klein wenig an unsere Existenz denken. Nach dieser Zeit kommt wieder eine andere, und was sollen wir dann tun, wenn es sich die Konkurrenz in anderen Städten zunutze gemacht hat, daß die Braunschweiger Wurstindustrie durch die jetzt bestimmten Höchstpreise zugrunde gerichtet ist. Es scheint den Herren gar nicht bekannt zu sein,

daß den Wurstfabrikanten, die einen großen Export nach auswärts haben, die Möglichkeit genommen ist, die gute Wurst, die der Braunschweiger Schlachtindustrie den Weltruf gewonnen hat, weiter anzufertigen. Wir sind gezwungen, eine billigere Wurst zu liefern, und daß diese nicht so gut sein kann wie die bisher angefertigte, davon werden auch Sie überzeugt sein. Es ist allerdings möglich, eine billigere Wurst durch Mitverwendung von Rindfleisch, das im Augenblick billiger ist als Schweinefleisch, herzustellen. Aber es wäre wünschenswert, daß uns Gelegenheit gegeben wird, neben dieser billigeren Wurst auch eine bessere Qualität für besser zahlendes Publikum herzustellen. Ich will damit durchaus nicht sagen, daß die geringere Qualität schlecht ist. Aber wir dürfen einen blühenden Zweig unserer Industrie nicht einfach so ohne weiteres in den Rot ziehen lassen. Es zwingt uns der Selbsterhaltungstrieb, alle Mittel zu ergreifen und alle Wege zu gehen, die sich uns bieten, um das zu verhindern. Auf eins möchte ich bei der Gelegenheit noch hinweisen. Die Berliner Wurstfabrikation, eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz, macht sich die gegenwärtigen Umstände bereits zunutze. Sie schreibt in einer Eingabe, was am meisten interessiert: „Die Berliner Wurstfabrikation hat sich in den letzten Jahrzehnten im ganzen Reiche einen guten Ruf erworben. Sie hat die Konkurrenz der seit Jahrhunderten bestehenden Braunschweiger und Thüringer Industrie geschlagen, ist speziell in besseren Sorten im ganzen Reiche beliebt.“

Die Eingabe gipfelt in der Hauptsache darin, daß sie keine Höchstpreise für Wurst haben wollen, und die Stadt Berlin hat dem bisher auch Rechnung getragen. Sie wartet mit Festsetzung der Höchstpreise für Wurst, bis der Bundesrat das betreffende Gesetz geändert hat. Ist es dann notwendig, so wird vielleicht auch Berlin dazu schreiten, einen Höchstpreis für Wurst festzusetzen, der dort angemessen erscheint. Aber einen so niedrigen Preis zu setzen wie hier, und nur eine Qualität zu führen zu erlauben, das ist ein verkehrter Weg. Aus Halle kommt viele Leberwurst zur Lieferung nach Berlin. Man hat den Kostenpreis für Leberwurst auf 2,20 *M*, für Rotwurst auf 2,00 *M* festgesetzt. Was sollen wir nun machen, wenn für uns der Preis für Leberwurst auf 1,80 *M* und der Höchstpreis für Rotwurst auf 1,60 *M* festgesetzt ist? Die Berliner fordern für „Braunschweiger Mettwurst“, eine Imitation unserer Wurst, 2,40 *M*, wir aber sind nicht in der Lage, diesen Preis herauszuholen, obgleich unsere Wurst besser ist. Nur die zwingende Notwendigkeit treibt uns, mit allen Mitteln hiergegen ganz energisch Protest einzulegen. Der Verein Braunschweiger Wurstfabrikanten hat bereits Gelegenheit genommen, beim Herzoglichen Staatsministerium Schritte zu tun, daß diese Bestimmungen wieder umgestoßen werden. Ich möchte bitten, nicht zu scharfe Saiten aufzuspannen. Sie dürfen überzeugt sein: Sie bekommen billigere Ware, aber Sie müssen auch leben und leben lassen.

Stadtv. **Frede:** Herrn Stegmann haben die anerkennenden Worte, welche ich Herrn Stadtrat von Frankenberg zu sagen mich gedrängt fühlte, nicht behagt. Es wäre sachlich gewesen, wenn Herr Stegmann anderer Meinung war, zu sagen, warum das unberechtigt sei. Das hat er aber nicht getan, sondern hat von einer Verhimmelung des Magistrats von meiner Seite gesprochen. Die Herren wissen, daß ich nicht mit dem Magistrat durch dick und dünn gehe. Ich muß deshalb diese Bemerkung „Verhimmelung des Magistrats“ als eine geschmacklose Übertreibung hinstellen, die auf Herrn Stegmann zurückfällt.

Stadtv. **Steincke:** Nur noch einige kurze Bemerkungen. Was die Ausführungen anbelangt, die über die Festsetzung der jetzigen Preise gesprochen sind, so muß ich sagen, daß sie mich nicht vollständig überzeugt haben. Es ist ja schwer, als Laie vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit irgend welche Behauptungen aufzustellen, aber ich möchte doch Herrn Diekmann gegenüber darauf hinweisen, daß der Bundesrat, wenn er derartige Preisfestsetzungen macht, wie sie von Herrn Diekmann bemängelt werden, doch alles reiflich erwogen hat, jedenfalls auch Fachleute zu Räte gezogen hat und nicht blindlings mit seinen Preisen hervorgetreten ist.

Was die Preise in Hannover anbelangt, so sind die gehörten Ausführungen nach meiner Ansicht nicht so stichhaltig, daß wir sagen könnten: Wir lassen die Sache aus dem Auge. Wer Hannover kennt, weiß, daß die Wurstindustrie, überhaupt die Fleischindustrie, dort einen großen Aufschwung genommen hat. Ich führe nur die Firma Arberg an. Sie versorgt nicht nur ihre hannoverschen Kunden und hat einen großen Export, sondern sie ist auch noch eine der größten Kriegslieferanten. Ich sehe nicht ein, warum die Preisprüfungskommission nicht in Erwägung ziehen sollte, weshalb die Hannoveraner in der Lage sind, zu billigeren Preisen so tadellose Wurst- und Fleischwaren zu liefern. Sie könnte sich sehr wohl zu einem Wurstfrühstück in Hannover zusammenfinden und über die hannoversche Wurst ein Urteil abgeben; nach meinem persönlichen Geschmack ist sie ebenso gut wie die Braunschweiger Wurst. Die Spannung zwischen den Preisen hier und dort ist eben zu groß, und man sagt sich doch: Die Behörde in Hannover muß schließlich auch eingehend darüber zu Räte gegangen sein, ehe sie die Preise festgesetzt hat, und die Bedenken, die hier geäußert sind, hätten dabei auch dort hervortreten müssen. Es mag sein, daß darin, daß wir keinen Viehhof in Braunschweig haben, ein wesentlicher Grund liegt, daß wir hier nicht dieselben Preise haben einsetzen können. Aber es ist doch auf der anderen Seite der Beweis geliefert, daß Braunschweig in der Lage ist, Schlachtungen in größerem Umfange vorzunehmen. Es sind schon früher von seiten der Produzenten so viele Erklärungen in den Zeitungen erschienen, daß schon damals die höheren Preise hätten bestehen bleiben müssen, und damals schon

motiviert man, daß wir nicht daruntergehen könnten. Die Masse der Konsumenten hat das nicht geglaubt und gemeint, die Preise seien zu hoch. Nun wollen wir alle ja von Herzen gern, daß unsere Schlachtindustrie nicht leidet. Aber warum wird nicht einmal geprüft? Warum fahren nicht zwei oder drei Herren nach Hannover und fragen: Warum seid ihr in der Lage, solche tadellose Ware zu billigerem Preise zu liefern? Dann könnten wir hier im Stadtparlament Aufklärung geben, und es würde Beruhigung eintreten. Herr Dieckmann malt mit seinen Aussichten wohl zu schwarz. Ich bin darüber unterrichtet, daß unsere Braunschweiger Fleisckonservenindustrie auch ganz erhebliche Gewinne aufzuweisen hat; das zeigt der Rechenschaftsbericht einzelner Firmen.

Ich möchte im Anschluß an den Antrag Kiefe darum bitten, daß der Magistrat veranlaßt wird, einmal mit den geeigneten Stellen in Hannover, mit Firmen oder mit dem Magistrat selbst, durch die Herren der Preisprüfungsstelle in Verbindung zu treten, um Aufklärung über die Preisdifferenzen zu erhalten. Wir können uns hier nicht dazu herbeilassen, die Interessen eines einzelnen Standes zu vertreten, ich bitte Sie vielmehr, ihre Entschließungen darnach zu treffen, daß das Wohl des ganzen Vaterlandes und nicht zuletzt das des kleinen Mannes aus dem Volke, der jetzt zu darben hat, berücksichtigt wird.

Stadtv. Wesemeier: Ich wollte denselben Vorschlag machen. Ich meine, der Magistrat ist verpflichtet, bei dem Stadtmagistrat in Hannover anzufragen, wie es möglich ist, solche Preise festzusetzen, die um ein Erhebliches niedriger sind als die Braunschweiger. Wir hören hier wunderbare Widersprüche. Herr Frede sagt, es werde mit weniger Sachkenntnis über die Höchstpreise gesprochen, und in demselben Atem sagt er: Hannover hat schlechtere Wurst als Braunschweig. Herr Dieckmann erklärt: Es gibt da vorzügliche Wurst. Dann erklärt Herr Dieckmann die niedrigen Hannoverschen Preise dadurch, daß man dort einen Viehhof hat; aber Herr Dieckmann ist immer der erste gewesen, der der Schaffung eines Viehhofs entgegen gewirkt hat. Jetzt weist Herr Dieckmann selber darauf hin, daß man hier die Fleischwaren billiger verkaufen könnte, wenn man einen Viehhof hätte. Ich verstehe die Stellung des Herrn Dieckmann nicht: obgleich er erklärt, daß billiger eingekauft und verkauft werden kann, wenn ein Viehhof vorhanden ist, ist er gegen Anlage eines Viehhofs. Das läßt tief blicken.

Daß das Brot in Braunschweig billiger ist als in Hannover, ist wohl selbstverständlich. Es wäre ja toll, wenn ein städtischer Betrieb solche Wucherpreise nehmen wollte wie die anderen Mühlen, wo mit so gewaltigen Dividenden gearbeitet wird, daß man sie geradezu Wucherdividenden nennen kann. Es ist eben ein Vorzug für Braunschweig, daß es eine eigene Mühle hat, die jetzt der Bevölke-

zung zugute kommt, abgesehen davon, daß der Betrieb sich auch in anderen Jahren gut rentiert hat.

Daß bei unseren Probeeschlachtungen von der Preisprüfungsstelle ein anderes Resultat herausgerechnet ist als von Herrn Dieckmann, das finde ich erklärlich. Herr Dieckmann vergißt, daß man bei einem ständigen Betriebe anders rechnet, als wenn einmal eine einzige Probeeschlachtung berechnet werden soll. Ich bin überzeugt, daß die Geschäftskosten von der Preisprüfungsstelle zu hoch in Anrechnung gebracht sind. Ich möchte Herrn Dieckmann sehen, wenn er die Kosten berechnet, die in Hannover in Anrechnung gebracht werden müssen. Ich kann hinzufügen, daß sich die Fleischer in Hannover vollständig mit den Preisen abgefunden und sich bereit erklärt haben, mit allen Kräften die Stadt Hannover mit Fleischwaren versorgen zu wollen. Ebenso ist es in Wolfenbüttel; auch dort haben sich die Schlächter — wie in allen unseren Zeitungen (Landeszeitung, Neueste Nachrichten, Wolfenbütteler Kreisblatt) zu lesen stand — wohl zuerst geweigert, nach den draconischen Bestimmungen des Magistrats, die am vorigen Sonnabend herausgekommen waren, ihr Geschäft weiter zu versehen, nachdem aber die Milderungen herauskamen — die noch wesentlich günstigere Preise für die Wolfenbütteler Bevölkerung als für die Braunschweiger enthalten —, haben sie sich bereit erklärt, unter diesen Umständen weiter zu schlachten. Es muß doch allzusehr auffallen, wenn in Hannover das Bauchfleisch um 8 Prozent billiger ist als hier, die Leber- und Knackwurst um 20 Prozent, die frische Rotwurst um 33 Prozent, das frische Mettgut — das in seiner Güte genau so ist wie hier, es darf nur reines Schweinefleisch dazu verwandt werden — um 18 Prozent billiger als hier; die Mettwurst um 33½ Prozent, der geräucherte Speck um 10 Prozent. Das sind doch Differenzen, über die wir nicht so leichtens Herzens hinweggehen können. Es ist uns von dem Sachverständigen Herrn Dieckmann gesagt, Hannover liefere eine vorzügliche Wurst. Auch ich habe in Hannover schon Wurst gegessen und nicht gefunden, daß sie schlechter wäre als die Braunschweiger. Unter solchen Umständen haben wir Ursache nachzuforschen, wie es möglich ist, in Hannover die Preise so festzusetzen, wie es geschehen ist. Ich möchte mich dem Vorschlage des Herrn Steinede anschließen, uns mit Hannover in Verbindung zu setzen und Nachforschungen anzustellen, auf welcher Basis dort die Berechnungen der Höchstpreise zustande gebracht worden sind.

Stadtv. **Stegmann:** Nur eine persönliche Bemerkung gegenüber Herrn Frede, der mir geschmacklose Übertreibung vorgeworfen hat. Ich will darauf erwidern, daß sich über den Geschmack streiten läßt, und ich halte Herrn Frede nicht für den geeigneten Mann, über Geschmacklosigkeiten zu urteilen, denn er hat in diesem Saale schon oft Proben seines feinen Geschmacks abgelegt.

Vorsitzender: Diese persönliche Bemerkung wird sich wohl gerade noch in den Grenzen des Zulässigen bewegen.

Stadtv. **Diedmann:** Über den Geschmack läßt sich allerdings kolossal streiten, ich will deshalb nicht weiter darauf eingehen; es ist wohl eben nicht die Zeit dazu. Wenn ich aber gesagt habe, in Hannover wird gute Wurst gemacht, so habe ich das nicht getan, um Hannover besonders herauszustreichen, denn es wird überall gute Wurst gemacht. Das zeigt Ihnen auch Berlin. In Braunschweig wird gute und schlechte Wurst zu finden sein und in anderen Städten auch. Aber über den Geschmack läßt sich streiten und „wat dem einen sin Uhl is, is dem andern sin Nachti-gall“.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß ich ein Feind des Viehhofs in Braunschweig sei, jetzt aber die Vorzüge des Viehhofs in Hannover herausgestrichen hätte. Jawohl, es schien allerdings so und kam mir fast selber so vor, aber ich glaube nicht daran. Sie können überzeugt sein, ich habe meine Worte nicht so gemeint, wie sie aufgefaßt sind. Ich habe damit sagen wollen, daß da, wo ein Viehhof ist, von den umliegenden Landwirten naturgemäß Vieh herangetrieben wird. Aber die Landwirte hätten auch hier Gelegenheit, das Vieh heranzubringen, es den Viehhändlern und Kommissionären zu geben, doch das haben sie in dieser Zeit nicht nötig. Sie haben jetzt nur die eine Schwierigkeit, die g a n z k l e i n e n Schweine im Gewicht von 60—70 kg loszuwerden, die leider der Bundesrat auch zur Schlachtung freigegeben hat. Das müßten eigentlich erst Schweine werden, bis sie 120 kg schwer sind. Da es nun aber einmal gestattet ist, diese kleinen Tiere abzuschlachten, und es schwer wird, sie an den Mann zu bringen, so werden d i e s e Tierchen von den Bauern an den Viehhof gebracht, und von solchen Tieren kann naturgemäß auch ein billigeres Fleisch geliefert werden. Ob aber der Konsument damit zufrieden ist, das ist eine andere Sache.

Ich bin heute bei den Probe Schlachtungen wieder auf dem Schlachthause geblieben, um das Resultat kennenzulernen. Nachdem die geschlachteten Schweine gewogen waren, stellte sich heraus, daß das Pfund Schweinefleisch auf 141 Pf. zu stehen kommt. Und dieses Fleisch soll mit 1,40 M verkauft werden! Es muß doch auch dem Laien einleuchten, daß das schlechterdings unmöglich ist. Überlassen Sie die Weiterentwicklung getrost der Zeit, es wird sich in kurzem die Entscheidung einstellen. Wenn die Bestimmungen des Bundesrats geändert worden sind, dann werden die Preise schon von selber billiger werden.

Herrn Steinecke ist wohl ein Irrtum untergelaufen. Er meinte, der Bundesrat hätte die Preise festgesetzt. Das tut nicht der Bundesrat, sondern der Magistrat. Wenn in der Zeitung gestanden hat, daß in Hannover die Preise niedriger seien als hier, so ist damit nicht gesagt, daß die Schlachter in Wirklichkeit damit zu-

frieden sind. Auch die Schlachtermeister in Hannover werden bei den vorgeschriebenen Preisen keine Seide spinnen, sondern Geld zusehen, und die Zeit wird es lehren, welche Schritte sie ergreifen, um zu ihrem Rechte zu kommen.

Stadttrat von Franckenberg: Ich möchte Herrn Diekmann, dessen schwierige Stellung in den heutigen Verhandlungen niemand verkennen wird, meinerseits insofern entgegenkommen, als ich in der Lage bin, mitzuteilen, daß der Magistrat sich durchaus einverstanden erklärt hat mit einer Ansicht, die Herr Diekmann schon seit längerer Zeit vertreten hat, und die auch von der Preisprüfungsstelle gebilligt wird: das ist der Kampf gegen die Abschachtung der mindergewichtigen Schweine. Er hat auch heute wieder Derartiges erwähnt. Die Preisprüfungsstelle hat sich am vergangenen Montag, als der heiße Kampf um die Schweinefleischhöchstpreise durchgefochten wurde, auf denselben Standpunkt gestellt, wie ihn Herr Diekmann in dieser Frage einnimmt, und der Stadtmagistrat hat heute beschlossen, bei dem Herzoglichen Staatsministerium zu beantragen, daß Schweine, die unter 80 kg wiegen, in Zukunft vom Schlachtverbot betroffen werden möchten. Man kann ja verschiedener Meinung sein, wie weit man die Grenze ziehen soll; früher wünschte man sie sogar auf 180 Pfund hinaufgerückt zu sehen. Ich kann nur hoffen, daß unser Vorschlag beim Ministerium und Bundesrat Gehör findet, denn dadurch wird ein wichtiger Schritt in der Fleischversorgung getan. Herr Diekmann kann überzeugt sein, daß wir in diesen Sachen gern mit ihm Hand in Hand gehen. Es wird sich aber bei einem so wichtigen Gegenstande, wie die Festsetzung der Höchstpreise für Fleisch und Fleischwaren ist, nicht erreichen lassen, daß wir uns durchaus auf den Standpunkt der betreffenden Gewerbetreibenden stellen. Es bleibt dabei für die Stadtbevölkerung, für die Stadtverwaltung und die Preisprüfungsstelle nichts übrig, als auf einer Mittellinie zu gehen, wie sie die Preisprüfungsstelle vertreten hat.

Stadtv. Roeschigt (Schlußwort als Referent): Ich möchte Sie noch einmal bitten, den Antrag der Kommission anzunehmen. Wir haben nun Gelegenheit genug gehabt, uns darüber auszusprechen, wo uns der Schuh drückt. Eins aber hat bis jetzt keiner der Herren Redner gestreift, wenn auch viel über das Schlachten gesprochen ist: Woher nehmen wir die Schweine? Mir ist gesagt, daß in Celle Ferkel verschenkt worden sind, nur damit man sie loswurde. Die kleinen Leute auf dem Lande, die früher zwei Schweine fett machten und eins davon verkauften, verzehren selbst mit ihren Familienangehörigen die Schweine oder geben sie an die Verwandtschaft weiter, aber zum Verkauf an Schlachter kommen solche Schweine nicht mehr. Der große Bauer verkauft die Schweine jetzt auch nicht, sondern behält sie für sich. Das ist mir nicht nur von einer Seite, sondern Duzende von Malen

im Laufe der letzten Zeit mitgeteilt. Wenn das zutrifft, so können Sie sich denken, welches die Folge davon ist. Der Produzent befürchtet, nicht den richtigen Preis für seine Schweine zu bekommen. Der Landwirt muß das Futter selber teuer bezahlen, und zu seinen Kartoffeln muß er Gerste zusetzen, und seine eigene Gerste wird ihm teuer bezahlt. Der kleine Mann kann wohl überhaupt keine bekommen; 43 *M* ist der Preis für Gerstenschrot. Da können Sie es den Leuten nicht verdenken, wenn sie keine Schweine mehr fett machen. Und wenn die Höchstpreise noch niedriger gesetzt werden, dann werden die Landwirte uns erst recht keine Schweine liefern. Aus diesem Grunde ist es angebracht, daß der Magistrat die Mittelstraße hält, so daß der Auftrieb nicht ganz unterbunden wird. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission anzunehmen.

Der **Vorsitzende** stellt zuerst den Antrag K i e f f e, als den am weitesten gehenden, zur Abstimmung. Derselbe wird a b g e l e h n t. Darauf wird der K o m m i s s i o n s a n t r a g a n g e n o m m e n. Der als Unterantrag zu dem Kommissionsantrage angelehnte Antrag S t e g m a n n wird a b g e l e h n t.

2. Antrag Dieckmann auf Milde rung oder Aufhebung der §§ 11, 71 und 76 der Straßenpolizeiordnung.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß in der Kriegszeit die V o r s c h r i f t, Fuhrwerke sowie an Straßen errichtete Gerüste (§§ 11, 71 und 76 der Straßenpolizeiordnung) durch Laternen zu beleuchten, aufgehoben bzw. gemildert wird, um dadurch Beleuchtungsstoffe zu sparen.“

Stadtv. **Dieckmann** (zur Geschäftsordnung): Zur Klärung der Sachlage möchte ich vorweg bemerken, daß ich beabsichtige, den Antrag zurückzuziehen; ich kann damit dem Herrn Referenten die Arbeit abnehmen.

Ich hatte Gelegenheit, mit dem Herrn Polizeipräsidenten über die Angelegenheit zu sprechen. Er machte darauf aufmerksam, daß, um diesen Antrag durchzulassen, eine Änderung des Polizeistraßengeheßbuchs nötig wäre, und dazu müßte wieder der Landtag zusammentreten, was sich doch nicht ermöglichen lasse. Er bat mich, den Antrag zurückzuziehen, gab aber die Versicherung ab, daß die Polizeibeamten angewiesen werden sollten, alles mögliche zur Milde rung dieser V e r f ü g u n g zu tun.

Vorsitzender: Herr Dieckmann zieht den Antrag zurück. Ich glaube, wir können uns mit dieser Erledigung einverstanden erklären.

Stadtv. Dr. **Rahlert**: Als Referent in dieser Angelegenheit hätte ich noch einige Worte über die Petroleumfrage zu sagen.

Vorsigender: Der Punkt ist mit der Zurücknahme des Antrages erledigt. Ich wüßte nicht, wie ich Ihnen im Rahmen der Sache noch das Wort geben könnte.

3. Antrag Bunge auf Belegung der Fußsteige der Kramer- und der Weststraße mit Platten.

Stadtv. **Sander**: Herr Bunge hat folgenden genügend unterstützten Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Fußsteige der Kramerstraße und der Weststraße mit Platten belegen zu lassen.“ Der Antrag hat die Baukommission beschäftigt, und man war sich dort allgemein darüber einig, daß die Fußwege der genannten Straßen derart beschaffen wären, daß etwas dafür geschehen müsse. Nun wäre es aber in Anbetracht der heutigen Lage nicht richtig, wenn wir den Anliegern mit derartigen Kosten, wie sie die Belegung der Straße mit Platten mit sich bringt, kommen würden. Die Eigentümer der Häuser in den beiden Straßen sind kleinere Leute, die ihr Spargeld dazu angelegt haben, um sich durch den Besitz eines Hauses den Vorteil zu verschaffen, eine billigere Wohnung zu haben. Viele von ihnen stehen im Felde, andere werden wieder sehr stark beeinträchtigt durch die Mieterlasse, die durch das Kriegseinigungsamt vermittelt sind. Kurz und gut, die Besitzer der Häuser sind heute nicht in der Lage, Opfer für die Belegung der Straße mit Platten zu bringen. Deshalb wollte die Baukommission Ihnen vorschlagen, den Magistrat zu ersuchen, die Fußwege durch eine Teerhotterung instand zu setzen, wie sie sich überall bewährt hat. Es wurde aber vom Herrn Stadtbaurat Gebensleben in der Kommissionsitzung hervorgehoben, daß die Materialien hierzu, insbesondere Teer, nicht zu beschaffen wären, da es von der Heeresverwaltung beschlagnahmt sei, so daß es nicht möglich sei, die Fußwege noch in diesem Herbst in dieser Weise in Ordnung zu bringen. Deshalb wurde empfohlen, die hervorstehenden Steine zu zerkleinern und die Wege mit einer Kieselchicht zu überwälzen, so daß sie im Winter gangbar gehalten werden. Im Frühjahr sollte dann die Überteerung vorgenommen werden. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, dementsprechend zu beschließen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

4. Verkauf einer Fläche an der Hilbesheimerstraße.

Stadtv. **Stegmann**: Gelegentlich einer Vermessung des der Firma von Dollfs u. Helle gehörenden Grundstücks Hilbesheimerstraße 8 hat sich herausgestellt, daß

eine spitzwinklige Fläche des zu dem Grundstück gehörenden Wohnhauses auf dem Gebiete der Gildesheimerstraße steht. Die genannte Firma hat nun den Antrag gestellt, ihr diese bebaute Fläche und zur Begrabigung der Fluchtlinie noch eine kleine unbebaute Teilfläche des Geländes der Gildesheimerstraße häußlich zu überlassen. Die gesamte Fläche beträgt nur 4 qm. Der Magistrat schlägt nach Anhörung des Tiefbauamts vor, diesem Antrage zuzustimmen, und zwar zu einem Preise von 12 *M* für das Quadratmeter.

Der Antrag des Magistrats geht dahin, sich damit einverstanden zu erklären, daß 1. die bezeichnete Fläche ihres Charakters als öffentlicher Weg entkleidet wird, und daß sie, wenn solches erfolgt ist, 2. zum Preise von 12 *M* pro Quadratmeter an die genannte Firma verkauft wird.

Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft. Sie findet keine Bedenken, dem Antrage zuzustimmen, und bittet Sie, dem Antrage gemäß zu beschließen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Baukommission zu.

5. Beihilfe für das Rote Kreuz in Bulgarien.

Stadtv. **Lebbenjohanns:** Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an die deutschen Städte und somit auch an unseren Stadtmagistrat den Aufruf des Deutschen Hilfsausschusses für das Rote Kreuz in Bulgarien geschickt mit dem Ersuchen, eine Beihilfe für den genannten Zweck zu bewilligen. In der Finanzkommission war man einhellig der Meinung, daß es, ebenso wie für den einzelnen, auch für die Stadt als Ehrenpflicht erachtet werden sollte, eine Beisteuer für das Rote Kreuz in Bulgarien zu leisten, man war aber nicht gleicher Meinung über die Höhe. Die Mehrheit war der Ansicht, daß es unerheblich sei, welcher Betrag zur Verfügung gestellt würde, daß es nur darauf ankomme, daß auch städtischerseits der Sympathie für unsere tapferen Waffenbrüder in Bulgarien durch eine Spende Ausdruck gegeben werde. Die Finanzkommission läßt Ihnen daher anheimgeben, dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen, und 1000 *M* aus den Mitteln des Verfügungsfonds der städtischen Behörden zu bewilligen.

Die Beihilfe wird bewilligt.

6. Herrichtung eines Kinderspielflazes an der Kaiserstraße.

Stadtv. **Rasche:** Es liegt der Antrag des Magistrats vor, auf dem städtischen Grundstück an der Kaiserstraße einen Spiel- und Buddelflaz für kleinere Kinder einzurichten. Das vom städtischen Tiefbauamt dafür angefertigte Projekt ist hier

ausgestellt. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß die Stadt in der Lage ist, gerade an dieser Stelle einen derartigen Spielplatz zu schaffen. Der Platz hat nur eine Größe von etwa 490 qm, deshalb plant man, einen Teil des Terrains des ehemaligen Okergrabens hinzuzunehmen. Man könnte den Spielplatz noch größer ausführen, wenn man das gesamte Gebiet des ehemaligen Okergrabens zum Spielplatz hinzunähme, aber Billigkeitsgründe gegen die Anlieger des Nickerhulfs, an die jene Flächen seit Jahren verpachtet sind, haben den Magistrat dazu geführt, vorzuschlagen, den Spielplatz nur in der Größe herzustellen, wie der Plan zeigt. Neben dem Eingange zum Spielplatz soll eine Bedürfnisanstalt für Kinder errichtet werden, welche nur vom Spielplatz aus zugänglich ist, im Anschluß daran auch eine Bedürfnisanstalt für Männer, die von der Kaiserstraße aus ihren Zugang erhalten soll. Der Magistrat gibt anheim, auch die Anlage dieser letzteren Bedürfnisanstalt gleich mit zu genehmigen.

Der Vorstand der Jüdelstiftung hat sich bereit erklärt, für Herrichtung des Spielplatzes und für Anlage der Bedürfnisanstalt für Kinder die Mittel zu bewilligen. Die Kosten für Herrichtung des Spielplatzes betragen 3800 M, die für Anlage der Bedürfnisanstalt für Kinder 2600 M, zusammen 6400 M. Es ist erforderlich, daß die Versammlung ihre Genehmigung dazu erteilt, daß diese Gelder aus Abteilung III der Jüdelstiftung für den genannten Zweck entnommen werden. Die Mittel für Errichtung der öffentlichen Bedürfnisanstalt für Männer werden sich auf 2200 M stellen; der Magistrat schlägt vor, sie aus Kap. IX, 3 des Ordinariums der Kammereikasse zu bewilligen.

Die Baukommission hat die Vorlage beraten, empfiehlt die Annahme der Magistratsvorschläge, und so bitte ich Sie heute, die Genehmigung erteilen zu wollen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Ausführung des Entwurfs einverstanden, genehmigt die Ausgabe aus der Jüdelstiftung und verwilligt den Betrag für den Anbau der öffentlichen Bedürfnisanstalt.

7. Abänderung eines mit der Junkerschen Schulhausgesellschaft getroffenen Abkommens.

Stadtv. **Frede:** Die Besitzerin des Schulhausgrundstücks der Junkerschen Realschule hat von der Stadt ein Hypothekenskapital im Betrage von 150 000 M vorgeliehen bekommen unter der Bedingung, daß neben einer 4½prozentigen Verzinsung eine jährliche Abtragung von 3000 M erfolgt. Der erste Abtrag würde am 1. Februar 1916 fällig sein. Nun haben sich aber für die Schulhausgesellschaft ungünstige Umstände in folgenden Beziehungen ergeben: Die Bau Summe, die ur-

iprünglich auf 300 000 *M* veranschlagt war, ist infolge des Krieges um 13 400 *M* überschritten. Außerdem sind die laufenden Ausgaben vorläufig dadurch gewachsen, daß das Leihhaus statt einer 4prozentigen eine 5prozentige Verzinsung fordert, was eine Mehrausgabe von jährlich 1000 *M* verursacht. Nun steht die Schulhausgesellschaft vor der Verpflichtung, jene 13 400 *M*, um die die veranschlagte Bausumme überschritten ist, in drei Jahren abtragen zu müssen, und hat daneben die höhere Zinsenlast zu tragen. Sie vermag das nur in der Weise, daß sie eine Stundung der Abtragungen erhält, zu denen sie gegenüber der Stadt und dem Herzoglichen Leihhause verpflichtet ist. Für uns kommt nur die Verpflichtung gegen die Stadt in Frage. Die Schulhausgesellschaft richtet an die städtischen Behörden das Ersuchen, ihr zu gestatten, die Entrichtung dieser Abtragung während der nächsten drei Jahre aussetzen zu dürfen, also mit der vorgesehenen Tilgung erst in dem Jahre 1918/19 zu beginnen. Der Magistrat ist damit einverstanden, und auch die Finanzkommission hat die vorgebrachten Gründe für berechtigt erklärt. Sie empfiehlt der Versammlung, in diese Zurückstellung einzuwilligen.

Dem Antrage der Finanzkommission wird entsprochen.

8. Erlaß eines Mietzinses für den Braunschweiger Männerturnverein.

Stadtv. **Munte:** Der Männerturnverein hat bekanntlich die Nordwestecke des Franzischen Feldes für seinen Turn- und Spielbetrieb in Benutzung und zahlt dafür einen jährlichen Mietzins von 162,58 *M*. Nun ist der Verein schon seit dem Monat Juli in der Nutzung dieses Stückes durch die Militärbehörden stark beschränkt. Es war nötig, den Platz für den verstärkten Übungsbetrieb des Militärs in Anspruch zu nehmen. Auf Wunsch dieser Behörden hat dann auch der Männerturnverein die Einfriedigung seines Teilstücks beseitigen müssen, da sie die Übungen der Truppen störte und auch die Flugzeuge an der Landung gehindert haben würde. Der Männerturnverein hatte angenommen, daß nach Möglichkeit die militärischen Übungen nur vormittags auf jenem Teile des Franzischen Feldes stattfinden würden und der Verein am Nachmittage dort turnen lassen könnte. Da nun aber auch nachmittags sehr häufig Übungen dort stattfinden, so ist eine Anfrage deswegen an das Garnisonkommando ergangen, auf die die Antwort gekommen ist, daß das Militär nicht immer auf den Platz verzichten könne, wenn es auch, so gut es möglich sei, Rücksicht nehmen wolle. Die Sache liegt demnach so, daß der Männerturnverein den Platz nicht in der Weise benutzen kann, wie er bei der Vermietung desselben an ihn annehmen konnte. Er bittet deshalb in einem Anschreiben an den Magistrat um Erlaß des Mietzinses vom 1. Oktober an bis auf die Zeit, wo die Verhältnisse sich wieder ändern und er den Platz wieder ungestört für seinen Betrieb benutzen kann. Das ist eine berechtigte Bitte, und der Magistrat

hat sich diesem Antrage angeschlossen. Außerdem hat der Männerturnverein noch um teilweise Rückerstattung des Mietzinses für das vergangene Halbjahr gebeten. Diesem Wunsche aber möchte der Magistrat nicht nachkommen.

Wir haben uns über die Sachlage gestern in der Finanzkommission unterhalten und haben beschlossen, dem Antrage des Magistrats beizutreten.

Dem Magistratsantrage wird, entsprechend dem Vorschlage der Finanzkommission, zugestimmt.

9. Annahme eines Vergleichs in einer Prozeßsache (Süchting).

Stadtv. Dr. **Rahlert**: Es handelt sich um den Prozeß des Herrn Professor Süchting in Claustal wegen Ungemessenheit des von ihm berechneten Honorars für Abgabe eines Gutachtens über das hiesige Lichtwerk, über die seinerzeit eine Differenz ausgebrochen war. Der Magistrat schreibt in dieser Angelegenheit: „Der Kläger hatte 7000 *M* berechnet, es waren ihm 3500 *M* gezahlt, und er fordert in der Klage die anderen 3500 *M* nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 1. April 1913. Als Sachverständiger ist gerichtsseits der von der Königlich Technischen Hochschule in Hannover vorgeschlagene Geheimrat Professor Ludwig Crosse in Hannover ernannt, welcher ein ausführliches Gutachten erstattet hat, in welchem er zu dem Resultat gelangt, daß als angemessener Honorarbetrag die Summe von 4500 bis 5000 *M* zu betrachten sei. Legt man das Mittel beider Summen zugrunde, so würden dem Kläger im ganzen 4750 *M* zukommen, also nach Abrechnung der gezahlten 3500 *M* noch 1250 *M*. In der Erwägung, daß der Nachweis, der Sachverständige habe die Tätigkeit des Klägers zu hoch bewertet, nicht zu führen sein wird, sowie daß sich bei vergleichsweiser Erledigung des Prozesses die Gerichtskosten erheblich verringern, haben wir nach Ablehnung eines auf Zahlung von 2000 *M* unter Kostenteilung lautenden Vorschlages der Gegenpartei unter Vorbehalt der Zustimmung der Herren Stadtverordneten einen Gütevorschlag dahin gemacht, daß dem Kläger gegen Verzicht auf die Mehrforderung der Betrag von 1250 *M* gezahlt werde und jeder Teil seine eigenen Kosten und die Hälfte der Gerichtskosten trage. Der Kläger hat sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt.“

Der Magistrat erucht die geehrten Herren um Zustimmung zum Abschluß des gedachten Vergleichs. Die Statutenkommission hat die Angelegenheit durchgesprochen und ist zu der Ansicht gekommen, daß dem Vorschlage des Stadtmagistrats zuzustimmen ist. Ich bitte Sie, demgemäß zu beschließen.

Der Annahme des Vergleichs wird zugestimmt.

Vorsitzender: Es liegt noch ein dringender Antrag des Herrn Loeßig vor, der genügend unterstützt ist. Er lautet:

„Die geehrte Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Braunschweigischen Regierung schnellstens zu beantragen, daß den Pferdebesitzern Zucker zum Verfüttern freigegeben wird, und zwar möglichst bald.“

10. Erweiterung der Parkdeputation durch Zuwahl eines Mitgliedes.

Stadtv. **Sander:** Die Parkdeputation besteht aus fünf Mitgliedern. Der Herr Promenadeninspektor Kreiß war zwar nicht gewähltes Mitglied dieser Deputation, hat aber an allen Verhandlungen mit beratender Stimme teilgenommen. Nachdem nun aus Anlaß des Todes des Herrn Promenadeninspektors Kreiß das städtische Tiefbauamt mit der Leitung und Beaufsichtigung der Arbeiten im Bürgerparke und Stadtparke beauftragt ist, hat der Vorsitzende des Tiefbauamts, Herr Stadtbaurat Menadier, den Wunsch geäußert, Mitglied der Parkdeputation zu werden. Der Stadtmagistrat hält diesen Wunsch im Interesse der Sache für berechtigt und bittet, ihm zu entsprechen. Die Statutenkommission ist derselben Überzeugung und schlägt Ihnen vor, sich mit der Erweiterung der Parkdeputation um ein Mitglied einverstanden zu erklären, und Herrn Stadtbaurat Menadier als ständiges Mitglied der Deputation zu wählen.

Die Versammlung ist mit der Erweiterung der Deputation einverstanden und stimmt dem Wahlvorschlage zu.

11. Antrag Bues auf Bewilligung eines Zuschusses für die Fachschule Braunschweiger Gastwirte.

Wortlaut des Antrages siehe S. 318.

Stadtv. **Bues** (zur Begründung): Der Verein Braunschweiger Gastwirte beantragte bereits im Juni dieses Jahres Bewilligung von 1000 M für seine Fachschulzwecke. Vom Magistrat bzw. der Stadt wird sämtlichen Fachschulen eine Zuwendung aus städtischen Mitteln bzw. aus Mitteln der Umsatzsteuer gemacht. Aus dem Grunde wird der Antrag des Vereins Braunschweiger Gastwirte als gerechtfertigt erscheinen, und ich bitte, ihm zu entsprechen.

H. H. H.

Vorsitzender: Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Finanzkommission zur Vorberatung.

12. Anfrage Lauer über eine Ausstellung von eroberten Geschützen usw. aus dem gegenwärtigen Kriege.

Wortlaut der Anfrage siehe S. 318.

Stadtv. Lauer: Vor ungefähr einem halben Jahre hatte ich mir erlaubt, hier anzuregen, ähnlich wie in vielen anderen großen deutschen Städten so auch in Braunschweig, moderne Kanonen, Maschinengewehre und sonstige Siegeszeichen zu allgemeiner Besichtigung zur Aufstellung zu bringen. Unser Herr Oberbürgermeister erwiderte mir damals, daß eine derartige Aufstellung wohl angebracht sei, daß das Braunschweiger Publikum eine solche Ausstellung gewiß gern besuchen würde, und endlich, daß auch der Stadtmagistrat dazu beitragen wolle, eine solche Ausstellung in Braunschweig zusammenzubringen. Seit dieser Erklärung des Stadtmagistrats hat man von dieser Angelegenheit nichts wieder gehört. Wenn nun auch kürzlich auf dem Schloßhose in Braunschweig in aller Stille einige kleine Geschütze uralten Kalibers aufgefahren worden sind, so könnte man von diesen doch nur meinen, daß es besser wäre, wenn sie dort nicht ständen. Ganz Braunschweig lacht über diese alten hundertjährigen Blasrohre, und es werden schon die bedenklichsten Witze darüber gerissen. Das unangenehmste bei der Geschichte ist, daß der Auswärtige, der darüber irgendwo einmal etwas gelesen oder gehört hat, daß in Braunschweig auf dem Schloßplatze Geschütze ausgestellt seien, wenn er nach Braunschweig kommt, natürlicherweise bei einer Besichtigung aufs allerhöchste enttäuscht ist. Diese Aufstellung von alten Geschützen kann selbstverständlich nicht als das angesprochen werden, was seinerzeit unser Magistrat wünschte, und was auch ich damals mit meinem Antrage bezweckte. Es wäre daher von Interesse, heute zu erfahren, wie denn nun eigentlich in Wirklichkeit die Sache steht.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Zunächst möchte ich bezweifeln, daß Herr Lauer in dieser Beziehung einen Antrag gestellt hat, beraten wenigstens ist ein solcher Antrag hier nicht. Herr Lauer hat eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, und ich habe sie beantwortet; das ist ein wesentlicher Unterschied. Bereits damals habe ich erklärt, daß der Magistrat seinerseits in der Sache nicht vorgegangen sei, weil die Angelegenheit seitens des Landesvereins vom Roten Kreuz bereits in die Wege geleitet sei, daß aber der Magistrat geneigt sei, diese Ausstellung dadurch zu fördern, daß er sich damit einverstanden erkläre, daß das vormalig Huneborstel'sche Haus, das jetzige Gildnhaus, zu dem Zwecke zur Verfügung gestellt wird. Dem Landesverein war mitgeteilt, daß das Kriegsministerium es nicht für angemessen erachte, die Veranstaltung solcher Ausstellungen zu fördern, solange nicht im Kriege draußen nachhaltige Erfolge erzielt seien, und erst vor einiger Zeit ging uns im Landesverein vom Roten Kreuz — dessen Vorsitzender ich bin — die Nachricht

zu, daß jetzt nach Ansicht des Kriegsministeriums solche Ausstellungen veranstaltet werden könnten. Das ist ja recht erfreulich, und im Landesverein vom Roten Kreuz haben wir uns selbstverständlich damit einverstanden erklärt, die Ausstellung vorzubereiten. Es wurden noch Angaben über die Platzfrage usw. verlangt; das ist von uns erledigt, und wir warten auf Antwort. Soll nun in diesem Augenblicke der Magistrat — die Anfrage klang so, als ob der Magistrat wieder einmal nicht rechtzeitig vorgegangen wäre — dem Landesverein vom Roten Kreuz in den Arm fallen, um seinerseits die Veranstaltung der Ausstellung zu übernehmen? Das würde ich nicht für richtig halten. Wir müssen warten, bis die Sache so weit ist, daß die Ausstellungsgegenstände hierherkommen. Es scheint, daß eine größere Ausstellung geplant ist, wenigstens ist dem Landesverein mitgeteilt, daß nicht bloß Geschütze, sondern auch andere Beutestücke aller Art ausgestellt werden sollen, auch ein Verkauf — insbesondere von Geschossteilen, die wahrscheinlich manch einer als Erinnerung an diese große Zeit gern kaufen wird — mit der Ausstellung verbunden werden soll. Ich glaube also, ein Vorwurf irgend welcher Art kann dem Magistrat nicht gemacht werden.

Nun hat Herr Stadtv. Lauer auch die Geschütze, die auf dem Schloßplatze aufgestellt worden sind, erwähnt. Die Sache ist folgendermaßen verlaufen: Der Magistrat hat diese Geschütze nicht erbeten, sondern das Herzogliche Staatsministerium hatte — wie ich gehört habe — erfahren, daß derartige Geschütze zur Befichtigung für die Einwohnerschaft der größeren Städte abgegeben würden, und hatte beim Stadtmagistrat angefragt, ob er damit einverstanden sei, daß auch wir hier ein paar solcher Geschütze bekämen. Selbstverständlich haben wir keine Bedenken getragen, zu antworten, daß wir einverstanden wären, denn die geringen Transportkosten vom Bahnhofe sind schließlich nicht so hoch. Nun muß ich allerdings eins anerkennen: Wenn wir gewußt hätten, daß diese Geschütze ankommen würden, dann hätten wir wahrscheinlich gesagt: „Das ist nicht etwas so sehr Sehenswertes!“ Nachdem aber die Militärverwaltung uns dieses freundliche Entgegenkommen gezeigt hatte, ging es doch nicht an, daß wir sagten: „Zurück unter Protest!“ In diesen Tagen ist nun wieder eine Anfrage gekommen, ob vielleicht vier russische Geschütze kleinen Kalibers, die mit Pferden gespannt gewesen sind, hier erwünscht wären. Darauf hat der Magistrat geantwortet, damit seien wir durchaus einverstanden, da solche Geschütze für das Publikum mehr Interesse bieten, als die beiden Festungsgeschütze, die bisher aufgestellt sind. Allerdings haben wir auch geantwortet, bei der Not an Eisenbahnwagen, über die überall geklagt wird, seien wir der Ansicht, daß es richtiger wäre, diese Geschütze einstweilen noch nicht hier herzuschaffen, sondern damit zu warten, bis der Bedarf an Karosfeln, Kohlen usw. gedeckt ist und die Eisenbahnwagen für die Zuckerrüben usw. nicht mehr gebraucht werden.

Das ist unser Standpunkt. Ich glaube deshalb, daß uns kein Verschulden beigemessen werden kann, wenn es auch schon lange her ist, daß die Anregung hier in der Versammlung ausgesprochen wurde, und wenn wir auch noch etwas warten müssen, bis die jetzt angekündigte Ausstellung veranstaltet wird.

Eine Besprechung der Anfrage findet nicht statt.

13. Dringlichkeitsantrag Loeschigt, betreffend die Freigabe von Zucker als Pferdefutter.

Wortlaut des Antrages siehe S. 349.

Stadtv. **Loeschigt**: Es wird so viel für Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Menschen gesorgt, da wäre es auch unsere Pflicht und Schuldigkeit, einmal dafür zu sorgen, daß auch unsere Pferde berücksichtigt werden. Sie wissen, daß für die Pferde drei Pfund Hafer pro Tag bestimmt sind, damit kann kein Pferd aus, auch wenn es noch Heu bekommt. Wenn es auch in der ersten Zeit zuderhaltige Futtermittel dazu gegeben hat, so ist doch jetzt das, was zu normalen Preisen geliefert wird, so gering, daß man sagen muß, die Pferde kommen nicht damit aus. Wenn reichere Leute sich auch den Luxus erlauben können und 40—46 M für den Zentner Bohnen- oder Gerstenschrot bezahlen, so kann das doch der kleine Pferdebesitzer nicht. Es wird den Herren bekannt sein, daß die Feuerwehr in dieser Zeit verschiedentlich zur Hebung von gefallenem Pferden hat ausrücken müssen, so gestern nachmittag nach einem von Jörners Schimmel, und eben, als ich zur Sitzung ging, sah ich auf der Friedrich-Wilhelmstraße vor der Post ein Pferd, das gar keine große Ladung zu ziehen hatte, sie aber doch nicht von der Stelle bringen konnte. Wir müssen mit Karotten als Pferdefutter zufrieden sein. Wenn kein Hafer und Mais zu bekommen ist, dann müssen wir eben in den sauren Apfel beißen und uns in den Zustand schicken, aber was wir haben, das sollten wir auch verwenden, und das ist der denaturierte Zucker, und wenn dieser mit Häcksel gemischt ist, so gibt das wenigstens eine Art Kraftfutter. Zichorien kann man wohl auch bekommen, aber das ist kein Kraftfutter, wie man es den Pferden geben soll. Sie werden ähnliche Klagen von allen Fuhrwerksbesitzern hören. Auch unsere Stadt ist in der unangenehmen Lage, für 60 oder 65 Pferde sorgen zu müssen, und der Herr Oberbürgermeister wird eben dieselbe Kalamität empfinden, wie schwer es ist, Futter zu bekommen. Die Stadt hat, wie ich glaube gehört zu haben, das Glück gehabt, seinerzeit zu viel Zucker gekauft zu haben; sie hat ihn nicht wieder verkauft, und das ist jedenfalls der Stadt von gutem Nutzen gewesen. Bei diesem Mangel an Futter geht mein Antrag dahin, den Magistrat zu ersuchen, bei der Braunschweigischen Regierung schnellstens zu beantragen, daß den Pferdebesitzern

Zucker zum Verfüttern freigegeben wird, und zwar möglichst bald. Das liebe Vieh schreit auch nach Brot, und wenn es ihm auch in der Form von Zucker gegeben wird. Zucker hat Braunschweig meinem Erachten nach genug. Ich weiß von dem Direktor einer großen Fabrik, daß sie dort den Zucker wer weiß wohin packen müssen; sie lassen ihn beleihen und bezahlen dadurch ihre Unkosten für Kohlen und die gelieferten Rüben. Aber loswerden können sie den Zucker nicht, er ist also wirklich vorhanden. Noch vom vorigen Jahre ist so viel Zucker übrig, daß, wenn die gegenwärtige Ernte noch dazukommt, er nicht verbraucht werden wird. Ich kenne ja die näheren Umstände nicht, der Herr, der mir davon sprach, muß es aber besser wissen. Ich bitte Sie dringend, unterstützen Sie meinen Antrag, indem Sie ihn heute schon beraten und den Magistrat bitten, meinem Wunsche nachzukommen.

Die Versammlung erklärt sich dafür, den Antrag als dringlich zu behandeln und sofort zu beraten.

Stadtrat Wagner: Es war uns in dem vorigen Zuckererntejahr, das jetzt zum Ablauf kommt, nach den bekannten Grundsätzen über die Verteilung von zuckerhaltigen Futtermitteln über ganz Deutschland derjenige Anteil an zuckerhaltigen Futtermitteln zugeteilt, der uns zukommen mußte. Darunter befand sich auch der Rohzucker, der mit Häcksel oder Torfmull vermischt verwandt wird. Es dauerte aber nicht lange, da bekamen wir eine Nachricht, die besagte, daß die uns zugeteilte Menge Rohzucker ganz erheblich herabgesetzt werden müsse. Die Gründe dafür sind uns nicht näher angegeben, aber es müssen wohl triftige Gründe gewesen sein, die diese Maßnahme für ganz Deutschland als notwendig erscheinen ließen. Wir haben vergeblich versucht, den Mehrbetrag, der uns entzogen war, noch zu erlangen, weil uns bekannt war, daß die hiesigen Pferdebesitzer die Rohzucker Mischung bei weitem den Mischungen mit Melasse vorzogen, ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt. Unsere Versuche sind mißlungen; es ist einfach erklärt: Es ist nicht möglich, Ihnen mehr zu geben als das, was wir Ihnen als Rest beschafft haben. Gleichzeitig haben wir die Mitteilung bekommen, daß von den Erzeugnissen der neuen Zuckerernte — die Kampagne ist ja jetzt im Gange — voraussichtlich vom 1. Dezember d. J. ab wieder aufs neue verteilt werden würde, aber man möge sich im allgemeinen darauf gefaßt machen, daß es sich nur um die Verteilung von Melasse handeln würde, die zur Mischung mit Torfmull oder Häcksel verwandt wird, dagegen bliebe es völlig im unichern, ob im ganzen nächsten Erntejahre überhaupt Rohzucker herausgegeben werden könne; auch die getrockneten Rübenschnitzel müßten zurückgelegt werden, um später erst herausgegeben zu werden. Nach diesen Mitteilungen von der Reichsfutterstelle in Berlin fürchte ich, daß unsere Bemühungen in dieser Beziehung keinen Erfolg haben werden. Wenn die Herren den

Wunsch haben, daß wir einen dahin gehenden Versuch machen, wird der Magistrat gern damit einverstanden sein, nur darf man sich keinen zu rosigten Hoffnungen hingeben.

Ich darf bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß nach Rücksprache mit Interessenten unsere Futtermittelstelle den Eindruck gewonnen hat, daß eine große Menge von kleinen Pferdebesitzern wenig darüber unterrichtet ist, wie sie eine zweckmäßige Zusammensetzung von Ersatzfutter für Pferde an Stelle des eingeschränkten Haferquantums schaffen kann. Der Magistrat hat insofgedessen meinem Antrage zugestimmt, bei Ausgabe der bekannten Haferzscheine, durch die jedem Pferdebesitzer die ihm täglich zustehenden drei Pfund zugestellt werden, ihnen eine kurze Zusammenstellung in die Hand zu geben, die im preußischen Landwirtschaftsministerium ausgearbeitet ist. Es sind einige Mischungen darunter, bei denen 15—20 Pfund Viehkartoffeln eine Rolle spielen. Ich weiß nicht, ob diese Kartoffeln hier schon zur Pferdefütterung so herangezogen werden, wie in den östlichen Provinzen. Ich habe gehört, daß die ostpreußische Pferdezüchtung kein einziges Pfund Hafer verwendet, sondern nur Kartoffeln. Das scheint bei uns wenig bekannt, und ich glaube, durch die Ausgabe der Zusammenstellung mit den Haferzscheinen könnte man das auch hier besser bekanntmachen.

Stadtv. Loeschigt: Die Mitteilungen des Herrn Stadtrat Wagner waren mir sehr erfreulich zu hören. Wenn wir Melasse bekommen, so wird das vielleicht dasselbe sein, wenn auch das Futter wohl nicht in dem Maße wirkt, wie die Verfütterung von Rohzucker sich gestaltet hätte. Wenn man aber nicht einmal Melasse bekommen sollte, so würde das schlimm sein.

Dann sprach Herr Stadtrat Wagner von den Ersatzfuttermitteln, bei denen Kartoffeln zugesetzt werden. Ich habe auch versucht, Futterkartoffeln zu bekommen, es ist aber kaum möglich; heute ist alles Gekartoffeln. Das ist natürlich, da die Ernte der Gekartoffeln vorgeht, denn man hat sich mit ihrer Aufzucht die größte Mühe gegeben. Hoffentlich werden nun aber auch bald Viehkartoffeln zu haben sein.

Was Herr Stadtrat Wagner von der Aufzucht in den östlichen Provinzen gesagt hat, mag zutreffen. Aber unsere Pferde müssen heute mehr leisten als in Friedenszeiten, weil die Pferde knapp geworden sind; z. B. die Spediteure müssen 25 Prozent mehr bewältigen als in Friedenszeiten. Deshalb wäre es sehr erwünscht, wenn Mais in größeren Mengen hereinkommen würde. Mir ist heute auch Mais überwiesen worden; aber die Preise, die für freigegebenen Mais beim Magistrat bezahlt werden müssen, sind für Futterzwecke zu hoch; die kann der kleine Pferdebesitzer nicht erschwingen. Da mir von Fabrikdirektoren in der Nähe von Bromberg gesagt ist, daß sie noch viel Zucker lagern hätten — der Herr Stadtrat

lagt, er wisse die Gründe nicht, weshalb nicht mehr Zucker ausgegeben wird; ich bin auch begierig die Gründe zu hören —, und da die Zuckerernte wieder begonnen hat, möchte ich doch, daß den Pferden wieder Zucker gegeben wird. Ich würde es ja mit Freuden begrüßen, wenn wir auch nur Melasse bekommen. Aber durch Vermischung mit Torfmull wird kein Kraftfutter daraus, in dem Häcksel ist doch noch mehr Kraft als in dem Torf. Es sollte mich freuen, wenn die Herren den Antrag unterstützten, so daß wir wenigstens diesen Ersatz bekommen.

Stadttrat **Wagner**: Ich darf in Ergänzung meiner Mitteilungen hinsichtlich des Mais noch folgendes erwähnen: Wir haben uns wiederholt bemüht, eine größere Menge von ausländischem Mais hereinzubekommen, nachdem die Verhältnisse im Süden es haben möglich erscheinen lassen, größere Ladungen von dort zu erhalten. Aber es ist uns mißlungen. Wir hatten 1000 Zentner davon angefordert, zunächst einmal als erste Lieferung, und hatten darauf hingewiesen, daß schon ein Vergleich des Zustandes der hiesigen Pferde mit dem der Tiere, die mit den Landfuhrwerken hereinkommen, es deutlich erkennen ließe, daß in der Stadt eine erheblich größere Futternot herrsche als auf dem Lande. Es hat nichts genutzt; unsere Regierung hat sich in Berlin eifrig bemüht, unseren Antrag durchzusetzen, und das Ergebnis war, daß wir eine Ladung von 200 Zentnern bekommen haben. Es wurde uns erklärt, es wäre absolut unmöglich, jetzt mehr zu liefern. Früher, als Mais noch im freien Handel zu haben war, da konnte man, wenn auch zu teuren Preisen, etwas davon bekommen, jetzt liegt alles bei der Central-Einkaufsgesellschaft in Berlin, und was die nicht verteilen kann, das ist auch auf anderem Wege nicht zu haben. So ist es tatsächlich außerordentlich schwer, etwas in der Angelegenheit zu tun.

Ob die Mischung der Melasse mit Torfmull oder mit Häcksel besser ist, das ist eine Frage, die ich hier nicht erörtern kann. Torfmull wird natürlich nur zur Denaturalisierung, also zur Vergällung des Zuckers verwandt, nicht als Nahrungsmittel. Mir ist gesagt, daß bei größerem Umfange die Vergällung mit Häcksel wesentlich schwieriger und ungünstiger wäre als die mit Torfmull. Ob das richtig ist, kann ich natürlich nicht beurteilen.

Der Antrag Loeschigk wird angenommen.

14. Antrag **F r e d e** auf Belegung der Fußwege der Luisenstraße mit Platten.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Belegung der Fußwege der Luisenstraße mit Platten anzuordnen.“

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Dieselben Gründe, die Herr Kollege Sander für die Befestigung der Fußwege der Kramer- und der Weststraße angeführt hat, sprechen mindestens in demselben Umfange auch für die Befestigung der Fußwege auf der Luifenstraße; die Wege sind in trostloser Verfassung. Ich habe gehört, daß die Anlieger sich schon einmal mit der Bitte um Befestigung an den Magistrat gewandt haben, auch wären sie bereit, die Kosten zu tragen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

15. Antrag Steincke auf Einrichtung einer Schweinemästerei.

Vorsitzender: Herr **Steincke** hat folgenden Antrag eingebracht, der genügend unterstützt ist:

„Bitte ergebenst zu veranlassen, daß die Stadt Braunschweig künftig eine eigene Schweinemästerei einrichtet und das Fleisch der in derselben gemästeten Tiere durch hiesige Fleischermeister zu mäßigen Preisen an das Publikum verkaufen läßt.“

Stadtv. **Steincke** (zur Begründung): Der Antrag ist durch die gegebene Zeitlage wohl schon genügend begründet. Wir haben das große Rieselgut Steinhof und haben die nötigen Räumlichkeiten. Warum sollten nicht auch wir die günstigen Erfahrungen mit der Schweinemästerei machen können, die andere Städte auch schon gemacht haben? Wenn mir gesagt wird, daß ein gleicher Antrag schon einmal vorgelegen habe und abgelehnt sei, so ist das kein Grund, daß wir ihn in dieser Zeit nicht noch einmal ernstlich in Erwägung ziehen sollten, noch dazu, da wir zu niedrigen Mahlpreisen Schrot usw. erhalten können. Die Stadt Schöneberg — oder ist es Charlottenburg — hat damit gute Erfolge gehabt, warum sollte das nicht bei uns möglich sein. Daß wir dabei auch einmal unliebsame Erfahrungen machen können, ist wohl denkbar, aber das muß jeder Schweinemäster und jeder Kaufmann riskieren. Und wenn wir dann das Fleisch der gemästeten Schweine durch hiesige Fleischermeister zu mäßigem Preise an unsere städtische Bevölkerung verkaufen ließen, so würden wir dadurch das Unrige dazu beitragen, daß der Fleischnot begegnet wird.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

16. Antrag Steincke auf Benennung des Scherbelberges im Bürgerparke nach dem verstorbenen Promenadeninspektor Kreiß.

Vorsitzender: Der Wortlaut dieses ebenfalls genügend unterstützten Antrages des Herrn **Steincke** ist folgender:

„Bitte ergebenst, zur steten Erinnerung an die großen Verdienste, die sich der verstorbene Promenadeninspektor Kreiß um die Stadt erworben hat, dem sogenannten Scherbelberge im Bürgerpark den Namen „Friedrich-Kreiß-Berg“ zu geben.“

Stadtv. **Steincke** (zur Begründung): Auch dieser Antrag ist wohl an sich schon von selbst begründet. Sie wissen alle, was der verstorbene Herr Promenadeninspektor Kreiß für unsere Stadt getan hat. Ich habe schon einmal zu einem Herrn aus dem Magistrat gesagt, daß ich gern gesehen hätte, daß dieser Verdienste des Mannes nach seinem Tode in unserer Stadtverordnetenversammlung gedacht worden wäre. Es soll dies indes kein Vorwurf gegen den Magistrat sein, es würde dies nur meinem Empfinden entsprochen haben. Ich hörte, solche anerkennenden Worte seien bisher in dieser Weise nicht üblich gewesen, und habe mich infolgedessen bescheiden müssen. Ich hätte gern vorgeschlagen, dem Manne in Anbetracht seiner wirklich großen Verdienste ein Denkmal im Bürgerparke zu setzen; das hätte er wohl verdient. Aber angesichts der schweren Zeit, die wir durchleben, ist es wohl besser, daß wir darüber erst nach Friedensschluß in Beratung eintreten. Einstweilen aber wäre es angemessen, daß wir uns entschließen, dem sogenannten Scherbelberge im Bürgerparke den Namen „Friedrich-Kreiß-Berg“ zu geben, zumal ich unter der Hand gehört habe, daß das gewissermaßen seinem eigenen Wunsche, den er zu Lebzeiten geäußert haben soll, entsprechen würde.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

17. Anfrage Wesemeier über die Gewährung der Unterstützung an in Braunschweig weilende Kriegszurlauber.

Vorsitzender: Von Herrn **Wesemeier** ist folgende Anfrage an den Magistrat eingegangen:

„Warum wird die den Kriegszurlauern bewilligte tägliche Unterstützung von 1,50 M. aus Gemeindemitteln nicht auch den unverheirateten Kriegszurlauern gezahlt, die zur Erholung oder zum Besuch ihrer Eltern hierherkommen?“

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Als ich in voriger Sitzung meinen Antrag stellte, wußte ich sehr wohl, daß dieser Antrag in seinem Gefolge erhebliche Ausgaben für die Gemeinde mit sich bringen würde, und ich meine, auch die Herren alle, soweit sie hier in der Versammlung zugegen waren, sind sich der Tragweite des Antrages sehr wohl bewußt gewesen. Auch der Magistrat wird derselben über-

zeugung gewesen sein, daß die Gemeinde nicht unerhebliche Opfer hierfür würde bringen müssen, obgleich sie eigentlich das Reich zu tragen haben sollte, denn man läßt die Soldaten hierherkommen, ohne ihnen eine genügende Verpflegung zuteil werden zu lassen. Trotzdem wir also alle überzeugt waren, daß wir erhebliche Ausgaben dafür haben würden, haben wir dem Antrage einmütig zugestimmt. In dem Antrage steht: „allen nach hier während der Kriegszeit zur Erholung und zum Besuche ihrer Familien beurlaubten bedürftigen Soldaten auf Antrag für jeden Tag, den sie in der Stadt zubringen, 1,50 *M* zu zahlen“. Nun ist mir leider die Notwendigkeit erwachsen, heute eine Anfrage dahin zu richten, wie ich sie gestellt habe; ich sage „leider“, weil nach dem Sinne des Antrages und seinem präzisen Wortlaut nicht verfahren wird. Den unverheirateten Kriegsurlaubern wird keine Unterstützung gezahlt, und das führt zu bitteren Ungerechtigkeiten.

Krieger, die es sich leisten können, den Urlaub hier zu verleben, sind durch den Antrag von vornherein von der Unterstützung ausgeschlossen. Es kommt aber eine Reihe von Fällen vor, in denen Krieger sowohl als deren Eltern sich in sehr bedürftiger Lage befinden, und diese werden im Rathause einfach abgewiesen. So kam zu mir ein Mann, der unverheiratet ist, auch keine Eltern hier hat, der aber seit 1907 hier in einem Logis wohnhaft ist, er hat keine andere Heimat als seine hiesige Wohnstätte, hat nirgends Angehörige. Wo soll er hin, nachdem er Urlaub bekommen hat? Er muß zu seinen alten Logiswirten. Diese sind selbst mittellos, so daß der Soldat nicht verlangen kann, daß sie ihn durchfüttern, Unterstützung aber bekam er auf dem Rathause nicht. Andere Fälle sind mir bekannt, wo Söhne hiesiger Eltern, die das ganze Jahr im Kriege gewesen sind, im Schützengraben gelegen haben, auf Erholungsurlaub zum Besuch hierhergekommen sind, und deren Eltern sich in bedrängter Lage befinden — welche Arbeiter befinden sich heute nicht in bedrängter Lage? Auch da ist die Unterstützung rundweg abgeschlagen. Ein Mann hat schon im Mai dieses Jahres von seinem Truppenkommando den Urlaub direkt angetragen bekommen, er hat ihn aber damals abgelehnt, weil er seinen Eltern nicht zur Last fallen wollte, denn er wußte, daß die Eltern nicht die Mittel haben, ihn durchzufüttern. Jetzt liest er in der Presse von der Unterstützung und sagt sich: Vielleicht ist es das letztemal, daß du deine Eltern siehst. Der Mann wird einfach abgewiesen. Ein hiesiger Familienvater hat fünf Söhne im Felde, die nach der Reihe auch einmal auf Urlaub kommen. Sie werden ebenso wie das Elternpaar rundweg abgewiesen.

Das sind Härten, die man vermeiden könnte. Die große Mehrzahl der Krieger besteht aus Verheirateten. Wenn man den bedürftigen verheirateten Kriegern 1,50 *M* gewährt, dann sollte man der kleineren Zahl der unverheirateten die Unterstützung nicht vorenthalten. Wenn man so erhebliche Mittel aufwendet, so dürfte man nicht so kleinlich sein (ich darf mir wohl den Ausdruck einmal erlauben, denn

mir kommt es so vor), den unverheirateten, soweit sie bedürftig sind, die Unterstützung zu verweigern. Der Herr Oberbürgermeister hat in der vorigen Sitzung bemerkt, daß er die feste Überzeugung habe, der Magistrat würde diesem Antrage ohne weiteres zustimmen. Der Antrag ist also angenommen, es wird aber nicht nach ihm gehandelt. Ich möchte wissen, ob der Magistrat anders beschlossen hat, oder weshalb einzelnen Kriegern, entgegen dem Wortlaut und dem Sinne des Antrages, die Unterstützung nicht gezahlt wird.

Stadtrat von Frankenberg: Der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters entsprechend hat der Magistrat, nachdem die Herren den Antrag Wesemeier angenommen hatten, in seiner nächsten Sitzung sich auf denselben Standpunkt gestellt. Er hat sofort, und zwar rückwirkend von dem Donnerstag, an dem Ihre Sitzung stattgefunden hatte, die Auszahlung dieses Urlaubsgeldes bewilligt. Wir haben uns dabei allerdings gesagt, daß die Durchführung sich nur so machen lassen wird, daß man diese Urlaubsbeihilfe eng angliedert an die Kriegsbeihilfe, die, wie die Herren wissen, an 10 000 Familien, die bedürftig sind, gewährt wird. Wir haben uns gesagt: Sobald jemand hierher zu einer Familie beurlaubt wird, die als bedürftig dadurch anerkannt ist, daß wir ihr Kriegsbeihilfe bewilligt haben, so soll er auch sein Urlaubsgeld von der Stadt erhalten. Auch Söhne, die als Ernährer ihrer alten Eltern angesehen sind, und für deren Eltern wir deshalb Kriegsbeihilfe zahlen, erhalten Urlaubsgelder. Wenn dagegen die Eltern nicht als diejenigen angesehen wurden, deren Ernährer die Söhne waren, dann fiel nach Auffassung des Magistrats der Beweggrund fort, und das ist auch für die Urlaubsbeihilfen maßgebend gewesen. Wir wollten nicht, daß Urlauber bedürftigen Angehörigen auf der Tasche liegen, der Magistrat hat aber auch meinem Vorschlage zugestimmt, daß wir die Gewährung der Unterstützung beschränken auf Urlauber in Familien, die Kriegsbeihilfe empfangen. Wenn hier jemand in Braunschweig derartige Angehörige hat und kommt auf kurze Zeit hierher, dann wird es selbstverständlich möglich sein, daß er hier in irgendeiner Weise Anschluß findet, sonst würde er sich kaum entschlossen haben, hierherzukommen. Ich könnte es nicht für zweckmäßig halten, wenn jemandem, der mittellos ist und keinen Familienanschluß hat, ein derartiger Familienurlaub im Anschluß an seine Lazarettpflege gewährt wird. Wir haben dafür andere Stätten, z. B. im Harz, so daß es nicht nötig ist, sie nach Braunschweig zu senden.

Das Verfahren des Magistrats gewinnt die einfachste und sicherste Art, wie einem Antrage auf Urlaubsunterstützung entsprochen werden kann. An demselben Tage, wo der Soldat seinen Antrag stellt, kann er seinen Zuschuß bekommen. Würden wir anders verfahren, so würden wir selbstverständlich umfangreiche Nachprüfungen anstellen müssen. Jetzt geht die Sache so einfach, als wenn man am

Eisenbahnschalter eine Fahrkarte löst. Sollte es sich in besonderen einzelnen Fällen als wünschenswert herausstellen, daß die Söhne von Eltern, die bisher keine Kriegsbeihilfe empfangen haben, Urlaubsgeld genießen, dann haben wir in Gestalt der Kriegsnotspende ausgiebig Gelegenheit, auf Antrag das Urlaubsgeld zu gewähren; die paar Zeilen würden von dem Betreffenden bald geschrieben sein. Nur läßt sich im täglichen Betriebe diese Beihilfe nicht gewähren; es bedarf eines besonderen Antrages. Wenn der gestellt wird, so werden wir auch eine derartige Beihilfe gern gewähren.

Stadtv. **Besemeier** beantragt Besprechung der Anfrage.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

1915/1916.

Nr. 9.

109

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 6. Januar 1916.

Tagesordnung:

1. Antrag Steinede auf Einrichtung einer städtischen Schweinemästerei . . . Seite 362
2. Antrag Frede auf Belegung der Fußwege der Luifenstraße mit Platten . . . " 382
3. Antrag Steinede auf Benennung des Scherbelberges nach dem verstorbenen
Promenadeninspektor Kreiß " 383
4. Antrag Bues auf Bewilligung eines Zuschusses für die Fachschule des Ver-
eins Braunschweiger Gastwirte " 384
5. Anschaffung eines Schrankes für das Schulmuseum " 386
6. Bericht über die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke usw. für
1914/15. " 386
7. Aufnahme eines Prozesses, betreffend die vertragsmäßig zu zahlenden Abgaben
des Lichtwerks. " 388
8. Beschaffung von Mobiliargegenständen für eine Klasse der Studienanstalt " 390
9. Erhöhung des Fahrtarifs für Pferdewagen " 390
10. Instandsetzung von Unterrichtsräumen für die kaufmännische Fortbildungsschule " 391
11. Gewährung einer Entschädigung an die Gesellschaft Lufthafen Braunschweig " 392
12. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore " 393
13. Gewährung einer Beihilfe an die Stiftung Nagebeim " 394

Y

Außer der Tagesordnung sind verhandelt:

- | | |
|--|-----------|
| 14. Dringlichkeitsantrag Stegmann auf Ergreifung von Maßnahmen zur Milchversorgung der Einwohner, zur Beschaffung und gerechten Verteilung von Butter, Schmalz und sonstigen Fetten, und Festsetzung eines Höchstpreises für Quark | Seite 395 |
| 15. Ergänzungswahl für die Lohndeputation | " 410 |
| 16. Anfrage Diekmann über die Instandsetzung der Fußwege des Gieselerwalles | " 411 |

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten Dr. **Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, Dr. **Voge**, **Weichsel**, Dr. **Wolters**. Außerdem entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Hammer Schmidt**, **Loeschigt** und **Steinbrecher**. Die Herren Stadtverordneten **Bunge** und **Meyerhoff** erscheinen später.

Vorsitzender Hartung: Ich eröffne die Sitzung. Der Referent für den ersten Punkt, Herr **Loeschigt**, hat sich entschuldigt, Herr **Frede** wird die Freundlichkeit haben, über den Punkt zu berichten.

1. Antrag **Steinecke** auf Einrichtung einer städtischen Schweinemästerei.

Stadt v. **Frede:** Meine Herren. Wie Sie eben gehört haben, können Sie mich nur als Notreferenten in dieser Angelegenheit betrachten. Da Herr **Loeschigt** in letzter Stunde erklärt hat, er müsse wegen Krankheit die Übernahme des Referats ablehnen, so hat der Vorsitzende der Finanzkommission mich damit beauftragt.

Der Antrag **Steinecke** lautet: „Bitte ergebenst, zu veranlassen, daß die Stadt Braunschweig künftig eine eigene Schweinemästerei einrichtet und das Fleisch der in derselben gemästeten Tiere durch hiesige Fleischermeister zu mäßigen Preisen an das Publikum verkaufen läßt.“ Der Antrag ist im wesentlichen eine Wiederholung des Antrages **Riefe**, welcher am 4. Oktober 1912 gestellt wurde und dahin ging, daß auf dem städtischen **Rieselgute** eine Schweinemästerei eingerichtet werden möchte. Den zweiten Teil des Antrages **Steinecke**, daß das Fleisch der in dieser Mästerei gezogenen Tiere durch hiesige Fleischermeister zu mäßigen Preisen an das Publikum zu verkaufen sei, wies der Antrag **Riefe** nicht auf. Dieser zweite Teil ist auch in der Kommission sofort als untunlich erkannt, und man ist nicht weiter darauf zurückgekommen. Wir haben uns in der Hauptsache mit dem ersten Teile

befäßt, in dem die Einrichtung einer Schweinemästerei verlangt wird. Wie lagen damals die Verhältnisse, und wie liegen sie heute? Welche Gründe sind damals für die Ablehnung des Antrages Riefe maßgebend gewesen, und wie würde man sich heute zu den Gründen stellen müssen? Das Schweinefleisch war damals knapp und teuer, und heute ist daselbe der Fall, aber in wesentlich erhöhtem Maße. Nun hat man sich schon damals gesagt, daß ein Versuch im kleinen keinerlei Einfluß auf die Gestaltung des Marktes haben könnte; wenn man zugreifen wolle, dann müsse man im großen einen Versuch machen. Das ist aber nichts anderes, als daß man zu der früher betriebenen Eigenwirtschaft auf dem Rieselgute zurückkehren müßte, mit der man so trübe Erfahrungen gemacht hat. Man würde also heute den 441 Pächtern des Rieselgutes die Pachtverträge, die bis zum Herbst 1916 laufen, kündigen müssen. Dann würde man im Herbst 1916 umfangreiche Stallbauten auführen müssen, eine große Anzahl Arbeiter einstellen und überhaupt die wirtschaftlichen Vorrichtungen beträchtlich vermehren müssen. Die Wirkung würde dann sein, daß, wenn wir das gesamte Rieselgut für den Versuch bereitstellen würden, auf Grund der Berechnung, welche die Rieselgutdeputation im Einvernehmen mit dem Magistrat damals vorgenommen hat, im Jahre 1917 seitens der Stadt 1000 oder 1100 fette Schweine auf den Markt gebracht werden könnten — zu welchem Marktpreise, das kann man natürlich heute noch nicht bestimmen. Auf der anderen Seite würde sich zweifellos eine beträchtliche finanzielle Einbuße ergeben, die dadurch entsteht, daß die Pachten ausfallen und das Erträgnis für die Schweine — wie damals eingehend berechnet wurde — nicht entfernt den Schaden ausgleichen würde. Es würde ferner die Folge sein, daß eine große Anzahl wirtschaftlicher Existenzen — die Pächter kommen da in Frage — entweder aufgehoben oder wenigstens stark beeinträchtigt würde. Sodann ist zu bedenken — und das ist von großer Bedeutung und ist auch in der Kommission stark betont worden —, daß die Pächter der Ländereien unseres Rieselgutes vor der Erpachtung von Riesel-land insgesamt 1316 Schweine fettgemacht haben, nach der Erpachtung von solchem 3391 Schweine, mithin 2075 Stück mehr. An Kühen haben sie vorher gehabt 525, nachher 1015; das gibt ein Mehr von 490. Mastbullen haben sie vorher gehabt 81, nachher 286. Es erscheint da also ein Mehr von 205. Im ganzen ist also ein Mehr der Stückzahl zu verzeichnen von 2770 Stück Vieh. Diese Zahlen beweisen zweifellos, daß der privaten Viehzucht, besonders der privaten Schweinehaltung, die allergrößte Beachtung zuzumessen ist, und daß es eine sehr ernste Sache ist, wenn wegen des Versuchs einer städtischen Schweinehaltung eine so große Zahl von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, wie sie hier in Frage kommen, aufgehoben oder beeinträchtigt werden würden. Den genannten Zahlen gegenüber bedeuten 1000 oder 1100 von der Stadt gemästete Schweine sehr wenig. Zu beachten ist,

daß bei dieser Ziffer immerhin noch die günstigsten Verhältnisse angenommen sind. Es sind nicht in Rechnung gestellt alle die Umstände, die noch hinzutreten können und wahrscheinlich hinzutreten würden, nämlich Seuchen, die beim Großbetriebe sehr verhängnisvoll werden können, die Schwierigkeit, geeignete Arbeiter aufzutreiben, ferner möglicherweise eintretende Teuerungen und schwierige Beschaffung von Futtermitteln, Mißernten und dergleichen. Rechnet man mit diesen Umständen — und man muß damit rechnen —, dann ergibt sich ein noch viel ungünstigeres Bild, als man es so schon hat. In Anbetracht dieser Verhältnisse, die ich Ihnen kurz vorgeführt habe, muß man sagen, daß das lockende Bild, welches bei der Vorstellung einer städtischen Großmästerei von Schweinen entsteht, in nichts zerfließt. Die Finanzkommission hat nicht anerkennen können, daß die Verhältnisse für einen solchen städtischen Großbetrieb in der jetzigen Zeit günstiger geworden wären, und sie ist deshalb zu einer Ablehnung des Antrages Steinede gekommen.

Stadtv. Niese: Daß der Antrag bereits zum dritten Male wiederkehrt — denn früher hat ihn der Herr Stadtv. Schmidt bereits einmal gestellt —, zeugt davon, daß allen denjenigen, die den Antrag gestellt haben, daran gelegen war, für die Stadt Fleisch zu beschaffen. Ohne Zweifel ist es richtig, daß eben in der Gegenwart die Fleischknappheit noch schlimmer als je geworden ist. Nun hatten wir im vorigen Herbst eine Sitzung in der Nieselfelddeputation, in der erklärt wurde, daß die Stadt Land zurücknehmen müßte, da es den Frauen, deren Männer zum Kriegsdienst eingezogen waren, nicht möglich sei, das Land zu bewirtschaften. Es war vorauszusehen, daß die Stadt eine Menge Land bekommen würde, das sie in eigenem Betriebe verwerten mußte. Es wurde damals auch der Vorschlag gemacht, 10 Morgen mit Frühkartoffeln zu bebauen; ob es geschehen ist, weiß ich nicht. Wenn diese Ländereien der Stadt wirklich überwiesen worden sind, dann wäre ja die Stadt in der Lage, jetzt eine Schweinemästerei anzufangen, und sollten dann noch Ländereien fehlen, so haben wir beim Domesee-Wasserwerk noch Land, wo Futter gezogen werden könnte. Daß die Bewirtschaftung des Nieselgutes in der Art, wie es jetzt geschieht, mehr im finanziellen Interesse der Stadt ist und für die Verwaltung viel einfacher ist, kann ich nicht leugnen. Man muß sich vergegenwärtigen, wie früher die Pachten von $\frac{3}{4}$ Morgen eingesetzt wurden zu 45 \mathcal{M} , heute aber zu 90 und 100 \mathcal{M} , und ich glaube, wenn 120 \mathcal{M} gefordert würden, würden das die Leute auch noch gerne bezahlen. Auf die Weise kommt die Stadt besser zu ihrer Rechnung, zumal zu bedenken ist, daß wir seinerzeit das Gut mit dem Ulande von Weideanger, das überhaupt nicht kulturfähig war, pro Morgen mit 400 Talern bezahlen mußten, also ungeheuer hoch, was wir aber anlegen mußten,

da das Kieselgut hauptsächlich zur Gefundung der Stadt Braunschweig angelegt war.

Nun steht der Einrichtung einer größeren Schweinemästerei mit Recht entgegen, daß die Pachtverträge abgeschlossen sind und wir vor dem Jahre 1917 nicht in den Genuß der Fleischversorgung durch eine solche Schweinezucht kommen würden. Ich kann mich nicht dazu verstehen, den Pächtern einen schweren Schaden zuzufügen dadurch, daß man den Pächtern kündigt und sie heraussetzt. Wenn wir das Land hier nicht zur Verfügung haben und außerdem nichts zur Verfügung steht, dann ist es nichts mit Einrichtung einer großen Schweinemästerei. Ich bin seinerzeit von der Voraussetzung ausgegangen, daß uns Land genügend zur Verfügung stände, und ich bin auch der festen Überzeugung, daß der Antrag noch einmal wiederkehren wird, denn wenn man sich die Ergebnisse von der Kolonie bei Berlin und ebenso von Neu-Ulm vergegenwärtigt, dann sind sie wohl vertrauenerweckend. Man kann wohl dagegen einwenden: „Neu-Ulm ist nicht Braunschweig und umgekehrt; die Gegenden und ihre Verhältnisse sind verschieden.“ Aber auch dort wächst das Futter nicht auf den Bäumen, es muß von den Feldern herbeigeschafft werden, und insofern wäre kein Unterschied vorhanden. Wenn auch in der Zukunft die Küchenabfälle, wie es jetzt in der Kriegszeit geschieht, dienstbar gemacht würden, dann brauchte man nicht so besorgt zu sein, wie die Futtermittel beschafft werden sollen. Ich weiß wohl: Mit Kartoffeln allein kann man kein Schwein mästen, sondern es muß auch Schrot usw. angeschafft werden. Aber wir sind doch in der Lage, dieses zu nicht zu teuerem Preise erhalten zu können. Wenn erst von Rumänien die großen Ladungen Getreide hereinkommen, dann müssen wir doch auch billigeres Schrot zu Futtermitteln und auch billigeres Mehl erhalten.

Wenn es nicht möglich ist, in der Weise vorzugehen, dann muß ich mich allerdings auch bescheiden, aber ich hätte geglaubt, es wäre der Mühe wert gewesen, Erhebungen anzustellen, wie in anderen Städten die Sache gehandhabt wird. Daß Schweineseuchen eintreten können, das kann mich nicht schrecken. Man soll auch nicht zu viel Vorsicht walten lassen. Manch einer fällt von der Fußbank, und es schadet ihm nichts, und manch einer ist schon aus der dritten Etage gefallen, ohne großen Schaden zu nehmen. Jeden Augenblick kann uns ein Unglück passieren, und vor der Maul- und Klauenseuche, die in diesem und bald in jedem Dorfe auftritt, kann sich keiner schützen. Dennoch sollte mich das nicht schrecken. Nur wenn man nicht in der Lage ist, Land beschaffen zu können, dann ist es nichts mit Einrichtung einer großen Schweinemästerei.

Stadtv. Steinede: Herr Kollege Kiefe hat schon vieles von dem vorweggenommen, was ich zu der Sache sagen wollte. — Zunächst möchte ich erwähnen,

daß der von mir gestellte Antrag, trotzdem besonders in der jetzigen Zeit dringende Gründe für ihn sprechen, bei einzelnen die Frage hat auftauchen lassen: „Soll sich denn der Magistrat mit Schweinemästerei befassen?“ Ich habe diese Bemerkung mehr als eine solche scherzhafter Natur aufgefaßt. Alle kommunalen Verwaltungen haben heute bei dem Kriege mit besonderen Maßnahmen sich zu befassen, und auch diese Schweinemastanstalt war von mir zunächst nur als eine Kriegsnotmaßnahme gedacht. Ob sie nach dem Kriege, wenn sie gelingen würde, noch weiter bestehen würde, das können wir heute noch nicht bestimmen, denn wir wissen nicht, in welche wirtschaftlichen Verhältnisse wir nach dem Kriege kommen werden, und wie die einzelnen Handelsverträge mit den verschiedenen Ländern wieder abgeschlossen werden. Aber so viel ist sicher, dringende Gründe sprechen heute dafür, und ich bin in der angenehmen Lage, alle die Gründe, die gegen die Einrichtung einer städtischen Schweinemastanstalt angeführt sind, meiner Überzeugung nach ziemlich leicht widerlegen zu können.

Vorweg muß ich bemerken, daß es mir durchaus ferngelegen hat, mit meinem Antrage die Pächter auf dem Nieselgute in Unruhe zu bringen, indem sie veranlaßt werden sollen — es würde sich um eine Abfindung handeln —, ihre Verträge aufzuheben. Fern gelegen hat es mir auch, unsere hiesige Fleischwarenindustrie oder die Landwirtschaft zu schädigen. Wenn ich nicht irre, hat der Herr Oberbürgermeister in der letzten Kommissionsitzung selbst angedeutet, daß, wenn eine solche Maßnahme, wie ich sie beantrage, unsererseits zustande kommen würde, das auf den Markt gar keinen Einfluß haben würde.

Nun komme ich zu den verschiedenen Einwendungen selbst, die ich widerlegen möchte. Was zunächst die Räumlichkeiten anbelangt, so sagt man, es würde lange dauern, ehe die Ställe gebaut sind. Ich kann mir nicht denken, daß das lange Zeit in Anspruch nimmt. Es sind einfache große Viehstallungen, und das Baugewerbe, welches jetzt daniederliegt, würde sich freuen, etwas Beschäftigung zu erhalten. So viel Maurer und Maurermeister sind denn doch noch vorhanden, daß sie einen derartigen Bau bald bewerkstelligen könnten. Wir, die Freunde dieses Antrages, wollen doch nichts weiter, als eine Beihilfe bei dem jetzigen Notstande herbeiführen.

Die Finanzfrage habe ich mir heute von einem erfahrenen Landwirte in hiesiger Stadt, dem Amtsrat Giffhorn, als günstig gelegen bestätigen lassen. — Ja, meine Herren, wenn Sie auch Bemerkungen machen, für mich ist der Mann maßgebend. Er genießt in weiten landwirtschaftlichen Kreisen den Ruf eines tüchtigen Landmannes und hat es zu einem gewissen Wohlstande gebracht. Trotzdem ich mit dem Herrn gut bekannt bin, ist mir doch wohl der Gedanke aufgetaucht: „Er ist ein Landwirt und hält es mit den Landwirten.“ Dennoch habe ich sein

Urteil als objektiv angesehen und mir gesagt: „Er wird auch besonders die schwache Seite der Anlage dir gegenüber herausstreichen, und das Gesamturteil wird ein um so reiferes sein.“ Man muß auch einmal wirkliche Gegner hören! Der Herr hat kurz gesagt: „Wenn in der Stadt die Sammlung der Küchenabfälle organisiert wird, so würden wir bedeutend mehr Küchenabfälle erzielen als durch die freiwillige Kriegshilfe erreicht wird.“ Nach Herrn Dr. Mehrlings Angaben kommt nur ein Drittel der Küchenabfälle zur Ablieferung. Wenn die gesamten Abfälle gesammelt werden, dann ist die Stadt nach seiner (Giffhorns) vollen Überzeugung in der Lage, eine solche Schweinemästerei in den heutigen Zeiten wirklich rentabel zu betreiben. Und wenn sie nicht ganz rentabel sein sollte, dann müßte gerade die Schwere der Zeit Anlaß geben, event. auch einen Zuschuß von seiten der Stadt zu leisten.

Nun die Futtermittelknappheit. Da habe ich den Ausführungen in der Finanzkommission besonders das Urteil unseres geschätzten Mitbürgers Dr. Mehrling gegenüberzustellen. Herr Dr. Mehrling magt sich nicht an, über Schweinemästerei ein Urteil abzugeben, er ist aber Sachverständiger genug, um über die chemischen Bestandteile der Küchenabfälle ein maßgebendes Urteil zu fällen. Der Herr sagte mir heute, daß er zur Zeit mehrere Fuder Abfälle uns zur Verfügung stellen könnte, und er glaube, daß diese Abfälle, die er zur Zeit bekomme — wie eben schon gesagt —, nur ein Drittel der hiesigen Abfälle ausmachen. Er meinte, daß er sehr von den Launen der kleinen Sammler abhängig sei; manchmal seien sie eifrig, aber manchmal versagten sie auch. Deshalb ist er der festen Überzeugung, daß, wenn die Sache systematisch eingerichtet würde, wenn die Haushaltungen zum Sammeln angehalten würden, auch die Restaurationen, die zur Ablieferung kommende Menge bedeutend größer wäre. Die Abfälle der Hotels werden ja schon von hiesigen Mästern benutzt. Ich bin selbst in der Lage, zu berichten, daß mein Vater eine Schweinemast in kleinem Umfange im Betriebe gehabt hat, und weiß, daß es da nicht so ist, wie mancher Städte annimmt, daß den Tieren Schrot im großen Maßstabe gegeben werden muß, sondern die Hauptsache sind — natürlich neben dem Schrot — die sogenannten Schweinekartoffeln und das Mischfutter. Es wird mir ohne weiteres bestätigt werden können, daß von den hiesigen Fleischermeistern diese Schweine, die mit Mischfutter großgezogen sind, gern aufgekauft werden. Herr Dr. Mehrling machte mir auch einige Angaben über den Nährgehalt der Sachen. Er sagte, daß gerade die Kartoffelschalen, die geringgeachtet werden, einen außerordentlichen Stickstoffgehalt besitzen, der für die Fettverwertung der Schweine unbedingt nötig ist. Auch haben die Analysen, die er vorgenommen hat, einen außerordentlich günstigen Ausfall ergeben. Der Herr würde event. bereit sein, auf

Wunsch der Stadt nähere Angaben zu machen und, soweit seine Kräfte reichen, sich mit in den Dienst der Sache zu stellen. Das überflüssige Futter z. B. würde er für 1 *M* pro Zentner abgeben, und das ist sehr billig. Bei den Landwirten kommt es nicht in Betracht, daß sie diese Abfälle in großen Quanten zur Verfügung haben; das bitte ich wohl zu berücksichtigen.

Was dann weiter die Arbeitskräfte anbelangt, so sind sie selbstverständlich eben sehr knapp, aber die Landwirtschaft hat doch heute so ausgezeichnete und viele Arbeitskräfte durch die Kriegsgefangenen. Auch das wurde mir von dem erfahrenen Landwirte bestätigt, daß die französischen Landwirte sich bei den Arbeiten auf dem Lande sehr intelligent gezeigt haben und unsere Landwirte mit ihnen sehr zufrieden sind. Sie haben sich gefreut, ihre Kenntnisse ergänzen zu können, weil in Frankreich das Land nicht so rentabel bewirtschaftet wird wie bei uns. Diese Leute könnte man auch hier mit verwenden. Das halte ich dem entgegen, was in der Kommission gesagt wurde: „Die kleinen Leute arbeiten bei der Schweinemast gewissermaßen umsonst, indem sie ihre Arbeitskraft für die Pflege der Schweine hergeben, und wir müssen die Arbeitskraft bezahlen.“

Sodann möchte ich das Gespenst der Seuchen beleuchten. Wir haben dafür am Plage die Braunschweigische Viehversicherung, und mit Verlusten hat ein jeder Kaufmann und Unternehmer zu rechnen, und damit müssen wir auch rechnen, aber der Versuch wird auch bei uns gelingen, wie es auch in der „Kommunalen Praxis“ heißt, daß die Stadt Ulm die diesbezügliche große Feuerprobe des Krieges mit Erfolg bestanden hat. Warum sollten wir nicht den Versuch machen? Die Viehversicherung würde die Mastschweine für 4 Prozent in Versicherung nehmen und im Schadensfalle 75 Prozent zurückvergüten.

Man braucht ja auch nicht gerade mit großen Experimenten anzufangen, meinetwegen zuerst nur die Mastung einiger hundert Schweine in Betracht ziehen. Das dauert nicht so lange, wie Herr Frede meint, denn die Stadt Neu-Ulm schreibt in ihrem Jahresbericht, daß sie bereits in einem halben Jahre mit ihren Lieferungen beginnen konnte, und das wäre für uns im Juli dieses Jahres, nicht erst im Jahre 1917.

Ich komme nun noch auf einige Äußerungen des Herrn Frede zu sprechen. Daß Schädigungen für die hiesigen Fleischermeister in Betracht kämen, ist nicht der Fall, und das habe ich schon beleuchtet. Es würde auch nicht mitsprechen, daß die Stadt in die Lage käme, noch Land hinzuzupachten. Auch wenn sie in früheren Jahren mit der Eigenwirtschaft schlechte Erfahrungen gemacht hat, so habe ich Ihnen doch zwei sachverständige Zeugen angeführt, die Fürsprecher meines Antrages sind. Wenn auch mein Antrag in der Kommission leider das Schicksal erlebt hat, daß er abgelehnt ist, so hoffe ich, daß die Herren durch meine Aus-

führungen — ich hoffe das bescheidenerweise — zu einer anderen Meinung gekommen sind.

Ich halte die ganze Sache für viel zu wichtig, als daß sie hier kurzerhand abgelehnt werden kann. Ich glaube vielmehr einen Vermittlungsvorschlag machen zu sollen, und den möchte ich mit zum Antrage erheben und nachher in vorschriftsmäßiger Weise einreichen, dahin gehend, daß wir — mit größter Beschleunigung natürlich — zunächst zwei Sachverständige bitten, sich über die Sache noch einmal eingehend zu äußern. In der Kommission war man diesbezüglich nicht auf einem so ablehnenden Standpunkte, und ich sehe keinen Grund ein, warum man nicht darauf eingehen sollte. Ich schlage Ihnen deshalb vor, zunächst über den Abfall, der uns zur Verfügung stehen würde, Herrn Dr. Mehring selbst zu vernehmen. Er hat sich mir gegenüber dazu bereit erklärt, hat große Erfahrung in diesen Sachen, sich sehr für den Antrag interessiert und hat die Qualität der Abfälle aus vollster Überzeugung empfohlen. Dann bitte ich Sie weiter, einen Viehhändler in Rat zu nehmen, damit er ein sachverständiges Urteil über die Einrichtung abgibt. Das könnte in der Form geschehen — wenn der Magistrat dazu in der Lage ist —, daß er sich die Erklärungen des letzteren als eidesstattliche Versicherung geben läßt.

Ich bitte nochmals, mit Energie und warmem Herzen sich der Sache anzunehmen. Sie dürfen überzeugt sein, daß Sie, von Einzelheiten abgesehen, sich mit Einrichtung der Schweinemästerei den Dank der Bürgerschaft erwerben würden.

Vorsitzender: Wenn ich Sie recht verstehe, so sind Sie einverstanden mit der Rückverweisung Ihres Antrages an die Kommission mit dem Anheimgeben, noch Sachverständige über den Antrag zu hören. (Zustimmung des Herrn Steinecke.)

Stadtv. **Sander:** Man muß zugestehen: Wenn seinerzeit der erste Antrag des Herrn Stadtv. Schmidt genehmigt wäre und die Sache damals in Gang gekommen wäre, würden wir heute großen Nutzen von einer städtischen Schweinemästerei haben. (Hört, hört!) Das läßt sich nicht bestreiten. Aber in der jetzigen Zeit mit einer Schweinemästerei anzufangen, halte ich nicht für richtig. Es fehlt uns viel weniger an Schweinen als an Futtermitteln für die Schweine. Ich habe in den letzten Tagen mit mehreren Schweinezüchtern gesprochen und mich mit ihnen auch über diese Frage unterhalten. Von diesen Leuten ist mir gesagt: „Es ist ausgeschlossen, daß jemand mit Küchenabfällen ein Schwein fettmachen kann (Sehr richtig!). Wenn mir jemand das vormachen kann, dann bin ich sofort bereit, das Experiment nachzumachen. Ich habe nun schon so lange Schweinemästerei betrieben und kann mir wohl ein Urteil darüber erlauben, aber es ist nicht möglich, das zu erreichen.“ Herr Steinecke jagt, die Schlächter nehmen mit Vorliebe

Schweine, die mit diesen Abfällen in der Stadt gefüttert sind. Dazu wird kein Schlachter ja sagen. Schrot und Kartoffeln sind die natürliche Nahrung, und die damit gefütterten Schweine sind diejenigen, die die Schlachter am liebsten nehmen, und woraus sie Dauermare und gute Ware fabrizieren können. Außerdem hat der Herr Oberbürgermeister schon ganz richtig gesagt, daß es auf den Markt gar keinen Einfluß üben würde, auch wenn wir in einem möglichst großen Umfange eine Schweinemästerei anlegen wollten. Ich kann mich für den Antrag nicht erwärmen und werde dagegen stimmen.

Stadtv. **Lauer:** Ich habe diesen Antrag, der hier zur Tagesordnung steht, mit gestellt und unterschrieben. Aus diesem Grunde möchte ich mir noch einige Worte zu der Sache gestatten. Die Verhältnisse jener Zeit, zu der damals der gleiche Antrag abgelehnt wurde, sind im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen, wie sie durch den Krieg verursacht werden, ganz andere. Damals wollte man offenbar versuchen, eine etwa zu befürchtende Fett- und Fleischnot zu verhüten, heute aber ist diese Not in erhöhtem Maße tatsächlich bei uns in Erscheinung getreten, und sie befindet sich nachweislich nach wie vor noch in aufsteigender Richtung. Wird aber eine Notlage als bestehend anerkannt, dann ist es nach meiner Meinung auch unsere Pflicht und Schuldigkeit, trotz der bisher unternommenen anderen Kriegsmaßnahmen in dieser Beziehung noch etwas zu tun, um Abhilfe zu schaffen. Ich bin der Meinung, daß heute nicht etwa ein Antrag von dieser hohen Bedeutung kurzerhand abgewiesen werden dürfte, oder daß er wer weiß wie lange in der Versenkung verschwindet. Die Zahl der Städte ist bekanntlich nicht ganz klein, die tatsächlich Erfolg mit ihrer Schweinemästerei haben. Diese Städte haben damals, als sie in kühnem Griff die Sache unternahmen, keineswegs Vorbilder gehabt, und ich sehe nicht ein, warum wir nicht, nachdem jetzt diese Vorbilder gegeben sind, einen Versuch unternehmen sollen, nachdem wir in der Tat wissen, daß gewisse Kommunalverwaltungen damit einen sehr ansehnlichen Erfolg erzielt haben. Man hat zur Begründung der Ablehnung des Antrages gesagt, die Sache könne auch von uns einstweilen doch nur im kleinen betrieben werden. Dazu meine ich: Wird sie im kleinen betrieben, dann wird auch kein großer Nachteil entstehen können. Die Sache kann sich ja allmählich entwickeln, und die nächste Zeit wird dann weiter Gelegenheit zur Erweiterung bieten. Dann ist ins Feld geführt, 441 Verträge müßten gekündigt werden. So haben wir uns die Sache allerdings nicht gedacht. Wir haben uns gedacht, daß es möglich wäre, daß die bestehenden Verträge nach wie vor zu Recht bestehen bleiben könnten, auch haben wir angenommen, daß durch Einführung der städtischen Schweinemästerei in der seitherigen Viehhaltung keineswegs ein Rückschlag eintreten sollte. Wir waren viel-

mehr der Meinung, daß durch neu hinzuzuerwerbende Ländereien es ermöglicht würde, nebenher eine gesunde, allmählich sich entwickelnde Schweinemästerei heranzuwachsen zu lassen. Es ist ja so richtig, was Herr Sander vorhin gesagt hat: Wäre damals (1912) die Sache in Angriff genommen, dann hätten wir heute in dieser schweren Zeit den Segen einer Schweinemästerei schon zu verzeichnen. Zum mindesten möchte ich der Hoffnung Raum geben, daß für den Fall, daß der Antrag heute doch noch abgelehnt werden sollte, die heutigen Beratungen dazu beitragen möchten, daß die Hindernisse, die heute ins Feld geführt worden sind, einer näheren Prüfung unterzogen werden. In dieser Hinsicht ist mir der Vorschlag des Herrn Steinede sehr sympathisch, durch Heranziehung von Sachverständigen allmählich der Sache auf den Grund zu kommen. Aus alle diesen Erwägungen heraus bin ich der Meinung, daß es vielleicht richtiger wäre, im vorliegenden Falle dem Antrage der Finanzkommission die Zustimmung zu versagen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Es ist heute hier zweimal die Bemerkung gefallen, daß es bedauerlich wäre, daß der frühere Antrag auf Errichtung einer Schweinemästerei abgelehnt worden sei. Das ist im Jahre 1912 geschehen. Ja, meine Herren, ich will zugeben: Wenn wir 1912 hätten voraussehen können, daß jetzt in dieser Zeit eine solche Not um Beschaffung von Schweinefleisch eintreten würde, dann hätten wir möglicherweise ganz andere Vorkehrungen getroffen, um unsere Bevölkerung angemessener zu versorgen, als das bisher hat geschehen können. Daraus können Sie aber keinen Vorwurf gegen den Magistrat erheben, Sie können ihn höchstens erheben gegen die deutsche Reichsverwaltung, die auf wirtschaftlichem Gebiete nicht in gleicher Weise vorgesorgt hat wie auf militärischem Gebiete. Es ist ja möglich, daß das Reich dadurch lernt, in Zukunft Vorkehrungen auch in dieser Weise zu treffen.

Nun hat Herr Stadtv. Steinede in seinem Antrage das Rieselgut nicht erwähnt, aber in der Begründung hat er ausgeführt, er habe das Rieselgut gemeint. Daß wir uns im Jahre 1912 dagegen ablehnend verhalten haben, daß auf dem Rieselgute eine Schweinemästerei eingerichtet wurde, hatte wesentlich seinen Grund in der Finanzfrage. Wer von Ihnen sich die Mühe gegeben hat, unsere frühere Vorlage durchzulesen, wird das deutlich herausgefunden haben. So sehr wir alle die Verpflichtung anerkennen, für die Bevölkerung die nötigen Lebensmittel zu beschaffen, ebenso wenig, meine ich, dürfen wir die Finanzlage bei allen unseren Maßnahmen ganz außer acht lassen, und wenn wir im Magistrat zu der Ansicht gekommen sind, daß dieses Experiment, wie es vorgeschlagen wurde, ein recht kostspieliges ist, ohne daß es uns sicheren Erfolg verspricht, dann, glaube ich, können Sie uns keinen Vorwurf daraus machen, wenn wir sagen: „Von dem Experiment

bleiben wir einstweilen fern.“ Die Stadt Braunschweig hat, um ihre Kriegsausgaben zu decken, heute annähernd 6 Millionen Anleihe seit Beginn des Krieges aufgenommen, und was wir noch anleihen müssen, um uns über Wasser zu halten, wissen wir heute noch nicht. Wenn man solchen finanziellen Verhältnissen — die sich hoffentlich nach Beendigung des Krieges wieder bessern werden — gegenübersteht und zurückdenkt an die früheren Zeiten, wo wir die Eigenwirtschaft auf dem Kieselgute hatten, ist es kein Wunder, daß man sich scheut, diese Eigenwirtschaft in mehr oder minder großem Umfange wieder einzuführen. Ich kann erklären: Die Resultate der Eigenwirtschaft waren geradezu traurig, und ich fürchte, daß, wenn wir uns auf eine Eigenwirtschaft in der Weise einlassen, daß wir alle Erzeugnisse verwerten, um Schweine fettzumachen, das finanzielle Ergebnis noch trauriger sein würde, als es früher gewesen ist, wo wir Milchwirtschaft trieben, Hammel fettmachten usw. Es kommt noch hinzu, daß gerade die Preise der Schweine in den letzten Jahren vor dem Kriege eine derartige Schwankung gezeigt haben, daß es außerordentlich schwer ist, auf diese Preise ein Exempel aufbauen und sagen zu können: Das Kieselgut muß so und so betrieben werden. Im allgemeinen stehe ich auf dem Standpunkte — Herr Kiese hat es schon angedeutet —: Das Kieselgut ist kein Experimentierobjekt, um darauf Nahrung zu beschaffen, sondern ist in erster Linie dazu da, um das Schmutzwasser unserer Stadt fortzuschaffen. Dafür zu sorgen, wie wir das am besten und vorteilhaftesten für die Stadt fertigbringen, um einerseits den gesundheitlichen Rücksichten gerecht zu werden und andererseits finanziell nicht gar zu schlecht abzuschnneiden, das ist Sache der Kieselgutdeputation, und sie hat in den letzten Jahren — das darf ich behaupten, obgleich ich ihr Vorsitzender bin — nicht schlecht gewirtschaftet.

Dann hat Herr Steinecke die einzelnen Gründe, die Herr Frede geltend gemacht hat, zu widerlegen gesucht. Zunächst die Räumlichkeiten. Nun, so schnell geht es mit dem Aufbauen heute wirklich nicht. Ich bin heilfroh, daß wir unseren Anbau am Rathaus, nachdem uns die Militärbehörde ein Entgegenkommen gezeigt hat, endlich unter Dach bringen konnten. Es weiß jeder, daß die Arbeitskräfte auf dem Gebiete des Baugewerbes heute sehr sparsam sind, und es steht deshalb sehr dahin, ob wir die Bauten der nötigen Ställe wirklich so schnell fertigbringen würden.

Sodann erwähnte Herr Steinecke die Küchenabfälle. Ich habe mit Interesse gelesen, was bei diesen Sammlungen jetzt herauskommt, und würde es bedauern, wenn es später wieder so käme, daß diese sämtlichen Abfälle in der Müllgrube bei Mascherode verschwänden. Aber ich frage: Werden denn die Abfälle, die heute zusammengebracht werden, nicht durchaus angemessen verwertet? Sie gehen doch in so viele Haushaltungen, in denen Tiere gehalten werden. Ich weiß allerdings

nicht, was für Tiere, aber zum Teil werden es Schweine sein, und mögen es auch Kaninchen oder was sonst für Tiere sein, — jedenfalls wird das wertvolle Futter, das früher verlorengegangen ist, meiner festen Überzeugung nach heute schon zum allergrößten Teile in Fleisch oder Milch umgesetzt, und das ist doch die Hauptsache. Soll nun die Stadt eingreifen und sagen: „Wir gönnen unseren Bürgern diesen Vorteil nicht, wir wollen selber dieses Geschäft machen.“ Ich bin der festen Überzeugung, daß die Vorteile, die jetzt bei der Sache dadurch herauskommen, daß die einzelnen diese Abfälle verwerten, vollständig verschwinden würden, wenn die Stadt ihrerseits eine große Mästerei einrichtete und Leute halten und bezahlen müßte. Der große Vorteil der angemessenen Verwertung derartiger Abfälle liegt, wie ich glaube, darin, daß sie ohne weitere große Kostenaufwendung ihrem Zwecke zugeführt werden. Der einzelne rechnet sich doch für die Arbeit, die ihm die Verabreichung solches Futters macht, keinen besonderen Lohn an! Dieser Vorteil geht verloren, wenn die Stadt die Verwendung der Abfälle in großem Maße betreiben soll. Ich würde aber dafür sein, wenn es möglich wäre, daß die Stadt in Zukunft — auch das hat schon einer der Herren angedeutet — systematische Einrichtungen bei der Rehrichtabfuhr trifft, um diese höchst wertvollen Abfälle dauernd zu sammeln und einer zweckentsprechenden Verwendung zuzuführen. Das ist aber etwas anderes, als wenn die Stadt plötzlich eine Schweinemästerei einrichten soll.

Es ist uns empfohlen, die französischen Gefangenen bei der Arbeit für die Schweinemästerei zu verwenden, und angedeutet, sie wären umsonst zu haben. Das ist doch ein Irrtum. Sie sind durchaus nicht billig; die Militärverwaltung verlangt vollständige Verpflegung und daneben eine besondere Vergütung. Und gerade ein so diffiziles Geschäft, wie es nach meiner Auffassung die Schweinemästerei ist, fremden Gefangenen anzuvertrauen, kann ich nicht für empfehlenswert halten. Man kann sie wohl mit Erdarbeiten beschäftigen, wo sie fortwährend unter Aufsicht sind, aber sie in den Stallungen zu verwenden, halte ich für bedenklich.

Ferner ist hingewiesen auf die Stadt Ulm, die auch die Schweinemästerei eingeführt habe. Ich habe die Verhandlungen früher gelesen und müßte mich sehr täuschen, wenn ich nicht recht hätte mit der Behauptung: Die Stadt hat keine eigene Schweinemästerei, sondern fördert die Schweinemast in einer anderen Weise: sie hat Abschlüsse gemacht mit in der Umgegend wohnenden Mästern, die verpflichtet sind, gegen Lieferung von Futter soundso viel Schweine fettzumachen und zu liefern. Das ist ein Verfahren, das viel für sich hat, und wenn Sie dazu raten, könnten wir den Versuch machen; dagegen würde ich mich nicht aussprechen. Ob es uns in unserer Gegend gelingen würde, ist allerdings eine andere Frage. Die Sache liegt doch so, daß man bei der Bewirtschaftung der Rieselfelder froh sein

muß, wenn man die Erzeugnisse der Rieselfelder, die teilweise in gewaltiger Menge wachsen, angemessen unterbringen kann. Das gelingt in der einen Stadt so und in der anderen Stadt in einer anderen Weise. Ich habe die Überzeugung: Wenn die Städte, die selber Viehzucht und Viehwirtschaft in großem Umfange treiben müssen, in der Lage wären, ihr Rieselgut so zu nutzen, wie wir es können, so würden sie durchweg unsere Methode vorziehen. Wenn man liest, wie die Rieselfelder in Berlin finanziell abschließen, dann muß man sagen: Wir stehen ja glänzend da! Das liegt aber in den Verhältnissen, weil rings um unser Rieselfeld Dörfer mit fleißigen Einwohnern liegen, die uns gern das Land abpachten und verhältnismäßig hohe Preise zahlen können, weil sie Hackfrüchte bauen können, insbesondere Gemüse, das sie an die Konservenfabriken in großen Mengen abführen können. Man hatte im Anfange geglaubt, diese Erzeugnisse von den Rieselfeldern wären nicht einwandfrei. Aber ich selber habe davon bezogen und mich überzeugt, daß sie ausgezeichnet sind. Und wenn man bedenkt, was dort geschieht, wo keine Rieselsauche verwandt wird, um gute Gartenfrüchte hervorzubringen, dann sind wir draußen ebenso reinlich wie die Leute, die das beste Gartengemüse an den Markt bringen.

Weiter ist der Vorschlag gemacht, wir möchten Land zupachten oder — was noch teurer werden würde — Land hinzuerwerben, wie Herr Stadtv. Lauer sagt. Ach, Herr Lauer, wenn Sie wüßten, wie die Verhandlungen über Ankäufe zur Erweiterung des Rieselguts in der letzten Zeit gelaufen sind, dann würden Sie nicht leichten Herzens sagen: „Daß den Magistrat doch Land ankaufen!“ Der Ankauf von Ländereien, und besonders von Ackerländereien, ist heute nicht leicht. Es liegt wohl daran, weil man aus dem Boden eine verhältnismäßig hohe Rente ziehen kann. Wenn aber Herr Lauer in der Lage ist, uns preiswertes Land nachzuweisen, so wäre das sehr dankenswert.

Nun hat Herr Stadtv. Steinecke schließlich gemeint, es wäre richtiger, ein paar Sachverständige über diese Frage zu hören. Sachverständige zu hören ist immer gut; das gebe ich ohne weiteres zu. Ich habe allerdings auch die Erfahrung gemacht: mit Sachverständigen beweist man unter Umständen alles, d. h. man bekommt sowohl Sachverständige für die eine wie für die andere Meinung. (Heiterkeit.) Daraufhin allein eine Schweinemästerei einzurichten, halte ich doch für bedenklich. Sollten aber die Herren Stadtverordneten der Ansicht sein, daß es im Interesse der Sache wünschenswert wäre, Sachverständige zu befragen, so bitte ich, nur den Wunsch auszusprechen, dann wird der Magistrat sofort darauf eingehen.

Stadtv. Dietmann: So wünschenswert es wäre, wenn uns eine große Anzahl ausgemästeter Schweine zur Verfügung stände, so halte ich den angegebenen Weg doch nicht für den richtigen, und ich würde es für verkehrt halten, mit dem

Bau der Mastanstalt jetzt zu beginnen. Selbst gesetzt den Fall, damals wäre der Antrag auf Errichtung einer Schweinemästerei durchgegangen, so, glaube ich, hätten wir jetzt wohl eine Mastanstalt, aber ganz gewiß aus ihr doch keine gemästeten Schweine. Das beweisen die vielen leerstehenden Mastanstalten. Die Leute würden alle gern die hohen Preise mitnehmen, die sie bekommen könnten, wenn es ihnen möglich wäre, das Futter zu beschaffen. Es liegt kein Grund vor, den Pächtern und Landwirten, die die Berechtigung haben, Futter zu teurem Preise von den Kommunen zu bekommen, das Futter zu nehmen und dafür seitens der Städteverwaltungen Schweinemästereien zu errichten. Glauben Sie mir: Wenn jetzt mehr Futter zur Verfügung stände, dann hätten wir auch erheblich mehr Schweine; es liegt also nicht an dem guten Willen, sondern lediglich an der Futterknappheit, daß so wenig Schweine gemästet werden.

Sodann ist noch darauf hinzuweisen, daß nicht immer die Mastanstalten sehr gewinnbringend sind. Ich habe leider kein dahingehendes Material zur Hand, aber ich könnte Ihnen Duzende von Fällen nennen, wo Leute bei der Schweinemästerei ihr Vermögen zugelegt haben. Das ist die Folge von den kolossalen Schwankungen, denen in den vorigen Jahren die Schweinepreise ausgesetzt gewesen sind.

Die Küchenabfälle eignen sich wohl dazu, um die Tiere hinzuhalten, wenn sonst kein Futter zur Verfügung steht, ich glaube aber kaum, daß man Schweine damit mästen könnte. Ich möchte auch keine Schlachtwurst von solchen Schweinen essen, und Dauerware können wir davon nicht herstellen. Wenn die Küchenabfälle später gesammelt werden, so wäre es wünschenswert, sie auf dem Schlachthause für die Tiere zu verwenden, die noch ein paar Tage am Leben erhalten werden sollen.

Was die Verwendung der Gefangenen betrifft, so kann ich Ihnen mitteilen, daß mich meine Gefangenen pro Kopf täglich 5—6 *M* kosten. Dabei rechne ich die 1,25 *M*, die ich für die Beköstigung wiederbekomme, ab. Daß sie aber teurer ist, darüber werden Sie mit mir einer Meinung sein.

So möchte ich auch empfehlen, dem Antrage auf Errichtung einer Schweinemastanstalt heute nicht zuzustimmen, und bitte, dem Beschlusse der Finanzkommission beizupflichten.

Stadtv. **Steincke:** Eine kurze Erwiderung auf die Ausführungen der beiden letzten Herren Redner.

Was die Finanzfrage anbelangt, so möchte ich aufgreifen, was der Herr Oberbürgermeister selbst in der Finanzkommission darüber geäußert hat — ich nehme an, daß das gestattet ist. Er sagte, es käme nicht darauf an, wenn in solchen

schweren Zeiten auch einmal Zuschüsse geleistet werden müßten, und darin stimme ich dem Herrn Oberbürgermeister bei. Das sind wir der Allgemeinheit, vor allen Dingen den kleinen Leuten und dem kleinen Mittelstande schuldig. Aber die Finanzfrage ist ja nach meiner Überzeugung gar nicht so schwierig. Wir wollen ja gar nicht rühren an dem alten Bestande. Ich habe in meinen Ausführungen in der Kommission selbst bemerkt und auch hier schon gesagt, daß ich etwas abgewichen bin von meiner anfänglichen Begründung insofern, als ich mich habe belehren lassen über die Verhältnisse, wie sie tatsächlich herrschen. Ich meine, die Sachen sind nicht so schwer zu erledigen, daß man eventuell Bauten aufführt und Land pachtet. Auch die Landpachtung kann ich mir nicht so schwierig denken. Sehen Sie in die Spalten der „Deutschen Tageszeitung“, so werden Sie lesen, wieviel Land und wie viele Höfe heute zu pachten sind. Es stand auch in unserer unmittelbaren Nähe davon zur Verfügung. Viele Landwirte sind gefallen, und natürlich hält es schwer, das Land wieder zu verpachten, wo so viele Männer im Kriege sind. Es wird vielfach gesagt: Wer Gelegenheit haben will, Ländereien billig zu erwerben, dem bietet sich jetzt Gelegenheit dazu. Unsere Stadt hat, soweit ich unterrichtet bin, gar keinen Überschuß an solchen Ländereien, also sollten Sie die Gelegenheit zum Erwerbe wahrnehmen.

Dann bedaure ich, daß der Herr Oberbürgermeister — er möge mir das nicht irbelnehmen — Herrn Lauer entgegnet hat, er solle einmal Land pachten. (Zuruf des Herrn Oberbürgermeisters: Nachweisen!) Ich hatte das so aufgefaßt, nun, es kann sich jeder irren. Eine Art Vermittlertätigkeit möchte ich unserem Herrn Kollegen Lauer aber auch nicht zugewiesen sehen. (Unruhe.) Das ist immer Sache derjenigen, die dazu berufen sind.

Nun die Sachverständigen. Unsere geschätzten Behörden legen besonderen Wert auf das Urteil Sachverständiger. Wenn die städtischen, staatlichen und von diesen die gerichtlichen Behörden etwas Wichtiges zu entscheiden haben, ziehen sie Sachverständige heran, und darauf müssen wir auch etwas geben. Herr Dr. Reh-ring ist beeideter Sachverständiger. (Zuruf: Aber nicht für Schweine!) Nein, das habe ich auch nicht behauptet, ich habe gesagt: er gilt als Sachverständiger für chemische Untersuchungen. Es kann mich nicht irremachen, wenn Sie zur Rechten auch lachen. Ich achte Ihre Überzeugung und bitte Sie, auch die meinige zu respektieren; die Sache ist doch wirklich zu ernst.

Dann möchte ich noch auf einen Punkt zurückkommen, der mir vielleicht entgegengehalten werden könnte. Man sagt: Das Schrot, das billig abgegeben werden soll, wird durch das Ministerium verteilt. Gewiß, vielleicht ist aber auch das Ministerium in der Lage, bei solchen Verhältnissen in der Stadt auch die Stadt besonders zu berücksichtigen, denn das Land ist — ohne die beiden Verhältnisse

gegeneinander auszuspielen zu wollen — für Zeit und für Monate hinaus in glücklicherer Lage als die Stadt. Die Landwirte schlachten für sich selbst und sind dadurch versehen. Wir aber befinden uns in einer Notlage und können mit Recht eine größere Berücksichtigung verlangen. Abgesehen davon habe ich in der Kommission schon erwähnt, daß wir hoffen dürfen, aus Rumänien Getreide zu bekommen. In dem „Berliner Tageblatt“ steht eine Anzeige, durch die ein angesehener Vermittler 20 000 Waggon Getreide aus Rumänien anbietet, und hoffentlich bekommen wir noch mehr davon ins Land. Im übrigen habe ich schon nachgewiesen, daß auch mit anderen Mitteln neben dem Schrot Schweine großzuziehen sind. Ich verstehe nicht, wie Herr Kollege Sander dazu kam, nur von den Abfällen zu reden. Ich habe deutlich gesagt, daß neben den Abfällen auch Schrot und Kartoffelsfütterung mit in Betracht kommt. Ich kann weiter die Mitteilung machen, daß mir Herr Dr. Nehring heute sagte: „Ich bin in der Lage, den Zentner Kartoffeln dieser Art zur Zeit mit 2 M zu verkaufen.“ Ich kann deshalb nicht einsehen, weshalb Sie nicht wenigstens die Sache näher prüfen wollen. Kommen wir zu dem Resultat, daß es für die Stadt nicht angängig ist, auf den Antrag einzugehen, dann mag es damit gut sein. Ich will mir wahrhaftig nicht erlauben, die Stadt in ein Experiment zu stürzen, das die bösesten Folgen hat, aber so schwarz sieht sich die Sache für mich nicht an.

Was die französischen Arbeiter anbetrifft, so erwidere ich: Sollte das Kriegsministerium nicht auf eine höfliche Anfrage antworten: „Wir lassen euch die Leute, wo das allgemeine Interesse in Frage steht, zu billigeren Preisen und Lohn als sonst.“ Ich habe auch nicht daran gedacht, daß die Gefangenen die Schweine füttern sollen, sondern sie sollen das Land bewirtschaften, wie sie es heute schon tun. Natürlich muß man für die Schweinemästerei einen vertrauenswürdigen Schweinemeister haben, der dafür bürgt, daß nichts Schlimmes passiert. Die Gefangenen sollen auch die Kartoffeln abernten und das nötige grüne Gemüse dazu.

In betreff der Küchenabfälle komme ich wieder auf die Sachverständigen zurück, die für mich maßgebend sind. Herr Dr. Nehring sagte mir: „Gehen Sie durch die Straßen der Stadt und sehen Sie, wieviel Abfälle liegen noch immer in den Müllkästen.“ Das ist das sogenannte Wesp, und es wird nicht in allen Haushaltungen abgeholt. Herr Dr. Nehring hat sehr viel Erfahrung gesammelt, und sein Urteil in dieser Sache kann uns wirklich maßgebend sein. Daß er außerordentlich zuverlässig ist, brauche ich nicht erst noch zu sagen. „Ich bin fest überzeugt,“ sagte er mir, „die ganzen Abfälle, die wir bekommen, sind nur ein Drittel der Abfälle aus der ganzen Stadt.“ Die Schweinemäster in der Stadt bekommen den Abfall aus den Restaurationen und Hotels, auch von den Mehlabfällen aus den Schokoladenfabriken.

Was Neu-Ulm betrifft, so stütze ich meine Angaben auf zuverlässige Nachrichten, die mir geworden sind. Ich will zugeben, daß eine Genossenschaft in Betracht kommen mag, aber auch sie hat gute Erfahrungen gemacht. Die „Kommunale Praxis“ schreibt, was ich wiederhole, daß das Unternehmen die große Feuerprobe des Krieges mit Erfolg bestanden hat. Wenn hier bei uns gute Erfolge erzielt werden, dann ist anzunehmen, daß auch unsere Bürgererschaft für die Sache eintritt. Die Sammlungen haben nachgelassen. So wünschenswert es auch ist, daß die Kaninchenzucht im Interesse der Volksernährung gefördert wird, so bringen ihr weite Kreise doch nicht das Interesse entgegen, wie es in Frankreich der Fall ist. Aber wenn es sich darum handelt, eine Beihilfe für die Schweinemästerei zu schaffen, wenn der Geldbeutel aller Volkskreise in Frage kommt, dann wird die Bevölkerung auch größeres Interesse für die Sammlung der Abfälle zeigen. Der Magistrat hat es in der Hand, sie organisatorisch zu betreiben. Natürlich müssen Behälter dafür angeschafft werden, aber Herr Dr. Nehring sieht nicht die diesbezüglichen Schwierigkeiten, die hier angeführt werden. Ich sage nochmals: er mutet sich nicht zu, maßgebend für Schweinemast zu sein, aber was die chemischen Bestandteile des Futters anlangt, da ist er ein zuverlässiger Sachverständiger.

Zurückkommen möchte ich auch noch auf die Ansicht des Herrn Diedmann: „Wenn wir eine Mastanstalt hätten, so würden wir doch keine Schweine haben.“ Dagegen möchte ich erwidern, daß ich in einer Fachzeitung gelesen habe, daß eine Statistik ergeben hat, daß wir heute eine große Menge Schweine mehr haben als im vorigen Jahre. Sehen Sie die Verhältnisse auf dem Lande, dort finden Sie einen tüchtigen Bestand an Schweinen, und unsere Herren, die auf dem Viehhofe verkehren, bestätigen, daß eine Menge fette Schweine mehr angekommen sind, als sie geglaubt hätten.

Wegen des Schrots bemerke ich, daß eine Bestandsaufnahme der Getreidevorräte, die angeordnet ist, hoffentlich dazu führen wird, daß größere Bestände angegeben werden, als bis jetzt gemeldet sind. Die Getreideernte war mittelmäßig, und es hat sich herausgestellt, daß zu wenig davon angegeben war, deshalb ist mit aller Strenge aufgefordert, nochmals Angaben zu machen. Hat das Erfolg, dann wird auch mehr Schrot vorhanden sein.

Ich bitte Sie nochmals dringend, sich der Sache anzunehmen. Warum wollen Sie nicht wenigstens einmal die Sachverständigen vernehmen? Sie werden in weite Kreise der Bevölkerung damit Beruhigung tragen, und ich bitte Sie nochmals, meinen Vorschlag in der Form, wie er vom Herrn Vorsitzenden dargelegt ist, anzunehmen.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Zu dem letzten warmherzigen Appell an Ihr gutes Herz möchte ich bemerken: Es wäre ja wunderbar, wenn der Magistrat in einer solchen Zeit wie der jetzigen sich, ich möchte sagen, nur aus Eigensinn einem derartigen Ersuchen widerlegen wollte. Wir haben aber unsere guten Gründe, abzuraten, diesen Weg zu beschreiten. Wenn heute der Antrag angenommen wird, auf dem Kieselgute eine Schweinemästerei einzurichten, dann verursacht das unter unseren vierhundert Pächtern draußen eine derartige Beunruhigung, daß ich allerdings fürchte, die Stadt wird an den Folgen doch zu tragen haben. Denken Sie doch bitte darüber nach, was für die Leute bei dieser Sache auf dem Spiele steht, die sozusagen von uns leben. Herr Steinecke sagt, er wolle die Verträge, die bestehen, nicht aufheben. Demgegenüber muß ich erklären, daß mit den anderen Ländereien, die wir selbst noch unter dem Pfluge haben, keine solchen Erzeugnisse zu erzielen sind, um Schweine damit fettmachen zu können. Die haben wir nötig eben für die eigene Wirtschaft. Wir müssen für die Pächter, die wir jetzt haben, das Land pflügen, denn sie haben keine Gespanne, und damit erreichen wir wesentlich die Möglichkeit, das Kieselland zu nutzen. Für unsere Gespanne müssen wir selbstverständlich Hafer bauen, müssen Heu und Stroh für unsere Pferde und Ochsen haben.

Als vom Landhinzupachten gesprochen wurde, hatte ich im Laufe der Debatte gesagt, wenn Herr Lauer freies Land wüßte, möchte er uns das mitteilen. Wenn Herr Steinecke entgegnete, dazu wären die Stadtverordneten nicht da, die Vermittlerrolle zu spielen, so hat er Ihr Amt anders aufgefaßt, als ich es mir denke. Ich meine, Sie sollen mit uns zusammenarbeiten zum Wohle der Stadt, und wenn Herr Lauer in der Lage wäre, nachzuweisen, da oder dort ist preiswertes Land zu pachten oder zu kaufen, so würde er sicher gern dazu bereit sein; davon bin ich fest überzeugt. Weshalb mir wegen der Äußerung ein Vorwurf gemacht wird, ist mir unerfindlich.

Ebenso wenig habe ich mich mißliebig geäußert gegen die von Herrn Steinecke angeführten Sachverständigen. Nicht im geringsten habe ich gezweifelt, daß für die Sachen, die Herr Steinecke erwähnt hat, die Herren sachverständig sind. Zum Beispiel halte ich zu einem Urteil über den Wert der Abfälle selbstverständlich Herrn Dr. Nehring für einen durchaus geeigneten Sachverständigen. Aber ob er der geeignete Sachverständige ist, um die hier heute zur Erörterung stehende Frage zu beurteilen, und d a r i n uns allen einen guten Rat zu geben, ob es richtig ist, auf dem Kieselgute eine große Schweinemästerei einzurichten, das möchte ich doch bezweifeln. (Sehr richtig!) In keiner Weise habe ich aber die Zuverlässigkeit des genannten Herrn bezweifelt. Ja, Herr Steinecke, Sie sagten: „Er ist beeidet.“ Wozu ruft mir Herr Steinecke das zu? Nicht im geringsten bezweifle ich die Zu-

verlässigkeit des Herrn, im Gegenteil, ich schätze ihn sehr hoch; ob er beeidet ist oder nicht, ist mir dabei ganz gleich.

Nun noch ein Wort zu dem Ertrage des Landes. Man muß schließlich bei dieser ganzen Frage doch das Ganze im Auge haben und darnach trachten, Futter in Fleisch umzusetzen. Wenn wir nun eine größere Zahl von Morgen Land durch die Stadt pachten und bewirtschaften, so entziehen wir damit selbstverständlich den Landwirten, die auch Vieh halten, dieses Land. Wir würden uns damit tatsächlich im Kreise drehen. Und daß wir es fertigbrächten, die Erzeugnisse, die wir auf diesem Lande ziehen, besser zu verwerten als die gelernten Landwirte, das möchte ich vorläufig bezweifeln; auch wenn wir — was ich sonst mit Freuden begrüße — eine gemischte Deputation einsetzen, so würden wir, glaube ich, nicht soweit kommen wie die Landwirte. Ich sage wie Herr Dieckmann: Sobald genügend Futtervorräte ins Land hereinkommen, werden wir auch genügend Schweine haben; ich glaube aber nicht, daß wir ohne genügendes Futter in der Lage sind, die nötige Menge Schweine zu ziehen.

Stadtv. **Steinede** (persönliche Bemerkung): Was das betrifft, was der Herr Oberbürgermeister wegen der Sachverständigen gesagt hat, so habe ich meine Folgerung nur auf Grund seiner Mitteilung gemacht. Ich habe daraus gefolgert, wie im allgemeinen die Meinung über die Sachverständigen war. Die Sache mit Herrn Lauer habe ich so tragisch nicht genommen. Ich habe gesagt, das sei Sache derjenigen, die dazu berufen sind. Damit will ich sagen: Die Herren, die dazu gewählt waren. Es ist nicht richtig, daß man dies einem Abgeordneten in dieser Form sagt.

Stadtv. **Frede**: Ich will nur auf einiges eingehen.

Herr Steinede sagte, die Schweine seien in einem halben Jahre fett zu machen und werden nicht erst im Jahre 1917 fett sein. Herr Steinede muß nicht ordentlich gehört haben, was ich gesagt habe. Ich sagte: Wenn die Verträge zu Oktober 1916 gekündigt werden und wir richten dann eine Schweinezucht ein, so können wir fette Schweine erst im Jahre 1917 an den Markt bringen.

Nun hat Herr Steinede manches aus der Kommissionsitzung herangezogen. Ich habe das vermieden, aber da es Herrn Steinede durchgegangen ist, sehe ich nicht ein, warum ich nicht auch darauf zu sprechen kommen soll. Es ist im Laufe der Kommissionsberatung vom Herrn Oberbürgermeister und von anderer Seite gesagt worden, man könne in dieser oder jener Weise vielleicht einen Versuch anstellen, aber Herr Steinede wollte von seinem Antrage in der Form, wie er gestellt war, absolut nicht abgehen. Er sagte, daß die Beruhigung der Bevölkerung das

Ziel seines Antrages ist, und ich habe, um diesem Ziele etwas Konzessionen zu machen, vorgeschlagen, man möge zwei Sachverständige hinzuziehen, und habe Herrn Steinede gebeten, seinen Antrag bis dahin, daß diese Sachverständigen gesprochen hätten, zu vertagen. Wenn Herr Steinede das getan hätte, dann hätten wir uns hier nicht länger als eine Stunde darüber zu unterhalten brauchen, sondern hätten unsere Zeit anderen Gegenständen widmen können. Aber Herr Steinede wollte auf den Vorschlag nicht eingehen und sagte: „Ich bin nicht einverstanden mit der Vertagung, ich bestehe auf Vorlegung und Besprechung meines Antrages, so wie ich ihn gestellt habe.“ Herr Steinede, ich bin aufs höchste erstaunt, daß Sie jetzt den Antrag bringen in der abgeänderten Form, wie ich in der Kommission vorgeschlagen habe. (Zuruf Steinede: Das ist nicht richtig!) Nun, die Kommissionsmitglieder sind ja zugegen. Ich habe in der Kommission diesen Vorschlag nicht gemacht, weil ich erwartet hätte, daß sich meine Stellung darnach verändern würde. Die Gründe, die schon vorgebracht sind, sind mir maßgebend. Ich werde deshalb auch gegen den Eventualantrag des Herrn Steinede stimmen.

Stadtv. Sander: Nur ein paar kurze Worte. Herr Steinede hatte erklärt, daß die Landbewohner sich heute besser ständen als die Stadtbewohner, und das ist richtig. Es besteht bei ihnen nicht die Fleischnot wie bei uns. Aber Herr Steinede hat weiter ausgeführt, daß die Leute auf dem Lande in der glücklichen Lage wären, die von dem Staatsministerium zur Verfügung gestellte Schrotmenge für sich zu bekommen. Das ist nicht der Fall. Wir in der Stadt haben den Genuß von dieser Schrotmenge und von dem Vieh, das von dem Schrot gefüttert wird. Der landwirtschaftliche Zentralverein, insbesondere der Zuchtverein für das veredelte Landschwein, hat sich verpflichten müssen, wenn er pro Schwein 4 Zentner Schrot bekommt, die Schweine, die er mit diesem Schrot mästet, an die Stadt Braunschweig abzuliefern. Die Schweine, die hierfür in Betracht kommen, werden täglich angemeldet und werden nach Ende des Januar in noch größerer Menge angemeldet werden als jetzt. Es handelt sich um 3000 Schweine, die nicht unter 300 Pfund wiegen dürfen. Sollten Tiere dabei sein, die nicht ganz 300 Pfund wiegen, vielleicht nur 270, so sollte das damit ausgeglichen werden, daß andere Schweine mit über 300 Pfund Gewicht zur Ablieferung kommen. Den Nutzen von diesem Schrot hat also die Stadt. Das ist ähnlich so, wie es der Herr Oberbürgermeister von der Stadt Ulm geschildert hat.

Zunächst wird der Eventualantrag Steinede (die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen mit dem Anheimgeben, noch Sachverständige über den Antrag zu hören) abgelehnt, darauf auch der Antrag Steinede in seiner ersten Form.

2. Antrag Frede auf Belegung der Fußwege der Luifenstraße mit Platten.

Stadtv. **Pusch:** Auf Veranlassung der Baukommission habe ich Gelegenheit genommen, mich von den Zuständen, die auf der Luifenstraße herrschen, durch den Augenschein zu überzeugen. Ich habe die Straße bei gutem und bei schlechtem Wetter begangen und muß anerkennen, daß auf die Dauer die Zustände nicht so bleiben können und eine Abänderung unbedingt wünschenswert ist. Die Baukommission, die sich sehr eingehend mit der Frage der Befestigung der Fußwege auf jener Straße befaßt hat, möchte Ihnen empfehlen, ihrer Entscheidung zuzustimmen, die dahin geht, den Magistrat zu ersuchen, die Fußwege möglichst umgehend in bessere Unterhaltung zu nehmen.

Stadtv. **Wesemeier:** Schon bei der Beratung des letzten Etats habe ich die Luifenstraße bei den Straßen, bezüglich deren ich erklärt habe, daß sie einer Verbesserung dringend bedürfen und mit Platten belegt werden müßten, aufgeführt. Wenn ich nun heute sehe, daß etwas für sie geschehen soll, möchte ich bitten, daß es nicht bloß bei dem Versprechen bleibt, denn es ist seit meiner Anregung nun schon bald ein Jahr hingegangen, und ein Loch nach dem anderen erscheint auf der Straße. So geht es auch mit der Cammannstraße und den übrigen Straßen, die ich schon früher benannt habe. Besonders hinweisen möchte ich noch auf die Juliusstraße. Ich habe Herrn Stadtbaurat Gebenzleben schon davon Mitteilung gemacht, daß dort zwei Grundstücke sind (Nr. 26 und 27), die nicht unterkellert sind, und vor denen sich Sümpfe bilden, so daß sich das Wasser direkt in die Häuser zieht. In dem einen hat man erst im vorigen Jahre neue Dielen legen lassen, aber die Unzuverlässigkeiten gehen schon wieder von neuem los, und es wird nicht lange dauern, dann stockt der Fußboden wieder weg. Es ist vielleicht eine Kleinigkeit, wodurch dem Übelstände abgeholfen werden kann. Genau wie hier geht es in einer ganzen Reihe von Straßen vor dem Wilhelmtore. Ich möchte nochmals bitten, es nicht nur bei Versprechungen zu lassen, sondern tatsächlich etwas für diese Straßen zu tun.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

Vorsitzender: Eingegangen ist ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Stegmann: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, schnellstens energische Maßnahmen zu ergreifen,

1. zur Beseitigung der Mißstände bei der Milchversorgung der Einwohner,
2. zur Beschaffung und gerechten Verteilung von Butter, Schmalz und sonstigen Fetten."

Ferner ist eine Anfrage von Herrn **D i e d m a n n** eingegangen:

„Die Fußwege an der Südseite des Gieselerwalles sind in einem jammernswerten Zustande schon seit Jahren, so daß die Einwohner nunmehr ernstlich eine Aufbesserung der Fußwege erwarten.

Welche Gründe liegen eigentlich vor, daß so plötzlich die bereits in die Wege geleiteten Verhandlungen betreffs Übernahme des Gieselerwalles aus dem staatlichen Betriebe in den städtischen wieder abgebrochen wurden?"

Ich werde den beiden Herren Gelegenheit geben, am Schlusse der öffentlichen Sitzung ihre Anträge und ihre Anfrage zu begründen.

3. Antrag **Steinede** auf Benennung des Scherbelberges im Bürgerparke nach dem verstorbenen **Promenadeninspektor Kreiß**.

Stadtv. Dr. **Rahlert**: Der Antrag des Herrn **Steinede** lautet:

„Bitte ergebenst, zur steten Erinnerung an die großen Verdienste, die sich der verstorbene Promenadeninspektor **Kreiß** um die Stadt Braunschweig erworben hat, dem sogenannten Scherbelberge im Bürgerparke den Namen „Friedrich-Kreiß-Berg“ zu geben.“

Ich glaube, Herr **Steinede** hat bei diesem Antrag wohl die ganzen Stadtverordneten hinter sich. Es ist zu begrüßen, daß wir diesem verdienstvollen Herrn ein Denkmal in den von ihm geschaffenen Anlagen setzen wollen, und gerade dieser sogenannte Scherbelberg würde als ein Naturdenkmal ersten Ranges geeignet sein, um dem verstorbenen Herrn Promenadeninspektor **Kreiß** eine Ehrung zuteil werden zu lassen, wie er sie sich wohl früher gedacht hat. Ich möchte deshalb im Namen der Statutenkommission, welche sich mit dieser Angelegenheit befaßt hat, den Antrag zur Annahme vorlegen. Es ist in der Sitzung allerdings auch darauf hingewiesen worden, im Bürgerparke für den Promenadeninspektor in irgend einer Weise ein anderes Denkmal zu schaffen, sei es in Form eines Gedenksteins oder eines Brunnens. Die Kommission hat sich aber hierüber nicht schlüssig werden wollen und können, da darauf hingewiesen ist, daß es nicht im Sinne des Verstorbenen gehandelt sei, ihm ein Denkmal zu errichten. Immerhin glaube ich, daß es später einmal an der Zeit sein wird, über diesen Punkt zu sprechen und einen Beschluß herbeizuführen. Ich bitte deshalb im Sinne des Antrages, zur Be-

nennung des Scherbelberges mit dem Namen Friedrich-Kreiß-Berg Ihre Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag wird angenommen.

4. Antrag Bues auf Bewilligung eines Zuschusses für die Fachschule des Vereins Braunschweiger Gastwirte.

Stadtv. **Frede:** Herr Bues hat den Antrag gestellt: „Hierdurch beantrage ich, dem Verein Braunschweiger Gastwirte aus der Kasse für die Umsatzsteuer 1000 *M* für Fachschulzwecke zu bewilligen.“ Ich füge gleich hinzu, daß Herr Bues darunter eine einmalige Unterstützung von 1000 *M* verstanden hat.

Der Verein Braunschweiger Gastwirte hat auf seine Kosten vor 25 Jahren eine Fachschule, also eine Fortbildungsschule für seine Lehrlinge, eingerichtet und sie auf seine Kosten auch bis heute unterhalten. Die Opfer, die er dafür gebracht hat, sind auch unsererseits anzuerkennen, denn die städtische Gewerbeschule ist ja gewissermaßen dadurch entlastet. Der Verein hat nun aber Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung dieser Fachschule bekommen. Beim Abschluß des Schuljahres 1914 ist ein Minus von 400 *M* aufgetreten, und in diesem Jahre ist ein noch größeres Defizit zu erwarten, nämlich 700 *M*. Die Handelskammer hat vorläufig den vorjährigen Betrag gestundet, aber die schlechten Zeiten bringen es mit sich, daß die Gastwirte keine erhöhten Aufwendungen für die Schule machen können, und das ist ohne weiteres von uns zuzugeben. Die Finanzkommission hat, nachdem von ihr die Verhältnisse eingehend gewürdigt sind, sich für Bewilligung dieser einmaligen Unterstützung ausgesprochen und bittet Sie, diese Unterstützung zu genehmigen.

Stadtv. **Munte:** Ich möchte erwähnen, daß in der Kommission von Seiten des Magistrats der Wunsch laut geworden ist, die Schule möchte an die Gewerbeschule angegliedert werden, und ich glaube auch, daß der Magistrat nur im Hinblick auf diese Zusicherung seine Zustimmung zur Leistung des Zuschusses geben wird. Es ist mir interessant gewesen, um deswillen mit einigen Gastwirten über die Sache zu sprechen. Sie haben mir gesagt, es wäre ihnen sehr erwünscht, wenn die obligatorische Angliederung der Fachschule an die städtische Gewerbeschule erfolge, denn die größten Gastwirte machten keinen Gebrauch von dieser Fachschule. Ein Gastwirt, der sieben Lehrlinge halte, schicke keinen einzigen dorthin, und auch ein anderes großes Hotel verfare ebenso.

Stadtv. **Kruse:** Ich habe vor etwa zwei Jahren ein Gesuch um Unterstützung unserer Fachschule eingereicht, und es wurde mir darauf von Herrn Stadtrat von

Frankenberg erwidert, daß es nicht angängig sei, darauf einzugehen, da in absehbarer Zeit eine Änderung des Fortbildungsschulwesens bevorstände; dann würde auch unsere Fachschule angegliedert werden. Es sind seitdem mehrere Jahre vergangen, und nichts ist in der Angelegenheit geschehen. Ich hatte Gelegenheit, in einer Sitzung der Beisitzer des Gewerbegerichts, wo die Frage angeschnitten wurde, zu hören, wie erklärt wurde, man wüßte nicht, wer die Kosten tragen würde, die nicht unerheblich wären. Inzwischen ist der Krieg eingetreten, und es wird noch lange Weile haben, bis diese Neuorganisation vor sich geht. Selbstverständlich sind wir gern bereit, uns anzuschließen, wenn unsere Schule ebenfalls besonders berücksichtigt wird wie andere Berufsstände, so daß wir unsere Lehrlinge zu einer Zeit zur Schule schicken können, wo wir sie entbehren können. Ich habe damals schon erwähnt, daß es uns erwünscht wäre, wenn der Unterricht obligatorisch würde, da wir vielen Verdruß dadurch haben, daß manche Geschäfte lässig sind und ihre Lehrlinge nicht zur Schule schicken. Daß aber gerade die größeren Geschäfte ihre Lehrlinge nicht schicken, ist wohl nicht ganz der Fall, einzelne mögen ja dazwischen sein. Das größte Geschäft dieser Art ist wohl die Aktiengesellschaft, und wir haben ständig 10 Lehrlinge zur Schule geschickt. Früher, als ich selbst das Geschäft besaß, haben die Lehrlinge die Schule besuchen müssen und jetzt erst recht. Wenn einzelne Geschäftsinhaber da sind, die das nicht verstehen wollen und nicht das Interesse ihrer Lehrlinge wahren, wie der Verein es wünscht, so bedauern wir das sehr. Wir sind bereit, sobald die Schule obligatorisch wird, uns der städtischen Fortbildungsschule anzuschließen.

Stadtrat von Frankenberg: Die Erklärung des Herrn Stadtv. Kruse bei seiner Stellung innerhalb des Vereins Braunschweiger Gastwirte ist jedenfalls sehr beachtenswert. Ich würde es allerdings gern sehen, wenn die Beteiligten angesichts der finanziellen Schwierigkeiten, die ihnen augenblicklich erwachsen sind, in nächster Zeit Schritte tun würden, um die Angliederung ihrer Fachschule an die städtische Fortbildungsschule in die Wege zu leiten. Die Kriegsverhältnisse werden es nicht zulassen, daß wir die obligatorische Fortbildungsschule noch während der Kriegsdauer einrichten; darüber werden wir uns ja einig sein, denn die Verhandlungen nicht nur hier, sondern auch mit der Regierung über den Zuschuß würden während der Kriegsdauer auf Schwierigkeiten stoßen. Wohl aber wäre es durchführbar, ähnlich wie wir es bei anderen Fachgruppen getan haben, eine Angliederung der Fachschule des Gastwirtevereins an unsere städtische Fortbildungsschule vorzunehmen, und wenn es den Bemühungen der Herren Stadtverordneten Kruse und Bues sowie anderer beteiligten Herren gelingen sollte, dies für den 1. April d. J. einzuleiten, so wird der Schulvorstand der Fortbildungsschule und

der Fortbildungsschulinspektor Heinemann gern dazu bereit sein. Die einmalige Zuwendung würde nur als eine Abschlagszahlung aufzufassen sein, und das Ziel, das uns und — wie ich annehmen darf — auch den Herren Stadtverordneten vor-
schwebt, wollen wir dabei nicht aus dem Auge verlieren. Der Magistrat wird sich auch amtlich mit dem Gastwirteverein ins Einvernehmen setzen, weil er Wert darauf legen muß, nicht nur die Antwort der beiden Herren hier, sondern auch des Vorstandes des Vereins zu hören, daß dieser der Angliederung der Fachschule an die städtische Fortbildungsschule auch noch vor der Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule geneigt ist.

Dem Antrage der Finanzkommission wird zugestimmt.

5. Anschaffung eines Schrankes für das Schulmuseum.

Stadtv. **Frede:** Herr Steinbrecher, der Referent für diesen Punkt, ist erkrankt, das Material ist mir eben hergelegt, ich werde kurz darüber berichten.

Es handelt sich um Unterbringung der Vögel Sammlung, deren Anschaffung seinerzeit mit Genehmigung der Versammlung geschehen ist. Die Vögel sind gesäubert, mit Mottenpulver versehen, es sind ihnen Glasaugen eingesetzt, und so ist die Sammlung zur Aufstellung hergerichtet. Nun wird es notwendig, daß sie Schutz gegen Verstaubung und Beschädigung erhält, und zu dem Zwecke soll ein Glasschrank gebaut werden, der von der städtischen Bauverwaltung zu 1900 *M* veranschlagt ist. Die Herren werden zugeben, daß es notwendig ist, solch eine wertvolle Sammlung vor Verfall zu schützen, und werden deshalb gleich der Schulkommission auch die 1900 *M* für Anschaffung des Schrankes verwilligen wollen.

Der Anschaffung des Schrankes wird zugestimmt.

6. Bericht über die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke nsw. für 1914/15.

Stadtv. **Tebbenjohanns:** Meine Herren, der Bericht über die Verwaltungstätigkeit der Gas- und Wasserwerke, der Neustadtmühle und des Abwäsepumpwerkes liegt Ihnen gedruckt vor. Ich bin überzeugt, daß Sie alle mit großem Interesse und vielem Vergnügen diesen Bericht durchgelesen haben. Die Stadt kann sich freuen, daß sie derartige Anlagen besitzt, deren Überschüsse einen wesentlichen Zuschuß zu den Ausgaben der Stadt bilden. Ich kann mich wohl darauf beschränken, aus dem Bericht einige wenige Zahlen anzuführen. Es sind für das Gaswerk mit den Neuanlagen insgesamt 6 083 186,83 *M* zur Ausgabe gekommen. Davon sind abgeschrieben 5 025 925,89 *M*, so daß der Buchwert dieser Anlagen

mit einem Betrage von 1 057 260,94 *M* besteht. Der Gewinn der Gaswerke beläuft sich im vergangenen Jahre auf 371 828,03 *M*. Ausweislich der Bilanz besteht ein Reservefonds von 224 455,99 *M*. Nicht minder günstig steht es mit dem Wasserwerke, das in seinen Anschaffungskosten mit 5 922 615,28 *M* beziffert wird, worauf 3 545 498,60 *M* abgeschrieben sind, so daß das Werk noch mit einem Betrage von 2 377 116,68 *M* zu Buche steht. Daraus sind gewonnen 177 529,20 *M*, und es ist ein Reservefonds gebildet von 342 602,44 *M*.

Es ist schon in der Kommission die Frage gestellt, ob es wohl richtig sei, die außerordentlich großen Abschreibungen weiter vorzunehmen. Die Kommission war aber der Meinung, daß man bei dem bewährten Verfahren, das bisher beobachtet sei, bleiben solle, da alle Überschüsse dem städtischen Haushalte zufließen kommen.

Über die Neustadtmühle liegt nur ein Betriebsabschluß mit einem Gewinn von 47 679,10 *M* vor. Es ist Ihnen bekannt, daß neben diesem zahlenmäßigen Gewinn ein außerordentlicher Vorteil der Neustadtmühle für die Stadt darin besteht, daß sie die Stadt in die Lage setzt, ihren Bewohnern in der jetzigen schwierigen Zeit durch die Eigenwirtschaft das Mehl zu erheblich billigeren Preisen zur Verfügung stellen zu können, als es sonst möglich wäre.

Als letztes finden wir in dem Berichte das Abwässerpumpwerk aufgeführt, welches nach dem Berichte einen städtischen Zuschuß von 38 093,73 *M* gegenüber einem Voranschlag von 37 709,50 *M* verursacht hat.

Nach dem an die Stadtverordneten gerichteten Schreiben des Magistrats sind aus den Reingewinnen der Gas- und Wasserwerke nach den Bestimmungen des Statuts vom 29. März 1909 vier Fünftel = 439 485,78 *M* dem Ausgleichsfonds und ein Fünftel = 109 811,45 *M* dem Ordinarium der Kammereikasse zu überweisen. Der Magistrat bemerkt weiter, daß die rechnerische Prüfung durch das Rechnungsbureau noch vorbehalten bleibt.

Die Finanzkommission hat dem Berichte nichts weiter hinzuzufügen, und ich nehme an, daß auch die Versammlung mit Vergnügen von dem Berichte Kenntnis nimmt.

Vorsitzender: Ich stelle den Bericht zur Besprechung. (Eine Wortmeldung erfolgt nicht.)

Ich stelle fest, daß die Versammlung den Bericht durch Kenntnisnahme als erledigt betrachtet.

7. Aufnahme eines Prozesses, betreffend die vertragsmäßig zu zahlenden Abgaben des Lichtwerks.

Stadtv. **Sander:** Es handelt sich um eine Klage, die die Straßeneisenbahngesellschaft gegen die Stadt angestrengt hat auf Herausgabe von 126 758,42 *M* von den pflichtmäßigen Abgaben, die die Straßeneisenbahngesellschaft an die Stadt für das Lichtwerk zu zahlen hat. Ich habe hier das Aktenmaterial, in dem die Klage begründet wird, und auch die Klageerwiderung und richte nun die Frage an Sie, ob Sie wünschen, daß ich Ihnen das Aktenmaterial vollständig mitteilen soll, oder ob Sie sich damit begnügen, wenn ich Ihnen die wichtigsten Punkte daraus vortrage Das letztere ist Ihnen, wie es scheint, das Genehmste.

Meine Herren, viele von Ihnen wissen, daß die Straßeneisenbahngesellschaft verpflichtet ist, von der Bruttoeinnahme ihres Lichtwerks, nachdem sie 7½ Pfg. pro gelieferte Seftowattstunde in Abzug gebracht hat, 25 Prozent an die Stadt jährlich abzugeben, mindestens aber für die ersten drei Jahre 200 000 *M*, für die nächstfolgenden Jahre 250 000 *M* usw. bis die Abgabe für 1928/29 mindestens 350 000 *M* beträgt. Für das verflossene Rechnungsjahr 1914/15 hat nun die Straßeneisenbahngesellschaft an die Stadt — ich weiß nicht genau, ich glaube, es waren 210 000 *M* abgeführt. Von diesen verlangt sie die 126 758 *M* zurück und begründet diese Rückforderung in der Klage mit dem § 10 des Vertrages vom 14. Mai 1913. Dieser Paragraph lautet folgendermaßen:

„Sollte die Unternehmerin durch Ursachen, deren Verhütung oder Beseitigung nicht in ihrer Macht stand, zeitweilig an dem unter normalen Verhältnissen zu erwartenden Stromabsatz ohne ihr Verschulden verhindert sein, so soll nach Verhältnis des Umstandes und der Dauer der eingetretenen Störung zu der gesamten Jahresleistung die Abgabe, und zwar gegebenenfalls auch die Mindestabgabe, nach billigem Ermessen der städtischen Behörden ermäßigt werden. Als störende Ursachen der fraglichen Art kommen in Betracht: Naturereignisse, Krieg, Aufstand, Brandschäden, Störungen im Maschinenbetriebe und in den Leitungen und ähnliche Vorkommnisse, die die Unternehmerin zeitweilig an der Erzeugung und Fortleitung des Stromes hindern.

Darüber, ob und in welchem Umfange die Voraussetzungen einer Ermäßigung der Mindestabgabe vorliegen, und in welchem Umfange darnach die Abgabe zu ermäßigen ist, entscheiden die städtischen Behörden; eine Anfechtung dieser Entscheidung durch Beschwerde oder mittels Anrufung der ordentlichen Gerichte ist der Unternehmerin nicht gestattet.

Die Unternehmerin kann jedoch beanspruchen, daß, falls ihrem Antrage nicht entsprochen wird, vor Abgabe der den städtischen Behörden vorbehaltenen Ent-

scheidung ein unparteiischer Sachverständiger gehört wird, um dessen Ernennung, falls beide Parteien sich über die Wahl nicht einigen können, Herzogliches Staatsministerium ersucht werden soll. Die durch Zuziehung des Sachverständigen entstehenden Kosten werden von jeder Partei zur Hälfte getragen.“

Die Gesellschaft begründet nun ihre Rückforderung damit, daß sie sagt: Sie hätte annehmen müssen, daß sie nach den zunehmenden Einnahmen in den vorhergegangenen Jahren für das Rechnungsjahr 1914/15 eine Zunahme an Einnahme von 150 000 *M* zu erwarten hatte; das sei aber nicht eingetroffen, es wären vielmehr 20 000 *M* weniger eingenommen als in dem Jahre vorher. Sie will nun von der gezahlten Summe 15 Prozent zurückhaben, was sich mit der von mir vorgetragenen Zahl deckt, und 10 Prozent will sie uns überlassen. Der Stadtmagistrat stellt den Antrag, die Klage der Straßeneisenbahngesellschaft zurückzuweisen, und begründet diese Abweisung damit, daß er behauptet, daß die Unternehmerin durchaus nicht durch den Krieg an Erzeugung und Fortleitung des Stromes gehindert wäre. Das ist auch der Fall, denn bei der Abfassung des Vertrages ist doch wenigstens nach meinem natürlichen Verstande, wohl nur daran gedacht worden, daß bei einem etwaigen Kriege Zerstörungen durch Bombardement, Fliegerbomben oder sonstige Zerstörungen dem Werke die Erzeugung des Stromes unmöglich machen würden, und das ist durchaus nicht der Fall. Es ist, Gott sei Dank, der Krieg nicht hierhergekommen, und Störungen in der Erzeugung und Fortleitung des Stromes sind nicht eingetreten. Die Straßenbahn sagt aber: Trotzdem bin ich im Absatz und in der Erzeugung des Stromes gehindert, und zwar dadurch, daß mir das Absatzgebiet genommen wurde. Durch den Krieg sind sountso viele Fabriken geschlossen, sountso viel Personen schränken sich im Lichtverbrauch ein, kurz und gut, die Abgabe des Stromes ist geringer geworden, infolgedessen bin ich in der Erzeugung ohne mein Verschulden beeinträchtigt. Das sind Fragen, über die das Gericht sich demnächst aussprechen wird.

Nun steht allerdings als wichtiger Punkt in dem Vertrage: „Eine Anfechtung dieser Entscheidung durch Beschwerde oder mittels Anrufung der ordentlichen Gerichte ist der Unternehmerin nicht gestattet.“ Trotzdem klagt die Unternehmerin und sagt: Das Verhalten des Magistrats bzw. die Ablehnung des Magistrats entspricht nicht der Billigkeit, und weiter sagt sie, daß der Vertrag dadurch, daß eine Partei einseitig darüber bestimmt, ob die Entschädigung gezahlt werden soll, gegen die guten Sitten verstoße, und nach den §§ 315 und 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sei eine Klage deshalb wohl anhängig zu machen.

Der Magistrat sagt hierüber: „Auch davon kann keine Rede sein, daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstieße. Wenn die Parteien vereinbart haben, daß die städtischen Behörden endgültig darüber bestimmen sollen, ob ein bestimmter

Umstand ihnen Veranlassung dazu gibt oder nicht, die vertragsmäßige Leistung der Klägerin zu ermäßigen, so kann man doch sicherlich nicht sagen, daß es sich um ein solches Rechtsgeschäft handle, welches nach seinem aus der Zusammenfassung von Inhalt, Motiv und Zweck zu entnehmenden Gesamtcharakter nach den objektiven Momenten gegen die guten Sitten verstoße.“ Es wird dabei hingewiesen auf die Entscheidungen des Reichsgerichts, Band 63, Seite 350, und weiter gesagt, es müsse somit die Frage ganz außer Betracht bleiben, ob die Entscheidung der städtischen Behörden als billig oder unbillig zu betrachten ist.

Dieses sind die Gründe, die der Magistrat gegen die Auffassung der Straßen-eisenbahngesellschaft hat. Die Statutenkommission hat die Sache vorberaten und steht in allen Punkten auf dem Standpunkte des Magistrats, empfiehlt Ihnen also, dem Antrage des Magistrats Folge zu geben und die Genehmigung zur Aufnahme des Prozesses zu erteilen.

Die Versammlung ist mit Aufnahme des Prozesses einverstanden.

8. Beschaffung von Mobiliargegenständen für eine Klasse der Studienanstalt.

Stadtv. **Selle:** Nach den Mitteilungen des Schuldirektors Professor Krüger muß zu Ostern 1916 die 6. Klasse der Studienanstalt eingerichtet werden. Es sind dazu bereits einige Mobiliarteile vorhanden. Es wird dagegen noch erforderlich die Anschaffung eines Schrankes und von 8 Bänken, außerdem ist eine Wandtafel umzuändern. Die hierdurch erwachsenden Kosten berechnen sich auf 420 M. Da nun die Gegenstände schon Ostern benutzt werden müssen, so ist von Einstellung in den nächstjährigen Voranschlag Abstand genommen, und es wird vom Magistrate anheimgegeben, die Summe besonders verwilligen zu wollen. Die Schulkommission hat sich diesem Vorschlage angeschlossen und empfiehlt Ihnen, der Ausgabe zuzustimmen.

Dem Antrage der Schulkommission wird entsprochen.

9. Erhöhung des Fahrttarifs für Pferdebesitzer.

Stadtv. Dr. **Rahlert:** Als wir vor wenigen Wochen hier zu beraten hatten über die Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der Kraftfahrzeuge, habe ich schon vorausgesehen, daß auch die Pferdebesitzer bald kommen würden, um den Wunsch auszusprechen, ihnen zu gestatten, einen erhöhten Tarif resp. einen Zuschlag zu ihrem Tarife zu genehmigen. Das ist jetzt geschehen, und es ist nicht mehr als recht und billig, daß wir auch diesem Gewerbebezweige Konzessionen machen. Haben doch die Pferdebesitzer in jeder Weise schwere Zeiten durchzu-

machen und besonders auch die Droschkenbesitzer beim Erwerbe ihres Lebensunterhalts schwer zu kämpfen. Ich will mich kurz fassen. Vom Verein der Pferd-droschkenbesitzer in der Stadt Braunschweig ist an die Polizeidirektion das Ersuchen gerichtet, daß ihnen gestattet werde, für jede Fahrt ein Mehr von 25 Pfg. pro Person zu erheben. Nach mehreren Hin- und Herschreiben ist der Polizeipräsident in der Lage, dem Magistrat zu empfehlen, diesem Antrage beizustimmen. Die Stadtverordneten werden um ihre gutachtliche Äußerung ersucht, ob dem Antrage stattgegeben werden soll. Unter den augenblicklichen Verhältnissen, wo das Futter und das Lederzeug für die Geschirre, ebenso auch die Arbeitskräfte so überaus teuer bezahlt werden müssen, hielt es auch die Statutenkommission für angebracht, dem Gesuch zu entsprechen, und ich habe den Auftrag, Ihnen zu empfehlen, dem Antrage beizustimmen. Es wird vorgeschlagen, bei jeder Tagesfahrt mit 1 oder 2 Fahrgästen einen Zuschlag von 25 Pfg. für jeden Fahrgast zu erheben.

Stadtv. Wesemeier: Ich bin dafür, daß man den Droschkenhaltern dieses Zugeständnis macht, denn es ist zweifellos, daß ihre Aufwendungen erheblich gestiegen sind. Nur muß ich entschieden bestreiten, daß die Arbeitskräfte heute so ungeheuer teuer wären. Wenn geschrieben wird, die Arbeiter bekämen einen hohen Lohn, so entspricht das nicht den Tatsachen. Ich weiß, daß die Fuhrleute bei Friede gegenüber den Friedenszeiten einen um 1 *M* höheren Lohn erhalten haben, und das kann unter keinen Umständen als eine besonders hohe Löhnung für die Arbeitskräfte bezeichnet werden. Das möchte ich festgestellt wissen, damit die Behauptung nicht unwidersprochen in die Öffentlichkeit geht.

Stadtrat von Franckenberg: Ich will den Ausführungen des Herrn Wesemeier nicht widersprechen, möchte aber darauf hinweisen, daß immerhin für den Droschkentarif die von der Firma Friede bei den Möbelwagen, bei der Bahnspedition usw. gezahlten Löhne nicht maßgebend sein können.

Die Versammlung ist mit der vorgeschlagenen Erhöhung einverstanden.

10. Instandsetzung von Unterrichtsräumen für die kaufmännische Fortbildungsschule.

Stadtv. Frede: Die kaufmännische Fortbildungsschule hatte die Erdgeschoßräume in dem früheren Amtsgerichtsgebäude auf der Auguststraße inne und hat diese Räume am 1. Oktober vorigen Jahres verlassen müssen, da dieselben von den Kriegsschädigten, die dort Unterricht empfangen, eingenommen werden mußten. Es hat anderweitig Raum für die kaufmännische Fortbildungsschule beschafft

werden müssen, und der hat sich gefunden in dem zweiten Obergeschoß dieses Gebäudes, das aber nicht ohne weiteres zu unterrichtlichen Zwecken zu gebrauchen ist. Die Herrichtung dieser Räume unter Aufsicht des Herzoglichen Hochbauamts erfordert einen Kostenaufwand von rund 1600 *M*. Nach dem Abkommen, welches zwischen dem Staate, der Stadt und der Handelskammer besteht, hat jede dieser drei Parteien ein Drittel der laufenden Ausgaben und auch der einmaligen Ausgaben bei besonderen Aufwendungen zu tragen. Das Herzogliche Staatsministerium hat sich bereit erklärt, den Anteil, welcher auf den Staat entfällt, zu tragen, der Magistrat ist auch dazu bereit und bittet die Stadtverordneten, einen Betrag von bis zu 535 *M* als Zuschuß zu diesen Instandsetzungsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Die Schulkommission bittet Sie, darin einzuwilligen.

Der verlangte Betrag wird bewilligt.

11. Gewährung einer Entschädigung an die Gesellschaft Lufthafen Braunschweig.

Stadt v. **Niede:** Die Gesellschaft Lufthafen hat die Bitte an den Magistrat gerichtet, ihr für das Gelände am Bienröder Wege, das sie zur Bewirtschaftung durch hiesige Einwohner zur Verfügung gestellt hat, die Wegegeldbeiträge und die Beiträge an die Feldmarksgemeinde zu ersetzen. Von dem ganzen rund 53,79 ha großen Gelände hat sie anderweitig verpachtet 9,75 ha, seitens der Stadt werden also 44,04 ha benutzt. Von den Feldmarksgemeinden werden zur städtischen Wegebaukasse zwei Pfennig pro Ar und zur Gemeindekasse vier Pfennig pro Ar, zusammen also sechs Pfennig pro Ar Ar erhoben, so daß auf den von der Stadt ausgenutzten Teil des Geländes 264,24 *M* Beiträge für das Jahr entfallen. Der Stadtmagistrat macht allerdings geltend, daß bei den früheren Verhandlungen die Erstattung der Beiträge nicht berücksichtigt sei, empfiehlt aber, aus Billigkeitsgründen der Bitte zu entsprechen. Ich bin bei Prüfung der Sache zu dem gleichen Entschlusse gekommen und habe das auch in der Finanzkommission vertreten. Die Finanzkommission hat sich auch voll und ganz dem Antrage angeschlossen. Neuerdings ist nun wieder ein anderes Schreiben der Lufthafengesellschaft eingegangen, welches den Anteil an dem Ertrage der Jagd an den Gemeindeländereien betrifft, und darnach fallen von diesen Erträgen für den von der Stadt benutzten Teil des Geländes uns 44,04 *M* zugute. Um diesen Betrag würde sich also die zu ersetzende Summe ermäßigen, so daß der ganze Betrag sich nur noch auf 220,20 *M* stellen würde. Die Finanzkommission gibt Ihnen durch mich anheim, den Antrag zu genehmigen.

Die 220,20 *M* werden bewilligt.

12. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore.

Stadtv. **Weyerhoff**: Meine Herren, Sie werden mir gestatten, daß ich Ihnen kurz die Vorlage verlese. Der Magistrat schreibt in dieser Angelegenheit:

„In den Verhandlungen wegen Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore war unter dem 28. Dezember 1913 von uns in Vorschlag gebracht, als Ersatz für den event. fallenzulassenden beschlossenen Bau

1. eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen an der Steintorbrücke, und
2. ein Pissoir an der Nordwestecke des städtischen Museums in Aussicht zu nehmen und zu errichten. Von den den geehrten Herren dementsprechend unterbreiteten Anträgen ist in der Sitzung der Stadtverordneten vom 15. Juni der unter 1 bezeichnete angenommen, der unter 2 angeführte dagegen verworfen. Eine Einigung über das, was bei Aufgabe des projektierten Baues geschehen solle, war also nicht erzielt.

In dem weiteren Verlaufe der Verhandlungen haben die geehrten Herren dann dem von uns vorgelegten Entwurfe für den Bau einer unterirdischen Bedürfnisanstalt an der Steintorbrücke zugestimmt, bezüglich der Errichtung des Pissoirs am Magnitore aber in der Sitzung vom 17. September vorigen Jahres beschlossen, die Angelegenheit — wegen der Schwierigkeit der Auswahl eines geeigneten Platzes — einstweilen zurückzustellen.

In Übereinstimmung mit den geehrten Herren sind wir nun nach wie vor der Ansicht, daß die Aufstellung des Pissoirs am Magnitore mit Rücksicht auf den daselbst herrschenden starken Verkehr unerläßlich ist; und wir haben uns deshalb bemüht, eine andere Stelle dafür ausfindig zu machen, welche einerseits in Rücksicht auf den Verkehr günstig liegt, und auf der andererseits die Anstalt durch eine passende Bepflanzung den Blicken tunlichst entzogen werden kann. Auf unsern Antrag hat sich nun das Herzogliche Staatsministerium bereit erklärt, die Genehmigung zur Errichtung dieser Anstalt auf der hinter dem Abortgebäude des Wilhelm-Gymnasiums belegenen und zu dessen Grundstück gehörenden Okerböschung zu erteilen, und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Die Genehmigung wird auf jederzeitigen Widerruf gegen eine jährliche Anerkennungsgebühr von 1 *M* erteilt.
2. Der Anbau ist in derselben Bauart und aus demselben Material zu errichten wie das Abortgebäude.
3. Der Zugangsweg ist unmittelbar hinter der Brückeneinfriedigung bei der im Lageplane bezeichneten Stelle abzuweichen. — Der Plan hängt aus, es kann jeder der Herren denselben einsehen.

4. Der Zugangsweg ist an der Westseite mit einer genügenden Schutz gegen Übersteigen bietenden Einfriedigung gegen die zum Gymnasialgrundstück gehörige Okerböschung (Westseite) abzuschließen.

5. Der Zugangsweg sowie das Gebäude sind, soweit erforderlich, durch Geh- und Buschpflanzungen zu verdecken.

6. Die Ausführung und die ordnungsmäßige Unterhaltung der ganzen Anlage ist seitens der Stadt unter Aufsicht des Herzoglichen Hochbauamts hier zu bewirken.

7. Die Kosten der ganzen Anlage trägt die Stadt.

Den in unserem Auftrage vom städtischen Tiefbauamt aufgestellten und beigefügten Entwurf, welcher den genannten Bedingungen entspricht, halten wir für zweckentsprechend und geben daher den geehrten Herren anheim, der Errichtung der Anstalt nach diesem Entwurfe und unter den vom Herzoglichen Ministerium gestellten Bedingungen zuzustimmen, und die nach dem beigefügten Kostenanschlage zu 3000 M berechneten Kosten zu Lasten des Kap. IX des ordentlichen Etats zu verwilligen.“

Die Materie hat der Baukommission zur Beratung vorgelegen. Sie gibt Genehmigung der Vorlage anheim und spricht zugleich ihre Befriedigung aus, daß dieser Rattenkönig endlich einmal aus dem öffentlichen Leben verschwindet, denn es war schon nicht mehr schön, als Stimmen gegen das erste, dann gegen das zweite Projekt geltend gemacht wurden und so immer weiter. Ich kann erwähnen, daß dieser jetzt gewählte Platz schon bei früheren Erwägungen in Aussicht genommen war, aber er war nicht zu bekommen, weil von Seiten des Direktoriums des Wilhelm-Gymnasiums die Befürchtung erhoben wurde, daß bei Westwind womöglich die Klassenzimmer der Schule verpestet würden. Wir können uns freuen, daß nun endlich eine Einigung erzielt ist, und ich bitte Sie namens der Baukommission, Ihre Zustimmung zu dem Projekte zu geben.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

13. Gewährung einer Beihilfe an die Stiftung Mägdeheim.

Stadtv. Munte: Das Mägdeheim auf der Auguststraße, das sich auch mit Stellenvermittlung für Köchinnen und Mädchen für den Haushalt befaßt, hat eine starke Verminderung seiner Einnahmen zu verzeichnen, da der angeführte Zweig seiner Tätigkeit durch den Krieg stark gehemmt worden ist, während die Ausgaben, die solch eine Stiftung für Miete und Bezahlung seiner Beamten hat, eher gestiegen als gefallen sind. Es wäre nun nicht wünschenswert, wenn diese gemeinnützige Anstalt zugrunde gehen sollte. Der Stadtmagistrat ist deshalb geneigt, ihr

helfend beizuspringen und schlägt in einem Schreiben an die geehrten Herren vor, man möchte dies in der Weise bewirken, daß wir dem Mägdeheim 1500 *M* — das ist der Betrag, den es selbst für ausreichend gehalten hat — zuwenden in der Weise, daß 1000 *M* aus den Mitteln der Jüdelstiftung Abtheilung III und 500 *M* aus der Luise-Ottmer-Stiftung, Abteilung für gemeinnützige Zwecke, dem Mägdeheim gezahlt werden. Die Finanzkommission hat sich mit dem Vorschlage des Magistrats einverstanden erklärt, und auch der Vorstand der Jüdelstiftung hat vorbehaltlich Ihrer Genehmigung der Auszahlung der Beihilfe zugestimmt. Ich möchte bitten, dem Antrage des Stadtmagistrats stattzugeben.

Die Versammlung ist mit Gewährung der Beihilfen aus den genannten beiden Stiftungen einverstanden.

14. Dringlichkeitsantrag Stegmann auf Ergreifung von Maßnahmen zur Milchversorgung der Einwohner, zur Beschaffung und gerechten Verteilung von Butter, Schmalz und sonstigen Fetten, und Festsetzung eines Höchstpreises für Quark.

Wortlaut des Antrages i. S. 378.

Stadtb. **Stegmann** (zur Begründung): Als im Sommer 1914 bei Ausbruch des Krieges die Grenzen für die Ein- und Ausfuhr gesperrt wurden, hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, um bei längerer Kriegsdauer dem Mangel in Getreide vorzubeugen, eine Regelung der Getreideversorgung des deutschen Landes vorzunehmen, indem sie das Getreide beschlagnahmte und den freien Verkehr des Getreides ausschloß. Die Regelung, die dazu bestimmt ist, jedem das nötige Quantum an Brot und Mehl zuzuführen, geschah bekanntlich durch die Brotkarten. Wenn nun auch bei dieser Regelung noch gewisse Mängel vorhanden sind, namentlich die schwer arbeitende Bevölkerung nicht so viel Brot bekommt, wie sie haben müßte, so steht doch fest, daß das System durchaus nicht schlecht, wenn auch unvollkommen ist. Immerhin hat doch jeder seinen Anspruch und bekommt sein bestimmtes Quantum. Bedauerlich ist es, daß die Reichsregierung nicht vorgegangen ist bezüglich der anderen wichtigsten Volksnahrungsmittel: Kartoffeln, Fleisch, Milch, Butter. Wohl sind seitens des Bundesrats zahllose Verordnungen ergangen, eine hat die andere gejagt, aber es waren alles nur Halbheiten. Man hat die Ausfuhr der Regelung abgeschoben von der Reichsregierung auf die Gemeinden, und bei alle den Halbheiten ist nichts herausgekommen, was wirklich Hilfe schafft.

Wie es immer der Fluch der Halbheit ist, daß sie das Übel nicht beseitigt, zum Teil sogar noch vergrößert, so haben wir auch hier viele Fälle zu verzeichnen, wo der Mißstand nicht beseitigt ist.

Da die Reichsregierung den Gemeinden viele der Regelungen zugewiesen hat, so hat auch unsere Stadt Braunschweig Maßnahmen ergriffen, um Lebensmittel zu beschaffen und sie der Bevölkerung zuzuführen. Zunächst möchte ich einige Worte über den Mangel an M i l c h sagen, weil es in dem ersten Punkte meines Antrages heißt, der Magistrat möge ersucht werden, Maßnahmen zu ergreifen, um die Mißstände bei der Milchversorgung unserer Einwohner zu beseitigen.

Meine Herren, Sie wissen, daß bis zum vorigen Herbst ein eigentlicher Mangel an Milch nicht bestand. Man möchte sagen: fast plötzlich trat er auf. Im Oktober, November sah man, daß die Milch knapp wurde, und daß eingegriffen werden mußte. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Grünfütterung aufgehört hatte und nicht genug Kraftfuttermittel geliefert wurden, so daß die Milchproduktion schon dadurch sich reduziere. — Wenngleich dies zweifellos richtig ist, steht aber auch fest, daß aus einem anderen Grunde ein Mangel an Milch eingetreten ist, und zwar deshalb, weil man in den Kreisen der Produzenten mit dem Preise nicht zufrieden war. Als es nicht gelang, den Preis höher zu treiben, ist die Milch zurückgehalten worden. Es geht das aus der Molkereizeitung, die mir vorliegt, hervor, worin behauptet wird, daß eine große Menge Milch auf dem Lande verfüttert wird, anstatt sie der Stadt zuzuführen. In der Molkereizeitung heißt es sogar, daß in eigen-nütziger und böswilliger Absicht die Milch zurückgehalten werde.

Es ist ja nun von der Stadt auch eine Maßnahme getroffen, um eine Regelung der Milchversorgung vorzunehmen, indem M i l c h k a r t e n eingeführt sind. Leider war das ein Schlag ins Wasser, denn nicht jedem einzelnen Bewohner unserer Stadt, nach Verhältnis der Größe der Familien, ist der Milchbezug gesichert, so daß die Milchkarte nur ein ungenügendes Aus Hilfsmittel geblieben ist. Nur die Säuglinge, die stillenden Mütter und jüngeren Kinder, sowie auch Kranke bekommen Milchkarten, die übrige Bevölkerung bekommt für ihren Hausbedarf nichts, wenn nach Versorgung der Genannten keine Milch mehr vorhanden ist. Es hat sich aber auch herausgestellt, daß trotz dieser Milchbezugskarten selbst von denjenigen, die bevorzugt sind, eine ganze Menge Personen nicht das ihnen zustehende Quantum bekommen können. Die Milchhändler kümmern sich so gut wie gar nicht um die ausgegebenen Karten, und auch die Bezieher selbst kümmern sich fast ebenso wenig darum, zeigen sie nicht vor, um zu beweisen, daß sie ein Recht auf den Bezug eines bestimmten Quantums Milch haben. So sind mir Fälle bekannt geworden, daß ganze Familien mit jüngeren Kindern und mit Säuglingen nicht zu ihrem Rechte gekommen sind. Eine Familie, die vier Liter Milch

zu beanspruchen hatte, was sie allerdings nicht hätte bezahlen können, hat nur ein Liter Milch bekommen, eine andere, die Milchkarten von einer Stiftung bekommen hatte, konnte überhaupt keine Milch bekommen, und eine Menge Leute haben wochenlang für ihren Hausbedarf überhaupt keine Milch bekommen. Die städtische Preisprüfungsstelle hat sich darauf mit der Frage befaßt, und Herr Stadtrat von Frankenberg sagte zu, daß eine schärfere Regelung vorgenommen werden sollte. Es wurde auch eine amtliche Bekanntmachung erlassen, wonach unbedingt die Milchkarten bei Entnahme von Milch schriftlich unterzeichnet oder unterstempelt werden sollten, um so eine Kontrolle herzustellen, ob die Betreffenden ihre Milch auch wirklich bekommen. Trotzdem ist alles beim alten geblieben; die Milchhändler verlangen weder die Milchkarten noch unterschreiben sie sie. Wer einen Milchhändler an der Hand hat, kann viel Milch und sogar mehr bekommen, als er zu beanspruchen hat. Hat ein Milchhändler nicht genügend Milch, so scheidet er die aus, die nicht zahlungskräftig sind, oder die borgen, oder die ihm sonst einen Grund dazu geben.

Also die Herausgabe der Milchkarten ist ein Schlag ins Wasser, und es ist unbedingt nötig, daß durch eine städtische Regelung allen Leuten etwas geboten wird. Es ist festgestellt, daß wir diese Bevorzugung der Kinder, Kranken usw. vornehmen können, und daß noch 4—5000 Liter Milch für die übrige Bevölkerung übrigbleiben, und trotzdem gibt es viele in der Stadt, die nichts bekommen. Das geht doch nicht; wenn wir eine solche Regelung treffen, muß sie auch funktionieren. Gestern erst wieder habe ich erfahren, daß in einem Hause auf der Beckenwerferstraße ein Ehepaar regelmäßig ein Liter Milch bekommt, während ein anderes parterre wohnendes seit Wochen nichts bekommen hat. Die betreffende Händlerin hat einfach erklärt: „Ich habe für Sie nichts übrig, erst muß ich meine früheren Kunden versorgen.“ Eine andere Milchhändlerin aus Riddagshausen, der man die Milchkarte vorgezeigt und Milch vor ihr abgefordert hat, erklärte einfach: „Ich kümmere mich überhaupt nicht um diese Karten.“ Solche Fälle liegen in Masse vor. Jedenfalls herrscht ein allgemeiner Mangel, und es ist erwiesen, daß diese Karten wenig oder gar nicht beachtet werden. Deshalb habe ich meinen Wunsch um eine Besserung an den Magistrat gerichtet, und ich glaube, daß auch die Stadtverordnetenversammlung der Ansicht ist, daß hier eine bessere Regelung getroffen werden muß. Die Karten müßten mindestens mit Feldern versehen sein, in denen eine handschriftliche Eintragung oder Stempelung vorgenommen werden könnte, und dann muß selbstverständlich auch eine Kontrolle vorgenommen werden, wenn man nicht Milchkarten für die ganze Bevölkerung einführen will, was ich für das Richtige halte. Das würde allerdings viel Arbeit machen. Die jetzt ausgegebenen Milchkarten sollen für drei, höchstens sechs Wochen gelten. Die sechs Wochen sind

herum, aber ich bezweifle, daß viele Karteninhaber sich neue Karten haben ausstellen lassen. Es ist notwendig, daß eine durchgehende Regelung und eine Kontrolle stattfindet, die wiederholt vorgenommen wird, damit alle unsere Einwohner in die Lage kommen, Milch zu erhalten, und selbst diejenigen, die keine Vorzugskarten für Milch haben, auch Milch für den Hausgebrauch bekommen.

Viel schlimmer als mit der Milchversorgung liegt es, wie wir alle wissen, mit der Versorgung der Bevölkerung mit Butter und Fett, trotz der Wucherpreise, die wir tatsächlich haben. Denn der Preis für Butter war von 1,30 *M* bis 1,50 *M* vor dem Kriege auf 2,80 *M*, 3,00 *M*, ja bis 3,50 *M* im Oktober und November in die Höhe getrieben worden, somit um rund 100 Prozent, so daß man nicht anders als von Wucherpreisen reden kann. Immerhin war damals noch Butter vorhanden, als die hohen Preise im Spätherbst verlangt wurden. Wer sie zahlen konnte, der konnte auch Butter bekommen. Seit Ende November aber traf Butterknappheit ein, die sich nun zu einer Butternot ausgewachsen hat. Dasselbe ist mit dem Fett der Fall.

Es wurde schon von mir gesagt, daß als Grund der Butternot angeführt wurde: Die Grünfütterung ist zu Ende, Kraftfutter gibt es nicht, und das wirkt auf die Butterproduktion. Das wird aber von sachverständiger Stelle bestritten und der Mangel auf den Eigennutz der Landwirte zurückgeführt. Hierzu ist zu bemerken, daß seit einiger Zeit vom Auslande größere Quantitäten Futtermittel eingeführt werden, und daß uns magistratsseitig gesagt worden ist, es werde jetzt ein größeres Quantum davon an die Milchproduzenten verteilt. Man sollte deshalb meinen, daß das angeführte Argument hinfällig wäre, und muß annehmen, daß noch etwas anderes mitgesprochen hat, um den Buttermangel zu verursachen. Ich sagte schon: Damals, als die Preise hoch waren, war Butter noch in ziemlichen Quantitäten vorhanden, mit demselben Augenblicke aber, als von der Reichsregierung der Höchstpreis auf 2,55 *M* festgesetzt wurde, war die Butterknappheit mit einem Male vorhanden, so daß man nicht anders annehmen kann, als daß die Butter absichtlich zurückgehalten wird, damit die hohen Preise bis über 3 *M* festgehalten werden. Es war ein verkehrtes Vorgehen seitens der Preisprüfungsstelle und des Magistrats, daß der Butterpreis, nachdem er für die Stadt Braunschweig auf 2,40 *M* und herabgehend für den 15. Dezember auf 2,20 *M* festgesetzt war, nachher wieder auf 2,55 *M* hochgeschraubt wurde. Zu der Ansicht müssen Sie kommen, wenn Sie bedenken, daß der Herstellungspreis bei den jetzigen Milchpreisen sich höchstens auf 1,60 *M* stellt, wie von sachmännischer Seite zugegeben wird. Darnach werden Sie zugeben, daß schon bei 2,20 *M* als Höchstpreis ein bedeutender Gewinn für die Produzenten herauspringt. Sie haben gesehen, daß das, was durch Erhöhung des Höchstpreises erreicht werden sollte, nämlich, daß

Butter nach Braunschweig käme, nicht eingetreten ist. Im Gegenteil, weil nun einmal Höchstpreise von der Reichsregierung festgesetzt waren und die Preise nicht höher bleiben konnten, verschwand die Butter plötzlich überall, und es war ganz egal, ob ein Preis von 2,30 *M* oder 2,55 *M* bestanden hätte. Nirgend war Butter vorhanden. Es wurde wiederholt in der Presse und von Sachverständigen gefordert — und auch an die Regierung sind derartige Gesuche gerichtet worden, auch in der hiesigen Preisprüfungsstelle ist das verlangt —, daß man ein Ausfuhrverbot in den einzelnen Landesteilen erlassen sollte, um die Butter im Lande zu behalten, aber unsere Landesregierung und auch die Reichsregierung stand auf dem Standpunkte, dies sei eine verkehrte Maßnahme und führe zu keiner Besserung. Aber ich bezweifle, daß das der Fall ist. Wir müssen bedenken, daß unser Herzogtum im ganzen doch ein agrarisches Land ist. Wenn wir die Stadt Braunschweig weglassen, dann bleibt nicht viel mehr als das platte Land, und fast in jedem Orte ist eine Molkerei. Im Herzogtum Braunschweig haben wir 105 Genossenschaftsmolkereien ohne die im privaten Besitz befindlichen Molkereien, und da sollte nicht so viel Butter geschaffen werden, wie wir in unserem Lande gebrauchen? Ich glaube doch bestimmt, daß das der Fall ist! Auf die Butter von auswärts sind wir im Lande Braunschweig nicht angewiesen, im Gegenteil, unsere Molkereien haben ständig große Quantitäten Butter nach Magdeburg, Hamburg und Hildesheim ausgeführt. Namentlich ein Großfiß in Hildesheim hat ganz bedeutende Mengen von Braunschweiger Butter vertrieben. Wäre das nicht geschehen, so hätten wir Butter genug gehabt. Jetzt allerdings, nachdem vom Reiche bestimmt ist, daß es nicht mehr zulässig sein soll, Ausfuhrverbote zu erlassen, ist in der Beziehung nichts zu machen. Als nachteilig für uns kommt außerdem noch hinzu, daß seit 1. Januar große Molkereien, die 500 000 Liter oder mehr verarbeiten, 15 Prozent ihrer Produktion an die Zentraleinkaufsgenossenschaft abführen müssen. Aber wie jetzt die Dinge liegen, kann es doch nicht weitergehen. Viele Familien sind nicht in der Lage gewesen, ein Stückchen Butter zu bekommen. Höchstens bekamen sie einmal ein halbes Pfund, und dann wieder vierzehn Tage lang nichts. Ich kann auch unter den hier anwesenden Kollegen einige anführen, denen es so gegangen ist. Der große Konsumverein z. B. hat an Butter fast nichts beschaffen können, nur dann und wann einige Zentner. Herr Ohlendorf kann nähere Angaben darüber machen.

Es ist ja sehr dankenswert, daß der Magistrat den Versuch unternommen hat, ausländische Butter zu erhalten, aber die 20 Zentner, die er bekommen hat, sind doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. So gut es auch ist, wenn wir ausländische Butter bekommen, so sollte man doch nicht in die Ferne schweifen. Die Stadt müßte sich mit der Landesregierung in Verbindung setzen und dahin wirken,

daß die Braunschweiger Molkereien, wenn nun einmal kein Ausfuhrverbot erlangt werden kann, doch gezwungen werden, ein bestimmtes Quantum ihrer Butter an die braunschweigischen Städte zu liefern. Die Möglichkeit, solche Maßnahmen zu treffen, ist vorhanden, denn es ist gestattet, derartig zu verfahren, und ich sehe nicht ein, warum das nicht geschehen sollte. So haben z. B. zwei Molkereien in der Nähe von Stralsund ein bestimmtes Quantum pro Kopf der Bevölkerung, je nach dem Quantum, das sie selbst herstellen, nach Stralsund zu liefern. Warum sollte das bei uns nicht gehen, daß eine ähnliche Bestimmung für das ganze Herzogtum ergeht? Man könnte auch so verfahren, wie es in Süddeutschland geschehen ist. Bayern, Württemberg und Baden haben sich verständigt und haben eine Zentralstelle geschaffen, in der die Butter zusammenfließt und an die Städte verteilt wird. Auch hier könnte ein ähnlicher Vorschlag, wie er in der Preisprüfungsstelle gemacht ist, verwirklicht werden. Das Herzogtum könnte sich mit den Provinzen Hannover, Sachsen und mit Anhalt in Verbindung setzen, eine Zentralstelle schaffen und dadurch den Städten eine Versorgung schaffen.

Daselbe, was ich von der Butter gesagt habe, bezieht sich auch auf die M a r g a r i n e. Auch die gibt es einfach so gut wie gar nicht mehr, da die Rohprodukte, die zum Teil aus dem Auslande kommen, nicht zu haben sind. Und mit dem S c h m a l z ist es ebenso. Die Frauen müssen die halbe Stadt ablaufen, um einmal ein halbes Pfund Schmalz zu bekommen. So angenehm es ist, Marmelade auf dem Brote zum Kaffee zu essen, so muß man doch sagen: Wenn es immer Marmelade und immer wieder Marmelade gibt, dann wird man der Sache doch überdrüssig, und bei schwerer Arbeit kann keiner damit bestehen. Der Schmalzmangel ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die meisten Schlächter nur halbfette Schweine schlachten können, die wenig Flomen haben. Sie werden aber auch in der Presse gelesen haben, daß ein hiesiger Schlächtermeister gelegentlich der Zurückweisung eines gegen ihn erhobenen Vorwurfs u. a. erklärte, daß die hiesigen Wurstfabriken Abschlüsse getroffen hätten, wonach fast alles Schmalz nach auswärts ginge. Niemand hat dem widersprochen, und so muß es wohl zutreffend sein. Da in Braunschweig allwöchentlich Hunderte von Schweinen geschlachtet werden, gehen mithin dauernd große Quantitäten Schmalz nach auswärts, während hier der größte Mangel herrscht. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, daß der Magistrat oder die Landesregierung, wenn Verträge mit auswärtigen Beziehern vorliegen — das Schmalz soll nach Hamburg gehen —, darauf dringen, daß es hier bleibt. Ich glaube aber, daß es möglich ist, die Wurstfabrikanten zu zwingen, wenigstens einen größeren Teil des Schmalzes in Braunschweig zu lassen, es da zu lassen, wo es produziert und dringend nötig gebraucht wird.

Sodann wäre es nötig, daß auch eine gerechtere Verteilung der Butter und des Fettes stattfindet. Ich will dazu keine direkten Vorschläge machen. In verschiedenen Städten sind Butter- und Fettarten eingeführt. Ich glaube allerdings, daß es eine schwierige Sache ist, und wenn man einen durchgreifenden Erfolg damit erziehen will, so müßte es damit wie mit den Brotarten sein, daß sie von Reichs wegen eingeführt werden. Vielleicht müssen wir uns aber doch mit Ausgabe von Karten vertraut machen. Jedenfalls bedarf es dringend einer Regelung, denn so wie bisher, daß einer etwas hat und Hunderte nichts, kann es nicht weitergehen. Hier im Plenum ist allerdings auf die Art und Weise der Regelung schwer einzugehen, aber der Magistrat hat doch vielleicht Gelegenheit oder Veranlassung, mit der Preisprüfungsstelle und mit anderen Kommissionen darüber zu verhandeln, und zu versuchen, derartige Karten einzuführen. Sollte das nicht anständig sein, dann gibt es noch andere Wege, um Besserung zu schaffen. So hat z. B. die Stadt Rostock den Buttervertrieb ausschließlich in eigene Regie übernommen und liefert an alle ihre Einwohner das Pfund Butter zum Preise von 2,20 *M*, legt also selbst Geld zu. Leipzig verfährt in anderer Weise. Die Stadt sorgt in der Weise, da die minder bemittelte Bevölkerung am allerwenigsten bekommen kann, daß sie an diejenigen, die unter 1600 *M* Einkommen haben, das Stück Butter zu 1,05 *M* abgibt. Das ist ausländische Butter, die sie selbst mit 2,75 *M* bezahlt; auch diese Stadt legt also zu. Wenn der Magistrat hierzu sich nicht entschließen könnte, dann bitte ich darum, daß Butter- oder Fettarten eingeführt werden, und die beiden anderen Vorschläge, die ich vorhin gemacht habe, in Erwägung gezogen werden. Stundenlang müssen die Frauen, namentlich aus den arbeitenden Ständen, in und vor den Läden stehen, um Butter oder Schmalz zu bekommen. Die Besitzenden sind in besserer Lage; sie bilden die bessere Kundschaft der Butterhandlungen und Molkereien und bekommen dadurch eher Butter. Auch lassen sie sich zum Teil von auswärts Butter in Postkoffli von 4 oder 5 kg schicken. Dann spielt auch das Trinkgeldwesen hierbei eine Rolle, ebenso wie beim Milchvertrieb. Ich weiß, daß Leute, die nicht so viel Milch haben sollen, es verstehen, durch Trinkgeldgeben sich mehr Milch zu verschaffen, und es gibt Fälle, wo bei der Butterversorgung auch so gehandelt wird. Mir ist ein Fall bekannt, den ich vielleicht der Preisprüfungsstelle unterbreiten werde, wo eine Dame dem Kutscher einer Molkerei 1 *M* gegeben hat, um jeden Morgen ein Stück Butter für ihre Familie zu erhalten. Das ist unerhört; es kommt davon, daß keine Regelung vorhanden ist. Die es bezahlen können, haben verschiedene Mittel und Wege, sich Butter und Fett zu verschaffen, während die Armsten, die ohnehin nicht, wie die Bessersituierten, in der Lage sind, das teure Fleisch zu kaufen, auch nicht einmal Butter oder Schmalz bekommen und so ihre Gesundheit leiden muß.

Ich bitte dringend, daß der Magistrat die beiden von mir zur Besprechung gebrachten Fragen ernstlich erwägt, und bitte zunächst Sie, meine Herren, meinem Antrage zuzustimmen. Ich hoffe, daß der Magistrat dann die geeigneten Maßnahmen trifft, damit eine Besserung in Braunschweig eintritt.

Sodann möchte ich noch einen dritten Punkt beantragen. Seitens der Preisprüfungsstelle ist der Antrag gestellt worden, dafür einzutreten, daß die Reichsregierung einen Höchstpreis für Quark von 25 *M* pro Zentner festsetzt. Früher kostete der Zentner trockene Ware 8—10 *M*, bis vor kurzem war der Preis auf 48 *M* in die Höhe gegangen, und heute liest man in der Molkereizeitung, daß 55 bis 60 *M* für den Zentner gezahlt werden. Sie sehen, wenn man von Bucher sprechen will, daß er hier so kraß hervortritt, wie er krasser nicht gedacht werden kann. Es ist eine Erhöhung um 5—600 Prozent gegen die früheren Preise, was geradezu als unerhört bezeichnet werden muß. Da kann es nicht wundernehmen, daß die kleinen Land- oder Harzkäse — von Gold kann man ja jetzt nicht sprechen — mit Silber aufgewogen werden müssen; sie sind nicht größer als die Dreimark- oder höchstens Fünfmarkstücke. Da der betreffende Antrag der Preisprüfungsstelle erfolglos geblieben ist, möchte ich den Antrag in dieser Versammlung wiederholen. Ich bitte also, auch diesen Zusatzantrag anzunehmen, wonach der Magistrat ersucht wird, dahin zu wirken, daß für Quark ein Höchstpreis von nicht über 25 *M* pro Zentner festgesetzt wird.

Was die Dringlichkeit meines Antrages anbetrifft, so ist wohl weiter kein Wort darüber zu verlieren. Es ist wohl selbstverständlich, daß wir bei der jetzigen Kalamität die Behandlung nicht erst bis zur nächsten Sitzung aufschieben oder den Antrag erst in der Kommission behandeln lassen. Die Dinge liegen ja auch so klar, daß ich einfach bitten kann, meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß der Herr Antragsteller den dritten Punkt noch schriftlich formulieren will (Zustimmung seitens des Antragstellers.) und stelle die Frage: Wird der Antrag unterstützt? — Das ist der Fall.

Ich frage die Versammlung ferner, ob sie einverstanden ist, daß der Antrag als dringlich angesehen und sogleich verhandelt wird. Ich bitte die Herren, die dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Stadtrat von Franckenberg: Herr Stadtv. Stegmann gehört, seitdem wir die Preisprüfungsstelle eingerichtet haben, dieser Stelle an und hat auch sonst in seiner Tätigkeit hier in der Stadt Braunschweig Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln, und so kann ich sagen: Als sein Antrag heute von ihm gestellt wurde und als dringlich bezeichnet wurde, da hatte ich die Empfindung: Dieser Antrag kommt

mir, der ich in der Preisprüfungsstelle die Geschäfte zu leiten habe, nicht ungelegen, sondern durchaus gelegen. Manches, was Herr Stegmann über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Monaten angeführt hat, kann von mir als durchaus zutreffend anerkannt werden. Ich glaube deshalb auch erklären zu können: Soweit ich die Verhältnisse überblicke, steht dem nichts entgegen, daß die verehrten Herren den Antrag annehmen und der Stadtmagistrat zu den ausgesprochenen Ersuchen dann Stellung nimmt. Ich glaube auch, eine ganze Menge der Punkte, die Herr Stegmann berührte, wird sich durch weitere Verhandlungen mit dem Ministerium oder den anderen in Betracht kommenden Stellen erledigen lassen, und über andere Punkte kann ich schon heute sogleich eine Auskunft geben, die Herrn Stegmann, wie ich hoffe, befriedigen wird.

Was die Milch betrifft, so hatte der Magistrat im Laufe der letzten Woche es sich angelegen sein lassen, durch Verhandlung mit den beteiligten Milchgeschäften darauf hinzuwirken, daß die Regelung der Milchversorgung besser als bisher durchgeführt wird. Wir haben es zumege gebracht, daß die Inhaber der hiesigen Milchgeschäfte und Molkereien zusammengetreten sind und einen Milchverteilungsausschuß gebildet haben. Ich habe selber an den Verhandlungen teilgenommen und es für meine Pflicht gehalten, die Herren aufzuklären, daß der Standpunkt entschieden falsch ist, man könne seine bisherigen Kunden ruhig weiter bedenken, und auf die Milcharten käme nichts an. Ich fand auch bei einigen einsichtigen Milchhändlern Bundesgenossen, die ihre Berufsgenossen vor einer mit dem Strafgesetzbuch in Widerspruch stehenden Auffassung warnten. Es ist ein Rundschreiben des neuen Milchverteilungsausschusses an die hiesigen Milchgeschäfte ergangen, in dem sie darauf hingewiesen werden, streng nach den Bestimmungen des Stadtmagistrats zu verfahren, daß sie genau feststellen sollen, wer als Bevorzugter anzusehen ist, daß darüber ein Vermerk auf der Milchkarte angebracht würde, und daß in den einzelnen Milchgeschäften ein Kundenbuch eingerichtet würde, das den Kutschern oder anderen Austrägern mitgegeben wird, um fortlaufend einen Überblick zu haben: Wer hat Milch erhalten, wer von den Vorzugsberechtigten hat noch Milch zu erhalten?, so daß nicht nur die Inhaber der Geschäfte, sondern auch die Hilfspersonen einen derartigen Überblick haben. Sollte gleichwohl sich eine andere, mit unserer Regelung in Widerspruch stehende Auffassung bei einzelnen Milchhändlern noch zeigen, so muß ich bitten, dagegen rücksichtslos mit Strafanzeige bei der Herzoglichen Polizeidirektion vorzugehen — nicht bei uns, weil die Überwachung des Milchhandels im einzelnen in den Händen der Polizeidirektion, als der Behörde, die das Strafverfahren einzuleiten hat, liegt. Ich glaube sicher, daß durch das Vorgehen des Milchverteilungsausschusses und seiner Nebenstellen, die verteilend wirken, sich die Regelung der Milchver-

jorgung in Zukunft besser als bisher vollziehen wird. Zur Ausgabe von Milch-
 karten in ähnlicher Form, wie die Brotkarten eingerichtet sind, so daß bei Ent-
 nahme von $\frac{1}{2}$, 1 oder 2 Liter ein Abreißen von Marken stattfinden müßte, konnte
 sich der Stadtmagistrat nicht entschließen, weil er glaubte, daß sich in diesem Falle
 die Regelung in anderer Weise besser bewerkstelligen ließe. Im übrigen sind die
 sechs Wochen, in denen die ausgegebenen Milchkarten gelten sollen, noch nicht um.
 Wir haben sie am 6. Dezember in Kraft treten lassen, also erst am 16. Januar,
 Sonntag über acht Tage, werden sie abgelaufen sein. Heute morgen haben wir
 beschlossen, eine neue Bekanntmachung zu erlassen, in der wir darauf aufmerksam
 machen, daß die Milchkarten für franke Personen nur eine bestimmte Zahl von
 Wochen, längstens sechs Wochen gelten, und daß solche Personen, die nötigenfalls
 wegen Krankheit noch weiter Milch nötig haben, eine Erneuerung der ärztlichen
 Bescheinigung herbeiführen möchten. Durch Verhandlung mit dem Herzoglichen
 Staatsministerium werden wir trachten, dahin zu wirken, daß möglichst viel Milch
 in Braunschweig zur Verteilung steht, und es ist uns darin neben dem Ministerium
 unmittelbar vor Jahreschluß eine Beihilfe erstanden an dem stellvertretenden
 Generalkommando des 10. Armeekorps, aus dessen Bekanntmachung hervorgeht,
 daß diejenigen Milchlieferungsverträge, die bisher abgeschlossen waren, nicht auf-
 gehoben werden dürfen, sondern fortzugehen haben. Zweifellos ist dadurch den
 Milchgeschäften innerhalb unserer Stadt die Möglichkeit geschaffen, daß sie besser,
 als sie zu hoffen gewagt haben, ihre Aufgabe erfüllen können. Auch hat sich der
 Magistrat den Anträgen widersetzt, auf eine Erhöhung der Milchpreise hinzu-
 wirken, da er glaubt, daß trotz der Milchknappheit keine höheren Preise am Plage
 sind. Er hat so die Abnehmer vor dem wirtschaftlichen Nachteile einer Preis-
 erhöhung bewahrt, worüber Herr Stegmann ja auch unterrichtet ist.

Wenn ich mich nun der Besprechung der Verhältnisse bei der Butter und
 den übrigen Speisefetten zuwenden darf, so will ich zunächst darauf hin-
 weisen, daß durch Verhandlungen des Stadtmagistrats mit dem Ministerium an-
 gestrebt wird, eine Landesverteilungsstelle für Butter ins Leben
 zu rufen. Ich hoffe, daß diese Bestrebungen in nächster Zeit zu einem befriedigen-
 den Abschlusse führen werden. Einstweilen hat der Magistrat, weil die Butternot
 nicht zu leugnen war, sich bemüht, durch umfangreiche Bestellungen bei der Zentral-
 Einkaufsgenossenschaft in Berlin nach Möglichkeit für Abhilfe zu sorgen. Wir
 haben damit auch einigen Erfolg gehabt, allerdings in bescheidenerem Umfange,
 als wir gehofft hatten. Wir hatten 400 Zentner Butter bestellt und bekamen zu-
 nächst als kleine Abschlagszahlung die bereits erwähnten 20 Zentner, die wir in
 den Weihnachtstagen zur Verfügung stellen konnten. Wir haben aber erfreulicher-
 weise, nachdem wir nochmals vorstellig geworden waren, infolge tatkräftiger Ver-

mittlung unseres Braunschweigischen Gesandten in Berlin wie des Herzoglichen Ministeriums vor drei Tagen die Nachricht bekommen, daß wieder 100 Zentner Auslandbutter unter ähnlichen Bedingungen wie die bisher bezogene uns zur Verfügung gestellt sind. Der Magistrat hat sich heute morgen schon über die Verteilung schlüssig gemacht. Wir werden eine Reihe hiesiger Buttergeschäfte, den Allgemeinen Konsumverein, den Rabattsparverein und diejenigen Geschäfte, die sich bei der neu ins Leben gerufenen Lebensmittelstelle (Rathaus, Zimmer 72) gemeldet haben, berücksichtigen und hoffen, daß wir damit für die nächste Woche der Butternot einigermaßen steuern werden. Daß wir mit einem so bescheidenen Bestande und bevor wir wissen, wieviel die Landesverteilungsstelle an Butter uns zur Verfügung zu stellen vermag, nicht Butterkarten ausgeben können, darüber sind Herr Stegmann und ich uns einig. Voraussetzung für Einführung von Butterkarten und anderen Bedarfskarten für Lebensmittel ist ebenso wie bei den Brotkarten die Kenntnis dessen, was wir für uns verfügbar haben. Dasselbe würde auch bei dem Schmalz und anderen Fetten zutreffen. Der Magistrat hat sich g r u n d s ä t z l i c h dafür ausgesprochen, B u t t e r k a r t e n e i n z u f ü h r e n in der einfachsten Weise, indem wir einen bestimmten Abschnitt unserer Brotkarte als für den Butterbezug verwendbar bezeichnen und dadurch eine Zustellung der Butterkarte mit der Brotkarte verbinden, ohne daß dadurch Schwierigkeiten entstehen. Das ist der einfachste Weg, der auch in anderen Städten mit Erfolg begangen ist.

Was das S c h m a l z betrifft, so hatten wir in dem verflossenen Vierteljahre durch gefällige Vermittlung des Herrn Dieckmann und das uneigennützig entgegenkommen seiner Berufsgenossen, ein anderes Mal durch die Zentral-Einkaufsgenossenschaft in Berlin Gelegenheit, Schmalz zu beziehen. Es waren je 50 Zentner, die wir, um möglichst vielen Einwohnern und hiesigen Gewerbetreibenden Gelegenheit zu bescheidenem Verdienst zu geben, in einer großen Reihe von Geschäften vertrieben haben. Sobald es uns gelingen sollte, durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft wieder ein Quantum davon zu erhalten, würde in ähnlicher Weise vorgegangen werden. Vielleicht bietet sich auch durch die Verhandlungen, die im Bundesrat schweben, die Möglichkeit, das Ziel zu erreichen, das Herrn Stegmann vorschwebt, nämlich durch eine Art von Beschlagnahme des Fettes auf den Schlachthäusern; aber die Verhandlungen sind noch nicht so weit gediehen, daß ich darüber nähere Mitteilungen machen könnte.

Der Magistrat hat sich auch bestrebt, bei Festsetzung der H ö c h s t p r e i s e sich den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Möglichkeit anzupassen. Die Herren wissen, daß wir uns in der vorigen Sitzung über die Höchstpreise für Schweinefleisch und Wurstwaren unterhalten haben. Ich bin heute in der glücklichen Lage, in

Erwiderung der Anregung, die Herr Stadtv. Steinicke gegeben hatte, mitzuteilen, daß wir wohlgetan haben, nicht in aller Eile das Beispiel der Stadt Hannover zu befolgen, und daß es keinen Zweck gehabt hätte, eine Abordnung nach Hannover zu schicken, um Erkundigungen darüber einzuziehen, wie es möglich wäre, in Hannover mit solchen niedrigen Preisen zu arbeiten. Wir sind einfacher verfahren durch einen kurzen Schriftwechsel. Als Vorsitzender der hiesigen Preisprüfungsstelle habe ich mich nach Hannover gewandt und angefragt, welche wirtschaftlichen und rechnerischen Unterlagen vorhanden gewesen seien, um so niedrige Preise festzusetzen, wie sie in jener Zeit in Hannover bestanden. In liebenswürdiger Weise hat der Magistrat in Hannover Antwort gegeben und erklärt, daß bei Festsetzung der Höchstpreise für Schweinefleisch und Schweinefleischwaren teils die Vorschläge der Hanoverschen Fleischerinnung und die bei den eigenen Schlachtungen der Stadt Hannover gemachten Erfahrungen bestimmend gewesen sind, teils auch die Rücksicht auf die Spannung zwischen den bisherigen Wurst- und Fleischpreisen. Das Schreiben fährt dann fort: „Da jedoch nach kurzer Zeit die Zufuhr von Schweinen nach dem hiesigen Schlacht- und Viehhofe fast ganz aufhörte, so haben wir, um die Versorgung unserer Bevölkerung mit Schweinefleisch nur einigermaßen sicherzustellen, am 1. Dezember d. J. eine Neuregelung der Preise vornehmen müssen. Ob sich die Bestimmungen unserer letzten Verordnung werden aufrechterhalten lassen, vermögen wir jetzt noch nicht zu übersehen.“ Hannover hat also, und gewiß schweren Herzens, den Schritt einer Erhöhung der Schweinefleisch- und Wurstpreise unternehmen müssen und hat sich jetzt ungefähr auf dieselbe Staffel begeben, wie sie schon vorher in Braunschweig maßgebend gewesen ist. Der Stadtmagistrat hat auch, um die Versorgung der Bevölkerung mit Wurstwaren nicht zu gefährden, einen Antrag der Preisprüfungsstelle und des Ausschusses für Fleischwaren abgelehnt: man möchte für eine bestimmte Art von Rotwurst, nämlich Rotwurst mit eingestreuten Fleisch- und Zungenstücken einen Zwischenpreis von 1,90 M — der also die Mitte zwischen dem für einfache Rotwurst und Zungenwurst (1,60 bis 2,20 M) gehalten hätte. Der Magistrat ist darauf nicht eingegangen, sondern hat den Preis für diese Fleischrotwurst einfach dem Höchstpreise für gewöhnliche Rotwurst gleichgestellt. Sie sehen daraus, daß der Magistrat das Bestreben hat, dem Interesse der Verbraucher, insbesondere dem Bedürfnis der minderbemittelten Bevölkerung entgegenzukommen, selbst auf die Gefahr hin, daß das in die Verhältnisse der hiesigen Wurstfabrikation schädlich eingreift. Morgen wird der Unterausschuß für Fleischwaren unter Teilnahme von Vertretern des Herzoglichen Ministeriums und der Kreisdirektion verhandeln, und ich glaube, die Anregungen aus der heutigen Verhandlung werden dabei gewiß gern verwertet werden.

Stadtv. Mecker: Bei dem Einkauf von Butter und Schmalz sind ganze Krasse Mißstände eingerissen. Wir haben in der sogenannten Überwachungskommission festgestellt: Wer Butter kaufen will und in ein Geschäft geht, wo er nicht Kunde ist, bekommt überhaupt keine, auch selbst dann nicht, wenn dort welche vorhanden ist. Es ist festgestellt, daß an Anfragende keine Butter abgegeben ist und hinterher trotzdem noch Butter aus dem Laden herausgegangen ist. Auf der Fallersleberstraße befindet sich ein Geschäft; wer dort $\frac{1}{4}$ Pfund Butter haben will, muß erst für 30 Pfg. Käse kaufen. Und mit dem Schmalz ist es noch schlimmer. In unserem Bezirke sind von neun Schlachterläden fünf geschlossen, weil die Inhaber zum Militär eingezogen sind, und die noch offenen Geschäfte bekommen so wenig Schweine, daß man tagelang nach Schweinefleisch umherlaufen kann. Wenn in diesen Geschäften einmal geschlachtet wird, dann sind die Geschäfte schon von 6 Uhr morgens an belagert, so daß man von 9 Uhr an kein Schmalz mehr bekommen kann. Mitunter ist es auch so schlimm, daß dann auch schon das Fleisch ausverkauft ist. Da derartige Umstände eingerissen sind, müßte ein Weg gefunden werden, vielleicht durch Kontrollkarten für Fettbezug dafür gesorgt werden, daß es zu einer einigermaßen gleichmäßigen Fettverteilung kommt. So, wie es heute ist, geht es wirklich nicht weiter. Es könnte auch noch der Weg beschritten werden, daß eine Verkaufsstelle aus den Probeschlachtungen in dem Bezirke errichtet wird, weil gerade dort die meisten Schlachter ihre Läden geschlossen haben.

Stadtv. Steinede: Die Ausführungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg waren zum großen Teil höchst interessant. Sie sehen daraus, daß ein erfreulicher Fortschritt in der Preisprüfungskommission gemacht ist und auch noch Gelegenheit ist, Fortschritte zu machen. Eine Ausführung aber möchte ich nicht unwidersprochen lassen. Herr Stadtrat von Frankenberg machte Mitteilung von einem interessanten Schreiben, das er bekommen hat, und hat die Ausführungen des Schreibens weiter erklärt. Ich bin auch in der Lage, über ein anderes Schreiben von dem größten Wurstfabrikanten aus Hannover zu verfügen, von Herrn Ahrensberg, der nicht nur die Hannoversche Bevölkerung zu einem großen Teil mit Fleisch und Wurstwaren versorgt, sondern auch einer der größten Kriegslieferanten in solchen Sachen ist. Der Herr hat sich natürlich auf einen interessierten Standpunkt gestellt, hat aber Vermahrung eingelegt gegen verschiedene Eingekandts, die erschienen sind, in denen behauptet wurde, daß die Hannoversche Wurst mit Mehlsatz vermengt sei. Er behauptet nach wie vor und will den Beweis dafür erbringen, daß von ihm tadellose Ware wie früher geliefert werde. Ich sehe auch nicht ein, warum mein Antrag so zwecklos gewesen wäre. Wir standen auf dem Standpunkte, daß eine gegensätzliche Preisbestimmung zwischen Hannover und

Braunschweig bestände. Folglich war nichts logischer, als zu empfehlen, eine Nachfrage in Hannover anzustellen. Ich möchte auch hervorheben, daß die Preise für einige Wurst- und Fleischwaren in Hannover auch heute noch niedriger sind als hier. Dies zur Berichtigung.

Stadtv. **Diedmann:** Ich will auf den Antrag selber nicht eingehen, möchte mir aber erlauben, einige Worte der Aufklärung zu sagen, woher es kommt, daß so wenig Fett und insbesondere Schmalz vorhanden ist. Es ist Ihnen allen bekannt, daß die Einführung von ausländischem Fleisch, insbesondere von holländischen Schweinen nicht mehr möglich ist, denn sie kosten infolge des hohen Kurses des Gulden (der Gulden stellt sich heute auf über 2,50 *M*) hierher gelegt schon über 2,00 *M* das Pfund. Dabei ist es ausgeschlossen, das Pfund Schweinefleisch für 1,40 *M* zu verkaufen, geschweige denn Schmalz zu 2,10 *M*. Wenn meiner Anregung Folge gegeben wäre und für Speck und Schmalz höhere Höchstpreise festgesetzt wären, dann hätten wir auch Speck und Schmalz, wenn auch zu teuren Preisen. Aber wie Sie aus eigener Erfahrung wissen, können wir von den hiesigen Schweinen das Fett nicht erhalten, das jetzt verlangt wird. Sie zeigen einen viel zu unbedeutenden Fettanatz, so daß auch selbst, wenn die Enteignung eintreten würde, das nichts helfen würde. Mehr Fett, als darin liegt, kann nicht herausgeholt werden, auch durch die Regierung nicht. Man würde beim Ausbraten nur Greben bekommen, und damit ist auch niemand gedient. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist infolge eines Bundesratsbeschlusses gestattet, für ausländisches Fleisch und Fett einen höheren Preis zu nehmen. Sehr zweckmäßig wäre es, wenn man seitens der Behörden dieser Sache auch hier nähergetreten wäre, denn dann würde dasjenige Fett, welches durch Einkauf von ausländischem Fett durch die besser Situierten frei würde, für die ärmere Bevölkerung bleiben, die nicht in der Lage ist, soviel Geld anzulegen. Dafür, was für Preise in anderen Städten gezahlt werden, möge Ihnen als Beweis ein Beispiel dienen. Ich hatte Gelegenheit, in Berlin einem Verkaufe beizuwohnen, wo für Flomen 3 *M* bezahlt wurden. Das ist gestattet, denn eine weisichtige Behörde ist froh, wenn sie überhaupt Fett hineinbekommt; es gibt immer noch Leute, die das Geld bezahlen, und warum sollte man ihnen hindernd in den Weg treten? Herr Stadtrat von Frankenberg wies hin auf die sogenannte Delikatesswurst, daß sie hier für 1,60 *M* verkauft werden müßte. Nun, darüber werden wir uns einig sein: Sie werden keine bekommen. Der Schlachter muß schon beim Fleischverkauf Geld zulegen; zu verlangen, daß er es dann beim Wurstverkauf auch noch soll, das geht zu weit. Ich erinnere an das Wort des Herrn Oberbürgermeisters: Es könne keiner Behörde zugemutet werden, Geld bei der Schweinemästerei hinzuzulegen, dazu sei das Geld

der Gemeinde nicht da. So ähnlich ist es auch bei den Gewerbetreibenden: Sie können auch von dem Gewerbetreibenden nicht verlangen, daß er Geld zusetzt. Wenn die Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis eine größere wäre, dann hätten Sie alles, was die Konsumenten verlangen.

Stadtv. Stegmann: Aus dem Schreiben aus Hannover geht nicht hervor, daß die Preise dort zu niedrig gewesen sind. Sie sind nur erhöht worden, weil einfach keine Schweine herangebracht wurden. Dies allein ist der Grund, das ist klar. Als hier verhandelt wurde, hat man gesagt, in Hannover habe man sich verkauft; das geht aber aus dem Schreiben nicht hervor.

Nun sagt Herr Diedmann: Hätten wir den Höchstpreis für Speck höher festgesetzt, dann hätten wir Speck. Er war aber wesentlich höher als in Hannover, und wir hatten doch keinen. Sollen wir denn noch höher hinaufgehen, wo die Wurstfabrikanten Fett aus Braunschweig hinausschicken?

Im übrigen freue ich mich, daß Verhandlungen in die Wege geleitet sind, um eine Verteilungsstelle für Butter ins Leben zu rufen, und will nur hoffen, daß sie bald und mit bestem Erfolge funktioniert.

Nun noch eine andere Angelegenheit, eine Anfrage an den Magistrat. Sie wissen, daß die Milchkarten demnächst erneuert werden müssen. Wenn aber eine Milchkarte für eine kranke Person ausgegeben werden soll, dann muß der Arzt ein neues Attest ausstellen. Nun gibt es viele arme Leute, die schwer in der Lage sind, die Kosten dafür aufzubringen. Ich möchte die Frage an den Magistrat richten, ob nicht die Sache in der Weise gemacht werden kann, daß die *A t t e s t e u n e n t g e l t l i c h* ausgefertigt werden, damit nicht die Leute jedesmal bis 1,50 *M* für das Attest ausgeben müssen, was sich alle sechs Wochen wiederholen müßte.

Schließlich noch eine Anfrage. In der Landeszeitung fand ich eine Notiz über einen Mißstand, der auf dem städtischen Schlachthause bestehen soll. Dort seien die *F e t t s c h e i d e r* nicht in Ordnung, so daß große Quantitäten Fett verloren gingen, die aus den Därmen mit dem Wasser hinweggespült würden. Wenn das Fett auch nicht zum menschlichen Gebrauch verwandt wird, so kann es doch zu Industriezwecken verwandt werden. Es ist wohl dringend nötig, daß der Mißstand, wenn er besteht, recht bald beseitigt wird.

Stadtrat von Franckenberg: Herrn Stegmann möchte ich erwidern, daß der Stadtmagistrat beim Erlass seiner Regelung wegen der Milchkarten sich sofort mit dem ärztlichen Verein in Verbindung gesetzt hat, ebenso mit den Krankenkassen, mit dem dringenden Ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Personen, die die Mittel für Ausstellung eines derartigen Zeugnisses nicht aufbringen können, Entgegenkommen

bezeigt werde, und der ärztliche Verein hat sich dazu bereit erklärt. Die Ärzte werden sich bei Personen unbemittelten Standes auf den Mindestsatz beschränken, wenn sie eine Vergütung beanspruchen. Selbstverständlich kann der Stadtmagistrat die Ärzte nicht zwingen, diese Scheine unentgeltlich auszustellen, er bedarf aber der Scheine zur Prüfung der Fälle. Sind die Betreffenden bedürftig, so könnte die Ausstellung des Scheines auch im Wege der armenärztlichen Tätigkeit erfolgen. Im übrigen hat sich der Nationale Frauendienst der Kriegerfrauen auch nach dieser Richtung hin angenommen, und auch dadurch wird sich der Wunsch des Herrn Stadtv. Stegmann erfüllen lassen.

Was die Fettfänger oder, wie der technische Ausdruck heißt, die Fettseider, auf dem Schlachthausgrundstück betrifft, so besteht diese Anlage aus früheren Zeiten her. Es stellte sich heraus, daß diese Anlage bei den jetzt gegebenen Verhältnissen nicht zweckmäßig ist. Der Magistrat hat deshalb dem städtischen Tiefbauamt aufgegeben, in Verbindung mit dem Hochbauamt und Herrn Schlachthausdirektor Koch baldigst eine sachverständige Regelung in die Wege zu leiten.

Der Antrag Stegmann wird von der Versammlung angenommen.

Vorsitzender: Ich mache bekannt, daß vom Grundbesitzerverein eine Eingabe eingegangen ist mit einem Antrage, der sich auf Ergreifung geeigneter Maßregeln gegen die allgemeine Not auf dem Hypothekenmarkte bezieht. Die Eingabe ist auch an den Magistrat gegangen, und nach unserer Gepflogenheit werden wir zunächst die Stellungnahme des Magistrats zu ihr abwarten.

15. Ergänzungswahl für die Lohndeputation.

Vorsitzender: Es wird mir mitgeteilt, daß die Lohndeputation ergänzt werden muß, weil Herr Dr. Jasper zur Zeit ausgeschieden ist. Die Sache ist in der Statutenkommission beraten. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, möchte ich sie jetzt zur Verhandlung stellen. (Widerspruch erhebt sich nicht.)

Stadtv. **Meyerhoff:** Durch Einberufung des Herrn Dr. Jasper fehlt ein Mitglied in der Lohndeputation. Bis jetzt sind Mitglieder gewesen die Herren Stadtv. Bartels, Meyerhoff, Munte, Riefe, Sander und Dr. Jasper. Es wäre also für Herrn Dr. Jasper, der behindert ist, eine Ersatzwahl vorzunehmen. Ich möchte Sie deshalb bitten, geeignete Vorschläge zu machen.

Vorsitzender: Die Statutenkommission macht also ihrerseits keinen Vorschlag.

Stadtv. **Niese:** Ich möchte Herrn Stadtv. Rector vorschlagen.

Stadtv. **Sander:** Wir hatten früher Herrn Stadtv. Lange mit in der Kommission. Es wird gut sein, wenn einer der Herren Großindustriellen in der Kommission ist.

Vorsitzender: Wenn Sie einen anderen Vorschlag machen, muß eine Zettelauswahl erfolgen.

Stadtv. **Munte:** Ich möchte doch im Hinblick auf das Abkommen, das wir früher getroffen haben, nämlich, daß wir den Bestand der Kommissionen und Deputationen nach politischer Auffassung so lassen, wie er vorher gewesen ist, bitten, diesmal keine anderen Vorschläge zu machen, sondern den Vorschlag des Herrn Niese anzunehmen.

Vorsitzender: Herr Sander nimmt seinen Vorschlag zurück. Es ist somit nur Herr Rector als Ersatz vorgeschlagen. Ich bitte die Herren, die mit der Wahl des Herrn Rector einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Herr Rector ist damit als Ersatzmann in die Lohndeputation gewählt.

16. Anfrage **Diedmann** über die Instandsetzung der Fußwege des Gieselerwalles.

Wortlaut der Anfrage s. S. 379.

Stadtv. **Diedmann** (zur Begründung): Ich brauche wohl kaum eine Begründung zu geben, insbesondere nicht für denjenigen, der den Weg einmal gegangen ist und noch weniger für diejenigen, die ihn täglich zu gehen haben. Vor dem dritten Hause von der Wilhelmitorpromenade an gerechnet — dort ist die Haltestelle der Straßenbahn — sind seit Jahren so auffallend tiefe Löcher in dem Fußwege, daß es den Fahrgästen tatsächlich unmöglich ist, in den Wagen hinein- oder aus demselben herauszusteigen. Ich weiß sehr wohl, daß die Straße staatlich ist, aber es sind Unterhandlungen im Gange gewesen, daß die Selbstverwaltung durch die Stadt erfolgen sollte. Diese Unterhandlungen sind plötzlich unterbrochen, ich weiß nicht, durch welchen Umstand. Die Stadt hatte sich, wenn ich recht unterrichtet bin, bereit erklärt, die Herstellung des Fußweges vorzunehmen, und auf der einen Seite ist das auch bereits geschehen, ob vom Staat oder von der Stadt, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Instandsetzung ist aber unterblieben auf der Häuserseite jener Straße, und Zweck dieser Anfrage ist es, zu hören, ob die Stadt sich bereit erklärt hat, die von ihr geforderte Verpflichtung zu erfüllen. Der Staat selbst hat abgelehnt, eine Aufbesserung dieses Weges vorzunehmen.

Bürgermeister **Meyer**: Es wurde schon durch Herrn Diedmann selbst zum Ausdruck gebracht, daß die Promenaden nicht in städtischer, sondern in staatlicher Verwaltung stehen. Deshalb ist es verwunderlich, daß Herr Diedmann an uns diese Anfrage richtet, die er eben begründet hat. Der Zustand dieses Weges ist allerdings sehr mangelhaft, und ich glaube, wenn der Stadt die Unterhaltung desselben obläge, so würden die städtischen Behörden schon lange dafür Sorge getragen haben, daß eine Besserung vorgenommen wäre. Ich kann bei Lage der Sache — da der Staat derjenige ist, der die Unterhaltungspflicht hat — Herrn Diedmann nur anheimgegeben, daß er den Anliegern sagt, sie möchten an den Staat das Ersuchen richten, möglichst bald für Instandsetzung des Fußsteigs Sorge zu tragen, und wenn der Staat darauf nicht ohne weiteres reagieren sollte, so würden die Anlieger guttun, ihre Klagen zu wiederholen, und zwar so lange, bis der Staat die Verpflichtung, die er hat, erfüllt.

Was nun den eigentlichen Kern der Frage angeht: weshalb die Stadt ihrerseits die Verhandlungen wegen Übernahme bestimmter Strecken des Walles abgebrochen hätte, so kann ich erklären, daß es zur Aufnahme von Verhandlungen darüber bisher kaum gekommen ist. Es ist allerdings richtig, daß uns vom Staate mitgeteilt ist, daß er bereit sei, in Unterhandlungen darüber einzutreten, die Wegestrecke zwischen der Wilhelmitor- und der Gieselerbrücke der Stadt zu überweisen. Darauf hat der Magistrat aber geantwortet, daß er keine Neigung habe, wegen Übernahme der bezeichneten Teilstrecke zu verhandeln, daß er aber zu Verhandlungen wegen stadtseitiger Übernahme des ganzen Walles gern bereit sei. Darauf ist von der anderen Seite nichts erwidert, und so kann man nicht sagen, daß die Verhandlungen durch die Stadt abgebrochen sind. Im übrigen irrt Herr Diedmann, wenn er meint, daß die nördliche Fußwegstrecke von der Stadt in Ordnung gebracht sei. Auch dieser Teil der Straße ist staatlich, und wenn er durch Mosaispflaster in Ordnung gebracht ist, so kann das nur zu Lasten des Staates geschehen sein.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. März 1916.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Änderung des Statuts über die Unterhaltung einer Studienanstalt | Seite 417 |
| 2. Dringlichkeitsantrag Rieke über die Organisation bei Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln durch die Stadt (außer der Tagesordnung behandelt) „ | 418 |
| 3. Entfernung von Bäumen auf dem Altemiektringe | „ 451 |
| 4. Erteilung einer Ermächtigung an die Schulkommission, betr. Anrechnung von Dienstzeit bei Anstellungen | „ 453 |
| 5. Einsetzung einer Deputation zur Prüfung der Anträge des Haus- und Grundbesitzervereins | „ 454 |
| 6. Erhöhung des Jahresbeitrages an den Verein für soziale Kolonisation Deutschlands | „ 457 |
| 7. Eingemeindung einer zum Gemeindebezirke Riddagshausen gehörigen Fläche zum Stadtbezirke | „ 458 |
| 8. Gewährung eines Zuschusses an den Ausschuß für fahrbare Kriegsbüchereien an der Front | „ 458 |
| Außerhalb der Tagesordnung (siehe auch Punkt 2) sind behandelt: | |
| 9. Antrag Steinbrecher, betreffend die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in den Schulen durch die Geistlichen (Begründung) | „ 460 |
| 10. Anfrage G e n z e n wegen Ausschließung einer Mitarbeiterin am Rationalen Frauendienst | „ 461 |
| 11. Antrag P u s c h wegen Beteiligung der Stadt bei der vierten Kriegsanleihe | „ 464 |
-

Am Magistratsische die Herren Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Heymann**, **Mohr**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**.

Außerdem entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bues**, **Dr. Landauer**, **Loeschigt**.

Vorsitzender Hartung: Meine geehrten Herren. Ehe wir in die heutigen Verhandlungen eintreten, liegt es mir ob, zweier Männer zu gedenken, die in letzter Zeit aus unserer Mitte geschieden sind. Es ist zunächst Herr **Stadttrat Lord**, der lange Jahre im Stadtverordnetenkollegium für die Stadt tätig gewesen ist und darauf im Stadtmagistrat seine Dienste den städtischen Interessen während einer Reihe von Jahren gewidmet hat. Es ist ferner der verdienstvolle Leiter unseres Volksschulwesens, Herr **Stadtschulrat Professor Dr. Rehfuß**, der, wie Ihnen bekannt ist, leider vorzeitig einem tödtischen Leiden erlegen ist. Wir wissen alle, was die Stadt an den beiden Verstorbenen gehabt hat, und daß wir Veranlassung haben, ihrer in Dankbarkeit zu gedenken. Ich bitte Sie — und bin überzeugt, daß Sie diesem Ersuchen gern folgen —, sich zum ehrenden Andenken der beiden Herren von Ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ich danke Ihnen.

Ich habe zunächst mitzuteilen, daß laut einem Schreiben des Magistrats vom 7. Februar an Stelle des ausgeschiedenen Herrn **Hamerschmidt** der Geschäftsführer **Albert Genzen** von der dritten Wählerklasse im vierten Wahlbezirk bis Ende März 1921 als Stadtverordneter gewählt ist und die Wahl angenommen hat.

Herr Genzen ist erschienen. Ich begrüße den Herrn in unserer Mitte und hoffe, daß seine Tätigkeit der Stadt zum Segen gereichen werde.

Sodann habe ich mitzuteilen, daß der Magistrat — wie er uns unter dem 15. Januar schreibt — dem Beschlusse der Stadtverordneten vom 25. November vorigen Jahres entsprechend, an Herzogliches Staatsministerium das Ersuchen gerichtet hat, nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß auch fernerhin **Rohzucker** (vergällt oder unvergällt) als **Pferdefutter** in der Stadt verteilt wird, da viele Pferdebesitzer angeben, daß Zuderfutter für ihre Tiere viel bekömmlicher sei als Melassefutter. Das Herzogliche Staatsministerium hat auf eine bezügliche Eingabe an die Reichsfuttermittelstelle vom Reichsamt des Innern folgende Antwort erhalten.

„Nach dem Ergebnis der Berechnungen der Produktion des laufenden Betriebesjahres ist es leider ausgeschlossen, daß Rohzucker des Betriebesjahres 1915/16 — abgesehen von den Nachprodukten — zur Viehfütterung freigegeben werden kann.“

In einem Schreiben des Magistrats vom 26. Januar wird betreffs des Ersuchens der Stadtverordneten vom 6. Januar, zur Erinnerung an die Verdienste des verstorbenen Promenadeninspektors Kreiß dem sogenannten Scherbelberge im Bürgerparke den Namen Friedrich-Kreiß-Berg zu geben, mitgeteilt, daß der Magistrat dem Wunsche in der Form zugestimmt habe, daß er empfehle, mit der offiziellen Benennung des Berges bis zu dessen endgültiger Ausgestaltung und gärtnerischer Instandsetzung zu warten, und dann nicht den Namen Friedrich-Kreiß-Berg, sondern Kreiß-Berg zu wählen. Für ersteres spreche der Umstand, daß es allgemein üblich sei, die Benennung eines Gegenstandes erst dann vorzunehmen, wenn er seiner Bestimmung entsprechend vollendet ist, und diese Praxis sei in diesem Falle um so mehr angemessen, als durch den Eisenbahnbau im Bürgerparke Veränderungen eintreten werden, nach denen sich die Ausgestaltung seiner Teile werde richten müsse. Auch scheint es dem Magistrat richtiger, den kürzeren Namen zu nehmen, da dieser eher volkstümlich werden würde als der zusammenge setzte Name Friedrich-Kreiß-Berg und eine Übereinstimmung des offiziellen Namens mit der Bezeichnung durch den Volksmund wünschenswert erscheint.

Eingegangen ist von der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindespflicht G. V. in Charlottenburg eine Eingabe an die Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen aller größeren Städte, betreffend Einrichtung von Parkstillleben. Da dieselbe Eingabe wie an die Stadtverordnetenversammlung auch an den Magistrat gerichtet ist, so wird abzuwarten sein, welche Stellung der Magistrat dazu nimmt.

Sodann liegt vor ein Schreiben der Mellkogen-Werke, G. m. b. H., Charlottenburg. In demselben ist mitgeteilt, daß diese Gesellschaft ein Verfahren zur Verwertung städtischer Abfälle als Viehfutter praktisch zur Ausführung gebracht habe und bereit sei, die städtischen Abfälle zum Preise von 1 M pro Zentner frei Bahnwagen zu übernehmen. Ich nehme an, daß auch dieses Schreiben dem Magistrat zugegangen ist. Es wird darnach auch hierin das Weitere abzuwarten sein.

Ferner sind folgende Anträge und Anfragen eingegangen:

Ein Antrag des Herrn Riefe, mitunterschrieben von den Herren Weßmeier und Rechter:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

die Heranschaffung von den notwendigsten Lebensmitteln, besonders Kartoffeln, Fett, Fleisch, Butter besser zu organisieren als bisher, das Verteilen der stadtseitig beschafften Lebensmittel auf weitere Bezirke auszuweiten und unter Kontrolle zu stellen.

Die Unterzeichneten ersuchen, den obigen Antrag als dringlichen zum ersten Punkte der Tagesordnung zu stellen und vorweg zu erledigen."

Ich bemerke hierzu, daß die Herren Antragsteller in der vorigen Woche an mich den Antrag gerichtet hatten, zur Besprechung eines derartigen Antrages eine besondere Sitzung anzusetzen. Da bereits die heutige Sitzung angesetzt war, haben sich die Herren einverstanden erklärt, daß ihr Antrag heute mit zur Erledigung kommt.

Eine Anfrage ist von Herrn G e n z e n eingegangen; sie lautet:

"Ist dem Magistrat bekannt, daß die Vorsitzende vom Nationalen Frauendienst, Frau Professor Göke, einer Arbeiterin, die beim Frauendienst auf Aufforderung des Vorstandes des Nationalen Frauendienstes viele Monate unter Hintansetzung der Interessen ihrer Familie und unter großen persönlichen Opfern mitgearbeitet hat, aus parteipolitischen Gründen von der ferneren Tätigkeit im öffentlichen Dienste ausgeschlossen hat?

Billigt der Magistrat das Verhalten der Frau Göke?"

Von Herrn S t e i n b r e c h e r ist ein Antrag mit folgendem Wortlaut eingegangen:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Herzoglichen Staatsministerium vorstellig zu werden, damit die vom Herrn Minister im Landtage in Aussicht gestellten Bestimmungen über die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch die Geistlichen im Interesse der Schule unterbleiben."

Ich frage zunächst, ob der dringliche Antrag der Herren Kiefe-Wejemeier-Rechter unterstützt wird. — Das ist der Fall. Dann frage ich die Versammlung, ob sie damit einverstanden ist, daß dieser Antrag vor den übrigen Punkten der Tagesordnung verhandelt wird. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung damit einverstanden ist.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der Magistrat hat den Wunsch, daß die Vorlage wegen der Änderung des Statuts über die Unterhaltung einer Studienanstalt heute noch erledigt wird. Ich würde dann ein diese Sache betreffendes Schriftstück noch während der Sitzung abschicken.

Vorsitzender: Dann könnte die Reihenfolge so geregelt werden, daß wir den Punkt betreffend die Studienanstalt vorweg behandeln und dann den dringlichen

Antrag Riefe erledigen. Ich nehme an, daß nichts dagegen einzuwenden sein wird. Die übrigen Anträge und die Anfragen werde ich am Schlusse der öffentlichen Sitzung zur Beratung stellen.

1. Änderung des Statuts über die Unterhaltung einer Studienanstalt.

Stadtv. Baur: Am 5. September des vorigen Jahres haben die Stadtverordneten ein Statut für die städtische Studienanstalt beschlossen. Dieses Statut hat inzwischen dem Ministerium zur Prüfung und Genehmigung vorgelegen, und dieses hat verschiedene Änderungen in dem Statut vorgenommen, von denen ich als die wichtigste die bezeichnen möchte, daß die Lehrkräfte des Lyzeums, die Privatstunden erteilen wollen, die Zahl solcher Stunden nicht über vier in der Woche ausdehnen sollen. Wir hatten damals in unserem Entwurfe gestattet, daß die Lehrkräfte, die hierzu eine Erlaubnis besitzen, eine Anzahl von acht Privatstunden in der Woche geben dürften, also die doppelte Zahl. Die Angelegenheit ist in der Schulkommission sehr eingehend geprüft und erörtert worden, und die Besprechung führte zu dem Ergebnis, daß die Kommission dem Vorschlage des Ministeriums zustimmte, und zwar namentlich im Hinblick darauf, daß doch als Hauptgesichtspunkt festgehalten werden muß, daß die Lehrkräfte nicht durch allzu starke Nebenbeschäftigung ihre Aufmerksamkeit von ihrer Hauptbetätigung in der Schule ablenken dürfen.

Ferner hatten wir damals im Statutenentwurf festzusetzen beschlossen, daß es den städtischen Behörden erlaubt sein müsse, event. die Studienanstalt wieder eingehen zu lassen, wenn sie das für zweckmäßig erachten. Zu diesem Paragraphen hat das Herzogliche Staatsministerium den Zusatz gemacht, daß es sich in diesem Falle vorbehalte, Übergangsvorschriften zu erlassen. Auch dieser Punkt ist eingehend besprochen worden, und die Schulkommission kam schließlich auch hier zu dem Resultat, daß sie auch in diesem Punkte dem Wunsche des Staatsministeriums wohl zustimmen könne.

Des ferneren sind noch mehrere kleinere Änderungen redaktioneller Natur vorgenommen worden, die von der Schulkommission als nebensächlich bezeichnet worden sind. Es handelt sich dabei nur um Umstellung von Wörtern, der Sinn ist derselbe geblieben. Es erübrigt sich kaum, darauf hier in der Vollversammlung einzugehen.

Nachdem die städtischen Behörden den vom Ministerium vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt haben, ist letzteres in der Lage, für die Studienanstalt beim Bundesrat den Antrag auf Verleihung der vom Reiche abhängenden Berechtigungen stellen zu können. Es erscheint recht wünschenswert, daß noch vor Schluß des gegenwärtigen Schuljahres diese Verhandlungen mit dem Bundesrate

erledigt werden; deshalb die Behandlung dieses Punktes an erster Stelle. Die Schulkommission läßt Sie durch mich bitten, die Zustimmung zu den vom Herzoglichen Staatsministerium vorgenommenen Korrekturen auszusprechen.

Den Änderungen wird zugestimmt.

2. Dringlichkeitsantrag Rieke über die Organisation bei Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln durch die Stadt.

Wortlaut des Antrages f. S. 415.

Stadtv. **Rieke** (zur Begründung): Meine Herren! Wie ich heute dazu komme, Sie zu ersuchen, diesen meinen Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, ist wohl leicht erklärlich, und es hat sich ja auch niemand von Ihnen dagegen ausgesprochen.

Es ist heutzutage wohl nichts wichtiger als die Ernährung des Volkes mit den notwendigen Lebensmitteln, denn die heutige Ernährung ist auch folgenscher für die künftige Generation. Die Art und Weise, in welcher sich das Volk heute abmühen muß, um die kümmerliche Nahrung von 10 Pfund Kartoffeln zu erlangen, nenne ich empörend. Ich war am Freitag abend in der Markthalle und habe mir dort die Verhältnisse angesehen. Man hörte schon von weitem das ungeheure Geschrei der Käufer, sah in dem Knäuel Taschen und Eimer hochgehoben, und nur wer groß und kräftig war, konnte sich durchdrängen, um die 10 Pfund Kartoffeln zu ergattern. Ich traf eine Frau von der Kreuzstraße, die mir sagte, sie seien zu Hause sechs Köpfe. Wenn die nach Hause gekommen ist und die Kartoffeln gekocht hat, dann konnte sie, weil doch auch die Brot ration zu schwach ist, nur gleich wieder losgehen und wieder 10 Pfund holen. Es wäre wohl möglich gewesen, durch anderweitige Verteilung der vorhandenen Kartoffeln an die Händler in der Markthalle oder an Händler in der Nähe für mehr Gelegenheit zum Einkauf zu sorgen, dann brauchten nicht die Frauen sich halbe Tage lang zu drängen und zu frieren. Ich habe allein in der Zeit von $\frac{1}{4}6$ bis $\frac{3}{4}7$ gesehen, daß drei ohnmächtige Frauen, von Polizeibeamten unterstützt, aus dem Keller, in dem der Kleinverkauf vor sich geht, herausgebracht wurden, auf die Blumenstände und auf Stühle gesetzt und mit Wasser benetzt wurden, damit sie sich wieder erholten. Das sind heillose Zustände, daß bei der Erlangung so minderwertiger Nahrungsmittel sich die Leute so drängen müssen. Die Polizei ging schließlich ab; was wollten sie machen? Der eine hatte nach ihrer Meinung so viel Recht wie der andere. Sie erklärte selber, es wäre bedauerlich, daß nur an einer Stelle der städtische Verkauf stattfände, daß man in den Keller kriechen mußte, um sie herauszuholen. Und gerade den Händlern, die in dem besten Leumunde stehen, hat man den Verkauf nicht übertragen.

Wenn man sämtlichen Händlern, die Standgeld in der Markthalle bezahlen müssen, von dem Vorrat gegeben hätte, dann hätte sich der Andrang der Käufer verteilt und die Drängerei hätte aufgehört. Sonnabend morgen war ich wieder da, und was ich da gesehen habe, ist geradezu skandalös. Die wartenden Frauen mußten unter einer Kette durchkriechen, so daß geradezu unsittliche Zustände sich dort ereigneten, indem die umherstehenden Jungen den Frauen unter die Röcke sehen konnten. Ich allein hatte nicht die Macht, sie zu entfernen, sonst hätte ich es getan, und der Polizeibeamte ging seiner Wege und kümmerte sich nicht darum. Um so mehr mußte ich mich wundern, als ich am Montag dort war. Der Verkehr wickelte sich verhältnismäßig gemächlich ab, wie man ihn sonst gewöhnt ist. Wenn es immer so wäre, dann ließe ich es mir gefallen.

Es ist leicht erklärlich, daß man dem Magistrat und Herrn Stadtrat von Frankenberg in erster Linie die Schuld an solchen Zuständen zumißt. Dagegen habe ich den Leuten erklärt, daß der Herr Stadtrat von Frankenberg nur als Verteiler vom Magistrat angestellt sei, und ich möchte nicht an seiner Stelle sein. Die Schuld an den ungenügenden Verhältnissen trägt in erster Linie die Reichsregierung, sodann die Landesregierung, und ganz von Vorwürfen kann man auch unseren Magistrat nicht freisprechen, namentlich wegen der Kartoffelversorgung, weil er nicht auf Grund der Anträge, die frühzeitig genug von uns gestellt waren, Abhilfe geschaffen hat. Wenn man dann den Händlern, auch denen außerhalb der Torbezirke, die Kartoffeln zugeführt hätte, dann würde sich der Verkauf ohne Geräusch, ohne Drängerei, Herumstehen und Frieren haben erledigen lassen.

In betreff der Verteilung selbst habe ich schon früher erklärt: Wenn der Herr Stadtrat von Frankenberg in die Kartoffelkommission oder in die Butter- oder Mehlsverteilungskommission kommt, dann hat er immer für die wichtige Besprechung in jeder Kommission nur fünf Minuten Zeit, so daß man ihm den Vorwurf machen muß, er habe sich zu viel Arbeit von seinen Kollegen auf den Hals laden lassen. Es hätten kaufmännische Kräfte angestellt werden müssen, die die Beschaffung und den Verkauf organisieren konnten, und das ist nicht geschehen. Wenn ich das hier kritisiere, so tue ich das im Interesse der Bevölkerung, um den Unmut, der sich in weiten Kreisen gezeigt hat und sich immer noch steigert, möglichst zu beheben.

Was die Butterabgabe betrifft, so haben Sie, als Sie nach der Sitzung gingen, sehen können, daß auch jetzt noch, nachdem Butterkarten ausgeben sind, bei Michaelis der ganze Weg voll Wartender stand. Eine der Wartenden sagte mir: „Ja, Butterkarten haben wir nun, aber Butter gibt es nicht, und wenn man die ganze Stadt abläuft.“ Bei der Butter- und Schmalzverteilung liegt die Sache so, daß allerdings eine Masse Stellen vorhanden sind, die Butter austeilen sollten, aber wie sind sie beschaffen? Einem Händler in der Ludwigstraße, der eigentlich nur eine

Drehrolle hat, war ein Faß Schmalz zum Verkauf gegeben, ebenso einem Händler in der Lampestraße und in der Reichenbergstraße, so daß sie Schmalz pfundweise abgeben konnten. Der Verkaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins aber in der Karl-Schmidt-Straße, wo 400 Mitglieder ihre Waren entnehmen, waren nur 75 Pfund gegeben. Im Nu waren die Vorräte ausverkauft, und im Konsumverein gab es nur für jeden ein Viertelpfund. Während manche in Masse Schmalz kaufen konnten, haben andere seit langem nichts erhalten. Das kann nicht so weitergehen. Eine Frau Wachsmuth, Kastanienallee 60 a, verkaufte $3\frac{1}{2}$ Zentner Schmalz in einer Schuhmacherwerkstätte. Wenn so das Fett in kurzer Zeit verkauft wird, dann ist für die Hamster massenhaft Gelegenheit, Vorräte einzuholen, aber die Ärmsten, die nicht jeden Augenblick Zeit zum Einholen haben, gehen immer leer aus. Diese Art der Verteilung kann auf die Dauer nicht weitergehen. Nach der Verkaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins in der Virchowstraße kamen im ganzen 75 Pfund und in die nächste Entfernung davon, nach der Luisestraße usw., kamen 9 Zentner. Anderen war Gelegenheit zum Einkauf gegeben, aber die Mitglieder vom Konsumverein konnten nichts erhalten. Wir haben 14 000 Mitglieder. Die Familie zu vier Köpfen gerechnet, ist das mindestens die Hälfte der Arbeiterbevölkerung, und es wäre am Platze gewesen, daß man den vierten oder mindestens den fünften Teil des Vorrats an die 17 Verkaufsstellen zur Verteilung abgeführt hätte. Dort ist man sicher, daß eine verständige Verteilung vorgenommen wird. Wenn es dort Petroleum gibt, wird das Buch abgestempelt, und an solche Mitglieder wird nichts wieder abgegeben, bis auch die anderen etwas bekommen haben. Ebenso geht es mit der Margarine und mit der Butter. Und wenn nun auch dort die Verteilung nicht ganz gerecht vorgenommen werden kann, so liegt die Schuld daran, daß die nötige Menge nicht vorhanden ist, um alle zu befriedigen. Mindestens aber wird alles in die Wege geleitet, um die Ungerechtigkeiten einigermaßen zu beseitigen.

Wenn ich in meinem Antrage sage, die Stadt möge für weitere Verteilungsstellen sorgen, die Verteilung auf weitere Bezirke ausdehnen und unter Kontrolle stellen, so denke ich mir das folgendermaßen, wenn ich auch nicht einen direkten Antrag darauf stellen will. Nehme ich an, man würde den sämtlichen 17 Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins den Verkauf überweisen, so würden die Mitglieder des Vereins ohne ihr Buch nichts bekommen können, und ihnen würde jedesmal bei Abgabe ein Stempel ins Buch gedrückt. Den anderen, die ebenfalls zu diesen Verkaufsstellen gehen müßten, würde man ein solches Ding wie eine Buttermarke geben, die auch abgestempelt werden könnte. Dann würde sich ein regelrechter Betrieb in die Wege leiten lassen, und die Unregelmäßigkeiten würden aufhören. Geht es weiter wie bisher, dann können die Vorräte nicht ausreichen, dann wird nur die Unzufriedenheit genährt, und wer bestrebt ist, einen besseren Weg zu gehen, der sollte sich bereit erklären, auf meinen Vorschlag einzugehen.

Darüber, was auf den anderen Gebieten zu arrangieren ist, will ich mich hier nicht verbreiten. Soviel ich gehört habe, wird betreffs der Abgabe von Wurst und Fleisch eine andere Art der Verteilung eingeführt werden. Hervorheben möchte ich aber, daß ich bei den städtischen Probeschlachtungen alle Achtung habe vor dem, was geboten ist, nämlich daß es wertvoll ist und zur Ernährung des Volkes beiträgt. Aber es ist in keiner Weise ausreichend. Meiner Meinung nach müssen die sämtlichen Schweine, die zur Lieferung nach der Stadt bestimmt sind, auch für die Stadt verbraucht und an ihre Einwohner verteilt werden. Dann kann es nicht passieren, daß man bei einem Schlachter, dem heute unsere Schweine überwiesen sind, morgen nicht ein Pfund mehr bekommen kann. Aber nach Bayern, Württemberg, Hamburg und Berlin sind die von diesen Schweinen hergestellten Fleisch- und Wurstwaren geschickt. Sind die Schlachter in dieser Weise nicht zuverlässig, daß sie für Ernährung der städtischen Einwohnerschaft sorgen, dann hat die Stadt selbst die Verpflichtung, für ihre Versorgung einzutreten, und ich hoffe, daß meine Ausführungen dazu beitragen werden, das zu erreichen.

Nicht unterlassen möchte ich auch, der Stadtverwaltung schon jetzt die Anregung zu geben, man möchte heute darauf bedacht sein, selbst Kartoffeln für unsere vielen Pächter zu bekommen, damit sie nicht zum Pflanzen mit Dingen so groß wie Steckrüben bedacht werden, von denen sie noch einmal so viel haben müssen, als wenn sie die richtigen Pflanzkartoffeln erhalten. Soviel ich weiß, treten vom 15. März durch die neue Bundesratsverordnung andere Verhältnisse auf diesem Gebiete ein; man sehe sich also vor. Ich weiß wohl, daß wegen der heutigen Kartoffelknappheit der Magistrat sich damit entschuldigen kann, daß der Frost verhindert habe, Kartoffeln heranzuschaffen. Wäre er aber früher darangegangen, hätte Kartoffeln beschafft und in Kellern und anderen Orten gelagert, dann wären wir besser über diese Zeit hinweggekommen. Die 182 000 *M.*, die im vorigen Jahre bei dem städtischen Kartoffelgeschäft als Verlust haben gebucht werden müssen, die werden groß geschrieben und sind auch kein Pappenstiel, aber immerhin hätte das den Magistrat nicht abhalten sollen, dafür zu sorgen, daß wir Kartoffeln in ausreichender Menge haben. Was jetzt vom Osten an Kartoffeln herkommt, das sind viel minderwertigere Kartoffeln als die, die wir aus der Heide und der Altmark erhalten. Die schönen Kartoffeln sind nach Westfalen, nach Dortmund und Essen hingeschafft. Ich meine ja nicht, daß sie zu gut wären für jene Bevölkerung, aber es wäre am Plage gewesen, sie für uns zu sichern, weil gerade hier in unserer Nähe gute Kartoffeln gebaut werden. Dann brauchen wir nicht in Verhältnisse zu kommen, wie sie in Halle gewesen sind, wo acht Tage lang keine einzige Kartoffel zur Verfügung gestanden hat.

Ich will hoffen, daß ich mit meinem Antrage dazu beitrage, daß die Verhältnisse in betreff des Heranschaffens und der Verteilung der Lebensmittel sich bei uns

bessern, und daß besonders dafür gesorgt wird, daß die Verteilung in praktischer Weise vor sich geht.

Stadtv. **Steinbrecher:** Herr Riefe hat schon auseinandergesetzt, wie bedauerlich die jetzigen Zustände in der Stadt geworden sind, und hat auch hervorgehoben, daß nicht allein der Magistrat die Schuld daran trägt, sondern vor allen Dingen die Landeszentralbehörden einen großen Teil der Schuld auf ihr Konto zu nehmen haben. Wenn man die Bekanntmachungen, die in dieser Sache der Lebensmittelversorgung erlassen sind, durchgeht, so sehen wir, daß doch den Gemeinden eine ganze Anzahl Handhaben geboten sind, mit Hilfe deren sie die Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel regeln können. Einen Anfang hat der Magistrat ja gemacht mit der Verteilung des Schweinefleisches und der Fleischwaren aus den städtischen Schlachtungen an die Bevölkerung, und wenn das bisher nicht so ganz geklappt hat, so soll doch jetzt eine bessere Organisation stattfinden, indem mehr Verkaufsstellen eingerichtet werden.

Wenn ich daran denke, daß der Magistrat das Recht hat, nach Genehmigung durch die Landesbehörden über den Betrieb und den Absatz der Nahrungsmittel gegenüber dem Erzeuger oder Hersteller Vorschriften zu erlassen, so meine ich, daß vor allen Dingen der jetzige Zustand beseitigt werden kann, daß die Leute kein Schmalz bekommen können. Ein großer Übelstand liegt darin, daß die Handlungen, die Schmalz oder Butter von der Stadt bekommen, schon zwei Tage vorher die Bestellungen von ihren Kunden sich aufschreiben lassen, und daß dann an dem Tage, wo eigentlich das Schmalz verkauft werden soll, fast nichts mehr davon zur Verfügung steht. Wenn nur diejenigen Schmalz bekommen, die sich als bisherige Kunden für den Bezug haben eintragen lassen, so gibt das böses Blut. Hier müßte doch der Magistrat in der Lage sein, festzusetzen, wie die Abgabe gehandhabt werden soll. Wenn das mit dem Fleische geht, dann muß es auch mit Schmalz und Butter gehen. Die Kaufleute dürfen nicht annehmen, daß sie Schmalz und Butter nur für ihre bisherigen Kunden geliefert bekommen haben. Einzelne Kaufleute haben allerdings gesagt: „Wir haben die Weisung bekommen, an alle zu verkaufen.“ Es müßte möglich sein, zu bestimmen: „Schmalz, das vom Magistrat an die verschiedenen Händler abgegeben wird, darf nur an einem bestimmten Tage und zu ganz bestimmten Zeiten abgegeben werden,“ und zugleich muß angegeben werden, wieviel Schmalz jeder einzelne bekommen kann. Wenn ein Händler 50 Pfund Butter bekommt, dann darf es nicht vorkommen, daß er eine Viertelstunde nach Eröffnung des Verkaufs sagt: „Ich habe keine Butter mehr.“ Und wenn jeder ein halbes Pfund Butter bekommen hätte, dann hätten doch wenigstens 90 Personen befriedigt werden können. Durch genaue Vorausbestimmungen der Zeit des Verkaufs zur bestimmten Stunde bei allen Verkaufsstellen ließe sich auch vermeiden,

daß diejenigen, die genügend Zeit haben, sich an allen Stellen, wo es Butter gibt, mehrere Stunden hinstellen und schließlich an mehreren Stellen Butter erhalten. Wenn bekannt ist, wieviel Butter an jeden Händler abgegeben ist, dann werden die Kaufleute damit unter Kontrolle gestellt, so daß sie nicht nach kurzer Zeit erklären können: Die Ware ist ausverkauft. Ich habe gestern durch eine Karte Nachricht davon bekommen, daß eine Frau bei einem Händler in der Frankfurterstraße, der städtisches Schmalz bekommen hat, abgewiesen ist mit der Bemerkung: „Sie sind nicht mein Kunde, an Sie gebe ich kein Schmalz ab.“ Die Frau will das bezeugen. Wohin soll das führen, wenn ein solcher Verkauf aufgemacht wird, und der Händler erklärt: „Es ist alles schon im voraus bestellt“, so daß die Leute wieder unverrichteter Sache zurückgehen müssen. Ich möchte dahin plädieren, daß von jetzt ab festgehalten wird: Vorausbestellungen der Ware müssen unterbleiben, und die Händler müssen verpflichtet werden, das halbe Faß Butter oder Schmalz, das sie von der Stadt bekommen, im voraus, bevor der Verkauf beginnt, in Viertelpfunden abzuwiegen und die Ware an jeden Anfordernden bis zum letzten Viertel zu verkaufen.

Sodann hat nach den Bundesratsbestimmungen der Magistrat das Recht, die Versorgung der Bevölkerung selbst zu übernehmen. Das hat er in bezug auf die Versorgung durch Schweinefleisch und Wurstwaren schon angefangen, und die Schlachter werden endlich einsehen, was eigentlich ihre Verpflichtung in dieser Zeit wäre. Wenn man bedenkt, wie vor dem Kriege die Fleischer vor ihren Käufern geknabuckelt haben, und wie jetzt in manchen Geschäften die kaufenden Frauen ganz miserabel behandelt werden, so zeigt das den richtigen Charakter jener Verkäufer. Ein Geschäftsmann, der jetzt in der Kriegszeit fleghaft ist, der ist ein Mensch, der überhaupt keinen Charakter hat. Zahlreiche Beschwerden sind darüber eingelaufen, daß die Verkäufer frech werden, wenn nur einmal eine Frau, die kaufen will, sich ein Wort erlaubt. Es ist das in allen Ständen so, besonders bei den Fleischern werden die Käufer ausnahmsweise schroff behandelt.

Weiter ist eine wichtige Bestimmung der letzten Verordnungen, daß es den Gemeinden möglich ist, in die Verträge einzutreten, die die Kartoffelhändler abgeschlossen haben, und die vor dem 15. März 1916 zu erfüllen sind. Herr Stadtrat von Frankenberg kann gewiß Auskunft darüber geben, wieviel Verträge auf Lieferung von Kartoffeln für die Stadt abgeschlossen sind, und wenn es nötig ist, dann wäre es jetzt möglich, auf Grund dieser Bundesratsverordnung Kartoffeln für unsere Stadt heranzuschaffen, damit der Verkauf besser klappt.

Wenn ich nicht irre, war es früher einer der Hauptgründe, daß man nicht auf den Ankauf von Kartoffeln, wie er von unserer Seite im Herbst beantragt war, eingehen wollte, weil Lagerräume dafür nicht beschafft werden konnten. Die Schwierigkeit ist jetzt durch die Bundesratsverordnung aufgehoben, weil der Magi-

strat nach § 7 das Recht hat, die Überlassung von leerstehenden Lagerräumen von Geschäftsleuten zu verlangen, und nachher die Entschädigung dafür von den Verwaltungsbehörden festsetzen lassen kann.

Daß wir über die Schwierigkeiten hinauskommen, ist dringend zu wünschen, denn wenn die Verhältnisse in bezug auf Beschaffung von Kartoffeln, Fett und Butter nicht besser werden, dann können Sie tatsächlich in der nächsten Zeit die allerschwersten Sachen auf der Straße erleben. Sie glauben es vielleicht nicht einmal: Es gibt Leute, die seit vier Wochen keine Butter, kein Schmalz oder sonstige Fette erhalten haben. Es gibt Frauen, die es nicht haben möglich machen können, daß sie rechtzeitig zu den Verkäufen haben hingehen können. Von allen Seiten ist mir gesagt: Mindestens die Vorausbestellungen müssen unterbleiben. Diejenigen Arbeiterfrauen, die auf Arbeit gehen, haben bisher niemals Butter erhalten können, und das scheint einem plausibel. Wer stundenlang hat stehen und warten können, mag wohl Butter bekommen haben, wer aber dazu keine Zeit hat, weil er zur Arbeit muß, bekommt nie Butter. Gewiß wird auch zutreffen, daß manche Frau auch dann noch Schaden leidet, wenn auch der Verkauf vorher bekanntgegeben wird und die Vorausbestellungen unterbleiben. Aber wenn die Frauen wissen: „In dem und dem Laden gibt es zu einer bestimmten Zeit Butter“, dann werden sie immer in der Lage sein, ein Kind oder sonst jemand hinzuschicken, der für sie Butter einholt.

Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Riefe an: Es muß etwas in der Sache geschehen, nicht nur daß mehr Nahrungsmittel herangeschafft werden, sondern daß auch für richtige Verteilung der von der Stadt beschafften Lebensmittel gesorgt ist. Auch der Beamte, der den Andrang regelt, kann dann die Sache besser überwachen. Heute war eine Frau bei mir, und erzählte, daß, obgleich ihr in einem Geschäfte versichert war, daß keine Butter mehr vorhanden sei, trotzdem dort noch einzelne Viertelpfunde Butter nachher verkauft worden sind. Das kann nicht mehr vorkommen, wenn in der Zeitung bekanntgegeben ist: „Es ist soundso viel Butter in dem Geschäfte vorhanden und wird zu einer bestimmten Zeit abgegeben.“ Dann weiß der Beamte: „Hier können nur soundso viel Menschen abgefertigt werden“, und kann den letzten hundert oder hunderzwanzig gleich von vornherein sagen: „Ihr bekommt doch nichts, geht nach Hause!“ Dann ist wenigstens einigermaßen Ordnung da. Ich bitte dringend, in dieser Beziehung jetzt nun recht schnell etwas zu tun, damit diese unleidigen Verhältnisse beseitigt werden.

Stadttrat von Frankenberg: Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß die Herren Stadtverordneten Riefe und Steinbrecher sich mit Ruhe und Sachlichkeit über die Übelstände, die im Laufe der letzten Wochen bei der Nahrungsmittelversorgung hervorgetreten sind, geäußert haben. Es sind auch in ihren Worten manche wertvolle Anregungen gegeben, die ich, soweit es in meiner Kraft steht,

gern berücksichtigen will. Die Schwierigkeit bei der Lebensmittelversorgung lag nicht nur in der außerordentlichen Mühe des Heranschaffens der Waren, sondern auch in der Verteilung, die man entweder allein stadtseitig oder mit Hilfe von Gewerbetreibenden durchzuführen in der Lage war. Der Stadtmagistrat hat es in den meisten Fällen für richtig gehalten, sich nicht vollständig auf seine eigene Tätigkeit allein zu stellen, sondern ist mit den Gewerbetreibenden Hand in Hand gegangen — ich erinnere dabei an den Allgemeine Konsumverein —, und es scheint auch, als ob diese Maßregel sich der Zustimmung der Herren erfreut. Man soll auch in Kriegszeiten denken: „Leben und leben lassen“, soweit sich das mit der Pflicht der Stadtverwaltung, für die Lebensmittelversorgung tätig zu sein, verträgt.

Wenn ich nun die einzelnen vorgebrachten Vorschläge durchgehe, so darf ich zunächst betreffs der Kartoffeln erwähnen, daß wir Ausgang November in ausgiebigem Maße Kartoffeln bestellt hatten, daß wir aber von Woche zu Woche darauf drängen mußten, daß sie angeliefert wurden. Erst in den allerletzten Tagen ist es möglich gewesen, aber nicht durch die Stellen, wo wir sie bestellt haben, sondern von anderer Seite, nämlich durch die aner kennenswerte Hilfe unserer Landwirte im Herzogtum, Kartoffeln zu erhalten, und in dieser Stunde, wo ich vor Ihnen zu sprechen die Ehre habe, gehen noch fortwährend derartige Meldungen über Kartoffellieferungen ein, so daß wir über einige tausend Zentner von Kartoffeln jetzt verfügen können und werden. Jetzt endlich sind wir über den Berg. In der vergangenen Woche aber waren wir durch die Stockung aus den Lieferungsgebieten, woher wir Kartoffeln erhalten sollten, aus Gifhorn, aus Ost- und Westhavelland, in Verlegenheit gekommen, die noch dadurch erhöht wurde, daß plötzlich Frost eintrat, so daß wir dazu schreiten mußten, aus unseren eigenen Beständen im Pflegehause täglich 50, später 100 Zentner nach der Markthalle zur Abgabe kleinerer Mengen an die Verbraucher fahren zu lassen. Selbstverständlich war das bei dem großen Haushalte, der aus den Kellereien des Pflegehauses versorgt werden muß, nur eine Notmaßregel, die nicht von langer Dauer sein konnte, da am vergangenen Freitag nur noch ein Vorrat von 1200 Zentner festgestellt wurde, so daß wir nach weiteren 12 Tagen auf dem Trockenen geseßen hätten. Da trat die Hilfstätigkeit unseres Herzogtums für uns ein und hat uns über diese Schwierigkeit hinweggebracht. In den schwersten Tagen, die uns Herr Riese in anschaulicher Weise geschildert hat, habe ich mich sofort bemüht, mit verschiedenen Herren — dankbar bin ich insbesondere Herrn Stadtv. Voeshigt — diesen Schwierigkeiten entgegenzutreten. Herr Riese weiß selber aus seiner Tätigkeit in der Preisprüfungsstelle für Gemüse und Obst, mit welchen Hindernissen wir bei der Kartoffelversorgung zu rechnen haben. Ich darf hier einschalten, daß die vier Unterausgänge der Preisprüfungsstelle, die zuerst nebeneinander tagten, jetzt auf meine Anordnung an verschiedenen Tagen einberufen werden, so daß die Zersplitterung meiner Tätigkeit,

die ich selber am meisten beklagen mußte, nun nicht mehr stattfindet. Ich hoffe, daß wir morgen in der Sitzung der Kartoffelpreisprüfungsstelle an die städtischen Behörden mit Vorschlägen wegen der Kartoffelversorgung während der ganzen nächsten Monate herantreten können. Es handelt sich dabei nicht mehr darum, die bitterste Not zu bannen bis zum 15. März, sondern es handelt sich auch um die Bestellung der Kartoffeln bis zur nächsten Ernte. Die bevorstehende Besprechung wird die Grundlage bilden zu einer Bestellung, bei der wir vor ähnlichen Schwierigkeiten wie im vergangenen Jahre bewahrt bleiben werden.

Sodann hatte ich mir vorgenommen, dafür zu sorgen, daß noch andere Verkaufsstellen für Kartoffeln berücksichtigt werden, und das ist in den letzten Tagen geschehen. Das Geschäft von Schrader in der Steinstraße, Krüger auf der Alten Wäge und der Allgemeine Konsumverein sind schon berücksichtigt; ich werde die Sache auch in Zukunft weiter verfolgen. Ich habe, wie die Herren der Preisprüfungsstelle bestätigen werden, sehr energisch dafür eintreten müssen, daß auch dem Allgemeinen Konsumverein der Verkauf von Kartoffeln übertragen wurde.

Was die Butter- und Fettverteilung betrifft, so werden wir vom nächsten Montag ab dadurch um einen wichtigen Schritt weiterkommen, daß allgemeine Butter- und Fettmarken eingeführt werden. Die verehrten Herren werden morgen oder übermorgen die vom Magistrat beschlossene und vom Herzoglichen Ministerium genehmigte Verbrauchsregelung lesen. Schon dadurch werden wir in der Lage sein, einem großen Teile der Übelstände, wie sie in den letzten Wochen hervorgetreten sind, entgegenzutreten. Selbstverständlich gehört aber weiter zur befriedigenden Regelung der Lebensmittelversorgung ein vernünftiges Entgegenkommen seitens derjenigen Verkaufsstellen, denen wir städtische Butter und städtisches Schmalz — wenn wir solches wieder bekommen sollten — überweisen. Ich bin gern bereit, dem Magistrat zu empfehlen, daß wir in Zukunft an die Geschäftsleute nur unter der Bedingung diese Waren abgeben, daß die Vorausbestellung ausgeschaltet und nur die Abfertigung der zum Verkaufe erscheinenden Personen vorgenommen wird, und glaube, daß man damit einen wesentlichen Schritt weiterkommt. Es ist natürlich nicht leicht, in dieser Beziehung allen Wünschen gerecht zu werden. Wir haben uns z. B. in bezug auf die Butterverteilung an eine ziemlich begrenzte Anzahl von Buttergeschäften gehalten, weil uns nur 50—60 Zentner Butter wöchentlich von der Landesverteilungsstelle, dem Ministerium, zur Verfügung gestellt werden und wir es für zweckmäßig hielten, daß jedes derartige Geschäft wöchentlich einmal in die Lage gesetzt wurde, Butter verkaufen zu können, während in dem Falle, daß wir eine größere Anzahl von Geschäften berücksichtigt hätten, eine derartige Möglichkeit nicht vorhanden gewesen wäre. Ich hoffe, daß durch die in Aussicht stehende Maßregel, betreffend die Butterkarten, manche Schwierigkeit überwunden wird.

Herr Steinbrecher gab noch einige andere Anregungen, die ich gern zu beachten bereit bin. Vor allem bitte ich Sie: Haben Sie zu uns, auch zu der Preisprüfungsstelle und seinen Ausschüssen, das Vertrauen, daß wir in dieser schweren Zeit Hand in Hand mit Ihnen die Schwierigkeiten zu überwinden bemüht sind. Das ist bei der Knappheit der Nahrungsmittel, bei der Neuheit des Gegenstandes und bei dem Übergange aus dem freien Verkehr in eine behördliche Bindung an eine feste, mit Strafen umkleidete Regelung nicht leicht. Je mehr wir Hand in Hand miteinander gehen, um so mehr wird es uns gelingen, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Stadtv. Ohlendorf: Daß es knapp ist mit allen Lebensmitteln, wissen wir alle, und ich bin der Meinung, daß die Allgemeinheit sich dem um so eher anpassen würde, wenn nicht die Meinung vorhanden wäre, daß die Verteilung nicht in dem Sinne, wie wir alle wünschen, geschehe. In den letzten Wochen wurde die Butter- und Fettknappheit ganz besonders hart verspürt, und man war froh, als man hörte, daß eine Butterkarte eingeführt werden sollte. Sie wissen alle, welchen Zweck die nun eingeführte Butterkarte haben soll. Sie hat nur den Zweck, daß wir in erster Linie das vorhandene Quantum Butter entsprechend einteilen, wie wir das beim Brote haben, und dann dafür sorgen, daß jeder — mag das Quantum so groß sein, wie es will, — immer gleichmäßig Butter bekommt und es nicht so geht wie jetzt, daß ein guter Teil besser situierter Einwohner Braunschweigs Butter in Hülle und Fülle haben. (Zurufe: Die kriegen auch keine!) Ich habe auch nicht gesagt, daß der größte Teil der Einwohner Butter in reichlichem Maße hat. Es ist aber sicher, daß ein Teil der Einwohner recht viel, jedenfalls genügend Butter hat, während vielen aus der Bevölkerung Fett gänzlich mangelt, und das ist es, was im Volke am meisten verdrießt, nämlich daß die Verteilung nicht gerecht ist. Ich habe schon in der Finanzkommission gesagt: Was beim Brote möglich ist, müßte auch bei der Butter möglich sein. Wir müssen doch feststellen können, welches Quantum Butter nach Braunschweig geliefert wird, und dementsprechend verteilen können. Ich bin dabei der Meinung: Bei dem Brote und Mehl ist das schwieriger gewesen, als es hier sein könnte. Im Volke herrscht die Meinung, daß man absichtlich nur Butterkarten ausgibt für Butter, die die Stadt bezieht. Herr Stadtrat von Frankenberg hat gesagt, die Ausgabe der Butterkarten sei vorgenommen, weil wir sonst nicht einmal diese Butter bekämen. Ich glaube, wenn es sich der Stadtmagistrat richtig überlegt, wird er die Möglichkeit haben, festzustellen, wieviel Butter nach Braunschweig geliefert wird, und dementsprechend eine Verteilung vorzunehmen und Butterkarten auszugeben. Dann hat die Karte einen Zweck, und der Mißstand ist gehoben, daß ein Teil der Einwohner bei der allgemeinen Knapp-

heit Butter in Hülle und Fülle hat und andere Familien Wochen und Monate keine Butter und anderes Fett bekommen.

Bezüglich der Kartoffeln ist es allerdings eine Sünde und Schande, daß die Leute, die davon in Hülle und Fülle haben, nicht davon abgeben und wir wochenlang nicht in der Lage waren, unsere Einwohner mit Kartoffeln zu versorgen. Wenn nun hier aus unserem engeren Kreise, nicht von den großen Kartoffelbauern, die Versorgung schließlich trotzdem geschehen ist, so ist das ein Beweis dafür, daß das um so eher geschehen könnte, wenn diejenigen, die im Frühjahr noch höhere Preise zu bekommen hoffen, uns Kartoffeln anbieten würden.

Bei der Brotkartenverteilung stellen sich Mißstände dadurch heraus, daß die Karten, die an die Fabriken gegeben werden, nicht dementsprechend verteilt werden, wie es der Magistrat und der Verteilungsausschuß wünscht. Es ist festgestellt worden und kann nachgewiesen werden, daß nach Fabriken bedeutend mehr Karten geliefert werden, als unter den Schwerarbeitern verbreitet werden, und den Bestimmungen nach sollen die sie doch bekommen.

Man könnte auch noch auf andere Sachen zu sprechen kommen. So steigen z. B. jetzt die Zwiebeln bedeutend im Preise. Deutschland müßte in der Lage sein, die Zwiebeln mit 3 und 4 Pf. das Pfund zu verkaufen, denn wir haben eine gute Zwiebelernte gehabt. Heute aber sind Zwiebeln überhaupt kaum zu haben, und dann kosten sie 15—20 Pf.; sie sind nach Holland und England verkauft worden. Und so geht es auch mit anderen Sachen. Vor allen Dingen bitte ich aber die Übelstände bei der Verteilung des Schmalzes abzustellen, von denen Herr Riefe schon angeführt hat, in welcher Form sie stattgefunden haben. Man sollte es nicht für möglich halten, daß einige Leute einen großen Teil einhamstern und zurücklegen und ein guter Teil unserer Bevölkerung stundenlang stehen muß und nicht einmal ein Viertelpfund erhält. Es ist dringend nötig, daß Butter- und Fettkarten eingeführt werden, durch welche eine gerechte Verteilung gewährleistet wird.

Stadtrat von Frankenberg: Ich würde gern den Wünschen des Herrn Stadtv. Ohlendorf entgegenkommen, wenn er beabsichtigt, von der verfügbaren Buttermenge die auf jede einzelne Buttermarke zuzuteilende Menge abhängig zu machen. Aber ich halte das für undurchführbar, weil man nach der in der einen Woche verfügbaren Buttermenge nicht in derselben Woche durch Bekanntmachung das Maß, das auf die Buttermarke abzugeben ist, bestimmen kann. Das könnte man erst für die folgende Woche bestimmen, und dabei würde man hohl fahren, wenn nicht in der nächsten Woche wirklich dieselbe Menge zur Verfügung stände. Die ganze Regelung vom Reichskanzler und Ministerium baut sich folgendermaßen auf: Die Buttermarke dient als Sparmarke und zur Regelung, sie gewährt aber keinen Anspruch auf diejenige Menge, die als Höchstmenge jeweils bestimmt ist. Würden

wir nun aber eine kleinere Menge, nur die Menge, die uns sicher hier in der Stadt Braunschweig durch unsere Verteilungsstelle zur Verfügung steht, der Verteilung zugrunde legen, dann könnten wir nur ein Siebentel dessen, was wir jetzt mit $\frac{1}{4}$ Pfund zugeteilt haben, gewähren, das wäre $\frac{1}{28}$ Pfund, also etwas weniger als ein gewöhnlicher Brief zu 10 Pf. Porto wiegt, unter 20 g, und das könnten wir doch unseren Braunschweiger Einwohnern nicht anbieten. Ich möchte empfehlen, zunächst erst einmal mit dieser Regelung, wie wir sie ins Auge gefaßt haben, daß höchstens ein Viertel Pfund jede Woche auf die Karte gegeben wird, vorlieb zu nehmen.

Sodann hat Herr Ohlendorf eine Äußerung, die ich im Finanzausschuß getan habe, falsch verstanden, nämlich, daß wir uns in der ersten Woche nur an diejenigen Buttergeschäfte gehalten hätten, die von uns durch Butterlieferung unterstützt sind. Das war eine Übergangsmaßregel. Vom nächsten Montag ab werden sämtliche Buttergeschäfte, auch die Leute, die im Umherziehen Butter verkaufen, und die auf den Marktständen an unsere Gebrauchsregelung gebunden sein. Das ist eine wichtige Neuerung und ein wesentlicher Fortschritt, und ich glaube, daß man dadurch manchem Übelstand wird begegnen können.

Was die Verteilung der Brotkarten und Zuschlagskarten betrifft, so würde ich dankbar sein, wenn Mißstände oder Mißbräuche uns mitgeteilt werden, um ihnen nachgehen zu können. Der Magistrat hat die Einrichtung getroffen, Zuschlagskarten an Betriebe zu gewähren, wo schwer arbeitende Personen vorhanden sind, und hat dabei die Kopfszahl dieser schwer Arbeitenden genau berücksichtigt. Dagegen habe ich in Dutzenden von Fällen Anforderungen von Zuschlagskarten mit der Frage zurückgeschickt: „Welche der angegebenen Personen sind Schwerarbeiter?“ Ich konnte z. B. nicht anerkennen, daß der Inhaber eines Friseurgeschäftes für seine Gehilfen, die besonders brotbedürftig wären, Zuschlagskarten verlangt. Ich bin ja der Belehrung zugänglich, aber auch Herr Ohlendorf scheint mir in der Beziehung zuzustimmen. Es mag vorgekommen sein, daß hier und da einzelne Fabriken auch Angestellte, z. B. auch Kontoristen, als Schwerarbeitende betrachtet haben, ebenso wie vielfach versucht wurde, die Begründung durch die englische Arbeitszeit zu führen. Ich kann englische Arbeitszeit nicht ohne weiteres als Grund für Gewährung von Zuschlagskarten anerkennen, besonders dann nicht, wenn unsere Bestände so schwach sind, wie sie in der ersten Zeit waren. Wir sind damit aber weitergekommen, und nachdem wir in der ersten Woche 8000 Zuschlagskarten ausgegeben haben, konnten wir in der folgenden Woche 10 000, dann 12 000 ausgeben, und in dieser Woche haben wir 14 000 abgegeben. Ich denke damit noch weiter vorgehen zu können. Wenn wir jetzt 60 Prozent aller Schwerarbeiter berücksichtigen können, so werden wir voraussichtlich dahin kommen, daß bis zu 75 Prozent in den Besitz der Zuschlagskarten gelangen, denn es sind nicht ganz

24 000 Schwerarbeitende bei uns gemeldet, und das wird in der Hauptsache die wirkliche Zahl bleiben, wenn auch einige Meldungen wohl noch nachkommen werden. Eine sachgemäße Verteilung innerhalb des Betriebes wird man der Betriebsleitung überlassen müssen unter Zuhilfenahme von Arbeiterausschüssen, wie sie in den meisten Fabriken bestehen, oder unter Beirat von Arbeitern, die einsichtige Arbeitgeber in großen und mittleren Betrieben herbeiziehen werden. Dem Magistrat liegt es fern, sich in die Verhältnisse des einzelnen Betriebes einzumischen, und er darf hoffen, daß innerhalb desselben eine gerechte Verteilung stattfindet.

Stadttr. **Wesemeier:** Ich kenne die Verhältnisse in einer großen Anzahl von Fabriken und weiß, daß durchaus nicht die Regelung in der Verteilung der Zuschlagsbrotarten so vorgenommen wird, wie es der Magistrat verlangt. Ich könnte es beweisen, will aber eben nicht näher darauf eingehen.

Ich gebe Herrn Stadttrat von Frankenberg zu, daß es nicht leicht ist, die Regelung der Lebensmittelfrage so zu organisieren, wie es notwendig wäre, aber ich meine, ebenso schwer oder noch schwerer ist es, für den großen Teil der arbeitenden Bevölkerung, wenn sie sieht, daß sie allein hungern sollen, während die wohlhabenden Kreise Überfluß haben. (Widerspruch.) Wohlverstanden nicht alle, und die Anwesenden sind ja sowieso ausgeschlossen. Ich habe selbst gesehen, wie von einer Butterfrau — es war vor vierzehn Tagen am Wendentwehr — große Pakete in die Häuser getragen sind, während von ihr andere Frauen, die sie um Butter ansprachen, rundweg abgewiesen wurden. So ist es auch mit dem Fleisch. Es ist ganz erklärlich: die Wohlhabenden haben Vorräte im Hause und leiden unter der heutigen Misere nicht. Als ich vorhin mit Herrn Benzen ins Rathaus kam, stand in dem Hausflur vor der Anschlagtafel eine Gruppe Frauen und sahen sich das Plakat an: Butterverkauf. Da gab es nur eine Meinung: „Die Butter, die ausgeschrieben wird, bekommen wir doch nicht“, und diese Meinung ist allgemein verbreitet, und zwar mit Recht. Es wurde dort unten gesagt: „Was nützt uns die Tafel? Wir wissen ja nicht, wann der Verkauf stattfindet. Wenn man hinkommt, ist die vorhanden gewesene Butter längst weg.“ Die bisherige Art des Verkaufs gewisser städtischer Waren hat die Hamsterei geradezu gefördert, und besonders ist das in der letzten Woche der Fall gewesen.

Im deutschen Reiche haben wir 54 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet. Wir brauchen für die Ernährung der Bevölkerung 15 Millionen Tonnen, davon 9 Millionen Tonnen für die Großstädte, und was ist davon vorhanden?! Und trotz der hohen Preise, die gezahlt werden müssen, gibt es schlechte Kartoffeln. Wir haben auch bei unseren Kartoffeln gesehen, daß außerordentlich viele faule dazwischen sind. Nun ist zwar der Magistrat nicht schuld daran, daß die Kartoffeln schlecht sind, aber der Magistrat hätte unserem Vorschlage aus der Stadtverord-

netenversammlung folgen können, den wir schon im Februar vorigen Jahres gemacht haben, daß die Stadt versuchen solle, Abschlüsse für Herbsteinkäufe zu betätigen. Das hat man abgelehnt und gemeint, es wäre nicht Usus, so früh abzuschließen. Jetzt haben wir den Schaden davon. Wenn die recht hätten, die da behaupten, daß die Landwirtschaft ihre Schuldigkeit getan habe und noch tue, dann gingen wir bösen, bösen Zeiten entgegen. Der Kartoffelmangel in der vorigen Woche — dem Frostwetter gebe ich gar nicht die Schuld, und das wird auch keiner tun können, der objektiv urteilt — ist Beweis dafür, daß die Landwirtschaft ihre Schuldigkeit nicht getan hat. Die Höchstpreisfestsetzung fordert die Landwirtschaft geradezu heraus, die Vorräte zurückzuhalten. Die Landwirtschaft sagt sich: „Wir steigern die Kartoffelpreise, je länger wir die Vorräte zurückhalten.“ Die höher werdenden Preise sind geradezu eine Prämie für die Zurückhaltung. Die Kartoffelpreise hätten der Zeit nach nicht nach oben, sondern nach unten hin festgesetzt werden müssen, dann hätten wir in der ersten Zeit wohl Überfluß gehabt, aber wir hätten dann selbst Vorräte aufstapeln können. Und wurden die Kartoffeln später billiger, dann konnte man auch von den Landwirten noch welche bekommen. Es blieb sich dabei gleich, wenn auch die Stadt einen Zuschuß für die Kartoffelversorgung seiner Einwohner hätte zahlen müssen. Bei einer solchen Kalamität, wie die ist, in die wir jetzt hineingekommen sind, kann es nicht darauf ankommen, ob 100 000 *M* dafür ausgeworfen werden. Gewiß ist eine solche Summe schwerwiegend für die Stadt, das erkenne ich an, aber wo es sich um die Ernährung der Bevölkerung handelt, kann und wird auch nicht auf 100 000 *M* Rücksicht genommen werden. Daß das nicht geschieht, wissen wir ja auch, und das erkennen wir auch an, erheben nur den Einwand, daß die Maßnahmen nicht rechtzeitig getroffen sind. Im November war es meiner Meinung nach zu spät. Wir haben heute noch eine arge Kartoffelknappheit, und in voriger Woche war es besonders schlimm. Herr Riefe hat schon geschildert, wie die Frau aus der Kreuzstraße mit starker Familie, wenn sie die 10 Pfund Kartoffeln gekocht hat, am anderen Tage wieder vor dem Nichts stand.

Und dabei die Verringerung der Brotration. Es müßte darauf hingewirkt werden, daß größere Brotationen ausgegeben werden, denn es ist für die Arbeiter einfach unmöglich, bei ihrer schweren Arbeit mit der jetzigen Brotmenge auszukommen. Außerdem hat es mit den Zuschlagskarten eine eigenartige Bewandnis. Man nimmt den Arbeiterfamilien einen erheblichen Teil ihrer Brotmenge, um ihnen einen kleinen Prozentsatz zurückzugeben. Bei einer Familie von fünf Köpfen wird ein Pfund Brot weggenommen und der Vater bekommt vielleicht 225 g zurück. Der Herr Stadtrat sagt vielleicht: Es ist in allen Familien so, und die Verteilung der Zuschlagskarten erfolgt gleichmäßig. Ich kenne Fabriken, wo 100 Prozent Zuschlagskarten hinkommen; ich nenne z. B. die Firma Südel, wo

die Arbeiter jede Woche eine Zuschlagskarte erhalten. Ich gönne es ihnen wohl und möchte nicht, daß das abgeändert wird, aber die Verteilung an die Fabriken erfolgt nicht gerecht. Weil der Herr Stadtrat mit dem Kopfe schüttelt, will ich nicht weiter darauf eingehen und betone noch einmal: Ich will nicht die Brotrationen einzelner kürzen, denn die Arbeiter haben es alle nötig, daß sie Zuschlagskarten bekommen.

Bei der Schmalzabgabe durch die Stadt ist direkt parteiisch verfahren. Die Firma Röber im Sack, bei der nur die wohlhabende Bevölkerung kauft, hat schon am Montag voriger Woche zwei Faß Schmalz verkaufen können und hat am Donnerstag abermals zwei Faß bekommen. Am Montag hat noch kein anderer Händler Schmalz verkaufen können, nur der Firma Röber war es möglich. Dem Allgemeinen Konsumverein waren 10 Faß zugesprochen und schließlich sollte er noch drei Faß bekommen. Muß das nicht Unwillen erregen, wenn einem Verein mit über 10 000 Mitgliedern und 17 Verkaufsstellen 13 Faß zugeteilt werden, und eine einzige Firma, bei der Arbeiter nicht oder nur in verschwindendem Maße kaufen, an zwei verschiedenen Tagen 4 Faß? Das muß auffallen, und es muß dringend verlangt werden, daß das abgeändert wird. Der Verkauf des Schmalzes in voriger Woche hat der Hamsterei ungeheuren Vorschub geleistet. Der eine Kaufmann hat morgens verkauft, der andere nachmittags. Bis zu 6 Pfund verkauften einzelne Kaufleute, und so ist es möglich gewesen, daß ein Teil der kausenden Frauen mehrere Pfund Schmalz bekommen hat und andere gar nichts. Darin muß eine Regelung eintreten, damit der Verkauf gleichmäßig stattfindet. Von einer Organisation dieses Verkaufs kann bisher nicht geredet werden; die Händler konnten machen, was sie wollten. Das hätte man sich vorher sagen müssen, daß das so nicht gehen konnte. Die Geschäfte sowohl wie die Verkaufszeiten müssen vom Magistrat bekanntgegeben werden, und es darf nicht vorkommen, daß jemand über ein bestimmtes Quantum von den städtischen Waren bekommt, so daß möglichst gleichmäßig die Sachen verteilt werden.

Herr Stadtrat von Frankenberg sagte schon, daß es schwer sei, in bezug auf die Butterversorgung eine erfolgreiche Regelung zu treffen. Ich freue mich aber schon, daß nun wenigstens auch die Butterfrauen in den folgenden Wochen in die Bestimmungen mit einbegriffen werden, die der Magistrat erlassen hat. Herr Stadtrat von Frankenberg erklärte, daß jetzt $\frac{1}{4}$ Pfund Butter auf die Butterkarte verabreicht werden dürfe, wenn aber das zur Verfügung stehende Quantum, das wir von der Stadt beziehen, ebenso gleichmäßig verteilt werden sollte, wie bei der Mehl- und Brotverteilung, dann nur $\frac{1}{28}$ Pfund auf jede Butterkarte gerechnet werden dürfte, da ja der Magistrat auf das übrige Quantum keinen Einfluß habe. Ich meine aber, auch dieses muß mitgefaßt werden, dann können nicht die Wohlhabenden jede Woche Pfunde beziehen. Es muß wenigstens versucht werden, daß

der ganze Butterhandel gefaßt wird, auch der durch Butterfrauen, Botenfrauen usw., und wenn es nicht anders geht, mit Hilfe der Regierung.

Ich möchte noch weiter mit meinen Wünschen in bezug auf Beschaffung von Lebensmitteln durch die städtischen Behörden gehen, indem ich wünsche, daß die Stadt auch noch andere Lebensmittel anschafft. An Gemüse haben wir wohl noch weiteren Vorrat, aber das ist nur eine Zugabe zu den notwendigen Lebensmitteln, mit Ausnahme von Erbsen, Mohrrüben und dergleichen, die als selbstständiges Gericht gebraucht werden können. Man liest von allen Städten, daß sie sich Hülsenfrüchte, Reis, Graupen beschaffen und an ihre Bevölkerung vertreiben. Wir gehen in der Beschaffung der Lebensmittel nicht weit genug.

Ich erkenne mit meinen Kollegen wohl an, daß die Magistratsmitglieder, wie sie vorhanden sind, alle reichlich beschäftigt sind, und will ihnen nicht ohne weiteres noch mehr Geschäfte aufpacken. Wir wünschen, daß der Magistrat Hilfskräfte annimmt, wenn sie auch bezahlt werden müssen. Die Arbeitskraft des einzelnen darf nicht übermäßig angestrengt werden, und das ist unsere Absicht nicht. Köln z. B. hat 100 Kaufleute als städtische Beamte angestellt, um Einkäufe zu betätigen und die Verkäufe zu regeln.

Vorsitzender: Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß die Redezeit abgelaufen ist. Er ist wohl auch gleich mit seinen Ausführungen zu Ende.

Stadtv. Wesemeier: Ich bin am Schlusse. Ich möchte den Magistrat nur noch dringend bitten, Pflanzkartoffeln, insbesondere Frühkartoffeln zu besorgen, wie das mein Freund Riefe schon angeregt hat. Dem Herrn Oberbürgermeister ist ja im Landtage eine Riesenkartoffel auf den Tisch gelegt, Marke Deumeland „Unerhört“. Ich möchte auch mit Herrn Deumeland reden, der das Wort geprägt hat: „Der Forst ist die Henne, die der Stadt die goldenen Eier legt.“ Ich möchte wünschen, daß es mit der Versorgung der Stadt Braunschweig bald besser würde und die Kartoffel im nächsten Herbst die Henne für die Braunschweiger Bevölkerung wird, die goldene Eier legt. Wir müssen Vorsorge treffen, und schon jetzt muß der Magistrat Pflanzkartoffeln beschaffen. Das wird ihm leichter werden als dem einzelnen kleinen Pächter. Es müßte eine Umfrage veranstaltet werden, wieviel Pflanzkartoffeln jeder gebraucht. Da es außerordentlich schwer ist, davon ein kleines Quantum zu beziehen, so bitte ich dringend, auch dies zu berücksichtigen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte zunächst Herrn Wesemeier entgegnen, daß in bezug auf die Brotzuschlagskarten ganz streng nach den Verhältnissen und nach der Zahl der uns gemeldeten Schwerarbeiter verfahren wird. Es ist nach meiner Kenntnis unmöglich, daß eine Firma für 100 Prozent der von ihr gemeldeten Schwerarbeiter Zuschlagskarten bekommt.

Was im übrigen die Anregung des Herrn Wesemeier betrifft, so will ich erwidern, daß der Geschäftsführer der Firma Röber uns in dankenswerter Weise sowohl bei dieser Schmalzverteilung wie bei früheren Verteilungen von Warensendungen mit seinen Erfahrungen und seiner Warenkunde behilflich gewesen ist. Wenn man die Begleitpapiere zu etwa 96 Faß Schmalz erhält, so ist es für ein Magistratsmitglied nicht ohne weiteres leicht, einen Überblick zu gewinnen, wie für jedes einzelne Stück sich Brutto, Netto und Tara zusammensetzen, und sich im übrigen durch die kaufmännische Geheimschrift durchzufinden, besonders, wenn es sich um Geschäftsverkehr zwischen deutschen und neutralen Staaten handelt. Das ist natürlich für jemanden wie den Leiter des Röberschen Geschäfts leichter. Ich hatte im Magistrat vorgeschlagen, daß wir wegen der Hilfeleistung der Firma Röber ein kleines Zugeständnis machen wollten. Es ist in der Welt so: Eine Liebe ist der anderen wert, und wenn der Magistrat Geschäftsmann geworden ist, warum soll er nicht gegen den anderen Geschäftsmann sich gefällig erweisen? Die zwei Faß Schmalz, die die Firma deswegen mehr erhalten hat, die machen, glaube ich, den Kuhl von Braunschweig nicht fett.

Stadtb. **Niese:** Ich habe nicht mehr viel zu sagen. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg sagte, daß er energisch dafür eingetreten ist, daß auch der Allgemeine Konsumverein Kartoffeln zum Verlaufe bekommen sollte, so ist das richtig, und der Verein hat auch Kartoffeln erhalten. Als sie aber ankamen, waren sie total gefroren. Nun kommen die Familien, denen die Damen vom Nationalen Frauendienst Scheine zur Abholung von Kartoffeln gegeben haben, aber ewig sind keine vorhanden.

Was die Butterversorgung anbetrifft, so könnte ich von Postpaketen, den sogenannten 5-Kilo-Paketen erzählen, die so groß wie ein Brot sind. Ich habe gesehen, wohin sie kommen; aber diese Bevorzugung werden wir nicht beseitigen können. Ich fasse meinen Antrag auch nicht so auf, als ob er ideal wäre in dem Sinne, daß er alles, wie wir es wünschen müssen, regelte. Er soll nur die äußersten Unregelmäßigkeiten, die hervorgetreten sind, treffen. Wir sehen, daß es nicht allein auf die so oft hier angeführten Nahrungsmittel ankommt. Reis z. B. gibt es gar nicht mehr, mit Ausnahme des konservierten in Büchsen, die Dose zu 1,50 M. Das liegt aber außerhalb der Grenzen des allgemeinen Bezuges. Ich weiß nicht, ob der Magistrat sich schon Mühe gegeben hat, Reis zu beziehen. Der Preis für Hering ist auf 24 Pf. das Stück gestiegen, das ist etwas Riesiges, wo die Fänge in der Weise gewesen sind, daß man sie reichlich nennen muß. Da müßte es wohl möglich sein, wenn der Magistrat sich Mühe geben wollte, sie billiger zu beschaffen. Von Hülfsfrüchten gibt es keine Spur mehr, alles ist ausverkauft.

Auf diesem ganzen Gebiete muß weiter gegangen werden, und ich hoffe, daß meine Anregungen dazu beitragen werden, daß der Magistrat weitergehende Vor-
sorge trifft, sonst gehen wir, wie ich schon gesagt habe, traurigen Zeiten entgegen,
denn auch die künftige Generation wird unter der Unterernährung zu leiden
haben, ebenso wie das deutsche Blut, das heute hingeopfert wird. Es ist notwendig,
daß wir mit aller Entschiedenheit für eine bessere Ernährung eintreten, für stärkere
Veranschaffung von Lebensmitteln und dafür, daß eine möglichst regelmäßige und
gleichmäßige Verteilung eintritt, damit auch den Ärmsten etwas geboten wird. Wie
das Blatt des Herrn Lauer meldet, haben wir die Aussicht, auch Fettkarten zu er-
halten, und ich hoffe, daß dadurch in dem Bezuge von Butter und Fett jetzt Wandel
geschaffen wird.

Stadtv. Diekmann: Die Ausführungen des Herrn Riefe geben bald dem Ge-
danken Raum, als ob auch die hiesigen Wurstfabriken von den Schweinen mit-
bekommen haben, die seitens der Züchtervereinigung dem Magistrat zur Verfügung
gestellt sind. Das ist nicht der Fall. Der Vorwurf, daß die von diesen Schweinen
hergestellte Wurst in andere Städte wandert, ist nicht zutreffend. Ich halte mich
für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die hiesigen Wurstfabriken die Schweine,
die sie verarbeiten, nicht aus der näheren Umgebung von Braunschweig beziehen,
sondern von weiterher, und zwar müssen sie sehr weit hinausgehen, denn hier in
der Nähe ist nichts zu bekommen. Ich habe gelesen, daß die Regierung weiter
Propaganda macht, die Landwirte zu begeistern, das Futter hinzunehmen und da-
für den Kommunal- und Militärverwaltungen Schweine zu liefern. Geschieht
das, dann ist es selbstverständlich dem Gewerbetreibenden unmöglich gemacht, von
diesen gemästeten Schweinen ein einziges Stück zu erhalten. Er muß also schon
andere Gegenden aufsuchen, in die dieser Ruf noch nicht gedrungen ist, und daß die
Schweine, die ihm dann noch zur Verfügung stehen, nicht die besten sind, davon
dürfen Sie überzeugt sein.

Es ist weiter die Rede davon gewesen, daß in verschiedenen Schlachtere-
geschäften ein sehr häßlicher Ton seitens der Verkäufer Platz gegriffen hätte. Ich
möchte nicht hören, wenn die Vorausbestellungen verboten würden, was für häß-
liche Reden dann seitens des Publikums den Schlachtermestern an den Kopf ge-
worfen werden würden. Diese Maßregel ist doch ein zweischneidiges Schwert.
Der Geschäftsmann nimmt Rücksicht auf seine langjährige Kundschaft, und das wohl
mit Recht. Es ist klar, daß ein solcher Kunde ungehalten sein würde, wenn er von
seinem bisherigen Lieferanten nichts bekommt.

Als durchaus unangenehm wird es von den Geschäftsleuten empfunden, daß
der hiesige Magistrat die ihm zur Verfügung stehenden Schweine alle selbst ver-
arbeiten will. Allerdings hat die Stadt das Recht, in der bisherigen Weise ein-

zugreifen, und das wird von den hiesigen Geschäftsleuten auch durchaus nicht so schmerzlich empfunden. Aber es ist gerade eine unangenehme Beigabe, daß den hiesigen Geschäften bei den kolossal hohen Einkaufspreisen, die sie für geringere Ware zahlen müssen, die besondere Vorschrift gemacht wird, die Ware auch noch zu billigerem Preise abzugeben. Wenn die Schlachter Schweine hätten, wie sie die Stadt bekommt, dann wäre es eher möglich, zu den Höchstpreisen zu liefern. Aber zu solchen Preisen wie die Stadt kann der Geschäftsmann heute nicht einkaufen; das ist nicht nur in Braunschweig, sondern in ganz Deutschland so. In den Tageszeitungen liest man, daß Schweine in Berlin zu 160 *M* die hundert Pfund verkauft werden. Es handelt sich um Schweine von 200—300 Pfund, deren Höchstpreis 123 *M* betragen soll. Die hiesigen Schlachter setzen also bei einem solchen Schweine über 100 *M* zu. Wie soll das wieder hereingebracht werden? Sie können doch unmöglich verlangen, daß der Schlachter bei seinem Geschäfte auch noch aus seiner eigenen Tasche zulegt. Deshalb ist es nicht mehr als recht und billig, daß den Geschäftsleuten höhere Verkaufspreise zugestanden werden, und wenn ich seinerzeit den Antrag, den nicht nur die Innung, sondern auch der Wurstfabrikantenverein eingebracht hat, befürwortet habe, so werden Sie das verstehen. Wenn wenigstens um 20 Prozent höhere Verkaufspreise bewilligt wären, dann hätten Sie auch Fett und Fleisch bekommen. Man hat das nicht für nötig gehalten und hat behauptet: „Die Regierung hat diese Preise vorgeschrieben, und ihr müßt selbst auf die Gefahr hin, daß ihr bei je 100 Pfund 30 *M* zulegt, uns Waren liefern.“ Dazu läßt sich kein Geschäftsmann zwingen, und niemand kann ihm das verargen. Ich habe hier wiederholt ausgeführt, daß andere Städte dem Rechnung tragen; sie lassen zu, daß für bessere Waren höhere Preise gezahlt werden. Braunschweig hat das nicht zugelassen, und die Folge war, daß die Ware nach außerhalb gegangen ist, und daraus kann den Geschäftsleuten kein Vorwurf gemacht werden. Wenn das Jahr herum ist, verlangt der Magistrat seine Steuern, und woher sollen sie genommen werden?

Wer ist also schuld an den geschilderten Mißständen, daß es an Fett und Fleisch so ungeheuer fehlt? Das sind zunächst die seinerzeit vorgeschriebenen Höchstpreise. Wenn wir sie nicht gehabt hätten, wenn wir freie Hand gehabt hätten, wenn es dem freien Handel überlassen wäre, die Preise zu bestimmen, dann hätten wir jedenfalls, wenn auch zu höheren Preisen, aber wir hätten doch Waren. Die Hamsterei trägt selbstverständlich auch mit dazu bei, daß die Ware fehlt, aber auch die erheblichen Hauserschlachtungen haben mit schuld, daß die Ware festgelegt ist.

Sodann hatte ich beim Magistrat den Antrag gestellt, daß das Auslandsfleisch für Braunschweig freigegeben werde. Selbstverständlich wäre die nächste Folge, daß das zu höherem Preise eingekaufte Fleisch auch zu höheren Verkaufspreisen abgegeben werden würde. Man hat es abgelehnt. Vor ungefähr sechs Wochen

habe ich einen anderen Antrag gestellt, von dem ich noch nicht wußte, ob die Ausführung möglich war: Ich wollte aus Serbien Schweine einführen. Selbstverständlich kann niemand verlangen, daß ich das Risiko dabei trage. Ich komme nach 14 Tagen vielleicht mit 10 Waggon Schweinen an und dann können Maßregeln getroffen sein, daß einer arm dabei werden könnte. Ich habe diesen Schritt ja auch nur eingeleitet im Interesse der Stadt, um Fleisch heranzuschaffen. Vom Reichsamt des Innern habe ich die Nachricht bekommen: „Zawohl, es ist möglich, daß von dort Schweine ausgeführt werden, aber es sind dafür Unterlagen zu beschaffen, daß der Einkauf für die Stadt getätigt wird.“ Ich habe diese Sache in der Preisprüfungsstelle vorgebracht; man ist darauf nicht eingegangen und hat geantwortet, ich solle mich mit der Zentraleinkaufsstelle in Verbindung setzen. Wenn man dazu kommt, das zu tun, dann muß es schon weit gekommen sein. Man hört überall die Mißstände schildern, die durch die Zentraleinkaufsstelle verursacht sind. Daß sie zum großen Teil an den Mißständen schuld ist, dafür kann ich den Beweis erbringen. Es geht nicht nur in Braunschweig das Gespräch, daß in den Molkereien die Butter festgelegt ist, weil die Zentraleinkaufsgesellschaft nicht richtig disponiert, sondern auch andere Städte haben Beschwerde geführt, daß aus diesem Grunde Butter ranzig werde. Das sind schwere Vorwürfe, aber sie sind mit Recht erhoben.

Den Weg, den der Magistrat jetzt eingeschlagen hat, die der Stadt zustehenden Schweine lediglich allein zu schlachten, kann ich nicht als richtig erkennen. Es ist klar, daß in einem Betriebe, sobald er größer wird und man ihn nicht in allen Einzelheiten überblicken kann, auch Mängel eintreten, die unter Umständen dem Geschäftsinhaber viel Geld kosten können. Ich erinnere nur an eins. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen: Es wäre verkehrt, wenn die Probe Schlachtungskommission die Schweine auf dem hiesigen Schlachthause lange sitzen läßt; es könnte sich dabei leicht ereignen, daß eines schönen Tages ein Schwein freipiert. Man hat nicht darauf gehört, die Schweine sitzen lassen, und die Folge war, daß von einer Reihe von Schweinen, die fünf Tage auf dem Schlachthause mit den von der Allgemeinen Verwertungsgesellschaft gelieferten Kartoffelschalen gefüttert wurden, ein 500pfündiges Schwein einging. Es ist sehr bedauerlich, daß damit das schöne Fett verlorengegangen ist, aber es ist eine Lehre, und ich hoffe, daß sie mit dazu beiträgt, daß derartige Mißstände nicht wieder Platz greifen. Ob das aber der Fall sein wird, wenn die Stadt die Schlachtung der ihr gelieferten Schweine allein vornimmt, möchte ich bezweifeln. Wenn hiesigen Geschäftsleuten die Schweine, die aufgeliefert werden, sofort am anderen Tage übergeben würden, dann wäre ein solcher Fall, wie geschildert, ausgeschlossen.

Es ist ja jetzt kolossal schwer, irgend welche Mittel anzugeben, wie man dem Fettmangel abhelfen kann. Ich habe heute wieder Nachricht bekommen, daß in

Holland ein noch verfügbarer Waggon mit Speck zum Preise von über 200 *M* von rheinischen Werken gekauft ist. Für den Bezug holländischer Schweine sind die Grenzen jetzt geschlossen, so daß darin nichts zu unternehmen ist, und es ist auch nicht ratsam, aus Schweden, dem einzigen Lande, von wo noch Ware eingeführt werden kann, Schweine zu kaufen, denn dort sind die Schweinepreise so teuer, daß sie sich bis an 300 *M* für 100 Pfund stellen. Ich möchte aber dringend raten, sobald die Grenzen Hollands wieder geöffnet werden, sofort mehrere Waggon Schweine zu beziehen, und sich nicht lediglich auf die 2000 Schweine zu verlassen, die der städtischen Verwaltung zur Verfügung stehen.

Stadtv. **Frede:** Die Ausführungen meiner Nachbarn zur Linken gipfelten stets in der Forderung, sie wollten bei der Verteilung gleiches Recht haben. Selbstverständlich wollen wir das alle, und wenn es einen Weg gäbe, der mit Aussicht auf Erfolg beschritten werden könnte, so würden wir alle ihn gern gehen. Nun haben aber die Ausführungen der Herren erkennen lassen, daß sie als diejenigen, die durch das jetzige System benachteiligt erscheinen, lediglich die Arbeiterbevölkerung betrachten. Herr Wesemeier hatte auf einen Vorfall bei einer Anschlagssäule verwiesen, vor der Frauen gestanden und gesagt hätten: „Von den angekündigten Waren bekommen wir doch nichts.“ Dagegen möchte ich fragen: „Wer bekommt sie denn?“ Man hat gesagt: Die wohlhabenden oder die besser situierten Kreise schwimmen in Butter. Das ist nicht richtig. Wenn sich jemand heute schlecht steht bei Bezug von Waren, so ist es der Mittelstand. Die Frauen dieses Mittelstandes können nicht auf der Straße stehen und warten, bis sie an die Reihe kommen. Sie haben es in der Markthalle getan. Da hat man ihnen von seiten der anderen Frauen mit häßlichen Redensarten gedient, man hat ihnen auf die Fäßen gespußt, und so haben sie darauf verzichtet, dort hinzugehen. Sie können sich darauf verlassen, daß es in diesen Kreisen vielfach vorkommt, daß sie weder Butter noch Schmalz haben. Aber sie machen nicht so viel Aufhebens davon. Es ist selbstverständlich bedauerlich, daß der Mangel herrscht, aber im allgemeinen wird zu viel darüber geklagt; eine Hungernot haben wir nicht. Ich erinnere mich, daß mir meine Mutter aus dem Jahre 1849 erzählt hat, daß die Leute damals gekochte Brennesseln gegessen haben. Das geschieht heute nicht, heute haben wir keine Hungernot. In dieser Zeit, wo die Ehre der Nation und ihre ganze Zukunft auf dem Spiele steht, sollten wir mit unseren Klagen zurücktreten. Ich habe auch schon längere Zeit keine Butter gehabt, aber ich habe keinen Lärm davon gemacht. — Der Hauptgrund, weshalb ich das Wort ergriffen habe, ist: Es darf nicht so erscheinen, als ob die Arbeiterbevölkerung allein leidet, und es ist nicht recht, wenn gesagt wird, die besser situierten Kreise schwimmen im Überfluß.

Eine bessere Organisation hätte sich vielleicht auf die Weise einrichten lassen, daß man einen Aufruf an pensionierte Lehrer und Beamte zur Mithilfe bei den Arbeiten hätte ergehen lassen. Mir ist von solchen Herren gesagt, daß sie sich bei Maßnahmen zur Verteilung von Lebensmitteln usw. gern zur Verfügung gestellt hätten, ohne ein Entgelt zu beanspruchen. So viel patriotische Gesinnung ist noch vorhanden. Wenn es möglich ist, erwägt der Magistrat vielleicht diesen Gedanken für die Zukunft.

Stadtv. Steinbrecher: Herr Diekmann hat bestritten oder angezweifelt, daß Schlachter von den Schweinen, die sie von der Stadt kauften, Wurst und Fleischwaren nach auswärts geschickt haben. Es ist aber festgestellt, das das geschehen ist. Wenn von den Schweinen, die für die Stadt bestimmt sind, die Schlachter Qualitätswurst machen und diese nach außerhalb schicken, dann habe ich keinen bezeichnenden Ausdruck dafür, wie ich das nennen soll. Es wurde in der Kommission gesagt, man sollte von ihnen so viel Bürgerfönn erwarten, daß sie das lassen.

Sodann meinte Herr Diekmann, wenn 20 Prozent höhere Verkaufspreise bewilligt wären, dann wäre auch Fleisch und Fett in Braunschweig zu haben. Das muß ich bezweifeln. Die Wurstwarenfabrikanten hätten aus den geschlachteten Schweinen ebensoviel Wurst hergestellt wie jetzt. Ich meine, es wäre richtig, wenn der Magistrat nur meinetwegen vier verschiedene Wurstsorten in Braunschweig herstellen ließe und dafür Höchstpreise festsetzte. Dann könnte es nicht vorkommen, daß die Fleischer unverhältnismäßig viel Qualitätswurst herstellen und nach auswärts schicken. Es ist bedauerlich, daß Herr Diekmann seine Absicht, nach Serbien zu fahren und Schweine von dort einzuföhren, aufgeben mußte. Das wäre jedenfalls etwas gewesen, wovon wir Vorteile gehabt hätten.

Nun sagt Herr Frede, wir Arbeitervertreter hätten lediglich unsere Arbeiter im Sinne, wenn wir sagen, es gehe dem Volke schlecht. Ja, Kollege Frede, das ist selbstverständlich, daß der Mittelstand nicht auf Rosen gebettet ist, und das wissen wir auch. Aber der Mittelstand und die Handwerksmeister haben sich doch wenigstens mit Kartoffeln versorgen können. Sie werden nicht sehen, daß sich Frauen aus dem Mittelstande 10 Pfund Kartoffeln zu holen brauchen, denn sie haben davon im Keller. (Zuruf des Herrn Stadtv. Sander.) Ausnahmen bestätigen die Regel, Herr Sander. Schwierig aber ist die Lage, wenn die Arbeiterfrauen nichts im Keller haben; es fehlt ihnen noch Butter und Fett, und sie können nirgend davon bekommen. Da muß man es nicht übelnehmen, wenn so einer Frau die Geduld ausgeht und sie ärgerlich wird. Es ist doch keine Kleinigkeit, die Kinder hungern zu sehen. Auch Herr Wesemeier hat schon gesagt, er habe die besser Situierten im Auge. Damit sind diejenigen gemeint, die in Villen und besseren Häusern wohnen, die tatsächlich Fleisch und Butter bekommen.

Weiter sagt Herr Diekmann: Wir müssen unsere Kundschaft bevorzugen, damit sie uns nicht verlorengelht. Wenn aber vom Magistrat die Vorausbestellung verboten wird, dann ändert das an der Sache doch sehr viel. Wenn dann die Kunden kommen, und es wird ihnen gesagt, daß nach den Bestimmungen des Magistrats eine Vorausbestellung und Bevorzugung nicht eintreten darf, dann muß sich auch der langjährige Kunde sagen: Der Mann kann nicht anders, und du kannst ihn nicht durch Entziehung deiner Kundschaft strafen. Ist erst einmal festgestellt, daß die Vorausbestellungen verboten sind, dann wird kein verständiger Mensch seinem Lieferanten einen Vorwurf machen, wenn er sich nach den Bestimmungen richtet.

Nun der Hinweis des Herrn Frede auf die gekochten Brenneffeln. Das war vor 60 Jahren, damals waren die Leute noch anders gewöhnt. Wenn es in jetziger Zeit erst dahin kommt, daß die Arbeiterschaft Brenneffeln fressen muß, dann geht es noch anders zu. Den Vergleich kann man nicht heranziehen. Es darf eben nicht dahin kommen, weil die Verkehrs- und Lebensverhältnisse jetzt derart sind, daß dieser Zustand nicht vorhanden zu sein braucht. Daß der Mangel so groß ist, liegt daran, daß die Zentralbehörden zu spät eingegriffen haben. Herr Wesemeier hat schon ausgeführt, daß wir dem Stadtmagistrat nicht zuerst den Vorwurf machen, weil die Reichs- und Landesbehörden auch ein Wort mitzureden haben. Aber wäre es nicht möglich, daß die Landeszentralbehörde etwas Durchgreifendes gesehen läßt?

Herr Stadtrat von Frankenberg hat gesagt, daß dem Magistrat nur wenig Butter zur Verteilung zur Verfügung stehe, und mehr könne er nicht besorgen. Aber hier hätte das Staatsministerium etwas in Szene setzen können, indem es für das Herzogtum die Bestimmung getroffen hätte, daß die Molkereien die Butter nicht nach auswärts verkaufen dürfen. Wenn es Tatsache ist, daß dies geschieht, nur weil sie von dort ein paar Pfennige mehr für das Pfund bekommen, dann beweist das, daß Bürgerinn bei ihnen nicht zu finden ist. Es müßte doch so viel Bürgerinn bei den Leuten vorhanden sein, daß sie sagen: „Wenn wir auch von auswärts zehn Pfennig mehr bekommen, so leidet doch die Bevölkerung in Braunschweig, und deshalb wollen wir als großes Geschäft, da wir trotzdem guten Verdienst haben, auch Braunschweig nicht in Verlegenheit setzen.“ Daß das nicht geschieht, das erbittert die Leute, denn die Arbeiter bekommen nichts. Die Geschäfte sagen einfach: „Butter ist nicht vorhanden, sie ist ausverkauft.“ Auch wenn noch 25 Pfund Butter dastehen, so wird doch gesagt: „Die Butter ist ausverkauft.“ Und wenn der Schuhmann hineingeht und nachfragt, dann wird gesagt: „Diese Butter ist verkauft; die ist nur für unsere Kunden, sie ist bestellt.“ Das kann man nicht nachprüfen. Es ist notwendig, und der Herr Stadtrat von Frankenberg hat ja auch schon zugesagt, daß die Vorausbestellungen abgeschafft werden, dann wird mancher Streit vermieden.

Stadtv. Genzen: Herr Stadtrat von Frankenberg hat in seinen ersten Ausführungen gewünscht, daß wir und auch die Bevölkerung Vertrauen zum Magistrat haben möchten. Ja, Herr Stadtrat, das Vertrauen zum Magistrat ist in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden, und das ist erklärlich. Nehmen Sie einmal, wie die Verhältnisse liegen! Herr Wesemeier hat schon die Sache mit der Firma Röber und der Zuvendung des wenigen Schmalzes an den Konsumverein erwähnt, und Herr Stadtrat von Frankenberg hat das zugeben müssen. Er sagt zwar: Unsere Handlungsweise ist zu verstehen; eine Hand wäscht die andere. Die Firma hat uns einen Gefallen getan, nun haben wir ihr wieder einen Gefallen getan. Geschäftlich mag das zu verstehen sein, aber uneigennützig war das seitens der Firma Röber nicht gehandelt, und es bleibt bestehen, was Herr Wesemeier angeführt hat. Der Stelle gegenüber, wo die besitzende Bevölkerung hauptsächlich die Kundschaft ist, ist eine Bevorzugung eingetreten, sie hat mehr Schmalz bekommen als der Allgemeine Konsumverein, der mit seinen über 10 000 Mitgliedern wohl die Hälfte der ganzen Einwohnerschaft Braunschweigs umfaßt. Nun stellen Sie sich die Arbeiterfrau vor. Um halb sieben muß sie losgehen, steht stundenlang vor den Butterläden und ergattert im glücklichen Falle ein Viertelpfund Schmalz oder Butter. Ganz glücklich kommt sie nach Hause über ihr Viertel Butter, die nicht einmal zu essen ist. Sie hat 4—6 Kinder; wem soll sie etwas davon geben? Stellen Sie sich das Gemüt einer derartigen Mutter vor! Vor allen Dingen hat sie nun erst einmal Fett oder Butter; nun aber hat sie noch keine Kartoffeln. Sie geht also nach der Markthalle, und dort spielen sich die Szenen ab, die Herr Kiefe geschildert hat. Herr Frede erklärte, die Frauen des Mittelstandes gingen nicht hin, weil sie angeßdet, sogar angespußt werden. Ja, auch unsere Frauen sagen uns: Wir können nicht hingehen. Sie werden wohl nicht angeßdet, aber durch das Gedränge ermattet und halb kaputt getreten. Sie können das tatsächlich nicht. Wenn sie im glücklichen Falle 5 oder 10 Pfund Kartoffeln bekommen haben, dann fehlt es an Brot, dann wieder an Milch. Der Mann liegt im Schützengraben, schon über 1 Jahr 10 Monate bangt die Familie um sein Leben. Die Frau schreibt ihm: „So liegen hier die Verhältnisse. Du mußt dein Leben einsetzen und deine Familie muß hungern.“

Ich gebe zu, daß der Magistrat nicht die ganze Schuld an alle diesen Übelständen hat, aber die Schuld muß ihm gegeben werden, daß die Hilfe des Magistrats erst dann kommt, wenn die Not am höchsten ist, und dann nur teilweise und stückweise. Wenn der Magistrat das Vertrauen zurückerobert will, muß er sich sputen, um Besserung einzuführen, dann muß er im Eilschritt nachholen, was er in seiner Tätigkeit versäumt hat. Anregungen dazu sind ihm wiederholt gegeben worden. Vor allem hätte der Magistrat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß mehr Lebensmittel herkommen, daß die ganze Organisation eine bessere wird. Besonders weise ich nochmals darauf hin, was schon angeregt wurde, Saatkartoffeln

anzuschaffen, auch Gemüsesamen. Die Herren wissen, daß alle diese Sachen im Preise kolossal in die Höhe gegangen sind, und daß eine ganze Anzahl Personen aus der kleineren Bevölkerung, auch Kriegerfrauen, kleine Schrebergärten haben, und daß der Flugplatz dafür zur Verfügung gestellt ist. Sie werden auch wissen, wie mager zum Teil die Kartoffelernte dort ausgefallen ist, zum Teil ja auch ganz gut. Aber der Platz ist schon vor Jahren zum letzten Male gedüngt und der Boden sandig und arm, so daß Fachleute meinten, es wäre ausgeschlossen, daß dort etwas geerntet würde. Glücklicherweise hat sich das nicht bestätigt, die Ernte ist immerhin mittelmäßig oder besser ausgefallen. Wenn aber wieder darauf geerntet werden soll ohne Dünger, dann ist sicher das Geld, was für Sämereien und Saatkartoffeln ausgegeben wird, weggeworfen. Auch da hätte der Magistrat Gelegenheit, einzugreifen, Düngemittel anzuschaffen und Gemüsesämereien zu besorgen, vor allen Dingen aber Saatkartoffeln. Sie wissen, daß die Saatkartoffeln im vorigen Jahre 12 *M* gekostet haben, und wo soll die ärmere Bevölkerung sie anschaffen? Es liegt in unserem Interesse, daß für unsere Bevölkerung etwas erreicht wird, und erreicht kann es nur werden mit Hilfe des Magistrats.

Dabei steht unseren Familien so wenig Brot zur Verfügung, daß keiner sich satt essen kann, nicht bloß die Schwerarbeiter, auch die andere Bevölkerung. Man sagt: „Ihr müßt mehr Kartoffeln kochen“, und auch die Zeitungen schreiben es. Aber Kartoffeln sind nicht da, Fett ist auch nicht vorhanden. Herr Frede hat die Brennesseln angeführt. Das ist ähnlich so, wie wenn man die Kochrezepte liest, die in den Kochbüchern für Kriegerfrauen stehen; beinahe so kocht man darnach, wie wenn man uns gekochte Brennesseln zu essen empfiehlt. Alles mögliche Unkraut wird als gute Suppe empfohlen; da ist es auch kein Wunder, wenn Herr Frede auf Brennesseln kommt. Ich möchte den Magistrat ersuchen, daß er sich die Sache noch einmal genügend überlegt und der Anregung Folge gibt, Sachverständige heranzuziehen. Es gibt eine ganze Menge pensionierte Beamte und Kaufleute, die wohl mit Rat und Tat zur Seite stehen können; auch eine Anzahl früherer Bauern ist da, die auch manchen bewährten Rat dem Magistrate mitteilen können. Vor allen Dingen müßte man mehr Beamte anstellen, die kaufmännisch gebildet sind. Man kann nicht vom Magistrate und vom Herrn Stadtrat von Frankenberg verlangen, daß er alles wissen soll. Zu der Herbeischaffung von Lebensmitteln sind Fachleute nötig, die von der Pike auf gelernt haben. Wir haben die Verpflichtung, hier dafür einzutreten, daß Besserung geschaffen wird. Sehen Sie sich die Kriegerfrauen an, die mit ihren paar Groschen auskommen müssen, die nicht wissen, wie sie die Kinder satt kriegen sollen. Ist es ihnen möglich, das stundenlange Stehen zu ertragen? Ist es ihnen möglich, Butter und Schmalz zu erwischen? Sie können es nicht, weil sie gezwungen sind, zur Arbeit zu gehen, auch krank sind und es nicht aushalten, die lange Zeit vor den Läden zu stehen.

Notwendig ist eine bessere Organisation, damit das, was vorhanden ist, gleichmäßig verteilt wird und von dem vorhandenen jeder sein Teil bekommt.

Stadtv. **Sander:** Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Dieckmann zurückkommen. Herr Dieckmann hat die städtischen Probe Schlachtungen angeführt und bemerkt, daß ein sehr schmeres Schwein eingegangen ist. Dabei hat er versucht, der Preisprüfungsstelle, der er selbst angehört, bzw. dem Schlachtungsausschuß die Schuld daran beizumessen, und dem möchte ich widersprechen, denn es ist nicht der Fall, daß sie eine Schuld trifft. In der Zeit, wo das Tier eingegangen ist, waren auf dem Schlachthause ca. 600 Schweine angetrieben, und es ist kein Wunder, wenn von einer solchen Zahl Schweine ein einzelnes eingeht. An demselben Tage ist übrigens noch ein Schwein eingegangen, das dem Schlachter Gold gehörte, und anderen Schlachtern ist so etwas auch passiert. Es ist das etwas, wovor niemand sicher ist. Wenn Herr Dieckmann meint, der unglückliche Zufall hätte seinen Grund darin, daß die Schweine zu lange im Schlachthause geessen hätten, so muß ich dagegen erklären, daß das verendete Schwein von den Tierärzten untersucht ist und als Todesursache Herzschlag festgestellt ist. Ich habe die Ärzte ausdrücklich gefragt: „Ist die lange Wartezeit schuld an dem Eingehen des Schweines?“ und darauf ist mir geantwortet: „Das ist vollständig ausgeschlossen.“

Nun sagt Herr Dieckmann auch, es sei nicht der richtige Weg, daß die Stadt jetzt die ganzen Schlachtungen der ihr gelieferten Schweine selbst übernehmen will. Nun, soweit ich orientiert bin, hat sich der Stadtmagistrat zu dieser Sache nicht gedrängt. Er ist in die Sache hineingedrängt worden um deswillen, weil über die Schlachter angeführt ist, daß durch sie das Fleisch von den Schweinen, die die Stadt zur Verfügung gestellt hat, nicht in der Stadt zum Konsum gebracht ist, sondern viel davon nach auswärts gewandert ist, was gegen die Bestimmung des Magistrats war. Das ist der Grund, weshalb die Schlachtungen jetzt in dieser Form ausgeführt werden sollen. Ich bin selbst Geschäftsmann und weiß genau, wie hart es ist, wenn ein sowieso geschwächter Geschäftszweig vollständig ausgeschaltet wird. Hier ist aber die Not maßgebend, und ich wüßte nicht, wie es anders gemacht werden soll als jetzt, damit der Zweck erreicht wird, der uns vorschwebt und der unbedingt zu dem Ziele führen muß, daß diejenigen, die es am größten nötig haben, Fleischwaren von der Stadt bekommen.

Sodann sagte Herr Dieckmann, es sei natürlich, daß der Schlachter in erster Linie seine Kundschaft bedenkt, und auch das gebe ich zu. Weil das selbstverständlich ist, und weil keiner es anders machen würde, so hat der Magistrat — wie ich mir denken kann — den Beschluß gefaßt: Jetzt schlachten wir selbst. Es war übrigens von vornherein bestimmt, daß der Magistrat diese Schweine in eigener Regie schlachten würde. Als seinerzeit die Verhandlungen mit dem Magistrat

wegen der Lieferung der Schweine geführt wurden, da ist ausdrücklich in der Preisprüfungsstelle die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, daß die Preisprüfungsstelle die Schlachtung dieser Schweine übernehmen könne, und ob es sich bewerkstelligen ließe, durch sie die ganze Zahl der gelieferten Schweine zu schlachten. Da sind wir alle einstimmig der Meinung gewesen: „Jawohl, es ist möglich“, und dieser Beschluß ist dem Stadtministerium seinerzeit mitgeteilt. Dieser Beschluß ist hauptsächlich um deswillen gefaßt, weil seinerzeit noch keine Höchstpreise vorhanden waren. Es wurde angeführt: Wenn wir den Schlachtern diese Schweine übergeben, dann ist freie Konkurrenz da, und jeder kann nehmen, was er will, und dann wird die minderbemittelte Bevölkerung hohe Preise zahlen müssen. Nachdem aber vom Bundesrat Höchstpreise festgesetzt waren, ist in der Preisprüfungsstelle beschlossen worden: Schweine, die nicht zu den Probe Schlachtungen benutzt werden, sollen an die hiesigen Schlachter abgegeben werden. Dabei hat sich aber der Mißstand herausgestellt, daß das Fleisch nicht in der Stadt geblieben ist, und deshalb ist die Maßregel ergriffen, die ja für die Schlachter sehr bedauerlich ist, aber für das allgemeine Wohl geboten war. Im Interesse der Allgemeinheit, der Not gehorchend, hat sich der Magistrat dazu gedrängt gesehen, diese Maßregel einzuführen. Ich möchte also den Vorwürfen, die der Preisprüfungsstelle in dieser Sache gemacht werden, entgegenreten.

Stadtv. Steinede: Ich möchte anregen, daß der Magistrat versucht, nicht nur aus Serbien, sondern auch aus Bulgarien Schweine zu beziehen. Wie mir Herr Diekmann bestätigt, hat der Magistrat der Stadt Breslau $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark dafür zur Verfügung gestellt und damit seine Schweine- und Fettnot zum großen Teil beheben können.

Stadtv. Frede: Nach den Äußerungen des Herrn Kollegen Genzen würde es mich nicht überraschen, wenn morgen im Volksfreunde behauptet würde, ich hätte als besonders nahrhaftes Gemüse der Arbeiterbevölkerung Brennesseln empfohlen. Es gehört wohl eine ziemliche Aufgeregttheit dazu, um das, was ich gesagt habe, so mißzuverstehen und so hinzustellen, wie es von jener Seite geschehen ist. Ich habe gesagt: Eine Hungersnot wie 1849 haben wir noch nicht, und wir brauchen noch keine Brennesseln zu essen. Ich glaube, der Ton, der hier angeschlagen ist, läßt sich nicht gut überbieten. Wenn es so schlimm ist, wie es dargestellt wurde, dann können wir nur Frieden machen! (Sehr richtig!) Mir hat jemand gesagt: „Wenn der Krieg für uns unglücklich ausgehen sollte, dann wird er nicht durch unsere Truppen verloren, sondern durch die Unzufriedenheit unserer Bevölkerung.“ Es ist nicht so schlimm, wie es hier dargestellt ist. (Zuruf: Das wissen Sie gar nicht!) Es kann noch schlimmer werden! Versetzen Sie sich in die Lage der Ostpreußen und

der Bewohner von Altkirch, wo die Bevölkerung auf Befehl der Behörde in der Nacht räumen mußte, wo die Leute ihre Habe in den Händen forttragen mußten und nur das Allernotwendigste mitnehmen konnten! Denken Sie sich den Feind hier in Einquartierung, dann würden Sie die Not kennenlernen! Ich halte es nicht für gerechtfertigt, daß die Herren in den höchsten Tönen über die „ungeheuerlichsten“ Zustände hier klagen. Das ist Übertreibung.

Stadtv. Stegmann: Herr Diekmann warf die Frage auf: Wer ist schuld an der Fleisch- und Fettnot? Ich meine, nicht nur daran, sondern auch an der ganzen Misere ist die Reichsregierung schuld. Ich habe schon in einer früheren Versammlung hier gesagt: Die Brot- und Mehlerverteilung ist ein System, daß man gutheißen kann, wenn auch manches daran besser sein könnte, aber im übrigen hat unsere Reichsregierung vollständig versagt. Wie sie im Frieden verfahren hat, daß sie den Agrariern die Taschen gefüllt hat, so ist es auch im Kriege geschehen. Ist es nicht ein Skandal, daß das Quantum Kartoffeln für die Ernährung der Menschen von der großen Ernte nicht zu beschaffen ist? Es ist unverständlich, daß die Bevölkerung eine solche Geduld bisher bewiesen hat. Wenn Herr Frede sagt, die Zustände seien nicht so schlimm, so bin ich anderer Meinung. Ich bewundere die Bevölkerung, daß sie bei solchen Zuständen, die nicht zu bestehen brauchten, solche Lammesgeduld noch gezeigt hat. Ja, die Herrschaften, die im Fette sitzen, empfinden wenig von der Not. Wenn z. B. am letzten Sonnabend ein Schlachter an der Wendenstraße eine 18pfündige Kalbskeule nach der Wendentorpromenade schickte und viele Arbeiterfrauen, die um $\frac{1}{2}$ Pfund Schmalz geradezu bettelten, dies ansehen mußten, so kann man sich denken, wie das wirkt. Zum Donnerwetter, muß man da sagen, das sind doch ungeheuerliche Zustände, und wundern muß man sich, daß das Volk noch still ist.

Die Maßregeln, die von der Reichsregierung getroffen sind, waren alle derart: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“ Vor allem wollte man den Agrariern nicht wehe tun. Herr Diekmann fragt: Warum besteht die Fleischnot? Sie kennen ja alle die unvernünftige Maßnahme vom vorigen Jahre, daß alles Vieh abgeschlachtet wurde. Da mußte ja eine Knappheit eintreten. Und darauf wurden Höchstpreise festgesetzt. Man scheute sich aber, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, und ließ die größten Ungerechtigkeiten und Umgehungen der Höchstpreise zu. So ist es jetzt beim Viehkauf usw., daß das sogenannte Schwanzgeld, das früher ein paar Groschen ausmachte, auf 5 M., 10 M., ja bis 20 M. hinaufgeschraubt ist. So werden die Höchstpreise umgangen. Andererseits wird seitens der Schlachter in ähnlicher Weise vorgegangen. Gewöhnliche Mettwurst, deren Preis 2,00 M. — oder ist es 2,20 M. — betragen soll, wird etwas geräuchert und dann zu höheren Preisen verkauft, Spezialsorten werden mit 3,00 M. oder 3,50 M.

bezahlt. Warum wird von der Regierung nicht zugegriffen, indem den Landleuten die Schweine enteignet werden für die Stadtbevölkerung? Die Bauern schwimmen im Fett, während wir in der Stadt nicht einmal Brot und Kartoffeln zur Genüge haben. Die Landleute haben ganz bedeutend mehr eingeschachtet als in anderen Jahren. Kleinere Bauern, die sonst zwei Schweine schlachteten, haben gesagt: „Wir wollen uns sichern“, und haben drei und vier Schweine eingeschachtet. Mancher von Ihnen, der mit dem Lande Verbindung hat, wird dies bestätigen können. Bekannte von mir, die draußen auf dem Lande gewesen sind, und von Landleuten selbst habe ich gehört, wie sie sagten: „Das ist unerhört! Die Büchsen mit Fleischkonserven sind aufgestapelt, daß sie jahrelang daran genug haben.“ Die Stadtbevölkerung aber hat nichts, weil die Reichsregierung nicht zur rechten Zeit zugegriffen hat und nicht ernstlich zugreifen will.

Herr Frede sagt, unsere Zustände seien nicht so schlimm. Herr Frede möge sich einmal umsehen, um 5 Uhr morgens laufen schon die Frauen der ärmeren Bevölkerung nach der Freibank. Dort haben neulich ungefähr 700 Frauen gestanden und haben zum Teil doch nichts bekommen von dem Fleische, das die meisten von Ihnen nicht einmal essen würden. Dann sagt Herr Frede, der Mittelstand klage nicht so. Ja, so schlimm liegen dort die Dinge auch nicht. Und wenn Herr Frede sagt, er habe auch vielleicht vierzehn Tage keine Butter gehabt, so hat er sich vielleicht sonst versorgt, daß er statt des fetten Schinken oder Wurst gehabt hat. Viele Leute aus dem Mittelstande haben sich eingedeckt und halten es aus, auch wenn sie nicht so viel Butter bekommen, wie sie früher erhielten. Dann ist darauf hingewiesen, daß wir Frieden machen müßten, wenn es so schlimm wäre. Ich bin allerdings der Meinung, daß es Zeit dazu ist, denn wenn es so weitergeht, dann muß die Lammsgeduld des Volkes zu Ende gehen. Es wäre schon anders damit, wenn nicht durch die Generalkommandos verhindert würde, daß die Nachrichten über die Not nicht durch die Zeitungen gebracht werden dürfen. Die Bevölkerung wird gezwungen, die Geduld zu verlieren, wenn nicht ernstliche Maßnahmen zur Herbeiführung besserer Zustände getroffen werden.

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Redner, sich bei seinen Ausführungen einigermaßen an den Antrag zu halten.

Stadtv. **Stegmann** (fortfahrend): Ich spreche durchaus zur Sache. Die Leute, die von Durchhaltungspolitik und von Patriotismus reden, die müssen dafür sorgen, daß erträgliche Zustände geschaffen werden. Es ist der Glaube vorhanden, daß, wenn manche der Herren, die am grünen Tische sitzen, nur vierzehn Tage lang hungern müßten wie die ärmere Bevölkerung, dann bald Wege gefunden würden, den Friedensschluß herbeizuführen.

Stadtv. **Bunge:** Ich habe zu den Ausführungen, die meine Freunde hier gemacht haben, nicht viel hinzuzusetzen, und möchte nur gegen den Vorwurf, den Herr Diekmann der Preisprüfungskommission gemacht hat, einige Worte einwenden. Es ist Ihnen wohl zum größten Teil nicht bekannt, was von denen, die als Beauftragte der Untergruppen der Preisprüfungsstelle die städtischen Probe Schlachtungen vornahmen, als wichtig angesehen wurde. An erster Stelle stand die Frage der Höchstpreise für Wurst und Fleischwaren. Wir haben seinerzeit gutgetan, glaube ich, daß wir mit den Probe Schlachtungen vorgegangen sind, denn einmal bekamen wir Einblick, in welcher Höhe wir dem Magistrat die Höchstpreise vorschlagen konnten, und des anderen haben wir auch die Bevölkerung der Stadt zu einem Teile — es sind immerhin 400—500 Familien in der Woche gewesen — mit Schmalz und Wurstwaren versorgen können. Wenn wir jetzt dazu übergehen, die Schweine, die uns laut Vertrag zustehen, alle durch die Stadt selbst zu schlachten, so wollen wir unter keinen Umständen damit bezwecken, daß das Schlachtgewerbe als solches dadurch stillgelegt wird, denn die Schlachter können jetzt immer noch so viel schlachten, wie sie wollen. Wenn im Publikum die Meinung herrscht, daß die Schlachter Schweine nicht mehr schlachten sollen, so ist das unrichtig. Allerdings müssen sich die Schlachter das Vieh selbst besorgen, aber das steht auch noch zur Verfügung, soweit ich unterrichtet bin, und ich habe überall Gelegenheit gehabt, umherzukommen. Überall wurde mir versichert: „Sie können mir glauben, unser Viehbestand in unserer Gemeinde und in den Nachbargemeinden ist noch genau derselbe wie im vorigen Jahre.“ Es kommt meines Erachtens nur darauf an, die Sache richtig anzufassen und das, was zur Verfügung steht, richtig zu verteilen, dann brauchen wir noch lange nicht zu hungern und brauchen nicht auf allershand Gewurzel usw. schon Bedacht zu nehmen.

Der Vorwurf, den Herr Diekmann vorhin gemacht hat, daß wir ein Schwein hätten eingehen lassen, könnte den Anschein erwecken, als ob wir in frivoler Weise dort mit dem kostbaren Gute umgegangen wären. Das ist natürlich durchaus nicht der Fall. Die Sache lag doch so: Zunächst hatten wir im Ausschuß überhaupt Laß, Schweine zu bekommen. Hinterher bekamen wir die ersten Schweine aus dem Vertrage; die waren aber nicht mit dem Schrote gefüttert, das geliefert war. Selbstverständlich war die Qualität dermaßen, daß uns selbst davor gegraut hätte, sie für die Probe Schlachtungen zu verwenden, und das ist Herrn Diekmann nicht unbekannt. Nachdem nun die Schweine ankamen, die das Schrot von der Landwirtschaftskammer bekommen hatten, erhielten wir tatsächlich die schweren Schweine, die Speck und Schmalz geben. Auch die Schlachter haben davon, bis zu 100 Stück in der Woche, durch die Stadt erhalten. Sie nahmen sie gerne, aber sie haben davon nichts verkauft an die hiesige Bevölkerung. Wir haben feststellen können, daß von diesen Schweinen Wurstwaren nach auswärts gegangen sind. Darauf haben wir

die Schlächter, denen die Schweine zugesagt waren, und denen schon eine Marke dafür gegeben war, hereinrufen lassen und ihnen gesagt: „Es ist uns mitgeteilt, Sie schicken nach auswärts Wurstwaren.“ Das gestanden sie ein; sie mußten nun die Marke zurückgeben und die Schweine gingen an einen anderen Schlächter. Nun müssen wir uns mit der Abnahme der Schweine nach unseren Schlachttagen richten. Wenn wir am Donnerstag oder Montag schlachten wollen und die Schweine kommen am Freitag morgen hier an, dann können wir sie nicht am Sonnabend schlachten, wenn wir noch beim Mettwurstanfertigen sind. In solchen Fällen sind die Schweine ständig auf dem Schlachthause gefüttert, und zwar nicht bloß mit Kartoffelschalen. Als der unangenehme Vorfall passiert war, haben wir den Schlachthausdirektor gebeten, den Schweinen, die wir in die Ställe des Schlachthauses setzten, mit den Kartoffelschalen auch Schrot zu geben. Das wurde uns versprochen, und wir haben in der vorigen Woche Schweine aus Sauringen gehabt, die wir einige Tage im Stalle haben sitzen lassen müssen, die wir gewogen haben bei der Abnahme im Stalle, dann am anderen Tage, als wir sie ins Schlachthaus eingeliefert hatten, und dann an dem Tage, wo sie geschlachtet wurden. Diese Schweine hatten 1, 2 und 3 Pfund auf dem Schlachthofe an Gewicht zugenommen. Daran sehen die Herren, daß wir in keiner Weise frivol das uns anvertraute kostbare Gut haben verenden lassen.

Was die sonstigen Ausführungen des Herrn Dieckmann betrifft, so haben wir jedenfalls noch Gelegenheit, uns mit ihm darüber auszusprechen, inwiefern wir schuld daran sind, daß die Preise nicht höher festgesetzt sind. Diese Frage kommt vielleicht in nächster Woche in der Preisprüfungsstelle zur Erörterung. Ich hatte allerdings erwartet, daß Herr Dieckmann noch schärfer gegen den Schlachtungs- auschuß vorgegangen wäre; erfreulicherweise hat er das nicht getan.

Stadtv. Dieckmann: Gerade weil ich der „sogenannten“ Probeschlachtungskommission angehöre, hielt ich mich verpflichtet, hier zu erwähnen, daß ein Schwein verendet ist. Allerdings kann es jedem passieren, daß ihm ein Schwein eingeht, aber man muß die Sache auch von der richtigen Seite betrachten. Wie die Herren Sander und Bunge es geschildert haben, so möchte man beinahe sagen, die Probeschlachtungskommission bestehe aus lauter Engeln. Die Sache ist denn doch etwas anders. Es sind derzeit nicht 500 Schweine, sondern nur 8 auf dem Schlachthause vorhanden gewesen, und die haben gefressen vom 10.—14. Februar, das sind fünf Tage. Das ist eine Unvernunft, und den Fall wollte ich hier kritisieren. Herrn Sander will ich nicht zum Vorwurf machen, wenn einmal ein Schwein eingeht. Er hat sie nicht am Bande, und wenn nun einmal ein Schwein eingeht soll, dann kann er es auch nicht verhindern. Aber hier ist tatsächlich in leichtfertiger Weise

gehandelt. Das Schwein hätte müssen am Tage darauf, nachdem es eingeliefert ist, geschlachtet werden, und den Vorwurf halte ich aufrecht.

Da nun Herr Bunge meint, besonders den Schlachtern wäre es nicht einerlei, ob nun die Stadt jetzt selbst schlachtet, so muß ich dagegen erwidern, das Gegenteil ist der Fall. Wer ist es denn gewesen, der darauf hingewiesen hat, solche Probe-schlachtungen anzustellen? Steis habe ich darauf hingearbeitet und habe mit Unterstützung des Vertreters der Polizeidirektion es erreicht, daß der Magistrat P r o b e - schlachtungen aufgenommen hat. Der Vorwurf sitzt also nicht. Im übrigen halte ich, was ich gesagt habe, voll und ganz aufrecht. Die 2000 Schweine, die der Stadt zur Verfügung stehen, sollen für zwei Monate reichen. Rechnen sie einmal aus, wieviel das auf den Einwohner bringt. Es macht ungefähr pro Tag 25 g aus, und dann hält es bloß für zwei Monate vor; also die 2000 Schweine machen die Stadt tatsächlich nicht glücklich.

Stadtv. Wesemeier: Es wird selbst der kühnen Phantasie des Herrn Frede nicht gelingen, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß, wie ich behauptet habe, die wohlhabenden Klassen nicht so sehr unter der Misere von heute leiden, wie es bei der Arbeiterbevölkerung der Fall ist. Mit einem kühnen Schwunge schwingt sich Herr Frede auf und erklärt plötzlich, der Handwerkerstand leide ebenso wie der Arbeiterstand, aber von dem städtischen Verkaufe habe er nichts. Die Verallgemeinerung, die Herr Frede hier in bezug auf einige Handwerkerfrauen zutage fördert, ist wirklich stark. Er will doch hier beweisen, die Handwerkerfrau dürfe sich nicht hinstellen und mit den Arbeiterfrauen zusammen bei den städtischen Verkäufen warten, sie ist angespuckt. Ich glaube, Herr Frede hat keine Ahnung, wie es bei den Verkäufen zugeht, sonst würde er sehen können, daß Frauen aus Handwerkerkreisen in Menge zwischen dem Haufen stehen. Es ist wunderbar, wie solche Behauptungen in dieser Versammlung aufgestellt werden können. Herr Frede sagt, er habe selbst keine Butter gehabt, vierzehn Tage lang, aber er rede nicht davon. Ja, wie der Handwerker und der Mittelstand sich selbst über die Not beklagen, das sehen Sie aus den Eingekandts in den Zeitungen. Das sind keine aus den oberen Schichten, die solche Sachen an die Zeitungen schicken, das sind Leute aus dem Mittelstande. Da kommt dieselbe Stimmung zutage wie aus dem Arbeiterstande. Wenn Herr Frede persönlich nicht darüber redet, so ist das begreiflich. Er kann sich auf andere Weise sehr gut helfen. Ist es nicht Tatsache, daß die wohlhabenden Kreise Waren auf die Scheine der Dienstmädchen, Aufwartefrauen und Waschfrauen zu erhalten suchen? Das ist etwas Tatsächliches, was Herr Frede nicht aus der Welt schaffen kann. Nach der Ansicht des Herrn Frede sollen wir den Kopf in den Sand stecken und einfach gar nichts sehen. Das ist eine Taktik, die wir nicht mitmachen können. Wir drängen auf Besserung und hoffen, daß sie auch gebracht

wird. Es ist eine kühne Behauptung, zu sagen: „Es ist nicht so schlimm“, und besonders kühner Mut gehört dazu von einer Seite, die selbst nicht so sehr unter der Misere zu leiden hat, die sichergestellt ist auch in der Verwendung von Lebensmitteln, von denen wir eben sprechen.

Stadtv. Dr. Kahler: Die Worte, die wir hier gehört haben, gipfeln alle in dem Wunsche, daß wir unser Augenmerk und unsere Bemühungen darauf richten müssen, möglichst viel Lebensmittel für unsere Bevölkerung zu beschaffen und zur Verfügung zu halten. Wir haben alle den besten Willen, daran zweifelt niemand, aber es stellen sich auch ungeheure Schwierigkeiten uns entgegen. Ich möchte auf die Fett- und Butternot zurückkommen, die ja einen Höhepunkt erreicht hat und eine Kalamität bildet, denn die zur Ausgabe gekommenen Butterkarten geben uns wohl eine gewisse Grundlage, Butter zu empfangen, aber kein Recht dazu. Ich glaube deshalb, daß es wohl wünschenswert wäre, wenn wir unsere Bemühungen darauf richteten, die uns zustehende Buttermenge zu vergrößern. Den Ausgangspunkt für die Butter bildet die Milch, und über eine Milchnot haben wir Gott sei Dank eigentlich keine Stimme gehört. Wenn wir auch nicht behaupten können, daß wir Milch im Überfluß haben, so haben wir doch davon genügende Mengen, um die Bevölkerung versorgen zu können. Es sind nun wohl auch im Verbräuche der Milch kleine Einschränkungen erfolgt, aber in manchen Betrieben wird immer noch Milch im Überfluß gebraucht. Ich habe dabei besonders die Gastwirtschaften und Cafés im Sinne. Ich meine, in diesen Betrieben läßt sich noch sehr gut eine Einschränkung im Verbrauch der Milch herbeiführen. Ich will gar nicht so weit gehen, daß der ganze Ausschank und Verbrauch von Milch in den Gastwirtschaften und Cafés unterbleiben soll; es kommt auch schon viel dabei heraus, wenn der Magistrat Mittel und Wege schafft, daß den Inhabern der Wirtschaften der Verbrauch und die Verabreichung von Milch nach 6 oder 7 Uhr abends verboten werden kann. Es würden dadurch Hunderte von Litern Milch täglich gespart werden können. Die Besucher der Gastwirtschaften und der Kaffeehäuser, die sich dort die Zeit vertreiben, können ebenfogut schwarzen Kaffee trinken, und ich glaube, daß ihnen damit kein großes Opfer zugemutet wird. In Süddeutschland und Wien z. B. ist es gang und gäbe, den Kaffee schwarz zu trinken, und man bekommt nur ausnahmsweise Milch zum Kaffee. Ich möchte an den Magistrat die Bitte richten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, in der Weise eine Einschränkung im Verbräuche der Milch herbeizuführen, dadurch den Vorrat an Milch zu vergrößern und der Produktion von Butter einen neuen Weg zu weisen.

Stadtv. Sander: Ich muß noch einmal Herrn Diedmann antworten. Er hat einige Worte gebraucht, die ich als Obmann der Preisprüfungsstelle bzw. des

Schlachtungsausschusses nicht auf mir sitzen lassen kann. Er hat von Unfug gesprochen und gesagt, es sei von uns leichtfertig gehandelt. Nach meiner Meinung ist hier nicht der Platz, mir derartige Vorwürfe zu machen. Herr Diekmann ist Mitglied des Ausschusses; möge er dorthin kommen und seine Ansicht zur Geltung bringen, dann werden wir seinem fachmännischen Räte gern Gehör schenken. Ich halte es nicht für richtig, hier gewissermaßen aus dem Fenster heraus uns Vorwürfe an den Kopf zu werfen. „Unfug und leichtfertig!“ Ich muß diese Art und Weise zu sprechen ganz entschieden zurückweisen.

Stadtv. Riefe: Ich hätte mich nicht mehr zum Wort gemeldet, wenn mich nicht die Bemerkung von der Großmutter des Herrn Frede dazu gebracht hätte. Ich muß erklären, daß ihn seine Großmutter falsch berichtet hat. Das Jahr 1849 war nämlich ein sehr billiges Jahr. 1847 kostete ein Himten Roggen $3\frac{1}{2}$ Taler und ein Himten Kartoffeln kostete 1 Taler 4 Gute Groschen. Im Jahre 1848, im Kriegsjahre, kostete der Himten Roggen 28 Mariengroschen *), also nicht einmal einen Taler, die besten Kartoffeln kaufte man den Himten zu 4 Gute Groschen, und das ganze Pfund Butter kostete 8 Mariengroschen. Wenn Herr Frede an seine Heimat, die auch die meine ist, zurückdenkt, so liegt da das große Kornmagazin Osterode. Da wurde festgesetzt, daß jeder Bergmann, der 25 Jahre alt war, vierteljährlich einen Himten Roggen zu 28 Mariengroschen bekam. 1849 war es genau so billig, und 1850 hatten wir ein Überschußjahr und die Cholera.

Und was das mit den Brennesseln auf sich hat, das ist folgendes. Zu Gründonnerstag werden auf dem Lande die sogenannten sieben Stärken gekocht — bei uns hat man ja die Gründonnerstagskrenkeln. Man nahm dazu Geesche, Taubnessel, Brennessel und andere Kräuter — jede Bauersfrau wird Ihnen das sagen können —, und daran wurden Klöße gekocht. Das schmeckt sehr gut und würde heute als Delikatesse gelten. Ich würde sie ganz gern essen und Sie jedenfalls auch. Eine Hungersnot ist aber in den Jahren 1848—49 nicht gewesen. Das wollte ich nur feststellen.

Der Antrag Riefe wird hierauf einstimmig angenommen.

3. Entfernung von Bäumen auf dem Altwiekringe.

Stadtv. Trinks: Von seiten mehrerer Hausbesitzer und Anlieger desjenigen Teiles des Altwiekringes, welcher zwischen der Helmstedterstraße und der Leonhardstraße liegt, ist schon wiederholt beantragt worden, dem Übelstande Abhilfe zu schaffen, der darin besteht, daß die Bäume an dieser Straße nachteilig auf die

*) 1 Taler = 24 Gute Groschen zu 12 S, oder 36 Mariengroschen zu 8 S.

Wohnungen einwirken, indem das Laubwerk den nach der Straße gelegenen Zimmern Licht und Luft raubt, da die Baumkronen jetzt fast die Höhe der Dachgesimse erreicht haben. Man hat hier eine hochwachsende Baumart, nämlich Ulmen gewählt. Diese stehen, wie fast an allen Wällen in Braunschweig, etwas zu dicht. Wer das ansieht, muß zu der Überzeugung kommen, daß die infolge des üppigen Wachstums sehr ineinander getriebenen Zweige im Sommer fast einer Hecke gleichen. Es wird behauptet, daß man in den Obergeschossen zeitweise selbst am hellen Tage nicht in der Lage sei, ohne künstliches Licht zu schreiben oder zu arbeiten. Schon in früheren Zeiten hatte man eingesehen, daß hier Abhilfe geschehen müsse, und zunächst die Zweige jedes zweiten Baumes gestutzt. Auf die Dauer hat sich diese Maßregel aber nicht als nachhaltig erwiesen, so daß der Wunsch berechtigt erscheint, jetzt gründlichere Abhilfe zu schaffen. Das städtische Tiefbauamt hat sich dafür ausgesprochen, jeden zweiten Baum zu entfernen, der Magistrat hat die Annahme dieses Vorschlages beantragt, die Baukommission hat die Sache geprüft und beschlossen, Ihnen zu empfehlen, dem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Rietz: Ich war leider verhindert, gestern an der Baukommissionssitzung teilzunehmen, weil die Sitzung der Finanzkommission zu lange dauerte, sonst hätte ich mich betreffs der Maßregel in der Weise ausgesprochen, daß sehr wohl manchmal die hohen Bäume den Hausbesitzern zum Schaden gereichen können, denn alle 5 Meter ist hier einer gepflanzt, und dazu kommt die rasche Entwicklung der dort stehenden Ulmen. Es ist mir schon einmal früher von Herrn Geheimrat Uhde, der auf der Jerusalemstraße wohnte, erklärt: „Wenn ich in meiner Wohnung zeichne, werden alle meine Vorlagen grasgrün.“ Aber bei einer so breiten Straße, wie es der Altwiekering ist, dürfen die Bäume auch nicht zu spärlich stehen, sonst sieht das nicht gut aus. Es ist auch immer betont, die Bäume sind die Lungen der Großstadt, und darum sollte man nicht einfach dazu übergehen, jedesmal nur den zweiten Baum wegzunehmen, sondern sollte an seine Stelle jedesmal Rotdorn hinpflanzen oder solche Bäume, wie sie auf dem Hagenringe stehen. Diese entwickeln sich nicht so rasch, haben nicht so große Laubblätter und würden solche schädlichen Wirkungen wie die Ulmen nicht ausüben. Ich kenne Fälle, wo durch die Entwicklung der Wurzeln der Kastanienbäume die Kanäle der anliegenden Besitzer verstopft worden sind, so daß man die Tonrohre entzweischlagen mußte, um das Wasser aus dem Hause zu entfernen. Ich möchte also vorschlagen, sich mit der Wegnahme allemal des zweiten Baumes einverstanden zu erklären, an diese Stelle aber Rotdorn oder ein ähnliches Gewächs hinzusetzen.

Stadtbaurat Gebensleben: Wenn der Stadtmagistrat an die Frage herantritt, ob die Bäume auf einer Straße entfernt werden sollen oder nicht, so wird

eine derartige Frage selbstverständlich sehr gründlich geprüft, und das ist auch in diesem Falle geschehen. Man ist also nicht leichten Herzen daran gegangen, Ihnen diese Vorlage zu machen, sondern man hat, wie auch der Herr Referent angeführt hat, schon vor Jahren versucht, zunächst damit auszukommen, jeden zweiten Baum gehörig zu kappen. Leider hat sich herausgestellt, daß dafür die anderen Bäume recht üppig weiter gediehen sind, die dazwischenstehenden aber einen kümmerlichen Eindruck machen. Herr Riese ist ja auch damit einverstanden, daß jeder zweite Baum beseitigt wird; er schneidet nun aber die Frage an, ob zwischen die stehengebliebenen Rotdorn angepflanzt werden soll. Ich gebe zu, daß das möglich sein würde; aber es würde nur zu empfehlen sein, wenn man sich dazu entschlösse, die sämtlichen Bäume zu entfernen, denn wenn der Rotdorn unter den stark schattenden Ulmen steht, wird er nicht sonderlich gedeihen. Selbstverständlich werden wir weiter prüfen, ob, wenn die vorgeschlagene Maßnahme nicht genügt, um Licht in die Häuser zu schaffen, ein anderer Weg beschritten werden muß. Zunächst möchte ich empfehlen, dem zuzustimmen, daß jedesmal der zweite Baum beseitigt wird.

Stadtv. **Meyerhoff** verzichtet auf das Wort und die Versammlung nimmt den Magistratsvorschlag an.

4. Erteilung einer Ermächtigung an die Schulkommission, betr. Anrechnung von Dienstjahren bei Anstellungen.

Stadtv. **Steinbrecher**: Nach den für die verschiedenen städtischen Unterrichtsanstalten erlassenen statistischen Vorschriften kann den gewählten Lehrkräften ein höheres als das jaggemäße Anfangsgehalt nur dann bewilligt werden, wenn die darnach erforderlichen Geldmittel seitens der Herren Stadtverordneten bewilligt sind. Diese Vorschrift ist von dem Stadtmagistrat stets dahin ausgelegt, daß er auch die Anrechnung von an anderen Unterrichtsanstalten verbrachten Dienstjahren für spätere Gehaltsaufbesserungen und Pensionsbemessung nicht ohne weiteres zusichern dürfe. Das hat schon mehrfach zu Unträglichkeiten geführt. Besonders bei Auswahl der akademisch gebildeten, schon seit längerer Zeit sehr gesuchten tüchtigen Lehrkräfte ist dem Magistrat das schnelle Zugreifen dadurch unmöglich gemacht, daß die Anrechnung einiger Dienstjahre beansprucht und, da solches ohne weiteres nicht zugestanden werden konnte, ein anderes Anerbieten angenommen wurde. Das war um so bedauerlicher, als die Auswahl auswärtiger Lehrkräfte, auf die übrigens grundsätzlich nur beim Fehlen geeigneter einheimischer Kräfte Bedacht genommen wird, nicht gut anders erfolgen kann, als daß der betreffende Schulleiter dem Unterrichte der Lehrkräfte beigewohnt hat, wodurch unter Umständen nicht unerhebliche Kosten erwachsen. Der Magistrat hat daher den

Wunsch, daß das Verfahren dadurch vereinfacht wird, daß die Stadtverordnetenversammlung die Schulkommission ermächtigt, die fragliche Vergünstigung namens der Stadtverwaltung dann zuzugestehen, wenn ihre Bewilligung vom Magistrat im Einvernehmen mit dem betreffenden Schulvorstande befürwortet wird. Der Magistrat beantragt, der Schulkommission diese Ermächtigung bis auf weiteres zu erteilen.

Im Auftrage der Statutenkommission bitte ich Sie, dem vorgeschlagenen Verfahren zuzustimmen und die gewünschte Ermächtigung der Schulkommission zu erteilen.

Die Versammlung beschließt, der Schulkommission die fragliche Ermächtigung bis auf weiteres zu erteilen.

5. Einsetzung einer Deputation zur Prüfung der Anträge des Haus- und Grundbesitzervereins.

Stadtv. **Sander:** Meine Herren, Sie haben alle diese Denkschrift von dem Haus- und Grundbesitzerverein erhalten und wissen, um welche Punkte es sich dabei handelt. Der Magistrat ist der Meinung, daß die Sache von so tief einschneidender Bedeutung ist, nicht nur für den Grundbesitz, sondern auch, besonders in finanzieller Beziehung, für die ganze Stadt, und schlägt deshalb vor, zur Prüfung der in der Denkschrift gestellten Anträge eine gemischte 7-gliedrige Deputation zu wählen, und zwar dergestalt, daß zwei Mitglieder dieser Deputation vom Stadtmagistrat und fünf Mitglieder von den Stadtverordneten gewählt werden. Die Statutenkommission hat die Sache beraten und schlägt Ihnen vor, so zu verfahren, wie es der Magistrat wünscht. Die Statutenkommission war auch der Meinung, daß die Sache äußerst wichtig ist, und daß es die Beratung sehr vereinfachen würde, wenn sie durch eine Deputation vorbereitet würde.

Stadtv. **Niefe:** Ich vermag nicht einzusehen, warum eine neue Deputation eingesetzt werden soll. Wir haben ja schon so viele Kommissionen und Deputationen, denen die Vorlage je nach ihrer Tragweite und Bedeutung zugewiesen werden kann. Eine neue Kommission halte ich also nicht für notwendig, und die Vorschläge der Denkschrift entsprechen auch keineswegs meinem Empfinden. Ich schlage vor, daß diese Sache geprüft wird durch eine gemischte Deputation, die aus der Finanzkommission und Baukommission besteht. Wenn ich die für die neue Deputation gemachten Vorschläge ansehe, so ist da zunächst genannt der Herr Vorsitzende, der der Syndikus des Grundbesitzervereins ist, außerdem Herr Frede, Herr Sander, und Herr Tebbenjohanns als Finanzmann . . .

Vorsigender: Die Frage, wer in die Deputation gewählt werden soll, steht bisher noch nicht zur Besprechung, auch der Herr Referent hat sich darüber noch nicht geäußert. Es soll zunächst darüber debattiert werden, ob überhaupt eine Deputation gewählt werden soll.

Stadtv. Kiefe: Ich mache den Vorschlag, daß die Vorberatung der vereinigten Finanz- und Baukommission überwiesen wird.

Stadtv. Munte: Der Vorschlag des Herrn Kiefe ist wohl gut gemeint, aber Herr Kiefe muß doch, wenn er die Eingabe durchgelesen hat, gesehen haben, daß bei der Besprechung der Eingabe schwerwiegende Fragen zu erörtern sein werden, die sich nicht in einer Sitzung erledigen lassen, sondern eine fortlaufende Beratung dieser Sache nötig machen. Die vorgeschlagene Deputation wird vielleicht ein Duzend Sitzungen nötig haben, um sich über die Vorschläge klar zu werden, die sie uns unterbreiten will. Wer in die Deputation hineingewählt wird, das kann uns im großen ganzen ziemlich gleichgültig sein, denn es ist nicht anzunehmen, daß das Plenum einfach dem zustimmt, was die Deputation vorschlägt. Jedenfalls muß man es für praktisch halten, daß die Sache durch die Vorberatung in einer Deputation geklärt wird.

Oberbürgermeister Metemeyer: Diese Angelegenheit ist inzwischen insofern in ein ganz neues Stadium getreten, als — wie Sie gelesen haben werden — auch der Landtag sich mit der Frage befaßt hat. Wenn jetzt die Sache seitens des Leihhauses in die Hand genommen wird, dann kann nach unserer Ansicht eine Tätigkeit des Magistrats wegfallen, denn es liegt dann wohl kein Grund vor, zwei für denselben Zweck tätige Institute zu schaffen. Wir könnten deshalb auch dem Vorschlage des Herrn Kiefe zustimmen, daß sich mit der Vorberatung der Angelegenheit die Mitglieder der Finanz- und Baukommission befassen sollen. Nun werden wir bei der Vorberatung aber doch zu Abstimmungen kommen, und um dabei das richtige Verhältnis zu erhalten, auch eine große Zahl von Magistratsmitgliedern hineinwählen. Die Herren im Magistrat sind aber besonders in der jetzigen Zeit so stark beschäftigt, daß ich davon abraten möchte, eine so große Deputation zu wählen. Außerdem glaube ich auch der Arbeit in der Kommission selbst zu dienen, wenn ich anheimege, die Deputation nicht zu groß zu machen, denn — die Herren mögen mir das nicht übelnehmen — in einer kleineren Deputation wird intensiver von dem einzelnen gearbeitet, während in einer großen Deputation wieder Referenten gewählt werden und einer sich dann leicht auf den anderen verläßt. Aber wie die Herren wollen! Wenn Ihnen die Zahl von fünf Mitgliedern für die Deputation nicht groß genug erscheint, oder wenn die Herren sagen, die Mitglieder einer

bestimmten Kommission werden mit der Vorberatung beauftragt, so wird, wie ich glaube, der Magistrat nichts dagegen haben.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation von 7 Mitgliedern, wovon 5 durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt werden, angenommen.

Stadtv. **Sander:** Die Statutenkommission schlägt Ihnen vor, folgende Herren in die Deputation zu wählen: Die Herren Lebbenjohanns, Frede, Hartung, Sander. Außerdem wollten die Herren von der Partei drüben uns noch einen Vorschlag unterbreiten, was bisher unterblieben ist, ich möchte bitten, uns auch Ihre Vorschläge zu machen.

Stadtv. **Wesemeier:** Soweit ich unterrichtet bin, waren ursprünglich, nach dem stillschweigend getroffenen Abkommen, die Wahlen der Stärke der Richtungen im Kollegium entsprechend vorzunehmen, die Herren Steinbrecher und Bunge für die Deputation vorgesehen, doch ist nachher Herr Sander eingeschoben worden. Ich möchte vorschlagen, das bisher geübte System beizubehalten und von meinen Freunden die Herren Stadtv. Riefe und Genzen in die Kommission zu wählen.

Stadtv. **Sander:** Herr Wesemeier irrt sich. Es wurde Herr Steinbrecher in erster Linie vorgeschlagen, und als dieser erklärte, er sei geschäftlich zu sehr überlastet, wurde von Ihrer Seite Herr Bunge vorgeschlagen. Als auch Herr Bunge wegen Überlastung mit Geschäften zurücktrat, wurde erklärt, Sie würden mit einem Vorschlage in der Versammlung hervortreten.

Stadtv. **Steinbrecher:** Es ist schon vorgeschlagen, die Herren Riefe und Genzen zu wählen.

Vorsitzender: Vielleicht ließe sich der Ausweg finden, daß in die Deputation statt fünf sechs Mitglieder gewählt werden. Ich erwarte eine Äußerung, wie sich der Magistrat dazu stellen würde.

Oberbürgermeister **Retemeyer:** Wenn damit eine Zettelwahl vermieden werden kann, wird der Magistrat einverstanden sein, daß sechs Mitglieder in die Deputation gewählt werden.

Stadtv. **Riefe:** Ich habe nichts dagegen, daß die Deputation auf sechs erweitert wird. Ich erkenne auch die Forderungen der Grundbesitzer zum Teil als berechtigt an und habe auch die kommunale Praxis gelesen. Aber ist Ihnen hierbei

nicht eine Vermutung aufgestiegen? Man gebraucht sehr oft das Sprichwort: Man soll den Boß nicht zum Gärtner setzen. Das soll doch hier geschehen, und das habe ich dem Vorschlage entgegenzuhalten. Unser Vorsitzender ist auch Syndikus des Haus- und Grundbesitzervereins, Herr Tebbenjohanns ist Bankherr und Herr Frede reitet als Obergrundbesitzer voran. Es fehlt nur noch, daß Herr Kollege Meyerhoff in die Deputation gewählt wird. Diese Gedanken sind mir — nehmen Sie es mir nicht übel — bei Nennung der Namen für die Deputation gekommen.

Stadtv. Meyerhoff: Nehmen wir den Vorschlag von Herrn Rieke, die Baukommission und die Finanzkommission mit der Vorberatung der Eingabe zu betrauen, an, dann wären dieselben Herren in die Deputation hineingekommen, wie von der Statutenkommission vorgeschlagen wird, und meine Wenigkeit noch dazu. Die Befürchtung des Herrn Rieke, daß ich in die Deputation hineingewählt werden könnte, ist vollständig unnötig. Ich bin aus Bescheidenheit zurückgetreten, denn ich habe mir gesagt: „Ich habe im Landtage mit der Materie genug zu tun gehabt“, und ich hoffe auch, daß ich wohl ab und zu, wenn die Deputation tagt, die Ehre haben darf und zuhören kann. Wird dann ein Rat nötig sein, den ich erteilen kann, dann werden ihn sich die Herren bei mir holen. Ich bin also freiwillig aus der Deputation weggeblieben, und sie würde noch viel stärker von unserer Seite besetzt sein, wenn Herrn Riekes Wunsch in Erfüllung ginge. Ich glaube also, Sie können mit der Lösung, wie sie die Statutenkommission vorschlägt, zufrieden sein.

Die Versammlung stimmt dem Antrage auf Wahl von 6 Mitgliedern für die Deputation zu und wählt als Mitglieder der Deputation die Herren Stadtverordneten Tebbenjohanns, Frede, Hartung, Sander, Rieke und Genzen.

6. Erhöhung des Jahresbeitrages an den Verein für soziale Kolonisation Deutschlands.

Stadtv. Munte: Der Verein für soziale Kolonisation Deutschlands, dem die Stadtgemeinde mit dem Jahresbeitrage von 20 *M* angehört, verfolgt den Zweck, den vorübergehend Arbeitslosen der Großstädte und Industriebezirke Arbeit auf kulturfähigem Ödlande zu verschaffen und das kulturwerte Ödland zu besiedeln, hauptsächlich mit Kleinstedlern. Er hat neuerdings seine Tätigkeit auch in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt, indem er Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen mit ihren Familien auf baureifem Gelände ansiedelt. Eine vom Verein beim Bundesrate angeregte teilweise Kapitalisierung der Kriegerrenten soll dem Ansiedlungszwecke dienen.

Mit Rücksicht auf die Ausdehnung seines Tätigkeitsgebietes hat der Verein um angemessene Erhöhung des städtischen Jahresbeitrages gebeten, und der Magistrat schlägt uns eine Erhöhung auf jährlich 50 *M* vor. Ferner bittet der Magistrat zuzustimmen, daß der Betrag für das Kalenderjahr 1916, welcher satzungsgemäß im Januar zahlbar ist, schon jetzt entrichtet wird, obwohl im laufenden städtischen Rechnungsjahre bereits ein Jahresbeitrag für das Kalenderjahr 1915 bezahlt worden ist.

Die Kommission, welche den Antrag vorberaten hat, empfiehlt Ihnen, den Vorschlägen des Magistrats zuzustimmen.

Die Magistratsanträge werden angenommen.

7. Eingemeindung einer zum Gemeindebezirke Riddagshausen gehörenden Fläche zum Stadtbezirke.

Stadtv. **Rajche**: Die Stiftung „Herzogin-Elisabeth-Heim, Landeskrüppel-Heil- und Pflegeanstalt“ hat ein Grundstück am Prinz-Albrecht-Park in einer Größe von 1,7350 ha erworben, um dort ein Baumerk für die Anstalt zu errichten. Es wird nun beantragt, dieses Grundstück dem Stadtgebiete zuzulegen. In den mit der Gemeinde Riddagshausen zu dem Zwecke herbeigeführten Verhandlungen ist man übereingekommen, daß der Gemeinde Riddagshausen als Entschädigung für den Ausfall an Grund- und Einkommensteuer ein Betrag von 300 *M* gezahlt werden soll. Diese beiden Steuern betragen allerdings nur 1,10 *M*, aber das Grundsteuerkapital ist von der Herzoglichen Kammer mit 152 Zentelmart an-gegeben worden, würde also einer Entschädigung von 300 *M* entsprechen. Der Magistrat beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß

1. die beantragte Erweiterung des Stadtbezirks erfolgt, und
2. daß der Gemeinde Riddagshausen eine Entschädigung für entgehende Steuern in Höhe von 300 *M* von der Stadt gezahlt wird.

Die Baukommission hat sich mit der Frage beschäftigt und empfiehlt Ihnen die Annahme der beiden Anträge, obgleich sie sich nicht verhehlt, daß die Summe von 300 *M* recht hoch ist. Aber in Anbetracht dessen, daß sich die Eingemeindung nicht anders erzielen läßt, empfiehlt sie Ihnen dennoch die Annahme der Anträge.

Der Eingemeindung wird zugestimmt und die Entschädigungssumme bewilligt.

8. Gewährung eines Zuschusses an den Ausschuß für fahrbare Kriegsbüchereien an der Front.

Stadtv. **Lebbenjohannis**: Der Ausschuß für fahrbare Kriegsbüchereien an der Front hat bereits im Januar an den Herrn Oberbürgermeister die Bitte ge-

richtet, die Bereitstellung eines Wagens mit einer Leihbücherei für die Truppen an der Front zu übernehmen. Ein solcher Wagen mit Büchern würde nach der damaligen Angabe etwa einen Betrag von 1500—2000 *M* erfordern. Die Bitte ist nachher auch von der Zentralstelle des Deutschen Städtetages wiederholt worden, und zwar in etwas abgeschwächter Form, indem die Bereitstellung von Mitteln für den Zweck empfohlen wird. Daß diese Einrichtung etwas außerordentlich Wünschenswertes, ja Notwendiges ist, bedarf wohl keiner Begründung, und das Ersuchen des Ausschusses wird sowohl von dem Oberquartiermeister im Osten wie auch von verschiedenen Generalstäben in weitgehender Form unterstützt. Es wird dabei ausgeführt, wie wichtig es sei, wenn in derartiger Weise den Soldaten an der Front gute Bücher zur Verfügung gestellt werden können. Der Magistrat schlägt deshalb vor, dem Ausschuss für fahrbare Kriegsbüchereien einen Zuschuß von 500 *M* zuzubilligen. Die Finanzkommission, die sich mit der Frage beschäftigt hat, hat gestern diesem Antrage zugestimmt und gibt Ihnen durch mich anheim, ebenfalls Ihre Genehmigung auszusprechen.

Stadtv. Wesemeier: Wenn die Summe von 500 *M* für die Stadt Braunschweig auch geringfügig erscheint, so glaube ich doch, daß wir so ungeheuer viel soziale Aufgaben noch zu erledigen haben, die wichtiger sind, als der Transport von Bibliotheksbüchern an die Front, daß ich bitten muß, den Antrag abzulehnen. Ich gönne den Soldaten an der Front gewiß jede Erholung, aber ich stehe auch mit Leuten in der Front in Verbindung, und da ist mir geschrieben, daß bei ihnen Bücher, die von den Familien geschickt werden, in Umlauf sind, sie damit also sehr gut versehen sind. Außer diesen Büchern, die ihnen von ihren Familien zugesandt werden, sehe ich ein so großes Bedürfnis nicht als vorhanden an. Zeitungen bekommen die Leute doch auch noch, und Dienst haben sie übergenug, so daß sie nicht viel Zeit zum Lesen von Büchern haben. Ich möchte bitten, die Bewilligung dieser Summe abzulehnen, denn bei unseren nicht günstigen Finanzen müssen wir auch mit Kleinem rechnen.

Bürgermeister Meyer: Daß die Bewilligung dieser Summe notwendig wäre, wird keiner von uns behaupten. Aber das Bedürfnis nach diesen Büchereien ist doch zutage getreten, weil die Einrichtung, die Herr Wesemeier schilderte, nicht ausreichend ist. Es soll die Einrichtung dieser fahrbaren Bibliotheken dazu beitragen, die an die Front gelangenden Bücher einer größeren Zahl von Soldaten zugänglich zu machen. In anderer Weise gelieferte Bücher sollen häufig in den Schützengräben liegen geblieben und dort bald vorkommen sein. Ich bin der Ansicht, daß es eine Art Ehrenaufgabe für unsere Stadt ist, in der gewünschten Weise unseren Feldgrauen zu Hilfe zu kommen, und zwar ist das um so mehr meine Mei-

nung, als ich aus den Mittheilungen des Deutschen Städtetages entnommen habe, daß uns eine große Zahl deutscher Städte bereits mit gutem Beispiele vorgegangen ist. Eine Reihe von Städten hat ganze Bibliotheken gestiftet, was jedesmal einen Aufwand von ungefähr 2000 M erfordert hat. So weit wollen wir mit Rücksicht auf unsere bescheidenen Verhältnisse nicht gehen, aber doch auch nicht ganz in der Sache zurückstehen. Ich bitte Sie, den Zuschuß zu bewilligen, und gebe dabei der Überzeugung Ausdruck, daß diejenigen Soldaten, die von den Büchern aus unserer Spende Genuß haben, uns dankbar sein werden,

Für die Bewilligung des Zuschusses stimmt die Mehrheit.

9. Antrag Steinbrecher, betreffend die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Schulen durch die Geistlichen.

Wortlaut des Antrages f. S. 416.

Stadt v. **Steinbrecher** (zur Begründung): In der Sitzung des Landtages vom 24. Februar hat der Landesabgeordnete Strube die Frage des Aufsichtsrechts über den Religionsunterricht durch die Geistlichen angeschnitten und Staatsminister Wolff erklärte dazu, nach wie vor stehe das Staatsministerium auf dem Standpunkte, den Herr Strube bezüglich der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts eingenommen habe. Die Anweisungen für die Geistlichen würden erlassen werden, sobald solches bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente möglich sei.

Nun schreibt das neue Gemeindeschulgesetz in § 35 vor: „Das Recht des Konsistoriums, die Aufsicht über den Religionsunterricht in den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen zu regeln und zu überwachen, bleibt neben diesem Gesetze in Kraft,“ und in § 34 heißt es: „über die Ausübung der Schulaufsicht werden, soweit nicht dieses Gesetz Vorschriften enthält, vom Konsistorium unter Genehmigung des Staatsministeriums Anweisungen erlassen.“ Von seiten der Geistlichen und des Konsistoriums wird darauf hingedrängt, daß diese Anweisungen erlassen werden. Es ist allerdings richtig: Es steht im Gesetz, daß das Konsistorium die Aufsicht über den Religionsunterricht in den Gemeindeschulen zu regeln und zu überwachen hat, und der Herr Staatsminister Wolff hat auch dem Abgeordneten Hecke im Landtage erwidert, wenn er das nicht wolle, solle er das Gesetz abändern lassen. Aber das Schulgesetz besteht nun seit zwei Jahren, und es ist in diesen zwei Jahren ohne Ausführung dieser Bestimmung gegangen. Wir Eltern, die wir unsere Kinder in die Volksschule schicken, haben den dringenden Wunsch, der Kirche nicht mehr Rechte in der Volksschule einzuräumen, als sie schon hat. Auch die Lehrerschaft ist durchaus nicht damit einverstanden, daß diese Aufsicht über den

Religionsunterricht durch besondere Bestimmungen reglementiert wird. Es besteht die Bestimmung, daß auf dem Lande der Vorsitzende des Schulvorstandes sowieso der Geistliche sein muß, und überall ist durch das ganze Gesetz dem Einflusse der Geistlichkeit ein großer Spielraum gelassen. Ich dachte mir die Behandlung meines Antrages so: Wenn er in der Kommission vorberaten sein wird, werden wir den neuen Herrn Schuldirektor hier haben, und dann kann es nicht schaden, wenn in der Stadtverordnetenversammlung über diese wichtige Frage, die nicht nur die Lehrer, sondern auch die Eltern scharf berührt, eine Aussprache herbeigeführt wird und der Magistrat ersucht wird, beim Staatsministerium vorstellig zu werden, daß in den Schulbetrieb nicht störend eingegriffen wird. Das Staatsministerium hat schon seinerzeit bei Beratung des Schulgesetzes darauf hingewiesen, daß die Geistlichkeit in dieser Sache zurücktreten müsse, und das Gemeindeschulgesetz ist darauf aufgebaut, daß die Geistlichkeit Entgegenkommen zeigen würde. Ich verspreche mir davon etwas, wenn in der Stadtverordnetenversammlung eine Diskussion über diesen Punkt stattfindet und der Magistrat Stellung nimmt. Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist die Geistlichkeit allerdings berechtigt, Anweisungen, betr. die Ausübung der Aufsicht über den Religionsunterricht, zu fordern, aber das Staatsministerium kann darauf drängen, daß es unterbleibt.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der Schulkommission zur Vorberatung.

10. Anfrage Genzen wegen Ausschließung einer Mitarbeiterin am Nationalen Frauendienst.

Wortlaut der Anfrage f. S. 416.

Stadtv. Genzen: Zu Anfang des Krieges wurde auch ein Teil unserer Genossen vom Nationalen Frauendienst aufgefordert, sich an seiner Arbeit zu beteiligen. Im Interesse der Kriegerfrauen, vertrauend auf den Burgfrieden und eingedenk des Wortes, das gefallen war: „Ich kenne keine Parteien mehr“ haben unsere Genossen das Amt angenommen. Sie haben bis zu Anfang dieses Jahres segensreich gewirkt, und eine Anzahl Frauen hat dabei große Opfer gebracht, indem sie ihre Familien vernachlässigen mußten. Zu Anfang dieses Jahres fand eine Versammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Bloß Bericht über seine Tätigkeit im Reichstage erstattete. Einige Redner traten ihm entgegen, und unter anderem auch Frau Faßhauer, die als Bezirksdame im Nationalen Frauendienst tätig war. Zwei oder drei Tage später wurde der Frau Faßhauer von der Vorsitzenden des Nationalen Frauendienstes, Frau Professor Göhe, erklärt, daß die Damen des Nationalen Frauendienstes es ablehnen mußten, mit Frau Faßhauer weiter zu wirken, weil sie nach Ansicht der Frau Göhe nicht mehr auf nationalem Boden

stände. Frau Fackhauer war der Meinung, daß Frau Götz zu diesem Vorgehen nicht berechtigt war, und wandte sich beschwerdeführend an Herrn Stadtrat von Frankenberg. Dieser aber war oder ist der Meinung, wie aus seiner Antwort hervorgeht, daß der Nationale Frauendienst eine Organisation für sich ist, die selbständig ihre Angelegenheiten zu regeln hat. Wir sind allerdings anderer Meinung, und gerade die Abrechnung des Nationalen Frauendienstes in der vorgestrigen Zeitung bestärkt uns in unserer Meinung. Im Monat Januar sind nach Angabe des Nationalen Frauendienstes rund 74 000 *M* als Einnahme eingegangen, und hiervon hat der Stadtmagistrat allein 64 275 *M* dem Nationalen Frauendienst zugewandt. Sie sehen daraus, daß die große Masse der verwandten Gelder städtisch ist, also aus den Groschen herrührt, die die Steuerzahler aufgebracht haben. In einer ganzen Anzahl von Kommissionen sind die Frauen unserer Genossen tätig, und ich weiß, daß man sich über ihre Tätigkeit sehr lobend ausgesprochen hat. Wenn aber Derartiges passiert, daß einer Frau, die über ein Jahr lang im Nationalen Frauendienst, wo doch in der Hauptsache nur städtische Gelder verwaltet werden, tätig gewesen ist, Vorschriften über ihr politisches Verhalten gemacht werden, wie kann man da überhaupt noch über Politik sprechen! Sie sehen, daß dadurch das Vertrauen der Arbeiterschaft zum Magistrat vollständig verlorengeht. Was seitens unserer Genossen gesagt wird, scheint zuzutreffen, daß ein Teil der Bevölkerung den Burgfrieden nur als bestehend betrachtet für die Arbeiterschaft, daß aber die große Masse oder doch ein Teil der Einwohnerschaft auf den Burgfrieden pfeift. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Der Magistrat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, dem Nationalen Frauendienst zu erklären: Hier bist du über deine Befugnis hinausgegangen. Es sind städtische Gelder, die ihr verwaltet, ungeachtet, ob von den Arbeitern oder ob von den Besitzenden aufgebracht, folglich müßt ihr auch der Arbeiterschaft Rechnung tragen und habt nicht das Recht, mit den Genossen, weil sie anderer Meinung sind, nicht mehr weiter arbeiten zu wollen. Hätte eine gegenteilige Meinung von vornherein bestanden, dann hätte man sie nicht zur Mitarbeit heranziehen sollen, nicht unsere Frauen auffordern sollen, sich in den Dienst der nationalen Sache zu stellen. Wenn wir auch zum Teil andere Anschauungen haben als Sie, so stehen wir doch auf nationalem Boden, und meinen, daß wir der Nation und dem Vaterlande mehr nützen als diejenigen, die heute zum Teil den nationalen Standpunkt anders betrachten, als wir es tun. Wir ersuchen den Magistrat, daß Remedur geschaffen wird und dem Nationalen Frauendienst ganz energisch auf die Finger geklopft wird.

Stadtrat von Frankenberg: Herr Stadtv. Genzen hat die Anfrage an den Magistrat gestellt, ob ihm bekannt wäre, daß aus parteipolitischen Gründen eine Arbeiterin, die viele Monate mitgearbeitet habe, von der ferneren Tätigkeit im

nationalen Frauendienste ausgeschlossen ist. Ich kann darauf erwidern: Es ist dem Magistrate genau bekannt, daß die Ausschaltung der Frau Faßhauer nicht aus parteipolitischen Gründen erfolgt ist, sondern mit Rücksicht auf eine Tätigkeit, die es dem Nationalen Frauendienst nach seiner Angabe unmöglich gemacht hat, gerade mit Frau Faßhauer weiter zu arbeiten. Mir liegt die Abschrift eines Schreibens vor, das die Vorsitzende des Nationalen Frauendienstes, Frau Professor Göge, an Herrn Stadtv. Bunge gerichtet hat, aus dem deutlich hervorgeht, wie sich die Sache abgespielt hat.

Ich darf dazu einleitend bemerken, daß, wenn mich bei Handhabung der Kriegsfürsorge und Wohlfahrtspflege in diesen 1½ Jahren etwas ganz besonders mit Genugtuung erfüllt hat, es der Umstand gewesen ist, daß alle Kreise der Bevölkerung im Nationalen Frauendienst und auch bei vielen anderen Aufgaben sich die Hand gereicht haben, um im vaterländischen Sinne zusammenzustehen, gerade so wie unsere Krieger im Schützengraben und an der Front ohne Rücksicht auf die Partei zusammenstehen. Nun fiel aber ein Reiz in der Frühlingsnacht: zu einer empfindlichen Störung des Burgfriedens, der in der sorgfältigsten Weise von allen Seiten gehalten wurde, kam es nach Ansicht des Nationalen Frauendienstes dadurch, daß Frau Faßhauer sich auf den Standpunkt derjenigen stellte, die die Bewilligung von Mitteln für die fernere Fortführung des Krieges an die Reichsregierung mißbilligt haben. Das ist für die Helferinnen im Nationalen Frauendienst der Grund gewesen, weshalb sie die Arbeitsgemeinschaft mit einer Persönlichkeit, die derartige Mittel zu bewilligen nicht für richtig hielt, ablehnten.

Frau Göge hat an Herrn Bunge geschrieben: „Nachdem wir in den Zeitungen gelesen hatten, daß Frau Faßhauer sich öffentlich an die Seite derjenigen ihrer Parteigenossen stellte, die ihre Vaterlandslebe so weit vergessen konnten, daß sie der Reichsregierung die unbedingt für Rettung des Landes notwendige Geldbewilligung versagten, können wir sie nicht länger als eine geeignete Persönlichkeit ansehen, die in einer Vereinigung mitarbeitet, welche sich „Nationaler Frauendienst“ nennt und sich aus Frauen zusammensetzt, die, unbekümmert um irgend welche politische, soziale und religiöse Parteiansicht, nur von dem einen Gedanken beherrscht sind, dem Vaterlande, dessen tapferen Verteidigern und deren Angehörigen nach besten Kräften zu dienen.“ Sodann hat in diesem Schreiben — das mag der Widerlegung einer irrtümlichen Auffassung dienen — Frau Göge ausdrücklich berichtet, daß, falls von der Partei eine Neubesetzung des Postens gewünscht wird, eine Persönlichkeit namhaft gemacht werden möchte, die bereit sei, das Vaterland über die Partei zu stellen. Es liegt dem Nationalen Frauendienst fern, parteipolitische Rücksichten walten zu lassen, aber so viel hat der Nationale Frauendienst allerdings von seinen Helferinnen erwartet, daß sie Schulter an Schulter mit unseren Truppen, mit unserer Reichsregierung in der Kriegsgelder-

bewilligungsfrage stehen. Das ist dem Magistrat bekannt geworden, und er hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß er zu einer Mißbilligung des Vorgehens des Nationalen Frauendienstes keine Veranlassung habe. Übrigens hat das der Magistrat, und nicht allein meine Persönlichkeit, getan, da ich der Ansicht bin, daß ich so wichtige Angelegenheiten nicht allein erledige. Der Magistrat hat an Frau Fajshauer geschrieben: „Auf Ihre Anfrage erwidern wir Ihnen ergebenst, daß der Nationale Frauendienst in seiner Fürsorgetätigkeit, vor allen Dingen in der Auswahl seiner Helferinnen, selbständig ist, und daß für uns deshalb keine Veranlassung vorliegt, gegen den Vorstand der Einrichtung wegen seiner Ablehnung des ferneren Zusammenarbeitens mit Ihnen vorzugehen. Es kommt hinzu, daß durch ein solches Vorgehen von unserer Seite eine empfindliche Störung im Betriebe der Kriegsfürsorge hervorgerufen würde, da der Vorstand des Nationalen Frauendienstes auf eine weitere Arbeitsgemeinschaft mit Ihnen verzichtet, während er im übrigen gern bereit ist, mit Helferinnen Ihrer Partei zusammenzuwirken.“

Ich möchte also glauben, meine verehrten Herren, daß ein Versuch, diese Sache parteipolitisch gegen den Nationalen Frauendienst auszuschlachten, nicht recht angebracht erscheint. Ich glaube, man wird getrost sagen können, daß der Burgfrieden vom Nationalen Frauendienst nicht gebrochen ist, und daß fernere Bewilligungen von Mitteln an den Frauendienst, der in außerordentlich dankenswerter Weise unsere Kriegsfürsorge ergänzt, unbeschadet weiter erfolgen können. Ich würde es gegenüber Herrn Genzen und seinen Freunden besonders freudig begrüßen, wenn meine Ausführungen, die ohne Gehässigkeit gegen Frau Fajshauer oder andere Persönlichkeiten gegeben werden, dahin führten, daß die Mitarbeit von Helferinnen aus Ihrem Kreise im Nationalen Frauendienst rege fortgesetzt werden kann. Was geschehen ist, hat sich nicht gegen Ihre Partei gerichtet, sondern nur gegen Frau Fajshauer wegen der Vorfälle, die sich ereignet haben.

Stadtv. **Steinbrecher** beantragt Besprechung der Anfrage.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

11. Antrag Busch, wegen Beteiligung der Stadt bei der vierten Kriegsanleihe.

Vorsitzender: Es ist ein dringlicher Antrag von Herrn Busch eingegangen. Er lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu veranlassen, sich bei Zeichnung der vierten Kriegsanleihe mit einer Summe von fünfhunderttausend Mark zu beteiligen.“

Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich frage zunächst, ob die Versammlung damit einverstanden ist, den Antrag als dringlich zu behandeln und jetzt zur Beratung zu bringen.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich möchte bitten, diese Sache jetzt hier nicht zu behandeln. Ich kann im Augenblicke zu der Frage nicht Stellung nehmen und halte es für nötig, daß sie vorberaten wird. Ist es nicht angängig, daß die verstärkte Finanzkommission, die von Ihnen unbeschränkte Vollmacht hat, auch diese Frage erledigt? Wir haben noch sehr wichtige Sachen in der vertraulichen Sitzung zu erledigen, und ich möchte bitten, uns Zeit zu lassen, sie Ihnen vorzutragen.

Stadtv. **Pusch** (zur Geschäftsordnung): Ich wollte nur bemerken, daß bis zum 22. März gezeichnet werden kann, und deshalb bald Gelegenheit genommen werden muß, die Sache zu klären. Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters bin ich mit der Zurückstellung des Antrages einverstanden.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag der verstärkten Finanzkommission und schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7¼ Uhr.

Berichtigung: Im vorigen Bericht ist auf Seite 382 als Redner zu lesen statt Stadtv. **W e j e m e i e r** Stadtv. **Bunge**.

NR

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 16. März 1916.

Tagesordnung:

1. Anschaffung von Kontrollkassen für die Stadtkasse	Seite 468
2. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1916/17	472
3. Abänderung des Hundesteuerstatuts (Außer der Tagesordnung verhandelt)	515
4. Übersicht über die im Rechnungsjahre 1916/17 zu zahlenden Löhne	518
5. Verwilligung eines besonderen Zuschusses an die katholische Schule	522
6. Erhöhung des der Stadt eröffneten Kredits beim Leihhause (Außer der Tagesordnung verhandelt)	523
7. Verwilligung einer Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund (Außer der Tagesordnung verhandelt)	524
8. Beteiligung der städtischen Beamten an der vierten Kriegsanleihe	524
9. Anfrage Stegmann über Unzuträglichkeiten bei den städtischen Lebensmittelverkäufen (Außer der Tagesordnung verhandelt)	525

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Schulze**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**.

Außerdem entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bues**, **Diedmann**, **Steincke**.

J

Vorsitzender Hartung: Ich eröffne die öffentliche Sitzung. Es liegt hier aus ein Bericht des Verkehrsvereins über seine Einnahmen und Ausgaben aus seinen bekannten Führern. Die Aufstellung ist vom Magistrat den Stadtverordneten übersandt; die Herren, die sich für die Sache interessieren, mögen in das Schriftstück Einsicht nehmen.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Beratung des Stadthausplans für 1916/17. Einer der Herren Referenten, Herr Munte, ist noch nicht zugegen; ich schlage daher den Herren vor, zunächst mit Punkt 4 „Anschaffung von Kontrollkassen für die Stadtkasse“ anzufangen.

1. Anschaffung von Kontrollkassen für die Stadtkasse.

Stadtv. Ohlendorf: Es soll eine Verbesserung für die Annahme der Steuerbeträge bei der Stadtkasse geschaffen werden, und zwar wird vorgeschlagen, in jeder Hebestelle der Stadtkasse je eine sogenannte Registrierkasse aufzustellen. Die Kosten dafür werden sich auf 8000 M belaufen, wohingegen gehofft wird, eine wesentliche Ersparnis an Arbeitskräften zu erzielen und außerdem einen wesentlichen Fortschritt in puncto der Abfertigung der zahlenden Steuerpflichtigen. Die Finanzkommission stimmt der Anschaffung — wie es auch der Magistrat getan hat — zu und bittet Sie durch mich, die Summe zu bewilligen.

Stadtv. Lebhenjohannis: Es ist mit Freude zu begrüßen, daß wir diese Neueinrichtung und damit eine Verbesserung für die Abfertigung des Publikums schaffen wollen, und die Herren werden dem gewiß gern alle zustimmen. Ich glaube aber, daß es auch auf einem anderen Gebiete unseres Zahlungsverkehrs notwendig, an eine Verbesserung zu denken, und zwar nicht den Bargeldverkehr zu verbessern, sondern den bargeldlosen Verkehr zu fördern. Die Herren wissen, daß der Goldbestand der Reichsbank $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark beträgt, und daß wir dagegen für $6\frac{1}{2}$ Milliarden Noten laufen haben, Sie wissen auch, daß es heute sehr schwierig ist, weiteres Gold anzuschaffen. Es ergibt sich daraus als selbstverständlich, daß es unsere Aufgabe sein muß, auf eine Verminderung des Notenumlaufs hinzuwirken, und dafür gibt es nur das eine Mittel, den bargeldlosen Verkehr zu fördern. Die Steuern aber werden jetzt noch fast ausschließlich durch Barzahlung erlegt. Es ist wohl die Anordnung getroffen, daß auch durch Überweisungen auf die Banken und auf Girokonto Steuern berichtigt werden können, aber ich glaube, daß dieser Weg nur von recht wenigen begangen wird, einmal, weil der größere Teil unter den Steuerzahlern kein Konto bei einer Bank hat, und zweitens, weil dieser Weg doch noch recht umständlich ist. Ich möchte deshalb anregen, daß der Magistrat erwägt, ob nicht, wie es in verschiedenen Städten bereits eingerichtet ist, auch die Banken der Stadt als Zahlstellen für die Steuern mit angenommen

werden können. Wenn ich sage „Zahlstellen“, so meine ich das nicht im wahren Sinne des Wortes, sondern so, daß die Banken die Überweisung der Beträge von den Kunden der Banken an die Steuerstellen besorgen. Die Ausschreibung der neuen Steuern steht vor der Tür, und ich würde es außerordentlich dankbar begrüßen, wenn schon jetzt die Anordnung getroffen würde, daß hiesige Banken als Zahlstellen benannt werden und gleichzeitig auf den Steuerzetteln ein Hinweis angebracht wird, der darauf aufmerksam macht, daß man im Wege der Überweisung die Steuern bezahlen soll. Ich bin überzeugt, daß die kleinen Schwierigkeiten, die sich in der ersten Zeit aus dieser Maßnahme ergeben können, sehr bald schwinden werden, und daß sich die Steuerzahler schnell an die neue Art der Steuerzahlung gewöhnen werden.

Oberbürgermeister Netemeyer: Die Anregung des Herrn Tebbenjohanns ist ja ohne Frage sehr der Ermägung wert, aber vorläufig sehe ich noch keine Möglichkeit, wie wir die Sache praktisch ausführen könnten. Wenn die Stadt in bezug auf Erhebung von Steuern allein berechtigt wäre, so könnten ja vielleicht die städtischen Behörden mit einem solchen Abkommen sich beschäftigen, aber die Stadt ist zugleich die Beauftragte des Staates zur Erhebung der Staatssteuern, und ich glaube kaum, daß der Staat nach den nun einmal dort herrschenden Prinzipien die Zahlungen an die verschiedenen Banken als in seinem Namen erfolgt ansehen wird. Wir dürften nicht ohne weiteres die Zahlung in dieser Weise einrichten, solange der Staat dem nicht zugestimmt hat. Wo soll man auch die Grenze ziehen? Soll man jedes Bankhaus, das sich hier niederläßt, mit den bestehenden großen Banken gleich behandeln? Das sind alles schwerwiegende Fragen, die erst gelöst werden müssen, und deshalb halte ich es für ausgeschlossen, daß wir schon in diesem Jahre eine solche Einrichtung schaffen. Daß wir unsererseits uns bemühen, soviel wie möglich den Bargeldverkehr einzuschränken, ist den geehrten Herren bekannt. Wir überweisen insbesondere nach auswärts alle Beträge, wo es irgend angeht, durch Giro. Schon in früherer Zeit haben wir uns mit der Frage des bargeldlosen Verkehrs eingehend beschäftigt; so ist früher erwogen, Anweisungen für Begleichung von Rechnungen auszugeben. Wenn das geschehen könnte, so würde man auch damit den Bargeldverkehr einschränken. Aber ich fürchte, die Handwerker und die anderen Lieferanten der Stadt, die ihre Rechnungen bezahlt haben wollen, sind noch zu wenig mit dieser Einrichtung vertraut und wollen sofort bei der Stadthauptkasse bares Geld in Empfang nehmen. Aber der weiteren Ermägung der heute wieder gegebenen Anregung können sich die Herren versichert halten.

Stadtv. Busch: Wir haben die Förderung des bargeldlosen Verkehrs durch die Stadt schon länger im Auge gehabt, und in unserem Geschäft suchen wir seit

mehreren Jahren bei unserem Kundentreife dafür Interesse zu erwecken, die Steuerzahlung möglichst durch das Bankhaus leisten zu lassen und so der Stadtkasse ihre Arbeit zu erleichtern. Die Steuerzettel werden zur städtischen Kassenstelle hingeschafft, und der Bankbote holt sie nach einigen Tagen wieder ab. Aber die Erfahrungen, die wir machen mußten, waren doch nicht sehr günstig, denn die Leute wollen ihren Vermögensstand nicht bekanntgeben, und das ist der Kernpunkt. Es wird immer nur ein Bruchteil bleiben, der von dieser Einrichtung Gebrauch macht, und in großem Umfange werden wir wohl einstweilen durch unsere Maßnahme keinen Erfolg erzielen.

Stadtv. Lebhenjohannis: Man darf sich dadurch, daß ein solcher Versuch nicht gleich zum Ziele geführt hat, nicht abschrecken lassen. Es ist selbstverständlich, daß erst eine Übergangszeit überwunden werden muß. Das Publikum hat im allgemeinen bisher von dem Begriffe eines Bankkontos nicht die richtige Vorstellung. Wenn wir aber die Zustände bei unseren Feinden in England und auch in der Handelsstadt Hamburg in Betracht ziehen, dann sehen wir, daß dort der Übertragungs- und Überweisungsverkehr einen Umfang angenommen hat, der allenthalben erstrebenswert ist. Ich glaube, die heutigen außerordentlichen Verhältnisse werden uns wohl von selbst dahin führen, daß der bargeldlose Verkehr mehr gepflegt wird; wenn wir aber freiwillig nicht dazu schreiten, wird er uns durch die Regierung aufgezwungen werden. Die Schwierigkeiten zu überwinden, die in der Handhabung zwischen dem Staate und der Stadt vorhanden sind, wird sich wohl ein Weg finden lassen. Ich möchte meine Bitte wiederholen und vorschlagen, vielleicht erst in einer kleineren Versammlung die Angelegenheit zu besprechen. Ich bin überzeugt, daß man zu einem Ergebnis kommen wird, das im Interesse der Stadtverwaltung wie auch der Einwohnerschaft liegt.

Stadtv. Bartels: Ich weiß nicht, welches System der Kontrollkassen zur Anschaffung vorgesehen ist, und möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß bei Anschaffung der Kassen deutsches Fabrikat berücksichtigt wird.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Über das System der anzuschaffenden Kassen bin ich nicht orientiert.

Stadtv. Ohlendorf: Ob deutsches Fabrikat zur Anschaffung vorgeschlagen wird, kann ich nicht sagen, es ist das nicht in der Vorlage bemerkt. Der Stadtkämmerer schreibt über die Kassen: „Die Maschine gibt, und zwar selbsttätig, heraus: 1. den mit Quittung, der laufenden Nummer und dem zu zahlenden Geldbetrage bedruckten Steuerzettel, 2. einen Abschnitt mit demselben Aufdruck zur

Übertragung des gezahlten Betrages in die Hebelisten, 3. eine vorläufig in der Maschine verbleibende Untereinanderstellung der registrierten Beträge mit laufender Nummer, Buchungsnummer und Geldbetrag.“ Die Handhabung der Maschine ist sehr einfach. Der Steuerzettel wird in die Maschine hineingesteckt, die Maschine durch Motor in Bewegung gesetzt und der Betrag ist auf dem Steuerzettel notiert.

Stadtv. **Lauer:** Ich möchte mir nur einige kurze Worte bezüglich des bargeldlosen Verkehrs erlauben. Ich bin der Ansicht, daß sich der bargeldlose Verkehr vielleicht nie einführen läßt, wenn nicht gerade unsere Behörden mit einem diesbezüglichen guten Beispiele vorangehen. Nur dadurch wird der kleine Mann wie der Kapitalist und auch der Handwerker in Berührung mit dem bargeldlosen Verkehr gebracht und mit diesem System vertraut gemacht. In anderen Städten ist der bargeldlose Verkehr, wie ich kürzlich konstatieren konnte, bedeutend weiter vorgeschritten als in Braunschweig.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Ich kann nur wiederholen, daß wir von seiten der Stadt soviel wie möglich bestrebt sind, unsere Zahlungen durch Überweisungen zu regeln. Aber wir haben das nicht in allen Fällen in der Hand. Wenn die betreffenden Personen, die mit uns Geschäfte abzuwickeln haben, sei es, daß sie bei uns einzuzahlen haben oder wir an sie auszusahlen, diesen Weg nicht wünschen, können wir nicht in der gewünschten Weise vorgehen. Herr Tebbenjohanns hat die Einzahlung der Steuern bei den Banken angeregt, und ich gebe zu, daß das eine Entlastung für unsere Kassen sein würde, die wir mit Freuden begrüßen könnten, wenn es sich einführen ließe. Aber wie soll das eingerichtet werden? Sollen die Banken in unserem Namen mit Rechtswirkung für die Stadt quittieren? Wie können wir dann eine Kontrolle ausüben, ob die Steuern alle eingegangen sind? Jetzt am Jahreschlusse prüfen wir unsere Steuerlisten darauf: Wer hat gezahlt und wer nicht? Ob die Banken noch verschiedene Gelder für uns in Empfang genommen haben, könnten wir dann nicht wissen. Ich will gar nicht davon sprechen, daß auch Unregelmäßigkeiten vorkommen können, aber die Abrechnungen durch die Banken werden doch nicht immer so schnell erfolgen. Es müßten auch den Banken Hebelisten übergeben werden, und wir müßten unsere Listen auseinanderreißen für die Leute, die bei uns und für die, die bei fremden Kassen einzahlen wollten. So ergeben sich mancherlei Schwierigkeiten, und ich sehe vorläufig keine Möglichkeit, wie die Sache ohne Bedenken geregelt werden könnte.

Stadtv. **Tebbenjohanns** verzichtet auf das Wort, nachdem er vom V o r s i t z e n d e n darauf aufmerksam gemacht ist, daß er schon zweimal zu der Sache gesprochen habe.

Stadtv. **Ohlendorf**: Daß, was die Herren hier vorgebracht haben, spricht nicht gegen die Anschaffung der Kontrollkassen. Jedenfalls bleibt die Abfertigung der Steuerzahler bei den Schaltern der Stadtkasse nach wie vor bestehen, und deshalb möchte ich bitten, der Anschaffung der empfohlenen Kassen zuzustimmen. Schon allein das, daß durch die Kassen es ermöglicht wird, die Steuerzahler schneller abzufertigen, spricht für den Antrag.

Dem Magistratsantrag auf Beschaffung der vier Kontrollkassen wird zugestimmt.

2. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1916/17.

Vorsitzender: Der Haushaltsplan für das Jahr 1916/17 nebst dem Begleit-schreiben des Magistrats befindet sich in den Händen der Herren. Der Magistrat beantragt:

den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1916/17 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre an Gemeindecinkommensteuer 12½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle, an Gemeindegrundsteuern 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapitale und an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuern ausgeschrieben werden.

Stadtv. **Munte** (als Referent): Wir haben in der Finanzkommission die Beratung so vorgenommen, daß wir zunächst die in dem Haushaltsplan aufgeführten Kapitel nacheinander durchgenommen haben. Nachdem wir uns darüber geeinigt hatten, daß wir mit den darin aufgeführten Punkten uns in Übereinstimmung befinden, sind wir dazu übergegangen, über die soeben angeführten Anträge zu sprechen. Ich möchte die geehrten Herren bitten, dieses Verfahren auch für die Vollversammlung gutzuheißen. Es würde nicht angebracht sein, sich gleich über den Hauptpunkt zu unterhalten, wenn wir nicht wissen, wie die Versammlung über die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Kapiteln denkt, aus denen der Hauptantrag hervorgegangen ist. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten festzustellen, ob die Versammlung diesen Weg wünscht. Es ist übrigens hier bisher immer so verfahren.

Vorsitzender: Es würde das der Weg sein, daß wir von Kapitel zu Kapitel, von Abteilung zu Abteilung die einzelnen Positionen zur Besprechung stellen. Nachdem der Herr Referent zu jedem einzelnen Punkte gesprochen hat, würden diejenigen Herren, die sich dazu äußern wollen, das Wort nehmen können. Da sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung hiermit einverstanden ist.

Voranschlag der Rämmereikasse.

A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Kap. I. Rämmereivermögen.

Abt. I. Gebäude.

Stadtv. **Munte:** Auf Seite 6 sind die Einnahmen aufgeführt.

Es wird am besten sein, wenn die Herren, die etwas zu bemerken haben, sich gleich beim Aufrufe der betreffenden Seitenzahl zum Worte melden.

Im ganzen sind nur kleine Abänderungen gegen das Vorjahr eingetreten, die sich durch andere Verpachtungen usw. ergeben.

Stadtv. **Riefe:** Unter 9. sind als Miete von der vormaligen Reinigungsstation im Bürgerpark 150 *M* angesetzt. Wer dort am Abend vorbeigeht, sieht von dem kleinen Gebäude nur ein paar Fenster erleuchtet. Ich bin der Meinung, daß der Mietertrag für dieses Gebäude, wenn es nicht noch zu anderen Zwecken benutzt wird, zu gering angesetzt ist. Ich möchte deshalb anfragen, ob das Haus noch zur Aufbewahrung von Materialien benutzt wird.

Bürgermeister **Meyer:** Die Wohnung, die sich in dem Gebäude befindet, nimmt durchaus nicht das ganze Haus ein. Sie wird bewohnt von einem Aufseher des Bürgerparks, ist demnach sozusagen eine Dienstwohnung. Wenn sie offiziell als solche dem Aufseher überwiesen wäre, so würde dafür eine Summe von 150 *M* angerechnet werden müssen. Diese Summe ist als Mietertrag des Gebäudes angesetzt, und stellt eine angemessene Vergütung für die Räume, welche dem Inhaber überlassen sind, dar.

Stadtv. **Munte:** Die Ausgabe ist dargestellt zunächst auf Seite 7, zu bemerken ist da der erfreuliche Rückgang in den Ausgaben für das Wirtschaftsgebäude im Stadtpark, die im vorigen Jahre 3400 *M* betragen haben.

Zu Abteilung I wird das Wort nicht weiter gewünscht, sie gilt als genehmigt.

Abt. II. Rieselanlagen.

Stadtv. **Munte:** Auch da ist nichts zu erinnern gewesen. Auf das Rieselgut werden wir noch zurückkommen bei Besprechung des Anhanges zum Voranschlage der Rämmereikasse. Im Finanzausschuß wurde vom Herrn Oberbürgermeister erklärt, daß Erwägungen angestellt werden sollten, ob man den Voranschlag für das Rieselgut nicht in den allgemeinen Voranschlag mit hineinarbeiten könnte. Damit würde dieser Anhang fortfallen, was dem Wunsche der Herren, daß die Aufstellung möglichst vereinfacht werde, entsprechen würde.

Vorsigender: Ich nehme an, daß die Herren einverstanden sind, daß wir den erwähnten Anhang nachher erledigen und eben in der Reihenfolge nach den Seitenzahlen fortfahren.

Abteilung II ohne weitere Besprechung.

Abteilung III. Abwässpumpstation. (Ohne weitere Besprechung.)

Abteilung IV. Markthalle.

Stadtv. **Munte:** Auch hier hat sich die Statsaufstellung ungefähr in den Grenzen des Vorjahres bewegt. Es ist bei den Einnahmen nichts zu erinnern gewesen, und ebenso ist bei den auf Seite 21 und 23 angeführten veranschlagten Ausgaben nichts zu erinnern.

Abteilung V. Neustadtmühle. (Ohne weitere Besprechung.)

Abteilung VI. Feuerbestattungshalle.

Stadtv. **Munte:** Diese Abteilung hat etwas anders veranschlagt werden müssen als im Vorjahre, weil diese Neueinrichtung erst nach und nach in Gang kommt. In der Kommission war nichts gegen den Voranschlag einzuwenden.

(Ohne weitere Besprechung.)

Abteilung VII, VIII und IX. (Ohne Besprechung seitens der Versammlung.)

Abteilung X. Kapitalforderungen.

Stadtv. **Munte** (zu A I): Es sind dies die Zinseinnahmen aus dem zum Stammvermögen der Kammereikasse gehörenden Forderungen. Das Begleitschreiben des Stadtmagistrats gibt in der Anmerkung 3 Aufschluß über die Veränderungen im Stande der vorhandenen Wertpapiere. Es ist dort auch angegeben, wodurch sich das Stammvermögen, das im vorigen Jahre niedriger war, erhöht hat, nämlich durch die Abfindungssumme für Übernahme einiger Straßen und durch Kursgewinn bei Ankauf von Wertpapieren. Gegen den Voranschlag der Einnahme ist nichts zu erinnern, ebenso nichts gegen den Voranschlag der Ausgabe.

(Ohne Besprechung.)

Stadtv. **Munte** (zu A II): Bei den Zinsen für die zum Vorratsvermögen der Kammereikasse gehörenden Gelder ist ins Auge fallend die große Verzinsung für die schwebende Schuld, welche entstanden ist durch die infolge des Krieges verursachten Ausgaben und Auslagen, wie sie von den höheren Behörden uns vorgeschrieben sind.

Stadtv. Genzen: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf die Unterstützung der Kriegerfamilien kommen. Mir scheint der heutige Satz als zu gering, wenn man bedenkt, daß in letzter Zeit die Lebensmittelpreise ganz kolossal gestiegen sind. Ich erinnere daran, daß das Pfund Rindfleisch jetzt 2,60 *M* kostet, die Margarine 2,00 *M*, die Kartoffeln 5,40 *M*, ein Salzhering 22 Pfennig. Man wird zugeben, daß es nicht möglich ist, daß eine alleinstehende Frau mit der Unterstützung von monatlich 22,50 *M* auskommen kann. Für jedes Kind werden 11,25 *M* Unterstützung gezahlt. Nimmt man als Durchschnitt der Familien eine Frau und zwei Kinder an, so macht das 45 *M* pro Monat, 1,50 *M* pro Tag, oder pro Kopf 50 Pf. für den Tag. Ich meine, wenn die Herren hier aus der Versammlung mit einem Satz von 50 Pf. auskommen sollten, dann würde man die Sätze erhöhen.

Vorsitzender: Ich glaube, daß zu diesem Punkte die von dem Herrn Redner berührte Sache nicht anzuschneiden ist. Wir sprechen zum Etat für das kommende Jahr, Vorratsvermögen der Kammereikasse, und damit hat die angeregte Sache nichts zu tun. Ich bitte, sie bei einem anderen Punkte zur Sprache zu bringen. Wir können diese Sache nicht in dieses Kapitel hineinbringen; ich bedaure, das Wort dazu nicht geben zu können.

Stadtv. Genzen: Meines Erachtens gehört die Sache ganz bestimmt zu dem zur Besprechung stehenden Punkte. In dem Begleit Schreiben steht, daß diese Belastung der Stadt, hauptsächlich durch die Unterstützungen der Kriegerfamilien veranlaßt ist. Aus diesem Grunde muß ich auch das Recht haben, dazu zu sprechen. (Zustimmung des Stadtv. Wesemeier.) Man muß doch zu dem Etat Wünsche vorbringen und Anträge stellen können.

Vorsitzender: Wenn Sie darauf hinauswollen, daß diese Anleihe erhöht werden müßte, dann mag es allenfalls angehen, daß Sie das von Ihnen angerührte Thema besprechen.

Stadtv. Genzen: Ich will beantragen, daß die Unterstützungen für die Kriegerfamilien erhöht werden, und dadurch ist bedingt, daß event. auch die Anleihe erhöht werden muß. Ich habe eben schon darauf hingewiesen, daß die Unterstützungen, die für die Kriegerfamilien gezahlt werden, zu gering sind, weil unter den heutigen Verhältnissen, wo die Lebensmittel so kolossal teuer geworden sind, wo der Preis für das Pfund Margarine, das früher 70 oder 80 Pf. kostete, auf 2 *M* gestiegen ist, und wo ein Salzhering 22 Pf. kostet, die Kriegerfrauen mit dem jetzt bestehenden Satz nicht auskommen können. Sie alle werden Gelegenheit gehabt haben, in der letzten Zeit Hunderte von Frauen vor den Fleischerläden und

Butterläden stehen zu sehen, und werden sich des Eindrucks nicht haben erwehren können, daß es hohlwangige Personen mit bleichem Aussehen sind, die tatsächlich an Unterernährung leiden. Man sieht dasselbe Bild, wie es von dem Elend in England, besonders in London, geschildert wird. Es ist unsere erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß diejenigen, die in den Schützengräben liegen, die ihr Gut und Blut für das teure, ja allerdings sehr teure Vaterland opfern, nicht von Hause Briefe bekommen, daß ihre Frauen und Kinder hier hungern müssen. Wir lesen täglich in der Zeitung, daß der Staat bestrebt ist, die Wehrhaftigkeit des Landes zu heben. Kann hierzu geholfen werden, wenn die Kinder an Unterernährung langsam zugrunde gehen? Da haben wir als Stadtverwaltung die moralische Pflicht, darauf zu achten, daß es möglich wird, derartige Sätze zu zahlen, mit dem eine Familie zu ernähren ist. Ich erinnere daran, daß in früheren, normalen Zeiten die preussische Gefängnisverwaltung für die Ernährung der Gefangenen einen Satz von 80 Pf. zugrunde gelegt hat. Also für denjenigen, der das zweifelhafte Vergnügen gehabt hat, auf Kosten der Gefängnisverwaltung ernährt zu werden, waren 80 Pf. festgesetzt, während wir annehmen, daß die Angehörigen unserer Krieger mit 50 Pf. auskommen sollen.

Nun werden Sie wohl sagen: „Das ist nicht alles, was den Kriegerfrauen gegeben wird. Sie wissen, daß vom Nationalen Frauendienst größere Summen für diesen Zweck verausgabt werden.“ Das stimmt zum Teil, aber ich erinnere daran, daß die Kriegerfrauen überhaupt keinen Anspruch auf die Gelder des Nationalen Frauendienstes haben. Es liegt nur an dem subjektiven Empfinden der einzelnen Damen dort, ob die Kriegerfrauen etwas bekommen sollen oder nicht. Diejenigen, die vom Arbeitgeber unterstützt werden, bekommen das Geld vom Nationalen Frauendienst in der Regel nicht. So unterstützt der Arbeitgeber in Wirklichkeit nicht die Kriegerfrau, sondern er unterstützt die Stadt, und zwar insofern, als der Frauendienst in solchen Fällen zurücktritt. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß man in der Frage der städtischen Unterstützung die Unterstützung vom Nationalen Frauendienst ganz ausschalten sollte. Weshalb einen Vermittlerdienst schaffen zwischen Magistrat und Kriegerfrauen? Man sollte die Unterstützung direkt an die Kriegerfrauen geben, und zwar in der Form, daß man die Unterstützungssätze erhöht. Es ist nicht jedermanns Sache, sich in den Kochtopf hineingucken zu lassen, wie es zum Teil von den Damen des Nationalen Frauendienstes — nicht von allen — gemacht wird. Dann heißt es: „Sie haben ja noch so schöne Sachen, Sie brauchen doch keine Unterstützung vom Frauendienst.“ Und andere bekommen die Unterstützung nicht, weil sie, wenn sie auch Not haben, „frech“ sind. Wenn sie sich nicht alles gefallen lassen, wenn sie sagen: „Gebt uns unsere Männer zurück, dann haben wir von euch kein Geld nötig! Unsere Männer habt ihr genommen, infolgedessen habt ihr auch die Verpflichtung, für uns hier ein-

zutreten“, dann bekommen sie einfach nichts, und der Brotkorb wird ihnen höher gehängt. Ich weiß, daß eine Frau den Nationalen Frauendienst gebeten hat, er möchte ihr ein Paar Stiefel für ihren Jungen verschaffen. Darauf ist gesagt: „Kommen Sie zu uns!“ Es ist ein Junge von 13—14 Jahren. Was ist ihr angeboten? Ein Paar weiße Ballschuhe, und damit soll der Junge zur Schule gehen. Wir sollten uns überlegen, ob wir diese Stelle nicht abschaffen und dafür die direkten Unterstützungen erhöhen, damit die Bettelei gewissermaßen aufhört. Die Arbeiterschaft hat kein Vertrauen mehr zum Nationalen Frauendienst. An dem Vorkommnis, das ich Ihnen in der letzten Sitzung vorführte, sehen Sie, daß dort nach parteipolitischen Gründen verfahren wird. Eine Arbeiterin, die monatelang dort ihre Schuldigkeit getan hat, wird von der Mitarbeit ausgeschlossen, weil sie nicht auf dem Boden steht, der den Damen angenehm ist. Ich bin von der Auskunft des Herrn Stadtrat von Frankenberg nicht überzeugt worden und behaupte immer noch, daß dort im Frauendienst parteipolitisch verfahren wird.

Aufmerksam machen möchte ich noch darauf, daß andere Städte, die kleiner sind als Braunschweig, bedeutend höhere Unterstützungssätze zahlen. Die Stadt Bochum, die 136 000 Einwohner hat, zahlt für alleinstehende Frauen 33 *M*, für eine Frau mit zwei Kindern 61 *M*, also 16 *M* mehr als Braunschweig; sie gibt trotzdem dabei auch Mietzuschuß, und zwar bis zu 70 Prozent der Miete, und rechnet die Zuschüsse der Arbeitgeber nicht an. In Notfällen gibt sie auch Lebensmittel, Kleidung usw. Die Stadt Altenbochum, die 9443 Einwohner zählt, gibt an eine solche Familie 68,80 *M* monatliche Unterstützung, also 23,80 *M* mehr als Braunschweig, und gibt dazu auch Lebensmittel. Mainz, eine Stadt mit 113 000 Einwohnern, hat plötzlich die Sätze um 10 Prozent erhöht, so daß eine alleinstehende Ehefrau 43,90 *M* erhält, eine Frau mit zwei Kindern 71,40 *M*, also 26,40 *M* mehr als hier. Ich möchte Sie ersuchen, sich diese Zahlen zu überlegen und dann zu dem Entschlusse zu kommen, daß auch hier die Sätze erhöht werden müssen.

Sie werden verstehen, wie es einem zumute ist, der sein Leben in die Schanze schlagen muß und im Schützengraben daran denken muß: „Haben deine Frau und Kinder auch etwas zu essen, können sie sich genügend beköstigen und kleiden“, und aus einem Briefe oder aus der Zeitung erfährt, wie es tatsächlich zu Hause hergeht. Ich habe von Leuten, die aus dem Schützengraben zurückgekommen waren, erklären hören: „Wir haben gehört, daß es schlimm ist, daß es aber so schlimm ist, hätten wir nicht gedacht. Wie ist es möglich, daß unsere Frauen bei derartigen Verhältnissen mit einer solch geringen Summe auskommen?“ Ich glaube, die Stadt Braunschweig wird es können, sie wird die nötigen Mittel aufbringen können, und wenn das jetzt nicht möglich ist, dann haben wir die Verpflichtung, dafür einzutreten, daß andere Zustände geschaffen werden, daß wir bei der Re-

gierung vorstellig werden. Hier muß Einhalt geboten werden, denn wir können unsere Leute nicht zugrunde gehen lassen. Was militärisch errungen wird, kann nicht durch wirtschaftliches Zugrundegehen wieder aufgehoben werden.

Ich möchte bitten, die Beträge zu erhöhen, sonst müßte ich in einer der nächsten Sitzungen mit einem dementsprechenden Antrage kommen. (Auf eine diesbezügliche Frage des Herrn Vorsitzenden antwortend.) Einen Antrag will ich heute nicht stellen und hoffe, daß der Magistrat meiner Anregung Folge gibt.

Stadtv. Steinbrecher: Da Herr Kollege Genzen die Kriegsunterstützung angeführt hat, so möchte ich mir gestatten, einige Worte dazu zu bemerken. Herr Genzen hat recht: Wer Gelegenheit hat, die Verhältnisse der Kriegerfrauen zu beobachten, muß zugeben, daß sie tatsächlich Not leiden, weil die Unterstützung zu niedrig ist. Sind doch die notwendigsten Lebensmittel nicht einmal zu bekommen.

Zur Hilfe für die Kriegerfrau ist der Nationale Frauendienst eingerichtet, und wir als Vertreter der Arbeiter in den städtischen Behörden haben natürlich Interesse daran, daß die Arbeiter- und Kriegerfrauen durch den Nationalen Frauendienst zufriedengestellt werden, daß die Unterstützungen, die durch den Frauendienst geleistet werden, derart sind, daß beide Teile gern miteinander arbeiten. Da habe ich die Empfindung, daß manches von seiten der Helferinnen im Nationalen Frauendienst nicht so geschieht, wie es sein sollte. Ich möchte dabei ausdrücklich erklären, daß die Damen des Vorstandes im Nationalen Frauendienst, soviel ich erfahren habe, das beste Bestreben haben, möglichst weitsichtig ihr Amt zu handhaben. Es scheint an den Helferinnen zu liegen, daß manches vorhanden ist, was Herr Genzen hier kritisierte.

Wie wird denn die Bewilligung der Unterstützungen gehandhabt? Frau Professor Göke steht auf dem Standpunkte, daß den Frauen, die von außerhalb, vielleicht von Bremen her, zuziehen und Unterstützung vom Frauendienst verlangen, Unterstützung bewilligt wird. Die Helferinnen sagen aber in vielen Fällen: Ihr bekommt nichts, da ihr von außerhalb gekommen seid. Meine Frau behauptet allerdings, daß der Vorstand des Frauendienstes diese Ansicht nicht teilt, und der Herr Stadtrat von Frankenberg hat erklärt, auch diesen Frauen sollte eine Unterstützung zukommen. Aber heute erst war eine Frau bei mir, die von Bremen gezogen war, und der die Unterstützung verweigert worden ist. Es ist doch anzunehmen, daß solche Frauen, die nach hier übersiedeln, nicht wegen des Nationalen Frauendienstes hierherkommen, sondern daß dabei Familienverhältnisse mitsprechen. Diesen müßte doch eine Unterstützung gewährt werden. Desgleichen waren einige Frauen bei mir, die aus anderen Städten des Herzogtums hierhergezogen sind. Sie bekommen noch die Unterstützung von Schöningen oder von

Helmstedt ausgezahlt, aber vom Nationalen Frauendienst hier werden sie abgewiesen.

Weiter wird geklagt, daß die Kriegerfrauen und die Mädchen, die uneheliche Kinder haben, von den Helferinnen nicht so behandelt werden, wie man es im Interesse der Kinder erwarten sollte. Es wird ihnen gesagt, sie sollten sich schämen, uneheliche Kinder in die Welt gesetzt zu haben. Da stehe ich heute auf dem Standpunkte, daß es uns ganz gleich sein sollte, ob es eheliche oder uneheliche Kinder sind; wenn sie notleidend sind, müssen sie unterstützt werden, damit der Nachwuchs nicht leidet, und ich möchte empfehlen, auch den Damen vom Nationalen Frauendienst es allgemein zur Richtschnur zu machen, daß sie die unehelichen Kinder gleich wie die ehelichen behandeln. Wenn an dem Lebenswandel der Mutter etwas auszusetzen ist, so ist das Kind doch daran nicht schuldig.

Ein fernerer Übelstand für die Kriegerfrauen ist es meiner Ansicht nach, daß sie Arzt und Apotheke selbst bezahlen müssen. Ich habe deswegen eine ganze Anzahl Gesuche an den Magistrat eingereicht und muß auch hier konstatieren, daß den Gesuchen stattgegeben ist, indem den Kriegerfrauen die 10 oder 5 *M* Arztkosten erlassen worden sind. Aber es würde angemessen sein, wenn auch hier, wie in anderen Städten, den Kriegerfrauen Arzt und Apotheke freigegeben würde. Die Ärzte müssen natürlich bezahlt werden, denn man kann nicht verlangen, daß sie die Kriegerfrauen umsonst behandeln. In der vorigen Woche hat der Pieferungsverband Breslau beschlossen, daß sämtliche Kriegerfrauen durch ihn Arzt und Apotheke frei haben sollen, und das kommt im Effekt nicht teurer, als wenn in jedem einzelnen Falle ein Gesuch an die Armenverwaltung gerichtet werden muß und diese dann die Kosten zu ersetzen beschließt. Für am richtigsten würde ich es halten, wenn man ein System ausarbeiten könnte, nach dem unter bestimmten Bedingungen den Kriegerfrauen Arzt und Apotheke freigegeben wird. Unter den jetzigen Umständen genießen sich die Frauen, zum Arzt zu gehen, weil sie die Mittel dafür nicht haben, sie lassen die Krankheit zu lange anstehen, ihr Zustand verschlimmert sich und der Schaden ist um so größer. In der ersten Zeit des Krieges hatten sich ja die Ärzte bereit erklärt, die Behandlung der kranken Kriegerfrauen umsonst vorzunehmen. Aber es war dabei mit einer Kriegsdauer von vielleicht drei Monaten gerechnet, und jetzt können die Ärzte kostenlose Behandlungen nicht mehr ausführen, weil der Krieg zu lange dauert, so daß die Stadt hier auf alle Fälle eingreifen muß.

Nun lassen Sie mich noch einige Worte zu dem Thema sagen, das Herr Benzen anschnitt: zu dem Verhältnis des Frauendienstes zu unseren Frauen. Nach meiner Meinung ist der Standpunkt der Frau Professor Göge in dieser Sache auf keinen Fall zu billigen. Ebenso ist der Standpunkt des Herrn Stadtrat von Frankenberg nicht gutzuheißen, daß der Nationale Frauendienst das Recht haben

soll, bei den Helferinnen Umschau zu halten, welche Gesinnung sie haben. Ich erkläre mir die Stellungnahme daraus, daß sowohl Frau Professor Göze wie auch Sie nicht orientiert sind, was unter der Minderheit in unserer Partei zu verstehen ist. Wenn Sie die Zeitung lesen, so werden Sie finden, daß selbst die am weitesten nach links stehenden Mitglieder unserer Partei — Haase, Liebknecht und andere, sie alle — erklären: Es ist selbstverständlich, daß das Vaterland verteidigt werden muß. Auch wir sind dafür, daß es verteidigt werden soll; es handelt sich nur um die Bewilligung der Kredite. Sie können nicht einen einzigen von der Minderheit anführen, der nicht öffentlich, in jeder Versammlung, wo er das Wort genommen hat, erklärt hat: Wir sind gewillt, das Vaterland nicht im Stiche zu lassen. So liegt nichts Trennendes zwischen uns, wenn auch jemand der Minderheit angehört. Ich habe die Mehrheit vertreten, aber alle in der Minderheit haben doch das Bestreben, das Beste des Vaterlandes zu fördern, und glauben, im Interesse des Landes zu handeln, während andere wieder sagen: Die Mehrheit dient dem Frieden. Es ist das lediglich eine Auseinandersetzung zwischen Parteigruppen, die keineswegs als unehrenhaft gelten kann. Wenn Sie nach diesem Rezept weiter verfahren wollen, wie es im Nationalen Frauendienst geschehen ist, dann ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten vollständig unmöglich, und gerade deshalb hat dieses Vorgehen großen Staub aufgewirbelt. Ich wiederhole: Die Vertreter der Minderheit erklären: Wir stehen auf dem Standpunkte, daß selbstverständlich das Vaterland verteidigt werden soll, aber wir sind gegen die Bewilligung der geforderten Kredite. Von Liebknecht, Haase und Kautsky habe ich Stimmen hier, die ich Ihnen vorführen könnte. Daher war die ganze unliebliche Auseinandersetzung unnötig, und ich möchte bitten, in dieser Beziehung beim Nationalen Frauendienst einzuwirken, daß solche Sachen unterbleiben, ebenso auch dafür zu sorgen, daß für die unehelichen und ehelichen Kinder die gleiche Berechtigung anerkannt wird.

Stadtrat von Franckenberg: Zunächst möchte ich Herrn Stadtv. Steinbrecher darüber beruhigen: Es besteht keineswegs beim Magistrat oder Nationalen Frauendienst der Grundsatz, daß die von auswärts hierherziehenden bedürftigen Kriegerfrauen von der Hilfe des Nationalen Frauendienstes durchweg ausgeschlossen sein sollen. Es wird allerdings sorgfältig von Fall zu Fall geprüft, und zwar, wie die verehrten Herren verstehen werden, bei denjenigen, die von auswärts zuziehen, besonders sorgfältig, um dem vorzubeugen, daß aus der näheren oder entfernteren Umgegend ein Zustrom nach der Stadt Braunschweig kommt, der die Unterstützungen unserer Stadt, weil sie doch immerhin ausgiebiger sind als an anderen Orten, in Anspruch nehmen möchte. Aber ein vollständiger Ausschluß von der Unterstützung des Nationalen Frauendienstes bei Zuziehenden ist keineswegs beabsichtigt, wird auch nicht gehandhabt, und das geht auch aus den

Worten des Herrn Steinbrecher selbst hervor. Daß im Einzelfalle die eine Helferin vielleicht strenger und die andere wohlwollender die vorgetragenen Verhältnisse berücksichtigt, liegt an der menschlichen Natur und wird, solange es Helferinnen, Armenpfleger, Waisenräte usw. gibt, stets beobachtet werden. Das läßt sich schlechterdings nicht vermeiden. Ich bin fest überzeugt: sämtliche Herren, die hier im Saale anwesend sind, würden, vor den Einzelfall gestellt, auch zu verschiedenen Ergebnissen gelangen. Das kann man auch beim Rationalen Frauendienst nicht durch eine Anweisung von oben herunter vermeiden.

Auch was die unehelichen Kinder betrifft, besteht keinesfalls der Grundsatz, daß sie von der Unterstützung ausgeschlossen sein sollen; aber auch da hat der Rationale Frauendienst durchweg das Recht, die Verhältnisse auf Bedürftigkeit hin nachzuprüfen. — Was die ärztliche Versorgung anlangt, so hat der Stadtmagistrat in den letzten Tagen Veranlassung gehabt, zu einer Übereinkunft Stellung zu nehmen, die ganz gewiß zum Besten der Kinder zwischen dem Magistrat und dem Rationalen Verband der Ärzte getroffen ist. Es hatte sich herausgestellt, daß das hochherzige Zugeständnis, das die Ärzte zu Anfang des Krieges gemacht hatten, daß sie die bedürftigen Kriegerfrauen und -kinder unentgeltlich behandeln wollten, bei der langen Dauer des Krieges sich schlechterdings nicht aufrechterhalten ließ. Es ist wohl zu verstehen, wenn hier bei uns wie anderwärts das Bestreben nach einer bescheidenen angemessenen Vergütung der ärztlichen Tätigkeit hervorgetreten ist. Wir haben uns darüber mit den Beteiligten verständigt, und so wird in der Zukunft nach einer Nachprüfung der Bedürftigkeit die ärztliche Behandlung der bedürftigen Kriegerfrauen und -kinder auf Kosten der Stadt gewährt werden. Ebenso ist die Stadt selbstverständlich immer hilfsbereit, wenn ein Kriegerkind in das Krüppelheim, in die Taubstummenganstalt oder ins städtische Krankenhaus gebracht werden muß, wenn es für die Ferienkolonie oder nach einer Lungen-Krankheit nach Stiege geschickt werden soll.

Auf den Fall Fajshauer hier noch einmal ausführlich einzugehen, halte ich in Rücksicht auf meine Erklärung in der vorigen Stadtverordnetenversammlung nicht für erforderlich. Ich begnüge mich mit dem Hinweis: Solange zum Kriegsführen nicht nur der gute Wille und Begeisterung für die Verteidigung des Vaterlandes, sondern auch Geld und nochmals Geld und wieder Geld gehört, wird man schlechtweg nicht anders können, als sagen müssen: Wer den Krieg, wer die Verteidigung des Vaterlandes ernstlich will, muß auch die Mittel dafür bewilligen. (Sehr richtig!)

Vorsitzender: Ein besonderer Antrag ist nicht gestellt. Wir können zum folgenden Punkte übergehen.

Stadtv. Munte (zu X, A III): Bei den zum Stammvermögen des Kreiskommunalverbandes gehörenden Kapitalien sind kleine Veränderungen entstanden

durch Kursgewinne bei Ankauf von Deutscher Reichsanleihe. Die Kommission hat gegen die Aufstellung nichts zu erinnern.

Abteilung X, A IV, V und VI, ohne weitere Besprechung, ebenso Abteilung X B.

Abteilung XI und XII. (Ohne Besprechung.)

Stadtv. **Munte:** Der Gesamtabschluß des Kapitels I (Kämmereivermögen) ergibt einen Fehlbetrag von 863 200 M.

Kap. II. Straßenreinigungsinstitut.

Stadtv. **Munte:** Es ist vereinbart, dieses Kapitel in Zukunft „Straßenreinigungswesen“ zu nennen. Einwendungen gegen die Aufstellung sind nicht vorgebracht.

Stadtv. **Loeschigt** (zu Seite 79): Zu Nummer 3 b, Futter und Streu für 61 Pferde, möchte ich bemerken, daß meines Erachtens für die heutigen Verhältnisse ein sehr niedriger Betrag eingesetzt ist. Bei den jetzt bestehenden Futterpreisen wird die Summe für den Marfstall nicht ausreichen.

Vorsitzender: Ein Antrag wird nicht gestellt, das Kapitel gilt als genehmigt.

Kap. III. Unterrichtswesen.

Stadtv. **Frede** (Referent): Im allgemeinen ist für sämtliche städtische Schulen zu bemerken, daß die von ihnen zu erwartenden Einnahmen recht unsicher sind, ebenso aber auch die Ausgaben. Die Einnahmen werden zu einem wesentlichen Teile durch das Schulgeld dargestellt, und der Bestand an Schülern ist in der jetzigen Zeit unsicher. Ferner ist der Betrag für die Erlasse schon im laufenden Jahre höher geworden als er in normalen Jahren ist, und es läßt sich annehmen, daß im nächsten Jahre noch mehr Erlasse bewilligt werden. In der Ausgabe sind insofern Unsicherheiten zu verzeichnen, als noch weitere Lehrer eingezogen werden und die Summe der auszuzahlenden Gehälter dadurch sich ändert.

A. Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule.

Stadtv. **Frede:** Die Schule nimmt an Schulgeld 79 866 M ein, während die gesamte Einnahme 88 650 M beträgt. Zur Einnahme ist sonst wohl nichts zu bemerken.

In der Ausgabe finden die Herren unter I, 1 den Direktorposten unbesetzt. Der Magistrat hat in der Begleitschrift darauf verwiesen, daß dieser Posten erst nach dem Kriege endgültig besetzt werden soll. Dasselbe ist der Fall mit den unter 19—22 aufgeführten Lehrerstellen.

Die Ausgabe für diese Schule beträgt insgesamt 214 200 *M*, es ist also ein Zuschuß von seiten der Stadt im Betrage von 125 550 *M* erforderlich. Das macht für jeden Schüler eine Ausgabe von 389,45 *M* und einen Zuschuß der Kämmereikasse von je 228,27 *M*.

(Ohne weitere Besprechung.)

B. Gaußschule, Städtische Oberrealschule am Löwenwall.

Stadtv. **Frede:** Es ist möglich, daß die Einnahme sich etwas höher stellt, als hier im Haushaltsplane verzeichnet ist. Das würde seinen Grund darin haben, daß nach Ostern Oberklassen eingerichtet werden, die jetzt noch mit der Oberrealschule hinter den Brüdern vereinigt sind. Dann würden an der Gaußschule die Einnahmen in demselben Maße steigen, wie sie sich an der anderen Schule veringern. Bestimmt ist schon jetzt, daß eine Obersekunda eingerichtet wird, wie der Herr Oberbürgermeister in der Kommission mitteilte. Die Gesamteinnahme beträgt nach dem Voranschlage 54 100 *M*.

Über die Ausgabe ist in betreff der Besoldung der Lehrkräfte mitzuteilen, daß das unter Nummer 2 aufgeführte Gehalt für den Oberlehrer Brennecke in Fortfall kommt, da uns jetzt in der Kommission bekanntgegeben ist, daß der Herr gefallen ist. In der Annahme, daß der Herr wiederkehren würde, ist das Gehalt bisher seit längerer Zeit an seine Frau ausbezahlt worden. — Die Gesamtausgaben betragen 125 500 *M*, so daß sich ein Fehlbetrag von 71 400 *M* ergibt. Für den einzelnen Schüler stellt sich die Ausgabe im Durchschnitt auf 313,75 *M*, die Kämmereikasse hat einen Durchschnittszuschuß von 178,50 *M* zu leisten.

(Ohne weitere Besprechung.)

C. Herzogin-Elisabeth-lyzeum, Lehrerinnenseminar und Studienanstalt.

Stadtv. **Frede:** Die genannten Anstalten werden im Haushaltsplane zusammen behandelt, wie das auch früher geschehen ist und seine inneren Gründe hat. Die Gesamteinnahmen betragen 123 900 *M*. Zu beanstanden hat sich nichts gefunden.

Die Ausgabe wird im wesentlichen dargestellt durch die Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen; auch hier war nichts zu erinnern. Die Ausgabe schließt ab mit dem Betrage von 214 000 *M*, mithin bleibt ein Fehlbetrag von 90 100 *M*. Für die einzelne Schülerin beträgt die Ausgabe 238,84 *M*, der Zuschuß der Kämmereikasse 100,56 *M*.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Zu diesem Voranschlage möchte ich mir eine kurze Mitteilung gestatten. Es ist den Herren wohl bekannt, daß bei dem Herzogin-

Elisabeth-Lyzeum Michaelis- und Ofterklassen bestehen, d. h., die Aufnahme in die unterste Klasse erfolgt entweder zu Oftern oder zu Michaelis. Nun hat es sich seit einer längeren Reihe von Jahren herausgestellt, daß die Eltern ihre Kinder nicht gern zuerst zu Michaelis, also zu Beginn des Winters, in die Schule schicken. So ist es erklärlich, daß eine Abneigung gegen die Michaelisklassen besteht. Die Folge davon ist, daß die Ofterklassen überfüllt sind, während die Michaelisklassen nur zur Hälfte besetzt sind, und eine weitere unliebsame Folge ist die gewesen, daß zu Oftern dieses Jahres so viele Schülerinnen angemeldet sind, daß nicht alle in die bestehende Ofterklasse haben aufgenommen werden können. Der Schulvorstand hat deshalb jetzt auf Anregung der Schulleitung beschlossen, die Michaelisklassen eingehen zu lassen, und zwar in der Weise, daß die vorhandenen Klassen weitergeführt werden, aber in Zukunft zu Michaelis Kinder nicht mehr aufgenommen werden, so daß später nur Ofterklassen bestehen werden. Da wir jetzt zu Oftern nicht alle Kinder in einer Klasse unterbringen können, muß eine Parallelklasse errichtet werden, was die Annahme einer besonderen Lehrerin, aber nur für das bevorstehende Sommerhalbjahr erfordert, denn zu Michaelis wird die jetzt noch bestehende Klasse fortfallen, und die Zahl der Klassen und der dafür nötigen Lehrerinnen wird dann dieselbe sein wie früher. Nun ist die Genehmigung zu dieser Änderung erst heute mittag eingetroffen, und der Magistrat war nicht in der Lage, Ihnen vorher davon Mitteilung zu machen. Die Mehrkosten, die dadurch entstehen, daß wir für die zweite zehnte Klasse Oftern dieses Jahres eine Lehrerin annehmen müssen, werden durch das eingehende Schulgeld reichlich gedeckt. Außerdem hat ja der Herr Berichtstatter schon darauf hingewiesen, daß die Ansätze für Gehälter in dieser Zeit durchaus unsicher sind, und das trifft auch hier für das Lyzeum zu. Es ist eine Anzahl von Oberlehrern eingezogen, und soweit sie Offiziere sind — wie das meistens der Fall ist —, sparen wir stadtseitig an ihrem Gehalt, weil sieben Zehntel davon angerechnet werden. Wir haben aber auch für sie Ersatzkräfte annehmen müssen und haben Ausgaben dafür, kurz und gut, die Ausgaben schwanken. Ich glaube deshalb nicht, daß es des formellen Beschlusses bedarf, daß noch eine Klassenlehrerin angenommen wird, ich wollte nur Gelegenheit nehmen, darauf hinzuweisen, weil die Eltern, die in Aussicht genommen hatten, ihre Kinder nächste Michaelis in die Schule zu schicken, jetzt schon von uns darauf aufmerksam gemacht werden sollen, daß das nicht möglich sein wird. Soweit die Kinder, die für Michaelis angemeldet werden sollten, aufnahmefähig sind, werden wir sie diese Oftern aufnehmen; dazu wird der Platz ausreichen. Soweit die Aufnahme diese Oftern nicht möglich ist, müssen die Kinder, für deren Aufnahme die Eltern den Michaelistermin vorgesehen hatten, zu Oftern nächsten Jahres aufgenommen werden.

(Ohne weitere Besprechung.)

D. Städtische Mädchenschule. (Mittelschule.)

Stadtv. **Frede:** Ich mache darauf aufmerksam, daß in der Einnahme unter 2 ein Posten erscheint, der in den früheren Stadthaushaltsplänen nicht gestanden hat. Es heißt da: „Zuschuß aus der Klosterreinertragskasse: Der vom Staate zu dem Ruhegehalte der Lehrerin Schulz zu tragende Anteil 130,82 M“. Eine ähnliche Bemerkung kommt auch bei den Bürgerschulen vor anläßlich der Bemessung der Pensionsätze von Lehrern und Lehrerinnen. Früher holten sich die Pensionäre den städtischen Anteil ihres Ruhegehalts vom Rathause und den Anteil des Staates für die auswärts zugebrachte Dienstzeit aus der Klosterreinertragskasse. Künftig werden sie das gesamte Ruhegehalt vom Rathause holen und der Anteil der Klosterreinertragskasse wird vom Staate der Stadtkasse zugeführt. Infolge davon erscheint an dieser Stelle der Zuschuß des Staates und bei der Ausgabe die Einstellung des ganzen Pensionsbetrages.

Die Gesamteinnahmen stellen sich auf 50 900 M, die Gesamtausgaben auf 95 300 M, so daß ein Zuschuß von 44 400 M erforderlich ist. Auf je eine Schülerin entfallen im Durchschnitt 164,31 M als Ausgabe und 76,55 M als Zuschuß der Kämmereikasse.

(Ohne weitere Besprechung.)

E. Knabenmittelschule.

Stadtv. **Frede:** In der Begleitschrift wird mitgeteilt, daß zu Ostern dieses Jahres zwei neue Klassen eingerichtet werden, womit die Schule dann vollständig ausgebaut ist. Für die neuen Klassen müßten zwei neue Lehrkräfte angestellt werden, aber man hat sich dafür entschieden, wie ich auch bei früheren Anstalten schon erwähnte, die endgültige Belegung bis nach dem Kriege hinauszuschieben und einstweilen Ersatzkräfte einzustellen.

Die Ausgaben betragen 70 000 M, die Einnahmen 20 700 M, mithin ergibt sich ein Fehlbetrag von 49 300 M. Die Ausgabe pro Kopf beläuft sich auf 151,52 M, der durchschnittliche Zuschuß der Kämmereikasse auf 106,71 M.

F. Städtische Bürgerschulen.

Stadtv. **Frede:** Als Haupteinnahmeposten ist zunächst das Schulgeld aus den 8- und 7-stufigen Bürgerschulen mit 179 150 M vermerkt, sodann aus der Klosterreinertragskasse 58 000 M als Ersatz des durch Ermäßigung des Schulgeldes entstandenen Ausfalls, ferner 25 000 M aus derselben Kasse als Beitrag zu den Schullasten, und endlich 200 000 M auch aus der Klosterreinertragskasse als Erstattung von 65 Prozent der Mehraufwendungen an Lehrergehältern auf Grund des Gesetzes vom 5. April 1913. Die Gesamteinnahme beläuft sich auf 455 000 M.

In der Ausgabe sind auf Seite 151 zwanzig Lehrerstellen durch N. N. bezeichnet. Diese Posten sind eingesetzt für zehn im Felde gefallene, fünf in den Ruhestand versetzte, drei verstorbene und zwei ausgeschiedene Lehrer. Zu Ostern d. Js. werden von den provisorischen Lehrern siebzehn fest angestellt werden. Unter diesen befinden sich fünf, welche schon Ostern 1915 anstellungsfähig geworden sind, aber damals nicht zur Anstellung gelangt sind, weil sie zum Heeresdienste einberufen waren. Es liegt darin eine Härte, die der Magistrat nicht beabsichtigt hat. Es ist in dieser Sache von ihm das Vorgehen des Staates abgewartet, und nachdem dort eine Regelung in der Weise erfolgt ist, daß die Anstellung erfolgen soll ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende im Felde ist oder Schuldienst leistet, soll auch die Anstellung der Ostern 1915 anstellungsfähig Gewordenen nach ihrer Rückkehr aus dem Felde auf den eben genannten Termin zurückdatiert werden. Das ist von der Schulkommission durchaus gutgeheißen.

Auf Seite 159 sind vier Hilfslehrerstellen durch N. N. gekennzeichnet, das sind die Stellen für vier im Kriege gefallene Hilfslehrer.

Die Posten für Unterhaltung eines Sonderturnkurses für Kinder, die zu Rückratverkrümmungen neigen, ist um 150 M erhöht, weil die Beteiligung daran gewachsen ist und es sich als notwendig herausgestellt hat, einen fünften Kursus einzurichten.

Auch der Posten für Schwimmunterricht ist gegen das Vorjahr, in welchem nur 375 M eingesetzt waren, erhöht; die Beteiligung ist bedeutend gewachsen und die Kurse sollen allgemein auf die unteren Bürgerschulen ausgedehnt werden.

(Zu Seite 177): Zu dem Posten Lehr- und Unterrichtsmittel und den danach weiter aufgeführten hat der Magistrat mit Recht bemerkt, daß er mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt Ersparnisse hat eintreten lassen, wo es angängig war, sie zu rechtfertigen.

(Zu Seite 179.) Bei dem Posten „Zur Beschaffung von Bilderschmuck für sämtliche Bürgerschulen gibt die Kommission anheim, die Summe für dieses Jahr zu ersparen, und zwar deshalb, weil anzunehmen ist, daß der Hauptbedarf in den Schulen gedeckt ist und, wie schon gesagt, die größte Rücksichtnahme auf die Finanzen der Stadt erfolgen muß. — Für die Gewährung freier Schulbücher und sonstiger Unterrichtsmittel an die die siebenstufigen Bürgerschulen besuchenden Kinder sind wieder, wie früher, 32 000 M eingesetzt.

Der Lehrer, welchem die Leitung der Arbeiten in dem Zentralschulgarten obliegt, soll in der Folgezeit jährlich 200 M mehr erhalten; man hat sich überzeugt, daß seine Bemühungen das vollauf verdienen.

(Zu Seite 181.) In dem Begleitschreiben ist in bezug auf die Ausgaben für Bau- und Unterhaltungskosten gesagt, daß eine Einschränkung dieser Ausgaben für erforderlich gehalten werden müsse, selbstverständlich aber nur in-

soweit, als eine Hinausschiebung der einzelnen Arbeiten unbedenklich ist; notwendige Sachen sollen unter keinen Umständen zurückgestellt werden. Sodann weist der Magistrat darauf hin, daß er die Drucklegung für die einzelnen zahlreichen und regelmäßig wiederkehrenden gleichartigen Ausbesserungsarbeiten nicht weiter für erforderlich erachtet und die dadurch erwachsenden nicht unerheblichen Kosten lieber sparen will. Im allgemeinen interessieren die Stadtverordnetenversammlung diese Einzelheiten nicht, deshalb soll ihre Ausführung wegfallen. Es soll aber den Stadtverordneten nicht unmöglich gemacht werden, sich über die Einzelheiten zu unterrichten, deshalb sollen diese Arbeiten in den Berichten des städtischen Hochbauamts nach wie vor nachgewiesen werden, so daß über die einzelnen Ansätze, bei denen, wie bisher, zwischen den Kosten für laufende Unterhaltung und einmalige besondere Aufwendungen zu unterscheiden sein wird, auf Antrag Auskunft erteilt werden kann. Dasselbe soll auch von der Instandhaltung der zahlreichen G e b r a u c h s - u n d E i n r i c h t u n g s g e g e n s t ä n d e gelten. Der Magistrat wird daher, und zwar bei allen städtischen Schulen, für jede einzelne nur die Endsumme für laufende Unterhaltung und für einmalige Aufwendungen einstellen, falls nicht die Herren Stadtverordneten heute den Wunsch äußern sollten, es möge wie bisher verfahren werden.

Die Kommission ist mit diesem Verfahren vollständig einverstanden und empfiehlt den Herren, ebenfalls ihr Einverständnis kundzutun. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, eine Erklärung darüber zu veranlassen.

Vorsitzender: Ich bitte zunächst diejenigen Herren, die dem Vorschlage der Schulkommission zustimmen, daß der auf Seite 179 unter 3 e ausgesetzte Betrag für Bilderschmuck für sämtliche Bürgerschulen nicht zur Verwendung kommen möge, die Hand zu erheben.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Ich bin überzeugt, daß der Magistrat, wenn Sie der Ansicht der Kommission beipflichten, auch seinerseits mit dem Vorschlage der Kommission einverstanden sein wird. Aber ich glaube auch, daß es unbedenklich sein wird, diese Summe in dem Etat, den wir der Aufsichtsbehörde vorlegen müssen, stehen zu lassen. Wir müßten sonst die ganzen folgenden Seiten umrechnen. Ich möchte allerdings gern, daß sich die geehrte Versammlung darüber äußert.

Vorsitzender: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung mit den vorgetragenen Ansichten einverstanden ist und die Sache mit der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters als erledigt behandelt wird. (Ohne Widerspruch.)

Dann bitte ich noch diejenigen Herren die Hand zu erheben, die damit einverstanden sind, daß in bezug auf den Posten 7: Aufwendungen für die Gebäude, so verfahren wird, wie der Herr Referent vorgetragen hat, daß also die einzelnen Arbeiten nicht in dem Haushaltsplane aufgeführt werden, aber eine Aufstellung zur Einsicht für die Stadtverordneten zugänglich bleibt. Es handelt sich dabei auch um Ihre Zustimmung zu einer Zusammenfassung der Ausführungen über die Aufwendungen für die Gebrauchs- und Einrichtungsgegenstände (Seite 197).

Die Mehrheit erklärt in der Abstimmung ihr Einverständnis.

Stadtv. **Frede:** In dem Haushaltsplane sind unter Nummer 7, „Aufwendungen für die Gebäude“, auf Seite 181 und den folgenden nacheinander die sämtlichen Bürgerschulen aufgeführt und auf Seite 197 und den folgenden sehen die Herren unter Nummer 8 Aufwendungen für die Gebrauchseinrichtungsgegenstände wiederum eine Aufzählung der sämtlichen Schulen. Die Kommission ist der Meinung, daß auch hier im Druck gespart werden könnte und dabei die Übersichtlichkeit gewinnen würde, wenn beide Punkte für jede Schule gleich hintereinander im Etat behandelt würden, so daß es dort heißen würde z. B.:

1. Erste achttufige Bürgerschule am Bültenweg

a) Bau- und Unterhaltungskosten 3450 M,

b) Gebrauchs- und Einrichtungsgegenstände . . . 1380 M.

Es ist das übersichtlich, und durch den gedrängten Druck werden auch Kosten erspart.

Vorsitzender: Es meldet sich niemand zum Wort. Wenn kein Widerspruch sich erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung sich dem Wunsche der Kommission anschließt.

Stadtv. **Frede:** Der Abschluß für die Bürgerschulen stellt sich wie folgt: Die Ausgaben betragen 1 775 500 M, die Einnahmen 455 000 M, der Fehlbetrag 1 320 500 M. Die Kosten für jedes Kind stellen sich im Durchschnitt auf 109,08 M, der Zuschuß der Rämmereikasse auf 81,13 M.

G. Städtische Fortbildungsschule.

Stadtv. **Frede:** Gegen die Aufstellung des Haushaltsplans war in der Kommission nichts zu erinnern. Es würde zu genehmigen sein: Die Ausgabe mit 52 900 M, die Einnahme mit 22 900 M. Es bleibt mithin ein Fehlbetrag von 30 000 M. Die Ausgabe für jeden Schüler beziffert sich im Durchschnitt auf 49,91 M, der Zuschuß der Rämmereikasse auf 28,30 M.

Stadtrat von Frankenberg: Im Anschluß an die Besprechung dieser Abteilung gestatte ich mir, im Auftrage des Magistrats mitzuteilen, daß erfreulicherweise die von den neulichen Verhandlungen der geehrten Herren ausgegangenen Besprechungen mit dem Gastwirteverein wegen seiner Fachschule für junge Leute im Gastwirtgewerbe und wegen Angliederung dieser Schule an die städtische Fortbildungsschule durch das Entgegenkommen des Gastwirtevereins von Erfolg begleitet gewesen sind. Der Fortbildungsschulinspektor Heinemann hat mitgeteilt, daß in allen Punkten Übereinstimmung erzielt worden ist. Es wird also nichts mehr entgegenstehen, daß diese Fachschule vom 1. April d. J. ab — wie der Schulvorstand der Fortbildungsschule vorschlägt — auf die Stadt übernommen werde. Es ist veranschlagt, daß die Gesamtkosten 1882 *M* betragen werden, und dem steht eine Einnahme gegenüber, die auf 200—240 *M* geschätzt werden kann, so daß ein Zuschuß von ca. 1650 *M* auf die Stadt entfällt. Nachdem der Schulvorstand der Fortbildungsschule und der Magistrat ihr Einverständnis erklärt haben, darf der Magistrat wohl annehmen, daß er berechtigt ist, diese Ergänzung des Voranschlages mit Ermächtigung der geehrten Herren vorzunehmen.

Stadtv. Genzen: Ich möchte auf einen Mißstand in der Fortbildungsschule an der Ritterstraße aufmerksam machen. Die Schüler müssen dort abends von 7—9 Uhr die Schule besuchen, und es sind das Lehrlinge von 15—16 Jahren, die schon morgens um 6 Uhr zur Arbeit gehen müssen. Für diese ist meines Erachtens ein Schulschluß 9 Uhr abends zu spät; teilweise haben sie noch weite Wege zu machen und sind dann erst $\frac{3}{4}$ 10 Uhr zu Hause. Namentlich in der jetzigen Zeit, wo die Mehrzahl dieser jungen Leute nicht so genährt sind wie in normalen Zeiten, wäre es nötig, die Unterrichtsstunden mindestens um eine Stunde früher zu legen, also von 6—8 Uhr. Ich möchte ersuchen, das in Erwägung zu ziehen, denn es hat sich sogar der Umstand gezeigt, daß ein Teil der Schüler während der Stunde eingeschlafen ist, und wenn der warme Sommer kommt, wird das noch viel mehr der Fall sein. Dadurch, daß die Schulstunden so spät gelegt sind, ist ein Teil des Schulgeldes geradezu weggeworfen, denn die Schüler sind in so später Stunde nicht so empfänglich, als wenn der Unterricht um 6 Uhr anfinge.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Versammlung mit der Verwendung des von Herrn Stadtrat von Frankenberg angeführten Zuschusses zu den Kosten für die der Fortbildungsschule angeschlossene Fachschule der Gastwirte einverstanden ist.

H. St ä d t i s c h e G e w e r b e s c h u l e.

Stadtv. Frede: Die Bemerkung des Herrn Genzen wird sich, da er die Ritterstraße nannte, wahrscheinlich auf diese Schule bezogen haben, zu der wir jetzt erst kommen.

Stadtv. **Genzen:** Rein, es ist die Fortbildungsschule an der Leopoldstraße gemeint.

Stadtv. **Frede:** Die Kommission hat zu den Einnahmen und Ausgaben nichts zu bemerken. Die Gesamteinnahme beträgt 41 300 *M*, die Gesamtausgabe 101 500 *M*, so daß ein Fehlbetrag von 60 200 *M* entsteht. Auf den einzelnen Schüler entfällt im Durchschnitt eine Ausgabe von 128,48 *M* und ein Zuschuß der Rammereikasse von 76,20 *M*.

(Ohne weitere Besprechung.)

I. Städtische Mädchenfortbildungsschule.

Stadtv. **Frede:** Sowohl gegen die Einnahme wie gegen die Ausgabe ist nichts zu erinnern. Die Ausgaben betragen insgesamt 35 200 *M*, die Einnahmen 13 800 *M*, der Fehlbetrag 21 400 *M*. Auf jede Schülerin kommt eine durchschnittliche Ausgabe von 220 *M* und ein städtischer Zuschuß von 133,75 *M*.

(Ohne weitere Besprechung.)

K. Zuschüsse an nichtstädtische Schulen.

Stadtv. **Frede:** An die katholische Schule wird ein Zuschuß von 35 *M* für jedes einheimische Schulkind überwiesen, zusammen 38 500 *M*; der Jahnischen höheren Lehranstalt ein widerruflicher Zuschuß von 5000 *M*. Der dritte Punkt ist hier nicht ausgefüllt; der an den Schuldirektor für Beaufsichtigung der dem Stadtmagistrate unterstellten Anstalten gezahlte Betrag steht bei den Gehältern für die städtischen Bürgerschulen. Dort ist das Gehalt des Schuldirektors mit 9000 *M* ausgeworfen. Diese Aufstellung ist zu Lebzeiten des Stadtschulrats Dr. Rehtuh erfolgt. Es ist dazu zu bemerken, daß der neue Schuldirektor mit einem Gehalt von 7500 *M* angestellt ist.

Der Abschluß der eben zur Behandlung stehenden Abteilung ergibt nur einen Fehlbetrag, da keine Einnahmen vorhanden sind.

(Ohne weitere Besprechung.)

Stadtv. **Frede:** Die gesamten Ausgaben aus Kapitel III: Unterrichtswesen betragen 2 727 600 *M*, die Einnahmen 871 250 *M*, es bleibt ein Fehlbetrag von 1 856 350 *M*.

Kap. IV. Kunst und Wissenschaft.

Stadtv. **Munte** (Referent): Gegen die Einnahmen hatte die Kommission nichts zu erinnern, ebenso nichts gegen die Ausgaben.

(Ohne weitere Besprechung.)

Kap. IV bis X.

Nachdem der Referent über diese Kapitel, Herr Stadtv. **Munte**, bei jedem dieser Kapitel das Einverständnis der Kommission mit den Aufstellungen des Haushaltsplans in Einnahme und Ausgabe der Versammlung bekanntgegeben hat und keine Wortmeldung erfolgt ist, werden die Kapitel als genehmigt angesehen.

Kap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben.

Stadtv. **Munte**: Ich bitte, die Besprechung dieses Kapitels zurückzustellen, bis wir die übrigen Kapitel der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben, die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben und auch den Anhang besprochen haben.

Kap. XII bis XIV werden in gleicher Weise wie Kap. IV bis X erledigt.

B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Kap. I bis III.

Stadtv. **Munte** (Referent) erklärt die Zustimmung der Finanzkommission zu jedem der nacheinander zur Besprechung gestellten Kapitel. Eine weitere Besprechung findet nicht statt, die Kapitel gelten als angenommen.

Kap. IV. Bauten und öffentliche Anlagen.

Stadtv. **Munte**: In diesem Kapitel soll bis auf weiteres fortgelassen werden eine Einnahme für weitere Amortisierung der beiden Schuldenposten, die durch Erbauung des Museumsgebäudes und der Feuerbestattungshalle erwachsen sind. Das wird vom Magistrat für unbedenklich gehalten, da es sich in beiden Fällen um eine Forderung handelt, die nicht einem dritten Gläubiger, sondern einem städtischen Fonds zusteht.

Die Finanzkommission hat nichts gegen die eingestellten Einnahmen und Ausgaben zu erinnern.

Stadtv. **Wesemeier**: Ich möchte mir hierbei die Anfrage erlauben, wie weit der Ausbau des *Bienröder Weges* und der Bau der *Sunterbrücke* in diesem Straßenzuge gediehen ist. In diesem Winter haben wir besonders viele Überschwemmungen gehabt, so daß sich wieder gezeigt hat, wie wünschenswert die Herstellung dieses Weges zum Holze ist. Ich weiß nicht, ob die Ausführung vielleicht wegen des Krieges zurückgestellt ist. Ich habe aber gesehen, daß eine Menge Erdboden angefahren ist. Jedenfalls wäre es zu wünschen, daß die Instandsetzung des Weges weiter fortgeschritte und die Brücke gebaut würde.

Stadtbaurat Gebensleben: Das Nähere über diese Verbindung der Stadt mit dem Querumer Holze geht aus dem Begleitichreiben hervor. In der Bemerkung 12 heißt es: „Der zur Errichtung eines hochwasserfreien Steges im Zuge des Bienröder Weges eingestellte Betrag von 6000 *M* umfaßt nur die Kosten, die zu einem für Fußgänger eingerichteten Stege erforderlich sind. Wenn aber nach den inzwischen geltend gemachten Wünschen dieser Steg gleichzeitig auch für Reiter eingerichtet werden soll, müßte der Steg in anderer Weise, als bislang vorgesehen, ausgeführt werden, und damit würde sich auch ein entsprechend höherer Aufwand ergeben.“ Nachdem der Wunsch geäußert war, den Steg so einzurichten, daß auch Reiter die neue Brücke passieren können, ist ein Entwurf von dem städtischen Tiefbauamt dafür aufgestellt, der aber noch nicht den Beifall des Magistrats gefunden hat. Wenn eine Änderung des früher genehmigten Projekts für notwendig gehalten wird, soll Ihnen ein abgeänderter Entwurf vorgelegt werden, und ich hoffe, daß dann schleunigst mit den Bauarbeiten begonnen werden wird.

Das Wort wird weiter nicht gewünscht, das Kapitel gilt als angenommen.

Städtisches Kieselgut Steinhof.

Stadtv. Munte: Es ist gegen diesen Etat nichts in der Kommission einzuwenden gewesen. Wie uns mitgeteilt wurde, werden in der Einnahme wohl noch einige Veränderungen eintreten, weil sich ein größerer Andrang von Pächtern bemerkbar gemacht hat. Das würde aber wahrscheinlich den Abschluß des Kieselgutes nur günstig beeinflussen.

(Ohne weitere Besprechung.)

Städtische Gaswerke.

Stadtv. Munte: Erinnerungen gegen diese Aufstellungen sind in der Kommission nicht erhoben worden, es wird ja auch alles in der Deputation schon aufs sorgfältigste durchgearbeitet. Daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Herstellung des Gases sich teurer stellen wird, ist nicht zu verwundern. Es wird das später bei den Anträgen des Magistrats noch zur Besprechung kommen.

(Ohne weitere Besprechung.)

Städtische Wasserwerke.

(Ohne Besprechung seitens der Versammlung.)

Ausgleichsfonds.

Stadtv. Munte: Zu den Einnahmen unter B habe ich zu bemerken, daß sich auf Seite 408 ein kleiner Irrtum eingeschlichen hat, der folgendermaßen abzu-

ändern sein würde. Es steht dort unter Zugang: „ $\frac{4}{5}$ des anschlagsmäßigen Gewinnes aus 1915/16: der Gaswerke (344 000 *M*) = 275 200 *M*.“ Die Rechnung ist allerdings richtig, aber die 344 000 *M* sind schon die $\frac{4}{5}$ des Ertrages des Gaswerks, der im ganzen 430 000 *M* ausmacht. Diese Zahl muß in die Klammer gesetzt werden, und wo 275 200 *M* steht, muß 344 000 *M* hingeschrieben werden.

Dasselbe Mißgeschick ist bei dem Posten für das Wasserwerk passiert. Die Summe, die vorn in der Klammer ausgeworfen ist, gehört hinten hin, und vorn in die Klammer muß 179 000 *M* eingesetzt werden. Auch die Gesamtsumme der Einnahme muß geändert werden auf 826 574,09 *M*.

Es ist da allerdings ein Irrtum vorgekommen, aber ein solcher, dessen Verbesserung das Bild für uns günstiger gestaltet, denn darnach stellt sich der Ausgleichsfonds um rund 100 000 *M* günstiger als auf Seite 409 im Abschluß angegeben ist. Es ergibt sich in Wirklichkeit eine Fehlsomme von 2 081 925,91 *M*.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Das Versehen fällt mir zur Last. Ich hatte den Teilbetrag schon festgestellt und nachher vergessen, daß das schon geschehen war, und nochmals $\frac{4}{5}$ von dem Teilbetrage ausgerechnet und eingestellt. Im übrigen weise ich darauf hin, daß diese Zahlen, die wir für den Haushaltsplan von 1916/17 eingestellt haben, ganz unsichere Zahlen sind insofern, als sie ermittelt werden nach der kameralistischen Buchführung — Einnahmen und Ausgaben werden einander gegenübergestellt und darnach der ungefähre Gewinn berechnet, wovon vier Fünftel in den Voranschlag eingestellt werden. In Wirklichkeit verfahren wir bei den beiden in Frage kommenden städtischen Werken bei der Ermittlung des Reingewinns anders, da wir ihn nach der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung feststellen. Das gibt regelmäßig ein anderes Bild als das erstere, und zwar ein ungünstigeres, da wir nicht den Kassenvorrat, der sich am Schlusse des Jahres ergibt, verwenden, sondern eine kaufmännische Bilanz aufstellen. Die Posten, die heute eingesetzt sind, sind also auch noch nicht richtig, und bestimmt darauf im voraus rechnen dürfen wir nicht.

Stadtv. Munte: Zu Seite 408 habe ich noch zu erwähnen, daß auch die von mir mitgeteilte Zahl 143 200 nicht den vollen Betrag darstellt, sondern es muß heißen 143 920. Jrgendwo muß also noch ein kleiner Irrtum vorhanden sein.

(Ohne weitere Besprechung.)

Die Voranschläge der **Umsatzsteuer**, der **Kanalbaukasse** und der **Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen** gelten nach dem kurzen Bericht des Herrn Stadtv. Munte, da sonst das Wort nicht verlangt wird, als genehmigt.

Vorsitzender: Wir sind mit der Beratung des Voranschlages zu Ende bis auf das zurückgestellte Kap. XI, zu dem der Ihnen bekannte Antrag des Magistrats vorliegt.

Kap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben.

Stadtv. **Munte:** Es ist zuerst meine Aufgabe, zu berichten, wie der Beschluß der Finanzkommission zu den Anträgen des Magistrats, betreffend die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer von 10½ auf 12½ Einheiten, sowie die Erhebung derselben Gemeindegrundsteuer und Gewerbesteuer wie im vorigen Jahre, ausgefallen ist. Ich will Ihnen nicht eine große Staatsrede halten, denn ich glaube, es wird wohl nachher noch vieles geredet werden. Ich möchte mich anlehnen an den kurzen und klaren Bericht des Stadtmagistrats, der den Stadtverordneten als Vorbemerkung in dem Begleitschreiben gegeben ist.

Der Magistrat schildert uns darin die Finanzlage der Stadt sehr anschaulich, insbesondere wie die Stadt durch die Kriegsausgaben und die Auslagen für das Deutsche Reich jetzt in eine ziemlich bedrängte Lage gekommen ist und die Schulden der Stadt bedrohlich wachsen. Der Magistrat gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß wir zwar im Augenblick nicht allzu besorgt sein sollen, denn wir brauchen die später der Stadt dauernd zur Last fallenden, bis jetzt auf rund 2 Millionen Mark gestiegenen Ausgaben nicht sofort zu tilgen oder im wesentlichen durch eine Steuer aufzubringen. Doch ist er der Meinung, daß ein weiteres Anwachsen der Schuld vermieden werden müsse, wie es durch Auflaufen der Zinsen für diese Schulden geschehen könne. Die geehrten Herren haben aus dem Haushaltsplane gesehen, daß dafür schon 360 000 *M* aufgelaufen sind, und es kann sein, daß sich die von uns aufzunehmende Kapitalsumme und damit die Zinsenlast noch vergrößert. Wir würden damit zu rechnen haben, daß wir bis 400 000 *M* an Zinsen für diese Schuld aufzubringen haben. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es nicht als gerechtfertigt erscheint, die Beträge für die Verzinsung immer wieder als Kapitalschuld aufzunehmen, wie es in gewisser Weise das deutsche Reich getan hat. Er hat deshalb erwogen, ob es angebracht ist, schon gegenwärtig die Einnahmen der Stadt durch Ausschreibung neuer Steuern zu erhöhen, ist aber dabei zu dem Entschlusse gekommen, davon abzusehen, in der Hauptsache um deswillen, weil niemand wissen könne, wann der Krieg vorüber ist, und welche weitergehenden Maßnahmen dann seitens der Stadt getroffen werden müssen, denn kleine Mittel können hier nicht viel verschlagen.

So ist der Magistrat von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß er selbst keine neuen Steuern in Vorschlag bringen will, sondern hat sich damit begnügt, zu beantragen, daß die Gemeindeeinkommensteuer um 2 Einheiten erhöht werde.

Eine solche Erhöhung ist ja auf einmal etwas viel, immerhin muß man aber sagen, daß die städtischen Behörden im Vertrauen darauf, der Krieg möchte nicht so lange dauern, im vorigen Jahre davon abgesehen haben, eine kleine Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer vorzunehmen: Möglicherweise wäre in diesem Jahre dann wieder eine Erhöhung hinzugekommen, so daß wir auch auf den heute vorgeschlagenen Stand gekommen wären, nur nicht auf einmal. Wenn wir zwei Einheiten hinzulegen, so werden nach Meinung des Magistrats 500 000 *M* mehr einkommen, und die Finanzkommission nimmt an, daß diese Rechnung stimmt, denn der Magistrat hat erklärt, daß nicht nur der ganze Steuerbetrag in der Höhe, wie er ausgeschrieben war, eingeht, sondern darin noch ein Überschuß erzielt werden wird. Daraus ist zu hoffen, daß wenigstens die Steuerkraft der Stadt nicht gelitten hat. Wenn auch nicht in allen Zweigen das Geschäft blüht, so sind doch andere wieder um so mehr zum Blühen gekommen und geeignet geworden, Lasten zu tragen. Die Finanzkommission hat dann in ihrer Mehrheit — wenn ich nicht irre, gegen zwei Stimmen — den Vorschlag des Magistrats, zwei Steuereinheiten mehr zu erheben, angenommen und bittet Sie durch mich, gleichfalls dem Antrage zuzustimmen.

Bei der Unterhaltung über die Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer um zwei Einheiten kam aus der Finanzkommission selbst die Anregung heraus, man möchte nicht mit neuen Steuern warten, bis der Krieg vorbei ist und die ganze Schuld schließlich getilgt werden muß, sondern man könnte auch jetzt schon anfangen, nach neuen Steuern zu suchen, und so wurden dem Magistrat neue Steuern direkt vorgeschlagen. Zunächst war dies eine Erhöhung der Hundesteuer, und dann sollte vor allen Dingen eine Lustbarkeitssteuer, die sogenannte Kinossteuer eingeführt werden, die aber nicht bloß auf Kinos beschränkt bleiben soll. Im Laufe dieser Unterredung äußerte der Herr Oberbürgermeister: „Wenn Sie das hier vorbringen, so wollen wir uns nicht auf unseren Standpunkt versteifen und alle neuen Steuern ablehnen. Wenn Sie den Wunsch darnach haben, so glaube ich, wird der Magistrat mit sich sprechen lassen.“ Auch die vom Magistrat anwesenden Herren schienen nicht abgeneigt zu sein, zu nehmen, wenn sie eine neue Steuer bekommen können. Es ist so weit gekommen, daß wir dem Magistrat zu erkennen gegeben haben, daß wir mit einer Kinossteuer und einer erhöhten Steuer auf das Halten von Hunden einverstanden wären, und der Herr Oberbürgermeister hat versprochen, er wolle, sobald es ginge, eine Vorlage auf eine Lustbarkeitssteuer vorberaten, so daß der Magistrat vielleicht schon im nächsten Vierteljahre mit der fertigen Sache kommen könne. So kann es kommen, daß uns die Vorlage recht bald zugeht. Es wird trotz des Krieges immer noch schnell gearbeitet, und wenn es sich um viel Geld handelt, geht die Sache sogar sehr schnell. Über die Hundesteuer wurde in der Sitzung der Finanzkommission sogleich ein Beschluß herbeigeführt, man wolle sie

sosort einführen. Es wurde uns vom Magistrat gesagt, es handle sich dabei nur um wenig Arbeit, man brauche nur ein paar Paragraphen zu ändern und die bestehenden Sätze zu erhöhen. Ich höre, Herr Meyerhoff habe schon Auftrag, darüber zu berichten. Eine Wohnungssteuer ist an dem Tage noch nicht in Erwägung gezogen, aber das kann auch noch kommen.

Die Erhöhung der Gemeindecinkommensteuern um zwei Einheiten ist also vom Finanzausschuß angenommen, und der Finanzausschuß hat mich gebeten, Ihnen zu empfehlen, diese Erhöhung auch Ihrerseits gutzuheißen.

Stadtv. Wesemeier: Es ist ganz interessant, was der Herr Referent gegen den Schluß seiner Ausführungen von dem freiwilligen Steuersuchen berichtete. Bisher war es nicht üblich, daß man aus den Reihen der parlamentarischen Körperschaften heraus das Steuersuchen für die Behörde übernahm. Das ist ein neuer Zweig der Beschäftigung, der damit in die Stadtverordnetenversammlung hineingebracht wird.

Unser ganzer Haushaltsplan zeigt, wie der Krieg bildungshemmend, ja kulturzerstörend wirkt. Wie oft haben wir in der Stadtverordnetenversammlung von unserer Seite beantragt, Mittel zu kultureller Arbeit bereitzustellen, für Vereinheitlichung des Schulwesens, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Obligatorium des Fortbildungsschulwesens, Verbesserung des Krankenwesens, Verbilligung der Leichenbeerdigung usw. usw., kurz auf allen Gebieten. Immer aber hieß es: Wir haben kein Geld. Jetzt plötzlich sind wir gezwungen, wir haben Geld in Fülle und Fülle, Millionen und noch einmal Millionen werden hinausgeworfen für Dinge, die absolut nicht irgend welchen Wert für die Zukunft der Bevölkerung haben. Jetzt hält man es für selbstverständlich, daß das Geld hinausgeworfen wird. Sagen Sie mir doch, was für einen Wert für die Zukunft haben die Ausgaben, wie sie in unserem Voranschlage und in dem Begleitschreiben befürwortet werden. Es sind doch keine werbenden Werte, für die sie verausgabt werden. Es ist doch so: Der Vorschlag, der hier gemacht wird, die Steuer um zwei Einheiten zu erhöhen, der trifft wieder einmal die Ärmsten am schwersten. (Oho!) Ich werde es Ihnen beweisen.

Gerade die geringen Einkommen werden um so schwerer belastet, je geringer sie sind. Man wird mir entgegen: Es bringt auf 600 *M* nur 1,20 *M* Steuer mehr und auf 900 *M* nur soundso viel. Nun, eine einzige Mücke kann dem Menschen nur einen Tropfen Blut abziehen. Kommen aber viele, so können sie dem Menschen so viel abzapfen, daß er zusammenbricht. Wir haben hier nicht nur davon auszugehen, welche höheren Sätze durch diese zwei Einheiten dem Mittelstande und den Kleinen auferlegt werden, sondern müssen auch bedenken, welche Lasten ihnen schon aufgebürdet sind. Wir dürfen nicht nur von den geringen Zahlen

sprechen, die hier noch genannt werden können. Ein Tropfen bringt das volle Glas zum Überlaufen. So kann auch die Belastung der geringen Einkommen mit selbst so geringen höheren Lasten so schwer werden, daß sie unerträglich wird. Wer das nicht zugeben will, der kennt die Verhältnisse nicht und lebt in anderen Verhältnissen, der hebt sich über die Arbeiterbevölkerung hinaus, daß er nichts davon versteht und nicht hinausschauen kann, wie es in einem kleinen Haushalte aussieht. Sie werden zugeben müssen, daß jemand, der ein Einkommen von 600 *M* hat, auch nicht einen einzigen roten Pfennig übrig hat. Und doch wird er gezwungen, er muß zahlen, aber er muß deswegen hungern, tatsächlich hungern. Nicht bloß von dem Einkommen von 600 *M*, auch von den 900 *M* und 1500 *M* ist kein Pfennig übrig zu Steuern, zumal nicht in der Zeit, in der wir leben, in der wir die ungeheure Last der erhöhten Lebensmittelpreise usw. zusammenzubringen haben. Gewiß, für manche Kreise sind Zeiten wie die heutigen ganz erträglich. Wir sehen, daß die großen Vermögen gewaltig vermehrt werden; wir sehen aber auch, daß der kleine Stand und der Mittelstand auch die Ersparnisse, die er in Friedenszeiten gemacht hat, in der Kriegszeit aufzehrt. Auf der einen Seite also gewaltige Vermehrung der Vermögen, so bei den Konservenfabrikanten und -lieferanten und auch bei denjenigen, die nur ihre Papiere bei solchen Fabriken anlegt haben; auf der anderen Seite die Aufzehrung der geringen Ersparnisse, die in Friedenszeiten gemacht worden sind. Wir sehen eine gewaltige Kapitalkonzentration und als Gegenstück dazu bei dem Mittelstande die Verarmung. Heute stehen ja die Gesetze dem Konkurs entgegen, aber wir werden es erleben, daß für den Mittelstand schwere Zeiten kommen werden; wir werden sehen, ob da nicht die Ersuchen um Eröffnung des Konkurses hundertfältig hinterherkommen, wie sie jetzt zurückgehalten werden. Ich will es nicht wünschen, aber ich glaube es. Die Familien haben die Bestände aus besseren Zeiten aufgezehrt und können nicht mehr.

Diejenigen Personen, die infolge der Kriegslieferungen große Einkommen während der Kriegszeit gehabt haben, können dem Vaterlande dankbar sein, auch der Stadt dankbar, daß sie die Kriegerfrauen und -kinder so unterstützt hat, daß sie wenigstens vor dem allergrößten Hunger bewahrt werden. Die Opfer, die bisher von jenen Kreisen gebracht sind, sind doch recht gering. Und wenn auch für wohltätige Zwecke der eine tausend und der andere vielleicht fünftausend Mark gegeben haben, so ist das eigentlich nicht ins Gewicht fallend, denn sie haben es hundertfältig verdient, und vor allen Dingen müssen es die ärmeren Bevölkerungskreise an verteuerten Lebensmitteln ihnen wieder zahlen. Alle diese Gaben fallen als Last auf die ärmere Bevölkerung und den Mittelstand zurück, die für Lebensmittel und andere Bedürfnisse hohe Preise zahlen müssen. Ich bin überzeugt, wenn eine Abstimmung unter den Wohlhabenden, unter denjenigen Personen stattfände, die während der Kriegszeit gewaltig verdient haben, ob sie diese Steuer allein tragen

wollten, sie würden ohne Zweifel mit ja stimmen. Sie würden sagen: „Wir wollen nicht, daß die unteren Volkskreise dieses Geld zahlen sollen, wir sind imstande und gern bereit, es allein zu tun.“ Es mag Zweifler daran geben, aber ich gehöre nicht zu diesen.

Es ist zweifellos, daß die unteren Volksklassen durch die Reichssteuern schon gewaltig belastet sind, mehr als die wohlhabenden Kreise. Die ganze Last des Reiches ruht auf den Arbeiterschichten, und wir werden erleben, daß die zukünftigen Steuern, wie sie dem Reichstage vorliegen, von den oberen auf die unteren Schichten des Volkes wieder abgeburdet werden. Wenn Steuern für besondere Zweige angelegt worden sind, so ist es im Geschäftsleben ja so selbstverständlich, daß das als Geschäftskosten gebucht wird und wieder auf die Konsumenten, auf die erwerbstätigen Kreise abgewälzt wird, daß ich nichts weiter darüber zu sagen brauche. Ich sage deshalb mit vollem Bedacht, daß man uns nicht entgegenhalten solle, es sind nur ein paar Pfennige, bei 600 *M* Einkommen nur 1,20 *M* mehr, weil diese Einkommen schon durch die Reichssteuern so belastet sind, daß man sich hüten sollte, sie noch weiter zu belasten.

Im Gaswerke haben wir höhere Ausgaben, jedenfalls werden wir dort auch geringere Einnahmen haben, und es wird vorgeschlagen, den Preis des Gases pro Kubikmeter zu erhöhen — ich darf wohl dazu gleich sprechen. Wenn Sie damals dem zugestimmt hätten, daß wir das städtische Lichtwerk in städtische Regie übernommen hätten, dann, glaube ich, ständen wir besser da und brauchten nicht in dieser Sadgasse zu stehen, in die wir nun hineingekommen sind. Damals haben Sie abgelehnt, das Elektrische Lichtwerk zu übernehmen, die Goldquelle, die uns für unsere Finanzen dienlich sein konnte. Weshalb das geschehen ist, kann ich mir denken, will es aber nicht sagen.

Der Magistrat meint, soweit die Gemeindecinkommensteuer in Frage kommt, habe die Steuerkraft der städtischen Einwohner nicht gelitten, weil die vorjährige Steuer voll zur Einzahlung gelangt sei, daß er sogar mit höheren Steuerbeträgen kommen könne. Es ist ein falscher Schluß, aus diesem Ergebnis zu sagen, daß die Steuerkraft der Stadt nicht gelitten hat. Sie hat gewaltig gelitten, das ist selbstverständlich. Wenn die Steuerausreibungen hinausgegangen sind, dann ist dem Steuerzahler eine Pflicht auferlegt, die er erfüllen muß, und fügt er sich nicht, dann kommt der Gerichtsvollzieher ins Haus, und das vermehrt nur noch den Steuerbetrag durch die entstehenden Unkosten. Daraus, daß die Steuern bisher eingegangen sind, den Schluß zu ziehen, daß die Steuerkraft nicht gelitten hat, ist ein Trugschluß. Wir brauchen nur auf die Preise hinzuweisen, die man für fast alle Bedürfnisse zu zahlen jetzt gezwungen ist. Schon daraus wird sich jeder erklären können, daß die Steuerkraft — und ganz besonders die in den unteren Volksklassen — bedeutend herabgedrückt ist.

Wenn wir den Gaspreis um einen Pfennig erhöhen wollen, so müssen wir uns fragen: Wen treffen wir damit besonders? Wir treffen allerdings die Arbeiterklassen damit weniger, weil dort, soweit der Gaskonsum in Frage kommt, zum meist die Automaten eingeführt sind. Aber wir treffen damit den Mittelstand, und es wäre für diejenigen Herren, die vorgeben, den Mittelstand zu vertreten, ja, überfließen von Mittelstandsfürsorge, am Plage, sowohl bei der Erhöhung der Einkommensteuer, als auch bei der Erhöhung des Gaspreises zu zeigen, ob sie wirklich den Mittelstand vertreten, oder ob sie ihm die Steuer aufhalsen wollen und den Gaspreis erhöhen. Es läßt sich einrichten, daß auch diese Summe auf die direkte Einkommensteuer mit übernommen wird, aber von den leistungsfähigen Klassen.

Ich möchte Sie bitten, die Erhöhung der Steuer um zwei Einheiten auf alle Einkommen abzulehnen, und beantrage — ich werde den Antrag noch schriftlich einreichen — die Einkommen bis zu 3000 *M* von dem Steuerzuschlage freizulassen, die Einkommen von 3000—5000 *M* mit dem vom Magistrate beantragten Zuschlag von zwei Steuereinheiten zu belegen und durch die Einkommen über 5000 *M*, steigend mit dem jeweiligen Einkommen, den Betrag ausbringen zu lassen, der dann noch notwendig ist, um das Loch im Stadtsäckel zu stopfen. Es wird vielleicht von Ihnen dagegen gesagt werden, daß die unteren Einkommen durch die Steuer nur gering belastet würden. Dagegen erinnere ich daran, daß die Einkommen von 900 *M* schon jetzt mit 20,70 *M* Steuern belastet sind. Wollen Sie verantworten, daß einem Manne oder einer Frau mit einem solchen geringen Einkommen, die schon 20,70 *M* Steuern zahlen sollen, unter den gegebenen Zeiten noch höhere Steuern auferlegt werden, und seien es auch nur ein paar Mark?!

Vorsitzender: Der Redner hat jetzt zehn Minuten gesprochen; ich nehme an, daß die Versammlung mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache damit einverstanden ist, daß er in seinen Ausführungen fortfährt.

Stadtv. **Wesemeier** (fortfahrend): Bei einem Einkommen von 1500 *M*, werden Sie sagen, sind es nur etwa 3 *M*, die mehr getragen werden müssen, wenn zwei Einheiten mehr erhoben werden. Aber die Familie zahlt heute schon 30,70 *M* an Gemeindeeinkommen- und Staatseinkommensteuern. Wollen Sie verantworten, einer Gruppe solcher Einwohner diese Steuern aufzuerlegen, die nicht nur selbst belastend sind, sondern durch die hohen Preise für alle Bedürfnisse noch verschärft werden?

Selbst bei einem Einkommen von 3000 *M*, bei dem 130,68 *M* an den genannten Steuern zu entrichten ist, schlägt die Erhöhung um zwei Einheiten zu Buche. Fragen Sie einmal solche Leute, die mit 3000 *M* auskommen müssen, wie

sie sich einrichten müssen, was sie sich abknappern müssen, um heutzutage durchzukommen. Manch einem mag der Begriff dafür fehlen, was für 3000 *M* an Lebensmitteln gekauft und den einzelnen Familienmitgliedern für jeden Wochentag davon gereicht werden kann. Uns fehlt der Begriff dafür nicht; wir können die Verantwortung nicht übernehmen, daß diese geringe Einnahme noch mehr belastet wird.

Nehmen Sie dagegen ein Einkommen von 10 000 *M* an. Für ein solches werden 743,90 *M* an Staats- und Gemeindesteuern gezahlt. Würde man zwei Einheiten aufschlagen, so würde das 83,16 *M* bringen, und das merkt der Mann kaum bei seinem Einkommen. Ein Mann mit einem Einkommen von 100 000 *M* zahlt 11 040 *M* an Steuern. Ja, meine Herren, ist es nicht einem solchen viel leichter, diese 11 040 *M* von seiner ganzen Einnahme zu zahlen? Er hat doch immer noch 89 000 *M*, die er nicht verbrauchen kann, und von denen er leicht noch zurücklegen kann.

Dem Vorschlage, wie er uns gemacht wird, können wir unsere Zustimmung nicht geben, weil wir es nicht verantworten können, diese geringen Einkommen, die sowieso schon ungeheuer belastet sind, wo zweifellos der Steuerzahler schon das Äußerste tun muß, um seine Familie überhaupt über Wasser zu halten, auch nur mit einer geringen Erhöhung der Einkommensteuer zu belasten. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen, der lautet:

„Der für das Jahr 1916/17 als notwendig erachtete höhere Steuerertrag von 500 000 bis 600 000 *M* wie der bei den Gaswerken infolge der höheren Geschäfts- und Betriebsunkosten sich ergebende Minderertrag wird durch Zuschläge zur Gemeindeeinkommensteuer derart aufgebracht, daß

die Jahreseinkommen bis zu 3000 *M* von der Steuererhöhung frei bleiben und die Einkommen von 3000 bis 5000 *M* mit dem vom Magistrat gedachten Zuschlage von zwei Steuereinheiten belegt werden.

Der dann noch verbleibende Restbetrag wird dadurch aufgebracht, daß die Jahreseinkommen über 5000 *M* mit Steuerzuschlägen (in Einheiten) bedacht werden, die mit der Höhe der Einkommen steigen — und zwar soweit die gesetzliche Grenze es zuläßt.“

Vorsitzender: Herr Wesemeier hat zu dem Haupt- und zu dem Nebensatz gesprochen. Es handelt sich um die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer um zwei Einheiten und um die Erhöhung des Gaspreises um 1 Pfennig für das Kubikmeter. Beide Punkte stehen zur Beratung.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Herren, ich kann unmöglich auf alle die Ausführungen hier eingehen, die der Herr Vorredner gemacht hat; insbesondere hat es keinen Zweck, daß wir heute klagen über die Belastung der Lebensmittel, die

das Reich insofern vornimmt, als es indirekte Steuern einführt — wir können nichts daran ändern —, aber einer Behauptung des Herrn Wesemeier muß ich entschieden entgegentreten. Es wurde von ihm mehrmals gesagt, daß wir keine Ahnung zu haben schienen (so ungefähr hat er sich ausgedrückt), wie sehr heute der minderbemittelte Einwohner belastet ist. Doch, verehrter Herr Wesemeier, das wissen wir ganz genau, und ich kann erklären, daß es dem Magistrat nicht leicht geworden ist, Ihnen diese starke Steuererhöhung zu empfehlen. Aber die Ausgaben sind da und müssen gedeckt werden. Wir haben den Krieg nicht verschuldet, — aber wehren mußten wir uns doch, als der Feind über uns herfiel. Man kann aber auch nicht sagen, daß alle die Summen, die aus Anlaß des Krieges hergegeben werden, aus dem Fenster geworfen sind. Man muß das alles als ein Geschick ansehen, das uns nun einmal beschieden ist, und muß sehen, wie wir uns am besten heraus helfen. Wir müssen dafür sorgen, daß die nötigen Mittel aufgebracht werden, damit wir unseren bisher gut fundierten Haushaltsplan aufrecht erhalten können. Nun ist es aber keinem Zweifel unterworfen, daß von allen Steuern die Einkommensteuer immer noch die gerechteste bleibt. Es wird jeder besteuert nach dem, was er im Jahre einnimmt, und dabei eine Steigerung im Verhältnis von 1 : 6 vorgenommen; die Tabelle dafür haben Sie ja selbst mit eingeführt.

Nun hat Herr Wesemeier, wie es schien, der Kommission einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie Umschau nach anderen Steuern gehalten hat. Ich sehe nicht ein, warum die Herren Stadtverordneten nicht auch das Recht haben sollten, in bezug auf das, was an neuen Steuern ihnen angemessen erscheint, uns Vorschläge zu machen. Ungeheuerlich finde ich das nicht und kann erklären, daß uns das nur angenehm sein kann. Jede neue Steuer ist für den, der davon getroffen wird, eine unangenehme Zugabe, und deshalb freut es mich, daß sich die Kommission auch einmal der Sorge unterzogen hat, nach neuen Steuern Umschau zu halten. Ob Sie auf die neuen Steuern eingehen wollen oder nicht, ist Ihre Sache.

Da wir unmöglich eine unsolide Geldwirtschaft treiben dürfen, wird uns nach Lage der Sache nichts anderes übrigbleiben, als die Einkommensteuer zu erhöhen. Herr Wesemeier ist ja auch geneigt, eine Steuererhöhung zu bewilligen, er will das aber in der Weise machen, daß er die Einkommen bis zu 3000 *M* von der Steuer frei läßt; er meinte damit wohl, daß die Einkommen bis zu 3000 *M* nur in dem bisherigen Umfange besteuert werden. Das ließe sich hören, wenn man es durchführen könnte. Was zunächst die ganz kleinen Einkommen von 600 bis 900 *M* betrifft, so glaube ich, daß die Stadt gar nicht so sehr dabei leiden würde, wenn man sie überhaupt von der Einkommensteuer befreite. Aber das Unangenehme dabei ist, daß unser Gesetz diese Bürger, die dann steuerfrei würden, vom Wahlrecht ausschließt. Darüber hat sich Herr Wesemeier nicht ausgesprochen, ob er diese bis-

herigen Steuerzahler in Zukunft alle von dem Wahlrecht ausschließen will, und das würde doch die Folge sein.

(Zuruf: Der Antrag geht dahin, die kleinen Einkommen von der Steuererhöhung freizulassen.)

Ich will darauf hinaus: Herr Wesemeier hat erklärt, daß die Inhaber der kleinen Einkommen die Steuererhöhung ganz besonders schwer empfinden, und darum glaubte ich bemerken zu dürfen, daß ich persönlich auf dem Standpunkte stehe, daß ich es nicht für unrecht halten würde, wenn man diese ganz kleinen Einkommen überhaupt von der Steuer frei ließe. Darüber ließe sich sprechen, denn diese unteren Klassen bis 900 M bringen einen verhältnismäßig kleinen Steuerbetrag. Aber die Herren mögen sich überlegen, ob sie so weit gehen wollen.

Was nun die stärkere Belastung der höheren Einkommen betrifft, so kann ich nicht anders rechnen, als daß eine Maßnahme, wodurch wir den ganzen Mehrertrag an Gemeindesteuer, den wir nötig haben, den oberen Klassen zur Last legen, dahin führen würde, daß das Verhältnis von 1 : 6 überschritten würde. Also die höchsten Einkommen würden mehr bezahlen müssen als das Sechsfache von dem Sage, den die untersten Klassen bezahlen, und das ist durch das Gesetz uns leider verboten. Infolgedessen bleibt uns nichts anderes übrig, als entweder alle Gemeindesteuern zu erhöhen oder gar keine.

Herr Wesemeier ist auch auf das Elektrizitätswerk zu sprechen gekommen und hat gesagt: Hätten die Herren damals das Elektrizitätswerk zu einer Einrichtung der Stadt gemacht, dann wäre heute die Not der Stadt nicht da. Zunächst war das seinerzeit gar nicht möglich, denn das Elektrizitätswerk wollte das bekanntlich nicht. Aber eins muß ich noch sagen: Bei den heutigen Geldverhältnissen können wir uns glücklich schätzen, daß wir derzeit das Elektrizitätswerk nicht übernommen haben. Was würde uns das jetzt an Zinsen kosten neben den Zinsen, die wir sonst noch aufzubringen haben! Ich glaube, das, was Herr Wesemeier uns ausmalte, ist ein Zukunftsbild oder auch ein Vergangenheitsbild, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Wenn wir die Abgabe von dem Elektrizitätswerk bekommen, wie wir sie uns ausbedungen haben, dann stehen wir uns nicht schlecht.

Nun der Gaspreis, den Herr Wesemeier mit Rücksicht auf die mittleren Klassen auch nicht erhöhen will. Schon in der Kommission habe ich hervorgehoben, daß unser Gaspreis durchaus nicht hoch ist. Ich habe den Herren eine Übersicht vorgelegt, wonach eine größere Zahl von Städten mehr als 14 Pfennige für das Kubikmeter Gas erhebt, teilweise sogar nicht unerheblich mehr; auch sind Anfragen aus anderen Städten eingegangen, die um Auskunft bitten, ob und in welchem Umfange wir den Gaspreis erhöhen wollen. Die Herren sehen daraus, daß dieser Weg, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, augenscheinlich auch von anderen

Städten beschritten wird. Die Herren werden doch anerkennen, daß die Gaserzeugung erheblich teurer geworden ist. Dann ergibt ein einfaches Rechenexempel, daß wir den Preis für das gelieferte Produkt erhöhen müssen. Gegen diesen Antrag ist also kaum etwas einzuwenden. Wenn wir die 66 000 *M.*, die wir aus der Erhöhung des Gaspreises einzubringen hoffen, auch noch den höheren Einkommen in Form von erhöhten Gemeindesteuern zur Last legen sollten, dann würden wir auf Verhältnisse kommen, die vom Staate auf keinen Fall, selbst bei Änderung des Gesetzes nicht, zugelassen werden würden. Wir müssen die Mittel aufbringen, um wenigstens die auflaufenden Zinsen bezahlen zu können, und ich fürchte, daß die Summe, die wir eingestellt haben, noch nicht reichen wird.

Wie wir schließlich die starke und dauernde Belastung der Stadt erträglich machen werden, kann Ihnen heute der Magistrat noch nicht sagen. Da die meisten Gemeinden durch den Krieg stark finanziell belastet werden, so ist wohl anzunehmen, daß schließlich der Staat uns insofern helfen wird, als er uns wohl die Sorge abnimmt, Anleihen aufzunehmen. Denn das Ende vom Liede wird wohl sein, daß wir die Mittel in einer längeren Reihe von Jahren durch Anleihe beschaffen müssen, und was für Schwierigkeiten das heute hat, wie schlecht die Gemeinden fahren würden, wenn kommunale Anleihen neben fünfprozentigen Reichsanleihen aufgenommen werden müßten, wissen Sie alle. Ich hoffe, daß der Staat uns in dieser Beziehung entgegenkommen wird. Wie Sie wissen, ist er bisher uns in erfreulichster Weise entgegengekommen, indem er uns die Gelder zu $4\frac{1}{2}$ Prozent vorgeliehen hat, und ich glaube, daß in dieser Beziehung der braunschweigische Staat ziemlich allein im Deutschen Reiche dasteht. Ich habe wenigstens nicht gehört, daß andere Gemeinden ihre großen Kriegskosten in dieser Weise zu einem verhältnismäßig billigen Zinsfuße haben aufbringen können, und hoffe, daß auch bei der definitiven Verzinsung und Abtragung unserer Schuld der Staat uns weiter helfend zur Seite stehen wird.

Ich möchte bitten, beiden Anträgen, der Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer um zwei Einheiten und der Erhöhung des Gaspreises um einen Pfennig, zuzustimmen, und hoffe, daß auch die Mehrzahl der Einwohner unserer Stadt mit unseren Anträgen einverstanden sein wird, weil man die Stadt nicht dadurch ins Verderben geraten lassen kann, daß die Ausgaben ungedeckt bleiben.

Stadtrat von Frankenberg: Morgen werden die Sitzungen der Veranlagungskommissionen beginnen, die sich mit der Aufgabe zu befassen haben, in möglichst zutreffender und gesetzmäßiger Weise die Pflichtigen zur Steuerleistung heranzuziehen. Ich glaube, Herr Wesemeier, der selber wie verschiedene seiner politischen Freunde den Veranlagungskommissionen mit angehört, hat es mit in der Hand und kann es mit versetzen, daß bei dieser Einschätzungsarbeit gerade die-

jenigen Gruppen, denen seine Worte in erster Reihe gewidmet waren, möglichst wohlwollend berücksichtigt werden, so daß in der jetzigen Kriegszeit ihnen gegenüber ein weitgehendes Entgegenkommen in dieser Beziehung stattfindet, ganz abgesehen davon, daß nach ungefährrer Schätzung 15 000 unserer Steuerpflichtigen mit einem Einkommen unter 3000 *M* bei der Fahne stehen und deshalb zunächst überhaupt nicht von dieser Steuererhöhung berührt werden. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, auch auf diesen Gesichtspunkt aufmerksam zu machen; es führt doch dahin, daß in der einen oder anderen Richtung das, was Herr Stadtv. Wesemeier gesagt hat, wesentlich abgeschwächt wird.

Stadtv. **Frede:** Man muß anerkennen, daß in der jetzigen Zeit bei den außerordentlich hohen Preisen ein Einkommen von 600—1200 *M* eine Steuererhöhung nicht verträgt. Ich hätte deshalb auch gewünscht, daß es sich ermöglichen ließe, diese niedrigen Einkommen von einer Steuererhöhung freizulassen, wie das auch im letzten Landtage geschehen ist. Da setzen die erhöhten Sätze erst bei 3000 *M* Einkommen mit 1,75 *M* ein. Nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters ist ein ähnliches Vorgehen für die Stadt nicht möglich, und so bleibt nur der von Herrn Stadtrat von Franckenberg gezeigte Weg, daß bei den Einschätzungen die Kommissionen möglichst nachsichtig und menschenfreundlich vorgehen.

Nun hat Herr Wesemeier gesagt, die Kommission hätte gewissermaßen dem Stadtmagistrat ein Steuerbuckett entgegengebracht, und das wäre gegen den parlamentarischen Brauch. Es kann sein, daß an dieser Auffassung die Darstellung schuld ist, die unser Kollege Munte von der Sache gegeben hat. Ich kann nicht anders als sagen, daß darnach die ganze Sache einen etwas leichtsinnigen Anstrich bekommen hat. Aber so sind wir doch nicht vorgegangen, daß wir gesagt hätten: „Wenn du noch Geld brauchen kannst, lieber Magistrat, dann such dir etwas aus! Wir präsentieren dir die Hundesteuer und die Kinosteuer.“ Der Hergang ist doch so gewesen, daß der Herr Oberbürgermeister ein Bild der Finanzlage der Stadt gegeben und dabei ähnlich so geschlossen hat wie eben, indem er schwere Bedenken wegen der Zukunft geäußert hat. Er sagte: Wir müssen andere Steuerquellen eröffnen, und zwar schon deshalb, weil wir beabsichtigen, die Einkommensteuer wieder abzubauen, denn wohlgemerkt, die zwei Einheiten sind nur für das kommende Jahr zu bewilligen. Darnach hat der Herr Oberbürgermeister eine Übersicht vorgelesen, aus der hervorgehen konnte, daß die Grundsteuer in Braunschweig wohl eine Erhöhung vertragen könnte. Dieser Anregung des Magistrats, der seinerseits auf die Erhöhung einer anderen Steuer zu sprechen gekommen ist, sind in der Kommission zwei Haupteinwände entgegengehalten. Vor allen Dingen interessiert wohl in der Allgemeinheit, daß einer Erhöhung der Grundsteuer eine Erhöhung der Mietpreise folgen würde — eine Maßnahme, die in der Allgemein-

heit vermieden werden müsse. Daraufhin haben wir uns Mühe gegeben, Steuern zu finden, die möglichst wenig belastend sind, und da, wo sie belasten, sich wohl rechtfertigen lassen. Auf diese Weise sind wir auf die Kinosteuer gekommen, deren Einführung uns hier schon einmal beschäftigt hat, und auf die Erhöhung der Hundesteuer, die zweifellos in der gegenwärtigen Zeit eine populäre Maßnahme sein würde, wenn man bedenkt, wieviel unnütze Hunde sich in der Stadt umhertreiben und den Bestand an Nahrungsmitteln verringern helfen. So ist der Verlauf gewesen, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß unsere Vorschläge angenommen werden.

Weshalb ich mich noch zum Wort gemeldet habe, ist folgender Umstand. Es ist in der Kommission nicht davon die Rede gewesen, wie sich die *K i r c h e n s t e u e r* zu dieser erhöhten Einkommensteuer stellen soll. Das ist mir eben eingefallen. Wir erheben doch einen gewissen Prozentsatz der Einkommensteuer als Kirchensteuer. Würde dieser Prozentsatz bestehen bleiben, so würde die Kirchensteuer erheblich wachsen. Dafür ist kein Bedürfnis nachgewiesen, und diese Mehrbelastung würde sicher nicht wünschenswert sein.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der Kirchenauschuß wird morgen nachmittag sich mit dieser Frage befassen. Ich bin der Ansicht, daß die Kirchensteuer entsprechend der Erhöhung unserer Gemeinde-Einkommensteuer heruntergesetzt werden muß, und zwar von 9 auf $7\frac{1}{2}$ Prozent.

Stadtv. Wesemeier: Interessant war mir das, was Herr Frede eben über die Grundsteuer anführte. Es bestätigt, was ich immer behauptet habe, daß die Grundsteuer nur eine indirekte Steuer für die Mieter ist, daß es nicht wahr ist, daß die Grundbesitzer die Steuer zahlen, sondern daß sie von den Mietern auf indirektem Wege aufgebracht werden muß. Herr Frede sagt ausdrücklich und unterstreicht es, daß eine Erhöhung der Grundsteuer zweifellos eine Erhöhung der Mietsätze mit sich bringen werde. Damit fällt die Behauptung zusammen, die von den Grundbesitzern sonst vorgebracht wird, daß *s i e* die Grundsteuer entrichteten. Wir haben deshalb grundsätzlich die Grundsteuer beseitigen wollen, weil sie eine indirekte Steuer ist. Nur in den Fällen, wo der Hausbesitzer allein sein Grundstück bewohnt, wird auch die Steuer von ihm bezahlt.

Nun stehe ich selbstverständlich nicht auf dem Standpunkte, daß ich die Stadt ins Verderben stürzen will. Das wird niemand von unserer Tätigkeit behaupten können, und ich nehme auch an, daß der Ausspruch nicht auf uns gemünzt sein soll. Unsere ganze Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung beweist, daß wir immer auf das Wohl der Bevölkerung bedacht waren, immer bereit, da einzu-

greifen, wo wir es für notwendig hielten, und wo es der großen Menge der Bevölkerung dienlich war.

Der Herr Oberbürgermeister sucht uns graulich zu machen. Er sagt: Wir dürfen bei der Steuerzumessung nicht über das Sechsfache hinaus. Das weiß ich wohl. Und weiter sagt er, wir würden nach unserem Antrage die Summe nicht aufbringen, die notwendig sei. Das läßt sich aber sehr leicht machen; man braucht nur die Staffelung schneller erfolgen zu lassen, als sie in der Steuertabelle festgelegt ist, so daß sie in den höheren Lagen mehr stabil ist und in wagerechter Richtung läuft. Dann bekommt man einen höheren Betrag heraus, als man braucht. Der Einwurf vom Herrn Oberbürgermeister war also verfehlt.

Ich habe auch nicht von Steuerfreiheit für die Jeniten von 600—900 *M* gesprochen, sondern von Befreiung von der Steuererhöhung. Wir wären unter allen Umständen dafür, diese Leute von der Steuer frei zu machen, wenn nicht die große Ungerechtigkeit bestände, daß dadurch diese Leute, die am meisten Interesse daran haben, wie die Einrichtungen der Gemeinde sind, politisch rechtlos in der Gemeinde gemacht würden. Das wäre ein noch größeres Verbrechen gegen diese Leute, als es so schon ist, daß an das politische Recht das Bürgerrecht gebunden ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg meinte, es sei kein großer Kreis von Personen, der hier in Frage komme, 15 000 dieser Personen befänden sich bei der Fahne. Ich bitte zu bedenken, daß wir in Braunschweig über 30 000 solcher Steuerzahler mit geringem Einkommen haben, daß die größere Anzahl davon sich in Braunschweig aufhält und von der Steuererhöhung hart getroffen wird.

Aus Rücksicht auf alle dieses bitte ich, dem zuzustimmen, was ich beantragt habe, auch den heutigen Gaspreis beizubehalten. Aus das läßt sich mit heraus schlagen, wenn die Staffelung in unserer Steuertabelle so vorgenommen wird, wie ich gemeint habe: daß am Schlusse, von der sechsmaligen Steigerung an, die Säge in wagerechter Linie weitergeführt werden.

Ich bitte, weiter zu bedenken — Herr Frede hat es schon betont —, daß die Steuererhöhung nur für dieses eine Jahr beschlossen werden soll. Dann kann man um so mehr den Wohlhabenden diese Steuer aufhalsen, weil wir in diesem Jahre die ungeheuren Lasten auf den kleinen Einkommen ruhen haben. Die Wohlhabenden haben noch keine Opfer für den Krieg gebracht, sie müssen aber stündlich von den unteren Bevölkerungsschichten gebracht werden. Was vielleicht der eine oder der andere hier als Opfer bezeichnen wird, die 500 oder 1000 *M* für wohltätige Zwecke, so sind die auf andere Weise zehnfach wieder hereingekommen. Wenn beabsichtigt wird, diese Steuer nur für das eine Jahr zu nehmen, so kann man sie gerade deshalb den wohlhabenden Schichten auferlegen und die weniger Leistungsfähigen bis zu 3000 *M* Einkommen frei lassen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Mir ist immer noch nicht klar geworden, worauf Herr Wesemeier hinauswill; es wäre angebracht gewesen, wenn Herr Wesemeier uns eine neue Steuertabelle vorgelegt hätte. Wenn das Gesetz sagt: Die Gemeinde darf die Steuer nur steigern in dem Verhältnis von 1 : 6, dann heißt das: Wenn der unterste Steuerpflichtige 1 *M* für eine bestimmte Einnahme zahlt, darf der am höchsten Besteuerte für denselben Betrag nur 6 *M* zahlen. Das ist doch einfach. Nun will Herr Wesemeier den Untersten auf seinem jetzigen Posten stehen lassen, und den Obersten darf er nicht erhöhen, weil dem das Gesetz entgegensteht. Wenn Sie die untersten Stufen bestehen lassen, dann können Sie oben keine höheren Sätze herausbekommen, denn wir sind mit unserer Steuertabelle bereits bis an die äußerste Grenze gegangen. Es bliebe also nur der Weg übrig, daß man die Steigerung in der Mitte so stark vornimmt, daß die mittleren Einkommen den Mehrbetrag der Steuer tragen, den wir jetzt mehr erreichen wollen. Wer wird auf eine solche Idee kommen? Herr Wesemeier wird einsehen, daß das nicht geht, und das ist es auch nicht, was er erreichen will. Ich glaube, Herr Wesemeier irrt sich. Er meint: Innerhalb dieser beiden Pole sei es möglich, alle höheren Einkommen mit einem höheren Prozentsatz zu belasten. Das ist aber etwas anderes, als wenn er sagt: Wir wollen nur auf den obersten Stufen zwei Einheiten mehr nehmen.

Stadtv. Stegmann: Der Herr Oberbürgermeister erklärte, neue Reichssteuern würden allerdings eingeführt werden, aber daran könnten wir nichts ändern. Weil dem so ist und außerdem der Landtag bereits eine Erhöhung der Staatseinkommensteuer vorgenommen hat, darum wenden wir uns dagegen, daß man auch noch in der Stadt hinterher mit einer Steuererhöhung kommt. Da wird die größere Masse der Einwohner sagen: „Das ist zu viel“, das muß geradezu Empörung auslösen. Bei den jetzigen Bucherpreisen für Lebensmittel müßte doch unbedingt die Kommune mit ihren Forderungen zurückstehen. Man darf nicht sagen, nachdem das Reich und der Staat schon mit Erhöhungen vorangegangen sind, muß auch die Stadt folgen. Ich bin der Meinung, daß den Kommunen zu viel Kriegslasten aufgehäuft worden sind, und daß es Zeit wird, ihnen diese kolossalen Lasten wieder abzunehmen. Es müßten doch auch die bürgerlichen Parteien dafür eintreten, daß die Reichsregierung von den ihr bewilligten reichen Mitteln — 40 Milliarden sind es bereits — einige Milliarden an die Kommunen abgibt.

Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg sagt: „Wir wollen bei der Einschätzung wohlwollend vorgehen, und die Freunde des Herrn Wesemeier haben es in den Einschätzungskommissionen mit in der Hand, derartig zu verfahren“, so erwidere ich: Das ist nicht möglich. Wir wissen alle, wie die Dinge liegen. Bei vielen, die über Einnahmen von über 3000 *M* eine Steuerklärung abgeben müssen, ist nicht zu kontrollieren, wie hoch ihr Einkommen in Wirklichkeit ist, bei den kleinen Be-

amten und Arbeitern aber weiß man es genau. Die Unternehmer geben über jeden Heller und Pfennig dieser Einkommen Auskunft, jede überstunde wird angerechnet, und die Steuerkommissionen können nicht den Gezeugen entgegen ein Auge zudrücken und werden es auch nicht tun.

Sodann glaube ich nicht daran, daß der Fall eintreten wird, daß es nur eine Steuererhöhung auf ein Jahr ist. Das soll uns nur die Ausnahme schmachhaft machen; ich glaube, es wird eine dauernde Einrichtung bleiben. Wenn es nicht möglich ist, die unteren Klassen von der Erhöhung frei zu lassen, wenn dem das Gesetz entgegensteht, dann bleibt nichts anderes übrig, als daß der Magistrat auf die Suche nach anderen Steuern geht oder die Erhöhung zurückstellt bis nach dem Kriege. In jetziger Zeit ist es ein unerhörtes Verfahren gegenüber der braunschweigischen Bevölkerung, mit einer Steuererhöhung vorzugehen.

Der Herr Oberbürgermeister hat weiter Herrn Wesemeier gegenüber darauf hingewiesen, daß er persönlich die kleinen Einkommen gern von der Besteuerung ausschließen würde. Das mag richtig sein. Dann frage ich aber: Warum ist man uns nicht längst darin entgegengekommen, daß das Gesetz geändert wird, daß durch die Steuerfreiheit das Wahlrecht nicht verlorengeht? Wir haben ja braunschweigische Landtagsabgeordnete unter uns, aber noch keiner von diesen ist im Landtage ernstlich für Beseitigung der mittelalterlichen Einrichtung eingetreten, nach der nur derjenige ein Wahlrecht hat, der bezahlen kann. Wer arm ist, wer überhaupt nichts bezahlen kann, hat überhaupt kein Recht, der ist rechtlos. Dieser mittelalterliche Standpunkt hätte längst beiseite geschafft werden müssen.

Nun noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, daß die Summen, die für den Krieg ausgegeben sind, nicht zum Fenster hinausgeworfen sind. Ich meine, die große Masse des Volkes hat wirklich nichts davon, mag der Krieg ausgehen, wie er will, mag er noch so siegreich sein, wie er in der ersten Zeit war und mancher sich auch den Fortgang ausgemalt hat, und auch dann nicht, wenn noch mehr Besetzungen von fremden Landesteilen vorgenommen werden. Die Kapitalisten werden Vorteile davon haben, aber die Masse des Volks hat nichts davon. Sie muß große Opfer bringen an Gut und Blut, aber sie wird nach dem Kriege genau so ausgebeutet werden, womöglich noch mehr, als es jetzt der Fall ist. Der Herr Oberbürgermeister sagt: Wir sind nicht schuld an dem Kriege. Ja, wir Sozialdemokraten erst recht nicht, aber durch Ihre Politik haben Sie viel dazu beigetragen, daß dieses Unwetter, dieser fürchterliche Zustand über Europa hereingebrochen ist.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf wegen der Staatseinkommensteuer, auf die von den Herren Stadtverordneten Wesemeier und Stegmann Bezug genommen ist, darauf hinweisen, daß nach den von der Regierung und dem Landtage verein-

barten Bestimmungen über Erhebung des Steuerzuschlages ausdrücklich die Gruppe bis 3000 *M* von dem neuen Kriegszuschlage nicht berührt ist. Weil man in dieser Beziehung freie Hand hatte und nicht durch die Gesetzgebung gebunden war, hat man dort das Zugeständnis gemacht, daß die Herren Wesemeier und Stegmann wünschen, und hat diese Gruppe durch die Staatseinkommensteuer nicht stärker belastet als früher.

Sodann weiß ich wohl, daß die Veranlagungskommissionen nicht abweichen können von ihren Vorschriften und auch nicht in bezug auf die Angaben, die ihnen gemacht sind. Aber Sie wollen berücksichtigen, daß neben dem starren Gesetze, das das Einkommen zu berücksichtigen vorschreibt, auch wesentliche Milderungsvorschriften bestehen, einmal in bezug auf die Belastung des Steuerpflichtigen durch die Kinderzahl, durch außergewöhnliche Verhältnisse, durch die Unterhaltung Angehöriger usw., ferner bei denjenigen Gruppen in umfangreichem Maße, wo wegen geschäftlicher ungünstiger Lage des Steuerpflichtigen durch Erlaß und Ermäßigung seitens der Stadtverordneten Zugeständnisse gemacht werden können, die nicht gering sind. Wenn die Herren sich vergegenwärtigen, welch lange Liste Ihnen in dieser Hinsicht vorgelegt wird, und mit welchem Wohlwollen Sie Seite für Seite die Vorschläge der Veranlagungskommissionen zu berücksichtigen pflegen, dann können wir wohl sagen: Sie haben es in der Hand, in diesen Fällen möglichst viel Milde bei Besteuerung der kleinen Einkommen walten zu lassen.

Stadtv. Niese: Es ist nicht zu verwundern, wenn wir Opposition gegen die Erhöhung um zwei Steuereinheiten machen, denn wenn je ein ungünstiger Zeitpunkt dafür gewählt wurde, so ist es der jetzige. Ich bin der festen Überzeugung, daß es infolge der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel besonders den ungelerten Arbeitern schwer fallen wird, lohnende Arbeit zu bekommen, daß nach dem Kriege die Arbeitsgelegenheit nicht besser, sondern schlechter werden wird. Infolgedessen werden die Einkommen niedriger sein, und die Einwohnerschaft der Stadt wird nicht in der Lage sein, mehr Steuern zu bezahlen.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei 600 *M* die Mehrbelastung nur 1,20 *M* betragen würde, bei 900 *M* nur 1,80 *M*, bei 1500 *M* 3 *M*, während bei 2500 *M* 10 *M*, bei 6000 *M* 44,40 *M*, bei 12 000 *M* 105,60 *M* mehr zu bezahlen seien. Ja, wer 12 000 *M* Einnahme hat, kann dreißt 2000 *M* Steuern zahlen, dann nützt er dem Vaterlande mehr als durch Phrasen und Wohltätigkeit, und wenn ich ein solches Einkommen hätte, würde ich eine solche Steuer gern bezahlen. Daß die Steuersätze auch jetzt schon in den höheren Klassen steigen, kann kein Grund sein, unseren Antrag abzulehnen. Wer einmal an der Quelle sitzt, der sichert sich. So geht es auch hier, und das zieht sich durch die ganze Gesetzgebung. Bei den Staatsteuern sind die Einkommen unter 3000 *M* von der Steuererhöhung nicht be-

troffen. Da müßte es leicht sein, den Staat zu der Ansicht zu bringen, daß die Progression von 1 : 6 veraltet ist, daß sie nicht hineinpaßt in die heutigen Verhältnisse. Ich kenne noch die Zeit, wo es mit einer Progression von 1 : 4 ging, wo das geringste Nähmädchen, die am wenigsten verdienenden Plätterinnen, die an 400 *M* Jahresverdienst herankamen, zur Steuer herangezogen wurden, und zwar das Nähmädchen zu 1 *M* und der Besizende zu einem viermal höheren Anteile. Das war ja der reine Hohn; das hat man auch mit der Zeit eingesehen und die Progression von 1 : 6 eingeführt. Wäre es eine Ungerechtigkeit, wenn eine Progression von 1 : 10 eingeführt würde? Ich möchte eine Wette machen, daß dann mit einem Male das ganze notwendige Steuermehr herauskäme.

Ein Antrag, die Einkommen von 600 bis 900 *M* von der Steuer frei zu lassen, war vor längeren Jahren von dem Stadtverordneten, jetzigen Stadtrat Schöttler in aller Form gestellt. Aber der Herr Oberbürgermeister Pockels wehrte sich mit aller Gewalt dagegen, indem er meinte, daß die Stadt diesen Steuerausfall nicht vertragen könnte. Es wurde herausgerechnet, daß dieser ungefähr eine Summe von 168 000 *M* ausmachen würde. (Zuruf des Stadtrats Schöttler: Nur 100 000 *M* oder noch weniger!)

Dann ist wieder von einer solchen Gerechtigkeit die Rede, daß diejenigen Leute, die bei der Steuerzahlung ausfallen würden, auch kein Wahlrecht haben würden, da es nach dem Grundsatz ginge: Du erfüllst keine Pflichten, darum hast du auch keine Rechte. Daß das ein Grundsatz ist, der mit in die Gemeindesteuerzahlung aufgenommen werden muß, sehe ich nicht ein, und wir haben ja auch die Zahlung des Bürgerrechtsgeldes aufgehoben. Es wäre nur ein kleiner Schritt, wenn die Regierung an die Änderung der Progression in eine solche von 1 : 10 heranginge.

Im übrigen bin ich der festen Ansicht, daß, ebenso wie diese Fehlsomme, eine ganze Anzahl anderer Summen, die im Etat enthalten sind, doch ziemlich unsicher sind. Ich will niemand damit einen Vorwurf machen, aber ich behaupte, daß etwas Stabiles nicht daran ist. Ich habe noch keine Etatsberechnung mitgemacht, die mit einem Überschuß abschneidet, bei jeder Etatsberatung ist ein Fehlbetrag da. Nachdem man dann die Eiden ausgelegt hatte, fand sich immer noch so viel, daß am Ende des Jahres die Sache ganz anders war. Und ich möchte fest behaupten, so ist es auch diesmal, wenn auch die Summen für die Kriegsausgaben ganz außergewöhnlich hoch sind. Aber gerade deshalb müßte der Staat eingreifen, denn außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen, und auf diesen Grundsatz baue ich auch die Forderung auf, daß der Staat die Progression anders gestalten müßte, und daß er damit keineswegs die Gerechtigkeit verletzen, sondern die Belastung auf die verschiedenen Einkommen gerecht verteilen würde. Man kann nicht viel wegnehmen, wo wenig ist, und sollte nur da zugreifen, wo der große

Haufen liegt, und wo es nicht schmerzt. Wenn man einer Mücke einen Eimer Blut abshröpfen wollte, so würde das keinen Erfolg haben; man muß schon an den Ochsen gehen, da bekommt man mehr. Es ließe sich in dieser Hinsicht noch viel machen, und ich gebe mich auch der Hoffnung hin, daß es schließlich dazu kommt, daß auf diesem Wege weitergegangen wird.

Ich behaupte noch einmal: Nachher wird die Lage der Arbeiter noch viel schlechter werden, als sie jetzt ist. Wir haben ja gesehen, was schon unter dem Burgfrieden alles möglich ist; die Arbeiter werden geknebelt, freie Bewegung darf es nicht geben. Wir hören schon die Töne von dem Heidebrand, dem Januschauer, von Jedlig. Das sind die Töne, die maßgebend in Preußen sind, und das färbt ab nach Braunschweig hin, welches ja weiter keine Bedeutung in der großen politischen Welt hat.

Gewundert habe ich mich über die Steuervorschläge, die von der Kommission eingebracht werden. Es wirkt ja immer komisch, wenn man von einem sagt: Er ist auf den Hund gekommen. Es wurde vorgeschlagen, die Hundesteuer zu verdoppeln. Nun, sie steht ja jetzt noch nicht zur Besprechung, ich werde warten, bis sie auf der Bildfläche erscheint, und mich dann weiter zum Worte melden. Vorläufig stehe ich auf dem Standpunkte: In dieser Zeit, wo eben schon die Lage der Arbeiter und der unteren Klassen durch die Teuerung so bedrängt ist, wäre es ein Akt der Gerechtigkeit, eine Änderung der Progression stattfinden zu lassen. Sonst aber muß ich jede Erhöhung der Steuern ablehnen.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Ich möchte anknüpfen an die Ausführungen des Herrn Wesemeier über die Erhöhung des Gaspreises. Die minderbemittelte Bevölkerung wird diese kleine Erhöhung nicht empfinden, es ist diesmal der Mittelstand, welcher die Summe aufzubringen hat. Wenn nun auch der Mittelstand über die Erhöhung des Gaspreises nicht gerade erfreut sein wird, so glaube ich, würde man über die Sache doch ein ganz anderes Bild gewinnen, wenn man sie einmal von einem anderen Standpunkte aus beleuchtet. Es ist leider in den letzten Jahren nicht mehr möglich gewesen, nachzuweisen, wieviel Gas für Beleuchtung und wieviel für Kochzwecke benutzt worden ist, und doch wäre es mir erwünscht, das heute feststellen zu können. Ich bin nämlich der Meinung, daß eine große Menge des abgegebenen Gases zu Koch- und Heizzwecken gebraucht wird, und das besonders im Mittelstande. Das ist ja zu begrüßen, aber es ist auch für den Verbraucher eine Bequemlichkeit, und für diese Bequemlichkeit wird der Mittelstand ganz gern ein kleines Entgelt in Form des erhöhten Gaspreises zahlen. Wer diese Erhöhung nicht tragen kann, der möge wieder zu den Kohlen greifen und seinen Herd wieder anstecken, dabei wird er billiger fahren als mit Gas selbst unter den heutigen Ver-

hältnissen. Ich bin deshalb wohl dafür, daß wir diese kleine Erhöhung des Gaspreises glatt bewilligen.

Dann noch eine andere Sache. Bei der Produktion des Gases erzeugt das Gaswerk eine Menge Koks, aber in dem letzten Winter haben wir die unliebsame Erfahrung machen müssen, daß die Aufträge der städtischen Einwohnerschaft auf Lieferung von Koks nicht erfüllbar waren. Von anderer Seite ist mir zu Ohren gekommen, daß eine größere Menge von Koks nach auswärts verkauft sein soll. Ich bin darüber nicht orientiert und möchte mir die Frage erlauben, ob sich der Magistrat darüber äußern würde. Falls der Verkauf nach auswärts wirklich stattgefunden hat, wäre es mein Wunsch, daß der Braunschweiger Bevölkerung der Koks zuerst angeboten würde, damit sie nicht wieder im Winter durch einen derartigen Mangel an Koks leidet, wie es im vorigen Jahre der Fall gewesen ist.

Vorsitzender: Herr Wesemeier hat einen Zusatz zu seinem Antrage gestellt und wünscht noch einmal zum Worte zu kommen. Ich frage die Versammlung, ob sie damit einverstanden ist. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung damit einverstanden ist.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Zu der Anfrage des Herrn Stadtv. Kahlerst möchte ich bemerken, daß wir durch Vertrag gebunden sind, ein bestimmtes Quantum Gaskoks nach auswärts abzugeben. Wir haben die Frage hier schon früher einmal erörtert. Die Stadt steht sich bei dem abgeschlossenen Vertrage insofern gut, als wir in solchen Zeiten, wo Koks sich ansammelt und wir ihn trotz aller Bemühungen nicht los werden, nach außen in größeren Posten davon abgeben können. Im Anfange des Winters war allerdings Mangel an Koks in der Stadt vorhanden, später aber ist er uns durchaus nicht in genügenden Mengen durch die städtische Einwohnerschaft abgenommen. Wir haben augenblicklich einen reichlichen Vorrat, obgleich wir den Preis noch auf 1 M. belassen haben. Das ist ein so billiger Preis, wie ihn ein Händler überhaupt nicht fordern kann. Wir kommen hierin also den Einwohnern nach jeder Richtung entgegen. Es wurden ursprünglich für den Tag 200 Zentner zum Abholen in kleinen Posten bestimmt, jetzt 400 Zentner, und die werden auch regelmäßig verkauft.

Stadtv. Wesemeier: Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, ich selbst hätte in der Steuereinschätzungskommission Gelegenheit, zu beobachten und mitzuwirken, wie man den kleineren Einkommen die Lage erleichtern könne. So ist die Sache denn doch nicht. Da geht es genau nach dem Gesetze, und nur wenn Krankheit oder sonstige der Unterstützung bedürftige Fälle in der Familie vorkommen, darf die Kommission an den Steuern nachlassen, in anderen Fällen nicht. Es würde

gerügt werden können und müssen, wenn die Kommission in irgend einer Weise einem Dritten, falls er gesund ist und das betreffende Einkommen hat, die Steuern herabsetzt.

Der Herr Oberbürgermeister meinte, wir würden nach meinem Vorschlage, wenn ihm gefolgt würde, besonders den mittleren Einkommen die ganze Steuererhöhung aufbürden. Das ist doch in der Hauptsache heute schon der Fall, es fragt sich nur, wo beginnt das mittlere Einkommen, und wo hört es auf. Ich will aus unserer jetzigen Steuertabelle, von der $10\frac{1}{2}$ Einheiten maßgebend sind, einige Zahlen vorlesen. Mit 1‰ beginnt die Tabelle, bei 600—700 *M*, und der Satz steigt schon bei 20 000 *M* Einkommen bis zu $4,87\text{‰}$. Nun rechne ich 20 000 *M* zu den mittleren Einkommen. Das beginnt wohl nach meiner Ansicht bei 15 000 *M* und weiter hinauf. Es ist nicht mittleres Einkommen identisch mit Mittelstand — das ist ein himmelweiter Unterschied; der Mittelstand hat ein geringes Einkommen. Wir sehen aber, daß nach der jetzigen Steuertabelle die höheren Einkommen geradezu entlastet werden. Während, wie schon gesagt, bei 20 000 *M* Einkommen $4,87\text{‰}$ gezahlt werden, gilt bei 40 000 *M* schon ein Satz von $5,03\text{‰}$, erst bei 200 000 *M* werden $5,94\text{‰}$ für jede Einheit gezahlt, und darauf erst kommen wir zu 6‰ . Wir sehen, daß hier die hohen Einkommen von 70—200 000 *M* ganz erheblich belastet werden, und schon jetzt unserer Tabelle nach die Hauptsteuerlast tragen. Es würde nichts daran geändert, wenn Einkommen bis 3000 *M* von der Steuererhöhung frei bleiben, wie mein Vorschlag will, und eine Steigerung in wogerechter Richtung eintritt.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich verstehe Herrn Wesemeier leider immer noch nicht. Er will jetzt darauf hinaus, daß die höchsten Einkommen, denselben Prozentsatz zahlen sollen wie bisher, und das, worüber er klagt, daß nämlich schon jetzt die mittleren Einkommen zu stark belastet sind, das will er noch verschärfen. Das verstehe ich nicht. So schnell würden wir über eine neue Veranlagungstabelle uns auch nicht verständigen können; es ist ein Kunststück, sie aufzustellen. Man darf dabei nicht nur berücksichtigen: Wer kann es vertragen? sondern muß auch fragen: Was kommt bei der Sache heraus? Wenn wir so vorgehen wollten, daß wir sagten: das Sechsfache der niedrigsten Stufe erreichen wir schon etwa bei 60 000 *M*, dann bringt die Sache nichts ein, weil der Prozentsatz der höchsten Einkommen derselbe bleibt, und deshalb sage ich: An dem Tarif zu ändern, ist nicht leicht, und ihn so zu ändern, wie es Herr Wesemeier will, führt nicht zum Ziele.

Stadtv. **Munte**: Die Herren haben von mir noch nicht gehört, wie die Kommission über die Gaspreiserhöhung gedacht hat, und ich habe auch noch einige Worte zu sagen, über das, was Herr Frede über die Entstehung der neuen Steuer-

vorschläge bemerkt hat. Ich kann Ihnen allerdings nicht genau darstellen, wie der Hergang bei der Steuerberatung gewesen ist. Es mag nun so gewesen sein oder so, jedenfalls hat Herr Frede als Hausbesitzer, wenn der Hergang seiner Darstellung entspricht, schleunigst die Lage ausgenutzt, um sich gegen die Grundsteuer zu wenden. Der Herr Oberbürgermeister hat nicht von vornherein nur die Grundsteuer empfohlen, sondern hat sich dahin geäußert: Wir können nicht die zwei Einheiten weiter erheben, wenn wir nicht auch die Grundsteuer erhöhen. Darauf hat Herr Frede schleunigst die Hundesteuer zur Sprache gebracht. Ich hätte nicht geglaubt, daß mir ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß ich das hier nicht vorgetragen habe.

Über die Erhöhung des Gaspreises haben wir uns in der Kommission längere Zeit unterhalten und sind zu der Überzeugung gekommen, daß es einfach dem kaufmännischen Verfahren entspricht, wenn wir für die abzugebende Ware auch einen teureren Preis nehmen, da die Stadt heute wesentlich höhere Gestehungskosten hat. Es ist nicht zu verlangen, daß die Stadt bei diesem geschäftlichen Unternehmen Schaden macht, und außerdem wurde in der Kommission hervorgehoben, daß durch die Erhöhung des Gaspreises die kleinen Leute nicht belastet werden.

Jetzt wollen die Herren drüben auch noch den Mittelstand schützen. Ja, wenn die Herren jetzt keine Steuern bewilligen wollen, dann steht die Stadt gegenüber ihren Ausgaben machtlos da, und ich weiß nicht, wie sie mit ihren Finanzen zurechtkommen soll. Voriges Jahr hat Herr Dr. Jasper verlangt, die Steuer zu erhöhen, und er meinte damit die Einkommensteuer. Damals wurde nicht gesagt, daß die unteren Klassen frei bleiben sollten; das ist jetzt erst hinzugekommen. Ich würde es ja ebenso wie jene Herren mit Freuden begrüßen, wenn die Steuerlast anders verteilt werden könnte, aber das geht ja nun einmal nicht, weil das Gesetz dem entgegensteht. Wenn Sie verlangen, es soll geändert werden, dann müssen Sie eine Eingabe an den Landtag machen, der in dieser Sache zuständig ist. Jedenfalls wird auch Herr Meyerhoff im Landtage darauf hinweisen, daß das Gesetz schleunigst geändert werden muß, damit die unteren Bevölkerungsschichten durch die Erhöhung der Einkommensteuer nicht belastet zu werden brauchen.

Als Beschluß der Finanzkommission habe ich mitzuteilen, daß sie der Erhöhung des Gaspreises zustimmt, und ich bitte Sie, diesem Beschlusse heute zu folgen.

Vorsigender: Es liegen zwei Anträge vor: Der Kommissionsantrag, der auf Annahme der Magistratsvorschläge — Erhöhung der Einkommensteuer auf 12½ Einheiten und des Gaspreises auf 15 Pf. — geht, und der Antrag Wese-meier, der die Erhöhung des Gaspreises ablehnt und den als notwendig erachteten

höheren Steuerertrag und die höheren Betriebskosten der Gaswerke decken will durch Zuschläge zur Gemeindecinkommensteuer, und zwar durch Zuschlag von zwei Einheiten für die Einkommen von 3000—5000 *M* und durch höhere Zuschläge für die Einkommen über 5000 *M*, steigend mit der Höhe des Einkommens.

Für den Antrag Wesemeier meldet sich die Minderheit, für den Kommissionsantrag die Mehrheit.

Vorsitzender: Damit ist der Kommissionsantrag angenommen, der dem Magistratsantrage entspricht. Ich stelle fest, daß damit der Haushaltsplan, wie er vom Magistrate vorgeschlagen wird, angenommen ist und zugleich auch, wie ich noch wiederholen will, die Entschliebung der Finanzkommission bezüglich der Aufwendungen für Gebäude und Gebrauchsgegenstände.

Es müßte noch ausdrücklich Beschluß gefaßt werden zu dem Antrage, an Gemeindegrundsteuer wieder 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapital, an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuern und an Kanalabgabe wiederum 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals auszuscheiden. Wenn kein Widerspruch sich erhebt, stelle ich diese Punkte gemeinschaftlich zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die dafür sind, die Hand erheben zu wollen. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

3. Abänderung des Hundesteuerstatuts.

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Es ist der Statutenkommission heute nachmittag noch eine Vorlage zugegangen, betreffend die Hundesteuer, die ja auch mehrfach bei der Etatsberatung erwähnt ist. Ich habe durch Umlauf bei den Mitgliedern der Statutenkommission einen Beschluß herbeigeführt und bitte, das Schreiben des Magistrats verlesen zu dürfen.

Der Magistrat schreibt in dieser Sache an die Stadtverordnetenversammlung: „Mit Rücksicht auf die durch den Krieg veranlaßte starke finanzielle Belastung der Stadt einerseits und die Verteuerung aller Lebensmittel andererseits halten wir eine Verdoppelung der Sätze der Hundesteuer für geboten. Wir legen zu dem Zwecke den Entwurf eines Statuts zur Abänderung des Hundesteuerstatuts vom 15. Januar 1914 mit dem ergebenen Bemerken vor, daß wir heute noch nicht zu beurteilen vermögen, ob es sich beim Sinken der Preise für Lebens- und Futtermittel empfehlen wird, auf die zur Zeit geltenden Sätze der Abgabe zurückzugreifen; die Entscheidung wird wesentlich davon abhängen, ob die Erhöhung der Abgabe eine so wesentliche Einschränkung der Hundehaltung im Gefolge haben wird, daß zur Erfüllung der Zwecke der Klasse für Wohlfahrtseinrichtungen eine Ermäßigung

der Kriegssäge ratsam erscheint. Die Entschließung hierüber können sich die städtischen Behörden unbedenklich für später vorbehalten."

Da die Erhöhung der Hundesteuer mit dem eben verhandelten Punkte zusammenhängt, möchte ich vorschlagen, die Behandlung dieses Punktes jetzt gleich vorzunehmen.

Vorsitzender: Ich frage die Versammlung, ob sie damit einverstanden ist, daß dieser Punkt: Abänderung des Hundesteuerstatuts, mit Rücksicht darauf, daß sie mit dem Haushaltsplane in Verbindung steht, als dringlich verhandelt wird.

Die Versammlung ist mit der sofortigen Verhandlung einverstanden.

Stadtv. Meyerhoff: Der § 1 des neuen Statuts besagt, daß die Abgabe vom 1. April 1916 ab betragen soll:

- a) für den einzelnen Hund jährlich 40 *M*,
- b) für Zwingerhunde (Absatz 3 des alten Statuts) jährlich 120 *M*,
- c) für die zweite und dritte dem Zwingerhalter nach § 6 Absatz 3 des alten Statuts verabreichte Marke 40 *M*.

§ 2 lautet: „Die nach § 3 Absatz 2 des Statuts Nummer 46 zu erlegende Teilabgabe beträgt vom 1. April 1916 an 10 *M* für das Kalendervierteljahr; der gleiche Betrag wird erstattet, soweit nach § 3 Absatz 4 daselbst eine Rückzahlung der Abgabe zu erfolgen hat.“

Die Herren aus der Statutentkommission, denen der Entwurf vorgelegen hat, haben ihr Einverständnis mit den Änderungen erklärt. Ich gebe namens der Herren Genehmigung der Vorlage anheim.

Stadtv. Munte: Im Finanzausschuß war diese Neugestaltung der Hundesteuer mit in Aussicht genommen, und es wurde auch bei der Aussprache und bei der Abstimmung festgestellt, daß der Ausschuß mit der Erhöhung dieser Steuer einverstanden ist. Eine Minderheit war allerdings dagegen, und es kamen auch Steuersätze von 50 *M* und noch höhere in Vorschlag. Ich bin bei der Beratung dieses Punktes zu der Ansicht gekommen: Wenn man eine Steuer festsetzt, dann will man auch ein Einkommen daraus erzielen. Aber bei einem Satze von 40 *M* werden wir nicht einmal das aus der Steuer ziehen, was wir bis jetzt erhalten haben. Mehr als die Hälfte der Leute werden dann ihren Hund abschaffen. „Zu weit getrieben, verfehlt die Strenge ihres weisen Zwecks, zu stark gespannt, zer springt der Bogen.“ Es sind nicht nur die Leute in Betracht zu ziehen, die sich zum Vergnügen Hunde halten, sondern auch die, welche Hunde zur Ausübung ihres Berufes bedürfen. Trotz der Bewachung der Nachtwächter und der Wächter des

Wach- und Schließinstitutes wird immer noch eingebrochen, so daß mancher Geschäftsmann — auch die Schlachter, bei denen in dieser Kriegszeit stark begehrte Artikel zu holen sind — gezwungen ist, neben der städtischen und privaten Bewachung noch einen Hund zu halten. Ich bin in der Kommission auch für die Erhöhung gewesen, aber ich hätte gewünscht, daß die Kommission sich auf einen Satz von 30 *M* geeinigt hätte; das ist ein erträglicher Sprung, und es kann dabei auch für die Stadt etwas herauskommen. Bis jetzt geht die Wohlfahrtskasse Null gegen Null auf; ich fürchte, bei einer solch starken Erhöhung der Hundesteuer wird die Stadt später bei der Wohlfahrtskasse noch zuzahlen müssen.

Vorsitzender: Sie beantragen, als neuen Satz 30 *M* einzusetzen. Wollen Sie bei 120 *M* und 40 *M* für die Zwingerhunde bleiben?

Oberbürgermeister Metemeyer: Daß die Einnahme aus der Hundesteuer nicht hinreicht, um uns über den Fehlbetrag, der sich im Haushaltsetat ergeben hat, hinwegzuhelfen, ist keine Frage. Es wird deshalb auch die Einnahme aus der Hundesteuer in eine besondere Klasse abgeführt. Zu der Höhe des Satzes möchte ich meinerseits bemerken: Wenn die Stadtverordnetenversammlung 30 *M* für angemessen erachtet, so wird der Magistrat jedenfalls auch damit zufrieden sein. Daß in der jetzigen Zeit die Abschaffung eines großen Teiles der Hunde im Interesse der Menschen und im Interesse der Tiere, die wir halten müssen, durchaus wünschenswert erscheint, läßt sich nicht bestreiten, und ich sollte meinen, es wäre von Herrn Munte richtiger, zu sagen: „Ich halte die Sätze wohl für zu hoch, aber einstweilen, solange der Krieg dauert, stimme ich ihnen mit Rücksicht auf den Nebenzweck zu.“ Auch der Magistrat hat in seinem Schreiben angedeutet, daß er aus wohlervogenen Gründen nicht abgeneigt sein wird, später mit den Sätzen wieder herabzugehen, damit die Gesamtsumme, die aus der Hundesteuer erlöst wird, wieder in die Höhe geht. Im Vorjahre sind im ganzen 46 000 *M* aus dieser Steuer erzielt. Ich bitte die Herren, eine straffe Anspannung der Steuer in Erwägung zu ziehen, damit die Zahl der Hunde in dieser Kriegszeit eingeschränkt wird.

Stadtv. Frede: Die Herren wissen, daß seinerzeit, als die letzte Erhöhung der Hundesteuer vorgenommen wurde, von den Hundeliebhabern in der Presse gedroht wurde: „Wir schaffen die Hunde ab; ihr irrt euch, wenn ihr eine Besserung eurer Einnahmen von der Erhöhung erwartet, es wird sich eine geringere Einnahme ergeben.“ Welche Wirkung hat sich dann nach der Erhöhung herausgestellt? Die Zahl der Hunde ist nicht geringer geworden, ich möchte sogar behaupten, sie ist größer geworden. Hunde gibt es in Braunschweig noch sehr zahlreich, und die

unangenehmen Beschlüssen auf den Platten der Fußwege, besonders im Osten der Stadt, geben ein unangenehmes Zeugnis dafür. Herr Munte befürwortet eine kleinere Erhöhung und droht, möchte ich sagen, damit, daß eine Abnahme der Hunde in merkbarer Weise erfolgen würde, was für unsere Finanzlage nicht zu wünschen sei. Vor drei Jahren hat der hiesige Grundbesitzerverein eine Anfrage von dem Grundbesitzerverein in Stettin erhalten, in der der Schriftführer dieses Vereins, Herr Professor Köhler, eine Auskunft erbat, wie die Verhältnisse in betreff der Hunde in Braunschweig seien, und wie hoch hier die Hundesteuer sei; in Stettin würden 40 *M* genommen und dort wüßten sie sich vor Hund nicht zu retten. Das ist ein Beweis dafür, daß dort der Satz von 40 *M* nicht abschreckend gewirkt hat, und ebenso wird er es hier auch nicht tun. Wer in seinen Hund vernarrt ist, wird seinen Hund auch bei der hohen Steuer behalten. Nun sagt Herr Munte, man müsse bedenken, daß an manchen Stellen die Hundehaltung nötig sei, denn es würde eingebrochen trotz der Wächter. Dagegen sage ich: Es wird auch eingebrochen trotz der Hunde. Der Grund kann also, wie ich meine, nicht verschlagen. Es ist uns auch später aus Stettin, als die Erhebung über die Hundesteuer in den Groß- und Mittelstädten vollzogen war, mitgeteilt, daß als Durchschnittssatz in den Großstädten sich 40 *M* herausgestellt habe. Die Hundehalter dürfen also nicht glauben, daß sie bei einem solchen Satze in Braunschweig besonders geschröpft werden; mit dieser Erhöhung treffen wir erst den Durchschnitt.

Bei der Abstimmung über den Satz von 40 *M* stellt der Herr **Vorsitzende** fest, daß von 25 anwesenden Stadtverordneten (außer dem Vorsitzenden) 12 für Annahme gestimmt haben. Der Antrag der Statutenkommission ist damit abgelehnt.

Vorsitzender: Der Antrag Munte geht dahin, die Sätze auf 30 *M*, 120 *M* (für Zwingerrunde) und 30 *M* (für den zweiten und dritten Zwingerrund) zu erhöhen, und dementsprechend den Vierteljahressatz auf 7,50 *M* zu normieren.

Für diesen Antrag stimmt die Mehrheit.

4. Übersicht über die im Rechnungsjahre 1916/17 zu zahlenden Löhne.

Stadtv. **Loeschigt:** Meine Herren, es wird jedem von Ihnen die „Übersicht der vom 1. April 1916 an zu zahlenden Löhne“ zugegangen sein. Der Magistrat bemerkt dazu, daß die in dieser Übersicht aufgeführten Löhne im Einvernehmen mit der Lohndeputation vom Magistrat für angemessen erachtet werden. Die in der Übersicht vorgesehenen Lohn erhöhungen sind in vielen Fällen bereits im Laufe des gegenwärtigen Rechnungsjahres eingetreten, ferner wird in Gemäßheit eines früher gefaßten Beschlusses allen verheirateten oder verwitweten städtischen Ar-

beitern und Bediensteten mit einem Jahresverdienst von bis zu 2000 *M* eine monatliche Teuerungszulage von je 5 *M* für die Frau und jedes Kind unter 16 Jahren gewährt. Diese allgemeine Teuerungszulage ist in der Übersicht nicht mit aufgeführt.

Schließlich weist der Magistrat darauf hin, daß die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke unter dem 8. März angezeigt hat, daß die im Laufe dieses Jahres zugestandenen Lohnerhöhungen nicht genügten, um tüchtige Arbeitskräfte in genügender Anzahl zu gewinnen, daß daher schon vom 1. April d. J. ab eine weitere Lohnerhöhung nicht zu umgehen sei. Bei Lage der Verhältnisse hat der Magistrat gegen diese Erhöhung nichts einzuwenden.

Wie im vorigen Jahre wird uns nur eine kurze Übersicht darüber gegeben, was in den einzelnen Betrieben und Verwaltungen gezahlt wird. Vor Jahren hatte Herr Kollege Jasper die Anregung gegeben, man möge ausführlichere Angaben machen, woraus zu ersehen sei, wieviel Stunden gearbeitet sei, was an Sonntagsarbeit und an Nachtarbeit geleistet sei usw. In Rücksicht auf die Belastung unserer städtischen Verwaltung mit Arbeiten sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß wir davon in diesem Jahre absehen müssen. Die Finanzkommission bittet, die Übersicht so zu genehmigen, wie sie vorliegt, und das Einverständnis der Versammlung mit den Löhnen, soweit sie nicht schon überschritten sind, zu erklären.

Stadtv. Steinbrecher: Es sind heute einige Straßengehrer an mich mit dem Wunsche herangetreten, ich möchte hier vorbringen, ob es nicht abzuändern sei, daß gerade bei den Straßengehrern im ersten Jahre monatlich 90 *M*, im zweiten Jahre 100 *M* gezahlt werden und darauf, ganz gleich, ob die Leute 10 oder 20 Jahre beschäftigt sind, die Staffe lung auf 100 *M* stehen bleibt. Es ist bei jedem Betriebe üblich, daß die Leute, wenn sie längere Zeit in ihrem Betriebe gearbeitet haben, in ihren Bezügen aufgebessert werden. Es wurde mir gesagt, daß Leute dabei sind, die 10—15 Jahre im städtischen Dienste tätig sind und immer noch 100 *M* erhalten.

Sodann war im vorigen Sommer von den Kanalreinigern die Bitte um Verlegung ihrer Arbeitszeit geäußert worden, und zwar begründeten sie das folgendermaßen: Infolge des Brotmangels können sie kein Vesperbrot mit zur Arbeit nehmen, sitzen in der ihnen freistehenden halben Stunde auf der Straße und sind den Blicken des Publikums ausgesetzt. Den Kanalarbeitern wäre es daher erwünscht, wenn sie, statt eine Pause in der Arbeit zu machen, eine halbe Stunde früher nach Hause gehen könnten. Der Kanalmeister, dem die Bitte vorgetragen ist, hat darauf hingewiesen, daß sich die Leute an die Stadtverwaltung wenden müßten, und das ist auch geschehen. Der Kanalmeister hat außerdem noch Einwendungen deswegen gemacht, weil es vorkommen könnte, daß kurz vor 6 Uhr

noch eine Verstopfung gemeldet würde. Darauf erwidern die Kanalreiniger, es würde auch heute schon so gehandhabt, daß zu allen Verstopfungen, die kurz nach 6 Uhr gemeldet werden, erst am anderen Morgen Arbeiter hingeschickt werden. Genau so könnte es auch gemacht werden, wenn der Schluß der Arbeitszeit auf $\frac{1}{2}$ 6 Uhr festgesetzt würde.

Ich habe den Leuten geraten, ein Gesuch einzureichen, und bin der Meinung, daß sich der Bitte nachkommen läßt. Denn wenn die Leute sowieso ihre freie Zeit nicht zum Vespern gebrauchen können, so ist es angebracht, ihnen in dieser Weise entgegenzukommen. Der Herr Stadtbaurat hat den Leuten zurückgeschrieben, er lehne es ab, die Arbeitszeit zu ändern; weshalb, weiß ich nicht. Vielleicht ist es der übrigen Arbeiter wegen geschehen, aber wenn es ihnen ebenso ginge, würde ich nichts darin sehen, wenn auch bei ihnen die Vesperzeit ausfiel und dafür der Schluß der Arbeitszeit früher festgesetzt würde. Einen solchen Wunsch vorzutragen, habe ich aber von den übrigen Arbeitern keinen Auftrag, vielleicht kommt der Herr Stadtbaurat den Arbeitern in diesem Sommer entgegen und ändert die Arbeitszeit.

Stadtbaurat Lebensleben: Dem Herrn Vorredner möchte ich erwidern, daß ich allerdings vor längerer Zeit, es kann etwa ein oder $\frac{3}{4}$ Jahr her sein, in Vertretung des Herrn Stadtbaurats Menadier ein Gesuch der Kanalarbeiter abgelehnt habe. Ich bin aber gern bereit, von neuem die Angelegenheit prüfen zu lassen. Wenn es sich ermöglichen läßt, eine derartige Verschiebung oder Verlegung der Arbeitszeit für eine gewisse Zeit einzurichten, so würde dem meinerseits nichts in den Weg gelegt werden. Ich glaube mich allerdings erinnern zu können, daß damals die Kanalreinigungsarbeiter sich in ihrem Gesuch nicht in ganz angemessener Weise geäußert haben.

Bürgermeister Meyer: Über die Lohnsätze der Straßenkehrer ist im Laufe der Jahre wiederholt hier gesprochen. Es ist unzweifelhaft, daß der Satz, wie er hier eingetragen ist, niedrig erscheint. Bei der Lohnbemessung ist bestimmend gewesen, daß die Straßenkehrer im allgemeinen nur 7 Stunden Arbeitszeit haben, daß infolgedessen die Straßenkehrer ihre Arbeitskraft im städtischen Dienste nicht ausnützen, vielmehr ausreichend Zeit und Gelegenheit haben, noch nebenbei zu verdienen. Wiederholte Ermittlungen haben die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt. Ich erkenne an, daß man über die Angemessenheit des Lohnsatzes verschiedener Ansicht sein kann, ich weise aber darauf hin, daß die Lohndeputation ihn mit der Straßenreinigungs-Deputation heute noch für angemessen hält. Sollten die Straßenkehrer mit der Einteilung ihrer Arbeitszeit nicht einverstanden sein, so würde eine Änderung in Erwägung genommen werden können.

Stadtv. Steinbrecher: Nachdem hier angeführt worden ist, daß das Gesuch der Kanalreinigungsarbeiter nicht angemessen gewesen sei, möchte ich mir erlauben, den Wortlaut vorzulesen:

„Die unterzeichneten Arbeiter der Kanalreinigungs-Abteilung erlauben sich höflichst, folgendes Gesuch einzureichen:

Unsere Arbeitszeit dauert früh von 6 Uhr bis abends 6 Uhr. Vormittags haben wir eine halbe Stunde Pause und nachmittags ebenfalls. Die Mittagspause beträgt eine Stunde.

Unsere Bitte geht nun dahin, wohlhöbl. städtische Bauverwaltung möge für die Dauer des Krieges die Vesperpause aufheben und den Arbeitschluß nachmittags 5½ Uhr eintreten lassen.

Zur Begründung unsrer Bitte gestatten wir uns folgendes anzuführen: Infolge der Knappheit des Brotes und der geringen Zahl Brotarten sind wir doch nicht in der Lage, wie früher zur Vesper Brot mitzunehmen. Wir müssen Brot sparen und können in der Nachmittagspause doch nichts essen. Aus diesem Grunde wäre es uns sehr willkommen, wenn wir im Sommer eine halbe Stunde früher nach Hause gehen könnten.

Herr Kanalmeister Löffler, dem wir unsere Bitte vortrugen, glaubte allein die Erlaubnis dazu nicht erteilen zu können. Auch befürchtet Herr Kanalmeister Löffler, daß kurz vor 6 Uhr noch eine Verstopfung gemeldet werden könnte, und dann wären keine Leute mehr da. Es wird aber auch heute schon so gehandhabt, daß Verstopfungen, die kurz vor 6 Uhr gemeldet werden, erst am andern Tage früh in Arbeit kommen. Auch alle Verstopfungen, die kurz nach 6 Uhr gemeldet werden, sind ja erst am andern Morgen auszuführen.

Den unterzeichneten Arbeitern wäre es viel erwünschter, die halbe Stunde früher zu Hause zu sein, als die Zeit an der Straße zu sitzen und nichts zu tun, noch dazu, wo bei uns die Unterkunft fehlt, die uns den Blicken der Straßenpassanten entzieht.

Mit der höflichen Bitte, unserm Gesuch eine wohlwollende Berücksichtigung zuteil werden zu lassen, zeichnen ergebenst“

Meine Herren, an dem Gesuch ist doch nichts auszusetzen?!

Stadtbaurat Gebensleben: Ich kann von dieser Stelle aus nicht nachprüfen, ob ich dieses Gesuch im Auge gehabt habe. Ich glaube, es sind wiederholt Gesuche in dieser Sache an die Kanalbauabteilung oder an mich gelangt.

Stadtv. Niese: Durch die Berichterstattung hat wohl jeder von uns Nachricht über die Höhe der Lohnsätze erhalten, aber es ist nicht recht klar daraus geworden, wie die Sätze gehandhabt werden sollen. Das möchte ich nachholen.

Bei der Straßenreinigung sind die Teuerungszulagen auf 12 *M* erhöht, und zwar werden diese Zulagen nicht nach der Dauer der Beschäftigung bemessen, sondern jeder bekommt sie. Bei der Berufsfeuerwehr betragen sie ebenfalls 12 *M*. Bei dem städtischen Wächterkorps hat man es deshalb abgelehnt, Teuerungszulagen zu bewilligen, weil man sich auf den Standpunkt stellt, daß es diesen Leuten möglich sei, durch Nebenarbeit sich noch Verdienst zu verschaffen. Dasselbe ist bei dem städtischen Desinfektionswesen angenommen. Bei dem Tiefbauamt ist die Sache folgendermaßen geregelt: Die Wegewärter erhalten 12 *M* Zulage, die Hilfsarbeiter der Wegewärter 6 *M*, die Gärtner wieder 12 *M*. Für die Straßenbauarbeiter und Lagerplatzarbeiter sind 6 *M* bewilligt. Bei der Kanalbauabteilung ist darauf Rücksicht genommen, daß die Arbeiter, die im Kanalnetz selbst tätig sind, je 12 *M* erhalten, während denjenigen, die nur oberirdische Arbeiten verrichten, 6 *M* zugebilligt sind. Außerdem ist man selbstverständlich damit einverstanden, daß betreffs des Gas- und Wasserwerks, der Pumpstation, der Neustadtmühle und was damit zusammenhängt, also der Werke, die unter der Direktion des Herrn von Feilich stehen, weil — wie der Herr Referent aus dem Schreiben des Magistrats vorgetragen hat — zu den bestehenden Löhnen keine tüchtigen Arbeiter zu haben sind, der Deputation freie Hand gelassen wird, daß sie dafür sorgt, wie sie Leute bekommt, und daß sie die auch angemessen bezahlen kann.

Die Versammlung erklärt sich mit den in der Lohnübersicht verzeichneten Sätzen einverstanden und schließt sich der Ansicht des Magistrats über Zahlung höherer Löhne auf den Gaswerken an.

5. Verwilligung eines besonderen Zuschusses an die katholische Schule.

Stadtv. **Göde**: Die Lehrerschaft der katholischen Gemeindeschule hat sich an das Herzogliche Staatsministerium und an den Magistrat mit der Bitte gewandt, aus staatlichen und städtischen Mitteln einen Zuschuß an die Kasse der katholischen Schule zu leisten. Die Gründe dafür sind die folgenden:

Die katholische Schule hat seit Jahren von der Stadt einen Zuschuß von 35 *M* für jedes Schulkind bekommen, der vor 6 Jahren 40 600 *M* betragen hat. Die ganzen Jahre hindurch sind diese Beträge heruntergegangen, weil sich die Zahl der Schulkinder fortgesetzt verringert hat. Im laufenden Jahre sind 122 Kinder weniger in die Schule gegangen als 1910/11. Daraus erklärt sich, daß auch die Schulgeldeinnahmen zurückgegangen sind. Nun war den Lehrern der katholischen Schule seinerzeit zugebilligt, gleichgestellt zu werden mit den Lehrern an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig, aber dieser Beschluß ist leider nicht zur Ausführung gekommen, weil die Gelder dafür dem Vorstande der katholischen Schule nicht zur Verfügung standen. Auf das Gesuch der Lehrer hat das Herzog-

liche Ministerium einen Zuschuß von 4000 *M* für die beiden nächsten Rechnungsjahre in den Staatshaushalt eingestellt in der Erwartung, daß auch die Stadt Braunschweig einen Zuschuß leisten würde.

Der Antrag der Lehrerschaft der katholischen Schule kann wohl als begründet bezeichnet werden, denn wir sind alle nicht der Meinung, daß diese Herren schlechter gestellt werden sollen als unsere Bürgerschullehrer und wegen der ungünstigen Verhältnisse der leidende Teil sein sollen. Wir haben im vorigen Jahre nur 36 330 *M* als Zuschuß an die katholische Schule bezahlt, also über 4000 *M* weniger als vor Jahren, was für die Schulkasse als gewaltiger Ausfall bezeichnet werden muß. Der Magistrat steht deshalb dem Gesuche der Lehrerschaft wohlwollend gegenüber. Wenn er auch nicht verkennet, daß es bedenklich ist, neben dem fest vereinbarten, nach der Kinderzahl berechneten Zuschusse noch weitere Beträge für die Zwecke der katholischen Schule zu zahlen, so hält er es doch, da es sich um eine Ausnahmemaßregel handelt und die Stadtgemeinde durch den Rückgang der Schulkinder an dem Hauptzuschusse Ersparnisse gemacht hat, aus Billigkeitsgründen für empfehlenswert, sowohl für das laufende wie für das nächste Rechnungsjahr neben dem vereinbarten Zuschusse einen besonderen Zuschuß von je 2000 *M* unter der Bedingung an die katholische Schule zu zahlen, daß die Lehrkräfte mit den Lehrkräften der städtischen Bürgerschulen für die Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1917 gleichgestellt werden. Der Magistrat ersucht deshalb, für den angegebenen Zweck sowohl für 1915/16 wie für 1916/17 den Betrag von je 2000 *M* aus Kapitel III der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse zu bewilligen.

Die Schulkommission hat die Sache eingehend geprüft und läßt Sie durch mich ersuchen, dem Antrage des Stadtmagistrats zu entsprechen.

Die beiden Beträge werden verwilligt.

Vorsigender: Es sind noch einige eilige Sachen eingegangen. Zunächst der Antrag auf Erhöhung des städtischen Kredits beim Leihhause, den die Finanzkommission bereits vorberaten hat.

6. Erhöhung des der Stadt eröffneten Kredits beim Leihhause.

Stadtv. **Schön:** Der Stadtmagistrat schreibt an die Stadtverordneten:

„Auf Grund des der Stadt beim Herzoglichen Leihhause eröffneten Kredits von 8 Millionen Mark sind heute 7 220 000 *M* angeliehen, die mit 4½ Prozent verzinst werden. Da die Kriegsausgaben mindestens im bisherigen Umfange weiter erwachsen werden, und da auf den Eingang der für das erste Vierteljahr des neuen Rechnungsjahres zu erhebenden Steuern vor Anfang Juni d. J. kaum zu

rechnen ist, wird eine Überschreitung des Kredits von 8 Millionen voraussichtlich schon in nächster Zeit unvermeidlich werden. Wir geben daher anheim, uns gemäßigt ermächtigen zu wollen, den der Stadt eröffneten Kredit bis zum Betrage von 10 Millionen Mark in Anspruch zu nehmen.“

Diese Krediterhöhungen sind im Laufe der letzten Zeit mehrfach vorgenommen, von 4 auf 6 Millionen, von 6 auf 8 Millionen, und wurden bisher durch die verstärkte Finanzkommission erledigt. Da aber diesmal die Stadtverordnetenversammlung zeitlich näher lag, so ist es natürlich, daß im vorliegenden Falle die Vollversammlung selber ihre Zustimmung dazu gibt. Die Finanzkommission hat der Erhöhung des Kredits von 8 auf 10 Millionen Mark zugestimmt. Sie haben heute aus dem Munde des Herrn Oberbürgermeisters gehört, daß wir in dankenswerter Weise diesen Kredit zu günstigem Zinsfuße durch den Staat erhalten, und ich bitte Sie deshalb, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

7. Bewilligung einer Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund.

Stadtv. Schön: Es handelt sich um eine Sache, die uns vorhin erst zugegangen ist.

Der Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Braunschweig, wendet sich an den Stadtmagistrat und bittet um eine Beihilfe von 300 M. Er schreibt dazu, daß die Arbeiter-Samariterkolonne sich an dem Kranken- und Samariterdienste beteiligt, der von der Stadt und der freiwilligen Krankenpflege errichtet ist. Die Ausbildung von geschulten Kräften sowie die Beschaffung von geeigneten Lehrmitteln erfordern in dieser Zeit so hohe Ausgaben, daß der Bund ihnen ohne die erbetene Beihilfe nicht gewachsen wäre. Der Magistrat gibt anheim, dem Arbeiter-Samariterbunde die erbetenen 300 M zu Lasten der Kasse für Wohlfahrts-Einrichtungen zu bewilligen.

Der Finanzkommission konnte die Sache nicht mehr vorgelegt werden. Es ist aber wohl angängig, daß wir ohne Vorberatung der Bewilligung dieser 300 M zustimmen, was ich meinerseits empfehle.

Die 300 M werden bewilligt.

8. Beteiligung der städtischen Beamten an der vierten Kriegsanleihe.

Stadtv. Schön: Die städtischen Beamten haben den Wunsch, sich auch an der vierten Kriegsanleihe zu beteiligen, und bitten den Magistrat, ihnen dabei durch Vorschüsse behilflich zu sein, wie das auch bei der 2. und 3. Kriegsanleihe der Fall

war. Der Magistrat schreibt dazu, daß er anheimgibt, ihn auch diesmal zur Leistung des erbetenen Vorschusses bis zu etwa 15 000 *M* zu ermächtigen, und zwar mit der Maßgabe, daß a) die Stücke der Reichsanleihe bis zur Abtragung des Vorschusses im Besitze des Magistrats bleiben, b) die Vorschüsse durch zehn Abträge in Form von monatlichen Abzügen von den Gehältern zurückgezahlt werden, und c) die Vorschüsse mit 4½ Prozent verzinst werden, da die Stadt selbst gleichfalls 4½ Prozent Zinsen zahlen muß.

Die Finanzkommission hat die Angelegenheit geprüft und empfiehlt Ihnen Zustimmung zu dem Magistratsantrage mit der Erweiterung, daß sich diese Vorschußleistung nicht nur auf die im direkten Verwaltungsdienste stehenden Beamten erstrecken möge, sondern auch auf die anderen städtischen Beamten, Lehrer usw.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Finanzkommission zu.

9. Anfrage Stegmann über Unzuträglichkeiten bei den städtischen Lebensmittelverläufen.

Vorsitzender: Es ist folgende Anfrage von Herrn Stegmann und sieben anderen Stadtverordneten eingegangen:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß sich bei dem städtischen Kartoffel- und Fleischverkäufe immer noch erhebliche Mißstände bemerkbar machen, und wie gedenkt der Magistrat Abhilfe zu schaffen?“

Ich stelle diese Angelegenheit noch auf die Tagesordnung und nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden sein wird, da es sich um eine mehr oder weniger dringliche Angelegenheit handelt. Ich erteile zunächst Herrn Stegmann das Wort zur Begründung der Anfrage.

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): Wir haben uns in der vorigen Versammlung mit den Mißständen befaßt, die sich bei der Lebensmittelverteilung bemerkbar gemacht haben, und verschiedentlich ist auch Besserung eingetreten, namentlich im Kartoffelverkauf. Da ist die Sache jetzt so eingerichtet, daß der Verkauf nicht nur im Keller der Markthalle, sondern an zwei Tagen, Mittwochs und Sonnabends, auch durch die Händler in der Markthalle vor sich geht, so daß er sich glatt abwickelt. Vorgestern abend habe ich aber bemerkt, daß merkwürdigerweise trotz großem Andrang wiederum nur im Keller verkauft wurde. Es geschieht der Zugang dort in einer geradezu lebensgefährlichen Weise, denn es wird dort eine Kette vor den Eingang gesperret, und als die Leute in den Keller gelassen wurden, sind mehrere Frauen gestürzt und Kinder darüber hinweg. Im Keller selbst haben sich Käufer die Hände abgeschabt, der Hut ist ihnen heruntergerissen und ähnliches. Es

müßte doch etwas Einfaches sein, den Andrang dort zu regeln. Könnte man an solchen Tagen nicht auch den Händlern Kartoffeln zum Verkauf übergeben? Ich hörte außerdem, daß nicht alle, die Kartoffeln verlangt haben, zum Verkaufe herankommen sind. Es sollte allerdings am Tage darauf der erhöhte Kartoffelpreis in Kraft treten, aber ein solcher Vorfall kann sich doch zu leicht wiederholen. Ich würde empfehlen, wenn wieder starker Andrang sich zeigen sollte, die Händler zur Kartoffelabgabe mit heranzuziehen.

Was sodann die Regelung des Fleischverkaufs betrifft, so ist jetzt eine Neuerung eingetreten, die wohl eine wirkliche Besserung herbeiführen kann. Es werden jetzt von den Lehrern in den Schulen die für den Fleischverkauf eingeführten Marken ausgegeben. Nun aber hat sich eine solche Kopfsahl von Käufern auf den einzelnen Schulhöfen eingefunden — 500 bis 1000, z. B. auf den Höfen der Schulen an der Pestalozzistraße, Heinrichstraße, Mittelschule usw. —, daß es an einzelnen Stellen sogar zu Kaufereien gekommen ist. Nun gebe ich gern zu, daß viel die Unvernunft der Leute mitspricht, die stundenlang vorher zu jenen Stellen kommen, sich drängen und einander die Kleider vom Leibe reißen. Es müßte wiederholt darauf aufmerksam gemacht werden, daß das keinen Zweck hat. Sie bekommen an diesen Stellen weder Fleisch noch sonst welche Ware, sondern nur die Karten. Das ist versäumt und muß nachgeholt werden.

Auch bei den eigentlichen Verkäufen sind die Beamten nicht zutreffend unterrichtet. So ist vorgestern von mir bemerkt worden, daß der aufsichtführende Polizeibeamte nicht orientiert war. Es ist vorgekommen, daß die Polizei diejenigen Leute, die niedrige Nummern gehabt haben, Nummer 1, 2 usw., aber hinten an gestanden haben, einfach weggeschickt hat mit den Worten: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!“ Auch an den Verkaufsstellen haben die Leute stundenlang gestanden und die Kraft der Ellbogen gebraucht. Die vorn standen, haben etwas bekommen, andere sind weggewiesen worden. Im Rosenhagen und in der Leopoldstraße hat der Polizeibeamte erklärt: „Ob Sie Nummer 2 oder 200 haben, das ist gleich, Sie kommen doch nicht an die Reihe!“ Was hat dann die Nummernausgabe für einen Wert, wenn so etwas vorkommt. Man sieht an dem kolossalen Menschenandrang, wie groß die Not geworden ist. Deshalb ist es auch, wie ich gern zugeben will, nicht leicht, das Richtige zu treffen und zu erreichen, daß alles klappt.

Sollte man die Sache nicht noch in anderer Weise regeln können? Ich wollte zur Erwägung anheimgeben, vielleicht den Hausbesitzern, wie die Brotkarten, auch diese Nummern zur Verteilung zu übergeben. Aber dann ist auch keine Gewähr gegeben, daß die etwas bekommen, die es am nötigsten haben. Dann wird vielleicht Rücksicht genommen gegen diesen oder jenen Mieter. Vielleicht muß aber doch erwogen werden, ob nicht eine straßenweise Verteilung der Karten erfolgen muß.

Im einzelnen kann ich hier natürlich nicht auf alles eingehen. Auf jeden Fall müßte versucht werden, den Andrang zu vermeiden, und nicht nur die Nummernausgabe, sondern auch den Verkauf streng zu regeln. Vielleicht hat der Magistrat schon darauf gesonnen, wie er Besserung in dieser Sache eintreten lassen kann.

Stadtrat von Franckenberg: Wegen des Kartoffelverkaufs waren wir in der verflossenen Woche in der glücklichen Lage, daß wir über ausgiebige Vorräte verfügen konnten, während wir in der vorhergehenden Zeit wegen der ausgebliebenen Lieferungen und wegen des Frostes in Schwierigkeiten gekommen waren. Jetzt haben wir nicht nur genügende Mengen Kartoffeln in Vorrat, sondern auch von der Reichskartoffelstelle haben wir namhafte Mengen in naher und ferner Aussicht, so daß wir hoffen dürfen, fortlaufend versorgt zu sein. Die großen Schwierigkeiten, die sich am Dienstag gezeigt haben, hat Herr Stegmann richtig gewürdigt. Sie hingen damit zusammen, daß es der letzte Tag war, an dem noch der Vierpfennigspreis für das Pfund galt, während wir durch die Erhöhung der Erzeugerpreise genötigt gewesen sind (Zuruf Benzen: Genötigt?), von jetzt ab den Preis für das Pfund um 1½ Pfennig heraufzusetzen. Ich verstehe es, wenn viele Leute bemüht gewesen sind, im letzten Augenblicke durch Herandrängen an die städtischen Verkaufsstellen noch Kartoffeln zu niedrigerem Preise zu erwerben. Das war ein Zustand, der bedauert werden muß, den wir aber ertragen mußten; etwas Ähnliches wird so leicht nicht wieder eintreten.

Was die Verteilung der Kartoffeln betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, wie sehr sich das Abkommen bewährt hat, das wir mit einzelnen Händlern und Gemüsefrauen getroffen haben, die Kartoffeln von uns übernehmen und in der Markthalle und in ihren Läden an ihre Kunden abgeben. Im übrigen hat sich unsere Kartoffelabgabe in kleinen Posten in der Mehrzahl der Fälle bewährt, während die größeren Abnehmer — solche, die Soldaten im Quartier haben, Speisewirte und andere — noch auf Schwierigkeiten gestoßen sind. Sobald wir über größere Vorräte verfügen, werden wir selbstverständlich die Großabnehmer mehr berücksichtigen können.

Was die Fleischversorgung anlangt, so möchte ich Gelegenheit nehmen, um an dieser Stelle den Herren Sander und Bunge für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit im Schlachtungsauschuß zu danken; sie haben der Stadt damit wertvolle Dienste geleistet. Daß gleichwohl nicht alles klappt, ist deshalb kein Wunder, weil bei der Neuheit der Einrichtung und bei der Schwierigkeit der Durchführung sich selbstverständlich mancherlei Mißstände ergeben müssen. Wir sind in dieser Sache angewiesen, Hand in Hand mit der Polizeidirektion zu arbeiten. Erfreulicherweise haben wir von der Polizeidirektion Vorschläge bekommen, was ihr in der Sache zweckmäßig erscheint, und ich habe mich deswegen mit Herrn Sander in Verbin-

dung gesetzt. Sie können überzeugt sein, wir werden unter Benützung der Vorschläge, wie sie hier gemacht sind, und des Vorbildes, wie man in Dresden vorgegangen ist, bemüht sein, der aufgetretenen Schwierigkeiten Herr zu werden. Empfehlenswert wird es sein, daß auch Sie in Ihren Kreisen darauf hinwirken, daß das unvernünftige Gebaren, das Herr Stegmann vorhin mit Recht gegeißelt hat, unterbleibt und die an der Sache Beteiligten mit einiger Ruhe an die Verteilungsstellen herantreten. Wir wollen auch darauf hinwirken, daß nicht derjenige, der zuerst hinkommt, die Nummer 1 bekommt, sondern daß die Nummern gemischt werden und auf diese Weise unsere Einwohner, mögen sie nun früher oder später kommen, die Wahrscheinlichkeit haben, mit einer Nummer zum Zuge zu kommen, dann werden wir wohl den berechtigten Wünschen der Einwohnerschaft mehr als bisher entgegenkommen.

Stadtv. **Steinbrecher** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt, und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Steinbrecher**: Der Austeilung der Karten in der Schule an der Comeniusstraße habe ich beigewohnt, und ich hätte wohl gewünscht, daß Sie die große Menge der Personen gesehen hätten. Um 3 Uhr kam ich hin; es standen wohl 3000 Personen auf dem Hofe. Da habe ich zu dem Beamten gesagt: „So geht das nicht, Sie dürfen jetzt die Tür nicht aufmachen. Erst müssen wir versuchen, die Leute von den Türen wegzubringen und nach der Turnhalle hinzuleiten.“ Der Polizeibeamte erwiderte: „Das ist ausgeschlossen!“ Nun steht aber in der Verordnung, daß erst die Leute an die Reihe kommen sollten, die noch keinen Stempel in ihrem Brotkartenumschlage stehen haben, dann diejenigen mit einem Stempel usw. Es war nur ein Polizeibeamter da, aber wir sind doch hinausgegangen, und ich habe den Versammelten gesagt: „Hier kann nicht aufgemacht werden; Sie müssen sich anstellen; die ohne Stempel dorthin, die anderen hierher.“ Da ging es los wie bei einer Völkerwanderung, und innerhalb weniger Minuten war doch etwas Ordnung darin, denn ein jeder sah ein: Auf andere Weise geht es nicht. Nun war aber noch ein Fehler vorhanden. Wer soll die Leute antreten lassen? Der eine Beamte allein ist nicht dazu in der Lage. Es hätten 12 Ordner sein müssen. Herr Frede hat ja in der letzten Sitzung gesagt, es würden sich eine ganze Anzahl Herren für solche freiwilligen Dienste finden. Wären 12 Personen dagewesen, die durch Armbinden kenntlich gemacht waren, dann wäre es möglich gewesen, für Ordnung zu sorgen. Ich war in der Schule, als die Tür aufgemacht wurde. Wer einmal einen solchen Andrang gesehen hat, der weiß, wie gefährlich das für die Menschen ist. Die Tür muß frei bleiben, und eine Stunde vorher müssen die Ordner am Platze sein. Eine jede Neuerung muß ja erst ausprobiert

werden, und das ist auch so mit dieser Kartenausgabe. Diejenigen, die Innendienst hatten, konnten ja nicht außen tätig sein, aber andere Kräfte hätten dafür angenommen werden müssen. Es sollten ja auch nur ein paar hundert Nummern ausgegeben werden, da hätte man die anderen tausend, die auch Fleisch haben wollten, gar nicht einladen sollen. Bedenken Sie, daß Tausende weggegangen sind, die keine Nummer bekommen haben, und daß die in der nächsten Woche wiederkommen! Auf die Dauer geht das auch nicht. Es muß ein Weg gefunden werden, daß jeder, der hinkommt, eine Nummer bekommt, ganz gleich, wie hoch sie ist. Dann würde ich auch vorschlagen, daß die Nummern, wie die für die Theater Vorstellungen der Lesehalle, gemischt ausgegeben werden, damit es nicht vorkommt, daß, wenn um 3 Uhr die Nummernausgabe beginnt, schon um 12 Uhr Leute dastehen, während manche davon erst um 6 Uhr wieder unverrichteter Sache fortgehen. Wenigstens müßten sie dann eine Nummer bekommen.

Stadtv. **Sander:** Auch ich habe für Besprechung der Anfrage gestimmt, weil ich hoffe, daß manches für uns Wertvolle sich daraus entwickeln wird. Wir haben ja schon gehört, wie Herr Steinbrecher mit Vorschlägen kommt, und es ist möglich, daß auch andere etwas vorzuschlagen haben. Wie schon Herr Stadtrat von Frankenberg gesagt hat: Wir sind für jeden praktischen Vorschlag zugänglich und sind bemüht, die Übelstände abzuändern, so gut es in unserer Kraft steht.

Das schlimmste bei der ganzen Sache ist, daß wir nicht genügend Fleisch haben. Sie können es ordnen, wie Sie wollen, Sie werden es niemals zu einer ordnungsmäßigen Abfertigung bringen, weil die Vorräte nicht genügend sind. Es wird gesagt: wir sollten mehr Nummern ausgeben. Nun, ich habe 20 000 Nummern drucken lassen; sollen wir noch mehr drucken lassen?! Wir schlachten doch jede Woche nur 80 Schweine, weil nicht mehr für uns herangetrieben werden. Was sollen diese 20 000 Personen von den 80 Schweinen in dem zweimaligen wöchentlichen Verkaufe erhalten? Darin liegt der Schwerpunkt. Es sind auf dem Schulhofe 2000—3000 Personen versammelt, die alle von zwei Verkaufsstellen Fleisch haben wollen. Da läßt sich das Gedränge nur vermeiden, wenn straßenweise oder bezirksweise die Nummern verteilt werden, aber niemals bei öffentlicher Verteilung der Nummern.

Der Weg, die Verteilung der Karten auf den Schulhöfen vorzunehmen, ist eingeschlagen, weil die Polizei geboten hatte, die Ansammlungen auf den Straßen zu vermeiden. Nun sehe ich aus den polizeilichen Berichten, die mir Herr Stadtrat von Frankenberg gegeben hat, daß in zwei Schulen die Leute erst um 3 Uhr zur Tür hineingelassen wurden. Ich habe mit dem Vertreter des Schuldirektors darüber gesprochen, daß das eine verkehrte Maßregel war. Aber uns trifft die Schuld daran nicht, die muß dem Schulinspektor oder dem Bedell zugemessen

werden, die uns nicht richtig verstanden haben. Dabei ist eingetreten, daß die Nummern wahllos verteilt worden sind. Ich hatte mir gedacht, daß die Leute, je nachdem ihr Umschlag schon einen Stempel aufzuweisen hatte oder nicht, getrennt antreten würden; ich habe auch nicht geglaubt, daß der Andrang in den 10 oder 11 Schulen so groß werden würde, wie er gewesen ist. Richtiger wäre es gewesen, wenn erst einmal nur die eingeladen wären, die noch gar keine Stempel auf ihrem Umschlage hatten. Immerhin sind wir bestrebt gewesen, nach besten Kräften die Verteilung zu regeln. Es hat sich gezeigt, daß eine regelrechte Verteilung nicht anders zu machen ist, als daß die Stadt in Straßenbezirke geteilt wird und Bürger als ehrenamtliche Ordner die Verteilung übernehmen. Dabei wird es allerdings so kommen, daß diejenigen, die zuletzt an die Reihe kommen, erst in drei Monaten von der Stadt Fleisch erhalten; es ist eben zu wenig Material vorhanden. Wir haben jetzt noch zu gewärtigen, daß uns 800 Schweine von der ersten Mastzucht, zu der das Schrot zur Verteilung gekommen ist, geliefert werden. Nun habe ich aber gehört, daß die Züchter wiederum Schrot zu neuen Mästungen bekommen. In Verflingen waren 100 Ferkel gekauft und gemästet; von dort werden morgen 50 und übermorgen wieder 50 abgeliefert. Ich habe mich sehr gefreut, daß die Verträge über die Mästung fortgesetzt werden sollen, aber es ist das nicht genügend, um die ganze Bevölkerung der Stadt zu versorgen; ewig bleibt es Stückwerk. Wer da irgend Ratschläge erteilen kann, den bitte ich, sie mir persönlich oder hier öffentlich vorzubringen. Jedenfalls sind wir unsererseits bestrebt, das möglichste zu tun.

Stadtv. Wesemeier: Ich nehme Veranlassung, einige Ausführungen zu der Sache vorzubringen, weil Herr Sander erwähnt hat, es würden nur 80 Schweine in der Woche für die Stadt geschlachtet, weil nicht mehr Schweine angetrieben würden. Nun hat in der Presse ein Artikel über eine Versammlung des Vereins für das veredelte Landschwein — mit dem der Magistrat den Vertrag geschlossen hat — gestanden, von dem ich festgestellt wissen möchte, ob er zutreffend ist. Es wurde gesagt, daß die Stadt die Schweine nicht abnehmen lasse, daß ein Züchter drei oder vier Wochen lang die Schweine angeboten hat und gesagt habe, er könne sie nun nicht mehr behalten, er gebe sie nun nach anderwärts hin ab. Ich glaube, es ist nötig, daß das klargestellt wird, denn meiner Ansicht nach wird die Sache wohl anders liegen, die Stadt wird die Schweine wohl gern abnehmen, wenn sie schlachtreif sind.

Wenn ich von der Regelung des Verkaufs selbst sprechen soll, so läßt sich ein Andrang in den Verkaufsgeschäften wohl vermeiden, wenn jeder einzelne Geschäftsinhaber, der den Verkauf übernommen hat, von vornherein ein Schild an sein Schaufenster hängt, auf dem steht: „Von 3—4 Uhr Nummer soundsso, von 4—5 Uhr Nummer soundsso“ usw. Dann werden die Leute nicht stundenlang vor dem Laden

stehen, wie es am vorigen Mittwoch gewesen ist. Die Leute werden dann auch selbst so vernünftig sein, sich nicht stundenlang vergebens hinzustellen, zumal in der Woche nicht. Zweckmäßig ist es aber, daß man die Verkäufer darauf aufmerksam macht.

Stadtv. Rector: Der Andrang bei der Markenausgabe wäre gar nicht so stark geworden, wenn die Inhaber der letzten Nummern, die vor 8 Tagen ausgegeben waren (ich glaube, es sind 750 gewesen), als Bevorrechtigte eine Nummer zuerst bekommen hätten. Jetzt aber werden diese Nummern für ungültig erklärt, und die Leute, die davon bekommen hatten, sind erbost. Auf der Heinrichstraße soll es deswegen böse hergegangen sein.

Herr Wesemeier meint, der Geschäftsinhaber soll einen Aushang machen, der die Zeit angibt, wann die einzelnen Nummern an die Reihe kommen. Ich glaube, auch wenn das geschieht, wird der Andrang nicht vermieden. Ich habe gestern auf der Bodestraße gesehen, daß gerade die Nummern, die um 3 Uhr an die Reihe kommen sollten, Nummer 1—20, schon um $\frac{3}{4}$ 2 Uhr vor der Tür standen, und die anderen natürlich dazu. Man glaubt es nicht, was für unvernünftige Menschen es gibt. Man kann die besten guten Worte geben, die Leute hören nicht; wie man von ihnen behandelt wird, und was man mitunter zu hören bekommt, ist ein Skandal. Hoffentlich legt sich das mit der Zeit, wenn sich die Leute erst mehr gewöhnt haben, und wenn die Nummern, die nun einmal ausgegeben sind, auch behalten werden. Daß die Polizei Leute zurückgewiesen hat, die die ersten Nummern gehabt haben, kann ich nicht verstehen. Der Verkauf im Laden ist so geregelt, daß jemand dort ist, der die Marken abnimmt, dann jemand zum Verkauf, und daß immer nur einzelne Leute hereingerufen werden, die zum Verkaufstische treten dürfen.

Stadtv. Bunge: Ich möchte noch einige Bemerkungen machen zu den Ausführungen des Herrn Sander. Im großen und ganzen muß ich sagen, daß wir wohl eher das Ei des Columbus entdecken, als daß wir jedem einzelnen Braunschweiger Fleisch und Wurstwaren von unseren Vertragsschweinen geben können. Es ist Tatsache, daß das für eine große Stadt wie Braunschweig zu wenig ist. Unsere Tätigkeit ist doch nur ein Lückenbüßer, das ganze Schlachtergewerbe besteht doch noch daneben. Ich habe schon in der vorigen Stadtverordnetenversammlung ausgeführt: wir wollen doch nur helfend eingreifen. Wenn wir für die ganze Bevölkerung Fleisch und Wurstwaren schaffen wollten, dann müßten ganz andere Tore aufgemacht werden, wodurch Schweine hereingetrieben werden.

Dann der Andrang zu den Fleischwarenverkäufen. Es ist eine mißliche Sache, daß man dann, wenn man eine Grundlage gefunden hat, diese wieder über

den Haufen wirft und eine neue bringt, ohne daß man eingehend prüft, ob das wohl auch gehen wird. Wir hatten schon wochenlang einen ganz ruhigen Verkehr bei unseren Verkäufen. Wir schlachteten zweimal in der Woche, im Osten und Westen wurde verkauft, und dieser Verkauf regelte sich ganz gut, weil dauernd Nummern im voraus ausgegeben waren. Jedesmal 200 Nummern kamen an die Reihe. Es ist viel mehr Widerwillen dagegen laut geworden, daß man nicht ordnungsmäßig an verschiedenen Stellen die Nummern ausgegeben hat, als dagegen, daß die Leute kein Fleisch bekamen. Deswegen möchte ich bitten: Wenn die Polizei und die Schullehrer die Verteilung der Nummern jetzt in die Hand genommen haben, dann möge man auch Bedacht darauf nehmen, daß auf dieser Grundlage, die jetzt neu geschaffen ist, auch weitergebaut wird. Wenn man stets und ständig den Leuten die Tür vor der Nase zumacht und sagt: Heute ist es vorbei mit den alten Nummern, jetzt gibt es eine neue Sorte, und ihr müßt euch erst wieder von neuem melden, dann gibt es Unmut. Wer das ein paar Male mitgemacht hat, der muß sagen: „Macht nur die Komödie nicht zu arg!“ Das wollen wir doch nicht, wir wollen den Ernst der Sache wahrnehmen und versuchen, soweit es in unserer Kraft steht, jedem etwas zukommen zu lassen.

Was das Antreiben des Viehs betrifft, so habe ich Gelegenheit gehabt, eine ganze Reihe von Schweinen mit hierher zu schaffen, resp. an anderen Orten abzunehmen. Dabei sind manchmal wunderliche Dinge zum Vorschein gekommen. Der Ökonom Bokelmann hat sounso viele Schweine zur Abnahme gestellt, und das ist ordnungsmäßig zugegangen. Aber Destedt hat wochenlang Krakeel gemacht, 14 Stück sollten wir haben. Morgens 5 Uhr bin ich auf dem Hofe gewesen und war voll Freude, denn ich hatte am Abend vorher in Gardeffen 10 Schweine entdeckt, die schon schlachtreif waren. Nun hieß es in Destedt: Wo sind denn die Schweine? Da waren es solche von 110—130 Pfund, und die mußten natürlich noch einige Monate sitzen bleiben. Von 14 gemeldeten Schweinen bekam ich nur 3. Dann nahm ich noch die 10 von Gardeffen mit.

Dieselbe Geschichte hatte ich in Neuhaus bei Rorsfelde. Monatelang hatte schon die Frau geschrieben, und durch ein Versehen hatte Herr Sander Neuhaus am Solling geschrieben, so daß in der Korrespondenz noch eine Verzögerung eintrat. Ich komme hin, und trotz der zwei Monate langen Schreiberei waren es Schweine von 170, 180 bis höchstens 200 Pfund. Das sind keine Vertragschweine — also einen Grund zum Klagen, daß die Schweine nicht abgenommen wurden, hatte auch die Frau nicht.

Daselbe habe ich in Rissenbrück erlebt, wo ich von dem Kreiszimmermeister 15 Stück erhalten sollte. Mit knapper Not habe ich 6 herausgefunden, und zwar solche mit 160—180 Pfund, die anderen mußten sitzen bleiben. — In Ingeleben

kam mir folgendes vor, und zwar erst vor vierzehn Tagen: 29 Stück sollten wir von der Molkerei bekommen; aber als ich hinkam, da hatte der Mann vom Ministerium eine Verfügung erhalten, er mußte jede Woche 4 Schweine nach Schöningen liefern und zwei nach Harzburg. Ich hielt mich aber an die vorhandenen 16 Schweine, so daß ich sie wegschnappte, und Schöningen mußte mit leichteren Vorlieb nehmen. So sehen teilweise die Beschwerden der Landwirte aus. Einmal habe ich die Erfahrung gemacht, daß absichtlich am Morgen noch gefüttert war, damit ich die Schweine nicht abnehmen sollte und der Mann sie nach anderwärts verkaufen konnte, weil er dort 140 M für den Zentner bekam. Vierzehn Tage später habe ich sie ihm doch weggenommen. Trotzdem beschwerte sich der Mann bei Herrn Cordemann, die Schweine werden nicht abgenommen, und nachher erzählt er seinen Freunden: „Warum soll ich denn die Schweine hingeben, wenn ich anderwärts mehr bekomme!“

Im großen ganzen steht die Sache so, wie ich eben ausgeführt habe, und darüber könnte man noch viel erzählen. Ein Grund, daß wir die Schweine nicht abnehmen wollten, besteht nicht. Nur eins kommt für uns in Frage: Wir müssen doch disponieren, wo wir in jeder Woche die Schweine hernehmen, und wie wir es einteilen, damit die Schweine nicht zu lange bei uns sitzen. Dadurch kommt es, daß der eine oder der andere Landwirt mit seinen Schweinen erst in der nächsten oder übernächsten Woche an die Reihe kommt. Schweine, wie sie im Vertrage vorgesehen sind, werden uns nur aus vereinzelt Orten geschickt. Die Gegend von Parsau und Ahnebeck ist darin ausgezeichnet, ebenso Uthmöden, auch aus der Gegend von Schöppensbüt haben wir Schweine von 300 bis 400 Pfund bekommen, von denen wir Speck und Schmalz abgeben konnten. Aber wir dürfen uns nicht überstürzen, wenn die Herren Landwirte schreiben, sie wollen ihr Schwein los sein. Wenn sie dann gleich einen neuen Sak einstellen würden, dann ginge das noch, aber sie wollen einige Monate die Ställe frei lassen. Wir haben aber auch verschiedene Landwirte gefunden, die schon neue Säke eingestellt hatten. Deswegen sind auch neue Verträge mit den Viehzüchtern abgeschlossen, und man hat sich in der Züchtervereinigung bemüht, mit recht vielen Schweinezüchtern abzuschließen, so daß wir unter günstigen Umständen gewiß viel Schweine für die Stadt bekommen werden.

Auf diesem Gebiete kann uns manch einer mit Rat und noch mehr mit der Tat zur Seite stehen, und es wäre uns lieb, wenn sich auch aus Ihren Reihen uns noch mehr zur Verfügung stellten. Es macht doch einen besseren Eindruck, wenn auch die Stadtverordneten sich einmal sehen lassen und das Ganze nicht nur einzelnen unter ihnen überlassen. Ich möchte Sie ersuchen, daß Sie alle Ihr Scherflein dazu beitragen.

Stadtv. **Ohlendorf:** Meine Herren, Sie wissen alle, daß die Menge des uns zur Verfügung stehenden Fleisches zu knapp ist, um es in der Weise zu verteilen, wie es allgemein gewünscht wird, aber bezüglich der Kartenverteilung können noch wesentliche Verbesserungen eintreten. Der Unmut in der Bevölkerung besteht lediglich deshalb, weil es wiederholt vorgekommen ist, daß bei den Geschäften, die mit der Fleischverteilung beauftragt sind, keine Karten verteilt sind oder die Karten wieder für ungültig erklärt sind. Ich meine, da besteht der Unmut mit Recht.

Nun sagt Herr Sander, die Polizei wolle nicht, daß die Ansammlungen auf den Straßen stattfänden. Ich glaube, darin sind Sie mit mir einer Meinung, daß kaum ein Mensch zu finden ist, der sich gern stundenlang auf die Straße stellt und wartet. Unser Publikum will das auch nicht, und manche Frau hat schon durch das lange Stehen ihre Gesundheit geschädigt. Deshalb ist die Verteilung der Marken an und für sich sehr gut. Ein Beweis dafür war der letzte Fleischverkauf. Ich glaube kaum, daß bei dem Verkaufe selbst Mißverhältnisse vorgekommen sind; soweit ich das beurteilen kann, gewiß nicht. Aber bei der Kartenverteilung müßte es doch auch möglich sein, zu erreichen, daß die Steherei aufhört. Wenn jeder weiß, daß er eine Karte bekommt, ohne genau Schlag 3 oder 1 Uhr am Platze zu sein, wenn er weiß, daß die Karten nicht der Reihe nach, sondern die Nummern untermischt ausgegeben werden, und daß er auch eine Nummer bekommt, wenn er erst um 5 Uhr hingeht, dann ist das lange Stehen nicht notwendig. Es soll eine Menge blaue Flecke gegeben haben, Armbrüche sollen vorgekommen sein, und überhaupt soll es unheimlich gewesen sein. Das könnte und müßte auf die angegebene Weise verhütet werden.

Was Herr Wesemeier sagt über den Aushang in den Ladenfenstern über die Stunde, in der jede Nummer an die Reihe kommt, halte ich für praktisch. Ich habe es auch ähnlich so gemacht. Die Leute haben stundenlang gestanden; da bin ich hinausgegangen und habe gesagt: „Sie holen sich nur kalte Füße, gehen Sie nach Hause und kommen Sie wieder, wenn Ihre Nummer an die Reihe kommt.“ Deshalb dürfen wir auch an den einmal ausgegebenen Karten nicht mehr ändern.

Sodann meine ich, daß es einer Kriegerfrau, die nach der Arbeit geht, auch möglich sein muß, eine Karte zu bekommen. Bisher ist das nicht möglich gewesen. Ich kenne Frauen, die sich dieses Grundes wegen stundenlang freigemacht hatten und doch keine Karte bekommen haben. Wenn das geändert wird, dann wird, soweit das Fleisch reicht, auch Zufriedenheit herrschen.

Wenn der Krieg noch lange dauern sollte, dann wäre es nötig, daß wir uns darüber unterhielten, ob es nicht möglich wäre, unsere gesamten Fleischvorräte, die wöchentlich in der Stadt vorhanden sind, so zu verteilen, wie es jetzt mit den städtischen Vorräten geschieht. Dann wäre die Verteilung noch gerechter, und damit wäre Zufriedenheit zu schaffen.

Stadtv. Sander: Ich möchte auf die Frage des Herrn Wesemeier, die von Herrn Bunge schon beantwortet ist, wegen der Abnahme der Schweine, noch einmal kurz zurückkommen. Die Abnahme der Schweine ist in den meisten Fällen regelrecht erfolgt. Es ist wohl vorgekommen, daß einzelne Schweine, die aus einem Orte mit ungünstiger Bahnverbindung haben abgeholt werden müssen, nicht gleich, sondern bei Gelegenheit mit abgenommen sind, denn man kann nicht wegen eines oder zweier Schweine einen besonderen Beauftragten weit weg schicken. Der Hauptkläger bei der Sache ist aber ein Herr, der sich geweigert hat, Schweine zu liefern, und der gesagt hat: „Ich liefere nicht zu Braunschweiger Höchstpreisen, ich liefere meine Schweine nach Cassel!“ Erst hat er Lärm geschlagen, daß seine Schweine ihm nicht abgenommen wurden. Da habe ich ihm einen eingeschriebenen Brief geschickt, ob er liefern wolle oder nicht. Darauf hat er nicht geantwortet. Nun habe ich an Ökonomierat Cordemann geschrieben, er möchte das Weitere veranlassen. Dieser Herr hat mir jetzt mitgeteilt, der Betreffende würde jetzt Schweine abliefern, die aber eigentlich zur Ablieferung kommen sollten, habe der Mann schon nach Cassel verkauft.

Nun sagt Herr Wesemeier, man möchte darauf hinwirken, daß der Andrang vermieden würde. Bei den Verkaufsstellen ist kein Andrang mehr — das hat Herr Ohlendorf schon gesagt —, und der Verkehr regelt sich glatt. Die Frauen, mit denen ich gesprochen habe, sagten alle: „Es hat sich tadellos abgewickelt, es ist keine Unzufriedenheit gewesen, und jeder hat sein Recht bekommen.“ Nur an einigen Stellen, wo die Nummern nicht nach der Reihe ausgegeben worden sind, hat es nicht geklappt, aber auf 19 von 20 Stellen ist alles in bester Ordnung verlaufen.

Vorsigender: Es stehen noch drei Punkte auf der Tagesordnung. Ich nehme aber an, daß die Versammlung in Rücksicht auf die vorgerückte Zeit damit einverstanden ist, daß ich die Sitzung schließe . . . was hiermit geschieht.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis gegen 9 Uhr.